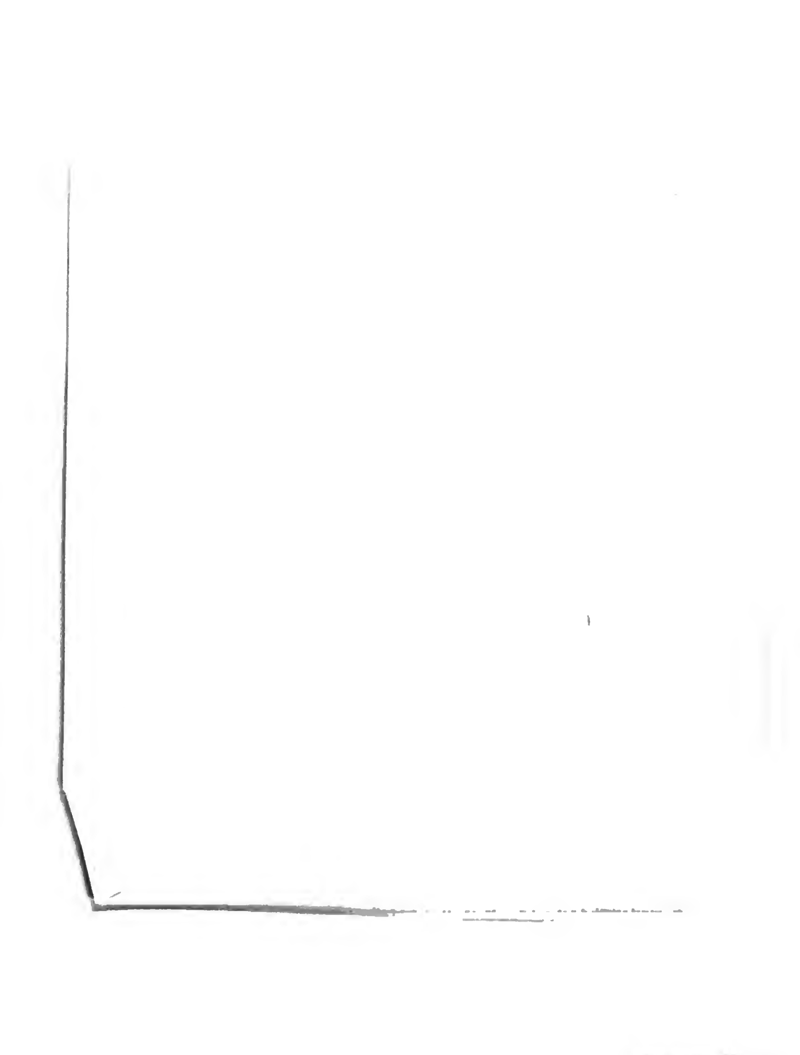
HANDBUCH DER FRIEDENSBEWEGUNG

Alfred Hermann Fried





Handbuch

der

Friedensbewegung

Zweiter Teil

Geschichte, Umfang und Organisation der Friedensbewegung

Von

Alfred H. Fried

Zweite, gänzlich umgearbeitete und erweiterte Auflage





Berlin und Leipzig 1913
Verlag der „Friedens-Warte"

Altenburg
Piererscbe Hofbuchdruckerei
Stephan Geibel & Co.

Vorbemerkung zum zweiten Teil.

Der erste Teil des »Handbuch der Friedensbewegung« ist im Sommer 1911 zur Ausgabe gelangt. Ich übergebe nun auch den zweiten Teil der Öffentlichkeit. Die umfangreiche Arbeit und die Schwierigkeiten bei der Beschaffung des Materials haben das Erscheinen dieses Teiles etwas verzögert. Die beiden Teile bilden nunmehr ein untrennbares Ganzes. Waren es doch lediglich technische Rücksichten, die mich veranlaßten, die Trennung vorzunehmen. Im übrigen ist die Grundeinteilung der ersten Auflage, abgesehen von der im ersten Teil vorgenommenen Trennung eines Abschnittes in zwei Teile, beibehalten worden.

Ich drücke zum Schluß die Hoffnung aus, daß es mir in einem Zeitabschnitt, der kürzer ist als jener, der zwischen der ersten und zweiten Auflage liegt (8 Jahre = eine Haagiade) vergönnt sein möge, die dritte Auflage herauszugeben.

Wien, im Herbst 1912.

A. H. F.

Inhaltsverzeichnis des zweiten Teils.

VI.

Die Geschichte der Friedensbewegung.

A. Bis zum Wiener Kongreß.

Friedensidee und Friedensbewegung.

Die Vorgeschichte: A. Altertum. Altes Testament. — Orient. — Griechen. — Römer. — Neues Testament und Kirchenväter. — B. Mittelalter. Thomas v. Acquino. — Marsilius von Padua. — Honoré Bonnor. — Peter Dubois. — Treuga dei. — Fehderecht und Landfriede.

Die Neuzeit: A. Bis Ende des XVII. Jahrhunderts. Georg von Podiebrad. — Erasmus von Rotterdam. — Luther. — Heinrich IV. — Emeric Crucé. — Hugo Grotius. — Richard Zouche. — Thomas Campanella. — Amos Comenius. — Landgraf Ernst von Hessen-Rheinfels. — Herzog Karl von Lothringen. — Spinoza. — Pufendorf. — Thomasius. — Friedrich von Logau. — Fénelon. — Bayle u. a. — Die Quäcker. — William Penn. — William Temple und John Bellers. — B. Das Jahrhundert der Aufklärung. Abbé St.-Pierre. — Rousseau und Leibniz. — Montesquieu. — Voltaire. — Die Enzyklopädisten (Holbach, Diderot, Turgot). — Ange Gondart. — La Harpe, Gaillard und Mayer. — Gottsched. — Palthen. — Totze. — Lilienfeld. — Vattel. — Lessing. — Friedrich der Große. — Kaunitz' Abrüstungsvorschlag. — Herder. — Wieland. — Schiller. — Hippel. — Schinly. — Swift. — Hume. — Price. — Bentham. — Die nordamerikanische Föderation. — Alexander Hamilton. — Die französische Nationalversammlung (Beauharnais, Mirabeau, Volney, Pétion, Isnard, Robespierre, Cloots, Abbé Gregoire, Echasseriaux, Condorcet). — C. Von Kant bis zum Wiener Kongreß. Immanuel Kant. — Kants Gegner. — v. Jakob. — Krug. — Schelling. — Zachariae. — Chateaubriand. — Fries. — v. Malinowsky. — Batain. — Jean Paul. — G. Hugo. — Heeren und Krause. — Erzherzog Karl. — Fichte. — Fournier. — St. Simon. — Thiery. — Constant de Rebecque. — Der Wiener Kongreß. — Der Deutsche Bund. — Der Schweizer Bund. — »Die Heilige Allianz«. — Napoleons Plan für eine europäische Staatengesellschaft.

Friedensidee und Friedensbewegung.

Vielfach gehen die Bekämpfer des Pazifismus von der Anschauung aus, als ob es sich dabei um eine Modelaune der Gegenwart handelte, die eines Tages ebenso rasch verschwinden werde, wie sie angeblich gekommen sein soll. Daß eine solche Anschauung auf einem Irrtum beruht, ist am besten durch einen geschichtlichen Rückblick zu widerlegen. Es ist darin zu zeigen, wie sich der Friedensgedanke schon in der Frühzeit unserer Kultur eingestellt hat, und wie er sich auch unter den widerwärtigsten Verhältnissen, unter den Stürmen und der Finsternis ganzer Zeitabschnitte behauptete, wie er sich entwickelte und an Stärke zunahm, um sich immer mehr zur Tat zu verdichten. Denn am Anfang war bloß der Gedanke, die Idee. Man pries den Frieden als ein Ideal, das aus der Sehnsucht der Menschheit entsprang. Erst allmählich fing man an, über die Möglichkeit einer Verwirklichung des Ideals nachzudenken und so die Friedens*idee* zur Friedens*bewegung* hinüber zu leiten, die erst da greifbar in Erscheinung tritt, wo es versucht wird, die uralte, die Menschheitsgeschichte wie ein roter Faden durchlaufende Idee in die Wirklichkeit zu übertragen.

Friedens*idee* und Friedens*bewegung* sind nicht wesensgleich. Die eine ist nur die Voraussetzung der andern; die Idee war es auch hier, die zur Tat führte. Erst die für die Friedensidee planmäßig eingesetzte Arbeit ist *Friedensbewegung*. Eine Geschichte dieser Bewegung kann sich aber nicht darauf beschränken, lediglich das in ihrem Interesse unternommene Tatwirken zu verzeichnen. Sie muß auch dem Empfinden und Denken Raum geben, das die Menschheit beseelte, lange ehe sie die Reife zum Handeln besaß, und

das auch, nachdem es schon lange ein pazifistisches Wirken — eine Friedensbewegung also — gab, auch neben dieser sich entfaltete und immer wieder befruchtend auf sie einwirkte. Sie vermag aber auch zu zeigen, wie schon frühzeitig neben den Kundgebungen der Sehnsucht und den Wertungen des Friedens die Gedankenarbeit der Menschheit der praktischen Verwirklichung zustrebte; jene Gedankenarbeit für den Frieden, die schon bei den Alten sich bemerkbar machte, das trübe Mittelalter erleuchtete und in der frühen Neuzeit immer stärker hervortrat, bis sie erst an der Schwelle unserer Gegenwart, zu Beginn des vorigen Jahrhunderts, jene Bestrebungen erstehen ließ, die wir jetzt als »Friedensbewegung« bezeichnen.

Diese Richtlinien sind in dem nachfolgenden Versuch innegehalten worden. Und nur um einen solchen handelt es sich hier. Mehr als eine Skizze der pazifistischen Entwicklung zu bieten, würde über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen. Für eine umfassende Geschichte der Friedensbewegung ist wohl auch der richtige Zeitpunkt noch nicht gekommen. Noch fehlt uns für die Ereignisse, die sich zumeist in den letzten zwanzig Jahren zusammendrängten, die Perspektive, und der Zeitabschnitt des Stürmens und Drängens, in dem wir uns jetzt befinden, muß erst abgeklärteren Zeiten Platz gemacht haben, ehe an eine klassische Geschichte des Kampfes um den Weltfrieden gedacht werden kann.

Falsch wäre es, aus dem Alter der Idee und der auf ein Jahrhundert zurückblickenden Bewegung die Aussichtslosigkeit des Friedensgedankens herleiten zu wollen. Nur wer mit Vorurteilen daran geht, die Geschichte zu prüfen, dem also die geistigen Voraussetzungen zu einer solchen Prüfung fehlen, wird bestreiten können, daß in dem Wesen der zwischenstaatlichen Beziehungen grundlegende Veränderungen vor sich gegangen sind. Veränderungen, die durch die unausgesetzte Gedankenarbeit der erleuchteten Geister aller Zeiten bewirkt wurden. Niemals soll man vergessen, was im ersten Teile dieses Buches ausgeführt wird: Die Friedensbewegung schafft den Völkerfrieden nicht, die Kulturentwicklung

bedingt ihn und zeitigt diese Friedensbewegung. Deren Geschichte ist daher nichts weiter als ein Bericht über Signale, die den Fortschritt der Menschheit sichtbar machten.

Die Vorgeschichte.

A. Altertum.

Altes Testament. Orient.

Spuren des Friedensideals finden wir, wenn auch neben zahlreichen Beweisführungen, deren sich die Kriegsanhänger mit Vorliebe bedienen, schon im Alten Testament. Die jüdischen Propheten, unter ihnen vornehmlich Jesaias, weissagten und priesen ein Zeitalter dauernden Friedens. Bei den alten Völkern des Orients durchzieht der Friedensgedanke die religiöse Lehre. Die Religion der Perser verkündet, daß nach der Besiegung Ahrimans aller Streit aufhören und Friede herrschen werde. Die großen Geister der Chinesen bekämpften den Krieg. Der indische Gesetzgeber Manu erklärt den Krieg als im Widerspruch zur Vernunft stehend und fordert seine Vermeidung. Sechshundert Jahre vor Christus predigte Buddha die Einheit der Menschen, das Verächtliche der Gewalt, die Werte der Liebe, und verkündete die Zendavesta den Grundsatz: »Widerspruch gegen den Frieden ist Sünde.«

Griechen.

Die antike Welt vergaß trotz ihres kriegerischen Aufbaues nicht, daß der Friede einen bessern Zustand der Menschheit darstelle. Namentlich bei den Griechen wiesen die Dichter und Redner oft auf die Wohltaten des Friedens hin. Schon Homer nennt den Krieg ein »entsetzliches Scheusal« und läßt Zeus dem Kriegsgott Mars seinen Haß ausdrücken, da er stets nur den Kampf und die Schlachten geliebt habe. Euripides (480—406 v. Chr.) bezeichnete diejenigen als Narren, die da versuchen, »wertvolle Güter durch den Krieg zu erhaschen,« und sagt, daß der Krieg niemals aufhören werde, »wenn Streitigkeiten mit Blut erstickt werden sollen«. Auch bei Aristophanes (um 450 bis ungefähr 380 v. Chr.) [Lysistrata

z. B.] und Aeschylos (525—456 v. Chr.) finden wir Verurteilungen des Krieges. Andokides, der attische Redner, der ungefähr im vierten Jahrhundert vor der christlichen Zeitrechnung gelebt hat, sprach von dem unvermeidlichen Niedergang, den der Krieg dem Volke bringe, und der um dieselbe Zeit lebende Redner Isokrates (436—338 v. Chr.) stellte die Forderung auf, »man solle Frieden mit der gesamten Menschheit schließen. Es sollte unsere Sorge sein, den Frieden nicht nur zu schließen, sondern auch aufrecht zu erhalten. Aber das wird niemals geschehen, bis wir zu der Überzeugung gekommen sind, daß Ruhe besser als Unruhe ist, Gerechtigkeit besser als Ungerechtigkeit, die Sorgfalt um unser eigenes Gut angemessener als das Streben nach dem, was andern gehört«. Die Hauptvertreter der Stoa, namentlich Epiktet, um 50 n. Chr., und Zeno (350—264 v. Chr.) träumten von einem Weltstaat, und Plato (427—347 v. Chr.) schilderte im »Timäus« und »Kritias« den Friedensstaat »Atlantis«. Auch der Lyriker Krates, der Lehrer des Zeno, soll einen solchen Friedensstaat geschildert haben. Plutarch (geb. 46 n. Chr.) spricht den bedeutungsvollen Satz aus: »Es gibt keinen Krieg zwischen Menschen, der nicht seinen Ursprung in Verruchtheit hätte; die einen werden veranlaßt durch den Wunsch nach Abwechslung, die andern durch die gar zu große Begierde nach Einfluß und Macht.«

Als Beispiel praktischer Friedenbestätigung der Griechen haben wir oben (Bd. I. S. 169) die Worte des König Archidamos von Sparta angeführt, die uns Thukydides berichtet, und dabei auf den Amphyktionenbund verwiesen, der uns als erstes Beispiel einer wenn auch losen Föderation mit schiedsrichterlichen Organen erscheint. Die Schiedsgerichtsbarkeit wurde im alten Griechenland ziemlich häufig angewandt. Wir besitzen auch den Text des bereits oben (Bd. I. S. 169) erwähnten Schiedsvertrages zwischen Argos und Sparta, der folgende Bestimmung enthält: »Wenn zwischen den vertragschließenden Parteien ein Streit entsteht, haben diese den Gepflogenheiten ihrer Vorfahren (!)

gemäß zum Schiedsspruch eines neutralen Staates ihre Zuflucht zu nehmen.« Dennoch waren diese frühen Verwirklichungsversuche der Idee, für die sich noch weitere Beispiele anführen ließen [1]), nur für den Streit der Griechen untereinander bestimmt. Der Gedanke einer friedlichen Streitschlichtung zwischen ihnen und fremden Völkern fehlte den Griechen ebenso wie den Römern.

Römer.

Bei den Römern sang Ovid »vom göttlichen Frieden«, bat Lucretius die Venus, sie möge den kriegerischen Werken ein Ende bereiten, und Juvenal spottete der »Elenden, die Kriege führen«. Virgil (70—19 v. Chr.) klagte darüber, »daß die Freude am Waffenlärm und die unsinnige Kriegswut rasen«. Bei aller Kriegsbegeisterung der Römer geht doch durch die Schriften ihrer Dichter und Denker ein Zug entschiedener Kriegsverachtung. Cicero schon wetterte gegen die Streitlösung durch Gewalt, die er, ein früher Bekämpfer des Kulturzoologismus, als »die Methode der Tiere« bezeichnete, während ihm die Streitlösung durch Vergleich als die Methode vernunftbegabter Wesen erschien. Sallust (86—34 v. Chr.) sagte über die Empfehlung einer schiedsgerichtlichen Entscheidung seitens des Senats im Jugurthinischen Krieg, daß »diese Handlungsweise sowohl Rom als dem Gegner selbst zur Ehre gereichen« würde. Seneca (4 v. bis 65 n. Chr.) fragte, warum man »der Kriegführung und dem ruhmreichen Verbrechen, das ganze Nationen niedermetzelt«, besondere Achtung schuldet, wo man doch sonst im bürgerlichen Leben Mörder und Meuchler bestrafe. Eroberer nannte er »Plagen, die der Menschheit nicht weniger schädlich sind als Überschwemmungen und Erdbeben«. Tacitus (geb. 55 n. Chr.) verwirft den Krieg und ruft warnend aus: »Hütet Euch vor dem Manne, der Euch in den Krieg führt,« und Marc Aurel (121—188

[1]) In dem soeben erschienenen Werke von A. Raeder, »L'Arbitrage international chez les Hellenes« (Kristiania 1912. Publications de l'Institut Nobel Norvegien) sind nicht weniger als 81 Schiedsfälle aus der Geschichte der Hellenen behandelt.

n. Chr.) stellt bereits die ganze Menschheit als eine große Gemeinschaft dar. »Da eine Vernunft das Weltall beherrscht«, so schrieb er, »soll auch nur ein Gesetz die Menschen verbinden, denn alle Menschen sind Genossen eines Weltreichs«. Kaiser Probus (232—282 n. Chr.) rief aus: »Keine Waffen sollen mehr auf Erden geschmiedet werden! Keiner Krieger wird man mehr bedürfen!« Er war es auch, der die Soldaten zur Herstellung von Kulturarbeiten verwendete.

Neues Testament und Kirchenväter.

Reich an Lobpreisungen und Weissagungen des Friedens ist das Neue Testament. In Vertretung der Lehre Christi wandten sich die Kirchenväter aus der ersten Periode des Christentums sogar direkt gegen den Gebrauch der Waffen; so Irenäus, Clemens von Alexandria, Tertullian, Cyprianus, Lactantius u. a. Der heilige Augustinus erklärte: »Nicht Frieden halten heißt Christo trotzen.«

B. Mittelalter.

Thomas von Acquino. Marsilius von Padua. Honoré Bonnor. Peter Dubois.

Kommen die Schriftsteller der antiken Welt über die reine Betrachtung und Empfehlung des Friedensideals nicht hinaus, so treten die Geistesarbeiter des Mittelalters bereits verschiedentlich mit Plänen und ganzen Ideengebäuden hervor, die eine Weltorganisation bezwecken, als deren Ergebnis der dauernde Friede gedacht ist. Man muß sich im voraus darüber klar sein, daß jene Pläne für unsere heutige Auffassung des Friedens nur vom geschichtlichen Gesichtspunkte aus Interesse haben können. War doch in jener Zeit nicht einmal der innerstaatliche Friede hergestellt. Zumeist handelt es sich bei jenen Verfassern um eine Verbindung aller Staaten der christlichen Welt, mit dem offenen oder verborgenen Hintergedanken, die Herrschaft des Papstes oder die des Kaisers zu erweitern, oder die Christenheit für einen Krieg gegen nichtchristliche Staaten zu sammeln und zu stärken. So erblickte Thomas von Acquino um die Mitte des 13. Jahrhunderts die Sicherung eines dauernden Friedens in der

Weltherrschaft des Papstes, während Dante (1265—1321), der auch in seiner »Göttlichen Komödie« wiederholt den Friedensgedanken vertrat, in seinem Werke »De monarchia« den Plan einer regelrechten Staatenföderation entwarf, in der die Kirche dem Kaisertum untergeordnet sein sollte. Drei Jahre nach Dantes Tod empfahl Marsilius von Padua in seinem 1324 erschienenen Werk »Defensor pacis«, die Kirchenkonzile zur Vertreterschaft einer europäischen Staatenrepublik umzuwandeln, und der Abt Honoré Bonnor, der im Dienste Karl des Weisen von Frankreich stand, trat in seiner 1380 erschienenen Schrift »Arbre de Bataille« für die Universalmonarchie unter der Führung des Kaisers ein. Die Weltreichsidee des Mittelalters war schon lange vor Dante von zahlreichen, meist geistlichen Schriftstellern entwickelt worden. Von diesen Projekten einer Weltorganisation scheint das eines weltlichen Mannes, des französischen Juristen Peter Dubois (bis 1321), in seinem im Jahre 1305 verfaßten Werke »De recuperatione terre Sancte« schon deshalb einer größeren Beachtung wert, weil es als das älteste Dokument eines Staaten-Organisationsplanes anzusehen ist, und weil es bereits den Vorschlag eines ständigen europäischen Schiedshofes enthält, für dessen Konstituierung ein System vorgeschlagen wird, das beinahe dem gleicht, das die I. Haager Konferenz für die Inbetriebsetzung des Haager Hofes angenommen hat[1]).

Treuga dei.

Als eine Friedenstat, wenn auch nur im Sinne des Mittelalters, ist die Einrichtung der »treuga dei«, des Gottesfriedens, aufzufassen, der von den Bischöfen von Arles, Avignon und Nizza und dem Abt Odilo von Clugny 1041 errichtet und durch Papst Urban II. auf der Kirchenversammlung zu Clermont (1095) für die gesamte Christenheit verkündet wurde. Danach waren vier Tage der Woche

[1]) Siehe darüber: Walther Schücking, Die Organisation der Welt. Leipzig 1909, und Emil Heinrich Meyer, Die staats- und völkerrechtlichen Ideen von Peter Dubois. Marburg 1908.

feierlich gefriedet. Jede Kriegführung — d. h. auch der Privatkrieg — war untersagt. Ein Beweis seiner Alltäglichkeit. In seinen weiteren Zielen hatte dieses kirchliche Friedenswerk dennoch keinen andern Zweck, als die christlichen Völker enger zusammenzuschließen, damit sie sich stärken zu einem gemeinsamen Krieg gegen den Islam. In der Tat wurde auf derselben Kirchenversammlung zu Clermont, die den Gottesfrieden verkündete, auch der erste Kreuzzug beschlossen.

Fehderecht und Landfriede.

Auf den großen Umfang der Schiedsgerichtsbarkeit im Mittelalter ist schon oben (S. 169 ff.) hingewiesen worden. Namentlich waren es die Päpste, die das Schiedsamt an sich rissen, aber auch von anderen Stellen wurde dieses häufig ausgeübt. Der Gottesfriede und die Schiedsgerichtsbarkeit bildeten in einer Zeit, wo die Beschäftigung der wehrhaften Ritterschaft in nichts anderem bestand, als darin, Übergriffe abzuwehren und solche selbst zu begehen, eine wohltuende Beschränkung des damals herrschenden allgemeinen Krieges. Durch jene Beschränkungen wandelte sich das Faustrecht allmählich in das Fehderecht, das in seinem Wesen eine große Ähnlichkeit mit der gegenwärtig üblichen Methode der Kriegsreglementierung besitzt, wie sie durch die Genfer und die Haager Abmachungen festgelegt wurde. Auch dort waren bereits für gewisse Personen, für Geistliche, Wöchnerinnen, Kranke, Pilger, Kaufleute und Fuhrleute, für Kirchen, Kirchhöfe usw. Schutz- und Ausnahmebestimmungen vorgesehen, ähnlich jenen, die die erwähnten Vereinbarungen für den modernen Krieg festsetzen. Die Versuche verschiedener Kaiser, das Fehderecht zu beseitigen und die Streitigkeiten vor eingesetzten Richtern zum Austrag zu bringen, führten nicht gleich zu der vollkommenen Beseitigung dieses Unwesens, die erst gelang durch die Einführung des »Ewigen Landfriedens« der durch Maximilian I., am Reichstag zu Worms am 7. August 1495 proklamiert wurde. An Stelle der Fehde trat nunmehr das Reichskammergericht, womit an

der Schwelle der Neuzeit ein erster gewaltiger Fortschritt im Sinne der Friedensidee erreicht war.

Die Neuzeit.

A. Bis zum Ende des XVII. Jahrhunderts.

Georg von Podiebrad.

An der Schwelle der Neuzeit, wo ein so großer Wandel der Kultur eintrat, finden wir den Plan des Böhmenkönigs Georg von Podiebrad (1420—1471), der 1462 ein ewiges Friedensbündnis unter den christlichen Fürsten zur Ausführung bringen wollte. Ins Auge gefaßt war ein Staatenbund mit einem ständigen Gesandtenkongreß, eine Art zwischenstaatliches Parlament. Der Gebrauch der Waffen zwischen den Bundesmitgliedern sollte ausgeschlossen sein; alle Streitigkeiten wären vor einem Bundesgericht auszutragen gewesen. Hingegen war eine militärische Exekutivgewalt vorgesehen. Die Idee zu jenem Plane rührte nicht von Podiebrad selbst her, sondern von seinem Kanzler Antonius Marius aus Grenoble[1]), der als Abenteurer durch Europa zog, seine Idee überall anbot und erst beim Böhmenkönig Verständnis dafür fand. Dieser war nämlich als Ketzer erklärt worden, und sah daher in dem christlichen Staatenbund ein Mittel, sich den erwarteten Angriffen des Papstes zu entziehen, zumal er damit die Christenheit zum Entsatze Konstantinopels organisieren wollte. So lag auch diesem Friedensplane die Kriegsabsicht und die Erweiterung der Herrschaft seines Vertreters zugrunde.

Erasmus von Rotterdam.

Um die Zeit, als König Podiebrad mit seinem Föderationsplan hervortrat, wurde Erasmus von Rotterdam (1467 bis 1536) geboren. Er war einer der angesehensten und einflußreichsten Schriftsteller jener Periode. In zahlreichen seiner Schriften bekämpfte er den Krieg als widersinnig, trat er nachdrücklichst für den Frieden ein. Da er seine Gedanken

[1]) Siehe: Dr. Ernst Schwitzky, Der europäische Fürstenbund Georgs von Podiebrad. Marburg 1907.

mit großer Schärfe und vielem Witz zum Ausdruck brachte und dadurch großen Eindruck auf seine Zeitgenossen hervorrief, gilt er mit Recht als der Ersten einer, der die Friedensidee volkstümlich machte. In einer seiner Schriften ironisierte er sich selbst als »einen gewissen Vielschreiber, der nicht aufhört, mit seiner Feder den Krieg anzufeinden und zum Frieden zu mahnen«. In seinem 1518 erschienenen Buche »Militis Christiani Enchiridion« bekämpfte er den damals vorbereiteten Krieg gegen die Türken mit viel Witz und Energie. Er stellt unter anderm die Frage auf, zu welcher Sekte man nach einem Siege die nicht gefallenen Türken bekehren solle, und ob angesichts des daraus entspringenden blutigen Ringens zwischen den Christen selbst, die Türken Liebe zur christlichen Religion gewinnen könnten. In verschiedenen seiner »Colloqien« erörtert er in scharfsinnigster Weise das Friedensproblem. In einem dieser »Zwiegespräche«, das »Charon« betitelt ist, spottet er über den Einfluß der Kirche auf die Entfesselung der Kriege. Die Geistlichen seien es, die den Fürsten die Liebe zum Krieg ins Ohr träufeln. »Und damit man sich noch mehr über den tapferen Geist der Menschen wundere, rufen sie dasselbe bei beiden Parteien aus. Bei den Franzosen predigen sie, Gott stehe auf der Seite der Franzosen, und wer Gott zum Protektor habe, der könne nicht besiegt werden. Bei den Spaniern und Engländern lautet es: Dieser Krieg werde nicht vom Kaiser, sondern von Gott geführt; sie sollten sich aber nur als tapfere Männer erproben, der Sieg sei ihnen gewiß. Komme aber einer um, so sterbe er nicht, sondern fliege stracks in den Himmel, bewaffnet wie er sei . . . . Dazu kommt dann noch die Jugend, die Unerfahrenheit, die Ruhmsucht, der Zorn und ein Gemüt, das eine natürliche Neigung besitzt zu dem, was ihm vorgehalten wird. So wird die Täuschung leicht, und es ist nicht schwierig, einen Wagen, der schon von sich aus Neigung zum Abstürzen hat, anzutreiben.« Auch in dem Zwiegespräch »Ichthyophagia« (Vom Fischessen) wird das Törichte des Krieges eingehend erörtert.

Erasmus' hervorragendstes Friedensplaidoyer ist sein im

März 1514 von London aus an seinen Freund Antony von Bergen, den Abt von St. Bertin, gerichtetes Schreiben, wo er den bedrohlichen Zustand Europas und die Gefahr eines kriegerischen Sturmes darlegte, und den befreundeten Abt bat, seinen Einfluß bei Kaiser Maximilian und dem Prinzen Karl, nachmals Kaiser Karl V., zur Verhütung der Katastrophe geltend zu machen. Ebenso tritt Erasmus in seinen an Karl V. gerichteten »Instruktionen für einen christlichen Prinzen«, in »Adagia« und »Querela pacis« als kritisierender Pazifist auf.

Luther.

Von seinem hervorragendsten Zeitgenossen Martin Luther (1483—1546) kann man ebenfalls berichten, daß er den Krieg nicht als eine Wohltat bezeichnete. »Kanonen und Feuerwaffen«, so erklärte er an einer Stelle, »sind grausame und verdammenswerte Maschinen. Ich halte sie für eine direkte Eingebung des Teufels. Wenn Adam in einem Traum gesehen hätte, welch schreckliche Werkzeuge seine Kinder erfinden würden, so würde er vor Gram gestorben sein.«

Heinrich IV.

Gegen Ende des 16. Jahrhunderts befaßte sich Heinrich IV. (1553—1610), Frankreichs großer König, mit dem Plane der Schaffung einer »Christlichen Republik«, von deren Durchführung er den »ewigen Frieden« für Europa erhoffte. »Le grand dessein« des französischen Königs ist von seinem Minister Sully (1560—1641) in dessen »Memoiren« lange nach dem Tode Heinrichs IV. veröffentlicht worden. Dieser Umstand erweckte die Vermutung, daß Sully selbst der Urheber jenes Friedensentwurfes sei und, nur um den Kredit seines Planes zu erhöhen, den König vorschob. Doch der Briefwechsel des Königs mit der Königin Elisabeth von England (1533—1603), die sich mit einem ähnlichen Plan befaßt haben soll, und andere Dokumente [1]) bestätigen, daß König Heinrich mit dem Plan ernstlich befaßt war, wenn auch die

---

[1]) Siehe darüber: »The Arbiter in Council«, London 1906. S. 280 u. f. und die Anmerkung auf S. 293.

Möglichkeit der Urheberschaft Sullys nicht ausgeschlossen erscheint.

Nach diesem Plane sollte die »Christliche Republik« die bisherige Gestaltung der europäischen Staaten nicht ändern, nur sollten diese durch die Verfassung des Bundes in ein festeres Verhältnis treten, das jede kriegerische Auseinandersetzung zwischen den Bundesmitgliedern ausschließen sollte. Fünfzehn große Herrschaften waren als Glieder des Bundes gedacht. Nämlich die sechs Erbmonarchien Frankreich, Spanien, England, Schweden, Rußland und die Lombardei, die fünf Wahlreiche Deutschland, Böhmen, Ungarn, Polen und der Kirchenstaat, die drei Republiken Venedig, die Niederlande und die Schweiz, ferner eine aus den italienischen Staaten neu zu schaffende Republik. Ein Senat der Bundesrepublik, der aus sechzig Mitgliedern bestehen sollte, war bestimmt, die gemeinsamen Angelegenheiten zu ordnen, und ein oberster Gerichtshof wäre berufen gewesen, alle Streitigkeiten zu regeln.

Es war auch hier nicht reine Liebe zur Menschheit, die Heinrich IV. zur Betreibung dieses Planes veranlaßte. Der Wunsch, die Führerschaft des Hauses Habsburg zu brechen, dürfte wohl der maßgebendste Grund für ihn gewesen sein. Als Betätigung nach außen war übrigens wiederum der Krieg gegen die Türken als erste Pflicht erklärt, und wenn sich der Zar dieser Aufgabe widersetzen würde, sollte auch Rußland mit Krieg überzogen werden. Mit verschiedenen Staatsoberhäuptern Europas sollen Verhandlungen angeknüpft worden sein, und einige sollen dem Plan günstig gegenübergestanden haben; aber schließlich hat der Dolch Ravaillacs, dem Heinrich IV. 1610 zum Opfer fiel, die Ausführung des Planes vorzeitig vereitelt. Immerhin bleibt diese »grand dessein« die Grundlage zahlreicher später formulierter Föderationspläne, die sich die Abschaffung des Krieges zur Aufgabe stellten.

Acht Jahre nach dem Tode Heinrichs entbrannte jener große Krieg, der dreißig Jahre lang die meisten europäischen Staaten zu erbitterten Kämpfen führte. Die Greuel dieses

Krieges haben befruchtend auf den Friedensgedanken eingewirkt und zahlreiche Denker und Dichter veranlaßt, das Wesen des Krieges zu kritisieren und Verbesserungen für den zwischenstaatlichen Verkehr in Vorschlag zu bringen.

Emeric Crucé.

Noch war der große Plan Heinrichs durch Sully nicht veröffentlicht, da trat im Jahre 1623 der Franzose Emeric de Lacroix, der als großer Verehrer des ermordeten Königs galt, mit einem Buche hervor, in dem der Krieg eindringlich bekämpft und weitgehende Vorschläge zu seiner Vermeidung anempfohlen wurden. Der Titel dieses Buches lautet: »Le nouveau Cynée [1]) ou discours d'État représentant les occasions et moyen d'establir une paix générale et la liberté de Commerce par tout le monde.« Es war den Monarchen und Fürsten der Zeit gewidmet. Der Verfasser nannte sich am Titelblatt Emeric Crucé (Emericus Crucaeus). Er flehte die Fürsten an, den Ehrbegriff nicht zu mißbrauchen und sich vor den kriegerischen Einflüsterungen ihrer militärischen Ratgeber zu schützen. Die Größe eines Königs hänge nicht von der Ausdehnung seines Gebietes ab. Der Krieg ist geeigneter, ein Ansehen zu vernichten als eines zu schaffen, und jene Ehre ist zu verachten, die durch Blutvergießen erworben ist. In neun Abschnitten behandelt er das Thema. Im ersten Abschnitt spricht er allgemein von den Wohltaten des Friedens, im zweiten bis vierten von den Schäden des Krieges für den Handel, die Industrie und die Wissenschaften. Der fünfte Abschnitt handelt von der Brüderlichkeit und der menschlichen Solidarität, der sechste von der religiösen Toleranz, und im siebenten entwickelt der Verfasser seinen »Plan zur Organisation des dauernden Friedens«. Der neunte Abschnitt befaßt sich mit der Rangordnung der Fürsten innerhalb der Weltunion, und schließlich im zehnten wird die Frage erörtert, wer die Initiative zur Ausführung übernehmen solle.

---

[1]) Nach den Überlieferungen des Plutarch war Cyneas jene Person, die dem Pyrrhus riet, von seinen Eroberungsplänen abzusehen und sich der Ruhe hinzugeben.

In seinem Plan schlägt der Verfasser die Errichtung eines ständigen Kongresses vor, der in Venedig, als dem am bequemsten gelegenen Ort, tagen solle. Außer den europäischen Ländern will er auch Persien, China, Äthiopien und Indien in die Staatengemeinde mit inbegriffen sehen. »Wenn diese Länder auch weit entfernt sind, so überwindet die Schiffahrt diese Unbequemlichkeit, und für eine so gute Sache soll man sich nicht vor einer langen Reise scheuen.« Interessant ist es, daß in seinen Ausführungen zum erstenmal der Freihandel als Stütze des Friedens bezeichnet wird. Die pazifistische Kritik Lacroix', hat durch die Jahrhunderte an Gegenwartswert nichts eingebüßt. So wenn er im Hinblick auf die damaligen Religionskriege ausruft: »Etwas weniger von jener Theologie, die über unsern Verstand geht, und etwas mehr von Medizin und den Künsten, die nützlich für unser Leben sind«; so wenn er fragt: »Warum soll ich, weil ich ein Franzose bin, dem Engländer oder Spanier Böses wünschen?« oder wenn er in Aussicht stellt, daß die Errichtung des Friedens den Weg ebnen würde zur Reform der Gesetze und ihrer Anwendung, zur Ermäßigung der Steuern, zur Befreiung von der Armut, zur Errichtung und Verbesserung von Kanälen.

Hugo Grotius.

Zwei Jahre später — 1625 —, mitten unter den Stürmen des Dreißigjährigen Krieges, veröffentlichte der Holländer Hugo Grotius sein denkwürdiges Buch »De jure belli ac pacis« (Vom Recht des Krieges und des Friedens), durch das die moderne Völkerrechtswissenschaft begründet wurde [1]). Schon

[1]) Es gibt eine Anzahl Schriftsteller, die sich schon vor Grotius mit völkerrechtlichen Fragen befaßt haben, so der Italiener Gentilis, der 1598 sein Werk »De jure belli libri tres« veröffentlichte (1552—1608); der spanische Jesuit Suarez (1548—1617), der 1612 seinen »Tractatus de legibus et de legislatore« herausgab, in dem der Gedanke der Staatengemeinschaft vielleicht zum erstenmal vertreten wurde, Franciscus Victoria (1557), u. a. Doch war Grotius der Bahnbrecher für die völkerrechtliche Idee. Ein Jahr vor Veröffentlichung des Hauptwerkes von Grotius veröffentlichte ein Deutscher namens Neumayr zu Jena (1624) eine Schrift, »Von Friedenshandlungen« betitelt, in der er einen Plan zur Beseitigung des Krieges entwarf.

im Jahre 1609 hatte er sein Buch »Mare liberum« (Das freie Meer) veröffentlicht, durch das er den Grundsatz der Freiheit des Meeres zur Anerkennung brachte. Bis dahin galt das Meer ebenso dem staatlichen Besitz unterworfen wie das Festland. Die großen seefahrenden Nationen teilten sich in den Besitz der Ozeane, und die Päpste glaubten, das Recht zu haben, ganze Meere zu verschenken. In seinem Hauptwerk versuchte es Grotius zum erstenmal, die Kriegführung selbst in feste Regeln zu bringen und dadurch ihre Nachteile etwas einzuschränken. Die Absicht, die Kriegsgreuel seiner Zeit zu mildern, führte den Gelehrten auch dazu, über die Vermeidung des Krieges nachzudenken, die er als die höchste Pflicht der Fürsten und Völker bezeichnete. So versuchte er auch, für die Errichtung eines europäischen Kongresses einzutreten und die Schiedsgerichtsbarkeit als das beste Mittel zur Ersetzung des Krieges zu empfehlen.

Grotius hatte den großen Staatenkongreß, der im Jahre 1648 dem dreißigjährigen Ringen ein Ende machte und zu Münster und Osnabrück den sog. Westfälischen Frieden schloß, nicht mehr erlebt. Es wäre für ihn ein Triumph gewesen, zu sehen, wie die Idee des Völkerrechts, zu deren Förderung er so viel beigetragen hat, hier einen weiteren Antrieb erhielt, war es doch zum erstenmal in der Geschichte, daß fast alle europäischen Staaten zu gemeinsamer Friedensarbeit auf einem Kongreß zusammentraten.

Zouche. Campanella. Comenius.

Zwei Zeitgenossen[1]) des Grotius, der eine ein Italiener, der andere ein Tscheche, haben sich zur gleichen Zeit wie er und ebenfalls unter dem Eindruck des verheerenden

---

[1]) Ein anderer Zeitgenosse, der als »zweiter Begründer des Völkerrechts« bezeichnet wird, war der Engländer Richard Zouche (1590 bis 1660), der 1650 seine Schrift »Juris et judicii fecialis, sive juris inter gentes« etc. veröffentlichte, die als das erste Handbuch des positiven Völkerrechts gilt (siehe Oppenheim, Intern. Law 2. Ed. I. SS. 88). Eine Neuausgabe dieser Schrift erschien in den von J. B. Scott herausgegebenen »Classics of Intern. Law« (Carnegie-Institution). Washington 1911, 2 Bde.

Völkerringens, mit dem Problem der Beseitigung des Krieges und der Herstellung einer den Frieden sichernden Staatenorganisation befaßt. Der eine war der kalabresische Dominikanermönch Thomaso Campanella (1568—1639), der bei seinem Tode ein Buch »De monarchia hispanica« hinterließ, das erst 1653 veröffentlicht wurde. Darin entwickelte er einen Plan für eine Universalmonarchie, als deren Haupt der Papst gedacht war. Der andere war der große tschechische Pädagog und Philosoph Amos Comenius (1592—1676), der in seiner Schrift »Consultatio catholica« für eine friedliche Beilegung der zwischenstaatlichen Streitigkeiten eintrat und schon damals als die Quelle der Kriegsgefahr den Umstand hervorhob, »daß sowohl die Fürsten wie die Untertanen ihre Leidenschaften nicht der Herrschaft des Rechts unterzuordnen wissen.«

Landgraf Ernst von Hessen-Rheinfels. Herzog Karl von Lothringen.

Die zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts war reich an Entwürfen und Schriften, die für eine Änderung des zwischenstaatlichen Verhältnisses eintraten und nicht minder reich an Arbeiten auf dem Gebiete der Völkerrechtswissenschaft, die durch das Werk des Grotius belebt worden war. Von einem deutschen Fürsten, der als Armeekommandant den Dreißigjährigen Krieg mitgemacht hatte, vom Landgrafen Ernst von Hessen-Rheinfels (1623—1693); besitzen wir ein Projekt, das in dessen im Jahre 1666 erschienenen Buche »Diskret gesinnter Katholik« enthalten ist. Darin wird zur Herstellung des dauernden Friedens die Errichtung eines katholischen Fürstenbundes empfohlen. In Luzern, der zwischen den beiden größten katholischen Mächten, Österreich und Frankreich, am zentralsten gelegenen Stadt, sollte ein Schiedstribunal errichtet werden, als dessen Oberhaupt der Papst wirken sollte. Die Nichtbefolgung der Urteile sollte den Bannfluch nach sich ziehen. In einem ähnlichen Gedankengang wie das Projekt Heinrichs IV. bewegte sich der Plan des Herzogs Karl von Lothringen und von Bar, den

dieser 1688 in seinem Testament niederlegte. Die Staatenorganisation sollte danach allerdings durch Gewalt herbeigeführt werden, und die Schiedsgerichtsbarkeit ist darin mehr als eine ordentliche Gerichtsbarkeit gedacht, die das zur Suprematie zu bringende Haus Österreich ausüben solle. Interessant ist das Schema des Herzogs vorwiegend durch seinen Plan zur Organisierung des europäischen Handels.

Spinoza. Pufendorf. Thomasius.

In seinem 1670 erschienenen »Politischen Traktat« hat Baruch Spinoza (1632—1677) über das Recht vom Kriege geschrieben, wobei er sich indirekt für den Frieden aussprach, den er als den einzigen Zweck des Krieges bezeichnete. Von den Juristen dieser Zeit, die den Spuren des Grotius folgten, hat der Deutsche Samuel Pufendorf (1632—1694) in seinem 1671 erschienenen »Jus naturae et gentium« die internationale Konferenz und das Schiedsgericht als Mittel zur Beilegung von Völkerstreitigkeiten empfohlen und ein ausführliches Schema dafür ausgearbeitet. Sein berühmtester Nachfolger ist der deutsche Philosoph Christian Thomasius (1655—1728), der 1705 seine »Fundamenta juris naturae et gentium« veröffentlichte.

Logau. Fénélon. Bayle u. a.

Von den Schriftstellern jenes Jahrhunderts, die sich im pazifistischen Geiste äußerten, ist neben dem Deutschen Friedrich von Logau (1604—1655), dessen Leben fast ganz vom Dreißigjährigen Krieg erfüllt wurde, und dessen den Krieg verwerfende Anschauung in zahlreichen seiner »Sinngedichte« zum Ausdruck kommt, der französische Erzbischof Fénélon (1651—1715) zu nennen, der sich als Schriftsteller und Kanzelredner einen Namen gemacht hat, und der als Erzieher der Enkel Ludwigs XIV. von großem Einfluß war. Er ist der erste folgerichtige Pazifist an der Schwelle des 18. Jahrhunderts, der den Krieg — sofern er nicht zur Verteidigung dient — unbedingt verwarf. Zwischen Diebstahl und Eroberung kennt er keinen Unterschied. Jeder Krieg, selbst der glücklich beendete, stiftet seiner Meinung

nach mehr Böses als Gutes. »Die Nationen der Erde«, sagt er in seinem »Telemach«, »bilden nur eine und dieselbe Familie, und anstatt grausamer als die Tiere miteinander zu kämpfen, sollten sie einen großen Bund schließen mit einem Kongreß aller Fürsten.« In ähnlicher Weise, oftmals noch entschiedener, nahmen Fénélons Landsleute Pascal (1623—1662), Boileau 1676—1710) und La Bruyère (1645—1696), wie der Engländer Locke (1632—1704) Stellung gegen den Krieg. Der große Philosoph Pierre Bayle (1647—1706) bemerkt in seinem »Dictionnaire historique et critique« (1695—1697), daß wir, je länger wir die unausbleiblichen Folgen des Krieges ins Auge fassen, dessen Urheber desto mehr verabscheuen müssen. Die gewöhnlichen Folgen des Krieges »sind geeignet, denen Zittern und Furcht einzujagen, die ihn unternehmen oder dazu raten, um Übel zu vermeiden, die vielleicht nie eintreten oder schlimmstenfalls oft viel geringer wären als die, welche einem Bruch unumgänglich folgen«.

Die Quäker.

Um die Mitte des 17. Jahrhunderts wurde in England die Sekte der Quäker begründet, die in radikalster Weise den Kampf gegen den Krieg aufnahm und ihn bis in unsere Zeit mit Hartnäckigkeit und Erfolg durchführte. Der Gründer dieser Sekte, die sich allmählich zu einer mächtigen Organisation entfaltete, der Schuhmacher George Fox (1624—1691), durchzog als pazifistischer Wanderredner London und die englischen Provinzen. Von seinen Mitarbeitern und Nachfolgern in der Führung verteidigte Robert Barclay (1648—1690) in seinem Hauptwerk über die wahre christliche Glaubenslehre die Friedensidee vom religiös-moralischen Gesichtspunkt, während William Penn (1644—1718), der Begründer des Staates Pennsylvanien in Amerika, mit seinem »Essay on the present and future peace in Europe«, der 1693 erschien, an der Wende des neuen Jahrhunderts als ein wichtiger Vorläufer der modernen Friedensbewegung in Erscheinung tritt.

William Penn.

William Penns Entwurf unterscheidet sich von den Plänen seiner Vorgänger durch den Atemzug einer politisch vorgeschrittenen Zeit, der ihn durchweht. Er zerlegt das Wesen des Krieges psychologisch, und die Mittel, die er gegen das Übel vorschlägt, zeichnen sich durch politische Klugheit aus. Der Form nach ähnelt sein Plan dem Heinrichs IV., der ihm, wie er am Schlusse seiner Arbeit bemerkt, nicht unbekannt war. Er hat ihm aber einen andern Inhalt gegeben, der durch das Jahrhundert, das zwischen beiden Entwürfen liegt, und wohl auch durch den Geist der englischen Revolution, die mittlerweile vor sich gegangen war, bedingt wurde. Den Kern der Idee bildet bei Penn ein ständiger internationaler Kongreß, der sowohl als beratende Körperschaft wie als Schiedshof wirken sollte. Sein Buch ist in zehn Abschnitte geteilt, denen ein zusammenfassender Abschnitt folgt. Der erste Abschnitt handelt »Von dem Frieden und seinen Vorteilen«, während im zweiten »Die Mittel des Friedens, nämlich Gerechtigkeit statt Krieg« dargelegt werden. Im dritten Abschnitt wird ausgeführt, »daß Gerechtigkeit das Ergebnis einer guten Regierung« sei.

Der vierte Abschnitt bildet den Hauptteil des Werkes; er handelt »Über einen allgemeinen Frieden oder den Frieden Europas und dessen Mittel«. In fünf Punkten entwickelt Penn hier seinen Plan zu einer Staatenorganisation. Die souveränen Fürsten Europas sollten Delegierte zu einem »Allgemeinen Reichstag«, einer »Ständeversammlung« oder einem »Parlament« erwählen und Rechtsregeln zur gegenseitigen Beobachtung errichten. Die Versammlung soll jährlich, zum mindesten aber einmal in zwei oder drei Jahren zusammentreten. Sie soll als »Souveräner Reichstag« oder als »Parlament der europäischen Staaten« bezeichnet werden. Vor diese Versammlung sollen alle schwebenden Streitfälle der Souveräne gebracht werden, »die nicht durch Sondergesandtschaften vor Beginn der Sitzungen beigelegt werden können«. Wenn eine der Souveränitäten, die diesen Reichstag bilden, sich weigern

sollte, ihre Streitigkeiten diesem zu unterbreiten oder ein Urteil zu erfüllen und zu diesem Zwecke zu den Waffen greifen würde, hätten sich alle andern Souveränitäten zu vereinigen und die Erfüllung des Bundesrechts zu erzwingen. Im fünften Abschnitt werden die »Ursachen der Streitigkeiten und die Ursachen der Friedensverletzung« untersucht, als deren wichtigste die Leidenschaftlichkeit der Menschen, ihre Langsamkeit beim Erkennen und ihre Vergeßlichkeit gegenüber den Lehren der Erfahrung bezeichnet wird. Der sechste und siebente Abschnitt behandeln mit viel Scharfsinn den Umfang der Vertretungen der einzelnen Staaten in der Versammlung, wobei der wirtschaftlichen Bedeutung der Länder klug Rechnung getragen wird. Im achten Abschnitt werden die Statuten für die Sitzungen ausgearbeitet, während im neunten den zu erwartenden Einwänden begegnet und im zehnten Abschnitt in neun interessanten Punkten »die realen Vorteile« dargelegt werden, die aus dieser Friedensorganisation erwachsen könnten.

William Temple und John Bellers.

Im Schlußkapitel weist Penn auf die »grand dessein« Heinrichs IV. und auf das Buch des englischen Diplomaten Sir William Temple (1628—1699) »Account of the United Provinces« hin, der an der Hand einer Darstellung der Geschichte der vereinigten Provinzen von Holland die praktische Möglichkeit einer europäischen Föderation darlegt. Unmittelbar an Penn lehnte sich der Quäker John Bellers an, der im Jahre 1710 eine Abhandlung über einen »europäischen Staat« veröffentlichte.

B. Das Jahrhundert der Aufklärung.

Abbé St. Pierre.

Unter kriegerischen Stürmen, die wieder ganz Europa verwüsteten, setzte das 18. Jahrhundert ein. Das Jahrhundert der Aufklärung und Humanität, dessen große Denker alle zum Friedensproblem Stellung nahmen und fast ohne Ausnahme den Krieg verwarfen. Der Friede zu Utrecht hatte eben den Eroberungskriegen Ludwigs XIV. ein Ende gemacht und eine eindringliche Friedenssehnsucht erweckt. Aus den

Empfindungen dieser Zeit heraus schrieb der französische Abbé Charles Irénée Castel de St. Pierre (1658—1743) sein berühmt gewordenes dreibändiges Werk »Projet de la paix perpetuelle etc.«, das von 1712—1716 veröffentlicht wurde.

Als Sekretär der französischen Delegierten hatte er 1712 an dem Utrechter Friedenskongreß teilgenommen, der in ihm den Gedanken entstehen ließ, ob es nicht möglich wäre, die Vorteile eines Vertrages, wie er dort geschlossen wurde, dauernd zu sichern.

Der Plan des Abbés knüpfte an die Ideen Heinrichs IV. an, schlug aber nicht eine Universalmonarchie, sondern eine Föderation aller europäischen Staaten mit Ausnahme der Türkei vor. Die 24 von ihm aufgeführten Staaten sollten je einen Vertreter zu einem europäischen Senat entsenden. Die umfangreiche Darstellung der Funktionen dieses Senates und der näheren Bestimmungen für das Zusammenleben dieser europäischen Föderation hat St. Pierre zu einem Abkommen mit fünf Fundamentalartikeln zusammengezogen, das die Souveräne durch ihre nach Utrecht zu entsendenden Vertreter hätten unterzeichnen sollen. Der Senat sollte dauernd in der zur freien Friedensstadt erhobenen Stadt Utrecht tagen, um die gemeinsamen europäischen Angelegenheiten zu beraten. Neben dem Senat sollten vier ständige Verwaltungsämter für Politik, Militärwesen, Finanzen und Rechtspflege errichtet werden, denen die Ausführung der Senatsbeschlüsse, von Zeit zu Zeit auch Verständigungsausschüsse, denen die zwischenstaatlichen Streitigkeiten obliegen sollten. Für das Verständigungsverfahren waren recht umfangreiche und verwickelte Bestimmungen getroffen, als deren letzte Instanz nach verschiedenen Ausgleichsverfahren das Schiedsgericht eingesetzt wurde. Die Nichtbefolgung seiner Entscheidungen wurde mit dem Banne Europas bedroht, den die vereinten Kräfte der Union wirksam zur Durchführung bringen sollten. Kein Staat sollte mehr als 6000 Mann unter Waffen halten, aber für einen von der Union geführten Krieg gegen einen äußeren Feind oder einen Rechtsbrecher im Innern sollten die Kosten seitens

der Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Einkünfte aufgebracht werden. Als Grundlage der Föderation war der status quo gedacht.

Die umfangreiche und ins Einzelne gehende Darstellung des Abbés machten sein Werk ziemlich schwerfällig. Er versuchte diesen Übelstand zu beseitigen durch Herausgabe eines Auszuges, der 1728 erschien. Immerhin erregten seine Ausführungen großes Aufsehen unter den Zeitgenossen, stießen aber auch auf großen Widerstand, der jedoch den tapfern Verteidiger seiner Idee nicht zu entmutigen vermochte. »Die Größe des Gegenstandes«, so äußerte er sich in einem Briefe, »gibt mir genügend Mut, um die Unzahl der Hindernisse nicht zu scheuen, die sich von allen Seiten in Menge darbieten«. Später wurde er resignierter und setzte seine Hoffnungen auf die Nachwelt. Als Greis im hohen Alter äußerte er sich in diesem Sinne: »Meine Pläne werden von Dauer sein; etwas davon wird allmählich in die jungen Geister jener dringen, die eines Tages berufen sein werden, an der Regierung teilzunehmen. Und sie werden der Öffentlichkeit gute Dienste leisten können. Die Ausblicke auf die Zukunft haben mich immer reichlich entschädigt für meine gegenwärtigen Qualen«.

Das Buch wurde alsbald in verschiedene Sprachen übersetzt und rief eine ganze Literatur von Kommentaren, Ergänzungen und Widerlegungen hervor. Und soweit hatte St. Pierre mit seinen Zukunftsaussichten recht, als sich seine Ideen durch alle späteren Projekte schlängeln, und daß der Eindruck, den sein Werk auf seine Zeitgenossen gemacht hat, auch heute noch nachwirkt; wird er doch noch irrigerweise als der Vater der modernen Friedensbewegung bezeichnet.

Rousseau und Leibniz.

Von den hervorragenden Zeitgenossen waren es besonders Rousseau (1712—1778) und Leibniz (1646—1716), die zu den Plänen des Abbés Stellung nahmen. Rousseau veranstaltete sogar 20 Jahre nach St. Pierres Tod neuerlich einen Auszug aus dessen denkwürdiger Schrift, die infoge der aus-

drucksvollen Darstellung dadurch weiteren Kreisen zugänglich wurde. In zwei Essays lieferte er überdies eine Darlegung des Inhalts und eine Kritik der Schrift. Rousseau sagte darin über das Buch, es sei »ein solides und vernünftiges; es ist sehr wichtig, daß es erscheint«. Gleichzeitig legt er seinen eigenen Friedensplan dar, der ebenfalls eine allgemeine Föderation mit Staatenkongreß, Gerichtshof und Zwangsgewalt im Auge hatte. Die Vorteile einer solchen Föderation liegen für ihn in der Beseitigung der unheilvollen wirtschaftlichen Schäden der Kriege und in der dadurch gesicherten Unabhängigkeit der Staaten, da man lediglich von einem Körper abhängen würde, dem man selbst als Glied angehört. Leibniz, der selbst in zahlreichen seiner Schriften für die Herstellung eines gesicherten Friedens innerhalb der christlichen Nationen eingetreten ist, hat die ihm übersandte Schrift St. Pierres mit Wohlwollen aufgenommen, aber als das Hindernis für ihre Verwirklichung den Mangel eines aufrichtigen Friedenswillens der Großen hervorgehoben. Er hielt es auch für unmöglich, bei den Fürsten seiner Zeit mit diesen Ideen, zu Gehör zu kommen. »Nur ein Minister, der im Sterben liege, könne das wagen und auch dann nur, wenn er keine Familie hinterläßt und nicht gezwungen ist, über sein Grab hinaus Politik zu machen.« So schrieb er an St. Pierre. Im übrigen fand er es gut, »dergleichen Gedanken ins Publikum zu bringen«. Hat er doch selbst 1677 in einer aus Anlaß des Friedens von Nimwegen herausgegebenen Schrift: »De jure suprematus ac legationis principium Germaniae« an einen Plan einer europäischen Föderation mit Kaiser und Papst als Oberhaupt gedacht. Auch für ein Schiedsgericht trat er ein, und um die Ausführung der von diesem getroffenen Entscheidungen zu sichern, kam er auf die originelle Idee, zu verlangen, daß die Könige bei dem Tribunal Kaution erlegen sollten. »Z. B. ein König von Frankreich 100 Millionen Taler, ein König von Großbritannien nach Verhältnis, daß, falls sie sich dem Spruch des Tribunals widersetzten, dieser mit ihrem eigenen Gelde exekutiv vollstreckt werden könnte . . .«

Montesquieu.

Montesquieu (1689—1755) hat den St. Pierreschen Plan gebilligt, den Zustand, der eine solche Föderation herbeiführen würde, als ideal und notwendig bezeichnet. Er selbst hat sich in einer 1724 erschienenen Schrift mit dem Gedanken der Universalmonarchie beschäftigt [1]), und darin auf die veränderte Bedeutung des Krieges gegenüber seinen Wirkungen im Altertum hingewiesen. Der Krieg zerstöre Handel und Verkehr, die Lebensader der Kulturentwicklung und böte den Neutralen Vorteile auf Kosten der Kriegführenden. In seinen beiden berühmten Schriften »Lettres persanes« und »Esprit des Lois« billigt Montesquieu den Verteidigungskrieg, will ihn jedoch strengen Rechtsregeln unterworfen sehen wie eine staatliche Exekution.

Voltaire.

Der große Voltaire (1694—1778) wandte sich wiederholt, sogar in bissigen Versen, gegen den Plan des Abbés. Dennoch war Voltaire kein Kriegsanhänger. In zahlreichen seiner Schriften hat er den Krieg bekämpft, den er »eine mit der menschlichen Natur im Widerspruch stehende Geißel« nannte. Erschien ihm »der Friede, wie ihn der Franzose, der Abbé St. Pierre, sich ausgedacht«, als »ein Traum«, so ergänzt er diesen Ausspruch in einer Anmerkung, die er hinzufügt [2]). Diese Anmerkung lautet: »Der Plan eines ewigen Friedens ist unsinnig nicht in sich, aber in der Art, wie er vorgeschlagen wird. Erst dann wird es keinen Krieg aus Ehrgeiz oder böser Laune mehr geben, wenn die Menschen einsehen werden, daß selbst in den glücklichsten Kriegen nur eine Handvoll Generale und Minister etwas zu gewinnen haben. Denn dann wird jeder, der aus Ehrgeiz oder schlechter Laune Krieg anfängt, als Feind aller Nationen

---

[1]) »Reflexions sur la Monarchie universelle«. Neuausgabe in »Deux opuscules de Montesquieu«, Bordeaux 1891.

[2]) In seiner Schrift »De la paix perpetuelle«, deutsch in »Aus der Gedankenwelt großer Geister«, 3. Bd., Voltaire. Von Käthe Schirmacher. Stuttgart, R. Lutz, S. 288. Darin zahlreiche Äußerungen V.s gegen den Krieg.

betrachtet werden, und statt die Unruhen der Nachbarn zu unterstützen, wird jedes Volk sich nach Kräften bemühen, sie zu stillen; wenn alle Nationen davon überzeugt sind, daß, wenn eine Prinzenerbfolge bestritten wird, die Bewohner des Staates die Streitigkeit der Nebenbuhler zu entscheiden haben, wird es keine Erbfolgekriege mehr geben. Wenn dann die Kriege sehr selten und die Urheber der Kriege oft bestraft sein werden, wird man sagen dürfen, die Menschen genießen dauernden Frieden, wie man sagt, sie genießen in zivilisierten Staaten bürgerliche Sicherheit, obgleich auch dort Morde mitunter vorkommen.« Das ist ein pazifistisches Glaubensbekenntnis, das neben zahlreichen andern pazifistischen Äußerungen des großen Kritikers seiner Zeit die Fabel widerlegt, als richte sich der Spott Voltaires gegenüber St. Pierre gegen die pazifistische Idee, wo er sich nur gegen diesen Vorschlag richtet.

Es hat im Gegenteil kein Autor des XVIII. Jahrhunderts den Krieg drastischer bekämpft als Voltaire. Pest und Hungersnot nennt er Schicksalsschläge, aber »der Krieg wird von Menschen gemacht, von drei- bis vierhundert Personen, die die Welt beherrschen und unter dem Namen Fürsten oder Minister bekannt sind«. Überall begießt er den Krieg und die ihm dienenden Einrichtungen mit beißender Ironie. Er übt eine Kritik daran, die ein moderner Autor nicht wagen dürfte, ohne mit den Gesetzen in Konflikt zu kommen. Man lese nur den Artikel »Krieg« in seinem »Dictionnaire Philosophique« (1764) und seine zahlreichen pazifistischen Streitschriften und Dialoge.

Die Enzyklopädisten (Holbach, Diderot, Turgot).

Voltaire war einer der Hauptmitarbeiter der Enzyklopädie (1751—1772), jenes großen Werkes, um das sich die Vertreter des politischen und religiösen Freidenkertums sammelten. Naturgemäß mußten die Enzyklopädisten zu dem Friedensproblem, das damals im Mittelpunht der Erörterung stand, Stellung nehmen. Sie taten es und kamen alle zu einer bedingungslosen Verurteilung des Krieges, zu einer

nachdrücklichen Betonung der Möglichkeit und Notwendigkeit eines gesicherten Friedenszustandes. Holbach (1727—1789), einer der Hauptvertreter jenes Kreises, nennt die kriegführenden Völker Kannibalen, legt die Verantwortung ihrer kriegerischen Verirrungen den Monarchen zur Last und fordert die Verbrüderung der Völker. An einer Stelle der Enzyklopädie heißt es: »Der Krieg ist die schrecklichste der Geißeln, die das Menschengeschlecht zerstören. Er verschont nicht einmal die Sieger. Auch der glücklichste Krieg ist unheilvoll . . . Gegenwärtig sind es nicht mehr die Völker, die den Krieg erklären; es ist die Habsucht der Könige, die zur Ergreifung der Waffen führt.« Diderot (1713—1784), der weniger radikal auftritt, glaubt, daß sich die Fürsten der Einsicht nicht verschließen werden, daß der Friede das Glück der Menschheit bildet, und rechnet damit, daß der Handel den Krieg verdrängen wird, da er schon mehr Menschen beschäftigte als dieser. Einen Krieg zwischen den Handeltreibenden Völkern vergleicht er mit einem Brande, der allen gleichzeitig schädlich ist. Ein anderer Enzyklopädist, der große Nationalökonom und Politiker Turgot (1727—1781), befaßte sich eingehend mit dem Problem einer zwischenstaatlichen Union, für deren Herstellung er jedoch jeden Zwang ablehnte. Gerechtigkeit, Vernunft, Moral soll die Gemeinschaft der Staaten beherrschen. Als Beispiel für Europa konnte er auf die sich vollziehende Staatenunion in Amerika hinweisen, deren endgültige Festigung er jedoch nicht mehr erlebte.

Ange Gondart.

Im Jahre 1757 veröffentlichte der Chevalier Ange Gondart (1720—1791), ein fruchtbarer Nationalökonom, einen Essay, »La paix de l'Europe« betitelt, in dem er ausführte, daß sich ein dauernder Friedenszustand Europas nur aus einem erst abzuschließenden und genügend garantierten Waffenstillstand entwickeln könne. Es mochte ihm eine Art erweiterter »treuga dei« vorgeschwebt haben, wie anderthalb Jahrhunderte später auch seinem Landsmann Jules Simon (siehe unten). Ein Waffenstillstand von 20 Jahren, meinte er, würde den Völkern

erst einen Begriff vom Frieden geben, und sie werden sich daran gewöhnen, während sie sich des Krieges entwöhnen werden. In zehn Artikeln entwickelt Gondart die Hauptpunkte für ein Abkommen, das einen solchen Waffenstillstand festlegt. Die Schrift des französischen Gelehrten ist reich an scharfsinnigen Kritiken der Argumente, die die Verteidiger des Krieges ins Feld führen. Er bestreitet, daß der Krieg ein notwendiges Übel oder gar ein Naturgesetz sei. Die Kriege der Alten, so führt er aus, hätten noch einen Sinn gehabt, aber nun wäre der Krieg zu einem Werkzeug des politischen Ehrgeizes geworden.

La Harpe, Gaillard und Mayer.

Bezeichnend für den Geist jener Zeit war es, daß die französische Akademie durch einen anonym gebliebenen Anhänger der Friedensidee in den Stand gesetzt wurde, einen Preis auszusetzen für die beste Schrift, »die den Nationen zeigt, wie sie sich zur Sicherung des allgemeinen Friedens vereinigen könnten«. Dem Schriftsteller und Literarhistoriker La Harpe und dem Historiker Gaillard fiel er 1767 zu. Im Jahre 1777 betonte ein gewisser Mayer[1]) in seinem »Tableau politique et littéraire de l'Europe« die Notwendigkeit einer Friedensunion mit einem ständigen europäischen Kongreß, wobei er nicht versäumte, die Fürsten auf die Vorschläge St. Pierres hinzuweisen.

Nicht so allgemein wie in Frankreich, immerhin in stattlicher Zahl, wandten sich die geistigen Größen Deutschlands im 18. Jahrhundert dem Friedensproblem zu. Bezeichnend ist es, daß die deutschen Denker, wenn sie auch zu einer oftmals recht entschiedenen Verurteilung des Krieges kamen, an die Möglichkeit seiner Vermeidung nicht glauben wollten. Ihnen war der Krieg noch immer eine natürliche Einrichtung, ein Bestandteil der Weltordnung. Sie beklagten ihn, hielten aber jede Maßnahme zu seiner Vermeidung für aussichtslos. Daher die Skepsis, der der Plan des Abbé St. Pierre in Deutsch-

---

[1]) Siehe: Lagorgette, Le Rôle de la Guerre. Paris 1906.

land begegnete, daher die geringe Zahl von Friedensplänen, die dort entwickelt wurden und das noch geringere Aufsehen, das sie machten.

Gottsched. Palthen. Toße. Lilienfeld. Vattel.

Aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts ist nach Leibniz' Tode allerdings von Gottsched (1700—1766) zu berichten, der in verschiedenen Oden »die Völkerbarbarei« bekämpfte und den Ruf nach einem vernünftigen Zustand der Staatenbeziehungen laut werden ließ[1]. »Wann wird das menschliche Geschlecht doch endlich seiner Wut vergessen und sich nach Billigkeit und Recht, nicht nach der blinden Macht gestählter Fäuste messen?« So sang dieser deutsche Dichter 1733 dem König Friedrich August II. zu. In seinen Schriften sind viele pazifistische Gedanken zu finden[2].

Erst in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts mehren sich in Deutschland troß der friederizianischen und anderer Kriege die pazifistischen Äußerungen. Wir begegnen hier auch einigen Entwürfen zur Herstellung eines gesicherten Friedens auf dem Wege eines Staatenverbandes. Im Jahre 1758 veröffentlichte der Justizrat Johann Franz v. Palthen († 1804) ein »Versuche zu vergnügen« betiteltes Buch, dessen dritte Abhandlung »Projekt, einen immerwährenden Frieden zu erhalten« betitelt ist. Lessing (1729—1781) berichtet uns[3] darüber, daß es sich um die Errichtung eines »allgemeinen Parlaments oder Tribunals« handle. Palthen will den Plan St. Pierres nicht gelesen haben, als er den seinen entwickelte. Ein gewisser Totze in Göttingen griff in einer 1763 erschienenen Abhandlung auf den Entwurf König Heinrichs IV.

---

[1] Siehe den Artikel Carl Ludwig Siemerings, »Johann Christoph Gottsched, ein Vorläufer des modernen Pazifismus« in »Es werde Licht«, 40. Jahrgg., 1909, Heft 12.

[2] 1743 erschien in Frankfurt anonym eine Schrift: »Beweiß, daß die Universalmonarchie vor die Wohlfahrt von Europa und überhaupt des menschlichen Geschlechts die größte Glückseligkeit würcken würde«, in der dem Grundgedanken St. Pierres zugestimmt wurde.

[3] In den »Briefen, die neueste Litteratur betreffend«. Fünfter Brief.

zurück (»Die allgemeine christliche Republik nach den Entwürfen Heinrichs IV.«), und im Jahre 1767 wies ein gewisser Lilienfeld in seiner in Leipzig erschienenen Schrift »Neues Staatsgebäude« auf die Lösung von Staatsstreitigkeiten durch Schiedsgerichte hin und empfahl die Errichtung einer Föderation mit einem Höchsten Gerichtshof. Der Schweizer Völkerrechtsjurist Emerich de Vattel (1714—1767) veröffentlichte im Jahre 1758 sein Lehrbuch des Völkerrechts, in dem er die Lehren des Grotius' weiter entwickelte und auch einen etwas verschwommenen Plan für ein Schiedsgericht entwarf.

Lessing.

Lessing ironisierte das Projekt Palthens[1]) mit wenig stichhaltigen Einwänden, so mit dem heute noch beliebten, aber dadurch keineswegs richtigen Argument, daß die gewaltsame Durchführung eines Schiedsurteils doch nur wieder Krieg sei. Er ließ sich aber dazu herbei[2]), den Plan des Abbé St. Pierre »unendlich sinnreicher« als den Palthenschen zu bezeichnen, da er »auf eine proportionierliche Herabsetzung der Kriegsheere aller europäischen Staaten« hinausläuft. In seinen »Freimaurergesprächen« finden wir den Satz: »Es ist recht sehr zu wünschen, daß es in jedem Staat Männer geben möchte, die über die Vorurteile der Völkerschaft hinweg wären und genau wüßten, wo Patriotismus, Tugend zu sein, aufhört.« Lessing erschienen die Freimaurer diese Menschen zu sein. Eigentlich hat der damit die Pazifisten gekennzeichnet, und man wird ihn deshalb mit Recht als einen solchen bezeichnen können. Schon deshalb auch, weil er den Patriotismus hoch hält mit der Bedingung, daß er die Liebe zur Menschheit nicht beeinflussen darf.

Friedrich der Große.

Friedrich der Große (1712—1786), dessen Persönlichkeit das Zeitalter beherrschte, hat, obwohl er mit dem größten Verächter des Krieges in jener Zeit, mit Voltaire, eng befreundet war, wiederholt seiner Skepsis gegenüber den

[1]) a. a. O.
[2]) a. a. O.

für die Beseitigung des Krieges vorgeschlagenen Mitteln Ausdruck verliehen. Der Plan St. Pierres hat ihn oft beschäftigt, hat doch der mutige Abbé während des ersten schlesischen Krieges (1742) dem König sein Buch übersandt und ihn aufgefordert, den Frieden Europas wieder herzustellen. Der König soll sich ironisch darüber geäußert haben. In seinen »Totengesprächen« (1773) läßt er den Prinzen Eugen über die Enzyklopädisten, jene »entschiedenen Vertreter des ewigen Friedens«, und über den »Traum eines gewissen Abbé de St. Pierre, der von der ganzen Welt ausgelacht wurde«, sich lustig machen. Dennoch geht aus verschiedenen Äußerungen des Preußenkönigs hervor, daß er, wenn er auch an ein Mittel zur Beseitigung der Kriege nicht zu glauben vermochte, den Krieg und seine Opfer vom Gesichtspunkt des aufgeklärten Menschen ansah. So äußerte er sich zu Voltaire, daß er befriedigter sein würde, wenn er, statt den Siebenjährigen Krieg geführt zu haben, die »Athalie« verfaßt hätte [1]). In einem Gedichte »La guerre« drückt er den Abscheu vor nutzlosem Blutvergießen aus. »Diese Menschen sind eure Kinder,« ruft er den Fürsten zu, »habt ein Vaterherz!« Immerhin, ein Pazifist war Friedrich der Große nicht, und an dem Problem, das sein Zeitalter so sehr beschäftigte, ging er verständnislos vorüber. Angesichts der sich mehrenden Schriften über das Friedensproblem schrieb er am 27. November 1773 voll ironischer Skepsis an Voltaire: »Ich bedaure, daß mein hohes Alter mich des schönen Anblicks beraubt, dessen Beginn ich nicht einmal erleben werde.«

Kaunitz' Abrüstungsvorschlag.

Auch der Gelegenheit, einen praktischen Schritt zur Verminderung der Kriegslasten durchzuführen, widersetzte sich der König. Es war zum erstenmal in der Geschichte, daß eine europäische Regierung einer andern einen Vorschlag auf Verminderung der Rüstungen unterbreitete, als bald nach Beendigung des Siebenjährigen Krieges der österreichische Staatskanzler Fürst Kaunitz dem preußischen Ge-

[1]) Lagorgette, a. a. O. S. 677.

sandten in Wien einen solchen Antrag stellte. Kaunitz führte aus: Gleich wie die Klöster, so seien die großen stehenden Heere, die die Mächte unterhielten, für das Menschengeschlecht schädlich und bedrohen es im Laufe der Zeit mit »völligem Untergang«. Dieser »traurigen Perspektive«, diesem »inneren Krieg«, den die Fürsten in Friedenszeiten miteinander führten, solle nun ein Ende gemacht werden und zwar durch Abrüstung. Er habe sich oft die Schwierigkeiten überlegt, die der Ausführung eines so heilsamen Werkes im Wege ständen, und deren größte sei seiner Ansicht nach die Bemessung der Truppenzahl für die einzelnen Mächte. Er schlug daher vor, Preußen und Österreich sollten als Basis den jüngst geschlossenen Hubertusburger Frieden nehmen, dreiviertel der Soldaten, die sie damals unter den Fahnen hatten, entlassen und zur gegenseitigen Kontrolle den Truppenbesichtigungen der andern Macht Kommissare beiwohnen lassen.

Als der König diesen Bericht seines Gesandten erhielt, meinte er, daß Kaunitzens Vorschlag lediglich durch die derzeitige finanzielle Notlage der österreichischen Monarchie diktiert sei, da es ihr schwer fiele, alle ihre Truppen, die sie zurzeit auf den Beinen habe, zu unterhalten. Vertraulich fuhr er fort, er könne auf diesen Abrüstungsvorschlag nicht eingehen, da im Ernstfalle die Österreicher schneller als er ihre Armee versammeln könnten. Für den Fall, daß Kaunitz auf seinen Vorschlag zurückkäme, beauftragte Friedrich endlich seinen Gesandten, in angemessener Weise zu erklären, dieses Projekt scheine ihm fast nach dem des Abbé St. Pierre auszusehen, und schwerlich würden sich die Mächte über die Zahl der beizubehaltenden Truppen einigen können. Im Jahre 1769 kam Kaiser Josef II. bei der Begegnung, die er mit Friedrich in Neisse hatte, nochmals auf den Vorschlag von Kaunitz zurück und meinte, man solle die Truppenzahl der Armee zur Erleichterung der Völker vermindern, doch auch diesmal lehnte der König ab.

So scheiterte der erste Versuch eines Rüstungsübereinkommens.

Herder. Wieland. Schiller. Hippel.

Unter den großen deutschen Dichtern der klassischen Periode war es vor allen Dingen Herder (1744—1807), der den Krieg und das Kriegertum verdammte. »Den ländererobernden Heldengeist« nannte er einen »Würgengel der Menschheit« und den Krieg, »wo er nicht erzwungene Selbstverteidigung ist, ein unmenschliches, ärger als tierisches Beginnen«. Den Pazifismus, d. i. die werktätige Ausbreitung der Friedensidee, billigte Herder, wenn er schrieb: »Alle edlen Menschen sollten diese Gesinnung (über das Unmenschliche des Krieges) mit warmem Menschengefühl ausbreiten, Väter und Mütter ihre Erfahrungen darüber den Kindern einflößen, damit das fürchterliche Wort Krieg, das man so leicht ausspricht, den Menschen verhaßt werde.« In seinen »Briefen zur Beförderung der Humanität« kommt er auf den Plan St. Pierres zu sprechen, der ihm nicht wie Friedrich dem Großen als Utopie erscheint, weil der Gedanke des Abbés »die Träume eines jeden honetten Menschen sind«. Wieland (1733—1813) dachte an eine Weltmonarchie, in der die Vernunft Herrscherin ist, Schiller (1759—1805), der den Krieg für »einen Beweger des Menschengeschlechts« hielt, hat doch auch Töne der Abscheu und der Verachtung für ihn gefunden. »Mord« nennt er ihn an bekannter Stelle; daß er »die Besten verschlingt«, wirft er ihm vor. Aber wie so viele große Deutsche jener Periode betrachtete er den Krieg doch als ein »Geschick«, dem man sich beugen müsse. Hingegen finden wir in Th. Gottlieb Hippel (1741—1796) einen scharfen Kritiker des Krieges, den er ein »übertünchtes Grab« nennt, und den er an verschiedenen Stellen seiner »Kreuz- und Querzüge des Ritters A—Z« (1793) und in den »Lebensläufen nach aufsteigender Linie« (1778) radikal bekämpft. Im letztgenannten Buche äußert er auch die Hoffnung auf ein »verbessertes Völkerrecht«, wo die Menschen zu »allgemeinen Weltgesetzen« kommen werden [1]).

---

[1]) Siehe darüber den Artikel C. L. Siemerings, »Th. G. von Hippel — ein Vorläufer des Pazifismus« in der »Friedens-Warte« 1909.

Schinly.

Im Jahre 1788 wagte es der deutsche Theologe Gottfried Schinly, die Ideen St. Pierres aufzunehmen und für eine Föderation mit einem allgemeinen europäischen Kongreß einzutreten. Seine Schrift »Was ist den großen Fürsten zu raten, um das Wohl und Glück der Länder zu befördern?« entwickelt in Vorschlägen an Joseph II., Katharina II. und Friedrich Wilhelm II. seine Ideen. Die Vertreibung der Türken aus Europa bildet auch für diesen Autor die Grundlage der späteren europäischen Einheit.

Swift. Hume. Price.

In England war es in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts vor allem Jonathan Swift (1617—1745), der große Satiriker, der in seinem berühmten Buche »Gullivers Reisen« (1726), den Krieg mit beißender Ironie behandelt und ihn als eine Art Massenwahnsinn darstellt, ohne zu greifbaren Vorschlägen für seine Beseitigung zu kommen. Bald darauf verglich David Hume (1701—1766) in seinem »Treatise upon human nature« (1738) die Kriegführenden mit »betrunkenen Tölpeln, die sich in einem Porzellanladen mit Knüppeln prügeln und nachher noch eine ungeheure Rechnung zu bezahlen hätten«. Erst 1776 scheint der Nationalökonom Richard Price (1723—1791) den Fußstapfen Penns und St. Pierres zu folgen, als er in seiner Schrift »Observation on the nature of civil liberty usw.« die Forderung nach einem Weltsenat aufstellte, der als Oberrichter die zwischenstaatlichen Konflikte zu entscheiden hätte.

Bentham.

Ihm folgte als hervorragendster Friedenstechniker jener Periode Jeremy Bentham (1748—1832), der im IV. Teil seines 1786—1789 erschienenen Buches »Principles of international Law« einen Plan für einen allgemeinen und dauernden Frieden entwickelte, der jedoch erst 1843, anläßlich der Veranstaltung einer Gesamtausgabe seiner Schriften, an die Öffentlichkeit kam.

Bentham, einer der Hauptvertreter der sogenannten utilitaristischen Schule, suchte zuerst die Ursachen der Kriege zu ergründen und ein Schema darüber auszuarbeiten. Zu ihrer Vermeidung forderte er eine Umwandlung der Außenpolitik der Staaten durch Ausdehnung und Kodifikation des internationalen Rechts, Auflassung der Kolonien und Vermeidung der Rüstungen auf dem Wege wechselseitiger Verträge. Der Freihandel oder, wie wir heute sagen, die »offene Türe« bildete einen Grundstein in seinem Friedenssystem. Ein internationales Schiedstribunal soll die Streitigkeiten der Staaten schlichten, und ein Kongreß die gemeinsamen Angelegenheiten beraten. Den moralischen Einfluß dieser Einrichtungen schätzt er so hoch, daß eine gewaltsame Durchführung ihrer Anordnungen nicht notwendig sein würde. Doch verlangt er, daß dem Kongreß ein Heereskontingent zur Verfügung gestellt werde, um nötigenfalls den Gehorsam widerspenstiger Staaten zu erzwingen.

Die nordamerikanische Föderation. Alexander Hamilton.

Während man in Europa über die theoretischen Erörterungen bezüglich der Herstellung einer Staatengesellschaft nicht hinauskam, wurde eine solche jenseits des Ozeans zur Wirklichkeit. Die 13 englischen Kolonien in Nord-Amerika hatten sich zusammengeschlossen und erklärten am 4. Juli 1776 ihre Unabhängigkeit. Von 1778 an arbeiteten sie unter Überwindung zahlreicher Schwierigkeiten an der Herstellung ihres Föderationsstatuts, bis am 17. September 1787 der Nationalkonvent zu Philadelphia jenes berühmte Verfassungswerk schuf, das 1789 in Kraft trat. Offensichtlich war dieses Werk von den pazifistischen Ideen, die Europa seit Ende des 17. Jahrhunderts bewegten, stark beeinflußt. Neben den zahlreichen Bestimmungen, die jenem Staatenzusammenschluß den Stempel der engeren Gemeinschaft eines Bundesstaates aufdrückte, war darin doch das als wichtigstes Ergebnis erreicht, was alle Theoretiker der Friedenssicherung als Grundlage einer dauernden zwischenstaatlichen Friedensgemeinschaft gefordert hatten: Der ständige Kongreß zur Regelung der gemeinsamen

Angelegenheiten und der hohe Staatengerichtshof zur Schlichtung der zwischenstaatlichen Streitigkeiten. Damit wurde, wie es Alexander Hamilton (1757—1809), der Vater dieses großen Föderationswerkes, ausdrückte, zustandegebracht, »daß dieser aus kleinen Republiken zusammengesetzte Verband sich des inneren Glückes einer jeden einzelnen erfreuen konnte, während er dank des Zusammenschlusses nach außen hin alle Vorteile der großen Monarchien besaß.« Freilich darf nicht übersehen werden, daß die geschichtlichen Voraussetzungen, die in Europa dem Entwicklungsgang der Friedensidee zur Praxis so mächtige Hemmnisse entgegensetzten, daß sie heute noch nicht ganz überwunden sind, in Amerika vollständig fehlten.

Die französische Nationalversammlung.

Aber auch das alte Europa begann in seinen Fugen zu krachen. Im gleichen Jahre, in dem durch das Inkrafttreten der Föderationsverfassung der Vereinigten Staaten die nordamerikanische Umwälzung ihren Abschluß fand, nahm die große Umwälzung in Frankreich ihren Anfang. Das Werk der Aufklärung war zur Reife gelangt. Unter heftigen Erschütterungen und blutigen Krisen wandelte sich der alte Feudalstaat zum Volksstaat um. Die Vollstrecker der Ideen der Enzyklopädisten konnten keine Gegner der Friedensidee sein. Wenn die Führer der Revolution dennoch Krieg führen mußten, so waren dies eben Abwehrkriege gegen die Angriffe der koalierten Mächte. Der Verteidigungskrieg ist von den Pazifisten immer als berechtigt anerkannt worden. Das vergaßen auch jene Männer nicht hervorzuheben, die in der französischen Nationalversammlung für die Verbrüderung der Menschheit eintraten und der kriegerischen Notwendigkeit des Tages gerecht werden mußten. Sie unterließen auch nicht zu betonen, daß der Verzicht auf den Angriff, der Verzicht auf Eroberung die Grundlage einer pazifistischen Politik sei. Dieser Gedanke fand auch in der Konstitution vom 3. September 1791 Ausdruck, deren sechster Titel lautete: »Die französische Nation verzichtet darauf, irgendeinen

Krieg zu unternehmen, in der Absicht, Eroberungen zu machen.«

Beauharnais. Mirabeau. Pétion.

In den Äußerungen der Revolutionsführer in der Nationalversammlung kamen diese Anschauungen wiederholt zum Ausdruck. Beauharnais (1760—1794) sagte in den Maisitzungen von 1790, als die mögliche Verwicklung Frankreichs in dem zwischen England und Spanien drohenden Kriege zur Erörterung stand, daß das System eines allgemeinen Friedens lange für eine Chimäre gegolten habe, die Nationalversammlung darf diese Idee begreifen und die Hoffnung darauf äußern, und am 20. Mai sagte bei dieser Gelegenheit der jüngere Graf Gabriel de Mirabeau (1749—1791): »Ich wollte, es würde erklärt, die französische Nation entsage jeder Art von Eroberung und werde niemals ihre eigenen Kräfte gegen die Freiheit irgendeines Volkes anwenden. Ich schlage euch vor, die Minister oder Agenten, welche einen Angriffskrieg unternommen, als schuldig zu verfolgen. Die Zeit wird ohne Zweifel kommen, wo Europa nur eine einzige Familie ausmachen wird.« Volney (1757—1820), der in seinem berühmten Buche »Die Ruinen«, das 1791 erschien, ähnliche Gedanken zum Ausdruck brachte, wollte das ganze Menschengeschlecht nur »als ein und dieselbe Gesellschaft« betrachtet wissen, »deren Gegenstand der Friede und das Glück aller ist«. Jeder Krieg, der für etwas anderes unternommen wird als für die Verteidigung, erscheint ihm »als ein Akt der Unterdrückung, den zurückzudrängen der ganzen Gesellschaft obliegt«. Jerome Pétion de Villeneuve (1746—1794) verurteilte in einer gewaltigen Rede die Kabinettskriege der Fürsten und verlangte, daß die Entscheidung über den Krieg den Repräsentationsversammlungen zufallen müßte, denn »die Könige berechnen nicht mit derselben Sorgfalt die schlimmen Wirkungen eines Krieges, der ihnen Lorbeeren zu pflücken und Feinde zu demütigen bietet«. Den Verzicht auf die Eroberung, die »ein Bundeseintrachtszeichen unter den Nationen« werden könne und »nach und nach die Fackel des

Krieges auslöschen« würde, verlangt auch er. Zum Schlusse seiner Ausführungen[1]) erinnerte er an St. Pierre, indem er sagte: »Vielleicht wird ein Tag kommen, wo das System eines der glühendsten und tugendhaftesten Freunde der Menschheit, das man oft den Traum eines wohlgesinnten Mannes genannt hat, das öffentliche Recht der Nationen sein wird, und ihr werdet den Ruhm haben, den Tag vorbereitet zu haben.«

Cloots. Eschasseriaux. Condorcet u. a.

In den späteren Sitzungen der Nationalversammlung kam Graf Mirabeau noch oft auf die Beseitigung des Krieges durch den Fortschritt zu sprechen. Am 25. August sagte er: »Vielleicht ist der Augenblick nicht mehr fern von uns, wo die Freiheit das Menschengeschlecht von dem Verbrechen des Krieges freisprechen und den allgemeinen Frieden verkündigen wird. Dann wird das Glück der Völker das einzige Ziel des Gesetzgebers, der einzige Ruhm der Nationen sein.« Ähnlich äußerten sich noch Isnard und Robespierre (1758—1794). Anarcharsis Cloots (1755—1794), der sich mit Vorliebe als »Redner des Menschengeschlechts« bezeichnete, verfolgte den Gedanken einer Menschheitsrepublik, den er auch in einem Antrag an die Nationalversammlung (1793) wie in einer Schrift »La République universelle ou Adresse aux Tyrannicides« näher ausführte. »Eine Nation, eine Vertretung, ein Fürst«, so argumentierte der schwärmerisch veranlagte Politiker, »und das Glück der Menschheit wird grenzenlos sein«. Praktischer faßte ein anderes Mitglied der Nationalversammlung, der Abbé Gregoire (1750—1831), das Problem an, indem er im April 1795 der Versammlung einen Völkerrechtskodex mit 21 Artikeln unterbreitete, der zum Zwecke der Regelung des zwischenstaatlichen Verkehrs von allen Völkern angenommen werden sollte. Im November 1794 erklärte der

[1]) Man findet die Rede wie die übrigen Verhandlungen der Nationalversammlung, soweit sie sich auf Krieg und Frieden bezogen, in H. Hetzels an pazifistischem Material so reichem Buche: »Die Humanisierung des Krieges in ihrer kulturgeschichtlichen Entwicklung«. Eine Studie. Frankfurt a. Oder (1889).

ältere Eschasseriaux, daß die Revolution die Zeit herbeiführen werde, wo man »den Traum eines wohlgesinnten Mannes« — offensichtlich meinte er den Plan St. Pierres — sich verwirklichen sehen wird. Condorcet (1734—1794) sprach seinen Abscheu vor dem Kriege sowohl in der Nationalversammlung wie in verschiedenen seiner Schriften aus. Noch kurz vor seinem Tode äußerte er seine pazifistische Zuversicht in folgenden Worten: »Die Völker werden allmählich den Krieg als die traurigste Geißel, als das größte Verbrechen betrachten lernen. Man wird zuerst diejenigen Kriege verschwinden sehen, zu denen die Usurpatoren der Souveränität der Nationen sie fortreißen für angebliche Erbrechte. Die Völker werden erfahren, daß sie nicht Eroberer werden können, ohne ihre Freiheit zu verlieren. Allmählich wird ein falsches Handelsinteresse die Macht verlieren, die Erde mit Blut zu besudeln und Nationen zu ruinieren, unter dem Vorwande, sie zu bereichern. Die Ursachen, die die nationalen Gehässigkeiten erzeugen, verschlimmern, verewigen, werden verschwinden. Besser ausgedachte Einrichtungen als jene Entwürfe vom ewigen Frieden, die die Muße einiger Philosophen beschäftigt haben, werden die Fortschritte dieser Brüderlichkeit der Nationen beschleunigen, und die Kriege unter den Völkern werden wie die Morde zur Zahl dieser außergewöhnlichen Scheußlichkeiten gehören, die die Natur demütigen und empören.«

C. Von Kant bis zum Wiener Kongreß.

Immanuel Kant.

Die französische Revolution konnte Europa naturgemäß nicht den Frieden geben. Das neue Frankreich sah sich nach allen Seiten in Kriege verwickelt. Im Jahre 1792 wurde der erste Koalitionskrieg veranstaltet, in dessen Verlauf die Franzosen gegen England, Holland, Spanien, Österreich und Preußen zu kämpfen hatten. 1795 wurde in Basel der Sonderfriede zwischen Preußen und Frankreich geschlossen. In jenem Jahre veröffentlichte der Königsberger Weltweise Immanuel Kant (1724—1804) seine berühmte Schrift »Zum ewigen Frieden«.

Schon vorher hatte sich Kant mit dem Friedensproblem befaßt. In seiner 1784 erschienenen Schrift »Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht« vertritt er die Idee einer naturnotwendig vor sich gehenden Entwicklung zu einer Staatenorganisation, »wo jeder, auch der kleinste Staat, seine Sicherheit und Rechte allein von diesem großen Völkerbund, von einer vereinigten Macht erwarten könnte«. Die Kriege seien es, die die Staaten zu jenem Zustand der Organisation treiben, den sie durch die Vernunft ohne so harte Entbehrungen hätten erreichen können. Die Ideen St. Pierres und Rousseaus erschienen ihm, so sehr man sie auch verlachte, doch den »unvermeidlichen Ausgang aus der Not« anzuzeigen. In der Schrift »Mutmaßlicher Anfang der Menschengeschichte«, die zwei Jahre später erschien, weist der große Denker darauf hin, daß der Krieg selbst nicht das größte Übel sei, sondern jene am größten sind, die durch ihn erzeugt werden, »und zwar nicht so sehr von dem, der wirklich oder gewesen ist, als von der nie nachlassenden und sogar unaufhörlich vermehrten Zurüstung zum künftigen zugezogen werden«. Die Vergeudung der Kräfte des Staates und der Früchte seiner Kultur durch die Unsicherheit in der zwischenstaatlichen Anarchie, deren Folge der Krieg erst ist, hat Kant also bereits erkannt. In zwei anderen im Jahre 1793 erschienenen Schriften, die eine »Religion innerhalb der Vernunft«, die andere »Über den Gemeinspruch: das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht in der Praxis«, führt Kant diese Gedanken noch weiter aus. Namentlich in der letztgenannten Schrift begegnen wir wieder der richtigen Anschauung, daß in dem Zustand der Anarchie der Friede oft noch drückender wird als der Krieg, und die Erkenntnis, daß es dagegen kein anderes Mittel gebe als ein auf öffentlichen Gesetzen begründetes Völkerrecht, dem sich jeder Staat unterwerfen müßte. Auch den Gedanken, daß die Volkssouveränität die Grundlage der Völkerverständigung bilden müsse, finden wir schon hier ausgedrückt. »Es muß ein jeder Staat so organisiert werden, daß nicht das Staatsoberhaupt, dem der

Krieg (weil er ihn auf eines anderen, nämlich des Volkes Kosten führt) eigentlich nichts kostet, sondern das Volk die entscheidende Stimme habe, ob Krieg sein solle oder nicht.«

Tiefer als seine Vorgänger ist Kant in das Wesen des Kriegsproblems eingedrungen, und deshalb unterscheidet sich sein Plan zur Vermeidung des Krieges, den er in seiner Schrift »Zum ewigen Frieden« niederlegte, wesentlich von den zahlreichen Entwürfen, die hier erwähnt wurden. Die Schrift ist nach dem Baseler Frieden erschienen, in dem Preußen zwar das linke Rheinufer an Frankreich abtrat, sich aber in einem Geheimartikel das Recht einräumen ließ, andere Gebiete in Deutschland zu annektieren. Es lagen alle Anzeichen dafür vor, daß ein solcher Friede kein dauernder sein könne, sondern den Keim zu neuen Kriegen in sich trüge. Da Kant für seine Schrift die Form eines Friedensvertrages wählte, wie sie damals — mit Präliminar-, Definitiv- und Zusatzartikeln — üblich war, da er auch einen »Geheim«-Artikel darin aufnahm, scheint die Ansicht begründet, daß der Königsberger Philosoph den unehrlichen Baseler Frieden, der den Krieg im Keime in sich trug, ironisieren und zeigen wollte, wie ein Friedensvertrag beschaffen sein müsse, der nicht bloß einen, sondern alle Kriege beendigt.

Der erste Abschnitt dieser Schrift enthält die sechs Präliminarartikel. 1. Artikel: »Es soll kein Friedensschluß für einen solchen gelten, der mit dem geheimen Vorbehalt des Stoffes zu einem künftigen Kriege gemacht worden.« Hier merkt man schon die Kritik des Baseler Friedens, der kein ehrlicher Friede war, sondern nur ein bloßer Waffenstillstand, »nicht Friede, der das Ende aller Hostilitäten bedeutet«. 2. Artikel. »Es soll kein für sich bestehender Staat (klein oder groß, das gilt hier gleichviel) von einem anderen Staate durch Erbung, Tausch, Krieg oder Schenkung erworben werden können.« Dieser Artikel richtet sich gegen die Kabinettspolitik jener Zeit, die den Staat als Habe der Fürsten betrachtete und nicht als den Sitz einer Gesellschaft von Menschen, die über ihre staatliche Zugehörigkeit selbst zu

verfügen haben. 3. Artikel. »Stehende Heere sollen mit der Zeit ganz aufhören.« In der Erläuterung dieses Artikels erkennt Kant bereits die doppelte Wirkung der Rüstungen, die nicht nur schützen, sondern auch bedrohen; die nur schützen, indem sie bedrohen. Er sieht die unendliche Schraube des Wettrüstens voraus, indem er sagt, daß die stehenden Heere die Staaten anreizen, »sich einander in Menge der Gerüsteten, die keine Grenzen kennt, zu überbieten«. Er sieht voraus, daß der Friede dadurch drückender werden muß als ein kurzer Krieg, und weist auf die Wahrscheinlichkeit von Präventivkriegen hin. Auch die sittliche Bedeutung der Milizeinrichtung, für die er eintritt, hebt er hervor. 4. Artikel. »Es sollen keine Staatsschulden in Beziehung auf äußere Staatshändel gemacht werden.« 5. Artikel. »Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines andern Staates gewalttätig einmischen.« 6. Artikel. »Es soll sich kein Staat im Kriege mit einem andern solche Feindseligkeiten erlauben, welche das wechselseitige Zutrauen im künftigen Frieden unmöglich machen müßten, als da sind: Anstellung der Meuchelmörder, Giftmischer, Brechung der Kapitulation, Anstiftung des Verrats in dem bekriegten Staat.«

Mit diesen Präliminarartikeln hat Kant angedeutet, daß eine Umwertung der Moralbegriffe der Staaten vorausgehen muß, ehe diese die wirklichen Grundlagen des Dauerfriedens errichten können. Diese Grundlagen hat er dann im zweiten Abschnitt seiner Schrift dargelegt. Er leitet diesen mit der Erwägung ein, daß der Krieg der Naturzustand des Menschen ist; auch wenn die Feindseligkeiten nicht gerade ausgebrochen sind, droht er immerfort. Es müsse der Friede daher erst »gestiftet« werden. Diese Friedensstiftung wird in den drei »Definitivartikeln« jenes Abschnitts dargelegt: 1. »Die bürgerliche Verfassung in jedem Staate soll republikanisch sein«. 2. »Das Völkerrecht soll auf einer Föderation nur freier Staaten gegründet sein.« 3. »Das Weltbürgerrecht soll auf Bedingungen der allgemeinen Hospitalität eingeschränkt sein.«

Aus den Erläuterungen, die Kant dem ersten Definitiv-

artikel gibt, geht hervor, daß er unter Republik nicht unbedingt die republikanische Staatsform versteht, sondern den demokratischen Verfassungsstaat, in dem die Bürger Staatsbürger und nicht Untertanen sind und dadurch in die Lage kommen, über die Ertragung eines Krieges und seiner Lasten im Frieden selbst zu bestimmen. Unter einem Föderalismus freier Staaten versteht Kant eine Anordnung freier Staaten zu dem ganz bestimmten Zwecke der Friedenssicherung im Gegensatz zu den in den früheren Entwürfen vorgeschlagenen Bildungen eines Einheitsstaates in Form einer Universalmonarchie oder Universalrepublik, die die Gefahren des Zerfalls in sich tragen. Ein solcher Friedensbund erscheint ihm notwendig mit dem Begriffe des Völkerrechts verbunden, während die Verbindung des Völkerrechtsbegriffes mit einem Recht zum Kriege ihm als Widerspruch erscheint. Darin bezeichnet Kant auch die großen Völkerrechtsgelehrten, die das Kriegsrecht aufzustellen und zu regeln versuchten wie Grotius, Puffendorf und Vattel als »lauter leidige Tröster«. Unter der Einschränkung des Weltbürgerrechts auf eine »allgemeine Hospitalität« versucht Kant der Kriegsgefahr, die im Imperialismus liegt, und deren Anwachsen er aus den in seiner Zeit sich geltendmachenden Erscheinungen voraussah, im Keime zu beseitigen. Die Menschen sollen »vermöge des Rechts des gemeinschaftlichen Besitzes der Oberfläche der Erde« ein »Besuchsrecht« besitzen, das ihnen freie Bewegung in allen Ländern zusichert, ohne ihnen ein Besitzrecht auf Länder zu geben, die nicht zu ihrem Staate gehören. Die Nichtduldung von Fremden auf der einen Seite und die Nichtachtung des Rechts der Eingeborenen auf der anderen erkennt er als die Ursachen blutiger Kriege.

Kant beabsichtigt, um das Wesentliche noch einmal zusammenzufassen, durch diese drei Definitivartikel die Sicherung der Organisation der Menschheit »nach allen drei Verhältnissen des öffentlichen Rechts, des Staats-, Völker- und Weltbürgerrechts«. Der dauernde Friede erscheint ihm gesichert, wenn die wichtigsten Staaten der Welt eine wahre Repräsentativverfassung haben werden, in der diejenigen, die durch den

Krieg am meisten geschädigt werden, in der Lage sind, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Auf einem Föderalismus solcher wirklich freier Staaten soll das Völkerrecht gegründet sein. Die Verbindung von zwei oder drei der mächtigsten solcher Staaten, die sagen würden, »es soll zwischen uns kein Krieg sein«, könnte nach Kants Meinung den Anfang eines solchen »Föderalismus« machen.

Auch später ist Kant noch wiederholt auf das Friedensproblem zurückgekommen. In der 1797 erschienenen »Metaphysik der Sitten« vertritt er die Notwendigkeit des Völkerbundes, und in der 1798 erschienenen Schrift »Der Streit der Fakultäten«, in der er den Krieg »die Quelle aller Übel und Verderbnis der Sitten« nennt, bezeichnet er diejenige Verfassung als die beste, die so beschaffen ist, daß sie den Angriffskrieg vermeidbar macht. Als eine »Umkehrung der Schöpfung« sieht er es an, wenn die Herrscher die Menschen »teils tierisch als bloßes Werkzeug ihrer Absichten betrachten, teils in ihren Streitigkeiten gegeneinander aufstellen und schlachten lassen«. In den im selben Jahre erschienenen »metaphysischen Anfangsgründen der Rechtslehre« faßt Kant seine Friedenslehre in ein System zusammen. Er führt darin den Gedanken des allgemeinen Staatenvereins aus und erklärt sich für einen frei vereinbarten Staatenkongreß nach dem Muster der Generalstaaten in Haag, wie sie in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts beschaffen waren. Sonst hat Kant keine Einzelheiten für eine Staatengemeinschaft geliefert, er hat sich nicht darauf eingelassen, vorzuschlagen, wie eine solche Gemeinschaft im einzelnen zu leben habe, wer ihre Streitfälle schlichten könnte. Von einem Schiedsgericht ist in seiner Abhandlung nirgends die Rede. Er empfiehlt nicht, das Übel des Krieges zu heilen, deutet vielmehr nur an, wie ihm vorgebeugt werden kann, indem er die Grundsätze aufstellte, die für ein gesittetes Zusammenleben der Staaten notwendig sind. In früheren Schriften hat der große deutsche Philosoph auch gute Seiten des Krieges hervorzuheben gesucht; nicht um ihn zu beschönigen, sondern

um ihn zu erklären. Auch dort, wo er des Krieges nützliche Wirkungen betont, tat er es nicht, ohne auf die schrecklichsten Drangsale hinzuweisen, »womit er das menschliche Geschlecht belegt«; was die Apostel des Krieges nicht hindert, jene Stellen zu ihrer Rechtfertigung zu zitieren. Auch in seinem Entwurf »Zum ewigen Frieden« spricht er in den »Zusatzartikeln« vom Kriege als einem Mittel, durch das die Natur ihre Vorteile zu erreichen suchte. Das ist aber kein Widerspruch; denn daß der Kriegszustand der Naturzustand der Menschen ist, gibt Kant offen zu, ihm ist es nur darum zu tun, den Kulturzustand, der sich ja überall über die Natur setzt, weiter zu vervollkommnen, und dazu verlangt er die »Stiftung« des Friedens auf Grund von Vernunftschlüssen. Kant ist der erste Denker des Friedens. Er versucht nicht, einen Friedenszustand zu konstruieren, wie seine Vorläufer dies getan haben, sondern die Bedingungen zu zeigen, aus denen der Dauerfriede sich naturgemäß entwickeln muß. Aus diesem Grunde ist seine Schrift »Zum ewigen Frieden« die erste nicht utopische Behandlung des Problems, so sehr der Titel gerade das Gegenteil vermuten läßt. Daß es sich in diesen Darlegungen nur um den gesicherten und um einen andauernden, nicht um einen »ewigen Frieden« handelt[1]), ist vielleicht nur deshalb im Titel nicht ausgedrückt, weil das Schlagwort jener Zeit prägnanter den Inhalt und Zweck der Schrift auszudrücken vermochte. Die weitgehende Volkstümlichkeit, die gerade der Titel der Kantschen Schrift (vom Inhalt kann man das leider nicht sagen) errungen hat, trug viel dazu bei, die Anschauungen über das eigentliche Wesen des Pazifismus zu entstellen. Dafür kann Kant nichts. Er bleibt in seinen Schriften der Vorläufer des modernen, von jeder Utopie entfernten Pazifismus.

Kants Gegner.

Eine ununterbrochene Reihe von Kriegen erschütterte von 1792—1815 Europa. Aus den Stürmen der französischen

---

[1]) Vgl. S. 11 u. f. im ersten Teil dieses Buches.

Revolution entstanden die Koalitionskriege der monarchischen Staaten gegen die Republik, und diesen folgten die Kriegszüge des korsischen Eroberers. Das Kriegs- und Friedensproblem drängte sich gebieterisch allen Zeitgenossen auf. Dennoch hatte Kants Schrift nicht die richtige Würdigung gefunden. Der große Philosoph mußte es sich gefallen lassen, als Utopist und träumerischer Weltverbesserer verschrieen zu werden und mußte Anfeindungen trivialster Art über sich ergehen lassen. Eine Anzahl Gegenschriften erschienen. So 1796 eine Schrift Alexander Lamottes[1]), im darauffolgenden Jahre eine Valentin Embsers[2]). Im Jahre 1803 suchte der nachmalige preußische Staatsminister Frédéric Ancillon (1767—1837) den Krieg zu verteidigen und die Durchführung der Kantschen Definitivartikel als unmöglich zu erklären. Später wandten sich Rühle von Lilienstein (1780—1847) in seiner 1813 erschienenen Schrift »Apologie des Krieges besonders gegen Kant«, 1814 der berühmte Kriminalist Anselm von Feuerbach (1770—1833) in der Schrift »Die Weltherrschaft das Grab der Freiheit« und andere gegen die Ausführungen des Weltweisen von Königsberg. Der Historiker Heinrich Luden (1780—1847) und der bekannte Philosoph Hegel (1770—1831) wie der Leipziger Theologe Tzschierner (1778—1828) entwickelten Theorien, die das Gegenteil der Ausführungen Kants vertraten. Aber es hat auch nicht an Zustimmungen gefehlt und an erleuchteten Geistern, die die Ideen Kants fortzuführen bemüht waren.

v. Jakob. Krug.

Schon bald nach Erscheinen des Entwurfes »Zum ewigen Frieden« erstand Kant in dem Hallenser Professor Ludwig Heinrich von Jakob (1759—1827) ein beredter Fürsprecher, der in seinen »Annalen der Philosophie« 1796 die »ungemein aufgeblähte Art« jener heute längst vergessenen Kritiker gebührend geißelte. Wilhelm Traugott Krug (1770—1842), der Leipziger Philosoph und Politiker, warnte schon 1800 in

---

[1]) »Oratio, utrum pax perpetua posset necne.«

[2]) »Widerlegung des ewigen Friedensprojektes.«

seinen »Aphorismen zur Philosophie des Rechts« davor, »den Philosophen, der die Bedingungen des ewigen Friedens aufsucht . . . . zu verlachen«. Und später, nachdem er die Befreiungskriege mitgemacht hatte, schrieb Krug nach einer vernichtenden Verurteilung des Krieges[1]): »Die Aufgabe zu zeigen, wie und wodurch ein ewiger Friede unter den Völkern bewirkt werden könne, für unauflöslich oder gar für ungereimt erklären, weil die Idee des ewigen Friedens eine Schimäre sei, würde nichts anderes bedeuten, als alle Ideen der Vernunft in das Land der Träume verweisen.«

Schelling. Zachariae. Chateaubriand u. a.

Um die Wende des Jahrhunderts mehrten sich unter dem Druck der Ereignisse die Pläne zur Herstellung eines gesicherten Friedens und die Kritiken des Krieges. Schelling (1775—1854) näherte sich 1800 in seinem »System des transzendentalen Idealismus« Kant, indem er die Garantie der Staatsverfassungen durch eine Föderation forderte, die den allgemeinen Völkerareopag bilden könnte. Der Wittenberger Professor Karl Salomo Zachariae (1769—1843) behandelte das Friedensproblem in seinem 1802 erschienenen Buche »Janus« im Kantschen Sinne und entwirft den Plan eines »Völkerstaats«, dessen Endzweck »Die Handhabung des Rechtsgesetzes in Beziehung auf das gegenseitige Verhältnis der Völker durch eine konstituierte Gewalt« sein sollte. Ein Verein demokratischer Staaten würde einen Kodex des Völker- und Weltbürgerrechts entwerfen und aufrechterhalten wie die Verfassung der Einzelstaaten gegenseitig garantieren. Chateaubriand (1769—1848), der große französische Schriftsteller, erwog in seinem Buch »Der Genius des Christentums« (1802) die Möggkeit eines Tribunals, das den Kriegen und Revolutionen vorbeugen sollte. Es folgten ihm 1803 der Russe de Malinowsky mit einer Schrift »Raisonnement sur la guerre et la paix«, der in der Beseitigung der Diplomatie

[1]) »Kreuz- und Querzüge eines Deutschen auf den Steppen der Staatskunst und Wissenschaft.« 1818.

eine Sicherung gegen die Kriege erblickt, der Jenenser Philosoph Jakob Fries (1773—1843), der in seiner »Philosophischen Rechtslehre und Kritik aller positiven Gesetzgebung« das Recht zum Kriege bestreitet und die Bestrebungen zur endgültigen Beseitigung des Krieges als nichts schimärenhafteres betrachtet, »als die, eine gute Polizeiordnung im Lande einzuführen«, und 1804 der Franzose Agricola Batain mit einem Entwurf über eine Weltföderation.

Jean Paul.

Unter den deutschen Schriftstellern jenes Zeitabschnittes war es Jean Paul (1763—1825), der es inmitten einer begeistert zum Befreiungskriege aufrufenden Literatur unternahm, mit kalter Schärfe das Unwesen des Krieges zu geißeln. In seiner 1807 erschienenen »Levana« ermahnt er die Fürsten, die Tragweite eines Krieges zu bedenken, ehe sie sich dazu entscheiden, und verlangt als sichersten Schutz, daß das Volk über den Krieg entscheiden müsse, womit er sich den ersten Definitivartikel des Kantschen Entwurfes zu eigen macht. Sehr gewandt bekämpft er in seiner »Friedenspredigt an Deutschland« (1808) die landläufigen Behauptungen angeblicher Vorteile des Krieges. Nicht der Krieg erzeuge die Helden, er zeigt sie nur besser. In Frieden müsse die Fähigkeit zum Heldentum erzeugt worden sein. Der Friede entkräfte nicht, er stähle noch mehr als der Krieg. Dieser ist ein »bloßes Losziehen der Gewalt und des Faustunrechts«. In den »Dämmerungen« (1909) ist eine »Kriegserklärung gegen den Krieg« enthalten, worin Jean Paul noch kraftvoller gegen den Krieg Front macht. Er tritt darin für eine Universalrepublik ein und nähert sich wieder Kantschen Ideen in dem Satze: »Das Unglück der Erde war bisher, daß zwei den Krieg beschlossen und Millionen ihn ausführten, indes es besser gewesen wäre, daß Millionen ihn beschlossen hätten und zwei gestritten.« Gegen die angebliche Verweichlichung der Völker durch den Frieden wendet er sich mit der bissigen Bemerkung, daß »das Stählen des Kriegers durch Krieg« etwas so Hinfälliges sei, »als das Stärken der Wäsche«.

Hugo. Heeren. Goudon d'Asson. Krause. Erzherzog Karl.

Der Jurist Gustav Hugo (1764—1844) ging in seinem »Lehrbuch des Naturrechts« (1808) soweit, die Auflösung der bestehenden Staaten und die Bildung einer politischen Einheit des Menschengeschlechtes zu verlangen, während im selben Jahre der Franzose Goudon d'Asson in seiner Abhandlung über öffentliches Recht und Völkerrecht eine Art konstitutioneller Universalmonarchie vorschlug. Sein Plan umfaßt die Errichtung von vier öffentlichen Gewalten, deren eine als Kongreß die Oberaufsicht zu führen hätte, während die andern als gesetzgebende Körperschaft bzw. Tribunal wirken würden, und die vierte Gewalt als Schutzbehörde einer einzelnen Person anvertraut wäre, der eine einheitliche Armee zur Seite stände. Auch der deutsche Philosoph und Historiker Arnold Herm. Ludw. Heeren (1760—1842) entwickelte 1809 in seinem »Handbuch der Geschichte des europäischen Staatensystems« Weltstaatpläne. Später hat Karl Ch. Friedrich Krause (1781—1832), bekannter Philosoph und freimauerrischer Schriftsteller, in seinem »Entwurf eines europäischen Staatenbundes als Basis des allgemeinen Friedens« (1840) einen ins einzelne gehenden Plan für einen europäischen Staatenbund entworfen, in dem die Kriegführung nur dem ganzen Bunde vorbehalten bleibt, während die Einzelglieder endgültig darauf verzichten. Ein Plan, der teilweile im deutschen Bund und später im Deutschen Reich Erfüllung fand. Daß auch Soldaten unter dem Druck der kriegerischen Zeit über den Krieg zu denken anfingen und zu einer Verurteilung kamen, bewiesen die Aussprüche darüber, die Erzherzog Karl von Österreich (1771—1847), der Sieger von Aspern, in seinen 1816 erschienenen »Aphorismen« veröffentlichte.

Fichte.

Eine eigentümliche Stellung unter den Denkern jenes Zeitabschnittes nahm Joh. Gottl. Fichte (1762—1814) ein. In der ersten Zeit seines Wirkens stimmte er bezüglich Bildung eines Völkerbundes mit Kant überein. In seiner 1796 erschienenen »Grundlage des Naturrechts« erkennt er das

Recht zum Kriege zwar an, doch mit der Einschränkung, daß der Krieg nur zur Sicherung des im Völkerbunde vertretenen Rechts geführt werden dürfe. Das Bundesgericht soll seine Urteile durch die ihm zur Verfügung gestellte bewaffnete Macht vollstrecken können. Im übrigen stellt er ein System zur Vermenschlichung der Kriege auf. In seinen späteren Schriften vertritt er mehr den Machtstandpunkt der einzelnen Staaten. In seinen »Reden an die deutsche Nation« (1808) tritt er für jene Gleichgewichtstheorie ein, die zum Wettrüsten führte, und 1813 predigte er, dem Empfinden der Zeit entsprechend, den Volkskrieg, den er den Kabinettskriegen gegenüber mit Recht als Fortschritt preist, aber unrechterweise auch als Garantie für seine Rechtmäßigkeit und den endlichen Sieg. Allerdings erblickt er (1813) im Volkskrieg auch den Weg, »der zum allgemeinen christlichen Völkerstaat führt«.

Fourier. St. Simon. Thierry.

Eine andere Gruppe von Friedenspolitikern am Anfange des 19. Jahrhunderts bilden die Sozialphilosophen Fourier, St. Simon und Thierry. Charles Fourier (1772—1837), einer der Vorläufer der sozialistischen Bewegung, der sich noch ganz in den Geleisen der sozialen Utopie bewegte, kündigte in seinem 1808 erschienenen Buche über die »Theorie der vier Bewegungen« ein Reich der Harmonie an, wenn erst die ersten 5000 Jahre der Kindheit des Menschengeschlechts vorübergegangen sein werden. Sein ungleich bedeutenderer Gesinnungsgenosse, der Graf St. Simon (1760—1825), entwickelte schon in seiner 1803 erschienenen Schrift »Briefe eines Einwohners von Genf an seine Zeitgenossen« den allerdings nicht weniger utopistischen Plan eines Staatenbundes, dem er die englische Verfassung zugrunde legte. Darnach sollte ein Weltparlament erwählt werden, über das eine Pairskammer gestellt ist, in der 27 Erwählte der Menschheit einen Platz finden sollten. Das Ganze hätte ein Oberhaupt zu krönen, ein Präzeptor des Friedens, wobei der sozialistische Graf an Napoleon gedacht haben mag, in dessen Unternehmungen er den Weg für einen dauernden Weltfrieden zu

sehen glaubte. Mit seinem Schüler Aug. Thierry (1795—1856) hat St. Simon diese Ideen (1814) näher ausgeführt in einem »Reorganisationsplan Europas, in dem die Notwendigkeit und die Mittel gezeigt werden, die Völker Europas zu einer einheitlich politischen Körperschaft zu vereinigen, wobei einem jeden Volk seine nationale Unabhängigkeit bewahrt bliebe«, während Thierry diese Ideen in seinem Buche »Des nations et de leurs rapports mutuels« (1816) allein entwickelte.

de Constant. Paoli-Chagny.

Schließlich sei hier noch zweier Franzosen Erwähnung getan, deren einer Benjamin de Constant de Rebecque (1767—1830) in seiner Schrift »Über den Geist der Eroberung und Usurpation« Napoleon bekämpfte und in befreiender Art eine Philosophie des Friedens entwickelte, während sein Landsmann, der bekannte Diplomat Graf Paoli-Chagny einen Entwurf zu einer politischen Organisation Europas (1818) verfaßte, der die Schaffung eines allgemeinen und dauerhaften Friedens für die Fürsten wie die Völker zum Gegenstande hatte.

Der Wiener Kongreß.

Mittlerweile hatte die Herrschaft Napoleons ihr Ende gefunden. Europa atmete auf und sehnte sich danach, zur Ruhe zu kommen. Seine Fürsten und Diplomaten versammelten sich zum Wiener Kongreß (29. Sept. 1814 bis 9. Juni 1815), um eine neue Ordnung der Dinge herbeizuführen, die man ohne gründliche Veränderung der politischen Grenzen nicht glaubte herstellen zu können. Das Bedürfnis, nach diesen Jahren ununterbrochener Kriegsstürme endlich wieder Festigkeit in die zwischenstaatlichen Beziehungen zu bringen, erleichterte das schwierige Werk des Kongresses und verhinderte den manchmal drohenden Zerfall. Die Ideen der großen Denker der Aufklärung und der Revolution schienen nicht ohne Einfluß auf diese große politische Versammlung gewesen zu sein und mochten es bewirkt haben, daß trotz aller Ränke und Schliche der Diplomatie manches Gute daraus hervorging. So nicht als geringstes Ergebnis die Erkenntnis, daß bei gutem Willen auch verwickelte politische Fragen durch

gegenseitige Verständigung zu lösen seien. Ferner trug der Wiener Kongreß viel zur Entwicklung des Völkerrechts bei durch Feststellung der Grundsätze der Schiffahrtspolitik auf zwischenstaatlichen Strömen, durch die grundsätzliche Abschaffung des Sklavenhandels, durch die Regelung der diplomatischen Rangordnung, durch die Einführung von neutralisierten Staaten und verschiedener anderer, Handel und Verkehr betreffender Fragen. Auch mit dem Plan einer vertragsmäßigen Beschränkung der Rüstungen in Friedenszeiten, um damit die Abrüstung Europas einzuleiten, hatte man sich damals befaßt[1]), ohne allerdings zu einem Ergebnis zu kommen. Vielleicht wäre damals der geeignetste Augenblick gewesen, diese Lösung durchzuführen und Europa vor den schweren Schädigungen der späteren Entwicklung des Wettrüstens zu bewahren. Aber die Diplomaten jener Zeit standen nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe. Sie hätten manches bessern, manches verhindern können, und der Vorwurf, der ihnen später gemacht wurde, daß die großen Kriege des 19. Jahrhunderts, die von 1864, 1866 und 1870/71 nicht hätten stattfinden müssen, wenn der Wiener Kongreß erleuchteter gewesen wäre, scheint nicht unberechtigt zu sein. Um zu solchen Ergebnissen zu gelangen, standen die Fürsten und Diplomaten zu sehr im Banne der Revolutionsfurcht, betrieben sie die Politik mehr im Sinne der Dynastien als im Interesse der Völker. Immerhin kristallisierte sich das zerstückte Europa auf dem Wiener Kongreß zu größeren Staatengebilden, die notwendig waren, um eine größere Stabilität vorzubereiten.

Der Deutsche Bund.

Kam es doch am Tage vor dem Schluß des Kongresses — am 8. Juni 1815 — zum Abschluß der »Deutschen Bundesakte«, durch die sich 39 deutsche Staaten zu einem Staatenverein zusammenschlossen, dessen gemeinsame Angelegenheiten durch einen ständigen Gesandtenkongreß in

[1]) Siehe die Rede Beernaerts bei Eröffnung der 2. Sitzung der I. Kom. auf der I. Haager Konferenz vom 26. Mai 1899 bei Meurer, »Die Haager Friedenskonferenz«. II. Bd., S. 442.

Frankfurt a. M. geregelt wurden. Auch das Bundesgericht war vorgesehen, seine Errichtung scheiterte jedoch an dem Widerstand einzelner Staaten. Hingegen wurde in der sogenannten »Austrägal-Instanz« das Mittel zur schiedsrichterlichen Entscheidung gegeben. Der Krieg zwischen den Mitgliedern sollte nach Art. XI der Bundesverfassung ausgeschlossen sein. Alle Streitigkeiten müßten vor die Bundesversammlung gebracht und die Vermittlung versucht werden. Hingegen verpflichteten sich die Bundesstaaten, an einem auswärtigen Kriege des Bundes wie der Einzelstaaten sich gemeinsam zu beteiligen.

Der Schweizer Bund.

Am 7. August 1815 bildete sich auch aus den 22 freien Kantonen der Schweizer Eidgenossenschaft der »Schweizer Bund«. Auch hier wurde der Krieg zwischen den einzelnen Gliedstaaten ausgeschaltet und festgesetzt, daß alle Streitigkeiten vor ein Bundesschiedsgericht gebracht werden. Eine jährlich stattfindende »Tagsatzung« war bestimmt, die gemeinsamen Angelegenheiten zu regeln; sie erhielt das Recht, über Krieg und Frieden zu entscheiden.

Die »Heilige Allianz«.

Diesen Staatengesellschaften, die für ein kleineres Gebiet die Sicherung des Friedens anstrebten, folgte noch der Versuch, für ganz Europa die Grundlage einer Vereinigung herzustellen. Am 26. September 1815 schlossen die Monarchen von Rußland, Preußen und Österreich jenes Abkommen, das als die »Heilige Allianz« in der Geschichte bekannt ist und dazu bestimmt sein sollte, einen christlich-europäischen Friedensbund zu gründen. Dieser Bund, der auf religiöser Grundlage aufgebaut war, brachte die Absicht der drei Monarchen zum Ausdruck, von nun an »nur nach den Vorschriften der Gerechtigkeit, der christlichen Liebe und des Friedens« zu regieren, »sich in jedem Falle Hilfe und Beistand zu gewähren« und »sich in Hinsicht ihrer Untertanen und Armeen als Familienväter anzusehen«. Mit Ausnahme des Papstes und des Sultans traten allmählich alle europäischen

Staatsoberhäupter diesem Bunde bei, der sich die Aufgabe gestellt hatte, den Frieden Europas zu bewahren und schließlich seinen Beruf darin fand, die Interessen der Monarchien gegenüber dem aufkeimenden Freiheitsgedanken zu vertreten, und durch Intervention das Legitimitätsprinzip gegenüber der Volkssouveränität zur Geltung zu bringen.

Wie der »Deutsche Bund« war auch die »Heilige Allianz« ein dilettantenhafter Versuch, die Ideen der Staatenvergesellschaftung, wie sie von Heinrich IV. ab bis Kant zum Vorschlag gebracht wurden, in die Wirklichkeit zu übersetzen. Es war kein »Föderalismus freier Staaten«, der hier gebildet wurde, ja überhaupt kein Staatenverein, sondern ein Fürstenbund, und von einer Repräsentativverfassung war in den Ländern jener Fürsten überhaupt nicht die Rede. Es war daher kein Wunder, wenn jene Fürstenkongresse von Aachen, Troppau, Laibach und Verona die Unmöglichkeit des frommen Unternehmens erwiesen und dies unter dem Gespött bedeutender Zeitgenossen (schon 1816 nannte sie Gentz »eine politische Nullität«, »eine Theaterdekoration«) bald seine Wirkung einbüßte. Aber doch kann man der »Heiligen Allianz« infolge der ihr zugrundegelegten Absicht friedensgeschichtliche Bedeutung nicht versagen. Sie war ein stümperhafter Versuch, aber immerhin ein Versuch, die alten Methoden zwischenstaatlicher Anarchie zu verlassen. Was damals nicht gelang, kann unter Vermeidung der erkannten Fehler später um so besser gelingen. Schlief[1]) ist sogar der Ansicht, daß bislang kein Bündnis der Begründung eines Staatensystems so nahe gekommen ist wie die »Heilige Allianz«, die, wie er meint, trotz ihres baldigen Verfalls, worauf sie nur noch in den drei Gründerstaaten aufrecht blieb, Europa vier Jahrzehnte des Friedens geschenkt habe.

Napoleons Plan für eine europäische Staatengemeinschaft.

Vielleicht hätte Napoleon den Plan einer europäischen Staatengesellschaft besser zur Ausführung gebracht, wenn er nicht vorzeitig seinem Schicksal erlegen wäre. Soll sich doch

[1]) Dr. Eugen Schlief, Der Friede in Europa. 1892. S. 128.

der große Menschenlebenvergeuder mit dem Gedanken getragen haben, Europa zu einigen. Er bezeichnete die »Heilige Allianz« sogar als ein Plagiat seiner Ideen. Las Cases, der in seinem »Memorial of St. Helena«[1]) über diese Absicht berichtet, läßt den Kaiser sagen: »Der Friede von Moskau hätte meine Kriegsexpeditionen beendigt. Er hätte den Beginn der Sicherheit bedeutet. Ein neuer Horizont, neue Arbeiten, erfüllt vom Wohl und dem Gedeihen aller, hätten sich entwickelt. Das europäische System wäre begründet gewesen, es handelte sich nur mehr darum, es zu organisieren. Auch ich hätte meinen Kongreß und meine ‚Heilige Allianz' gehabt. Das sind Ideen, die man mir gestohlen hat ... Die Aufgabe des Jahrhunderts wäre erfüllt, die Revolution vollendet worden; es handelte sich nur darum, es zu verbessern mit dem, was sie nicht zerstört hatte. Mir oblag diese Aufgabe. Ich hatte sie langer Hand vorbereitet. Vielleicht auf Kosten meiner Popularität; das ist aber gleichgültig. Ich wäre der Brückenbogen der alten und der neuen Allianz geworden, der natürliche Vermittler zwischen der alten und der neuen Ordnung der Dinge.« Und bis in die Einzelheiten soll der gefangene Kaiser nach Las Cases' Bericht seinen Plan entwickelt haben.

Vielleicht hätte er es besser vermocht. Dann wäre sein Schicksal zu bedauern. Aber auch so hat er dazu beigetragen, den Friedensgedanken zu festigen. Sein Blutregiment hat den Abscheu vor dem Krieg entfesselt und die Welt neuen Ideen erschlossen. Sein Sturz bot hoffnungsvolle Aussichten. Europa fühlte sich, wenn auch verschwommen und zaghaft, zum erstenmal in der Geschichte als eine Kultureinheit. Und in Amerika führte die Reaktion gegen die napoleonische Blutherrschaft zum organisierten Kampf für die Friedensidee. Das Jahr, in dem in Wien die napoleonische Ära liquidiert wurde, das Jahr des Wiener Kongresses, wurde dort das Geburtsjahr der Friedensbewegung.

---

[1]) Vol. 5, p. 398.

B. Vom Wiener Kongreß bis zur ersten Haager Konferenz (1815—1899).

I. Von der Gründung der ersten Friedensgesellschaften bis zur Gründung der Interparlamentarischen Union (1815—1888).

Die Anfänge der Friedensbewegung: Die ersten Friedensgesellschaften. Die ersten Friedenskongresse: London 1843. — Elihu Burritt. — Brüssel 1848. — Paris 1849. — Frankfurt a. M. 1850. — London, Manchester, Edinburgh, 1851—1853.

Einzug der Friedensidee in die Parlamente: Amerika. — Europa. — Der Krimkrieg und der Pariser Kongreß. — Ansturm gegen die Rüstungen: Robert Peel. — Das Manifest Garibaldis. — Cobden. — Henri Dunant und die »Genfer Konvention«. — Der Luxemburger Streit und die »Ligue de la Paix«. — Die Friedens- und Freiheitsliga in Genf.

Von 1867—1870: Die Petersburger Konvention und andere Einrichtungen. — Abrüstungsanträge in Deutschland. — Napoleons dritter Versuch. — Während des deutsch-französischen Krieges und unmittelbar nachher: Friedrich Albert Lange. — Neue Friedensgesellschaften. — Institut de Droit international. — Völkerrechtsliteratur zu Anfang der siebziger Jahre.

Neuer Vorstoß in den Parlamenten: Im Senat der Vereinigten Staaten. — Henry Richards Antrag im englischen Parlament und dessen Wirkung in den andern Parlamenten. — Abrüstungsanträge (Bühler, Crispi und Richard). — Friedensgesellschaften und Friedenskongresse. — Neue Anregung in den Parlamenten: Vereinigte Staaten. — England. — Randal Cremers erste Aktion. — Passy in der französischen Kammer. — Gründung der Interparlamentarischen Union.

II. Vom ersten Weltfriedenskongreß bis zur ersten Haager Konferenz (1889-1899).

Die ersten interparlamentarischen Konferenzen und Weltfriedenskongresse (1889—1892): Paris 1889. — London 1890. — Rom 1891. — Bern 1892. — Die neue Entwicklung der Friedensgesellschaften: Die Organisierung. — Bertha von Suttner. — Gründung der deutschen Friedensgesellschaft. — Deutsche Pazifisten der ersten Stunde. — Die Friedensgesellschaften in den andern Ländern.

Neue Schiedsgerichtsaktion in den Parlamenten: Die Anregungen aus den Vereinigten Staaten. — Der 16. Juni 1893. — Der

I.

Von der Gründung der ersten Friedensgesellschaften bis zur Gründung der Interparlamentarischen Union (1815—1888).

Die Anfänge der Friedensbewegung.

Die ersten Friedensgesellschaften.

Die ersten Friedensgesellschaften treten in Erscheinung. Der Neuyorker Kaufmann David L. Dodge (1774—1852), ein Mann von hoher Bildung und stark religiöser Gesinnung — ein Mitglied der Presbyterianer Kirche —, war der Urheber der im August 1815 in Neuyork begründeten »New York Peace Society«. Schon im Jahre 1809 hatte er eine Broschüre gegen den Krieg verfaßt, die starke Verbreitung fand und alsbald eine Anzahl Gleichgesinnter um ihn scharte, die bereits 1812 entschlossen waren, eine Friedensgesellschaft zu gründen. Infolge des Krieges gegen England vertagte man diese Absicht bis zum Friedensschluß. Ganz unabhängig [1]) von Dodge wurden am 2. Dezember 1815 in Warren Country die »Ohio Peace Society« und am 28. Dezember von Dr. Noah Worcester (1758—1837) im Verein mit Dr. Ellery Channing (1780—1842) in Boston die »Massachusetts Peace Society« begründet. Es folgten in den darauffolgenden Jahren noch mehrere Friedensgesellschaften in Philadelphia wie in den Staaten Rhode Island und Maine, bis durch die vom 8. Mai 1828 durch William Ladd (1778—1841) in Neuyork begründete »American Peace Society« alle bestehenden Gesellschaften ihre Vereinigung fanden. Die »American Peace Society« besteht

---

[1]) Siehe Ch. L. Lange, Les origines du mouvement pacifiste organisé in »Correspondance bi-mensuelle« 1909, S. 13.

heute noch. Ihr Sitz wurde 1834 nach Hartford, 1837 nach Boston verlegt, wo sie bis zu ihrer im Jahre 1911 erfolgten Übersiedelung nach Washington verblieb. Ebenfalls unabhängig von den einzelnen amerikanischen Gründungen wurde am 11. Juni 1816 von dem Quäker Wm. Allen (1770—1843) und seinem Freunde Joseph Tragellace Price (1783—1854) als erste Friedensgesellschaft in Europa die noch heute bestehende »Peace Society« in London begründet. Sie umfaßte bald nach ihrer Gründung 2000 Mitglieder in elf Ortsgruppen. Seit 1819 gibt sie den »Herald of Peace« heraus. Angeregt durch die Londoner Gesellschaft rief am 1. Dezember 1830 der Schweizer de Sellon (1782—1839), der als Schriftsteller wiederholt gegen den Krieg aufgetreten ist und in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine lebhafte Propaganda entfaltete, in Genf die erste Friedensgesellschaft des Kontinents ins Leben, die durch ein Schreiben Friedrich Wilhelms IV. an den Begründer beifällig begrüßt wurde. Die Londoner Gesellschaft ließ durch Price und Stephen Rigaud mehrfach den Kontinent bereisen und brachte dort die Bewegung in Fluß. In Frankreich widmeten sich damals Saint Simon und Fourier (siehe oben S. 51) der Friedenssache. Saint Simon hatte schon an den Wiener Kongreß eine Denkschrift »Über die Notwendigkeit der Schaffung eines europäischen Parlaments« überreicht, die von den Diplomaten natürlich belächelt wurde. Die im Jahre 1821 in Paris von englischen Quäkern begründete »Société de la morale chrétienne«, die für die Friedensidee eintrat, schuf in ihrem Schoße 1841 einen besonderen Friedensausschuß. In jenem Jahre dichtete Lamartine seine »Marseillaise de la Paix«, und in Deutschland konnte sich noch ein Moltke »offen zur vielverspotteten Idee eines ewigen Friedens bekennen« und den Gedanken »naheliegend« finden, »die Milliarde, welche Europa jährlich seine Militärbudgets kosten, die Millionen Männer im rüstigen Mannesalter, welche es ihren Geschäften entreißen muß, um sie für einen eventuellen Kriegsfall zu erziehen, alle diese unermeßlichen Kräfte mehr und mehr pro-

duktiv zu nützen«[1]). Bekanntlich hat der Feldmarschall diese Anschauungen später geändert.

Die ersten Friedenskongresse.

Die englischen und amerikanischen Friedensorganisationen traten bald in enge Fühlung. Als im Jahre 1841 zwischen den Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten Schwierigkeiten sich erhoben, die ernste Formen annahmen, begab sich der Quäker Josef Sturge (1793—1859) nach den Vereinigten Staaten, um mit den Gesinnungsgenossen Maßnahmen zur Erschwerung von Kriegen zu besprechen. William Jay (1789—1868), der damals Präsident des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten und später zehn Jahre lang der Präsident der »American Peace Society« war, schlug vor, daß die beiden Regierungen sich auf eine Formel einigen sollten, wonach sie in jeden Vertrag eine Klausel einfügen, durch die sie sich verpflichten, bei eintretenden Streitigkeiten die Vermittlung befreundeter Mächte anzurufen. Auf einer Versammlung der »American Peace Society« regte Sturge an, einen Kongreß der Friedensfreunde aller Länder einzuberufen.

London 1843.

Am 22. Juni des Jahres 1843 versammelte sich dieser erste Friedenskongreß zu Exeter Hall in London unter dem Vorsitz des Parlamentsmitgliedes Charles Hindley († 1858). Doch war es noch kein internationaler, sondern mehr ein anglo-amerikanischer Kongreß, da neben 294 englischen und 37 amerikanischen Delegierten vom europäischen Kontinent nur sechs Teilnehmer erschienen waren. Der Vorschlag Jays wurde angenommen und bildete eine der wichtigsten Resolutionen, die nachher an 54 Regierungen übermittelt wurde. Noch am 5. Juli wurde diese Resolution dem in London anwesenden König der Belgier, Leopold I., überreicht, der eine anglo-amerikanische Delegation des Kongresses

[1]) »Zur orientalischen Frage«. Moltkes gesammelte Schriften. 2. Bd. S. 286 u. f.

in Audienz empfing[1]). Auch Louis Philipp, König von Frankreich, empfing sie aus den Händen einer Deputation[2]), der gegenüber er sich für die Notwendigkeit des Friedens aussprach, dabei der Überzeugung Ausdruck gebend, »daß der Tag kommen werde, wo man in der gebildeten Welt keinen Krieg mehr führen wird«. Ähnlich sympathisch nahm im Januar 1844 der Präsident der Vereinigten Staaten, John Tyler, die Resolution entgegen, die ihm von der »American Peace Society« überreicht wurde[3]).

Elihu Burritt.

In den Vereinigten Staaten hatte zu Beginn der vierziger Jahre Elihu Burritt (1810—1879), ein ehemaliger Grobschmied, der sich eine umfassende Bildung angeeignet hatte (»Der gelehrte Grobschmied«), und dem eine besondere Agitationskraft und Beredsamkeit nachgerühmt wurde, seine großzügige Propaganda begonnen. Die Schaffung eines Staatenkongresses und eines Staatengerichtshofes zum Zwecke der Rechtsbildung und friedlichen Beilegung aller Streitfälle bildeten den Kern seiner Lehre. Im Jahre 1847 begab er sich nach Europa, um hier durch Wort und Schrift für die Friedensidee zu wirken. Er bereiste jahrelang den größten Teil des alten Erdteils, hielt überall Reden und verbreitete in großen Massen von ihm verfaßte Flugschriften, die er »Amboßfunken« oder »Ölblätter« betitelte. Seiner Agitation hat die Entwicklung der Friedensidee in Europa viel zu danken. Auch in den Gang der Politik griff er ein, als er sich 1850 in Gemeinschaft mit Sturge zum König Friedrich VII. von Dänemark nach Kopenhagen begab, um diesen zu veranlassen, den wegen Schleswig-Holstein mit Deutschland entbrannten Streit der Schiedsgerichtsbarkeit zu übergeben. An der Organisierung der um die Mitte des vorigen Jahrhunderts veranstalteten internationalen Friedenskongresse war er mit Henry Richard

---

[1]) Louis Frank, Les Belges et la Paix. Brüssel 1905. S. 103.
[2]) Hetzel, a. a. O. S. 41.
[3]) Edmond Potonié-Pierre, Historique du mouvement pacifique«. Bern 1899. S. 8.

(1812—1888), seit 1848 der Sekretär der Londoner »Peace Society«, in hervorragender Weise beteiligt.

Brüssel 1848.

Es war in dem denkwürdigen Jahre 1848, daß sich zum ersten Male ein internationaler Friedenskongreß versammelte. Am 20. 21. und 22. September tagte er in Brüssel im Saale der »Grande-Harmonie«. August Couvreur (1827 bis 1894) und August Visscher (1804—1874) hatten in Belgien schon seit mehreren Jahren vorgearbeitet, und es gelang ihnen, die Regierung zur Unterstützung des Kongresses zu veranlassen[1]). Der Kongreß war stark besucht. 160 englische Delegierte fuhren auf einem Separatdampfer unter weißer Flagge direkt von London nach Ostende. Franzosen, Amerikaner, Holländer und natürlich Belgier waren anwesend. Deutsche fanden sich noch nicht ein. August Visscher führte den Vorsitz und eröffnete durch eine zündende Ansprache die hochinteressante Debatte. Burritt vertrat auch hier seine Ideen über die Schaffung eines Staatenkongresses und eines Staatengerichtshofes. Sein überwiegender Einfluß ist aus dem Inhalt jener vier Resolutionen zu erkennen, in denen der Kongreß seine Arbeit zusammenfaßte.

Die Resolutionen lauten:

1. Da die Inanspruchnahme von Waffen zwecks Entscheidung internationaler Streitigkeiten ein Gebrauch ist, den zugleich die Religion, die Vernunft, die Gerechtigkeit, die Humanität und das Interesse der Völker verdammen, so ist es für die zivilisierte Welt eine Pflicht und ein Heilmittel, jene Maßregeln aufzusuchen und anzunehmen, die geeignet sind, die völlige Abschaffung des Krieges herbeizuführen.

2. Es ist von höchster Wichtigkeit, bei den Regierungen darauf zu dringen, daß man mittelst eines Schiedsgerichts, dessen Grundsätze in den Verträgen aufzustellen wären, auf freundlichem Wege nach den Regeln der Gerechtigkeit, die Streitigkeiten schlichte, die sich zwischen den Nationen erheben

[1]) Frank, a. a. O. S. 103.

könnten. Besondere Schiedsrichter oder ein höchster internationaler Gerichtshof würden in letzter Instanz das Urteil sprechen.

3. Es ist zu wünschen, daß in naher Zeit ein Völkerkongreß, zusammengesetzt aus Repräsentanten eines jeden Volkes, sich vereinige, um ein die internationalen Beziehungen regelndes Gesetzbuch zu verfassen. Die Einrichtung dieses Kongresses und die Annahme eines durch die Beistimmung aller Völker sanktionierten Gesetzbuches würden sichere Mittel sein, um zu einem allgemeinen Frieden zu gelangen.

4. Es ist statthaft, die Aufmerksamkeit der Regierungen ehrfurchtsvoll auf die Notwendigkeit zu richten, durch eine allgemeine und gleichzeitige Maßregel in ein Entwaffnungssystem einzutreten, das, indem es die Staatslasten verringert, zugleich eine dauernde Ursache zur Aufreizung oder Unruhe verschwinden ließe. Das wechselseitige Vertrauen und der Austausch der guten Dienste sind jedem Lande ebenso günstig wie der Aufrechterhaltung des Friedens und der Entwicklung des Völkerglücks.

Eine Deputation des Kongreßbureaus überreichte am 30. Oktober 1848 dem englischen Premierminister Lord John Russel eine die Kongreßresolutionen enthaltende Adresse, die der Minister mit der Versicherung beantwortete, daß die Regierung Großbritanniens stets bereit sei, in Streitfällen die Schiedsgerichtsbarkeit in Erwägung zu ziehen. Die belgische Deputation nahm hierauf noch an verschiedenen öffentlichen Versammlungen teil, die ihr zu Ehren und zur Vertretung des Friedensgedankens in London, Birmingham und Manchester einberufen wurden. Ehe der Kongreß in Brüssel auseinandergegangen war, hatten sich die Mitglieder für das darauffolgende Jahr ein Stelldichein in Paris gegeben und eine Kommission zur Ausführung dieses Beschlusses ernannt.

Paris 1849.

Vom 22.—24. August 1849 wurde der II. internationale Friedenskongreß unter dem Vorsitz Victor Hugos

zu Paris abgehalten. Das Ehrenpräsidium hatte der Erzbischof von Paris übernommen. Der Kongreß fand im Saale Saint Cécile statt und war noch zahlreicher besucht als jener von Brüssel. Nach dem offiziellen Bericht nahmen teil 23 Delegierte aus den Vereinigten Staaten, unter denen 2 befreite Sklaven, 300 englische Delegierte, 230 französische, 23 belgische und eine kleine Anzahl deutscher, schwedischer und spanischer Delegierter. Es waren viele hervorragende Persönlichkeiten erschienen. Deutschland war durch Dr. Carové (Heidelberg) und Friedrich Bodenstedt (Berlin) vertreten, der in einer Rede die Absicht kundgab, in Deutschland eine Friedensgesellschaft zu organisieren [1]). Die Professoren Mittermayer in Leipzig, Rosenkranz in Königsberg, G. R. Schmidt in Jena, Michelet in Berlin, v. Walther in Bonn und v. Leonhardi in Prag hatten schriftlich ihre Zustimmung erklärt. Von hervorragenden Franzosen waren Bastiat, Girardin, Beranger, Thierry u. a. anwesend; von England war Richard Cobden (1804—1865) gekommen. Zahlreiche Gelehrte und Schriftsteller sandten schriftlich ihre Zustimmung. Victor Hugo hielt eine denkwürdige Eröffnungsrede, in der er u. a. folgende prophetische Worte sprach:

»Es wird einst ein Tag kommen, an dem die Waffen auch euch aus der Hand fallen werden, an dem der Krieg gerade so absurd scheinen und ebenso unmöglich sein wird zwischen Paris und London, zwischen Petersburg und Berlin, als er jetzt unmöglich ist zwischen Basel und Zürich, zwischen Glarus und Schwyz. Ein Tag wird kommen, an dem du Frankreich, du Rußland, du England, du Deutschland, an dem ihr alle, ihr Länder des Festlandes, euch eng zu einer höhern Einheit zusammenschließen werdet, wie die Kantone der schweizerischen Eidgenossenschaft, die sich vereinigten zu unserer Schweiz, ohne ihre verschiedenen Eigenschaften und ihre rühmlichen Eigentümlichkeiten zu verlieren.

---

[1]) Siehe: E. T. Moneta, Le Guerre, le Insurrezioni e la Pace nel Secolo decimonono. Vol. II, S. 142.

Ein Tag wird kommen, an dem es keine andern Schlachtfelder geben wird als die Märkte, die sich dem Handel, und die Geister, die sich den Ideen öffnen. Ein Tag wird kommen, an dem die Kugeln und Bomben ersetzt werden durch die Stimme, durch das allgemeine Wahlrecht der Völker, durch das Schiedsgericht eines großen, souveränen Senates, der für Europa das sein wird, was das Parlament für England ist, der Reichstag für Deutschland, die Bundesversammlung für die Schweiz. Ein Tag wird kommen, an dem man eine Kanone im Museum zeigen wird, wie man dort heute ein Folterinstrument schaut, und wo man erstaunt, daß das hat sein können!«

Der Kongreß faßte seine Arbeiten in acht Punkte zusammen, von denen die drei ersten das Schiedsgericht, die Abrüstung und die Einsetzung eines Staatenkongresses verlangten, der mit der Kodifizierung des Völkerrechtes und der Einsetzung eines Staatenkongresses betraut werden sollte. Die fünf folgenden Punkte verwarfen die Anleihen für Kriegszwecke, die politischen Abneigungen der Völker, forderten die Geistlichkeit und die Presse zur Unterstützung auf und verlangten einen Ausbau der internationalen Verständigungsmittel[1]). Zum Schluß wurde eine Adresse an alle Völker und Regierungen gerichtet, in der alle acht Punkte mit einbezogen waren, und die in einer feierlichen Audienz von einer Deputation, der Hugo, Girardin, Visschers und Hindley angehörten, dem Präsidenten der Republik, nachmaligen Kaiser Napoleon III., überreicht wurde. Ehe der Kongreß auseinander ging, beschloß man, im nächsten Jahre in Frankfurt a. M. zu tagen.

Frankfurt a. M. 1850.

Vom 22.—24. August 1850 trat nun dieser III. internationale Friedenskongreß, der erste auf deutschem Boden, in der einige Monate vorher so berühmt gewordenen Paulskirche in Frankfurt a. M. zusammen. Der ehemalige hessische Staatsminister Geheimrat Jaup, ein bekannter frei-

---

[1]) Hetzel, a. a. O. S. 43.

sinniger Politiker, präsidierte. Es waren viele bedeutende Männer erschienen: Josef Garnier, Edmond Potonié (1829—1902), Emil de Girardin, Louis Marie de Cormenin, A. Coquerel aus Frankreich; Henry Richard, Cobden, Hindley, Lawrence Heywood, Georg Dawson und Josef Sturge aus England; Elihu Burritt und Professor Clevland aus den Vereinigten Staaten; Visschers aus Brüssel; I. Madonno aus Italien und viele andere. Auch ein Indianer, der Rev. Georg Copway, befand sich unter ihnen. Seine Friedensrede machte nicht geringes Aufsehen.

Die Zahl der Deutschen war merkwürdigerweise sehr gering. Sie betrug nur 40. Das Komiteemitglied Dr. Spieß begründete diese mangelhafte Beteiligung mit den eigenartigen politischen Verhältnissen, die damals in Deutschland herrschten [1]). Unter den anwesenden deutschen Mitgliedern befanden sich außer den bereits genannten Pfarrer Bonnet, der zum Vizepräsidenten, Dr. Georg Varrentrapp und Dr. Theodor Creizenach, die zu Schriftführern ernannt wurden. Außerdem Carové aus Heidelberg, Geheimrat Beck aus Darmstadt, Bodenstedt aus Berlin, Dr. Rob. Motherby aus Königsberg u. a. Zahlreiche schriftliche Zustimmungen waren eingelaufen; darunter ein interessantes Schreiben von Alexander v. Humboldt [2]), der sich ausdrücklich mit den Zielen des Kongresses einverstanden erklärte. »Die ganze Vergangenheit lehrt,« so schrieb er, »wie unter dem Schutz eines höheren Waltens in dem Leben der Völker eine lang genährte Sehnsucht nach einem edlen Zweck gerichtet, doch endlich ihre Befriedigung findet.« Außerdem waren Zustimmungschreiben eingelangt vom Erzbischof von Paris, von Victor Hugo, Horace Say, den Pro-

[1]) Siehe: Dr. Alexander Dietz, Franz Wirth und der Frankfurter Friedensverein. Frankfurt a. M. 1911. Auch Potonié erwähnt a. a. O. S. 78 die Niedergeschlagenheit, die infolge der kurz vorher überstandenen Krise in Frankfurt herrschte.

[2]) Abgedruckt in der Zeitschrift »Die Waffen nieder!« Jahrgang 1892. Heft 3. S. 14.

fessoren Carriere in Gießen, Rau in Heidelberg, Hinrichs in Halle, Rosenkranz in Königsberg sowie von Varnhagen v. Ense und Arnold Ruge. Bei der Eröffnung des Kongresses waren 550 Teilnehmer erschienen, unter ihnen 250 Engländer, aber nur 7 Franzosen [1]). Das Interesse des Publikums schien doch nicht gering gewesen zu sein, da über 2000 Eintrittskarten zur Ausgabe gelangten. Die Beratungen waren durchwegs interessant und zeichneten sich durch bedeutende Reden der größten Pazifisten jener Zeit aus. Sie drehten sich um die bereits auf den früheren Kongressen behandelten Probleme der Schiedsgerichtsbarkeit, eines Staatenkongresses zwecks Ausarbeitung eines völkerrechtlichen Statuts, um die schon damals dringlich erschienene Frage der Rüstungen und um den Ausbau des internationalen Verkehrs, des Erziehungswesens usw. Das Gesamtergebnis der Beratungen wurde in nachstehende sieben Punkte zusammengezogen:

1. Der Kongreß der Friedensfreunde erkennt an, daß die Lösung völkerrechtlicher Fragen durch Waffengewalt den Lehren der Religion, der Philosophie, der Sittlichkeit und den Staatszwecken zuwiderlaufe, und daß es vielmehr eine heilige Pflicht aller ist, auf Abschaffung der Völkerkriege hinzuwirken. Der Kongreß empfiehlt deshalb allen seinen Mitgliedern, in ihren verschiedenen Ländern und Kreisen durch sorgfältige Erziehung der Jugend, durch Belehrung von der Kanzel wie von der Rednerbühne, durch die öffentliche Presse und durch jedes sonstige geeignete Mittel dahin zu arbeiten, daß jener erbliche Völkerhaß und alle die politischen und kommerziellen Vorurteile ausgerottet werden, die so häufig zu den traurigsten Kriegen hingeführt haben.

2. Der Kongreß ist der Ansicht, daß durch nichts die Erhaltung des allgemeinen Friedens besser gesichert werden könnte, als wenn die Regierungen solche Streitigkeiten, die zwischen ihnen auftauchen, und die nicht durch friedliche

---

[1]) Potonié a. a. O. S. 76.

Unterhandlungen unter ihnen selbst ausgeglichen werden können, einer schiedsrichterlichen Entscheidung unterwerfen wollten.

3. Der Kongreß fühlt, daß die Unterhaltung der stehenden Heere, mit denen die Regierungen Europas sich gegenseitig bedrohen, den Völkern fast unerträgliche Lasten auferlegt und unzählige sonstige Übel im Gefolge hat. Der Kongreß kann deshalb nicht ernstlich genug die Regierungen auf die Notwendigkeit eines allgemeinen und gleichzeitigen Entwaffnungssystems aufmerksam machen, soweit solches mit Rücksicht auf die innere Ruhe und Sicherheit jedes Staates sich durchführen läßt.

4. Der Kongreß spricht wiederholt die Verwerflichkeit aller öffentlichen Anleihen aus, die außer Landes gemacht werden, um fremden Völkern die Mittel zu gegenseitiger Bekriegung zu geben.

5. Der Kongreß erklärt sich entschieden für den Grundsatz der Nichteinmischung und erkennt es als das ausschließliche Recht eines jeden Staates an, seine eigenen Angelegenheiten zu ordnen.

6. Der Kongreß empfiehlt allen Freunden des Friedens, in ihren verschiedenen Ländern die öffentliche Meinung auf die Zweckmäßigkeit eines Kongresses von Abgeordneten der verschiedenen Staaten hinzulenken, die die Aufgabe hätten, ein völkerrechtliches Statut für die internationalen Beziehungen zu entwerfen.

7. Der Kongreß verwirft den Zweikampf; er erklärt, daß jeder, welcher Mitglied der Gesellschaft der Freunde des Friedens wird, hierdurch sich verpflichtet, keinen Zweikampf einzugehen, und wenn er dieses dennoch tut, aus der Gesellschaft auszuscheiden hat.

London, Manchester, Edinburg, 1851—1853.

Im Jahre 1851 fand anläßlich der Weltausstellung ein Friedenskongreß in London statt. Dieser wurde wieder in Exeter Hall abgehalten, und Sir David Brewster präsidierte. Unter den Delegierten befanden sich Richard Cobden,

Horace Greeley und John Angell James. Aus fast allen europäischen Ländern waren Vertreter erschienen, darunter 15 Arbeiter aus Frankreich[1]). Weitere Friedenskongresse wurden 1852 in Manchester und 1853 in Edinburg abgehalten. Es ist nicht sicher, ob diese letzteren internationalen Charakter hatten; anscheinend handelte es sich dabei nur um Zusammenkünfte der Vertreter der englischen und amerikanischen Friedensgesellschaften, wie dies im Jahre 1843 in London der Fall war. Damit setzte die Veranstaltung der Friedenskongresse für eine Reihe von Jahren aus.

So wenig unmittelbare Erfolge diese ersten Kongresse auch gezeitigt haben mögen, blieben sie doch nicht ganz ohne Einfluß auf die öffentliche Meinung, was durch die Pariser Konferenz von 1856 bewiesen wird. Auch bildeten sie einen unverkennbaren Fortschritt der Bewegung. Während nämlich die ersten Friedensgesellschaften unter dem Einflusse ihrer Gründer nur auf religiös-sittlichen Anschauungen beruhten, gaben jene Kongresse um die Mitte des 19. Jahrhunderts der Bewegung schon eine mehr wirtschaftlich-politische Richtung. Sie trugen dazu bei, die ersten konkreten Forderungen für die Völkerverständigung zu formulieren. Das Verlangen nach Schiedsgerichtsbarkeit, Staatengerichtsbarkeit, Staatenkongressen, Kodifikation des Völkerrechtes, das hier zum erstenmal zutage trat, mag damals noch recht utopisch geklungen haben, was nicht verhinderte, daß es später teilweise erfüllt wurde, und, soweit dies nicht der Fall war, heute von der Wissenschaft anerkannt und gefördert wird. Durch diese Umwandlung der Idee zog diese in die Parlamente ein, was unbestritten als ein Erfolg dieser ersten Kongresse zu verzeichnen ist.

Einzug der Friedensidee in die Parlamente.

Amerika.

Die Ehre, die Friedensidee in die Parlamente eingeführt zu haben, gebührt ebenfalls den Amerikanern. Bereits im

---

[1]) Siehe: Howard Evans, Sir Randal Cremer. London 1909. S. 63.

Jahre 1832 gelangte auf Veranlassung der amerikanischen Friedensgesellschaft ein durch Ladd und Thomson vertretener Antrag, betreffend Einführung internationaler Schiedsgerichte, an die gesetzgebende Körperschaft von Massachusetts. Der Senat von Massachusetts nahm den Vorschlag zwar an, er gelangte aber wegen vorzeitigen Sessionsschlusses nicht an das Repräsentantenhaus. 1837 unterbreitete Thomson beiden Kammern des Parlaments von Massachusetts einen ähnlichen Antrag, der auch angenommen und noch im selben Jahre auf Betreiben der Friedensgesellschaften von Neuyork und Vermont vor den Kongreß gebracht wurde. Der Antrag forderte ein ständiges internationales Völkergericht. Vom Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten beraten, hielt man die Forderung für zurzeit unausführbar, der Hoffnung Raum gebend, daß die Zeit, »die beste Reformerin in solchen Dingen«, die Ausführung später ermöglichen werde. Eine im Jahre 1839 von Ladd vor den Kongreß gebrachte neue Resolution wurde nicht einmal der Prüfung unterzogen. Im Jahre 1842 machte dann William Jay zum erstenmal den Vorschlag, einen ständigen Schiedsvertrag zwischen England und den Vereinigten Staaten abzuschließen.

Die amerikanischen Friedensgesellschaften, durch mannigfache Mißerfolge nicht abgeschreckt, traten in der Folge wiederholt mit ihren Anliegen vor den Kongreß. Im Februar 1851 endlich faßte der Ausschuß des Kongresses für die auswärtigen Angelegenheiten einstimmig eine Resolution zugunsten der Schiedsgerichtsbarkeit, und 1853 unterbreitete der Senat dem Präsidenten der Vereinigten Staaten eine ähnliche Resolution, worin die Aufnahme der Kompromißklausel und die Anwendung von Schiedsgerichten einstimmig gefordert wurde.

Europa.

In Europa gebührt den Engländern das Verdienst, im Parlament den ersten Vorstoß zugunsten der Schiedsgerichtsbarkeit unternommen zu haben, und vor allen Dingen der Londoner »Peace Society«, die sich mit Petitionen zugunsten

des Abschlusses von Schiedsverträgen an die gesetzgebende Körperschaft wandte. Auf Grund einer solchen Petition forderte Richard Cobden am 12. Juni 1849 im Unterhause, daß der Staatssekretär des Auswärtigen beauftragt werde, mit den andern Mächten zum Zwecke der Abschließung von Schiedsverträgen in Verbindung zu treten. Es war eine denkwürdige Sitzung, in der durch Cobden zum erstenmal im englischen Parlament das Postulat der Schiedsgerichtsbarkeit aufgestellt wurde. Eine lebhafte Debatte knüpfte sich an die lange Begründung des Antragstellers. Sir Cochrane hielt den Vorschlag für bizarr und lächerlich, und Urquarth erklärte, daß dieser Antrag die Unabhängigkeit der Staaten, ihre Nationalität und das internationale Recht selbst zu beseitigen drohe. Aber auch Anhänger Cobdens meldeten sich zum Wort und verteidigten seinen Antrag in ausführlichen Begründungen. Lord Palmerstone, damals Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten, erklärte, daß der Vorschlag seines »ehrenwerten Freundes« auf irrigen Grundsätzen beruhe. Das System Cobdens wäre für England schädlich, für die andern Länder einfach unannehmbar. Der Neid um Englands politische und kommerzielle Erfolge ließen es keine unparteiischen Richter finden, und so sei der Vorschlag Cobdens aus nationalen wie aus internationalen Gründen einfach zu verwerfen. Cobden ergriff neuerdings das Wort und wies auf den traurigen Zustand Europas hin: »Der bewaffnete Waffenstillstand anstatt eines wirklichen Friedens; zwei Millionen Mann unter Waffen, zweihundert Millionen Pfund Sterling alljährlich verausgabt für diesen Wahn, müssen Europa in Tod und Verderben bringen.« Sein Vorschlag wurde schließlich mit 176 gegen 97 Stimmen abgelehnt.

Daraufhin wirkte die »Peace Society« durch Veranstaltung großer Versammlungen auf die öffentliche Meinung ein. Palmerstone änderte seine Ansicht und erklärte sich 1851 mit den Grundsätzen des Cobdenschen Antrages einverstanden.

Der Krimkrieg und der Pariser Kongreß.

In Frankreich gelangte Louis Napoleon durch den Staatsstreich vom 2. Dezember 1852 auf den Thron. Trotz des geflügelt gewordenen Wortes: »Das Kaiserreich ist der Friede« begann für Europa wieder eine Reihe blutiger kriegerischer Verwicklungen. Im Jahre 1854 wurde der Krimkrieg veranstaltet, an dem sich Frankreich, England, Österreich und Italien gegen Rußland beteiligten. John Bright (1811—1889), Richard Cobden u. a. unternahmen es im englischen Parlament, der allgemeinen Kriegsstimmung zum Trotz, gegen diesen Krieg zu protestieren. Im Jahre 1856 versammelten sich die kriegführenden und auch einige am Kriege nicht direkt beteiligt gewesene europäische Mächte zur Pariser Konferenz, wobei es der englischen Friedensgesellschaft gelang, den zuerst von William Jay im Jahre 1841 (siehe oben) gemachten, von den vorhergegangenen Friedenskongressen bestätigten Vorschlag auf Anrufung der »Guten Dienste« und der »Vermittlung« vor Eintritt in eine Kriegsaktion in den Vertragsprotokollen (23. Protokoll vom 24. April 1856) zur Anerkennung zu bringen. Der englische Vertreter Lord Clarendon machte sich zum Wortführer jenes Vorschlages, nach dessen einstimmiger Annahme Gladstone erklärte, daß nunmehr der Krieg seitens der zivilisierten Mächte zum erstenmal offiziell verurteilt worden sei.

Erster Ansturm gegen die Rüstungen.

Robert Peel.

Der Gedanke an einen friedlichen Zusammenschluß der Staaten und an die Möglichkeit einer Abrüstung wollte nicht mehr zur Ruhe kommen. Nicht nur die Friedensgesellschaften traten für ihn ein, sondern auch Männer der hohen Politik und auch solche, die mit dem Schwerte in der Hand Geschichte gemacht hatten. Schon im Jahre 1841, als das englische Heeres- und Marinebudget erst 220 Millionen Mark betrug, fragte Robert Peel im Unterhause: »Ist die Zeit noch nicht gekommen, wo die mächtigen Länder Europas

ihre Rüstungen, die sie so emsig vermehren, einschränken sollten? Ist die Zeit noch nicht gekommen, wo sie bereit sein sollten zu erklären, daß solche übermäßige Einrichtungen zwecklos sind? Wo liegt der Vorteil einer Macht, die in so hohem Maße ihr Heer und ihre Flotte vermehrt? Sieht sie nicht, daß andere Mächte ihrem Beispiel folgen? Die Folge davon wird sein, daß keiner Macht ein relativer Stärkezuwachs zuteil wird, aber wohl eine Aufzehrung der Hilfsquellen eines jeden Landes für militärische Rüstungen stattfinden muß. Sie berauben damit nur den Frieden um die Hälfte seiner Vorteile und nehmen die Wirkungen eines eventuellen Krieges vorweg. Das wahre Interesse Europas liegt darin, zu einem gemeinsamen Akkord zu kommen, der jedes Land in den Stand setzt, die Rüstungen, die mehr einem Kriegszustand als einem Friedensstand angepaßt sind, zu vermindern.« Am 12. März 1850 sagte derselbe englische Staatsmann im Unterhause: »Keine größere Wohltat könnte dem Menschengeschlechte zuteil werden, als wenn die großen Kontinentalmächte ihre relativen Positionen beibehalten würden, wobei jede Macht ihre Armee auf eine Stärke herabsetzen könnte, die ihre Kraft nicht aufzehren und die Grundlage ihres Gedeihens nicht untergraben würde.«

Das Manifest Garibaldis.

Mitten im italienischen Freiheitskampf, bald nach seinem heldenhaften Zug mit den Tausend nach Sizilien, erließ im Oktober 1860 General Garibaldi, angeregt durch seinen Freund und Mitkämpfer General Stefan Türr (1825—1908)[1], ein flammendes Manifest an die Regierungen Europas, denen er ein allgemeines Bündnis zur Vermeidung der ihm damals schon ungeheuerlich erscheinenden Rüstungen vorschlug. Bemerkenswerterweise wollte er in einem Bündnis Frankreichs und Englands die Grundlage einer europäischen Konföderation erblicken.

[1]) Siehe darüber Bertha von Suttner, Memoiren. Stuttgart 1909. S. 350 u. f.

Cobden.

Als anfangs der sechziger Jahre der Wettbewerb Englands mit der französischen Flotte von neuem anhub, empfahl Disraeli im Unterhause eine Vereinbarung der englischen und französischen Regierung, um den Flottenwettbewerb einigermaßen zu beschränken. »Worin liegt der Zweck der Diplomatie, der Regierungen, der kordialen Verständigungen,« rief er aus, »wenn solche Dinge möglich sind!« Cobden schrieb damals in seinem Buche »Die drei Paniken« (1863), worin er gegen die Kriegs- und Überfallsangst seiner Landsleute ankämpfte: »Es ist eine Nische frei im Tempel des Ruhmes für den Herrscher oder den Minister, der als erster dem ungeheuren Übel unserer Zeit an den Leib rücken wollte,« und in einem Briefe an Jeremy Bentham schrieb er zur selben Zeit: »Diejenige Nation, die der anderen durch Vorbringung eines Vorschlags auf Verminderung und Feststellung der Rüstungsausgaben vorangehen würde, könnte sich mit Ruhm bedecken.« Im Jahre 1861 überreichte Cobden der Regierung sein berühmt gewordenes Memorandum, worin er den schon in dem erwähnten Buche »Die drei Paniken« ausgedrückten Gedanken einer Verständigung mit Frankreich wegen Beschränkung der Rüstungsausgaben weiter ausführte und erklärte, »daß der gegenwärtige eigentümliche und außerordentliche Stand der englischen und französischen Flotten, das Ergebnis des wissenschaftlichen Fortschrittes im Seekriegswesen, eine Gelegenheit zur gegenseitigen Vereinbarung zwischen den beiden Regierungen bieten würde, das für beide Länder von Interesse wäre«.

Napoleon III.

Von denselben Ideen geleitet war Napoleon III., als er in seiner Thronrede vom 5. November 1863 seine Absicht bekannt gab, einen europäischen Friedenskongreß einzuberufen. Vielleicht war dabei ein Versprechen nicht ohne Einfluß, das er diesbezüglich der Deputation des Pariser Friedenskongresses im Jahre 1849 gegeben hatte. Eine allgemeine Abrüstung und ein Schiedsgericht schwebten ihm vor. Er äußerte die Ab-

sicht, den Staatsmännern Europas zu sagen: »Haben die Vorurteile und Ränke, die uns trennen, nicht schon lange genug gedauert? Wird die Eifersucht, ja Rivalität der Großmächte dauernden Kulturfortschritt hemmen? Werden wir immer gegenseitiges Mißtrauen durch übertriebene Rüstungen aufrecht erhalten? Sollen die kostbarsten Hilfsquellen bis ins Unendliche sich in einer vergeblichen Brüstung mit unseren Kräften erschöpfen? Werden wir ewig einen Zustand erhalten, der weder der sichere Friede noch der aussichtsreiche Krieg ist? . . . Haben wir doch den Mut, an Stelle des krankhaften Zustandes eine stabile und geregelte Situation zu setzen, selbst wenn es Opfer kosten würde. Vereinigen wir uns doch ohne vorgefaßtes System, ohne Ehrgeiz, von dem einzigen Gedanken beseelt, eine von nun ab auf dem wohlverstandenen Interesse der Fürsten und Völker begründete Ordnung der Dinge zu errichten.« Die infolge dieser Rede angeknüpften Verhandlungen blieben ohne Ergebnis. Der König von Portugal allein begrüßte die Absicht Napoleons, »einen Kongreß vor dem Kriege« einzuberufen, »ihm zuvorzukommen,« als einen edlen Fortschrittsgedanken«.

Henri Dunant und die Genfer Konvention.

Während Napoleon gelegentlich der Pariser Weltausstellung 1867 noch einmal auf seinen Plan zurückkam und mit Kaiser Alexander II. und König Wilhelm I. über die Möglichkeit eines Abkommens zwecks Verminderung der Rüstungen sprach, ohne zu seinem Ziel zu kommen, gewann der Gedanke des Schweizers Henri Dunant (1828—1910), die Regierungen zum Zwecke einer humaneren Kriegführung zu einigen, Gestalt. Auf den Schlachtfeldern des lombardischen Krieges hatte der humane Schweizer die schrecklichen Leiden der Verwundeten kennen gelernt. Er schilderte diese in seinem Buche »Souvenir de Solferino«, das die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Greuel des Krieges lenkte. Ein vom 8.—22. August 1864 in Genf tagender, von 16 Regierungen beschickter Kongreß einigte sich auf jene »Konvention zur Verbesserung des Schicksals der verwundeten Soldaten im

Felde«, die unter dem Namen der »Genfer Konvention« bekannt ist. Nach und nach traten ihr fast alle zivilisierten Völker der Erde bei. Diese Konvention, deren Grundsätze man auf der Petersburger Konferenz von 1868 und durch die Brüssler Deklaration von 1874 zu erweitern suchte, war nichts weiter als ein schwaches Zugeständnis der Regierungen an die neue, den Krieg in seinem Wesen bekämpfende Idee.

Der Luxemburger Streit und die »Ligue de la Paix«.

Trotz der zeitweilig friedlichen Neigungen des dritten Napoleon wäre es bereits 1867 durch den Luxemburger Handel zwischen Frankreich und Preußen zu einem Kriege gekommen.

Die drohende Kriegsgefahr veranlaßte unabhängig voneinander drei beherzte Franzosen, Fréd. Passy (1822—1912), Gustav von Eichthal und den Pfarrer Martin Paschoud, in an den Chefredakteur Neftzer vom »Temps« gerichteten Briefen zugunsten einer friedlichen Beilegung des Streites einzutreten. Diese Briefe rüttelten die öffentliche Meinung in ganz Europa[1]) derart auf, daß es unter ihrem Drucke gelang, den Streit tatsächlich zur friedlichen Beilegung zu bringen und ihn auf der Londoner Konferenz desselben Jahres zu schlichten. Unter dem Eindruck dieses Erfolges begründete Passy die »Ligue internationale et permanente de la Paix«, der sich Mitglieder aus allen Teilen Europas und Amerikas sofort anschlossen. Zustimmungserklärungen von sehr hohen Persönlichkeiten gingen ein, darunter sogar eine sehr herzliche Beglückwünschung namens der Königin Augusta von Preußen. Unter den Mitgliedern des Komitees jener Liga finden wir u. a. Arlès Dufour, Michel Chevalier, Josef Garnier, Jean Dolfus, den Amerikaner Sumner, die Deutschen Alt-

[1]) Sowohl in Berlin wie in Paris fanden große Arbeiterdemonstrationen für den Frieden statt. Französische und deutsche Studenten erließen gegenseitig Friedensmanifeste und in Straßburg trat ein franco-deutsches Friedens-Komitee zusammen. Siehe darüber bei Hetzel, a. a. O. S. 55.

geld, Liebig und Varrentrapp, die Belgier Couvreur und Visschers, Cantu aus Italien u. a. Aus dieser Gesellschaft entwickelte sich nachher die bis Anfang 1904 von Passy präsidierte »Société pour l'Arbitrage entre nations«. Schon im Jahre 1868 hatte Edmond Potonié in Paris die »Ligue pour la Paix et du bien public« ins Leben gerufen, unter deren Mitgliedern auch Rudolf Virchow, Schultze-Delitzsch und Julius Rupp genannt wurden.

Die Friedens- und Freiheitsliga in Genf.

Ebenfalls im Jahre 1867 gründete Charles Lemonnier (1806—1891) im Verein mit Victor Hugo und Garibaldi die Friedens- und Freiheitsliga (»Ligue international de la Paix et de la Liberté«), die die Idee der Vereinigten Staaten von Europa verfocht und auf rein demokratischer Grundlage errichtet war. Sie mußte deshalb in Genf ihren Sitz aufschlagen, da die drückende Atmosphäre des zweiten Kaiserreiches ihre Organisation auf französischem Boden nicht zur Entwicklung hätte kommen lassen. Die Präsidenten der Liga waren der Reihe nach Gustav Vogt, Jules Barni und Charles Lemonnier. Nach des letzteren Tode übernahm Emile Arnaud (geb. 1864) den Vorsitz, den er auch heute noch ausübt. Die Friedens- und Freiheitsliga veranstaltete in den Jahren 1867—1879 13 Kongresse, die durchwegs in der Schweiz abgehalten wurden. Dem ersten Kongreß 1867 in Genf präsidierte Garibaldi; es wurde dabei hauptsächlich der Gedanke ausgedrückt, daß die Selbstbestimmung der Völker allein imstande sei, den Krieg abzuschaffen[1]. Auf dem Kongreß von 1877 wurde die Verweisung des russisch-türkischen Konfliktes vor ein Schiedsgericht gefordert.

Von 1867 bis 1870.

Petersburger Konvention und andere Einrichtungen.

Vor Ausbruch des deutsch-französischen Krieges machte die Tendenz zur Humanisierung der Kriege weitere Fortschritte,

[1]) Die Kongresse fanden dann statt: 1868 in Bern, 1869 in Lausanne, 1870 am 24. Juli kurz nach Ausbruch des deutsch-französischen Krieges in Basel, 1871 in Lausanne, 1873 in Luzern, von 1873—1879 alljährlich in Genf.

die namentlich in der oben bereits erwähnten Petersburger Konvention des Jahres 1868 zum Ausdruck gelangte, worin weitere Abmachungen über die Vermeidung von Grausamkeiten im Kriege beschlossen wurden. Am 16. September jenes Jahres faßte der Prager Philosophenkongreß eine Resolution, worin er alle sittlichen und rechtlichen Mittel willkommen hieß, die zur endlichen Abstellung des Krieges geeignet seien. Die spanischen Republikaner forderten zur selben Zeit in einer Proklamation an das Volk die Auflösung der stehenden Heere und Volksbewaffnung, und in seiner anonym erscheinenden Schrift »Der Krieg usw.« trat Moritz Adler (1831—1907) für ein europäisches Völkertribunal ein. Eigentümlicherweise mehrten sich gerade vor dem großen europäischen Kriege die Versuche, die Regierungen zu einem Abkommen zwecks Verminderung der Rüstungen zu veranlassen. Napoleon III. stand mit seinen Ideen nicht allein da. Am 29. Juni 1867 erklärte sich Garnier-Pagès in der französischen Deputiertenkammer sogar für den Fall, daß die anderen Mächte nicht folgen wollten, für eine Verminderung der Rüstungen Frankreichs [1]), und in Paris trat eine »Internationale Entwaffnungsliga« mit einem flammenden Aufruf in die Öffentlichkeit.

Abrüstungsanträge in Deutschland.

Auch in Deutschland regten sich ähnliche Bestrebungen. Im norddeutschen Reichstag hatte am 7. Oktober 1867 der Abgeordnete Götz einen Antrag auf Rüstungsverminderung gestellt, und am 21. Oktober 1869 stellte Rudolf Virchow namens der Fortschrittspartei des preußischen Abgeordnetenhauses seinen vielfach falsch ausgelegten Antrag, der auch oft in gehässiger Weise als ein Vorschlag zur alleinigen Abrüstung Preußens bezeichnet wird. Dieser Antrag lautete vielmehr: »In Erwägung, daß die Höhe der Ausgaben des Norddeutschen Bundes wesentlich durch den Militäretat bestimmt wird, und daß die dauernde Erhaltung der Kriegsbereitschaft in fast

---

[1]) Hetzel, a. a. O. S. 56.

allen Staaten Europas nicht durch die gegenseitige Eifersucht der Völker, sondern nur durch das Verhalten der Kabinette bedingt wird, ist die königliche Regierung aufzufordern, dahin zu wirken, daß durch diplomatische Verhandlungen eine allgemeine Abrüstung herbeigeführt werde.« Das besagt doch etwas anderes! Dieser Antrag wurde bei der Beratung am 5. November mit 215 gegen 99 Stimmen abgelehnt. Ebenso wurde ein vom Abg. Lasker und 53 Nationalliberalen eingebrachter Antrag, der die »Notwendigkeit jeder irgendwie möglichen Verminderung der Militärlasten« als »keinem Zweifel unterliegend« bezeichnete, und ein Antrag des Abgeordneten Windthorst, daß die Ausgaben der Militärverwaltung des Norddeutschen Bundes entsprechend beschränkt werden«, gegen starke Minderheiten abgelehnt [1]). Auch in der bayrischen Kammer wurde im Jahre 1878 über die Rüstungen debattiert und der damalige bayrische Ministerpräsident Fürst Hohenlohe, der nachmalige Reichskanzler, erklärte, daß »die epidemische Zunahme aller Rüstungen in Europa für die Dauer nicht durchzuführen« sei. Er gab der Hoffnung Ausdruck, »daß in nicht zu ferner Zeit die bessere Einsicht den Sieg davon tragen werde, daß es gelingt, die Mittel zu finden, uns von diesem trostlosen Zustande zu befreien« [2].

Napoleons dritter Versuch.

Zum drittenmal versuchte es Napoleon III. zu einem Abrüstungsabkommen zu gelangen. Graf Daru, der am 2. Januar 1870 das Portefeuille des Auswärtigen übernommen hatte, versuchte durch Vermittlung der englischen Regierung mit Preußen über ein solches Abkommen in Verhandlung zu treten. Fürst Bismarck lehnte die Vorschläge, die der englische Gesandte Lord Loftus ihm im Februar 1870 unterbreitete, entschieden ab. Graf Daru glaubte aber, sich dabei nicht beruhigen zu sollen, und stellte in Aussicht, daß Frank-

---

[1]) Siehe einen Artikel von Karl Schumacher »Der Abrüstungsvorschlag von 1869« in der »Breslauer Zeitung« vom 30. Juni 1907.

[2]) Siehe »Friedens-Warte« 1899, S. 5.

reich das nächste Kontingent, das der Kammer vorgeschlagen werden soll, um 10000 Mann vermindern werde. Graf Clarendon, der großbritannische Ministerpräsident, nahm am 16. Februar die Verhandlungen auf dieser Grundlage wieder auf. Wie sie sich gestalteten, ist nicht bekannt, wohl aber, daß sie zu keinem Ergebnis führten. Tatsächlich hat aber die französische Regierung in dem der Kammer am 21. März unterbreiteten Gesetzentwurf das Kontingent von 100000 Mann auf 90000 herabgesetzt. Am 1. Juli, zwei Wochen vor Ausbruch des Krieges, wurde dieses Gesetz angenommen[1]).

Während des deutsch-französischen Krieges und unmittelbar nachher.

Friedrich Albert Lange.

Das Jahr 1870 sah den blutigen Krieg zwischen zwei zu gemeinsamer Arbeit bestimmten Kulturvölkern entbrennen. Es würde zu weit führen, die gegen den Krieg erhobenen Stimmen wiederzugeben, die sich trotz all der patriotischen Verblendung auf beiden Seiten vor und während der Feindseligkeiten geltend machten; einer sei aber gedacht, nämlich jenes fast vergessenen Aufrufes »An die Menschenfreunde aller Nationen«, den einer der größten Denker Deutschlands, Friedrich Albert Lange, von Zürich aus versandte. Im Vertrauen auf den endlichen Sieg der Grundsätze des Christentums und der Humanität, fordert Lange darin die Gleichgesinnten auf, sich zusammenzuscharen, einen Bund freier Männer zu bilden, der unter dem Motto der Gerechtigkeit eine Vermittlung anstrebe und dem Verderben Halt gebiete. »Zwei Wege liegen heute vor Europa offen; der eine führt zu endlosen Appellationen an die Schärfe des Schwertes und zu Verewigung jener Greuel des Krieges, die wir heute mit Entsetzen vor uns sehen; der andere zum Siege der Humanität und zur Begründung höherer Garantien

---

[1]) Siehe bei Gaston Moch, L'Alsace-Lorraine devant l'Europe. Paris 1894, S. 104 u. f. die von Buffet in der Academie des Sciences morales et politiques verlesene Rede über seinen Vorgänger Grafen Daru. Daselbst S. 106 wird auch einer »sehr lebhaften Beratung« der sächsischen (?) Kammer über eine allgemeine Abrüstung Erwähnung getan.

für die Freiheit und Wohlfahrt der Völker, als eine egoistische Staatskunst, gestützt auf Waffengewalt, sie je zu bieten vermöchte.« Der Aufruf schließt mit der Hoffnung auf jenen Tag, »wo alle zivilisierten Nationen sich in ihren legitimen Organen in anderem Geiste als bisher die Hand reichen und, die Gerechtigkeit als oberste Richtschnur der Politik anerkennend, gemeinsam für das Wohl der Völker wirken werden.«

Neue Friedensgesellschaften.

Auch die kriegerischen Ereignisse von 1870/1871 vermochten den Friedensgedanken nicht mehr aufzuhalten. Schon während der beiden Kriegsjahre sind verschiedene Friedensereignisse zu verzeichnen: so wurde 1870 im Haag, infolge eines drei Jahre vorher stattgehabten Besuches Henry Richards, von van Eck der holländische Friedensverein gegründet, der 1873 den Namen »Die Friedensliga der Niederlande« annahm, im Jahre 1871 der belgische Verein der Friedensfreunde, der sich 1889 unter dem Vorsitz Laveleyes (1822—1892) zur »Fédération internationale de l'Arbitrage et de la Paix« umwandelte. Am 25. Juli 1870 wurde durch Randal Cremer der Friedensverein der englischen Arbeiter, die gegenwärtige »International Arbitration League« ins Leben gerufen.

Unmittelbar nach dem Kriege machte sich sogar ein gewisser Hochgang der pazifistischen Idee geltend. Zunächst ist da die schiedsgerichtliche Entscheidung der Alabama-Angelegenheit zu verzeichnen, die durch das Genfer Schiedsurteil vom September 1872 ihre Erledigung fand, und durch die zum ersten Male in der Geschichte ein großer, die nationalen Instinkte zweier mächtiger Nationen berührender Streit zur friedlichen Lösung gelangte. (Siehe I. Teil, S. 192 u. f.)

Institut de Droit international.

Ein anderes wichtiges Ereignis bildete die auf Anregung des belgischen Juristen Gustave Rolin-Jacquemins (1835—1902) am 11. September 1873 zu Gent erfolgte

Gründung des »Institut de droit international«, das sich die Ausbildung des internationalen Privatrechtes und des Völkerrechtes zur Aufgabe stellte und dieser Arbeit seither mit großem Erfolge oblag. Der ersten Versammlung zu Gent wohnten die hervorragendsten Rechtsgelehrten der Zeit bei, so Asser, Laveleye, Moynier, Dudley-Field, Pierantoni, Besobrasoff, Bluntschli, Hefter, Calvo, Mancini, Lorimer, Holtzendorff, etc. In dieser ersten Sitzung wurde eine Kommission zum Studium der Schiedsgerichtsfrage erwählt, der Laveleye, Pierantoni, Goldschmidt, Kamarowsky angehörten. Bereits in seiner Versammlung des Jahres 1875 nahm das Institut mehrere Entwürfe für Schiedsverträge an, die es den Regierungen empfahl; es hörte seitdem nicht auf, zugunsten der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit zu wirken.

Wenige Tage nach der Gründung des Institut de droit international — am 11. Oktober 1873 — wurde infolge einer amerikanischen Anregung zu Brüssel die »Gesellschaft für Reform und Kodifikation des Völkerrechtes« begründet, die sich seit 1895 »International Law Association« nennt.

Völkerrechtsliteratur zu Anfang der siebziger Jahre.

Die große friedensfreundliche Bewegung, die, als Rückwirkung der großen europäischen Kriege, zu Anfang der siebziger Jahre ihren Ausgang nahm, wirkte auch befruchtend auf die Völkerrechtswissenschaft, auf die näher einzugehen außerhalb des Rahmens dieser Arbeit liegt. Nur einzelner Schriften sei hier Erwähnung getan. Da ist zunächst die Arbeit J. Lorimers, »Proposition d'un congrès international basé sur le principe de facto«, worin ein internationales Parlament, die Schaffung einer internationalen Legislative und Exekutive, vorgeschlagen wird, ferner E. de Laveleyes denkwürdige Schrift »Des causes actuelles de guerre en Europe« (Brüssel, 1873), die zur Entscheidung aller internationalen Streitigkeiten einen »Völkergerichtshof« empfiehlt; die Arbeiten Bluntschlis (1808—1881), der die Gründzüge für einen »europäischen Staatenverein« entwarf, mit einem »Repräsen-

tantenhause«, in dem die größeren Angelegenheiten, und einem »internationalen Tribunal«, vor dem die kleineren Angelegenheiten entschieden werden sollen. Erwähnt sei noch das Werk des belgischen Juristen Louis Bara (1821—1857) »La Science de la Paix« (Brüssel 1873), dessen Grundgedanke darin gipfelt, eine Internationalität und Solidarität des gesamten Rechtslebens der Menschheit herzustellen, so zwar, daß z. B. für Verträge zwischen Staaten eine Gesamtgarantie aller zivilisierten Regierungen eintritt, die einen Vertragsbruch schwierig, wenn nicht gar unmöglich machen würde. Dieses Werk ging aus dem vom I. internationalen Friedenskongreß zu Brüssel 1848 erlassenen Preisausschreiben unter 21 eingelangten Entwürfen als preisgekrönt hervor. Erst im Jahre 1872 wurde es auf Veranlassung der Brüsseler Loge »Les amis philantropes« in den Druck gelegt[1]).

Neuer Vorstoß in den Parlamenten.

Das mächtige Erwachen des Rechtsgedankens fand auch in den Parlamenten sein Echo.

Im Senat der Vereinigten Staaten.

Im Senat der Vereinigten Staaten brachte am 31. Mai 1872 Senator Sumner eine Resolution ein, in der er die Errichtung eines Tribunals vorschlug, das mit solcher Autorität zu bekleiden wäre, um es zu einem »vollkommenen Ersatz für den Krieg« zu gestalten, und »daß der Krieg aufhören könnte als eine geeignete Streitform zwischen den Völkern zu gelten«. Am 17. Juni 1874 wurde eine ähnliche Resolution von beiden Häusern des Kongresses angenommen und damit gleichzeitig an den Präsidenten der Vereinigten Staaten das Ersuchen gestellt, zur Herstellung einer internationalen Ordnung mit fremden Staaten Verhandlungen einzuleiten.

---

[1]) L. Bara erhielt den Preis am 6. August 1849 zuerkannt und empfing ihn am Pariser Friedenskongreß von 1849 aus den Händen Victor Hugos. Über das Preisausschreiben, über die Persönlichkeit wie über das Werk Louis Baras siehe ausführlich bei Louis Frank, Les Belges et la Paix S. 115—131.

Henry Richards Antrag im englischen Parlament und dessen Wirkung in den anderen Parlamenten.

Im Jahre 1873 nahm Henry Richard im englischen Parlament den im Jahre 1849 zuerst von Richard Cobden, von ihm selbst schon 1856 gestellten Antrag auf Abschluß von Schiedsverträgen wieder auf. Am 8. Juli jenes Jahres schlug er im Unterhause die Einleitung von Verhandlungen mit den fremden Mächten zum Zwecke der Aufstellung »eines dauernden und allgemeinen Systems von Schiedsgerichten« vor. Gladstone, der sich dem Antrage gegenüber wohlwollend verhielt, riet dennoch dessen Rücknahme an, da der Antrag, ganz so wie 1849 Palmerstone Cobden erwiderte, noch zu verfrüht wäre. Richard bestand aber auf seinem Antrag, der schließlich mit 98 gegen 88 Stimmen zur Annahme gelangte. Die Königin antwortete sehr wohlwollend auf die Adresse des Parlamentes, in der ihr der Richardsche Antrag unterbreitet wurde, doch kam es nicht zu tatsächlichen Maßnahmen. Hingegen erweckte der Vorgang des englischen Unterhauses in zahlreichen anderen Parlamenten Nachahmung. Zunächst machte der italienische Staatsmann Manzini die Anschauungen Richards zu den seinen. Es gelang ihm auch, einen Antrag, der dahin ging, der Schiedsgerichtsbarkeit für die ihr zugänglichen Materien eine weitere Ausdehnung zu geben, in die Staatsverträge die Kompromißklausel aufzunehmen und Schiedsverträge mit anderen Staaten abzuschließen, einstimmig zur Annahme zu bringen. Manzini, der selbst bald in die Regierung trat, fand da Gelegenheit, seine Absichten praktisch zu betätigen. In den niederländischen Generalstaaten kam es infolge einer Interpellation der Friedensfreunde van Eck und Bredius am 19. November 1871 zu einer Friedensdebatte, die zwar zunächst keine Ergebnisse zeitigte; aber 1874 und 1878, als van Eck seine Vorschläge immer wieder aufnahm, führten diese doch zu beifälligen Äußerungen der Regierung und zur Annahme jener Vorschläge seitens des Parlamentes. In Schweden richtete 1874 die Kammer auf Antrag des

Deputierten Jonasson eine Adresse an den König, worin dieser gebeten wurde, die zur Errichtung eines ständigen Schiedstribunals unternommenen Schritte zu unterstützen. In Dänemark wurde 1875 ein ähnlicher Versuch gemacht, der jedoch zunächst ohne Erfolg blieb. In Belgien beschäftigte sich die Kammer am 30. Juni 1875 mit einem von Couvreur und Thonissen unterbreiteten Antrag, der der Regierung die allgemeine Anwendung der Schiedsgerichtsbarkeit und das Studium des schiedsgerichtlichen Verfahrens empfahl. Die Kammer stimmte fast einstimmig dem Antrag zu; ebenso schloß sich der Senat einstimmig dem Votum der Kammer an.

Im Jahre 1876 machte der nachmalige spanische Senator Marcoartu († 1904) eine Reise durch Europa, um Stimmung für die Einberufung einer internationalen Parlamentskonferenz zu machen. In Wien trat er mit Adolf Fischhof, dem hervorragenden fortschrittlichen Politiker, in Verbindung, der bereits 1875 eine Reihe von Artikeln »Zur Reduktion der kontinentalen Heere« veröffentlicht hatte[1]), die solches Aufsehen machten, daß sie einen Petitionssturm auf das Abgeordnetenhaus entfesselten. In einer durch die Anwesenheit Marcoartus in Wien angeregten Konferenz, die am 27. April 1876 im österreichischen Herrenhaus stattfand, wurde die Beschickung eines von Marcoartu beabsichtigten Kongresses von Abgeordneten aller Parlamente beschlossen. Auf diesem Kongreß sollte »die Herabminderung der Auslagen für Kriegszwecke usw.« erörtert werden. Einige Wochen vorher war auf Anregung von Fischhof dem österreichischen Abgeordnetenhaus ein Antrag der Abgeordneten Fux, Dr. Heilsberg und Genossen zugegangen, in dem eine »Einschränkung des Militäraufwandes«, internationale Reduktion der Heere und die »Abhaltung einer europäischen Abgeordnetenkonferenz« gefordert wurde[2]). Ein Ergebnis hatte der Antrag aber nicht.

[1]) Siehe: Richard Charmatz, Adolf Fischhof, Das Lebensbild eines österreichischen Politikers. Stuttgart 1910. S. 405.

[2]) Siehe: Charmatz, a. a. O. S. 415 u. f.

Im deutschen Reichstag traten 1878 erst die Abgeordneten Freiherr v. Dücker und Zimmermann zugunsten der Schiedsgerichtsbarkeit auf, doch hier führten deren Anträge nicht einmal zu einer Debatte. Hingegen erklärte sich die italienische Kammer am 24. November 1877 einstimmig für die Einführung eines ständigen internationalen Schiedsgerichts und beschloß am 3. April 1878 auf Antrag Manzinis in alle Handelsverträge die Schiedsklausel einzufügen. Im Kongreß der Vereinigten Staaten wurde am 20. Dezember 1880 der Präsident ermächtigt, mit allen anderen zivilisierten Mächten in Unterhandlung zu treten »zur Aufrichtung eines internationalen Systems, durch das die zwischen den Staaten sich ergebenden Streitfälle auf dem Wege der Schiedsgerichtsbarkeit und ohne Krieg entschieden werden können«.

Abrüstungsanträge (Bühler, Crispi, Richard).

Die Versuche, zu einer Verminderung der Rüstungen zu gelangen, mehrten sich am Ausgang der 70er Jahre wieder in auffallender Weise. Der württembergische Abgeordnete v. Bühler hatte mit seinem dem deutschen Reichstag im Jahre 1879 unterbreiteten Antrag auf Einberufung eines Staatenkongresses seitens der Reichsregierung zum Zwecke der Herbeiführung einer wirksamen und allgemeinen Abrüstung mehr Glück als Virchow zehn Jahre zuvor. Der Antrag kam am 12. März jenes Jahres wenigstens zur Debatte, nachdem ein Antrag auf Übergang zur Tagesordnung abgelehnt worden war. Er wurde natürlich abgelehnt [1]), aber Bühler übersandte ihn am 29. Februar 1880 [2]) mit einem Begleitschreiben an den Reichskanzler Fürsten Bismarck. Die Antwort des Kanzlers ist nicht uninteressant. Sie erfolgte am 2. März

[1]) Der Antrag hatte folgenden Wortlaut: »Der Reichstag wolle beschließen: Den Fürsten Reichskanzler zu ersuchen, einen europäischen Staatenkongreß zum Zweck der Herbeiführung einer wirksamen allgemeinen Abrüstung etwa auf die durchschnittliche Hälfte der gegenwärtigen Friedensstärke der europäischen Heere für die Dauer von vorläufig 10 bis 15 Jahren zu veranlassen.«

[2]) Im April 1880 soll Bühler seinen Antrag neuerdings im Reichstag eingebracht haben. Hetzel, a. a. O. S. 87.

und lautete: »Erst nachdem es Ew. gelungen sein wird, unsere Nachbarn für Ihre Pläne zu gewinnen, könnte ich oder ein anderer deutscher Kanzler für unser stets defensives Vaterland die Verantwortung für analoge Anregungen übernehmen. Aber auch dann fürchte ich, daß die gegenseitige Kontrolle der Völker über den Rüstungszustand der Nachbarn schwierig und unsicher bleiben, und daß ein Forum, welches sie wirksam handhaben könnte, schwer zu beschaffen sein wird.« Diese Bedenken hat Fürst Bismarck zwei Jahre vorher auch dem italienischen Staatsmann Crispi gegenüber geltend gemacht, der ihn in Gastein besucht und ihm eine Abrüstung vorgeschlagen hatte. Er gab der Meinung Ausdruck, »daß sich der Gedanke der Abrüstung nicht in die Praxis umsetzen läßt. Im Wörterbuch finden sich noch keine Vokabeln, welche die Grenzen zwischen Abrüstung und Rüstung festsetzen«[1]). Der unermüdliche Henry Richard verlangte im Juni 1880 im englischen Parlament, daß die Regierung Schritte tun solle zugunsten einer gleichzeitigen Entwaffnung der Mächte in Europa. Gladstone sah sich zwar veranlaßt, zuzugeben, daß »rationellere und minder kostspielige Mittel als der Krieg zur Schlichtung internationaler Differenzen« wünschenswert wären, wollte deren Findung jedoch der »Diskretion der Regierungen« überlassen wissen.

Friedensgesellschaften und Friedenskongresse.

Inzwischen nahm die Gründung von Friedensgesellschaften ihren Fortgang. In Amerika wurden im Jahre 1866 noch die Universal Peace Union von Alfred H. Love und 1867 die Peace Association of Friends gegründet. In Deutschland wurde bereits 1850, eine Folge des Frankfurter Friedenskongesses, von Dr. Motherby in Königsberg eine Friedensgesellschaft ins Leben gerufen, die über 140 Mitglieder zählte. Es ist ein sonderbares Zusammentreffen, daß es gerade Königsberg, der Kantstadt, vorbehalten war, in

[1]) Siehe: Die Memoiren Francesco Crispis, Berlin 1912. S. 36.

der Geschichte der deutschen Friedensbewegung diese Rolle zu spielen[1]). Im Jahre 1874 begründete Dr. Eduard Löwenthal in Berlin einen Friedensverein, der jedoch bald seine Tätigkeit wieder einstellte. Im selben Jahre wurde in London die »Womens Auxiliary of the Peace Association« ins Leben gerufen. Inzwischen wurde der russisch-türkische Krieg veranstaltet, der Europa mit seinen Greueln erfüllte. Der Berliner Kongreß im Jahre 1878 entwickelte sich zu einer Art Schiedsgericht, bei dem schließlich in friedlicher Weise durch Übereinkommen und Konzessionen die Grenzen des östlichen Europa revidiert wurden. Unmittelbar darauf, am 7. Oktober 1879, schloß Bismarck das Abkommen mit Österreich-Ungarn, durch das der Grund zum Dreibund gelegt wurde, der Europa, wenn auch nicht den gesicherten Frieden, so doch jene Konstellation gab, die spätere Geschichtsschreiber vielleicht veranlassen wird, darin den Anfang einer europäischen Staatenassoziation zu erblicken. Angeregt durch diese Ereignisse regte sich auch in Rußland der Friedensgedanke. Prinz Peter von Oldenburg (1812—1881), ein naher Verwandter des russischen Kaiserhauses, der in der Mitte der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zur Durchführung seiner Ideen über die Abschaffung des Krieges die europäischen Höfe bereiste und im April 1873 ein ausführliches Schreiben an Bismarck richtete[2]), worin er ihm die Mittel zur Abschaffung des Krieges vorschlug, ließ 1878 in hohen Kreisen eine Denkschrift zirkulieren, in der er den Krieg als unchristlich und kulturwidrig verwarf und den

---

[1]) Eine Zeitlang erschien dort im Jahre 1851 ein von Dr. Jul. Rupp herausgegebenes Friedensorgan, »Der Völkerfriede« betitelt. Der Friedensverein wurde nach mehrmonatigem Bestande von der Polizei aufgelöst. Näheres über diese erste deutsche Friedensgesellschaft in den Artikeln Carl Ludwig Siemerings in »Die Friedens-Warte« 1906. S. 64/65 und 1909 S. 47 und 69 wie in seiner Schrift »Von der ersten deutschen Friedensgesellschaft in Königsberg i. Pr. 1850—1851« (Schriften des Frankfurter Friedensvereins. Heft 4.) Frankfurt a. M. 1909.

[2]) Siehe dieses: »Die Waffen nieder!« 1894. S. 43 u. f.

bewaffneten Frieden als eine Geißel der Völker bezeichnete. Die im Jahre 1880 erfolgte Gründung einer »Russischen Gesellschaft für internationales Recht« war das praktische Ergebnis dieses Aufrufs [1]).

Im Jahre 1880 gründete Hodgson Pratt in London die »International Arbitration and Peace Society«, die die Abhaltung einer internationalen Friedenskonferenz zu Brüssel (17.—20. Oktober 1882) veranlaßte. Im Jahre 1882 rief Fredrik Bajer in Kopenhagen den dänischen Friedensverein ins Leben. 1883 wurde auf Veranlassung Hodgson Pratts ein schwedischer Friedensverein begründet, und 1886, ebenfalls auf Pratts Veranlassung, durch Franz Wirth die erste lebensfähige deutsche Friedensgesellschaft in Frankfurt, wie andere, früh erloschene Vereine in Stuttgart und Darmstadt. In Rom gründete Pratt einen Verein für Schiedsgericht und Frieden zwischen den Völkern, der unter dem Vorsitz Ruggero Bonghis stand und in Mailand die heute unter Monetas Leitung stehende Unione Lombarda. 1883 wurde ein norwegischer Friedensverein geschaffen und 1884 gründete Godin die »Société de la Paix et d'Arbitrage international de Familistère de Guise« im Departement Aisne. Im Jahre 1887 wurde in Nimes in Frankreich von jungen Gymnasialschülern die Gesellschaft »La Paix par le Droit« ins Leben gerufen, die sich nachher zu einer der bedeutendsten Zentralen des modernen Pazifismus entwickelte (siehe unten).

Das Jahr 1878 sah aus Anlaß der Pariser Weltausstellung abermals einen internationalen Friedenskongreß an der Seine. Die Anregung dazu wurde von der Londoner Peace Society gegeben. Er fand unter dem Präsidium Adolph Francks (1809—1893) statt. Aus den verschiedensten Ländern waren Teilnehmer erschienen. Dem Kongreß wohnte, obwohl er nicht zu den glänzendsten Ver-

---

[1]) Nach Hetzel, a. a. O. S. 86.

einigungen dieser Art gehörte, eine gewisse Bedeutung inne. Es war der erste Kongreß, der insofern einen offiziellen Charakter hatte, als seine Verhandlungsberichte auf Kosten der französischen Regierung veröffentlicht wurden. Auch wurden bereits jene Fragen einer engeren Verbindung der Friedensgesellschaften und seitens Edmond Thiaudières die Vereinigung der Friedensparlamentarier aller Länder, wie die Gründung eines internationalen Friedensbureaus von Lemmonnier berührt. Die internationale Schiedsgerichtsbarkeit wurde dabei als das wirksamste Mittel zur Vermeidung der Kriege bezeichnet.

Neue Anregung in den Parlamenten.

Vereinigte Staaten.

In den Vereinigten Staaten hat der Friedensgedanke um die Wende des siebenten Jahrzehnts solche Fortschritte gemacht, daß der Staatssekretär James G. Blaine — ermutigt durch verschiedene Aufforderungen im Kongreß — am 29. November 1881 an alle amerikanischen Regierungen die Einladung ergehen lassen konnte, sich im darauffolgenden Jahre in Washington zu versammeln, um »die Methoden zu erwägen und zu erörtern, die zur Verhütung des Krieges zwischen den Völkern Amerikas geeignet seien . . .« Durch verschiedene Umstände verzögert, trat jene von Blaine angeregte Konferenz erst 1889 zusammen und begründete als erste pan-amerikanische Konferenz das große Werk der pan-amerikanischen Union (siehe im ersten Teil S. 173). Im Anschluß an die ihm am 20. Dezember 1880 erteilte Ermächtigung (siehe oben S. 87) erklärte Präsident Arthur in seiner Botschaft vom 4. Dezember 1882, daß ihm die Ära des Friedens nahe erscheine, daß die Schiedsgerichtsbarkeit allein sie herzustellen vermag, und daß er sich mit jenen Völkern zu verständigen bereit sei, die den Grundsatz der Schiedsgerichtsbarkeit anerkennen wollten. Dies veranlaßte die Schweizer Regierung, am 1. April 1883 bei den Vereinigten Staaten wegen Abschluß eines allgemeinen und vorbehaltlosen Schiedsvertrages

anzufragen und infolge der ihr zuteil gewordenen günstigen Antwort den Entwurf eines solchen, den der Schweizer Bundesrat am 24. Juli 1883 annahm, zu überreichen. Zu einem Abschluß kam es damals jedoch noch nicht.

England.

Mit dem Jahre 1887 begann, ähnlich wie im Jahre 1873, eine neue Aktion zugunsten der Schiedsgerichtsbarkeit in den verschiedenen Parlamenten. In der englischen Kammer nahm der Marquis von Bristol die Arbeit Cobdens und Richards wieder auf und unterbreitete am 25. Juli 1887 dem Hause der Lords folgende Resolution: »In Anbetracht der unaufhörlich anwachsenden Rüstungen der europäischen Nationen ist das Haus der Lords der Ansicht, daß die Errichtung eines internationalen Tribunals, dem die Streitigkeiten der Völker in erster Instanz zu unterbreiten wären, äußerst wünschenswert wäre. Die schwachen und ausweichenden Erwiderungen des Lord Salisbury, damaligen Ministers des Auswärtigen, und die gegnerische Haltung des Hauses veranlaßten den Marquis von Bristol, seinen Antrag zurückzuziehen.

Cremer. Allison.

Was im Hause der Lords nicht gelang, glückte im Hause der Gemeinen. Hier vermochte es der rührige Randal W. Cremer, die Unterschriften von 232 Mitgliedern, denen sich nachher noch 36 Mitglieder des Oberhauses anschlossen, zu sammeln, und sie zu veranlassen, eine Deputation von zehn Abgeordneten mit Cremer an der Spitze nach Washington zu entsenden, die dort mit dem Präsidenten Cleveland und dem Kongreß Unterhandlungen zwecks Herbeiführung eines allgemeinen ständigen Schiedsvertrages zwischen beiden Ländern anknüpfen sollte. Die Ankunft dieser Delegation hat in Amerika eine große politische Bewegung zugunsten der Schiedsgerichtsbarkeit hervorgerufen. Noch im Mai 1883 verlangte der Senator Allison einen Kredit von 80000 Dollar als Kostendeckung zur Anknüpfung ähnlicher Unterhandlungen

der Vereinigten Staaten mit England und Frankreich. Am 13. Juni 1888 wurde auf Antrag des Senators Sherman im Senat und auf Antrag des Deputierten Hill im Repräsentantenhaus eine Resolution zugunsten der Abschließung allgemeiner Schiedsverträge mit allen Staaten, die mit den Vereinigten Staaten in diplomatischer Beziehung stehen, angenommen und gleichzeitig der Präsident abermals autorisiert, bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit den fremden Mächten Verhandlungen anzuknüpfen.

Die in England und den Vereinigten Staaten wachgerufene Bewegung äußerte sich auch in den Parlamenten der anderen Länder.

Passy in der französischen Kammer.

Im Januar 1887 hatte Fréd. Passy dem Bureau der französischen Deputiertenkammer eine wohlbegründete Resolution übergeben, wonach die Kammer die Regierung aufforderte, mit den anderen Regierungen zum Zwecke der freundschaftlichen Regelung entstehender Konflikte auf dem Wege der Vermittlung und Schiedsgerichtsbarkeit in Unterhandlungen zu treten. Die Kommission, die sich mit diesem Antrag zu beschäftigen hatte, beschloß unter den üblichen nichtigen Einwänden darüber zur Tagesordnung überzugehen. Dies hinderte Fréd. Passy nicht, im Jahre 1888 mit einem neuen Antrag hervorzutreten. Am 21. April jenes Jahres unterbreitete er einen solchen, der mit 44 Unterschriften bedeckt war, und neben der Einladung an die Regierung, im allgemeinen die Schiedsgerichtsbarkeit zu begünstigen, auch den Wunsch direkter Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten zum Zwecke eines ständigen Schiedsvertrages zwischen beiden Ländern zum Ausdruck brachte. Diesmal wurde der Antrag von der Kammer angenommen.

Am 27. März 1888 gelang es auch, im dänischen Folkething eine mit 5378 Unterschriften bedeckte Petition zugunsten der Schiedsgerichtsbarkeit mit einer erheblichen Mehrheit zur Kenntnisnahme seitens der Regierung zu bringen.

Gründung der interparlamentarischen Union.

Das pazifistische Leben nahm in allen Ländern einen solchen Aufschwung, daß das Bedürfnis nach internationaler Aktion mächtiger denn je hervortrat. Nachdem Fréd. Passy den damaligen französischen Minister des Äußern Goblet über die anglo-amerikanische Aktion eingehend unterrichtet[1]) und ihm selbst eine von 112 französischen Deputierten unterzeichnete Petition zwecks Abschlusses eines Schiedsvertrages mit Amerika und England unterbreitet hatte, traten Randal Cremer und Passy mit dem Vorschlag vor, eine Anzahl englischer und französischer Deputierter zwecks näherer Aussprache über die Angelegenheit zu vereinigen. Minister Goblet hat diesen Plan unterstützt. So traten denn am 31. Oktober 1888 in der Salle du Zodiaque des Pariser Grand Hotel neun englische Deputierte unter der Führung Cremers und vierundzwanzig französische Abgeordnete unter Passys Führung zusammen. Nach kaum einstündiger Beratung wurden mehrere Resolutionen angenommen, als deren wichtigste jene erscheint, durch die beschlossen wurde, für das kommende Jahr, gelegentlich der Pariser Weltausstellung, eine neue Zusammenkunft zu veranstalten, »zu der nicht nur die Mitglieder der drei oben erwähnten Parlamente (Großbritannien, Frankreich und Vereinigte Staaten) zugelassen werden sollen, sondern auch die Mitglieder anderer Parlamente, die sich durch ihre Hingebung für diese Ideen bekannt gemacht haben«. Eine Kommission mit Cremer und Passy an der Spitze wurde eingesetzt, um diese Konferenz vorzubereiten. So wurde in jener denkwürdigen Versammlung der Grund gelegt zur interparlamentarischen Union. Herbert Gladstone, der Sohn des great old man, hatte recht behalten, als er, nachdem er von diesem Beschluß gehört hatte,

[1]) Siehe darüber Passys interessante Mitteilungen in seinem Buche »Pour la Paix« S. 89 u. f.

den 31. Oktober 1888 als »einen vielleicht historischen Tag« bezeichnete.

Durch die Begründung dieser Institutionen wurde etwas verwirklicht, was seit langem schon der Wunsch jener Männer war, die ihre Zeit verstanden. Schon am 27. August 1870 hatte der österreichische Parlamentarier Freiherr von Walterskirchen unter dem Kanonendonner der elsässischen Schlachtfelder in einer in Mürzzuschlag vor seinen Wählern gehaltenen Rede[1]) die Notwendigkeit eines internationalen Deputiertenvereins betont. Adolf Fischhof, der hervorragende Politiker Österreichs, der Spanier Don Arthur de Marcoartu, der Deutsche Dr. Eduard Loewenthal und die Franzosen Edmond Thiaudière und Laya hatten mehr oder weniger deutlich die Notwendigkeit einer solchen Vereinigung hervorgehoben. Am 31. Oktober 1888 war sie zur Tat geworden. Einige Tage später (am 11. November) versammelten sich auch die Vertreter von fünf französischen und drei ausländischen Friedensgesellschaften in der Wohnung von Charles Lemmonnier in Paris, um die Einberufung eines Weltfriedenskongresses der Friedensgesellschaften für 1889 zu beschließen.

Durch diese beiden Pariser Beschlüsse des Jahres 1888 begann die Friedensbewegung sich zu organisieren. Sie trat damit in eine neue Phase.

II.

Vom ersten Weltfriedenskongreß bis zur ersten Haager Konferenz (1889—1899).

Die ersten interparlamentarischen Konferenzen und Weltfriedenskongresse (1889—1892).

Die große Jahrhundertfeier der französischen Revolution, die 1889 durch eine Weltausstellung in Paris würdig begangen wurde, bezeichnet auch einen entscheidenden Entwicklungsabschnitt der modernen Friedensbewegung. Mit dem Jahre 1889

[1]) Siehe diese in »Die Friedens-Warte« 1910. S. 49 u. f.

beginnt eine Periode umfassender und rastloser Tätigkeit der Pazifisten in allen Ländern.

Die zerstreute Betätigung macht einer mehr organisierten Platz. Zentralstellen werden geschaffen, die Periodizität der Kongresse wird eingeführt und strenge beobachtet. Die öffentliche Meinung wird in höherem Maße als bisher von dem Problem erfaßt und nimmt dazu Stellung. In der Presse entflammt der Kampf für und wider die pazifistische Anschauung. Die Zahl der Anhänger mehrt sich, neue Friedensgesellschaften entstehen, die Literatur wächst und die Idee fängt an, in die politischen Kreise einzudringen und die Wissenschaft zu befruchten. Unter dem Einflusse dieses allgemeinen Aufschwunges erreicht die Bewegung in einem Zeitraum von knapp zehn Jahren jene wichtige Etappe, die durch die erste Haager Konferenz gekennzeichnet ist.

Am meisten haben zu diesem Aufschwunge jene internationalen Versammlungen beigetragen, die als »Interparlamentarische Konferenzen« und »Weltfriedenskongresse« mit dem Jahre 1889 ihren Ausgang nahmen. In den ersten vier Jahren haben diese internationalen Veranstaltungen den Grund zur organisierten Weiterarbeit gelegt und eine wirklich internationale Friedenspartei geschaffen.

Paris.

Vom 23.—27. Juni 1889 tagte im Trocadéro-Palast zu Paris unter dem Vorsitz Frédéric Passys und unter dem Ehrenvorsitz von Charles Lemonnier und Adolf Franck der erste Weltfriedenskongreß. Ungefähr 100 Gesellschaften waren vertreten. Zahlreiche Resolutionen wurden gefaßt und ebenso zahlreiche »Wünsche« geäußert. Sie bezogen sich der Hauptsache nach auf Folgendes: Einfügung der Schiedsklausel in die Staatsverträge, Einfügung des Schiedsprinzipes in die Verfassungen, Errichtung eines ständigen Tribunals, Abschluß von ständigen Schiedsverträgen usw. In vier Resolutionen wurde der Abschluß eines Föderationsvertrages gefordert und in seinen Einzelbestimmungen klargelegt. Es wurde die Bildung eines aus Mitgliedern der

Friedensgesellschaften zusammengesetzten internationalen Rates vorgeschlagen, der die Ursachen der Konflikte studieren und bei deren Zuspitzung Mittel zur Verhinderung von Kriegsausbrüchen in Vorschlag bringen sollte. Einige Vorschläge befaßten sich mit der Verbreitung des Schiedsgedankens in wissenschaftlichen Vereinen, den Schulen und in der Presse. Auch die Ausarbeitung eines internationalen Gesetzbuches wurde verlangt.

Zwei Tage nach Schluß des ersten Weltfriedenskongresses trat die erste interparlamentarische Konferenz in Paris zusammen; gemäß dem von den vereinigten englischen und französischen Deputierten im Vorjahre gefaßten Beschluß. Die Tagung fand am 29. und 30. Juni im Festsaal des Pariser Hotel Continental statt, nachdem sich der zuerst in Aussicht genommene Saal der Mairie am Place St. Sulpice zu klein erwiesen hatte. Frankreich war durch 55, England durch 30, Italien durch 5, Spanien, Belgien, Dänemark, Ungarn, Griechenland, die Vereinigten Staaten und Liberia durch je einen Deputierten vertreten. Im ganzen 97 Teilnehmer. Deutsche und österreichische Abgeordnete waren nicht erschienen. Jules Simon (1814—1896) hielt die Eröffnungsansprache, und Fréd. Passy führte den Vorsitz. In acht Resolutionen wurden die Regierungen zum Abschluß von Schiedsverträgen dringend aufgefordert, die Einfügung der Schiedsklausel in Handels-, Literar- und ähnlichen Verträgen empfohlen, und den Wählern in allen Ländern nahe gelegt, in diesem Sinne ihren Einfluß auf die Regierungen geltend zu machen. Als wichtigster Beschluß erscheint, daß für nächstes Jahr die Abhaltung einer Konferenz in London festgesetzt wurde, wodurch die Fortdauer der Konferenzen gesichert erschien.

London.

Der erste Weltfriedenskongreß hatte in Paris beschlossen, den nächsten Kongreß im darauffolgenden Jahre in einer großen Stadt abzuhalten. Die englischen Friedensgesellschaften, von verschiedenen Seiten dazu aufgefordert, übernahmen die Vorbereitung. Der Präsident des Organisations-

komitees war Hodgson Pratt (1824—1907); er übergab das Präsidium des Kongresses, der dann vom 14.—19. Juli 1891 in London tagte, dem Amerikaner David Dudley Field, dem hervorragenden Mitglied des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten und alten Vorkämpfer der Schiedsidee. Dr. Evans Darby und Mr. Green funktionierten als Sekretäre. Die auf jenem Kongresse gefaßten Beschlüsse sind in mannigfacher Hinsicht als Erläuterungen und Ergänzungen der am I. Weltfriedenskongreß gefaßten Resolutionen zu betrachten; namentlich in den nachstehenden Punkten:

Die Brüderlichkeit zwischen den Menschen bedingt die Brüderlichkeit zwischen den Völkern. — Die Friedensgesellschaften erstreben die Herstellung einer Rechtsordnung zwischen den Völkern, und die Neutralisierung bildet einen der zur Verwirklichung dieses Rechtszustandes führenden Wege. — Die eingebornen und unentwickelten Rassen müssen gegen jeden Mißbrauch der Gewalt und gegen die Laster der sogenannten fortgeschrittenen Nationen geschützt werden. — Als ein erster Schritt zum Freihandel sollen gerechte Handelsbeziehungen zwischen den Staaten errichtet werden. — Die Vereinheitlichung der Maße und Gewichte, der Münzen, Tarife, des Post- und Telegraphenreglements, der Transportwege usw., ist erwünscht. — Es ist Pflicht der Friedensgesellschaften, die Mittel zu suchen, die zur Schaffung von unabhängigen Gerichten führen können, denen die Aufgabe obliegt, alle Streitigkeiten, die zu einem Kriege auszuarten drohen, zu schlichten. — Kein Vertrag soll die Billigung der Volksvertretungen erhalten, wenn er nicht eine Schiedsklausel in sich schließt. — Die Kulturwelt erwartet ungeduldig ein Aufhören der Rüstungen, die eine Gefahr und die Ursache der allgemeinen wirtschaftlichen Bedrücktheit bilden. — Ein Kongreß der Vertreter aller Staaten Europas sollte sich vereinigen, um die Wege zu einer allgemeinen und allmählichen Abrüstung zu beraten. — Die Friedensgesellschaften sollen eine aktive Propaganda entfalten, dahin gehend, daß die Wähler bei den allgemeinen Parlamentswahlen ihre Stimme nur den Freunden

des Friedens, der Abrüstung und des Schiedsgerichts geben. — Es ist wünschenswert, daß die Gesellschaften Europas und Amerikas praktische Mittel zu gemeinsamer Aktion ergreifen. — Es soll in der Presse gegen die militaristischen Vorurteile und die Irrtümer angekämpft werden, die, da sie im Publikum sehr verbreitet sind, häufig die indirekte Ursache der Kriege bilden. — Der Kongreß verpflichtet die Frauen, sich den Gesellschaften zur Propagierung des allgemeinen Friedens anzuschließen; er erinnert auch jene Personen, denen der religiöse Unterricht obliegt, an die Notwendigkeit, die Prinzipien des Friedens und des Wohlwollens unter den Menschen zu verbreiten. — Die Geschichtslehrer sollten die Aufmerksamkeit der Jugend auf die durch den Krieg der Menschheit zu allen Zeiten zugefügten Übel verweisen, und sie sollten ihre Schüler lehren, die Friedensaktion zu achten. — Die militärischen Übungen sollten durch physische und friedliche Übungen in den Schulen ersetzt werden. — Die übrigen Resolutionen bezogen sich auf Propaganda- und Organisationsfragen.

Die II. Interparlamentarische Konferenz fand, dem Pariser Beschluß entsprechend, ebenfalls in London statt. Sie trat am 22. und 23. Juli 1890 im Hotel Metropole unter dem Vorsitz von Lord Herschel, Mitglied des Oberhauses und späteren Lordkanzler, und Philipp Stanhope, nachmaligen Lord Weardale, zusammen. Elf Parlamente waren durch 111 Deputierte vertreten, darunter auch zum ersten Mal Deutsche. Es waren dies die Reichstagsabgeordneten Dr. Barth, Dr. Dorn und Broemel. Über 1000 Parlamentarier hatten schriftlich ihre Zustimmung gegeben, unter diesen Männer wie Gladstone, John Sherman, Clemenceau, Crispi, Andràssy, Virchow, Prinz Schönaich-Carolath, und der Vizepräsident des deutschen Reichstags, Baumbach. 94 italienische Senatoren und 31 Mitglieder der spanischen Cortez drückten geschlossen ihre Sympathie aus. Lord Herschel hielt die Eröffnungsrede.

Die Konferenz äußerte neuerdings den Wunsch, daß die Regierungen Schiedsverträge eingehen sollten; sie ver-

pflichtete ihre Mitglieder, auf die Verwirklichung des Schiedsprinzipes in ihren Parlamenten Einfluß zu nehmen, beglückwünschte die Regierung der Vereinigten Staaten und die panamerikanische Konferenz, billigte die Bemühungen zugunsten eines Schiedsvertrages zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten und lud Italien und Spanien ein, diesem Beispiele zu folgen. Sie empfahl neuerdings die Aufnahme der Schiedsklausel in die verschiedenen Verkehrsverträge, regte an, in jedem Lande eine interparlamentarische Gruppe zu bilden, beschloß, die Errichtung eines aus 36 Mitgliedern bestehenden interparlamentarischen Bureaus, die alljährliche Tagung in einer europäischen Hauptstadt und bestimmte Rom als Ort der nächsten Sitzung.

Rom.

So wurde denn Rom im Jahre 1891 der Treffplatz der Friedensorganisationen, und die Novembertage jenes Jahres zeitigten in der ewigen Stadt wichtige Fortschritte für die Friedensbewegung. Die Besucherzahl beider Veranstaltungen war bedeutend gestiegen, und auch die Ehrungen, die den Friedensversammlungen entgegengebracht wurden, bewiesen das hohe Ansehen, das sich diese Organe der Friedensbewegung und die Bewegung selbst in so wenigen Jahren errungen hatte. Zum ersten Male wurde eine Art offizieller Anerkennung zum Ausdruck gebracht. Es war nicht mehr nötig, sich im Hotel zu versammeln. Die III. interparlamentarische Konferenz, die vom 3.—7. November 1891 tagte, beriet im Saale des Kapitols und wurde vom Präsidenten der Deputiertenkammer, Biancheri, präsidiert. Es waren 17 Länder durch 136 Abgeordnete vertreten. Die Zahl der anwesenden Deutschen war, von 3 in London, auf 18 gestiegen, die der Österreicher auf 12. Aus Ungarn kamen 4, aus Rumänien 21 Abgeordnete. Portugal und Serbien waren zum erstenmal vertreten. Unter den deutschen Vertretern befanden sich der Vizepräsident des Reichstags, Dr. Baumbach, die Abgeordneten Dr. Max Hirsch und Dr. Theodor Barth. In der Hauptsache befaßte sich diese Konferenz mit der Schaffung

und der künftigen Organisation der interparlamentarischen Union. Es wurde die Notwendigkeit eines Generalsekretariats hervorgehoben und die Bedingungen seines Wirkungskreises festgestellt. Außerdem drückte man den Wunsch aus, daß alle parlamentarisch regierten Staaten auf künftigen internationalen Kongressen der europäischen Mächte vertreten sein sollen.

Auch die Hauptarbeit der römischen Tagung des Weltfriedenskongresses, der einige Tage später (11. bis 16. November) ebenfalls am Kapitol zusammentrat, bei dem der ehemalige Minister Ruggero Bonghi (1827—1895) den Vorsitz führte, bestand in dem Beschlusse der Schaffung einer internationalen Friedenszentrale in Bern. Dieser III. Weltfriedenskongreß, einer der entscheidensten der neuen Kongreßreihe, war überaus zahlreich besucht. Zum erstenmal fanden sich auch hier deutsche Vertreter ein, die man in Paris und London noch vermißt hatte. Baronin Suttner erschien in Rom zum erstenmal auf einem Friedenskongreß, als Vertreterin der neu begründeten österreichischen Friedensgesellschaft. Die veranstalteten Festlichkeiten waren überaus glanzvoll und fanden unter Anwesenheit der Staats- und Stadtbehörden statt. Die gefaßten Beschlüsse lassen sich in drei Kategorien einteilen:

1. Die grundsätzlichen Erklärungen, die sich auf die Rechtsbeziehungen der Völker, auf die Solidarität der Nationen, auf das Recht eines jeden Volkes, frei über sich selbst zu verfügen, auf die Verneinung des angeblichen Eroberungsrechtes, auf die Achtung des ethnographischen Charakters und der Entwicklung der Völker beziehen.

2. Die »Wünsche«, die sich auf eine gerechtere Verteilung der Arbeitsprodukte, auf den Freihandel, auf den Abschluß von ständigen Schiedsverträgen zwischen den Völkern und auf eine schiedliche Lösung der gegenwärtigen Streitfälle zwischen den Staaten, auf die Errichtung eines internationalen Tribunals für jene Fragen, die auf freundschaftlichem Wege nicht zu lösen sind, schließlich auf eine proportionelle und gleichzeitige Abrüstung beziehen.

3. Die den Universitäten und Schulen, den Arbeitern und anderen Gesellschaften wie der Presse empfohlene Propaganda des Friedenswerkes und die oben bereits erwähnte Schaffung des internationalen Friedensbureaus in Bern.

Bern.

Der Beschluß zur Schaffung einer ständigen Zentrale führte die Konferenz und den Kongreß im Jahre 1892 nach der Schweiz. In der alten Bundeshauptstadt Bern versammelten sich Ende August die Vertreter der organisierten Friedensbewegung zu ihrer vierten Tagung. Die vierte interparlamentarische Konferenz beriet vom 29.—31. August unter dem Vorsitz des Nationalrates Dr. Gobat. Zum erstenmal fand die Tagung in den Räumen eines Parlamentes statt. Der Sitzungssaal des Bundespalais war den Interparlamentariern zur Verfügung gestellt worden. Es waren 13 Parlamente durch 107 Mitglieder vertreten. Die Konferenz lud die Mitglieder aller Parlamente ein, in den gesetzgebenden Körperschaften Anträge auf Annahme der von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten ergangenen Einladung (siehe darüber unten) zum Abschluß ständiger Schiedsgerichte einzubringen, alles daran zu setzen, um die Schiedsklausel in die Handelsverträge und andere Verträge zur Aufnahme gelangen zu lassen und auch dahin zu wirken, daß die Regierungen den Grundsatz der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See in Kriegszeiten anerkennen. Auf dieser Konferenz wurde die Errichtung eines interparlamentarischen Amtes in Bern als Zentralstelle der interparlamentarischen Union endgültig beschlossen und die Leitung dieses Amtes dem Schweizer Nationalrat Dr. Albert Gobat übertragen.

Bei dem Schlußbankett in Interlaken, bei dem der deutsche Reichstagspräsident Baumbach mit dem Franzosen Fréd. Passy auf die Versöhnung der Nationen anstieß, hielt Bundespräsident Schenk eine Rede, in der er folgende prophetische Worte sprach: »Wir sind stolz und glücklich, die Mitglieder der europäischen Parlamente bei uns zu sehen; aber weit

glücklicher und stolzer werden wir an dem Tage sein, wo die Minister aller Nationen, mit offiziellen Vollmachten versehen, sich zusammenfinden werden, um einen allgemeinen Vertrag des ständigen Schiedsgerichtes zu unterfertigen. Und dieser Tag wird kommen!« Am 18. Mai 1899, kaum sieben Jahre später, erschien dieser Tag.

Der Weltfriedenskongreß war in jenem Jahre der interparlamentarischen Tagung vorausgegangen. Er tagte vom 22.—27. August unter dem Vorsitz des Schweizer Bundesratsmitgliedes Louis Ruchonnet (1834—1893) im Sitzungssaal des Schweizer Nationalrates im Bundespalast. Das Hauptergebnis lag in der Annahme der endgültigen Statuten und der damit bewirkten Errichtung des internationalen Friedensbureaus in Bern und in der Wahl Elie Ducommuns (1833 bis 1906) zum ständigen Sekretär der neuen Friedenszentrale. Auch verschiedene andere Beschlüsse zur Festigung der internationalen Friedensorganisationen wurden angenommen. Außerdem faßte der Kongreß noch einige wichtige Beschlüsse bezüglich der Schiedsgerichtsbarkeit und einer europäischen Föderation sowie einige grundsätzliche Erklärungen:

1. über die Neutralisierung der Landengen, Meerengen und unterseeischen Kabeln; 2. über die Abrüstungspolitik; 3. über die Befragung der gesetzgebenden Körperschaften vor jeder Kriegserklärung; 4. über Kriegsanleihen; 5. über den Schutz der Ausländer.

Die neue Entwicklung der Friedensgesellschaften.

Die Organisierung.

Die Zentralisierung der Friedensbewegung in dem 1892 errichteten »Internationalen Friedensbureau« in Bern, das unter Elie Ducommuns tatkräftiger Leitung zu einer wahren Herzkammer des Pazifismus wurde, nicht minder die Gründung der »Interparlamentarischen Union«, die man vielfach als Vorläuferin der künftigen Generalstaaten Europas bezeichnete, sowie die im Jahre 1892 erfolgte Gründung des »Interparlamentarischen Amtes« in Bern, ferner die regelmäßige

Abhaltung der Weltfriedenskongresse, der interparlamentarischen Konferenzen und der Generalversammlungen des Friedensbureaus wie des interparlamentarischen Bureaus wirkten befruchtend auf das pazifistische Leben dieser Periode.

Bertha von Suttner.

Im Jahre 1891, kurz vor Eröffnung des römischen Friedenskongresses, war die österreichische Friedensgesellschaft von der Baronin von Suttner ins Leben gerufen worden. Der großen Frau und eifrigen Verfechterin des Friedensgedankens gelang es als erster, die Begeisterung für das Friedensproblem in Deutschland und Österreich wachzurufen und namentlich in den breiten Massen des Publikums den Sinn dafür zu erwecken. Ihr meisterhaft geschriebener Roman »Die Waffen nieder«, der 1890 erschien, übte eine Wirkung aus, wie sie vorher nur der die Sklavenbefreiung propagierende Roman »Onkel Toms Hütte« der Amerikanerin Beecher Stowe zur Folge hatte. »Das ist nicht ein Buch, das ist ein Ereignis,« schrieb ein Kritiker in einem Berliner Blatte, und P. K. Rosegger tat den Ausspruch: »Es gibt Gesellschaften zur Verbreitung der Bibel, möge sich auch eine Gesellschaft bilden zur Verbreitung dieses merkwürdigen Buches, welches ich geneigt bin ein epochemachendes zu nennen.« Es war ein epochemachendes Buch, das wie eine Explosion wirkte. Es war, als ob sich den Lesern eine neue Welt auftat, und in Hunderttausenden von Gemütern mochte es zum erstenmal die beschönigende Vorstellung des Krieges, welche die Schule zu verbreiten sich Mühe gibt, zerstört und den Gedanken an die Notwendigkeit und an die Möglichkeit einer Beseitigung dieses Übels hervorgerufen haben. Auflage um Auflage wurden abgesetzt, und in nicht weniger als 16 Sprachen wurden Übersetzungen hergestellt.

Die Persönlichkeit der Baronin von Suttner, ihre hohe gesellschaftliche Stellung, ihr vornehmes Wesen und der Adel ihrer Gesinnung trugen nicht wenig dazu bei, der von ihr vertretenen Idee auch in den höheren Gesellschaftsklassen und in der politischen Welt Kredit zu verschaffen. So brachte sie es zuwege, daß im Jahre 1891 auch im Schoße des öster-

reichischen Parlaments eine interparlamentarische Gruppe ins Leben gerufen wurde. Der oben gekennzeichnete rasche Aufschwung der Bewegung zu Beginn der neunziger Jahre ist nicht zum kleinsten Teil dem Auftreten jener Frau zuzuschreiben, die es in ihrem Buche verstanden hat, die Empfindungen des Volkes zum beredten Ausdruck zu bringen.

Gründung der deutschen Friedensgesellschaft.

Der österreichischen Friedensgesellschaft folgte nach einigen Monaten die Gründung der Deutschen Friedensgesellschaft. Anfang 1892 hatte der Verfasser dieser Schrift die erste deutsche Friedensrevue »Die Waffen nieder!« ins Leben gerufen und als deren Herausgeberin die Baronin Suttner gewonnen, die eben aus Rom zurückgekehrt war. Das Blatt vermochte die zerstreuten pazifistischen Elemente in Deutschland zu sammeln und zu gemeinsamer Wirkung zu bringen. Im Oktober 1892 ging Fried, von der Baronin Suttner dazu angeregt, daran, in Deutschland eine Friedensgesellschaft ins Leben zu rufen. Es gelang ihm, ein Komitee hervorragender Personen der Politik, der Kunst, der Literatur zusammenzubringen und am 9. November jenes Jahres die Gründung einer deutschen Friedensgesellschaft mit dem Zentralsitz in Berlin zu bewerkstelligen. Die neue Gesellschaft, die sich in der Weise konstituierte, daß die in ganz Deutschland zu gründenden Ortsgruppen in der Berliner Zentrale ihre Vereinigung besitzen und einen über das ganze Reich auszudehnenden Verband darstellen sollten, trat noch im November 1892 mit ihrem Aufruf, dem ersten in Deutschland formulierten Friedensprogramm, an die Öffentlichkeit.

Die neue Friedensrevue und die junge Friedensgesellschaft, nicht minder aber auch die um das Jahr 1892 vor den Reichstag gebrachte Militärvorlage, die zu einer Auflösung des Reichtags und zur Vornahme von Neuwahlen führte und so eine kriegs- und rüstungsfeindliche Stimmung in die Massen trug, leiteten in Deutschland die pazifistische Propaganda in die Wege, so daß sich sofort warnende Stimmen erhoben, die die »kriegerische Lust« und den »kriegerischen Sinn« des

deutschen Volkes durch die Entfaltung der aufstrebenden Idee bedroht fanden. Noch 1892 wandte sich der Generalleutnant z. D. von Boguslawsky in seiner Schrift »Der Krieg in seiner wahren Bedeutung für Staat und Volk« gegen die Bewegung, und Max Jaehns proklamierte 1893 in seinem Buche »Krieg, Frieden und Kultur« den Krieg als den alleinigen Kulturfaktor und alle auf eine Festigung des Friedens hinwirkenden Bestrebungen als kulturfeindlich.

Diese und ähnliche Versuche vermochten aber keineswegs die Propaganda zu lähmen. In zahlreichen deutschen Städten wurden Ortsgruppen der deutschen Friedensgesellschaft begründet, stark besuchte Versammlungen abgehalten, Flugschriften verbreitet und so die öffentliche Meinung immer mehr und mehr gezwungen, die Ziele der Friedensbewegung kennen zu lernen und sich mit ihr zu beschäftigen.

Deutsche Pazifisten der ersten Stunde.

Zeitlich vor der Gründung der deutschen Friedensgesellschaft verfaßt, erschien im Jahre 1892 das programmatische Werk des Leipziger Juristen Dr. Eugen Schlief (1851 bis 1912) »Der Friede in Europa«, das in Deutschland sicher, vielleicht aber überhaupt zum erstenmal, ein modern und staatsmännisch durchdachtes System für die politische Durchführung des Friedensgedankens entwarf. Schlief, der sich in seinem Buch sogar als Gegner der Friedensbewegung gab, wenigstens jener Art der Bewegung, wie sie bis dahin vertreten wurde — hat er später doch selbst eine Zeitlang mit Hand angelegt an der Gründung der deutschen Friedensgesellschaft, von der er sich allerdings sehr bald zurückzog —, stellte darin die Forderung auf Herstellung eines europäischen Staatensystems durch Festsetzung eines Staatengrundvertrages auf, dessen Wert er namentlich dadurch zu erhöhen suchte, daß er an Stelle der bisherigen »Ewigen Verträge« nur eine zeitlich begrenzte interimistische Dauer der Verträge verlangte [1]).

[1]) Dieselbe Ansicht von der zeitlichen Beschränkung der zur Friedfertigkeit dienenden Verträge bekundete auch Jules Simon, der in einem

In Frankfurt a. M. wirkte seit 1886 Franz Wirth (1826 bis 1897). Ein deutscher Mann von echtem Schrot und Korn, der das Jahr achtundvierzig mitgemacht hatte. Ein Sohn jenes Wirth, der an der Wiege des Jahrhunderts für die deutsche Einheit stritt und litt, der am Hambacher Feste teilgenommen hatte und wegen seiner großdeutschen Gesinnung eine mehrmonatige Haft verbüßen mußte. Franz Wirth, schon ein bejahrter Mann, als er in die Bewegung trat, hatte sich in Frankfurt, wo er lebte, ein eigenes Bureau errichtet, von dem aus er seine Propaganda betrieb. Im Jahre 1886 gründete er mit Hodgson Pratt die Frankfurter Friedensgesellschaft. Seinen zahlreichen Vorträgen in Süddeutschland ist eine große Anzahl von Gruppengründungen der deutschen Friedensgesellschaft zu danken. Im Jahre 1893 schloß sich ihm Richard Reuter (1840—1904), Assessor a. D., an, der in zahlreichen kernigen Artikeln wie in Vorträgen, die er in den verschiedensten Städten Deutschlands hielt, für die Friedensidee eintrat und ebenfalls zahlreiche Ortsgruppen gründete. Um dieselbe Zeit begann auch Richard Feldhaus seine agitatorische Tätigkeit. Von Beruf Schauspieler, gelang es ihm besonders durch seine Vortragskunst, die Herzen der Hörer zu fesseln und seine Propaganda, die sich ebenfalls über ganz Deutschland ausdehnte und später weit darüber hinaus, zu einer überaus fruchtreichen zu gestalten. Namentlich seitdem er später seinen Schauspielerberuf aufgab, und sich neben seiner Lehrtätigkeit am Baseler Konservatorium der Friedenspropaganda noch eingehender widmete, warb Feldhaus im großen Stile Mitglieder für die Friedensgesellschaft in Deutschland. Im Jahre 1910 hatte er seinen 500. Friedensvortrag gehalten. Dr. Ad. Richter in Pforz-

Artikel im Figaro vom 9. November 1893 für die Einführung einer Art modernen »Trêve de Dieu« (Gottesfriede), das ist für die gegenseitige Verpflichtung der europäischen Staaten, eintrat, wenigstens bis zum Jahrhundertende ihre Wehrkraft nicht weiter zu erhöhen; ein Gedanke, der zuerst von dem Spanier Marcoartu angeregt, dann von Jules Simon und Pandolfi, auch von dem Deutschen Richard Grelling, nachdrücklichst vertreten wurde.

heim gehörte schon seit 1876 der Genfer Ligue internationale de la Paix et de la Liberté an und arbeitete seit Gründung der deutschen Friedensgesellschaft namentlich in Württemberg und Baden für deren Vergrößerung. Auf dem Friedenskongreß in Rom (1891) war er der einzige deutsche Vertreter. Nach dem Berner Kongreß, dem er in Gemeinschaft mit Wirth beigewohnt hatte, erließ er mit diesem ein Flugblatt, das zur regen Beteiligung der Deutschen an der Friedensbewegung aufforderte. Seitdem hat Richter fast an allen Friedenskongressen teilgenommen. Dem Weltfriedenskongreß, der 1897 in Hamburg stattfand, präsidierte er. Nach der im Jahre 1900 erfolgten Verlegung der Zentrale der deutschen Friedensgesellschaft von Berlin nach Stuttgart wurde Richter deren Vorsitzender. 1894 trat der Stuttgarter Stadtpfarrer Otto Umfrid in die Bewegung. Er wirkt seit dieser Zeit nicht nur durch seine Vorträge, sondern auch durch zahlreiche Artikel und Flugschriften. Zu seinen rednerischen und schriftstellerischen Gaben gesellt sich bei Umfrid umfassende Bildung und haarscharfe Logik, so daß man ihn zu den hervorragendsten Theoretikern des Pazifismus in Deutschland zu zählen berechtigt ist. So selbstverständlich es eigentlich erscheinen sollte, einen evangelischen Geistlichen als berufsmäßigen Vertreter des Friedensgedankens wirken zu sehen, ist Umfrids Wirken um so mehr hervorzuheben, als er infolge seiner pazifistischen Agitation zahlreichen Anfeindungen seiner Amtsbrüder ausgesetzt war und von einem sogar einmal öffentlich als »Friedenshetzer« bezeichnet wurde. Die zahlreichen Verwarnungen, die ihm von seiner vorgesetzten Behörde zugingen, konnten ihn in seinem Eifer für die gute Sache nicht erlahmen lassen.

Eines Mannes, der in der deutschen Friedensbewegung eine ganz besondere Rolle gespielt hat, und der der Bewegung nur zu früh durch seinen Ende Dezember 1898 erfolgten Tod entrissen wurde, soll hier ganz besonders gedacht werden. Moritz v. Egidys (1848—1898). Soldat vom Scheitel bis zur Sohle, der die Feldzüge von 1866 und 1870/71 mitgemacht

und es in der militärischen Karriere bis zum Oberstleutnant gebracht hatte, verließ er Anfang der neunziger Jahre die Armee, um sich der Propaganda seiner sozialethischen Ideen zu widmen. »Religion nicht mehr neben unserem Leben, unser Leben selbst Religion« war sein Wahlspruch, der auch die Quintessenz seiner Lehre bildete. Bald scharte er in ganz Deutschland, das er nach allen Richtungen bereiste, eine große Anhängerschar um sich. Im Jahre 1897, anläßlich des Hamburger Friedenskongresses, wandte er sich in erhöhtem Maße der Friedensbewegung zu, der er von allem Anfang an sympathisch gegenüberstand. Er hatte das Zeug in sich, einer der wirkungsvollsten Apostel des Pazifismus zu werden. Ein ganzer Mann, durch und durch Patriot und königstreu, sah er dennoch die Notwendigkeit und die nahe Zukunft der »krieglosen Zeit« vor sich, predigte er deren Kommen. Das Zarenmanifest, das ihm eine frohe Botschaft war, stellt ihn ganz in den Dienst der darin ausgedrückten Gedanken, die er auf seinen Reisen zu propagieren suchte. Auf einer dieser Reisen im Dienste der Friedensidee holte er sich eine von ihm nicht genügend beachtete Erkältung, die ihn in wenigen Tagen hinwegraffte.

Der Historiker Prof. Ludwig Quidde in München wirkt seit 1893 an der Friedensbewegung in Deutschland mit. Er ist als ausgezeichneter Redner und Organisator, vielfach auch journalistisch, hervorgetreten. Auf den Weltfriedenskongressen, denen er seit 1901 fast allen beigewohnt hat, spielte er eine führende Rolle. Er führte den Vorsitz auf dem Münchener Kongreß von 1907, den er auch vorbereitet hatte.

Als ausgezeichneter Redner und hervorragender Organisator arbeitete vom Anfang der Bewegung an Justizrat Heilberg in Breslau, als Journalist und Chronist Oskar Schwonder (Carl Ludwig Siemering) ebenfalls in Breslau, früher in Königsberg und Dr. Heinrich Rößler in Frankfurt a. M., ein Mitarbeiter Franz Wirths.

Die Entwicklung der deutschen Friedensgesellschaft, die gar bald durch die erhöhte Rührigkeit ihrer süddeutschen

Mitglieder in dem weniger militaristischen und mehr demokratischen deutschen Süden ein gar nicht so sehr zu bedauerndes Übergewicht erhielt, zeitigte die alljährlichen Delegiertentage, die — eine Art nationaler Friedenskongresse -- dazu beitrugen, der Bewegung im Innern wie nach außen mehr Festigung und Ansehen zu geben. Vom Jahre 1895 ab wurde eine Zeitschrift, die »Monatliche Friedens-Korrespondenz« herausgegeben, die den Mitgliedern kostenlos zugesandt wurde, und die einige Monate von Franz Wirth, von 1896 bis zu ihrem Ende 1899 erfolgten Erlöschen von Alfred H. Fried redigiert wurde. Später wurden an Stelle dieses Organs die »Friedensblätter« begründet, die in Eßlingen herausgegeben werden und seit 1910 den Titel »Der Völkerfriede« führen. Fried gründete bereits im Juli 1899 die »Friedens-Warte«.

Die Friedensgesellschaften in den anderen Ländern.

Die Friedensgesellschaften nahmen auch in den anderen Ländern an Zahl und Bedeutung zu. In Frankreich nahm die im Jahre 1887 gegründete »Société de la Paix par le Droit«, eine Vereinigung von jungen Leuten, die sich der akademischen Laufbahn widmeten, mit der Zeit großen Umfang an. Das von jener Vereinigung herausgegebene Organ, die Monatsschrift »La Paix par le Droit« gehört zu den bestredigierten Friedensrevuen; sie nahm an Bedeutung zu, nachdem die Begründer der Gesellschaft, die gleichzeitig die Redakteure der Revue sind, ins öffentliche Leben traten und als Professoren und Juristen ihre pazifistische Tätigkeit weiter fortsetzten. Im Jahre 1895 gründete Dr. Emil Lombard seine »Société d'Études et des Correspondences internationales«, eine der Pflege des Internationalismus dienende Gesellschaft, deren Mitglieder über die ganze Welt verbreitet sind. Das Organ, »Internationalis Concordia« diente den Mitgliedern als Bindemittel. Die Prinzessin Wissniewska gründete im Jahre 1896 eine »Alliance universelle des Femmes pour la Paix par l'éducation«, mit Zweigvereinen in allen Ländern, und Mme. Flammarion rief

1899 die »Association de la Paix et du Désarmement par les femmes« ins Leben. Von den sonstigen zahlreichen Gründungen von Friedensgesellschaften in Frankreich wären noch die »Ligue franco-italienne«, deren Sekretär Raqueni ist, und die im Jahre 1897 erfolgte Gründung der »Association international des Journalistes Amis de la Paix« zu erwähnen. Von großer Bedeutung war die durch Gaston Moch im Jahre 1896 erfolgte Bildung der »Delegation permanente des Sociétés francaises de la Paix«, einer Zentrale der zahlreichen französischen Friedensgesellschaften, die die Veranlassung bildete, daß später in England und in den Vereinigten Staaten ähnliche nationale Zentralen begründet wurden.

Auch in England vermehrten sich die Ortsgruppen der alten Gesellschaften und traten noch zahlreiche neue Gesellschaften mit speziellem Wirkungsgebiet hinzu. In Italien, wo im Jahre 1899 zwei national-italienische Friedenskongresse stattfanden — der eine am 28. April zu Mailand, an dem nicht weniger als 54 italienische Gesellschaften beteiligt waren, der andere am 20. Januar desselben Jahres zu Neapel, der von 3000 Personen besucht war —, fanden in Palermo, Perugia und in Torre de Pellice Gründungen von Friedensgesellschaften statt, die zum Teil eine sehr umfangreiche Tätigkeit entfalteten. In den skandinavischen Ländern, wo die Friedensbewegung von jeher eine große Anhängerschaft zählte, erfolgte im Jahre 1895 die Gründung einer norwegischen Friedensgesellschaft, die sich in ihrem Wirken den bereits anfangs der achtziger Jahre in Dänemark und Schweden begründeten Gesellschaften anschloß. In der Schweiz löste sich von der alten Ligue de la Paix et de la Liberté ein besonderer »Schweizer Friedensverein« ab, der in zahlreichen Gruppen über das ganze Land verteilt ist und eine Monatsschrift »Der Friede« veröffentlicht.

Dem Wiener Akademischen Friedensverein, einer Tochtergesellschaft der Österreichischen Friedensgesell-

schaft, folgten in Österreich Ortsgruppen in Linz, Marienbad u. a. Orten. Im Dezember 1895 erhielt auch Ungarn seine Friedensgesellschaft mit dem Sitz in Budapest. In dem Abschnitt »Die Friedensbewegung und ihre Organe« sind die heute bestehenden Gesellschaften ziemlich umfassend angeführt.

Neue Schiedsgerichtsaktion in den Parlamenten.

Die Anregung aus den Vereinigten Staaten.

Ähnlich wie in den Jahren 1873 und 1887 setzte zu Beginn der neunziger Jahre ein erneuter Vorstoß zugunsten der Schiedsgerichtsbarkeit in den Parlamenten ein. Die Anregung hiezu kam von der ersten panamerikanischen Konferenz (siehe darüber oben Tl. I, S. 173 u. f.).

Am 14. Februar 1890 wurde im Senat, am 3. April desselben Jahres im Repräsentantenhause jene Resolution Shermans vom 13. Juni 1888 (siehe oben S. 93), die den Präsidenten zum Eingehen von Schiedsverhandlungen auffordert, neuerdings angenommen. Die Regierung der Vereinigten Staaten ließ daher am 23. Oktober 1890 auf diplomatischem Wege den Regierungen Europas den Vertrag von Washington bekanntgeben und ihr ganz besonderes Augenmerk auf den § 19 lenken, der den Zutritt zu dem Vertrage offen läßt [1]). Diese Bekanntgabe gab die direkte Veranlassung zu Schiedsgerichtsdebatten in verschiedenen Parlamenten. Bereits vorher, am 5. März 1890, wurde im norwegischen Storthing mit 89 gegen 24 Stimmen eine Adresse an den König angenommen, die diesen ersuchte, schiedsgerichtliche Abkommen mit anderen Ländern zu treffen, und am 10. März desselben Jahres stellte Don Arturo de Marcoartu im spanischen Senat einen ähnlichen Antrag, den er 1893 mit größerem Nachdruck und mit der Unterstützung zahlreicher Würdenträger des Königreiches wiederholte. Am 12. Juli 1890 nahm Ruggero Bonghi,

[1]) Siehe darüber oben: Teil I, S. 174 und in meiner Schrift »Pan-Amerika« Berlin 1910, S. 75, den dem Vertrag von Washington hinzugefügten »Wunsch«.

unterstützt durch eine Rede Crispis, den in der italienischen Kammer 1873 bereits einmal vorgebrachten Antrag auf Abschließung von Schiedsverträgen mit fremden Staaten wieder auf. Am 30. Oktober 1890 forderte der dänische Deputierte Fred. Bajer, der bereits 1885, 1887 und 1888 auf den Abschluß von Schiedsverträgen bezügliche Anträge im Folkething gestellt hatte, die Regierung Dänemarks auf, der seitens der Vereinigten Staaten an sie ergangenen Anregung Folge zu geben. Dieser Antrag, der später erneuert wurde, führte am 21. November 1892 im Folkething zu einer lebhaften Auseinandersetzung über die Schiedsgerichtsbarkeit im allgemeinen und gelangte mit 35 Stimmen gegen 20 zur Annahme.

Am 30. Januar 1893 interpellierte Senator Urechia in der rumänischen Kammer die Regierung über die seitens der Vereinigten Staaten erlassene Einladung zum Abschluß von Schiedsverträgen, sowie wegen Aufnahme der Schiedsklausel in die Handelsverträge. Der Minister des Auswärtigen, Lahovary, stellte sich der Schiedsgerichtsidee sympathisch gegenüber, erklärte jedoch, die Einladung der Vereinigten Staaten nicht erhalten zu haben, sprach sich aber im übrigen für Aufnahme der Schiedsklausel in die Handelsverträge aus. Dieselben Fragen wurden mit gutem Erfolge von Rahusen in der ersten und von Mees und Tydemann in der zweiten Kammer der niederländischen Generalstaaten zur Erörterung gebracht.

Der 16. Juni 1893.

Den nachhaltigsten Widerhall erweckte die Einladung der Regierung der Vereinigten Staaten in England, wo Randal Cremer seine auf den Abschluß eines ständigen anglo-amerikanischen Schiedsvertrages gerichtete Tätigkeit mit erneutem Nachdruck wieder aufnahm. Am 16. Juni 1893 unterbreitete er, gestützt auf Petitionen, welche die Unterschrift von mehr als zwei Millionen englischer Bürger trugen, im Parlament einen Antrag, in dem er auf die Ermächtigung hinwies, die die beiden Häuser des

Kongresses der Vereinigten Staaten den Präsidenten zwecks Abschluß von Schiedsverträgen erteilten. Er forderte die großbritannische Regierung auf, an dem Zustandekommen eines Schiedsvertrages mit den Vereinigten Staaten bereitwilligst mitzuwirken. Dieser Antrag, der von Cremer in einer großzügigen Rede begründet wurde, fand noch die Unterstützung Lubbocks, des großen Gelehrten und Politikers (nachmaligen Lord Avebury). Das bedeutendste bei diesem Vorgange war die nunmehr entschiedene Stellungnahme des Ministers Gladstone für den Pazifismus und die Schiedsgerichtsbarkeit, als er in der folgenden Erörterung den Antrag Cremer befürwortete und zur Annahme empfahl. Gladstone wies in seiner Rede auf die großen Lasten des Militarismus hin, die er einen Fluch für die Zivilisation nannte; er erwähnte die zahlreichen Fälle, in denen Großbritannien zum Schiedsgericht griff, und erklärte, den Vorschlägen der Vereinigten Staaten ein bereitwilliges Entgegenkommen zeigen zu wollen. Die Schwierigkeiten lägen nur in den verwickelten Beziehungen einzelner europäischer Staaten. Er erklärte, daß er einen ganz besonderen Wert darauf lege, ein Mittel zur Geltung zu bringen, das im Interesse des allgemeinen Friedens liegt: »Die Gründung eines Tribunals zu provozieren, das ich ein Zentraltribunal Europas nennen würde, einen Rat der Großmächte, in dessen Mitte man den rivalisierenden Eigeninteressen vorbeugen oder doch erreichen könnte, daß dieselben sich gegenseitig neutralisieren und daraus eine unparteiische Autorität hervorginge, um die Streitigkeiten zu schlichten.« Der Antrag Cremer wurde einstimmig angenommen. Lord Rosebery, der Staatssekretär des Auswärtigen, übermittelte diesen Beschluß dem englischen Gesandten in Washington, Lord Pauncefote, mit dem Auf-

trag, ihn der Regierung der Vereinigten Staaten zur Kenntnis zu bringen. In seiner Botschaft vom 4. Dezember 1893 wies Präsident Cleveland auf den ihm übermittelten Beschluß des englischen Parlaments mit großer Sympathie hin und stellte befriedigt fest, daß die Meinung der beiden Staaten zugunsten einer vernünftigen und friedlichen Beilegung internationaler Streitigkeiten in autoritativer Weise offenbart wurde. Die im Oktober desselben Jahres zu Brüssel vereinigte Kommission der interparlamentarischen Union richtete an Gladstone wegen der von ihm gegebenen Anregung zur Errichtung eines internationalen Tribunals eine Dankadresse.

Der Kampf um den anglo-amerikanischen Schiedsvertrag.

Die Agitation zugunsten eines ständigen Schiedsvertrages zwischen England und den Vereinigten Staaten nahm nunmehr in beiden Ländern große Formen an. Im englischen Parlament kam es wiederholt zu friedensfreundlichen und rüstungsfeindlichen Äußerungen. Ein Antrag des Sir J. Carmichale im März 1894 auf Abrüstung und internationale Verständigung wurde vom Staatssekretär des Auswärtigen, E. Grey, dahin beantwortet, daß die englische Regierung bereit wäre, irgendwelche praktischen Vorschläge, die zu einer Verständigung führen könnten, zu prüfen und zu unterstützen. Am 20. März 1895 kam es infolge eines Antrages des Sir Wilfrid Lawson, den Voranschlag der Marine um 1000 Pfund zu kürzen, — ein Antrag, der nur des Grundsatzes wegen gestellt wurde — zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen, wobei Cremer und Morton wieder die Notwendigkeit schiedsgerichtlicher Übereinkommen befürworteten. Der Schatzkanzler gab die Erklärung ab, daß die Regierung beflissen sei, einen Vertrag mit den Vereinigten Staaten zum Abschluß zu bringen [1]). Im amerikanischen Senat legte Senator Sherman im April 1895, die bereits 1888 von

[1]) Siehe darüber den Artikel von Bertha von Suttner, »Zeitgeschichtliches zur Friedensbewegung«. In der »Gegenwart« 1895 Nr. 18.

Allison eingebrachte Bill, worin die Regierung aufgefordert wurde, einen Betrag von 80000 Dollar zur Deckung der Reisekosten solcher Agenten zu bewilligen, die beauftragt wären, in Europa Unterhandlungen wegen eines internationalen Tribunals anzuknüpfen, nochmals vor. Beim Lordmajorsbankett im November 1894 hielt der inzwischen zum Premier ernannte Lord Rosebery eine Rede zugunsten des internationalen Friedens, und am 29. Dezember 1894 schiffte sich Randal v. Cremer abermals nach Washington ein, um sich dort mit dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten ins Einvernehmen zu setzen und über die Bereitwilligkeit der Londoner Regierung zum Abschluß eines Schiedsvertrages zu berichten. Am 18. Januar 1895 überreichte er dem Präsidenten Cleveland im Weißen Hause eine von 354 Mitgliedern des englischen Unterhauses unterzeichnete Resolution, worin diese den Wunsch ausdrückten, daß der Kongreß der Vereinigten Staaten die großbritannische Regierung zur Herstellung des ersehnten Schiedsvertrages einladen möge. Einige Tage zuvor, am 15. Januar 1895, wird die bereits 1888 und 1890 angenommene Resolution, wonach der Präsident der Vereinigten Staaten an die fremden Staaten zwecks Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts herantreten soll, durch einen Antrag Shermans im amerikanischen Senat noch einmal erneuert. Als nun zu Anfang des Jahres 1896 die Venezuelawirren eine Kriegsgefahr zwischen der Union und England nahe brachten, erhob sich in beiden Ländern ein wahrer Sturm zugunsten eines endlichen Abschlusses des ständigen Schiedsvertrages. Lord Rosebery spricht bei Eröffnung des Parlamentes am 11. Februar 1896 die Hoffnung aus, daß der Venezuelastreit den Anlaß bieten werde, diesen Vertrag zustande zu bringen. Gladstone, der Bischof von Durham und Spencer, wie verschiedene andere hervorragende Engländer, sprachen sich zu dessen Gunsten aus. Am 3. März fand in Queenshall in London eine große Friedensversammlung unter Sir Stanfelds Vorsitz statt, die eine den Schiedsvertrag fordernde Resolution

faßte, die Lord Salisbury unterbreitet wurde. Dieser gab hierauf die offizielle Erklärung ab, daß die Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen nunmehr in Angriff genommen würden. Am 22. und 23. April desselben Jahres fand in Washington eine nationale Schiedsgerichtskonferenz zur Förderung jenes Abkommens statt, der 46 Vertreter der Unionsstaaten, zahlreiche Kirchenfürsten, Senatoren, Professoren, Richter usw., beiwohnten. Die Versammlung stand unter dem Vorsitz John W. Fosters und Exsenator Edmunds. Dem Präsidenten Cleveland wurde eine Resolution überreicht, und die Einsetzung eines fünfundzwanziggliederigen Komitees zur weiteren Ausführung der Konferenzbeschlüsse wurde bewirkt. Die Anwaltskammer des Staates Neuyork überreichte dem Präsidenten zur gleichen Zeit eine Denkschrift, worin sie vorschlägt, daß der Präsident an zahlreiche fremde Staaten die Aufforderung zur Errichtung eines internationalen Tribunals richten solle. Im Juni 1896 unterbreitet Cremer dem englischen Premier, Lord Salisbury, eine Denkschrift zugunsten des Vertrages, die von 5359 Funktionären der Trade-Unions unterzeichnet war. Die interparlamentarischen Konferenzen von Haag (1894), Brüssel (1895) und Budapest (1896) (siehe unten) ließen es an Zustimmung und Aufmunterung nicht fehlen. Am 10. November 1896 kam es in Washington zu einem Schiedsabkommen zwischen England und den Vereinigten Staaten die Venezuelafrage betreffend, in dem eine Übereinkunft enthalten war, wonach künftig auch alle anderen Streitigkeiten zwischen den beiden Nationen durch Schiedsgerichte entschieden werden sollten, und am 11. Januar 1897 wurde endlich in Washington durch den amerikanischen Staatssekretär Olney und den englischen Gesandten Sir Julian Pauncefote der ständige englisch-amerikanische Schiedsvertrag, der in 15 Artikeln abgefaßt war, unterzeichnet. In dem Vertrage verpflichteten sich die hohen vertragschließenden Parteien, alle zwischen ihnen auftauchenden Differenzen, die

auf diplomatischem Wege nicht zu schlichten sind, einem Schiedsgericht zu unterbreiten. In dem Begleitschreiben an den Senat, dem jener Vertrag noch am selben Tage übermittelt wurde, erwähnte Präsident Cleveland, daß das Abkommen »eine neue Epoche der Kultur« bezeichne. Dennoch kam es nicht zur Ratifizierung des Vertrages, da ihn der Senat — wie behauptet wird, um dem Präsidenten Cleveland am Ende seiner Regierungsperiode keine so vorteilhafte Chance zu seiner Wiederwahl zu geben — am 5. Mai mit einer Mehrheit von drei Stimmen, die zu der für solche Verträge erforderlichen Zweidrittelmehrheit fehlten, ablehnte (siehe oben Teil I, S. 175 und 159). Daß das Projekt damit noch nicht verloren ging, wird aus den Ausführungen über die Friedensbewegung der letzten fünf Jahre deutlich hervorgehen[1]).

Deutschland.

Im deutschen Reichstag interpellierte der Abgeordnete Dr. Barth den Staatssekretär der Auswärtigen Angelegenheiten am 28. Februar 1893 darüber, ob sich die Regierung den Bestrebungen Englands und der Vereinigten Staaten, internationale Streitigkeiten durch Schiedsgerichte zu lösen, anschließen wolle. Der Staatssekretär v. Marschall gab die Bereitwilligkeit der Regierung unumwunden zu, erklärte jedoch, daß sich an die diesbezüglichen Mitteilungen der Vereinigten Staaten kein Antrag geknüpft hätte. Er wies darauf hin, daß die Reichsregierung schon mehrfach bereit gewesen sei, sich einem Schiedsgericht zu unterwerfen und dies auch ferner tun werde. Abgeordneter Baumbach wünschte, daß es mit der Zeit zu einem völkerrechtlichen Grundsatz werden möge, vor einem Kriege schiedsgerichtliche Verhandlungen anzubahnen. Zur selben Zeit wies anläßlich der Militärdebatte der Führer des Zentrums, Lieber, im Hinblick auf den Friedenswert des Dreibundes darauf hin, daß danach gestrebt

---

[1]) Im Laufe des Jahres 1897 hatte Cremer noch eine dritte Reise nach den Vereinigten Staaten unternommen.

werden müsse, den Weltfrieden auf noch breitere internationale Grundlagen zu stellen. »Es würde eine schöne und große Aufgabe des neuen Kurses sein, eine Aufgabe, deren Lösung ihn weit über alle früheren Triumphe höbe, wenn er von dem Bismarckschen Gewaltboden auf einen neuen europäischen Rechtsboden überzutreten und zu ganz Europa überzuführen die Weisheit und die Kraft hätte.« Auch in den bayrischen Kammern vertrat das Zentrum eine schiedsfreundliche Anschauung. So trat im Januar 1894 der Abgeordnete Daller mit dem Antrag vor, die Kammer möge die Reichsregierung ersuchen, Schritte zur Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts zu tun. Die Anregung wurde von dem Sozialisten Vollmar und dem Bauernbündler Ratz aufs wärmste unterstützt. — Am 11. Dezember 1895 nahm in der ersten bayrischen Kammer der Reichsfürst Löwenstein-Wertheim-Rosenstein Bezug auf jene Verhandlungen in der zweiten Kammer und trat in einer gehaltvollen Rede für die Schiedsgerichtsbarkeit und die Errichtung eines internationalen Tribunals als den »Abschluß und die Krönung einer der Vernunft, der Humanität und dem christlichen Gedanken entsprechenden Rechtsordnung« ein. Am 27. Oktober 1897 brach wieder in der zweiten Kammer der Abgeordnete Lerno, ebenfalls ein Zentrumsmann, unter Bezugnahme auf die Löwensteinsche Rede, eine Lanze für die Schiedsgerichtsbarkeit, zitierte dabei das Programm der deutschen Friedensgesellschaft wie die Verhandlungen des kurz vorher stattgehabten Hamburger Friedenskongresses und nannte den von den Friedensgesellschaften verfolgten Zweck ein erstrebenswertes Ziel.

Nicht direkt mit der Schiedsbewegung im Zusammenhang stehen zwei Verhandlungen in der badischen Kammer und im preußischen Abgeordnetenhause, die sich jedoch auch auf die Friedensidee beziehen und direkt durch die Gruppen der deutschen Friedensgesellschaft hervorgerufen wurden. Die badische zweite Kammer beschloß Anfang 1898, die von 2000 Mitgliedern unterzeichnete Petition

der badischen Friedensgesellschaften wegen Reform des Schulunterrichts, dahingehend, daß aus den Lese- und Geschichtsbüchern in Zukunft alles chauvinistische Beiwerk ausgemerzt, den Kriegen weniger Spielraum, hingegen den Kulturstaaten mehr Platz angewiesen werde, nach dreitägiger, ziemlich erregter Debatte mit 29 gegen 28 Stimmen der Regierung als Material zu überweisen. Eine dieselbe Anregung unterbreitende Petition der preußischen Friedensgesellschaften stand im preußischen Abgeordnetenhause am 23. März 1899 zur Verhandlung und wurde vom Abgeordneten Dr. Max Hirsch im Plenum warm vertreten. Der Antrag, sie der Staatsregierung als Material zu unterbreiten, wurde jedoch abgelehnt.

Österreich.

Wiederholt wurde der Schiedsgedanke in den parlamentarischen Körperschaften Österreichs — im Reichsrate wie in den österreichischen Delegationen — zur Erörterung gebracht. Am 15. März 1892 befragte der Abgeordnete Peez, Mitglied der damals eben begründeten österreichischen Gruppe der interparlamentarischen Union, im Reichsrat den Handelsminister aus Anlaß der Beratungen eines Handelsvertrages mit Serbien, warum die Schiedsklausel in diesem nicht enthalten sei, nachdem diese Klausel schon am 22. Januar 1892 für die Handelsverträge grundsätzlich festgesetzt war. Der Fragesteller benutzte den Anlaß, ein allgemeines Bild über die Fortschritte der Friedens- und Schiedsgerichtsidee zu geben. Der Handelsminister zeigte sich der Idee im allgemeinen sympathisch, hielt aber die Initiative der Monarchie infolge ihrer dualistischen Regierungsform für etwas schwierig. Gelegentlich der im Jahre 1894 in Budapest tagenden Delegationen wies der ehemalige österreichische Minister des Auswärtigen, Graf Kalnoky, am 18. September den Friedenskongressen, denen er sich sympathisch gegenüberstellte, die Aufgabe zu, die Tagespresse, »die oft auf ganz unbedeutende Vorfälle eine sensationelle Alarmierung der öffentlichen Meinung begründet«, im günstigen Sinne zu be-

einflussen, worauf ihm Baron Pierre v. Pirquet (1838—1906), der langjährige Präsident und Wortführer der österreichischen interparlamentarischen Gruppe, unter Hinweis auf die eben stattgehabte interparlamentarische Konferenz im Haag erwidern konnte, daß diese einen in diesem Sinne gehaltenen Aufruf an die Presse zur Versendung brachte (siehe darüber unten). — In der Sitzung der österreichischen Delegationen vom 22. Juni 1895 bezog sich der Abgeordnete Kaftan auf den pan-amerikanischen Kongreß und auf Gladstones Anregung im englischen Parlament wie auf die vorhergegangenen Friedenskongresse und Konferenzen und die bereits erzielten Erfolge der Schiedsgerichtsbarkeit, darin die Aussicht auf internationale Verständigung erblickend. Abgeordneter Kronawetter schloß sich den Ausführungen Kaftans an, schilderte den Fortschritt der Friedens- und Schiedsgerichtsidee in den verschiedenen Ländern und drückte den Wunsch aus, daß auch in Österreich dieser Idee Sympathien erwachsen möchten.

Am 16. November 1895 regte der Abgeordnete Pater Scheicher im österreichischen Reichsrat unter Hinweis auf die weiter unten angeführte Stellungnahme des Papstes zu den gegenwärtigen Rüstungslasten zum zweitenmal (das erstemal schon Ende 1894) die Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichts mit dem Papst an der Spitze an. Der Antrag wurde abgelehnt, nachdem noch vorher der Abgeordnete Kronawetter den Versuch gemacht hatte, die Annahme unter Weglassung der Worte »mit dem Papst an der Spitze« durchzusetzen.

In der Sitzung der österreichischen Delegationen vom 9. Juni 1896 stellte der Abgeordnete Kramarž im Namen der österreichischen interparlamentarischen Gruppe an den Minister des Äußern, Grafen Goluchowski, die Anfrage, wie er sich zu den Friedensbestrebungen der europäischen Parlamente stelle, und trat dabei mit Nachdruck für den Abschluß obligatorischer Schiedsverträge ein. Der Minister erklärte, daß er diesen Bestrebungen durchaus sympathisch gegenüberstehe, die Zeit für die obligatorische Einführung von

Schiedsgerichten jedoch noch nicht für gekommen erachte, und sich daher von einer dahingehenden Aktion vorläufig keinen Erfolg verspreche. — Am 12. Oktober desselben Jahres tritt der Abgeordnete Dr. Brzorad im österreichischen Reichsrat mit dem Antrag hervor, die Regierung aufzufordern, über die Frage der Völkerschiedsgerichte in geeigneter Weise mit den Mächten in Verhandlung zu treten. Eine darauf hinzielende Resolution wurde dem Wehrausschuß »zur näheren Erwägung« überwiesen. — Mehr Erfolg hatte am 3. Dezember desselben Jahres der Abgeordnete Pierre von Pirquet, der anläßlich der Meeraugenfrage — eine einen Gebietsstreit zwischen Österreich und Ungarn betreffende Frage, die einem Schiedsgericht zur Regelung unterbreitet werden sollte — das Prinzip der Schiedsgerichtsbarkeit im allgemeinen verteidigte, auf deren bisherige Erfolge hinwies und zwei Resolutionen einbrachte, deren erste die Regierung aufforderte, beim Eingehen von Handelsverträgen die Schiedsklausel auzuwenden, während die zweite die Regierung ersuchte, in ernste Erwägung zu ziehen, ob mit den anderen Staaten Europas Vereinbarungen zu treffen seien, um im Falle internationaler Streitigkeiten für bestimmte Fälle die Lösung des Streitfalles durch ein Schiedsgericht anzubahnen. Diese Resolutionen wurden mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Italien.

Die Anregung, die Gladstone am 16. Juni 1893 im englischen Unterhaus gegeben, erweckte auch in anderen Parlamenten Widerhall. In der italienischen Kammer brachte der Marchese Pandolfi (1839—1909), nachdem er dort bereits am 19. Mai 1893 die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Rüstungspolitik auseinandergesetzt und die Forderungen der internationalen Friedensbewegung genau formuliert hatte, die Anregung Gladstones am 3. Mai 1894 zur Sprache. Er beantragte eine Tagesordnung, wonach die Kammer jenen Erklärungen Gladstones ihren Beifall zollte und ihr Vertrauen in die Aktion der italienischen Regierung zum Ausdruck brachte, auf daß die Einigung der europäischen

Nationen bald zur Tatsache werde, um ein Reich der Gerechtigkeit und des Friedens zu sichern.

Frankreich.

In der französischen Kammer wurde am 8. Juli 1895 vom Deputierten Barodet ein von ihm, Trarieux und Emile Arnaud ausgearbeiteter Antrag eingebracht, die Regierung aufzufordern, der Einladung der Vereinigten Staaten Folge zu leisten und Verhandlungen wegen Anbahnung eines Schiedsvertrages einzuleiten.

Belgien.

In der belgischen Kammer interpellierte der Deputierte de Brockeville in der Sitzung vom 4. März 1897 unter Hinweis auf die Verhandlungen, die zwischen England, Frankreich und der Schweiz auf der einen und den Vereinigten Staaten auf der anderen Seite schweben, den Minister der Auswärtigen Angelegenheiten über die Einsetzung eines ständigen Schiedshofes. Minister Faverau bekannte sich selbst als einen Anhänger der Schiedsgerichtsidee und als ein Mitglied der Friedensgesellschaft, glaubte jedoch, daß die Organisation eines ständigen Schiedshofes jetzt noch zu große Schwierigkeiten bieten würde. In der darauffolgenden Sitzung gelangte eine Resolution zur Annahme, worin die Regierung aufgefordert wurde, Schiedsverträge abzuschließen und ein ständiges Schiedsgericht zu organisieren.

Norwegen.

Am 16. Juni 1897 votierte das norwegische Storthing, nachdem der am 5. März 1890 unternommene gleiche Schritt ohne Erfolg geblieben, einstimmig eine neue Petition an den König, worin dieser abermals aufgefordert wurde, die Initiative zur Herstellung von Schiedsverträgen mit anderen Staaten zu ergreifen. Diesmal antwortete der König zustimmend und bezeichnete die Schiedsgerichtsbarkeit als einen Triumph der Zivilisation.

Der Haager Konferenz zu.

Verschiedene Kundgebungen.

Die schiedsfreundliche Bewegung und das ernste Streben nach greifbaren internationalen Maßnahmen und Einrichtungen, die eine Abwälzung der Rüstungslasten, eine Sicherung des Weltfriedens durch engeren Zusammenschluß der zivilisierten Völker ermöglichen sollten, trat in jener Periode nicht nur in den Parlamenten hervor, sondern auch in hervorragenden Äußerungen des Oberhauptes der katholischen Kirche wie in einigen markanten Aussprüchen europäischer Staatsmänner. Die Äußerungen europäischer Staatsoberhäupter blieben in den altgewohnten Geleisen und bezogen sich durchwegs nur auf die »Erhaltung« des Friedens durch Rüstungen.

Der Papst.

Papst Leo XIII hatte bereits in seiner Weihnachtsansprache des Jahres 1893 den Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß eine internationale Abrüstungskonferenz zusammentreten möchte. In einer im Juni 1894 erlassenen Enzyklika heißt es: »Ein vorzügliches, namentlich in unserer Zeit wünschenswertes Mittel wäre sodann die Herstellung der Einheit zur Abwendung der grausigen Kriegsgefahr. Schon durch viele Jahre lebt man mehr dem Scheine als der Wirklichkeit nach im Frieden. Der bewaffnete Friede, wie er jetzt besteht, ist fast schon unerträglich geworden. Und das sollte der naturgemäße Zustand des sozialen Zusammenlebens der Menschen sein?« Die Brüsseler Interparlamentarische Konferenz des Jahres 1895 hatte die volle Aufmerksamkeit des Papstes erregt, der sich einem Korrespondenten der »Nowoja Wremja« gegenüber abfällig über den bewaffneten Frieden äußerte und Behandlung der internationalen Fragen durch freie Beratung der Herrscher und des Papstes forderte. Die Schiedsbewegung, die anfangs 1896, infolge des Venezuelarummels in England, einen großartigen Umfang annahm, gab dem Papst ebenfalls Veranlassung, in einem durch Kardinal Rampolla an den Herausgeber des »Daily Chronicle« ge-

richteten Schreiben seine Zufriedenheit über den Eifer auszudrücken, den jener Journalist für die Schaffung eines ständigen Schiedshofes entwickelte. Noch mehr traten die Sympathien des Papstes für die Ideen des Rechtes in den Beziehungen der Völker in einem Schreiben zutage, das der Kardinal Rampolla Ende 1896 als Antwort auf den vom Budapester Friedenskongreß beschlossenen Appell an das Oberhaupt der katholischen Kirche, im Auftrage des Papstes an den General Türr, Präsidenten jenes Friedenskongresses, gerichtet hatte. Es wird darin zum Ausdruck gebracht, das Se. Heiligkeit in dem Vorsatze, auch in Zukunft seine Fürsorge und Aufmerksamkeit dem Werke der Zivilisation und der Eintracht unter den Völkern zu widmen, durch die Überzeugung bestärkt wird, »die immer mehr und mehr das Bewußtsein der Menschen durchdringt, daß die Erfüllung aller Pflichten und die Hochhaltung aller Rechte die Grundlagen sind, auf welchen die Beziehungen gesitteter Völker beruhen, daß dem Gesetze der Gewalt das Gesetz der Vernunft folgen wird, und daß eine neue Ära wahrhafter Zivilisation der menschlichen Familie die Erfüllung ihrer höchsten Bestimmung erleichtern wird«.

Caprivi, Goluchowsky, Salisbury und Goßler.

Von nicht minder großer Bedeutung und als Zeichen der Zeit aufzufassen sind die Äußerungen dreier großer Staatsmänner jener Periode, des deutschen Reichskanzlers Caprivi, des österreichisch-ungarischen Ministers des Auswärtigen Goluchowsky, des englischen Premiers Salisbury sowie eine Äußerung des preußischen Generals Goßler, nachmaligen preußischen Kriegsministers. Wenn der deutsche Reichskanzler Caprivi in seiner berühmten Danziger Rede vom Februar 1894 davon sprach, »daß das kommende Jahrhundert den Zusammenschluß der europäischen Völker fordern könnte«, wenn er erklärte, »wir wollen nur Kulturaufgaben lösen, das friedliche Zusammenleben der Völker erleichtern, die europäischen Kräfte zusammenschließen für eine spätere Zeit, wo es einmal notwendig sein sollte, im Interesse einer

großen gemeinsamen Wirtschaftspolitik einen großen Komplex von Staaten gemeinsam zu erfassen«; wenn der General v. Goßler im »Militärwochenblatt« — März 1894 — einen Artikel veröffentlichen konnte, worin er, der aktive General, den Gedanken, »eine friedliche Vereinbarung zwischen den Staaten behufs Vermeidung eines Krieges auf eine Reihe von Jahren zu treffen«, vorschlug; wenn einige Jahre später der österreichische Minister Graf Goluchowsky, in den Sitzungen der Delegationen am 20. November 1897, einen »Wendepunkt im Entwicklungsprozeß Europas« für gekommen erachtete, wenn er die Völker Europas anrief, »sich Schulter an Schulter zu vereinigen gegen eine gemeinsame wirtschaftliche Gefahr«, und die Forderung aufstellte, »daß sich im 20. Jahrhundert die europäischen Völker zusammenfinden müssen in der Verteidigung ihrer Existenzbedingungen«; wenn ferner der englische Premier Lord Salisbury, am Lordmajorsbankett im November desselben Jahres, »die Föderation Europas, die zwar noch im Embryo liege, als das einzige Mittel« proklamierte, »das die Zivilisation vor den Verwüstungen des Krieges bewahren kann, und die einzige Hoffnung, den europäischen Wettlauf nach gegenseitiger Zerstörung zu hemmen, in einem allmählichen freundlichen Zusammenhandeln der Mächte« erblickte; so waren dies Zeichen, die darauf schließen ließen, daß in der gesamten politischen Welt jener Periode eine Veränderung der geistigen Struktur bereits vor sich zu gehen begonnen hatte.

Die Friedenskongresse von 1893—1897.

Die Interparlamentarischen Konferenzen.

Die interparlamentarischen Konferenzen und Weltfriedenskongresse haben in dem Zeitraume, dessen pazifistische Entwicklung hier geschildert wird, diese unterstützt und planmäßig jenem großen Fortschritt vorgearbeitet, der durch die Haager Konferenz wenige Jahre später erreicht wurde. Schon

auf ihrer römischen Tagung hat die interparlamentarische Konferenz das Verlangen gestellt, die Organisation eines Schiedshofes auf die Tagesordnung der Konferenz von 1892 zu stellen. Aber erst die V. Konferenz, die vom 4.—6. September 1894 unter dem Vorsitz des Senators E. N. Rahusen im Saale der ersten Kammer der Generalstaaten in Haag tagte, befaßte sich eingehend mit diesem wichtigen Punkte. Philippe Stanhope (jetzt Lord Weardale) erstattete einen Bericht über die Organisierung eines ständigen Schiedshofes. Er hielt es für angezeigt, daß die interparlamentarische Union die Initiative für jene Idee ergriff, deren Verwirklichung Gladstone in jener berühmten Unterhaussitzung vom 16. Juni 1893 so dringend herbeigesehnt hatte, und legte die Grundlinien eines derartigen Tribunals dar. Eine lebhafte Erörterung entspann sich, und vielfacher Widerspruch wurde laut. Einzelne Delegierte wandten ein, daß ein solcher Entwurf verfrüht sei, und der deutsche Reichstagsabgeordnete Dr. Max Hirsch erklärte sogar, daß die deutsche Reichsregierung »niemals« den Vorschlag eines solchen Tribunals in Erwägung ziehen würde; man müsse vermeiden, den Fluch der Lächerlichkeit auf sich zu laden. Damals sprach Fréd. Passy sein prophetisches Wort: »Man soll niemals ‚niemals' sagen. Daß z. B. Parlamentarier aus allen Nationen zusammentreten, um über den Weltfrieden zu verhandeln, daß sie dies in dem Sitzungssaal der ersten Kammer eines monarchischen Staates tun werden . . ., wer hätte vor fünf Jahren auf die Frage, wann solches sich zutragen würde, nicht auch geantwortet: ‚Niemals'!« Passy behielt recht. Er ahnte aber doch wohl nicht, daß seine prophetischen Worte so bald in Erfüllung gehen sollten, denn gerade fünf Jahre später tagte in derselben Stadt, in der jene Worte gesprochen wurden, die intergouvernementale Friedenskonferenz, auf der auch die deutsche Reichsregierung vertreten war, und aus deren Beratungen der ständige Schiedshof hervorging, dessen Organisation sich just auf jene Vorschläge stützt, die auf Beschluß der Haager interparlamentarischen Konferenz des Jahres 1894

ausgearbeitet wurden. Der Antrag Stanhope gelangte nämlich trotz des erhobenen Widerspruchs zur Annahme, und eine sechsgliederige Kommission wurde mit der Redaktion des Organisationsstatutes für einen ständigen Schiedshof beauftragt. Außerdem drückte die Haager interparlamentarische Konferenz den Wunsch aus, daß sich die Mächte über den Zusammentritt eines internationalen Kongresses ins Einvernehmen setzen mögen, dessen Zweck es wäre, das Schiedsverfahren zu studieren. Sie wandte sich durch einen von dem französischen Senator Trarieux (1840—1904), nachmaligen Justizminister, verfaßten hochwichtigen Appell an die Presse aller Länder, um diese für die Mitarbeit an dem Werke der Union zu gewinnen [1]) Der Konferenz von 1895, die vom 13.—15. August jenes Jahres unter dem Vorsitz des Senators Chevalier Descamps im Sitzungssaal des belgischen Senats zu Brüssel tagte, lag der von der beauftragten Kommission in 14 Artikeln ausgearbeitete »Entwurf für die Errichtung eines ständigen Schiedshofes« fertig vor. Er wurde von dem belgischen Senator Houzeau de Lehaie der Konferenz empfohlen und von dieser mit der an ihren Präsidenten gerichteten Aufforderung angenommen, den Entwurf der wohlwollenden Prüfung der Mächte zu unterbreiten, »die ihn zum Gegenstand einer diplomatischen Konferenz oder von Sonderabkommen machen könnten«. Chevalier Descamps entledigte sich seines Auftrages, indem er dem Entwurf eine ausgezeichnete »Denkschrift an die Mächte« [2]) beifügte, in der das Wesen der Schiedsgerichtsbarkeit und ihre Entwicklung in überzeugender Weise dargelegt wurden. Im darauffolgenden Jahre versammelte sich die Interparlamentarische Union aus Anlaß der ungarischen Milleniumsfeier in Budapest. Unter dem Vorsitz des Präsidenten der Deputiertenkammer Dezidèr Szilàgyi fanden vom 23. bis 26. September 1896 die Beratungen im Sitzungssaale des

---

[1]) Siehe oben S. 121 die Erwiderung v. Pirquets auf den Appell des österreichischen Ministers des Auswärtigen Kalnoky.

[2]) Erschien in deutscher Übersetzung von Fried. München (1897).

Magnatenhauses statt. Unter anderen Beschlüssen beauftragte sie in einer von Randal Cremer vorgebrachten Resolution ihr Bureau, »sich mit einigen europäischen Regierungen in Verbindung zu setzen, zu dem Zwecke, einige davon zu veranlassen, den von der Brüsseler Konferenz angenommenen Entwurf zur Einrichtung eines ständigen internationalen Schiedshofes anzunehmen«. Cremer ging dabei von der Ansicht aus, daß, wenn zwei oder drei kleinere Staaten einmal einen Anfang machen würden, die andern allmählich nachfolgen würden. Durch ein Vorkommnis, das eigentlich außerhalb der eigentlichen Konferenzarbeiten lag, wurde die Budapester Tagung von großer Bedeutung für die Entwicklung der Friedensidee. Den Beratungen wohnte auf der Galerie der russische Generalkonsul für Budapest, Herr v. Basili, bei, der über die Beratungen an das Ministerium des Äußeren einen Bericht sandte. Dieser Bericht fand in Petersburg wenig Beachtung. Als aber Graf Murawieff das Ministerium des Auswärtigen übernahm und Basili zum Chef der asiatischen Sektion berufen wurde, hatte dieser Gelegenheit, anläßlich einer Erörterung über die Rüstungskosten, die namentlich von der Lord-Majors-Rede Lord Salisburys vom 9. November 1897 (siehe auch oben I. Teil, S. 204) ihren Ausgang nahm, auf die Arbeiten der interparlamentarischen Union und auf seinen Bericht von 1896 hinzuweisen. Graf Lamsdorff soll ihn dem Kaiser übergeben haben, der ihn mit Enthusiasmus aufnahm. Kurze Zeit darauf erschien das »Zarenmanifest«[1]). Auf ihrer Brüsseler Tagung im Jahre 1897, die unter dem Vorsitz des Staatsminister Beernaert vom 9.—12. August wieder im Senatspalast stattfand, wiederholte die Union die oben erwähnte Resolution noch etwas dringlicher. Sie erklärte ferner, daß es von höchster Wichtigkeit sei, daß sich mehrere Regierungen über die Abschließung eines allgemeinen Schiedsvertrages verständigen, und beglückwünschte jene Staaten

---

[1]) Siehe darüber oben Teil I, S. 204 und außerdem auch bei Howard Evans a. a. O. S. 178 u. f.

(England und Frankreich), die die Absicht zeigen, diesen Weg zu beschreiten.

Die Weltfriedenskongresse.

Die Weltfriedenskongresse haben in diesem Zeitraum bis zum Zusammentritt der Haager Konferenz noch viermal getagt. Der fünfte dieser Kongresse fand anläßlich der großen Weltausstellung in den Tagen vom 14. bis zum 20. August 1893 in Chicago statt. Den Vorsitz führten Josiah Quincy, Assistant Secretary of State und Dr. Benjamin Trueblood, der hochverdiente Sekretär der »American Peace Society«. Die Zahl der europäischen Teilnehmer war nicht groß; immerhin waren die meisten europäischen Staaten durch einige Abgesandte vertreten. Von den zahlreichen Resolutionen jener interessanten Versammlung, bei der der Hochstand der Friedensbewegung in Amerika durch die Anwesenheit mehrerer hoher Würdenträger des Staates und der Kirche zum Ausdruck kam, befand sich auch eine, die nach Anhörung eines Referates von Wm. Allen Butler die Bildung eines Ausschusses für Errichtung eines internationalen Schiedshofes forderte. Der VI. Weltfriedenskongreß, der im darauffolgenden Jahre, von Henri Lafontaine vorbereitet, unter dem Vorsitz des Senators Houzeau de Lehaie in Antwerpen (29. August bis 1. September) zusammentrat, konnte bereits dem von jenem Ausschuß vorgelegten Entwurf seine Zustimmung geben und dessen gelegentliche Übermittlung an die Regierungen beschließen. Auf dem Gebiete der Schiedsgerichtsbarkeit und der Herstellung eines Schiedskodexes hat der Antwerpener Kongreß hervorragende Arbeiten zur Kenntnis nehmen und seiner ständigen internationalen Rechtskommission weitere völkerrechtliche Aufgaben zur Bearbeitung zuweisen können. Verschiedene wichtige Beschlüsse grundsätzlicher Natur, sowie im Bereiche der Propaganda und des Erziehungswesens liegend, gelangten zur Annahme.

Im Jahre 1896 versammelte sich der Weltfriedenskongreß zum siebenten Male, und zwar vom 17. bis 21. Sep-

tember in Budapest unter dem Vorsitz des Generals Stefan Türr, des alten ungarischen Freiheitskämpfers und des Kriegs- und Friedensgenossen Garibaldis. Der Kongreß, der von der im Jahre vorher begründeten ungarischen Friedensgesellschaft vorbereitet war, nahm in entschiedener Weise Stellung zugunsten aller Fragen des internationalen Rechts, namentlich der Schiedsgerichtsbarkeit und der Errichtung eines ständigen Schiedshofes, wobei er dem von der interparlamentarischen Union im Jahre vorher ausgearbeiteten Entwurf seine Zustimmung gab. Er erließ ferner einen warmen Aufruf an alle Staatsmänner, Publizisten und Parteichefs, worin er diese verpflichtete, die Mittel zur friedlichen Beilegung der damals gerade sehr akut gewordenen Orientfrage zu suchen; er gab dem internationalen Friedensbureau Vollmacht, in dringenden Fällen die zur friedlichen Beilegung drohender Konflikte notwendigen Schritte zu unternehmen und sprach den Wunsch aus, daß die Staaten wirksame Maßnahmen zur Unterdrückung der Sklaverei wie zur Beseitigung des Waffen- und Branntweinverkaufes an die afrikanischen Völkerschaften träfen; er beschwor die gesetzgebenden Körperschaften, sich jeder Vermehrung der Rüstungen zu widersetzen, forderte die Revision der Schullesebücher und der Geschichtslehrbücher im friedlichen Sinne, verurteilte das Duell, regelte die Vertretung der Friedensgesellschaften auf den Kongressen und beschloß schließlich die Absendung von Spezialadressen an die Häupter der Religionsgenossenschaften und der freimaurerischen Behörden, um deren Einfluß zugunsten der Friedensidee und der Eintracht zwischen den Völkern zu erbitten.

Der nächste — achte — Weltfriedenskongreß fand — seit 1850 zum erstenmal wieder — auf deutschem Boden statt. Er tagte unter Dr. Adolf Richters Leitung vom 12. bis 16. August 1897 in Hamburg. Der Kongreß beauftragte das internationale Friedensbureau, den vom Antwerpener Kongreß im Jahre 1894 angenommenen internationalen Schiedskodex ebenso wie die von den Kongressen zu Rom und Budapest akzeptierten Grundsätze des internationalen öffent-

lichen Rechts zur Kenntnis der Regierungen zu bringen; er empfahl den Abschluß von ständigen Schiedsverträgen sowie die Einführung einer Schiedsklausel in die Allianzverträge wie in die Verfassungen der zivilisierten Staaten; er betonte abermals die Verwerflichkeit des Zweikampfes, sprach sich für die Einrichtung eines internationalen Versöhnungsrates aus, beschloß die Beteiligung der Friedensgesellschaften an der Weltausstellung von 1900 und befürwortete eine Anzahl anderer Maßnahmen im Sinne einer wirksamen Propaganda in der Presse und in der Schule.

Verschiedene Kongresse.

Außer den Weltfriedenskongressen und interparlamentarischen Konferenzen jener Zeitabschnitte seien noch einige andere Kongresse erwähnt, deren pazifistischer Einfluß nicht ohne Bedeutung war. So der italienische Friedenskongreß zu Perugia, der am 13. September 1895 zusammentrat, wobei in erster Linie eine italienisch-französische Versöhnung propagiert wurde. Die Friedensfreunde beider Länder, unter ihnen die hervorragendsten Geister Italiens und Frankreichs, unterstützten diesen Kongreß durch ihre Zustimmung. Der Bericht darüber schließt mit den prophetischen Worten: »Die Skeptiker werden sagen, die internationale Kundgebung von Perugia wird — wie der Nebel — das Wetter zurücklassen, das sie gefunden. Wir sind nicht dieser Meinung. Wir glauben hingegen, daß sie ein Ereignis ist, welches einen gewissen Einfluß auf unsere internationalen Beziehungen zurücklassen wird.« Wie die Zeit lehrte, sollten jene Worte recht behalten. Der dritte nordische Friedenskongreß, der vom 3.—5. August 1895 in Stockholm unter dem Vorsitz des schwedischen Abgeordneten Wawrinsky stattfand (der erste nordische Friedenskongreß tagte 1885 in Gothenburg, der zweite 1890 in Kopenhagen), befaßte sich mit der Forderung der Neutralitätserklärung der drei skandinavischen Reiche, der Reform des Geschichtsunterrichtes und dem Ersatz des Krieges durch internationale Schiedsgerichte. Der im April 1896 zu Paris tagende erste internationale Frauenkongreß wid-

mete der Friedensfrage einen ganzen Tag seiner Beratungen.

Nobels Testament.

Als wichtiges Ereignis ist noch das im April 1897 bekannt gewordene Testament des am 10. Dezember 1896 verstorbenen Dynamiterfinders Alfred Nobel zu verzeichnen. Die Zinsen des fünften Teiles seines zirka 35 Millionen schwedische Kronen betragenden Vermögens sollen nach den Testamentsbestimmungen alljährlich demjenigen zugute kommen, der am meisten und besten für die Friedenssache gewirkt hat. Die Veröffentlichung dieses Testamentes, das das Wirken für die Friedenssache gleichstellte den anderen hervorragenden Betätigungen zum Wohle der Menschheit, dem Wirken auf dem Gebiete der Medizin, Physik, Chemie wie der Literatur hob das Ansehen der Bewegung in außerordentlicher Weise.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Trotz des lebhaften Eintretens beider Welten für eine Ausgestaltung des Rechtsgedankens im Völkerverkehr mußten die Friedensfreunde sehen, daß gerade in jenem Lande, auf das sie die meisten Hoffnungen gesetzt, von dem fast alle pazifistischen Anregungen nach Europa herüberkamen, der Geist der Gewalt in seiner neuen Gestalt des Imperialismus, wenigstens für eine Zeitlang, die Oberhand bekam und die große transatlantische Republik zu einem verwerflichen Eroberungskriege führte. Entmutigt wurden die Friedensfreunde dadurch nicht. Wußten sie doch, daß ihr Werk nicht mit einem Schlage gelingen könne, und fanden sie doch den vollen Trost und reiche Zuversicht in dem Umstand, daß das zeitweilige Aufflammen des alten Gewaltgeistes den Fortschritt der Friedensidee nicht zu unterbrechen vermag. Vermochten die Kundgebungen der Friedensfreunde in Europa und Amerika den spanisch-amerikanischen Krieg nicht mehr zu hindern, vermochten die Schritte des Berner Bureaus ein Einhalten des entfesselten Wahnsinns nicht mehr zu ermög-

lichen[1]), so trugen diese Kundgebungen dennoch dazu bei, die Stimme des Rechts deutlich und laut in weitesten Kreisen vernehmbar zu machen und immer neue Anhänger und Streiter um das Banner des Rechtsfriedens und der Friedensorganisation der Kulturwelt zu sammeln. Trotz jenes im höchsten Grade bedauerlichen Krieges — bedauerlich in erster Linie, weil er von einer Macht geführt wurde, die man zur Durchführung des Friedensgedankens schon ziemlich reif erachtete — ging die Idee ihren Gang, ja folgten sogar unmittelbar darauf jene Ereignisse, die als wichtige Errungenschaften des pazifistischen Kulturlebens, als wichtige Etappen auf dem Wege zur Beseitigung des Krieges zu betrachten sind.

Blochs Werk.

Als Vorläufer jener Ereignisse präsentierte sich wieder ein Buch — wie so oft Bücher die Vorläufer großer geschichtlicher Wendepunkte waren. Das bändereiche, monumentale Werk des russischen Staatsrats J. v. Bloch, »Der Krieg« betitelt, erschien[2]). Um die Mitte des Jahres 1898 hörte man zuerst von dem umfangreichen Werke eines russischen Bankiers, das gegen den Krieg gerichtet sein sollte, ohne daß es vorerst gelang, genaue Daten darüber zu vernehmen. Das Buch war um jene Zeit erst in russischer Sprache erschienen. Einige Bruchstücke davon waren schon vor Jahren in einer russischen Revue veröffentlicht worden, ohne die Aufmerksamkeit weiterer Kreise als der direkt beteiligten militärischen und vor allen Dingen die des damaligen Kronprinzen, des nachmaligen Kaisers Nikolaus II., zu erregen. Acht Jahre lang

---

[1]) Bekanntlich wurde der Ausbruch jenes Krieges dadurch beschleunigt, daß man die Sprengung des amerikanischen Kriegsschiffes »Maine« im Hafen von Havanah als eine verbrecherische Tat von spanischer Seite bezeichnete. Wie die Hebung des Wracks der »Maine« im Jahre 1911 unzweideutig ergeben hat, fand die Explosion im Innern des Schiffes statt und war demnach die Folge eines Unfalls. Hätte es damals schon die Einrichtung der internationalen Untersuchungskommissionen gegeben, so wäre es vielleicht gelungen, auch diesen Krieg zu verhindern.

[2]) Siehe darüber auch oben Teil 1, S. 79 u. f.

hatte v. Bloch an diesem Werke gearbeitet. Die Ideen, die ihm dabei vorschwebten, sollten nach seinen eigenen Äußerungen der Aufklärung folgender Fragen dienen: »Wie wird sich ein Krieg zwischen europäischen Großmächten bei den heutigen Kriegsmitteln gestalten? Wird es möglich sein, mit den Millionenheeren einen Streit durch Krieg zum Austrag zu bringen, da die namhaftesten Fachleute, wie Feldmarschall von Moltke, General von der Goltz, General von Leer u. a., behaupten, daß er mindestens zwei Jahre dauern muß? Werden nicht schon früher auf beiden Seiten alle das Heer erhaltenden ökonomischen und finanziellen Kräfte vernichtet sein? Wird es möglich sein, Heerführer für eine Völkerschlacht zu finden, da diese nach dem Ausspruche von der Goltz' für die Militärs selbst eine Sphinx mit ungelöstem Rätsel ist? Werden die heutigen Millionenheere dahin zu bringen sein, die ganze Wirkung der neuen Waffen und der Schanzentaktik zu ertragen?« Die Prüfung all dieser Fragen brachte von Bloch dahin, zu erklären, daß der Krieg zwischen den gleichgerüsteten Großmächten Europas unter den zur Zeit seines Buches gegebenen Verhältnissen, die ja zum Teil von der Gegenwart überholt sind, ein Wagnis ohnegleichen wäre. In ausführlichen Darstellungen, die sich durchweg auf die Beobachtungen von Fachleuten stützen, legte er den erstaunten Regierungen dar, daß der Krieg, den sie mit Aufwand all ihrer Kräfte rüsteten, soweit gesunde Vernunft dabei in Betracht kommt, einfach nicht mehr durchführbar wäre. Nicht der Friede, der Krieg selbst sei zur Utopie geworden. Gegenüber diesem Ergebnis seiner Forschungen stellte er die Frage: »Warum erschöpfen die Völker mehr und mehr ihre Kraft in der Anhäufung solcher Zerstörungsmittel, warum verzehren sich die Völker in den Vorbereitungen zu einem Titanenkampf, der doch nur eine Chimäre bleibt? Warum sammelt die europäische Menschheit in ihrer Mitte einen Sprengstoff auf, dessen Wirkung furchtbar werden und die Gesellschaft selbst zerstören kann?«

Als das letzte Ergebnis seiner Studien erschien ihm die

Überzeugung, »daß ein gemeinschaftliches Übereinkommen sowohl behufs Vermeidung eines drohenden Krieges als auch behufs Einführung eines permanenten internationalen Schiedsgerichtes zur friedlichen Schlichtung von Streitigkeiten durchaus möglich wäre.« Der von Bloch ausgedrückte Gedanke, daß der Krieg wenigstens innerhalb der europäischen Kulturgemeinschaft fast zur Utopie geworden, daß er Vorteile nicht mehr zu zeitigen vermag, daß man deswegen zu einem anderen Mittel der Friedenssicherung greifen müsse, war durchaus nicht neu. Neu war nur die ungeheure Wucht des Beweises, die Bloch für diese von den Pazifisten wiederholt aufgestellte Behauptung führte. Er begnügte sich nicht, nur eine Seite des Krieges ins Auge zu fassen, er studierte die technische, die ökonomische, die soziale und ethische, ja sogar auch die psychologische Seite, und durch die hierbei gewonnenen Erfahrungen bot er zum erstenmal ein zusammenhängendes Bild der Wirkungen eines künftigen Krieges zwischen den Kulturmächten.

Die Wirkung des Blochschen Werkes konnte innerhalb des waffenstarrenden Europas, innerhalb jener Kulturkreise, die ihre ganze Existenz auf ein Mittel bauten, dessen Unanwendbarkeit ihnen hier erwiesen, dessen Wahnsinn ihnen klargelegt wurde, nicht ausbleiben. Die nächste greifbare Wirkung des Werkes, das erst im Jahre 1899 in deutscher, nachher in englischer, französischer und italienischer Sprache erschien, war die, daß es, wahrscheinlich durch Vermittlung des modern gesinnten Ministers Witte, gelang, den Zaren für Blochs Lehren zu gewinnen, der bereits durch Basilis Bericht (siehe oben S. 129) und durch Bertha v. Suttners Roman »Die Waffen nieder« den Frieden fordernden Ideen der Zeit zugänglich geworden war. In persönlichen Audienzen konnte Bloch dem russischen Selbstherrscher die Überzeugung von der Richtigkeit seiner Theorien beibringen. Damit wurde der Menschheit einer der größten Dienste geleistet, ein Dienst, der, mögen sich die Stimmen der Gegner noch so sehr be-

merkbar machen, nicht mehr aus der Welt geschafft werden kann, ein Dienst, dessen Wirkungen anhalten werden, bis der Friedensgedanke die Welt vollends erobert haben wird.

Das Zarenmanifest.

Am 31. Juli des Jahres 1898 starb Bismarck, der Vertreter der Blut- und Eisen-Politik. Am 12. August wurden die Feindseligkeiten im spanisch-amerikanischen Kriege eingestellt, am 18. August feierte im Haag das Institut für internationales Recht sein fünfundzwanzigjähriges Jubiläum, und am 28. August desselben Jahres wurde die gesamte zivilisierte Welt durch jene Veröffentlichung im russischen »Regierungsboten« überrascht, die für alle Zeiten die Bezeichnung »Das Zarenmanifest« erhalten hat (siehe oben Teil I, S. 201 u. f.).

Aktion der Pazifisten zugunsten des Zarenmanifestes.

Aus dem traurigen Bilde der Verwirrung, das die Aufnahme jener Kundgebung (siehe oben Teil I, S. 205) bot, ragte die Aktion der Friedensfreunde wie ein Trostzeichen hervor. Unbekümmert um jene Kapriolen der öffentlichen Meinung mobilisierte sie ihre Scharen. Da die für das Jahr 1898 zu Lissabon ins Auge gefaßt gewesene Abhaltung der interparlamentarischen Konferenz und des Weltfriedenskongresses wegen Schwierigkeiten, die sich dem örtlichen Komitee entgegengestellt hatten, nicht zustande kam, wurden von beiden Organisationen unter dem Eindrucke und in Hinblick auf die Wichtigkeit jenes großen Ereignisses außerordentliche internationale Versammlungen in aller Eile veranstaltet. Die nicht der interparlamentarischen Union angehörenden Pazifisten beriefen eine erweiterte Generalversammlung des internationalen Friedensbureaus nach Turin ein. Diese fand dort vom 26.—28. September 1898 im Palazzo Carignan unter dem Vorsitz von Hyppolite Luzzati statt. Das Zarenmanifest stand natürlich im Mittelpunkt der Erörterungen, und die Versammlung drückte in einer Resolution die Hoffnung aus, daß die Regierungen den Vorschlägen des Zaren aufrichtig entgegenkommen, und daß die künftige internationale

Konferenz vom bestem Erfolge begleitet sein werde. Außerdem faßte sie verschiedene Beschlüsse, dahin gehend, das vom Zaren begonnene Werk durch kraftvolle Propaganda zu unterstützen. Außer diesen, auf das Zarenmanifest bezughabenden Resolutionen wurde eine Anzahl anderer wichtiger Beschlüsse gefaßt. Die interparlamentarische Union versammelte vom 29. September bis 1. Oktober 1898 unter dem Vorsitz Houzeau de Lehaies zu Brüssel ihr Bureau und sandte an den russischen Minister des Äußeren, Grafen Murawiew, eine Glückwunschadresse, worin zum Ausdruck gebracht wurde, daß sich niemand in höherem Grade berechtigt fühlt, der Initiative des Zaren Beifall zu zollen, als die Mitglieder dieser Union, die seit neun Jahren keine Gelegenheit vorübergehen ließen, um sich dem Studium der Mittel einer Verwirklichung jenes Ideals hinzugeben, das nach den Worten des Manifestes das Ziel aller Regierungen bildet. Es wurde dabei zum Ausdruck gebracht, daß in dem Manifeste vom 24. August die Frage der Schiedsgerichtsbarkeit vermißt wurde. Man wird nicht fehl gehen, wenn man deren Einfügung in das im zweiten Rundschreiben des Grafen Murawiew enthaltene Programm [1]) auf jene Bemerkung zurückführt. Ferner wurden die nationalen Gruppen der Union aufgefordert, alles, was in ihrer Macht gelegen ist, zu tun, zur Unterstützung des vom Zaren in Angriff genommenen Werkes.

In England setzte sich William T. Stead (1849—1912) an die Spitze einer Agitationsbewegung zugunsten der vom Zaren angeregten Konferenz. Er plante einen Friedenskreuzzug, dem sich die hervorragendsten Persönlichkeiten aller Nationen anschließen sollten und der, durch alle Städte Europas ziehend, dem Zaren in Petersburg eine große Kundgebung der Kulturwelt bereiten sollte. Kam zwar dieser Plan nicht zur Vollendung, so gelang es dennoch, durch die darauf abzielenden Arbeiten die öffentliche Meinung in allen Ländern zu erwecken, namentlich aber in England, wo an 200 Orten öffentliche

[1]) Siehe oben Teil I, S. 205 u. f.

Versammlungen zugunsten der Anregung des Zaren veranstaltet wurden, die manchmal von Tausenden von Zuhörern besucht waren, und in denen von Staatsmännern, Kirchenfürsten, Parlamentariern große Reden gehalten wurden.

In einer eigens für die Propagandazwecke des Friedenskreuzzugs von Stead begründeten Zeitschrift, »War against war« betitelt, von der im ganzen 12 Wochennummern erschienen, kamen die ersten Persönlichkeiten Europas zu Worte, und auch Papst Leo XIII. ließ durch Kardinal Rampolla in einem Schreiben vom 12. Januar 1899 seinen Beifall zu dem geplanten Friedenskreuzzug ausdrücken und erklären, daß der Heilige Stuhl nichts sehnlicher wünsche, als daß alle Völker durch einen Friedensbund brüderlich verbunden sein möchten, und daß in den Beziehungen der Nationen Gerechtigkeit herrschen möge.

In Deutschland ging die Anregung zu einer nachhaltigen Bewegung zugunsten des Erfolges der zu erwartenden Friedenskonferenz von München aus, wo Frau Leonore Selenka ein Komitee gebildet hatte, dem die ersten Persönlichkeiten der süddeutschen Residenz angehörten, und dem auch Kreise ihre Unterstützung widmeten, die sich bislang der Friedensbewegung fern gehalten hatten. Angeregt und im Anschluß an diese Münchener Aktion kam auch in Berlin ein »Komitee für Kundgebungen zur Friedenskonferenz« zustande, das sich ebenfalls großer Unterstützung unter den hervorragendsten Persönlichkeiten der deutschen Reichshauptstadt erfreute. Zahlreiche Subkomitees wurden in anderen deutschen Städten begründet, große Versammlungen abgehalten und Aufrufe verbreitet. Nicht minder gewaltig war die Bewegung in den anderen europäischen Ländern, in Österreich-Ungarn, in Frankreich, Italien und im skandinavischen Norden entbrannt.

Vor dem Zusammentritt der Konferenz am 15. Mai wurden in allen zivilisierten Ländern, auch in den entlegensten, wie Japan, Neuseeland, Brasilien und Kanada, große Demonstrationsversammlungen der Frauen zugunsten des auf der Konferenz

zu schaffenden Werkes abgehalten. Im ganzen fanden 565 solcher Frauenversammlungen statt, deren Resolutionen telegraphisch nach der europäischen Zentrale mitgeteilt wurden. Frau Selenka, die Urheberin jener Demonstrationen, überreichte dann die eingelaufenen Kundgebungen dem Präsidenten der Haager Konferenz, der sie offiziell entgegennahm.

Das Zarenmanifest in den Parlamenten.

Am 12. und 13. Januar 1899 wurde das Zarenmanifest während der Lesung der neuen Militärvorlage im deutschen Reichstage einer eingehenden Würdigung unterzogen. Nur die Reichspartei und die Antisemiten nahmen eine gegnerische Stellung ein. Alle anderen Parteien und sogar der Kriegsminister sprachen in halbwegs günstigem Sinne. Der Kriegsminister beschränkte seine Sympathien allerdings darauf, daß er das Zarenmanifest als eine Bürgschaft bezeichnete, die wenigstens von Rußland her einen Angriffskrieg gegen Deutschland für ausgeschlossen erscheinen lasse. Der Abg. Eugen Richter benützte dieses Manifest, das seiner Ansicht nach nicht bloß einer sentimentalen Anwandlung entsprungen sei, dazu, um die Notwendigkeit der neuen Herresvorlage zu bestreiten, während sich die Redner des Zentrums und der Nationalliberalen auf kühle Sympathieerklärungen beschränkten und es für ratsamer hielten, die eigene Kraft trotzdem nicht außer acht zu lassen. Nur Bebel, der Redner der Sozialdemokraten, fand die richtigen Worte, obgleich das Manifest in den sozialdemokratischen Organen in abstoßender Weise verhöhnt wurde. Die Worte, die der Zar gesprochen, erschienen ihm als eine Verurteilung des Militarismus und des herrschenden Zustandes in Europa, dessen Unerträglichkeit niemand mehr bestreiten könne.

Im österreichischen Reichsrat erklärte Ministerpräsident Graf Thun Ende 1898, daß das Auswärtige Amt, »diesem hochherzig eminent humanitären Gedanken« sympathisch gegenüberstehe, und in der Sitzung des ungarischen Parlaments vom 7. September 1898 sagte der Ministerpräsident Bánffy, über das Zarenmanifest interpelliert, daß

der gemeinsame Minister des Auswärtigen »die hochbedeutsame und edle Initiative des Kaisers von Rußland« mit wärmster Sympathie entgegengenommen habe, hielt es aber für notwendig, zu bemerken, daß er die Schwierigkeiten nicht geringschätze, die der praktischen Verwirklichung dieser großen Idee im Wege stünden. Im warmen Tone war die unter dem 15. September an die russische Regierung gerichtete Antwort der italienischen Regierung gehalten, und in der französischen Kammer erklärte Delcassé, daß Frankreich das erste Land gewesen sei, das der Einladung des Zaren freudig Folge gegeben habe. Der englische Minister des Auswärtigen konnte nach Petersburg mitteilen, daß die dem Vorschlage seitens der Regierung gewidmete Sympathie ebenso von der öffentlichen Meinung des Landes geteilt werde; er unterließ es nicht, auf die Versammlungen hinzuweisen, die zugunsten der im Manifest ausgedrückten Ideen in England überall abgehalten wurden.

Bei dieser Gelegenheit sei auf zwei parlamentarische Kundgebungen hingewiesen, die sich nicht auf das Zarenmanifest bezogen, doch indirekt mit diesem zusammenhängen, da sie die Frage der Rüstungsbeschränkungen betreffen. Im französischen Parlament wurde im Spätsommer 1898 vom Abg. Vaillant ein Antrag auf Verminderung der Rüstungslasten eingebracht, und am 9. März 1899 ging der erste Lord der Admiralität, Goschen, im englischen Unterhaus über die Erklärungen Sir. Edw. Greys vom März 1894 (siehe oben S. 115) hinaus, indem er bekanntgab, daß die englische Regierung nichts sehnlicher wünsche als ihre Marineausgaben beschränken zu können. »Wir sind bereit,« so führte er aus,« unser Neubautenprogramm zu modifizieren. Wir haben die Bewegung nicht beschleunigt, wir sind ihr gefolgt. Aber ich erkläre im Namen der Regierung ihrer Majestät, daß wir, wenn die anderen großen Seemächte bereit sind, ihre Bauprogramme zu beschränken, wir ebenfalls bereit sind, ihnen zu

folgen und unser Programm zu modifizieren. Die Schwierigkeiten eines solchen Übereinkommens werden sicherlich enorm sein, aber wir hegen den aufrichtigen Wunsch der Konferenz, die entsetzliche Last erleichtert zu sehen, die auf den europäischen Nationen lastet. Wenn dieses Übereinkommen aber nicht zustande kommt, dann werden wir uns an das Programm halten, das ich der Kammer unterbreite.«

Prof. Stengel.

Die zweite Einladung Murawiews erschien (siehe oben Teil I, S. 205 u. f.), die Stimmen der Gegner mehrten sich; man triumphierte ordentlich durch Weissagungen des Scheiterns der nunmehr feststehenden Konferenz. In Deutschland wurde ein Pamphlet veröffentlicht, das gegen das Zarenmanifest gerichtet war und eine Verhöhnung der noch gar nicht zusammengetretenen Konferenz bildete. Es stammte aus der Feder des Münchener Völkerrechtslehrers Professor Stengel und hätte sicherlich nicht das geringste Aufsehen gemacht, wenn seitens des deutschen Auswärtigen Amtes nicht just dieser Professor Stengel als einer der Vertreter Deutschlands auf der Haager Konferenz erwählt und so im wahren Sinne des Wortes der Bock zum Gärtner gemacht worden wäre.

Die I. Haager Konferenz.

Aber allen Anfeindungen zum Trotz trat diese schon vor ihrer Existenz so vielgeschmähte Konferenz am 18. Mai 1899 im Haus im Busch im Haag zusammen. Was dort beraten und erreicht wurde, ist an anderer Stelle dieses Buches dargetan (siehe oben Teil I, S. 201 ff.).

Gleichzeitig mit den Diplomaten aller Nationen trafen im Haag auch zahlreiche führende Pazifisten aus allen Ländern Europas und Amerikas ein. Sie wollten Zeuge jenes Ereignisses sein, das ihre Arbeit ermöglicht hatte, und wollten während des großen Momentes mit ihrem weitgehenden Verständnis für die Sache, die dort beraten werden sollte, helfend zur Seite stehen. Was die Suttner, was Bloch, was Stead in jenen Tagen geleistet, gehört der Geschichte an.

Durch dieses Zusammenströmen der führenden Friedensfreunde hatte sich im Haag ein richtiger Friedenskongreß, eine Art Nebenkongreß versammelt, der, zwar von niemandem einberufen, dennoch nicht geringe Dienste geleistet hat. Als am 29. Juli 1899 die Konferenz ihre Arbeiten schloß und die Haager Konventionen unterzeichnet wurden, gelangte damit zugleich einer der wichtigsten Abschnitte in der modernen Kulturentwicklung zum Abschluß. Vom Wiener Kongreß am Anfang des 19. Jahrhunderts bis zur Haager Konferenz an dessen Ende, von den Kriegen des korsischen Eroberers bis zu dem auf den Ruf des Kaisers von Rußland beschlossenen ständigen Schiedshof führte ein weiter und beschwerlicher Weg. Was zu Anfang des Jahrhunderts die frommen Männer gefordert hatten, die in Amerika und in Europa die ersten Friedensgesellschaften begründeten, was im Laufe der Jahrzehnte von den Pazifisten aller Länder unter dem Hohn und Gelächter der Zeitgenossen propagiert und immer neu und unermüdlich vorgebracht und verlangt wurde, hier war es begründet worden. Ein Anfang zwar nur, aber ein aussichtsvoll in die Zukunft weisender. Ein Anfang, der einen Wendepunkt in der Menschheitsgeschichte bedeutete. Ein Rückblick auf die fast das Jahrhundert füllenden Kämpfe der Pazifisten zeigt dem Betrachter, daß es eine aufsteigende Linie war, in der sich die Menschheit in diesem Zeitraum bewegte, und dies gibt dem Menschenfreunde die Beruhigung, daß es, allen Hindernissen und Widerlichkeiten zum Trotz, alle der in hohen Wällen aufgeschichteten Dummheit und Kurzsichtigkeit zum Verdruß, dennoch vorwärts geht.

C. Von der ersten Haager Konferenz bis zur Gegenwart (1899—1912).

I. Von der ersten zur zweiten Haager Konferenz (1899—1907).

Die Zeit der Übergänge. — Die politischen Verhältnisse nach der ersten Haager Konferenz: Burenbewegung. — Das China-Unternehmen. — Günstige Symptome. — Kaiser Wilhelm. — Der russisch-japanische Krieg. — Die Erfüllung der Vorhersagungen Blochs. — Der »Friedenszar« als Kriegführender. — Die »nichtgeführten« Kriege jener Periode. — Der anglo-französische Gegensatz und seine Beilegung: Das neue Frankreich. — Barclay und d'Estournelles. — Der englisch-französische Schiedsvertrag, ein Ergebnis der pazifistischen Agitation. — Deutschland und Frankreich: Verschiedene Annäherungsmomente. — Das Hindernis. — Jaurès und die Revanche. — Die Aktion der Pazifisten. — Rouen. — Nîmes und Kassel. — Luzern. — Neue Trübung. — Deutschland und England.

Der Kampf um den Rüstungsstillstand: England. — Frankreich. — Italien, Österreich-Ungarn, Amerika. — Die Einfügung des Rüstungsproblems in das Programm der II. Haager Konferenz. — Deutschland.

Die Friedenspropaganda. — IX. Interparlamentarische Konferenz zu Kristiania. — IX. Weltfriedenskongreß zu Paris. — X. Interparlamentarische Konferenz. — X. Weltfriedenskongreß zu Glasgow. — XI. Weltfriedenskongreß zu Monako. — XI. Interparlamentarische Konferenz zu Wien. — XII. Weltfriedenskongreß zu Rouen und Havre. — XII. Interparlamentarische Konferenz zu St. Louis. — XIII. Weltfriedenskongreß zu Boston. — XIII. Interparlamentarische Konferenz zu Brüssel. — XIV. Weltfriedenskongreß zu Luzern. — XIV. Interparlamentarische Konferenz zu London. — XV. Weltfriedenskongreß zu Mailand. — Nationale Friedenskongresse. — Andere Kongresse. — Die Organisationen. — Zusammentritt der II. Haager Konferenz.

II. Die letzten fünf Jahre (1908—1912).

Die politischen Verhältnisse: Die Politik der Vergewaltigung im nahen Orient, in Korea, Persien und Marokko. — Die verhinderten Kriege infolge der Orient- und Marokkokrisis. — Der Tripoliskrieg und seine Wertung für den Pazifismus. — Der anglo-deutsche Gegensatz und der beginnende Ausgleich. — Weitere Fortschrittstatsachen.

Die Entwicklung der Schiedsgerichtsbarkeit: Die vorbehaltlosen Schiedsverträge des Präsidenten Taft.

Der Kampf um den Rüstungsstillstand: Die Stellungnahme Deutschlands. — Nach der Konferenz. — Der Artikel des Grafen Schlieffen. — Der deutsche Reichstag für eine Rüstungsvereinbarung mit England. — England: Enttäuschung nach der II. Haager Konferenz. — Neue Anregungen für ein Rüstungsabkommen mit Deutschland. — Die öffentliche Meinung in Deutschland und England. — Die anglo-deutschen Rüstungserörterungen 1910 und 1911. Vor Agadir. — Nach Agadir. — In den anderen Ländern: Die Vereinigten Staaten. — Österreich und Ungarn. — Frankreich. — Italien. — Schweden, Japan usw. — Die Stellungnahme der Regierungen gegenüber dem allgemeinen Ansturm.

Die Friedenspropaganda: Weltfriedenskongresse und Interparlamentarische Konferenzen. — XVI. Weltfriedenskongreß in München. — XV. Interparlamentarische Konferenz in Berlin. — XVII. Weltfriedenskongreß in London. — Brüsseler Generalversammlung des Internationalen Friedensbureaus. — XVIII. Weltfriedenskongreß zu Stockholm. — XVI. Interparlamentarische Konferenz zu Brüssel. — Rom im Jahre 1911. — XVII. Interparlamentarische Konferenz zu Genf. — XIX. Weltfriedenskongreß zu Genf. — Andere Kongresse. — Neue Gesellschaften und Institutionen. »Office Central des Institutions internationales«. — Der »Verband für internationale Verständigung«. — »Internationales Bureau der Lehrervereine.« — »Weltverband des Jugendbundes für entschiedenes Christentum.« — »Ligue internationale des Catholiques pacifistes«. — »American Society for Judicial Settlement of International Disputes.« — »World Peace Foundation«. — »Association of Cosmopolitan Clubs.« — »American School Peace League«. — Die Ecksteinsche »Weltpetition« für die dritte Haager Konferenz. — Die Carnegie-Stiftung. — Neue Entwicklung in Deutschland: Die Gegenkräfte. — Kaiser Wilhelm. — Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg. — Diplomatie. — Die deutsche Wissenschaft und der Pazifismus: Die Völkerrechtswissenschaft: Niemeyer, Meurer, Zorn, Nippold, Schücking, Kohler, Huber, Oppenheim, Wehberg u. a. — Lamprecht. — Harms, Goldscheid, Lynkeus-Popper, Müller-Lyer. — Die Theologen: Harnack, Rade, Nithack-Stahn, Mahling. — Ostwald, Lichtheim. — Die Propaganda in ihren Einzelheiten.

Der III. Haager Konferenz zu.

Von der ersten zur zweiten Haager Konferenz (1899—1907).

Die Zeit der Übergänge.

Die Friedensbewegung war mit dem Zustandekommen des großen Friedenskongresses der Regierungen im Haag in eine neue Ära getreten. Sie war aus den Kreisen der Friedensgesellschaften und aus dem Propagandabereich einzelner Pazifisten in das öffentliche Leben eingedrungen. Die Kreise der hohen Politik, der Diplomatie, der Wissenschaft waren ihr näher gerückt und begannen sich mehr oder weniger eingehend mit ihr zu befassen. Wohl trat ihr dadurch eine breite und geschlossene Phalanx von Gegnern entgegen, die sich bislang nicht die Mühe gegeben hatten, sie zu bekämpfen. Es entspann sich ein Widerstreit der Weltanschauungen, der dem Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts wohl für immer das bezeichnende Gepräge gegeben hat. Das alte Gewaltprinzip und das neue Prinzip einer zwischenstaatlichen Rechtsordnung ringen unausgesetzt um die Herrschaft. Auf der einen Seite sehen wir die von der Friedensbewegung erweckte Rechtsidee von Fortschritt zu Fortschritt eilen, eine Festung des alten Geistes nach der anderen vor ihr kapitulieren, sehen wir, wie eine Elite der Menschheit bemüht ist, das im Haag begründete immer weiter auszubauen und auf sichere Grundlage zu bringen, auf der anderen Seite bemerken wir aber noch das drohende Aufleuchten des alten Gewaltgeistes. Im Transvaal, vor Peking, auf den Feldern der Mandschurei flammten zwischen der ersten und zweiten Haager Konferenz die Fackeln des Krieges auf. So selbstverständlich und natürlich es ist, daß dem völligen Siege des Neuen eine Zeit des Überganges, gekennzeichnet durch das Hervortreten beider Erscheinungen — der neuen wie der alten —, voran-

gehen muß, galten den Skeptikern und Gegnern der Friedensidee die blutigen kriegerischen Ereignisse innerhalb dieser wenigen Jahre dennoch als endgültiger Hinweis der Hinfälligkeit des Pazifismus. Indem sie durch die emsige Betätigung der Friedensbewegung dieser mehr denn je ihr Augenmerk zuwandten, übersahen sie ganz und vernachlässigten sie wohl mit Absicht gerade jene Erscheinungen, die dem objektiven Betrachter den sieghaften Fortschritt des neuen Geistes offenbaren mußte. Sie übersahen, daß sich sogar diese blindwütigen, blutigen kriegerischen Ereignisse nicht mehr ganz dem Einfluß der so sehr geschmähten Friedensidee entziehen konnten, und daß gerade jene grauenhaften Vorgänge auf den verschiedenen Schlachtfeldern der letzten Jahre eine allgemeine Reaktion in der öffentlichen Weltmeinung hervorriefen, die befruchtend und fördernd auf die Entwicklung der pazifistischen Bewegung einwirken mußte.

Die politischen Verhältnisse nach der ersten Haager Konferenz.

Burenbewegung.

Die politische Konstellation zeigte sich bald nach Schluß der Haager Konferenz wenig günstig. Wie sehr dieser Umstand auf die schwierige Entfaltung des Haager Werkes eingewirkt hat, ist oben (Tl. I, S. 225 ff.) des näheren geschildert worden. Von 1899—1902 tobte der Transvaalkrieg; er erschütterte die gesamte Kulturwelt in ihrem Wirtschaftsleben. Die allgemeinen Sympathien wandten sich dem um seine Freiheit ringenden Burenvolk zu, und ein Sturm der Entrüstung tobte gegen das offizielle England. Chamberlain war der bestgehaßte Mann der Welt.

Das China-Unternehmen.

Im Jahre 1900 hatte das China-Unternehmen sämtliche großen Staaten des alten Europa und die amerikanische Union in Mitleidenschaft gezogen und zu einer kostspieligen, zwar wenig blutigen, aber auch wenig ehrenvollen Strafexpedition gegen einen widerstandsunfähigen Feind geführt, die, wie jede Gewalthandlung, den Keim zu künftigen Gewalt-

ausbrüchen in sich schloß und den wenig Jahre später zum Ausbruch gelangten russisch-japanischen Krieg vorbereitete.

Günstige Symptome.

Aber trotz aller Traurigkeit der eingetretenen Ereignisse zeigten diese doch deutliche Zeichen einer antikriegerischen Stimmung und Symptome einer werdenden Welteinheit. Das Motiv der Burenbewegung, die durch die ganze Kulturwelt ging, lag doch nur in der allgemeinen Abneigung gegen den Krieg überhaupt. Man sympathisierte mit den Buren, weil man sie durch das starke England vergewaltigt, weil man ihr Recht mit Füßen getreten sah. Der aufflammende Protest der Burenfreunde in ganz Europa war weiter nichts als eine unbewußte Zustimmung des empörten Volksgewissens zur internationalen Rechtsordnung, zur Schiedsgerichtsbarkeit, und nicht nur eine Verurteilung dieses Krieges, sondern des Krieges überhaupt, wenn auch geschickte Macher, namentlich in Deutschland und Frankreich, die mit dem Kriegshaß verbundene Sympathie für die Buren zu einer englandfeindlichen Bewegung zu verfälschen verstanden. Der wahre Beweggrund der Burenbewegung fand einen deutlichen Ausdruck, als 1901 die anläßlich der Anwesenheit des Präsidenten Krüger in Paris auf den Straßen angesammelten Massen in den Ruf: »Schiedsgericht! Schiedsgericht!« einstimmten, gerade so wie sonst die Straßendemonstranten ihren Ruf nach Krieg und Vergeltung ertönen ließen. Das China-Unternehmen zeigte in anderer Weise den Einfluß der Friedensidee auf die Gegenwart. Es zeigte eine internationale Assoziation der Heere. Nachdem ein europäisches Polizeiheer zum erstenmal einige Jahre vorher auf Kreta mit einem europäischen Mandat operierte, trat diese vereinigte Heeresmacht, durch Hinzutritt der nordamerikanischen Kontinente zu einer Weltheeresmacht vereinigt, in China unter dem Oberbefehl eines europäischen Generalissimus in Wirksamkeit. Kaiser Wilhelm konnte beim Abschied dem zu diesem Amte berufenen Feldmarschall Grafen Waldersee die Hoffnung ausdrücken, »daß diese gemeinsame Expedition

eine feste Bürgschaft gegenseitiger Anerkennung und gegenseitigen Friedens für die europäischen Mächte werden möge, wie das Seine Majestät der Kaiser von Rußland im vorigen Jahre auf anderem Gebiete versucht hat. Was uns im Frieden nicht hat beschieden sein können, das ist uns vielleicht beschieden, mit den Waffen in der Hand zu erreichen.« Wir Friedensfreunde erblickten in dem Weltgeneralissimus, der die europäischen und amerikanischen Heere anführte, höchstens den Vorläufer des Weltstaatsmannes, der das von uns erhoffte Ziel auf friedlichem Wege zu erreichen imstande sein wird.

Kaiser Wilhelm.

Kaiser Wilhelm, der sich immer als begeisterter Soldat zeigte, sprach noch am 8. September 1899, bald nach dem Schluß der Haager Konferenz, davon, daß, »ehe die Theorien des ewigen Friedens zur allgemeinen Anwendung gelangen, noch manches Jahrhundert vergehen würde«, und daß der sicherste Schutz des Friedens vorläufig das Deutsche Reich und seine Fürsten seien. Am 7. Juni 1903 gab der Kaiser in einem Telegramm an das Thüringische Infanterieregiment Nr. 74 seiner Zuversicht Ausdruck, daß das Regiment auch in Zukunft seiner ruhmvollen Vergangenheit Ehre machen werde, womit er seinen Glauben an die Möglichkeit eines europäischen Krieges deutlich darlegte. Hingegen nannte der Kaiser im Jahre 1900 in einem Telegramm an den Lord-Oberrichter O'Brien in Irland die sportlichen Wettkämpfe ein ausgezeichnetes Mittel »zur Förderung des Wohlwollens und der Brüderlichkeit unter den Nationen«, und bei seiner Rede in Cuxhaven am 21. Juni 1904 sprach er von der sich jedem objektiven Beobachter der Vorgänge auf dem Erdkreise aufdrängenden Erkenntnis, »daß allmählich die Solidarität unter den Völkern der Kulturländer unstreitig Fortschritte macht«, daß sich dies Gebiet erweitere und diese Solidarität »unmerklich, aber unwiderstehlich in das Programm der Staatslenker übergehe«. Am 22. März 1905 sprach der Kaiser davon, daß er sich, als er zur Regierung

kam, den Fahneneid geschworen habe, alles zu tun, was an ihm liegt, »die Bajonette und Kanonen ruhen zu lassen«, daß das deutsche Weltreich »nicht auf Eroberungen begründet sein will durch das Schwert, sondern durch gegenseitiges Vertrauen der nach gleichen Zielen strebenden Nationen«. In der Thronrede vom November 1905 sprach der Kaiser unter Hinweis auf die Schwierigkeiten, die zwischen Deutschland und Frankreich in der marokkanischen Angelegenheit entstanden waren, die Worte: »Es ist mir eine heilige Sache um den Frieden des deutschen Volkes.«[1])

Der russisch-japanische Krieg.

Das Jahr 1904 stellte die Friedensbewegung wieder vor eine ernste Lage. Im Februar begann die Veranstaltung des unseligen russisch-japanischen Kriegs, den die Anhänger des ewigen Krieges wieder mit Schlagworten zu begründen suchten. Danach war es unbedingt notwendig, daß sich Japan und Rußland um die Vorherrschaft in Ostasien auseinandersetzen mußten, weil Rußland angeblich einen eisfreien Hafen, Japan Gebiet für seine überschüssige Bevölkerung haben mußten. In Wirklichkeit brach jener Krieg aus, weil einige einflußreiche Persönlichkeiten am Zarenhofe großes Interesse an dem Besitz reicher Waldungen am Yaluflusse an den Tag legten. Vorteile hat er keinem der Kämpfenden gebracht. Erst der freiwillig auf der Grundlage gegenseitiger Verständigung zwischen Japan und Rußland abgeschlossene Vertrag vom 4. Juli 1910[2]) brachte Ordnung in die wechselseitigen Beziehungen beider Staaten. Die Organe der Friedensbewegung ließen nichts unversucht, um den Ausbruch des Krieges, als er noch im Anzuge war, zu verhindern. Das Berner Bureau veröffentlichte nach dem Ausbruch ein Weißbuch, in dem alles zusammengefaßt war, was zur Würdigung des Streitfalles in Betracht kommen konnte; es wandte sich auch an

---

[1]) Über andere Äußerungen des Kaisers siehe in meinem Buche: »Der Kaiser und der Weltfriede«. Berlin 1910.

[2]) Siehe oben Teil I, S. 102.

die Staatsoberhäupter der am Kriege beteiligten Reiche und an die Regierungen der neutralen Staaten, um diese zur Anwendung der Bestimmungen der Haager Abkommen zu veranlassen. Es zeigte sich aber auch hier, daß es nicht Aufgabe der Friedensbewegung sein kann, ausgebrochene Kriege zum Erlöschen zu bringen, sondern lediglich, die Schaffung von Einrichtungen vorzubereiten, die den Ausbruch von Kriegen zu verhindern geeignet sind. Wir sind keine Feuerwehr, die man ruft, wenn der Brand schon ausgebrochen ist, sondern eher die Agenten einer Imprägnierungsanstalt, die ein Mittel empfehlen, das, wenn es angewendet wird, den Ausbruch des Brandes verhindert.

Für die Friedensbewegung war aber auch dieser Krieg eine Förderung. Die Pazifisten der ganzen Welt sahen zwar zu ihrem Schmerze das augenblickliche Versagen jener Bestimmungen, die in bezug auf die Verweisung der Streitenden nach dem Haag und auf die Vermittlung nicht zur Anwendung gelangt waren, verkannten aber nicht, daß bei dem heftigen Kampfe zwischen pazifistischer und militärischer Weltanschauung das Übergewicht der letzteren sich wohl noch fühlbar machen könne, ohne daß die Lebenskraft des Pazifismus irgendwie Einbuße erleiden müsse. Es ist nicht möglich, am Anfang alles zu erreichen. Hingegen konnte man es schon als einen großen Fortschritt begrüßen, daß weite Kreise der Bevölkerung und der politischen Welt nachdrücklichst auf das durch die Haager Konventionen gegebene Friedensrecht hinwiesen und infolge der Nichtbeachtung dieser Abkommen zu einer Verurteilung jenes Krieges kamen, wie sie in solchem Maße die Welt noch nie gesehen hat. Der Krieg erwies sich als ein trauriger, aber um so mächtigerer Bundesgenosse des Pazifismus. Noch nie war die antikriegerische Stimmung der Völker und weiter politischer Kreise[1]) in der ganzen Welt so groß, wie während jenes

[1]) Leo Tolstoi erhob seine warnende Stimme in seiner Anklageschrift »Besinnt Euch!« und Papst Leo XIII. gab im geheimen Konsistorium vom 27. März 1905 in einer Ansprache sein Bedauern

grauenvollen Feldzuges in der Mandschurei, der als der erste zwischen europäisch ausgerüsteten, mit den modernsten Vervollkommnungen der Waffentechnik versehenen großen Heeren geführte, gleichsam ein abschreckendes Beispiel für die Menschheit und eine weithin bemerkbare Propaganda für den Pazifismus wurde. Die Stimmung gegen den Krieg wuchs in jenem Jahre ins ungemessene, und man konnte voraussehen, daß nach dem Friedensschluß, der den Wahnwitz eines modernen Krieges erst recht deutlich beleuchtete, der Friedensgedanke einen noch größeren Aufschwung nehmen wird.

Die Erfüllung der Vorhersagungen Blochs.

Fast alle Vorhersagungen Johann v. Blochs gingen in der Mandschurei in Erfüllung, und die europäischen Militärmächte, die ihre Vertreter studienhalber nach dem Kriegsschauplatz entsandt hatten, erkannten nun plötzlich jene völlige Veränderung der Kriegführung, jene völlige Revolutionierung des Krieges selbst, wie sie Bloch schon seit Jahren vorausgesagt hatte. Die Theorie, der sie nicht glauben wollten, fand nunmehr ihre volle Bestätigung in der Praxis. [1])

Der »Friedenszar« als Kriegführender.

Daß nach der Haager Konferenz nun der dritte kriegerische Zusammenstoß sich ereignete, und daß just der Zar, der die Friedenskonferenz einberufen hatte, gezwungen war, einen Krieg zu führen, bildete den »Triumph« der Gegner des Pazifismus. Nur bei oberflächlicher Betrachtung kann solche Logik Geltung behalten. Nicht in der Hoffnung, den Krieg mit einem Schlage zu beseitigen, hatte der Zar jene Konferenz einberufen, sondern um ihm nach Möglichkeit vorzubeugen tat er es, und in erster Linie, um die Lasten der zwischenstaatlichen Anarchie allmählich zu erleichtern und diese nach

---

über diesen »schrecklichen Krieg« kund und sagte, »daß die Übel, von denen die Menschheit allenthalben bedrängt wird, so zahlreich und groß« sind, »daß es nicht notwendig ist, daß sie noch durch die Greuel des Krieges leidet«.

[1]) Sie darüber oben Teil I, S. 91 u. f.

und nach selbst zu beseitigen. Nach dieser Richtung hat das Werk der ersten Konferenz alles gehalten, was die Pazifisten von ihm erwarteten. Nur die Anhänger der Kriege suchten glauben zu machen, man hätte von der ersten Konferenz schon den »ewigen Frieden«, die endgültige Beseitigung des Krieges erwartet. Im übrigen wird der Zar wohl als Selbstherrscher bezeichnet, er ist aber keineswegs Herr seiner Handlungen, die beeinflußt werden von seiner Umgebung. Er erscheint als der Vollzieher des Willens jener Kreise, die gerade den größten Einfluß auf ihn gewinnen. Obsiegen die modernen Menschen um ihn, dann erscheint er als der Licht- und Friedenszar, gelingt es den altrussischen reaktionären Kreisen, die Oberhand zu erringen, dann ist er der Zar der Finsternis, der Blutzar, der die Finnen vergewaltigt, die Juden mordet, die Fortschrittler nach Sibirien schickt und die Mandschurei mit Blut bedeckt. Er handelt nicht zwiespältig; nur der große Zwiespalt des russischen Volkes kommt in seiner Person zum Ausdruck. Man braucht unter all den Schatten seiner Handlungen den Zufall der einen lichtvollen nicht zu verabscheuen. Der Zufall regiert die Weltgeschichte, und wenn er einmal Gutes leistet, muß man ihn freudig beim Wort nehmen. Dies taten klugerweise die Pazifisten. Sie wollten die Fortschritte, die das Haager Werk gezeitigt hat, nicht preisgeben, weil sein Urheber auch dem Rückschritt dienstbar wurde. Und sie haben damit klug und im Interesse der Kultur gehandelt.

Die »nichtgeführten« Kriege jener Periode.

Man darf ob diesen trüben Erinnerungen die Lichtseiten der Entwicklung nicht übersehen, über die Reihe jener blutigen Kriege jene nicht vergessen, die zu verhindern der Friedensgedanke schon stark genug war (siehe oben Teil I, S. 95 u. f. »Die Liste der nichtgeführten Kriege«). Man denke an die Beilegung des Huller Konfliktes zwischen England und Rußland, des Marokkokonfliktes zwischen Deutschland und Frankreich in seinen verschiedenen Stadien, der friedlichen Trennung Norwegens von Schweden und vieler anderer

ernster Streitfälle, bei denen es zu einem friedlichen Ausgleich kam.

Der anglo-französische Gegensatz und seine Beilegung.

Das neue Frankreich.

Ein hervorragendes Ereignis von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der Friedensidee bildete der große Umschwung in Frankreich, verursacht durch die infolge der Dreyfußaffäre bewirkte Auflehnung der Geister gegen die Mächte der Finsternis, die bei der verwickelten Intrige um die Person des unglücklichen Hauptmannes ihre Hände im Spiele hatten. Aus dieser fürchterlichen Krise ging Frankreich neugeboren und wie in einem Flammenbade gestählt hervor. Die fortschrittlichen Elemente erhielten die Oberhand über die reaktionär-konservativ-klerikalen Schichten. Die Friedensidee wurde in Frankreich ein Teil des Regierungsprogramms und beeinflußte die hohe Politik. Den neuen Gewalten, die ans Ruder kamen, gelang es auch, den bitteren Haß zu überwinden, der sich in der Presse und der von ihr beeinflußten breiten Masse seit den erregten Tagen von Faschoda gegen England geltend gemacht, und der durch den Burenkrieg bereits gefährliche Formen angenommen hatte. Die Friedensbewegung auf beiden Seiten des Kanals hatte sich mit voller Kraft ins Zeug gelegt, um den gefährlichen Gegensatz beseitigen zu helfen. Schon während der Pariser Weltausstellung (1900) kamen englische Arbeiter, die zwei Millionen Gewerkschaftsmitglieder vertraten, nach Paris, um in Gemeinschaft mit ihren französischen Gesinnungsgenossen an der Pariser Arbeiterbörse in einer mächtigen Kundgebung (29. Oktober 1900) für den Frieden zu demonstrieren, und im Sommer des nächsten Jahres (15. Juni 1901) erwiderten französische Arbeiter diesen Besuch in London. Sie überbrachten namens des organisierten französischen Proletariats einen Aufruf, der mit den Worten schloß: »Krieg dem Kriege, es lebe der Friede, es lebe die internationale Eintracht der Nationen.«

Barclay und d'Estournelles.

Zwei Männer traten alsdann besonders wirksam für die Annäherung beider Völker ein. Einer war Sir Thomas Barclay, damals Präsident der englischen Handelskammer in Paris, der andere, der bekannte Verfechter der Schiedsidee und Mitarbeiter im Haag, Baron d'Estournelles de Constant. Barclay war schon durch seine Stellung als Präsident einer zur Förderung des Handels zwischen beiden Nationen dienenden englischen Körperschaft in Paris dazu berufen, das Aussöhnungswerk zu betreiben, und oblag diesem auch mit seltenem Eifer. Er hielt in England und Frankreich Vorträge und veröffentlichte Artikel zugunsten eines Stimmungswandels zwischen beiden Völkern. In einer bedeutenden Versammlung, der französischen »Association pour l'Arbitrage entre nations«, hielt er am 27. März 1901 einen Vortrag, wobei er den Vorschlag machte, England und Frankreich durch einen Schiedsvertrag zu verbinden. Der Vorschlag fand in beiden Ländern ein sympathisches Echo. Barclay hörte nicht auf, das Projekt zu betreiben und weiter durch eine rege Agitation diesseits und jenseits des Kanals dafür einzutreten. Namentlich die Handelskammern beider Länder wußte Barclay für das Projekt zu interessieren, und ein Jahr später hatten sich 76 Handelskammern in England und die hervorragendsten Handelskammern in Frankreich für das Projekt eines ständigen franko-englischen Schiedsvertrags erklärt.

Im März 1903 gründete Baron d'Estournelles im Schoße des französischen Parlamentes, neben der bestehenden interparlamentarischen Gruppe, die »Groupe de l'Arbitrage international«, die sofort 140 Mitglieder zählte und heute über 500 umfaßt. D'Estournelles, zum Präsidenten erwählt, betrieb mit Eifer das Werk der englisch-französischen Aussöhnung. Vom 22.—25. Juli 1903 fand die historisch denkwürdige Parlaments-Entrevue zwischen Mitgliedern des französischen und des englischen Parlaments in London statt. Am 22. hielt d'Estournelles bei dem großen Bankett in Westminster-Hall seine denkwürdige Rede zugunsten des Friedens

und der Schiedsgerichtsbarkeit, die von den englischen Ministern Balfour und Chamberlain, wie von dem liberalen Parteichef Campbell-Bannermann im gleichen friedensfreundlichen Sinne beantwortet wurde. Nach Frankreich zurückgekehrt, sandte d'Estournelles ein offenes Schreiben an den Minister Delcassé, darin die Ergebnisse der Parlamentsentrevue auseinandersetzend und die Abschließung eines englisch-französischen Schiedsvertrags fordernd. Unmittelbar darauf gelang es ihm, die französischen Generalräte mit einer überwältigenden Mehrheit für das Projekt zu gewinnen. Als am 26. November 1903 die englischen Parlamentarier zum Gegenbesuche des französischen Parlaments in Paris erschienen, war wenige Wochen vorher (14. Oktober 1903) der englisch-französische Schiedsvertrag in London unterzeichnet worden.

Dieser Vertrag war eine Tat. Minister Balfour sagte darüber in seiner Rede am Lordmajorsbankett vom 9. November desselben Jahres: Man müsse damit rechnen, den Geist wachsen zu sehen, der Schiedsverträge, wie den zwischen England und Frankreich abgeschlossenen, eingegeben habe, »den Geist, welcher jeder europäischen Regierung zum Bewußtsein bringt, daß sie ein Verbrechen begeht, wenn sie die Nation in einen Krieg treibt, und daß man Streitigkeiten einem Gerichte, gegen dessen Entscheidung es keine Berufung gibt, unterbreiten oder in aller Offenheit einen loyalen Meinungsaustausch herbeiführen müsse, der das sicherste Mittel sei, um Mißverständnisse zu vermeiden«.

Der englisch-französische Schiedsvertrag, ein Ergebnis der pazifistischen Agitation.

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß der englisch-französische Schiedsvertrag der Anfang der großen europäischen Schiedsbewegung ist, die seitdem so herrliche Früchte gezeitigt hat (siehe oben Tl. I S. 179 und die Tabelle auf S. 185), so ist es angezeigt, auch daran zu erinnern, daß dieser Vertrag und die sich daran knüpfenden Schritte

der europäischen Regierungen nicht dem Ermessen der Diplomaten, sondern in erster Linie der Agitation der Pazifisten zu danken ist. In dem über das englisch-französische Übereinkommen veröffentlichten Gelbbuch ist der Briefwechsel zwischen dem französischen Gesandten in Paris, Cambon, und dem französischen Minister des Auswärtigen, Delcassé, enthalten, worin der Minister wiederholt auf die Kampagne hinweist, die auf beiden Seiten des Kanals zugunsten des Vertrages betrieben wird, und worin er auf Grund dieser Bewegung seinen Gesandten auffordert, die englische Regierung über ihre Bereitwiiligkeit zur Abschließung eines solchen Vertrages zu sondieren.

In Frankreich nahmen sich die offiziellen Kreise, wie oben bereits erwähnt, in entschiedenster Weise der Friedensidee an. Ministerpräsident Combes äußerte sich 1903 bei einem Festmahl in Tréguien: »Ich hoffe, wir werden bald das Morgenrot des allgemeinen Friedens aufgehen sehen.« Am 10. April 1904 rühmte er in einer Rede zu Laon die Friedensliebe Frankreichs, die durch die fortwährend abgeschlossenen Schiedsverträge zum Ausdruck komme, und die der Minister das »mächtigste Werkzeug zur Verhütung künftiger Kriege« nannte. Präsident Loubet selbst nannte sich im April 1904 zu Arras einen »überzeugten und beharrlichen Werkmeister des Friedens«. Den vollständigen Abschluß fand das franko-englische Verständigungswerk durch den Kolonialvertrag vom 8. April 1904 (siehe darüber oben Tl. I, S. 197 ff.), durch den die beiden Staaten ihre verschiedenen Streitpunkte durch Ausgleich beseitigten und so die Grundlage ihrer neuen politischen Konstellation schufen, die als »Entente cordiale« in Erscheinung trat.

Deutschland und Frankreich.
Verschiedene Annäherungsmomente.

Unter dem Einfluß der ersten Haager Konferenz schien es auch, als ob sich zwischen Deutschland und Frank-

reich eine Annäherung vollziehen sollte. Nicht nur 1900 in China, auch schon ein Jahr früher am Togo kämpften deutsche und französische Soldaten als Waffenbrüder nebeneinander. Seit einigen Jahren bereits mangelte es nicht an gegenseitigen Höflichkeiten und Aufmerksamkeiten von beiden Seiten. Der deutsche Kaiser namentlich ließ keine Gelegenheit vorübergehen, den Nachbarn im Westen seine Achtung zu bezeugen. Schon früher hatte der Kaiser sich den Franzosen von der freundschaftlichsten Seite gezeigt. So bald nach seinem Regierungsantritt, als er zu Jules Simon (1890) sagte, daß er »denjenigen für einen Narren und für einen Verbrecher« halte, »der es unternehmen wollte, diese beiden Völker in einen Krieg hineinzutreiben«, als er zum Tode Mac Mahons, Carnots und Faures, 1897 bei dem großen Pariser Bazarbrand, 1898 beim Untergang des französischen Passagierdampfers »Bourgogne« sein Beileid zum Ausdruck brachte. Bald war es wieder der Besuch eines französischen Schulschiffes — der »Iphigenie« in den norwegischen Gewässern — und des Kaisers anerkennendes Telegramm über die Haltung der jungen französischen Seekadetten an den Präsidenten der Republik, bald die Anerkennung des Mutes der bei St. Privat gefallenen französischen Soldaten gelegentlich der Enthüllung des Kriegerdenkmals auf dem Schlachtfelde von St. Privat im Juli 1899. Im Sommer 1901 zog der Kaiser in Berlin zwei höhere französische Offiziere zu einem militärischen Festmahl heran und trank auf das Wohl der französischen Armee und die deutsch-französische Waffenbrüderschaft. Einer dieser Offiziere, der General Bonnal, erwiderte diesen Toast mit einem Trinkspruch auf die deutsche Armee und ihren »Soldatenkaiser«. Zuvor waren die beiden Offiziere an der Spitze der von der Parade kommenden Truppen mit dem Kaiser zusammen in Berlin eingezogen. Bei dem Londoner Feuerwehrkongreß desselben Jahres toastete der Pariser Feuerwehrkommandant Guesnet im speziellen Auftrag des Präsidenten Loubet, auf Kaiser Wilhelm. Deutsche Schauspieler konnten in Paris auftreten und wurden mit Bei-

fall überschüttet, während die berühmte Tragödin Sarah Bernhardt, die deutschen Boden seit dem Kriege gemieden hatte, wie zahlreiche andere französische Künstler, wiederholte Künstlerfahrten durch Deutschland machten, wobei der Kaiser gern die Gelegenheit ergriff, sie persönlich auszuzeichnen. Im Sommer 1909 war anläßlich der Kieler Woche der große französische Friedensvorkämpfer Baron d'Estournelles mit anderen französischen Deputierten des Kaisers Gast auf der Yacht »Hohenzollern«.

Das Hindernis.

Trotz all dieser Anzeichen und der regen Wechselbeziehungen des geistigen und wirtschaftlichen Lebens, die sich geltend zu machen begannen, und die alle zu erwähnen viel zu weit führen würde, lag immer noch, ein ehrliches und offenes Freundschaftsbündnis der beiden großen Kulturvölker hindernd, der Frankfurter Vertrag dazwischen, den ein großer Teil der Franzosen noch immer nicht anerkennen wollte, und an dem der größte Teil der Deutschen nicht rütteln zu lassen entschlossen war. Der große politische Fehler Bismarcks, die Landannexion, machte sich in schwerwiegender Weise geltend. Wohl fehlte es hüben wie drüben nicht an Stimmen, die zur Einigung mahnten, aber selbst ein so aufgeklärter Mann und so eifriger Friedensfreund wie d'Estournelles, der keine Gelegenheit unterließ, auf die Notwendigkeit eines deutsch-französischen Bündnisses hinzuweisen, das er als den Anfang einer europäischen Föderation und als die einzige Möglichkeit einer Erleichterung der ganz Europa wirtschaftlich gefährdenden Rüstungslasten erklärte, konnte nicht umhin, als die Grundbedingung dieser so wichtigen Entente »gegenseitige Konzessionen« zu bezeichnen, an deren Gewährung nach der Meinung der in Deutschland herrschenden Kreise nicht zu denken war, wenn damit auch nur ein teilweiser Verzicht auf die Reichslande zu verstehen wäre.

Jaurès und die Revanche.

Der in der inneren Politik Frankreichs infolge der Dreyfuskrise sich geltend machende Umschwung zeitigte aber auch

auf diesem Gebiete eine erfreuliche Folge. Die Rede, die der sozialistische Deputierte Jaurès im Juni 1902 in der französischen Deputiertenkammer hielt, brachte endlich das erlösende Wort, das, wenn auch keine Lösung des deutsch-französischen Konfliktes, so doch eine bedeutende Abschwächung und dessen völlige Verschiebung bewirkte. Unter dem Beifallsjubel der Mehrheit des französischen Parlamentes durfte er aussprechen, daß es endlich Zeit sei, den Revanchegedanken zu vergessen, sich mit der Geschichte abzufinden und mit dem Abwerfen der unerträglichen Rüstungslast den Völkern Europas mit gutem Beispiel voranzugehen. Daß ein solches Wort in Frankreich überhaupt gesprochen werden konnte, daß es in weitesten Kreisen auf Beifall stieß, war eines der bedeutendsten Zeichen dafür, daß der pazifistische Gedanke im Laufe des letzten Jahrzehnts sich in ungeahnter Weise entwickelt hatte. »Alle Welt denkt« konnte der Deputierte Maret, der Redakteur des »Radical«, in Anknüpfung an Jaurès Rede schreiben, »daß man nie eine so große Dummheit gesehen hat, wie die der Nationen, die einander wütend anglotzen und sich durch Rüstungen ruinieren in der festen Absicht, keinen Krieg zu führen«. Als dann im September desselben Jahres der französische General André bei einem Bankett nach der Art der Kriegsminister wieder mit dem Säbel rasselte, und dieses Säbelrasseln in Deutschland mehr Eindruck machte als die Friedensworte Jaurès, da schrieb Jaurès in der »Petite République«, daß die wahre Revanche für beide Völker darin bestehen werde, die freiheitlichen Einrichtungen weiter zu entwickeln und den Frieden zu organisieren. In dieser französisch-deutschen Entente von Demokratie und Freiheit werden die Elsaß-Lothringer die notwendigen Bürgschaften ihres Rechts finden. — Der »Revancheschwindel«, der seit vielen Jahrzehnten die Politik beider Länder beherrschte und diesen ungeheure Lasten auferlegte, hatte mit diesem Vorgehen einen tödlichen Stoß erhalten. Am 10. November 1904 kam Jaurès wieder auf das deutsch-

französische Verhältnis zu sprechen und spielte dabei sogar auf ein Bündnis mit Deutschland an. Er sprach abermals einen Verzicht auf gewaltsame Wiedervergeltung aus, indem er sagte: »Meine Freunde und ich wollen nicht von den Zufälligkeiten der Gewalt die Wiedergutmachung der Vergewaltigung und die Erfüllung des Rechtes fordern.«

Die Aktion der Pazifisten.

Im Jahre 1903 gründete der deutsche Gelehrte Dr. Molenaar eine »deutsch-französische Liga«, als deren Programm er die Versöhnung beider Nationen auf Grund einer Teilung der Reichslande nach Sprachgrenzen vorschlug, ein mutiger Vorstoß, der nur leider in Frankreich mehr Anhänger fand als in Deutschland.

Rouen.

Immerhin hatte dieser Vorstoß den Erfolg, daß die trennende Frage von beiden Seiten einmal energisch ins Auge gefaßt und eingehend beleuchtet wurde. Auf dem Friedenskongreß in Rouen (1903) wurde von französischer Seite beantragt, daß der Kongreß der deutsch-französischen Liga seine Sympathien ausdrücken solle. Da bei dieser Gelegenheit die elsaß-lothringische Angelegenheit zur Sprache kommen sollte, bewirkten die anwesenden Deutschen, daß die Angelegenheit ohne Diskussion einer Kommission zum Studium überwiesen und erst auf einem späteren in Europa, aber in keinem der beiden interessierten Länder abzuhaltenden Kongresse zur Erörterung gelangen möge. Das Rouennaiser Vorkommnis hatte wieder den Erfolg, daß die Frage in beiden Ländern, namentlich aber in den pazifistischen Revuen eingehend erörtert wurde.

Nîmes und Kassel.

Der II. französische Friedenskongreß, der im April 1904 in Nîmes stattfand, zeitigte eine »Deklaration« der französischen Pazifisten über dieses Thema, in der deren Standpunkt genau zum Ausdruck kam. Freilich beharrte man auch da noch immer darauf, daß nur eine Volksabstimmung in den Reichslanden das verletzte Recht der Völker auf Selbstbestimmung

wieder herstellen könne, man gab aber auch zu, daß nicht, wie bisher immer erklärt wurde, »der Friede durch das Recht« hergestellt werden müsse, sondern »daß sich die provisorische Methode auch gegenteilig formulieren könnte«, indem das Recht durch den gesicherten Frieden erstehen werde. Weiter wurde der Revancheidee eine eklatante Absage mit der Begründung erteilt, daß ein bewaffneter Eingriff keine Lösung, sondern nur eine Verschiebung der Frage bedeuten würde, und daß es eine »pazifistische Pflicht« wäre, die Gerechtigkeit nicht auf Grund von Gewaltakten zu erstreben. Auch die im März desselben Jahres zu Kassel tagende Generalversammlung der deutschen Friedensgesellschaft nahm ein von Dr. Richter vorgelegtes Memorandum an, das unter Berücksichtigung der Verhältnisse in Deutschland, die jeder Revision des Frankfurter Vertrages abhold seien, so daß aus der Erörterung solcher Vorschläge nur Nachteile für die Entwicklung der Friedensbewegung sich ergeben müßten, zu dem gleichen Schlusse kam, wie die Franzosen in ihrer Erklärung von Nimes, daß nämlich erst der gesicherte Friede das Recht der Völker zur vollen Anerkennung bringen könne.

Luzern.

Auf dem XIV. Weltfriedenskongreß zu Luzern kam es dann, nach sehr eingehenden Erörterungen in der Kommission und im Plenum nach einer feierlichen und versöhnlichen Gegenrede zwischen Prof. Quidde und Fréd. Passy, die als Vertreter ihrer Nationen das Wort führten, zur Annahme einer ausführlichen Resolution, worin als wesentlicher Bestandteil eines internationalen Rechtssystems anerkannt wird, daß »über die staatliche Zugehörigkeit eines Gebietes nur mit der freien Zustimmung der Einwohner verfügt werden kann«, und der Überzeugung Ausdruck gegeben wurde, »daß sobald dieses System fest begründet sein wird, die jetzt so brennenden nationalen Fragen viel von ihrer Schärfe verlieren werden, und daß es dann möglich sein wird, die Grundsätze des so anerkannten Rechtes auch auf die früheren

Eroberungen anzuwenden.« Der Kongreß drückte ferner den Wunsch aus, »daß die deutsche und französische Regierung Verhandlungen anbahnen und sich bemühen mögen, durch gegenseitige Zugeständnisse und etwaige Ausgleiche einen Friedens- und Rechtszustand zwischen beiden Ländern herbeizuführen, der ihrem eigenen Interesse entspricht, wie dem der ganzen zivilisierten Welt.«

Neue Trübung.

Der engere Anschluß Frankreichs an England, durch den sich Deutschland bedroht und isoliert fühlte, hemmte die Entwicklung der deutsch-französischen Annäherung. Und als im März 1905 Kaiser Wilhelm in Tanger landete und in einer Ansprache an die Abgesandten des Sultans von Marokko die französische Marokkopolitik kreuzte, spitzte sich die Spannung zwischen Deutschland und Frankreich im Laufe des Sommers derart zu, daß man offen von einem Kriege sprach. Dank dem bereits pazifistisch beeinflußten Zeitgeist kam es, allerdings nach schwierigen Verhandlungen, zu jenem Abkommen, das zur Einberufung der Algeciraskonferenz (17. Januar 1906) führte, wodurch die Kriegsgefahr beseitigt wurde (siehe oben Teil I, S. 97). Die Beziehungen besserten sich alsdann wieder. Wenn sie auch in der Folge noch öfter gestört wurden und durch mannigfache Krisen hindurch gingen, so konnte Deutschland der Welt im Sommer 1906 doch das schöne Schauspiel geben, daß sich deutsche Bergleute im Auftrage des Kaisers an der Rettung ihrer in den Gruben von Courrières verschütteten französischen Berufsgenossen mit Auszeichnung beteiligen konnten.

Deutschland und England.

Die englandfeindliche Stimmung, die als Folge des Burenkrieges in Europa Platz gegriffen hatte, wurde dank der Treibereien der Alldeutschen und der Propaganda des am 30. April 1898 begründeten Deutschen Flottenvereines in Deutschland nicht so leicht überwunden wie in Frankreich. Die deutsche Flottenpolitik, die im November 1900 zur Annahme der großen Flottenvorlage führte, begann in England

Beunruhigung zu erregen. Die chauvinistische Presse erweckte und nährte die Furcht vor einer »deutschen Invasion«, die zu Gehässigkeiten gegen Deutschland führte, worin wieder die chauvinistischen Organe Deutschlands Gelegenheit fanden, Gehässigkeiten gegen England loszulassen. Am 22. Januar 1901 war König Eduard VII. seiner Mutter auf dem Throne gefolgt. Seine Politik der Verständigung, die zur Anbahnung der großen Schiedsaktien des europäischen Westen und zu Verständigungen mit Frankreich und Rußland führte, erregte in Deutschland Mißtrauen. Der in England herrschenden Furcht vor einem beabsichtigten deutschen Einfall standen in Deutschland die Bedenken gegen eine beabsichtigte »Einkreisung« gegenüber. Als am 14. April 1904 im deutschen Reichstag die kurz vorher abgeschlossene franko-englische Kolonialverständigung berührt wurde und der Abgeordnete Bebel das damals viel erörterte Thema von der »Vereinsamung Deutschlands« zur Sprache brachte, erwiderte der Reichskanzler, Fürst Bülow: »Wenn wir uns unser Schwert scharf halten, so brauchen wir uns vor dem Alleinsein nicht so zu fürchten.« Als die Spannung immer gefahrdrohender wurde, griffen die Pazifisten ein. Im Jahre 1904 kamen William Fox und Sir Thomas Barclay nach Berlin, um mit den führenden Kreisen in der Reichshauptstadt Fühlung zu nehmen. Am 12. Juli 1904 kam es sogar zum Abschluß eines ständigen Schiedsvertrages zwischen Deutschland und England, was um so erfreulicher war, als sich Deutschland der vertragsmäßigen Schiedsgerichtsbarkeit gegenüber bis dahin ablehnend verhalten hatte und mit jenem Abschluß den ersten Schritt auf der Bahn der ständigen Schiedsgerichtsbarkeit unternahm. Auf dem XIV. Weltfriedenskongreß, der im Herbst 1905 in Luzern staatfand, traten die englischen und deutschen Delegierten zu einer vertraulichen Besprechung zusammen, um die gespannte Lage zwischen beiten Staaten einer Erörterung zu unterziehen, und über Abhilfe zu beraten. Es wurde ein Ausschuß von je fünf deutschen und englischen Vertretern eingesetzt, der sich zwecks

Gründung einer großen anglo-deutschen Verständigungsgesellschaft an die Öffentlichkeit wandte, was zunächst in England die Bildung eines Komitees zur Folge hatte, an dessen Spitze der Schwager des Königs, der Herzog von Argyll, stand, dem sich einige hundert Träger der ersten Namen des vereinigten Königreichs anschlossen. Am 1. Dezember kam es bereits zu der ersten großen Kundgebung in Caxton-Hall in London, der auch Vertreter der deutschen Botschaft beiwohnten. Einige Tage später fand in Berlin eine deutsche Parallelversammlung statt, die sofort zur Gründung des deutsch-englischen Verständigungskomitees führte, dem sich erste Persönlichkeiten in großer Zahl anschlossen. Um die Bildung und Fortführung dieser Gesellschaft hatte sich namentlich E. de Neufville aus Frankfurt a. M. große Verdienste erworben. Aus der Tätigkeit dieser großen Verständigungsausschüsse ergaben sich in den darauffolgenden Jahren die wechselseitigen Besuche wichtiger Berufsgruppen, so der Journalisten, Bürgermeister, Handelskammern, Geistlichen usw. Am 14. November 1906 konnte Fürst Bülow die guten Erfolge dieser aus dem Weltfriedenskongreß hervorgegangenen Aktion feststellen. So sehr es auch im Laufe der Jahre zu ernsten Verstimmungen kam und der anglodeutsche Alp auch heute (Sommer 1912) noch nicht von der Kulturwelt genommen ist, war es doch das Wirken dieser Verständigungsgesellschaften, das die öffentliche Meinung in einem solchen Grade imprägniert hat, daß es selbst unter den kritischsten Augenblicken zu einem Bruch nicht kommen konnte.

Der Kampf um den Rüstungsstillstand.

Der anglo-deutsche Gegensatz fand in einem gesteigerten Wettbewerb der Seerüstungen beider Staaten seinen greifbarsten Ausdruck, gleichzeitig aber auch seine fortwährende Nahrung und Steigerung. Aber auch in allen anderen Ländern Europas fuhr man fort, die Rüstungen zu Wasser wie zu Lande zu vermehren, nachdem auf der ersten Haager Konferenz die Formel für eine Verminderung der Rüstungslast

nicht gefunden werden konnte. Aber nicht mehr mit fatalistischem Schweigen wurde die Vermehrung der Rüstungslasten hingenommen. Die Völker hatten schon längst gegen die steigende Belastung protestiert und in den Pazifisten wie in den fortschrittlichen Parteien des Parlaments ihre Wortführer gefunden. Nunmehr fingen aber auch einzelne Regierungen, Staatsmänner und Diplomaten an, das System des Rüstungswettbewerbes zu kritisieren, den Willen zu einer Änderung zu bekunden und auch teilweise mit Vorschlägen an die Öffentlichkeit zu treten.

England.

Schon vor dem Zusammentritt der ersten Haager Konferenz wurden solche Stimmen laut, und die oben erwähnte Regierungserklärung des ersten Lords der großbritannischen Admiralität, Goschen, vom 9. März 1899 war nach dem Zarenmanifest der erste offizielle Vorstoß nach der Richtung einer vernünftigen Regelung des Rüstungswesens. Noch im Juli 1903 bestätigt der damals allmächtige Minister Chamberlain, daß die Erklärung Lord Goschens für das englische Kabinett noch immer bindend sei [1]).

In England war 1905 die liberale Partei ans Ruder gelangt und schickte sich an, ihre in der Opposition vertretenen Anschauungen zu verwirklichen. Noch im Februar 1905 war ein Antrag des liberalen Unterhausmitgliedes Mc. Crae, in dem das Bedauern darüber ausgedrückt wurde, daß die Regierung keine Schritte unternommen hatte, um durch Verhandlungen mit anderen Mächten zu einer allgemeinen Herabsetzung zu gelangen, mit 220 gegen 164 Stimmen abgelehnt worden. Aber schon im Dezember desselben Jahres konnte der neue Ministerpräsident Campbell-Bannermann in

[1]) Siehe darüber: Rede des Barons d'Estournelles de Constant über eine franko-englische Entente zur Beschränkung der maritimen Rüstungen, gehalten in der Sitzung des französischen Senats am 11. April 1905. Autorisierte Übersetzung nach dem »Journal Officiel de la République française« am 12. April 1905. Berlin 1905, Verlag der »Friedens-Warte« 1905, S. 12 und 13.

seiner Programmrede erklären, daß er die Vermehrungen der Rüstungen als eine große Gefahr für den Weltfrieden betrachte. »Die Politik der ungeheuren Rüstungen«, so sagte er, »erhält und nährt die Idee, daß die Gewalt die erste, wenn nicht einzige Lösung internationaler Konflikte darstellt.« Wiederholt kamen anfangs 1906 Mitglieder des englischen Kabinetts auf das Rüstungsproblem zu sprechen. Der Kriegsminister Haldane sprach sich am 10. Januar in Dunbar günstig für eine Verminderung der Rüstungen aus und sagte am 8. März im Unterhause: »Ich wünschte, wir wären erst so weit, daß die Völker gemeinsam der Frage einer Beschränkung der Rüstungen näher träten. Nur durch ein gemeinsames Vorgehen können wir uns von der Last der Rüstungen befreien [1].« Am 12. März 1906 erwiderte Campbell-Bannermann, dieser Pazifist auf dem Ministerstuhl, auf die Anfrage Percy Aldens im Unterhaus über die Möglichkeit einer gleichzeitigen Rüstungsverminderung auf Grund anzubahnender Verhandlungen, unter dem Hinweis auf seine früheren Äußerungen, daß er keine Gelegenheit vorübergehen lassen werde, um dieses Ergebnis zu fördern, und bei einem Festbankett am 26. April desselben Jahres drückte der Minister die Hoffnung aus, daß die damals erreichte Verständigung über Marokko vielleicht die Möglichkeit geben werde »zu einer Herabminderung der schrecklichen militärischen Ausgaben«; er glaube auch, daß sich England in dieser Angelegenheit an die Spitze setzen könnte.

Im Frühjahre 1906 hatte die russische Regierung einen Programmentwurf für die zweite Haager Konferenz veröffentlicht, in dem von der Erörterung des Rüstungsproblems nicht die Rede war. Es handelte sich nun darum, die öffentliche Meinung der Welt zugunsten einer Erörterung dieser

---

[1]) Auch am 9. November 1906 betonte Haldane am Lordmayorsbankett die Notwendigkeit einer Beschränkung der Kriegsrüstungen und sprach die prophetischen Worte: »Es wird eine Zeit kommen, die auf das Barbarentum der Gegenwart mit Staunen zurückblicken wird.«

Frage im Haag aufzurütteln. Die liberale englische Regierung ließ es dabei an Initiative nicht fehlen. Im Mai 1906 bot sich ihr Gelegenheit, ihren rüstungsfeindlichen Standpunkt offen klar zu legen und einen Vorstoß zugunsten einer allgemeinen Rüstungsverminderung zu unternehmen. In der Sitzung des Unterhauses stellte der Arbeiterdeputierte Vivian an die Regierung die Aufforderung, »wirksame Schritte zu unternehmen, um die Ausgaben der Rüstungen zu verringern, und die Aufnahme der Frage der Einschränkung der Kriegsrüstungen in das Programm der Haager Konferenz zu betreiben«. Dieser Antrag wurde von der Kammer unter Hochrufen einstimmig angenommen, und der Staatssekretär des Auswärtigen, Sir Edward Grey, schloß sich namens der Regierung beifällig dieser Resolution an. »Die nationalen Ausgaben«, so führte er in seiner denkwürdigen Rede aus, »sind erheblich gewachsen, es ist jedoch Aussicht vorhanden, sie, ohne die Sicherheit des Landes preiszugeben, um ein beträchtliches zu vermindern. Ich billige die von Mr. Vivian vorgebrachte Resolution wegen der Wirkung, die sie in anderen Ländern haben könnte. Zu keiner anderen Zeit ist die öffentliche Meinung Europas stärker auf den Frieden bedacht gewesen als gerade jetzt, und dennoch vermehren sich die Lasten der Armee- und Marineausgaben unaufhörlich. Die Haager Konferenz könnte kein verdienstvolleres Werk tun, als die Bedingungen für den Frieden weniger kostspielig zu gestalten als bisher. Man sagte, wir sollen auf die anderen Mächte warten. Aber wie die Verhältnisse liegen, warten alle Mächte aufeinander, und eines Tages wird eine derselben den ersten Schritt tun müssen. Es kann sein, daß eine andere Macht bereit ist, den ersten Schritt zu tun, aber es ist auch nicht ausgeschlossen, daß wir ihn machen werden. Im Namen der Regierung nehme ich die Resolution als eine erfreuliche Äußerung der öffentlichen Meinung an und heiße sie aus diesem Grunde willkommen. Ich bin auch überzeugt, daß diese Resolution auch von den anderen Ländern als eine von dem

britischen Parlament ausgehende Einladung, die Rüstungen zu vermindern, aufgefaßt werden wird.«

Am 25. Mai fand eine ebenso denkwürdige Debatte im Oberhause statt, wo Lord Avebury die Regierung über den Stand der Anregung zu einer gemeinsamen Verminderung der Rüstungslasten in einer hervorragenden Rede befragte, worauf der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Lord Fitz-Maurice, sich der im Unterhause gegebenen Erklärung Sir Edward Greys anschloß und hinzufügte, daß die Regierung hoffe, im nächsten Jahre eine Verminderung der Rüstungen vornehmen zu können. Er drückte die Zuversicht aus, daß die Verhandlung im Oberhause »als eine Einladung an die anderen Länder aufgefaßt werden möge, der englischen Aufforderung zugunsten einer Herabsetzung der Rüstungen zu entsprechen«.

Die englische Regierung ging noch weiter. Auf ihren ausdrücklichen Wunsch versammelte sich im Juli 1906 die interparlamentarische Union in London, die mit hohen Ehren empfangen wurde. 620 Abgeordnete aus 23 Ländern waren erschienen. Premierminister Campbell-Bannermann hielt eine denkwürdige Eröffnungsrede. »Bestehen Sie im Namen der Menschlichkeit darauf,« rief er den Mitgliedern der Konferenz zu, »daß Ihre Regierungen sich mit der festen Absicht nach dieser Konferenz im Haag begeben, mit der wir selbst dahin zu gehen hoffen, mit der Absicht, die Lasten des Kriegs- und Marinebudgets zu vermindern«. Die Rede gab den Anlaß zu einer hochbedeutenden Erörterung, an der sich die Vertreter der meisten Länder beteiligten. Die Reden des Baron d'Estournelles und des amerikanischen Politikers Bryan waren hervorragende Plaidoyers pazifistischer Gesinnung. Einstimmig wurde schließlich folgende Resolution angenommen: »Da die interparlamentarische Konferenz der Ansicht ist, daß das Anwachsen der Flotten- und Heeresausgaben, die auf der Welt lasten, universell als unerträglich betrachtet wird, drückt sie formell den Wunsch aus, daß die Frage der Rüstungsbeschränkungen

auf das Programm der nächsten Haager Konferenz gestellt werde.« Außerdem wurden die Mitglieder der Konferenz aufgefordert, bei ihren Regierungen und in ihren Parlamenten ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, damit die Frage der Rüstungsbeschränkungen in jedem Lande eingehend studiert werde.

Campbell-Bannermann trat noch wiederholt für den Gedanken einer gemeinsamen Beschränkung der Rüstungen hervor, so in der Sitzung des Unterhauses vom 5. März 1907. Er wies auf den Urgrund der Einberufung der ersten Haager Konferenz hin und fügte hinzu: »Ich kann nicht annehmen, daß das, was vor fünf Jahren den Hauptgegenstand der Erörterungen bildete, jetzt ein völlig lächerlicher Gegenstand geworden sei, nachdem die Welt an Weisheit zugenommen hat.« Er erklärte, daß England »die Pflicht habe«, das Thema der Rüstungsbeschränkungen zur Sprache zu bringen, »da wir der Ansicht sind, daß eine starke Geistesströmung unter den denkenden Menschen in allen Staaten Europas vorhanden ist ... für einiges Loskommen von den riesigen Aufwendungen, die der gegenwärtige Zustand mit sich bringt ... wir wünschen uns in die erste Reihe derjenigen zu stellen, die der Meinung sind, daß die kriegerische Haltung der Mächte gegeneinander, wie sie sich in dem übermäßigen Anwachsen der Rüstungen zeigt, ein Fluch ist, und daß es um so besser ist, je eher ihnen, wenn auch nur in bescheidenem Maße, Einhalt getan wird.«

Frankreich.

In Frankreich trat Baron d'Estournelles im Senat für die Beschränkung der Rüstungen ein, und Ministerpräsident Bourgeois konnte am 12. Juni 1906 in der Deputiertenkammer erklären, daß er jede Initiative zur Vermeidung der Rüstungen voll Sympathie begrüßen werde; im Dezember setzte die Kammer sogar als Folge einer von Gaston Moch eingeleiteten Kampagne den Kredit für die Befestigungen an der italienischen Grenze von 290000 auf 190000 Frcs. herab, um damit ein Zeichen ihres guten Willens zu geben.

Italien, Österreich-Ungarn, Amerika.

In Italien hatte sich im Senat am 17. Juni 1904 der Kriegsminister Pedalti energisch gegen einen Vorschlag gewandt, der dahin ging, die Rüstungen zu vermehren, und am 14. Juni 1906 antwortete Tittoni, der damalige italienische Minister des Äußern, auf eine im Hinblick auf die Erörterungen im englischen Parlament gestellte Anfrage, »daß es ein Verbrechen gegen die Menschheit wäre, nicht aufrichtig an den Unternehmungen mitzuwirken, die eine gleichzeitige Verminderung der Rüstungen der großen Nationen zum Ziele haben«. Er fühlte sich glücklich, dem Fragesteller sagen zu können, daß die italienischen Delegierten auf der nächsten Haager Konferenz das Mandat erhalten werden, die englische Initiative zu unterstützen. Auch noch in anderen europäischen Parlamenten gab es in dieser Zeit Anfragen über das Rüstungsproblem und mehr oder weniger sympathische Antworten von den Regierungsbänken. Der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen, Graf Goluchowsky, fand in den österreichischen Delegationen im Sommer 1906 auf eine diesbezügliche Anfrage des Abgeordneten Klofač nur eine ausweichende Antwort. Hingegen hat Präsident Roosevelt in seiner Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten im Dezember 1905 darauf hingewiesen, daß eine steigende Organisation der Kulturwelt die Notwendigkeit von Armeen und Flotten in Wegfall bringen wird. Nur aus dem Süden der Neuen Welt ist eine Rüstungsverminderung als Tatsache zu verzeichnen. Dort schlossen am 28. Mai 1902 Chile und Argentinien einen Schiedsvertrag, der mit einem Abrüstungsabkommen verbunden war. Eine Christusstatue, die aus geschmolzenen Kanonen gegossen wurde, wurde als Zeichen der Erinnerung an dieses Abkommen an der Grenze beider Länder auf einem Höhepunkt des Anden-Passes errichtet, und schon im Mai 1904 konnte der Präsident von Chile bei der Eröffnung der Kammer erklären, daß die Finanzen von der Last des bewaffneten Friedens befreit seien, daß sich die Staatseinnahmen zusehends bessern und der durch den Ver-

kauf der Kriegsschiffe erzielte Betrag zur Verbesserung der Häfen frei wurde [1]).

Die Einfügung des Rüstungsproblems in das Programm der II. Haager Konferenz.

Die russische Regierung hatte anfangs 1907 den Staatsrat v. Martens an die europäischen Kabinette entsandt, um diese über das Konferenzprogramm zu sondieren, hauptsächlich, um über die Zulassung des Rüstungsproblems in das Programm zu unterhandeln. Das nach der Rückkehr v. Martens veröffentlichte zweite Konferenzprogramm ließ aber das Rüstungsproblem abermals vermissen. Wohl aber veröffentlichte die russische Regierung am 3. April ein Rundschreiben an die an der Konferenz teilnehmenden Mächte, worin mitgeteilt wurde, daß sich die Regierung der Vereinigten Staaten und die spanische Regierung das Recht vorbehalten haben, die Rüstungsfrage zu erörtern, die großbritannische Regierung sogar das Recht, »diese Frage aufzuwerfen«, während Rußland, Deutschland und Österreich-Ungarn sich wieder das Recht vorbehielten, »sich auf der Konferenz jeder Frage zu enthalten, die ihnen nicht zu einem praktischen Ergebnis zu führen scheint«, womit der Standpunkt jener drei Mächte deutlich genug gekennzeichnet wurde.

Deutschland.

In der Tat verharrte die öffentliche Meinung in Deutschland der englischen Anregung gegenüber bis weit in die liberalen Kreise hinein in großer Skepsis. Ja man ging in der Presse soweit, das zielbewußte Verlangen der englischen Regierung, im Haag zu einer Erörterung des Rüstungsproblems zu gelangen, als einen schlauen »Trick« anzusehen, durch den Deutschland allein gehindert werden sollte, seine Wehrkraft auszubauen. Logisch war ein solcher Einwand gerade nicht, denn eine derartige Absicht Englands wäre alles eher als »schlau« gewesen, und das Manöver, das hier England zu-

[1]) Nach Ablauf jenes Abkommens scheinen die beiden Staaten mit den Rüstungen wieder eingesetzt zu haben. Genaues war nicht ausfindig zu machen.

gemutet wurde, wäre ein so plumpes und offenkundig zweckloses gewesen, daß die übereifrigen Zeitungsschreiber gar nicht bedachten, wie sehr sie mit ihrer Voraussetzung das deutsche Volk selbst aufs ärgste beleidigten. Das Mißtrauen war aber in diesen Tagen des höchsten Einkreisungsspukes, nach der offenkundigen Niederlage von Algeciras in Deutschland so groß geworden, daß für die Logik kein Spielraum übrig blieb. Als es fest stand, daß das Rüstungsproblem auf der Haager Konferenz besprochen werden sollte, erschien dies sogar Leuten, die man ernst zu nehmen geneigt war, als eine Kriegsgefahr[1]). Ein Mann wie der Abg. Bassermann scheute sich nicht, in offener Reichstagssitzung (23. und 24. April 1903) zu sagen: »Wenn wir die Haager Konferenz glücklich überstanden haben, wenn diese Friedenskonferenz hinter uns liegt, dann werden, hoffen wir, Zeiten kommen, in denen sich eine friedlichere Beurteilung der Lage wieder einstellen wird«. Und in derselben Sitzung, in der sich der Reichstag mit der bevorstehenden Haager Konferenz befaßte, hielt es der Kriegsminister für angebracht, in ostentativer Weise Deutschlands Bereitschaft für den Krieg zu betonen und sich den Worten des all- und urdeutschen Kriegsbarden, Abg. Liebermann v. Sonnenberg, »Sie mögen kommen!« mit besonderer Betonung anzuschließen[2]). In der Sitzung vom 30. April 1907 ergriff endlich der Reichskanzler Fürst Bülow das Wort. Er bestritt in längerer Ausführung, daß die Zurückhaltung in

---

[1]) Vgl. des Verf. Artikel »Der Komet kommt!« in »Die Friedens-Warte« 1907, S. 81 u. f.

[2]) Ähnlich urteilte auch ein großer Teil der deutschen Presse. Die »Tägliche Rundschau« vom 9. April schrieb im Leitartikel: »Je näher die Friedenskonferenz heranrückt . . . desto mehr zeigt sich, daß ihr ein ausgesprochen friedensstörender Charakter anhaftet.« Das »Leipziger Tageblatt« (Leitartikel vom 5. April): »Es ist doch eine eigentümliche Erscheinung, daß fast die einzige Wolke, welche den politischen Horizont in diesen Frühlingsmonaten beschattet, die bevorstehende Konferenz ist, welche zur dauernden Sicherung des Weltfriedens berufen ist.« Siehe diese Zeitungsstimmen und andere in »Die Friedens-Warte« 1907, S. 96 u. f.

der Rüstungsfrage Deutschland in den Ruf heimlicher Kriegslust bringen könnte. Er verspreche sich nichts von der Erörterung des Problems, halte es dennoch für angezeigt, daß Deutschland sich wohl an der Konferenz beteilige, jedoch darauf beschränke, »diejenigen Mächte, die sich einen Erfolg von der Diskussion versprechen, diese allein führen zu lassen«. Zum Schlusse fügte er dann noch hinzu: »Wenn bei der Erörterung der Abrüstungsfragen etwas Praktisches herauskommt, so werden wir dann gewissenhaft prüfen, ob es dem Schutze unseres (!) Friedens, ob es unseren nationalen Interessen, ob es unserer besonderen Lage entspricht.«

Starke Sympathien waren es demnach nicht, die die deutsche Regierung, große Teile des deutschen Volkes und die deutsche Presse dieser wichtigsten und brennendsten aller internationalen Fragen entgegenbrachten.

Die Friedenspropaganda.

Die Interparlamentarischen Konferenzen und die Friedenskongresse.

Nachdem hier nun die auf die pazifistische Bewegung Bezug habenden politischen Ereignisse des Zeitabschnittes von 1899 bis 1907 in großen Strichen gekennzeichnet wurden, und der Stellungnahme wie des Einflusses gedacht wurde, den der Pazifismus darauf genommen hat, ist es noch wichtig, einen allgemeinen Blick auf die Friedenspropaganda jener Jahre zu werfen.

Der organisierten Friedensbewegung war durch das Zustandekommen der ersten Haager Konferenz eine bestimmte Richtung für ihre Aktionen gegeben worden, der sie seitdem auch genau gefolgt ist. Ihr oblag es, das zarte Reis, das im Haag eingesetzt wurde, zu schützen und zur Entwicklung zu bringen. Sie hat sich dieser großen Aufgabe auch mit ernster Beharrlichkeit hingegeben.

Die IX. Interparlamentarische Konferenz zu Kristiania.

Unmittelbar nach Unterzeichnung der Haager Protokolle trat — am 2. August 1899 — zu Kristiania die IX. interparlamentarische Konferenz zusammen, die bis zum 4. August unter dem Vorsitz John Lunds, damals Präsi-

denten des norwegischen Lagthings, und Horsts, damaligen Präsidenten des Odelsthing, tagte. Die Sitzungen fanden im großen Saal des Storthings statt. Staatsminister von Steen hielt die Eröffnungsrede. Es herrschte unter den zahlreich versammelten Delegierten eine gewisse Siegesstimmung. Der authentische Wortlaut der Haager Abmachungen wurde erst während der Sitzungen durch William T. Stead, der direkt aus dem Haag nach Kristiania gekommen war, überbracht. Die interparlamentarische Union hatte allen Anlaß, sich dieses Ereignisses zu freuen; war doch von ihr die erste machtvolle Anregung zur Errichtung eines internationalen Schiedshofes ausgegangen, und hatten doch gerade jene Mitglieder der interparlamentarischen Union, die in deren Auftrag die positiven Vorarbeiten leiteten, Gelegenheit, als Regierungsdelegierte an dem Haager Werk mitzuarbeiten (Descamps, Beernaert, Rahusen usw.) Wie sehr die IX. interparlamentarische Konferenz unter dem Eindruck des Haager Ereignisses stand, bezeugen ihre Beschlüsse, die sich fast durchweg auf jenes bezogen. Damals bereits wurde der Wunsch ausgedrückt, daß dieser ersten Konferenz bald weitere folgen mögen. In einem anderen Beschluß beglückwünschte die Konferenz den Einberufer der Haager Versammlung, den Kaiser von Rußland, und betonte dabei ihre Genugtuung, daß der von ihr im Jahre 1895 angenommene »Entwurf zur Errichtung eines internationalen Schiedsgerichtes«, im Haag grundsätzliche Annahme fand. Die nationalen Gruppen der Union wurden verpflichtet, die Zustimmung ihrer Regierungen zu den Haager Beschlüssen zu erwirken, wie zum Abschluß weiterer Schiedsverträge anzuspornen und den Zutritt der nicht im Haag vertreten gewesenen Länder zu den dort abgeschlossenen Abkommen zu erleichtern sowie die Ergebnisse der Konferenz volkstümlich zu machen. Die Gruppen wurden ferner aufgefordert, die Haager Beschlüsse zu studieren und die ihnen notwendig erscheinenden Ergänzungen möglichst sofort dem interparlamentarischen Rat zur Kenntnis zu bringen. Auch wurden in Kristiania die ersten Mitteilungen

über die Organisation der Nobelstiftung offiziell bekanntgegeben.

IX. Weltfriedenskongreß zu Paris.

Das Jahr 1900 brachte die große Pariser Weltausstellung, an und für sich ein Friedensfest. Die Friedensgesellschaften hatten darin eine vom Berner Bureau veranstaltete, in der Hauptsache von Gaston Moch geleitete Ausstellung durchgeführt. Im Rahmen der Weltausstellung fand unter großer Anteilnahme von Angehörigen aller Länder der IX. Weltfriedenskongreß statt. Eröffnet wurde er von dem damaligen Handelsminister Millerand; Fréd. Passy übernahm das Ehrenpräsidium, der berühmte Physiologe Charles Richet fungierte als Präsident, Gaston Moch, der rührige Präsident des Organisationskomitees, als Vizepräsident. Die Versammlungen fanden vom 30. September bis 5. Oktober in dem großen Kongreßgebäude der Ausstellung statt, das direkt an den Ufern der Seine lag, mitten in der malerischen Umgebung der herrlichen Ausstellungsszenerie und der von der Ferne herübergrüßenden Kuppeln und Brücken von Paris. In erster Linie beschäftigte sich der Kongreß mit dem Transvaalkrieg, den er in verschiedenen Resolutionen verurteilte, dabei der englischen Regierung die Verantwortung zuschiebend. Es war erhebend, zu sehen, wie die Engländer sämtlich für diese Resolution eintraten und sogar noch schärfere Wendungen vorschlugen. Das englische Parlamentsmitglied Clark bezeichnete den Krieg sogar als ein unentschuldbares Verbrechen Englands. Der Kongreß drückte ferner sein Bedauern aus, daß keiner der Haager Vertragsstaaten den Versuch gemacht habe, die ihnen durch das Abkommen auferlegten Pflichten zu erfüllen, und drückte schließlich den englischen Kongreßmitgliedern für ihre mutigen Erklärungen seine Sympathien aus. Die blutigen Ereignisse in Armenien, die Vorgänge in China gaben dem Kongreß weiteren Anlaß zu energischer Stellungnahme. Schließlich beschäftigte man sich eingehend mit dem Blochschen Werk und forderte eine Staatenenquete über die veränderten

Bedingungen des Kriegsmechanismus, wie sie Bloch bewiesen hat.

X. Interparlamentarische Konferenz zu Paris.

Einige Monate vorher, vom 31. Juli bis 2. August, hatte im Sitzungssaale des französischen Senats, im altberühmten Palais Luxembourg zu Paris, die X. Interparlamentarische Konferenz stattgefunden, die vom Großsiegelbewahrer Monis namens der Regierung begrüßt und eröffnet, vom damaligen Senatspräsidenten Fallières präsidiert wurde. Die Konferenz faßte eine Resolution, worin sie auf § 19 der Haager Abkommen aufmerksam und ihren Mitgliedern es zur Pflicht machte, bei ihren Regierungen dahin zu wirken, daß auf Grund jenes Paragraphen weitere Schiedsverträge abgeschlossen würden, und möglichst in alle Verträge die Schiedsklausel aufgenommen werde. Sie brachte neuerdings zum Ausdurck, daß eine Vervollständigung der Haager Abkommen in mannigfachen Punkten wünschenswert erscheine, und verpflichtete auf Antrag des ungarischen Politikers Grafen Albert Apponyi ihre Mitglieder, für die Gründung einer internationalen Presse-Union für Frieden und Schiedsgericht einzutreten. Im Hinblick auf die chinesischen Wirren nahm die Konferenz eine von Baron d'Estournelles vorgeschlagene Resolution an, die die Regierungen aufforderte, dahin zu wirken, daß die Vorgänge in China nicht den Anlaß zu neuen Eroberungen und neuen Kriegen geben mögen, daß die Vereinigung der Staaten zur Unterdrückung der dortigen fremdenfeindlichen Bewegung vielmehr den Anfang zu einer dauernden und organisierten Vereinigung zwischen diesen Staaten bedeuten möge. Die Konferenz richtete schließlich ihren Dank an alle, die an den Ergebnissen der Haager Konferenz mitgearbeitet haben, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich die Mächte des zu ihrer Verfügung gestellten Mittels nunmehr bedienen würden.

X. Weltfriedenskongreß zu Glasgow.

Auch das Jahr 1901 sah noch keinen Frieden in Südafrika. Vom 10.—13. September tagte in Glasgow der X. Welt-

friedenskongreß. Den Vorsitz führte das liberale Unterhausmitglied Sir Joseph W. Pease. Der Kongreß fand in St. Andrew's Hall statt und wurde später vom Lord-Prevost begrüßt. Es ist selbstverständlich, daß auf diesem Kongresse, der auf englischem Boden stattfand, der Krieg, den das Britenreich in Südafrika führte, eine große Rolle spielte. William Stead, der heldenmütige Bekämpfer des Transvaalkrieges, benützte die Gelegenheit, um in einer flammenden Rede gegen die »Blutschuld« zu protestieren, die England mit diesem Kriege auf sich geladen habe. »Der Fluch der Kultur«, so rief er aus, »liegt auf Englands Haupt, während Transvaal für die Zivilisation kämpft, denn es kämpft für die Schiedsgerichtsbarkeit.« Stead griff in so harter Weise sein Vaterland an, daß der deutsche Professor Quidde dieses gegen den Vorwurf der Unkultur in Schutz nehmen mußte. Es wurde schließlich eine Resolution angenommen, die einem Staat, der im Falle eines Krieges die vier Arten des Ausgleiches, die die Haager Abmachungen eröffnen, unbeachtet läßt, den Anspruch, als zivilisierter Staat zu gelten, absprach und jeden Bürger, der bewußt die Handlung seiner Regierung billigt, zu deren Mitschuldigen stempelte. Außerdem protestierte der Kongreß gegen den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit, der den Friedensfreunden gemacht wurde, erklärte, daß die Abrüstung nur die Folge einer Friedensorganisation sein könne und forderte die Offenerklärung der Haager Abmachungen. Er verlangte ferner den Einklang der staatlichen Handlungen mit der Moral und dementsprechend eine dem Krieg und Militarismus entgegengesetzte Haltung der Regierungen; er sprach den Blochschen Lehren seinen Beifall aus und verlangte abermals deren Prüfung durch die Regierungen, protestierte gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in England und befaßte sich des weiteren mit zahlreichen, die Friedensagitation betreffenden Angelegenheiten.

Der interparlamentarische Rat zu Brüssel.

Die interparlamentarische Union, die im Jahre 1901 keine Zusammenkunft abhielt, versammelte den interparlamentarischen

Rat am 2. September zu Brüssel, der in seiner Sitzung zum Transvaalkrieg und zu der chinesischen Angelegenheit Stellung nahm. Auf Antrag von John Lund (Norwegen) wurde unter Darlegung zahlreicher Fälle von Übertretungen des Kriegsrechts in Südafrika gegen solche seitens der englischen Regierung veranlaßten Völkerrechtsverletzungen und Verletzungen der Haager Konvention feierlichts Protest erhoben, außerdem der Wunsch nach Offenerklärung der Haager Konventionen und der allgemeinen Anwendung der Haager Beschlüsse nochmals ausgedrückt.

XI. Weltfriedenskongreß zu Monako.

Vom 2.—6. April 1902 tagte zu Monako an der an Naturschönheiten so reichen Küste des ligurischen Meeres der XI. Weltfriedenskongreß, der vom Gouverneur des Fürstentums, Herrn Olliver Ritt, eröffnet und von Gaston Moch, dem Organisator der Vorarbeiten, präsidiert wurde. Das gewaltsame Vorgehen der französischen Regierung gegen die Türkei aus Anlaß des Turbini-Lorando-Konflikts gab dem Kongreß Veranlassung in einer ausführlichen Resolution die durch jenes Vorgehen erfolgte Verletzung der Vorschriften des positiven Völkerrechts zu betonen und die Ansicht zu vertreten, daß eine Nation nicht eher die Gewalt in den Dienst des Rechtes stellen dürfe, ehe ihr dieses Recht nicht durch ein internationales Tribunal zuerkannt wurde. Der Kongreß protestierte gegen die alle Kultur verhöhnenden grausamen Maßnahmen der Türkei gegen die Armenier, rief die Vertragsstaaten des Berliner Vertrages zur Durchführung der vom Berliner Kongreß der Türkei auferlegten Reformen an und lenkte schließlich, angesichts des noch immer währenden Transvaalkrieges, das Augenmerk der Regierungen durch die im Transvaal sich ergebenden Tatsachen auf die Unmöglichkeit, zwischenstaatliche Schwierigkeiten durch Gewalt zu lösen; er mißbilligte die im Chinafeldzug begangenen Greuel und faßte außerdem noch verschiedene Beschlüsse in bezug auf internationales Recht, Freihandel und Organisation der Friedenspropaganda.

XI. Interparlamentarische Friedenskonferenz zu Wien.

In den Herbsttagen des darauf folgenden Jahres versammelte sich in Wien (vom 7.—9. September 1903) die im Vorjahre verschobene XI. interparlamentarische Konferenz, die, von der Regierung aufs wärmste begrüßt, im Sitzungssaal des österreichischen Reichsrates unter zahlreicher Beteiligung von Abgeordneten aus allen Ländern ihre Beratungen abhielt. Vorbereitet von dem Präsidenten der österreichischen interparlamentarischen Gruppe, Pierre v. Pirquet, tagte die Konferenz unter dem Vorsitz von Ernst v. Plener, dem Präsidenten des obersten gemeinsamen Rechnungshofes. Der Minister des Innern, Dr. v. Körber, begrüßte die erschienenen Volksvertreter namens der Regierung. Zahlreiche Diplomaten und Politiker, darunter mehrere Mitglieder des Haager Hofes, wohnten den Sitzungen bei. Die Konferenz stellte mit Genugtuung die seit ihrer letzten Tagung in Paris (1900) eingetretene Entwicklung der Schiedsgerichtsbarkeit und des Völkerrechtes fest, namentlich das Inkrafttreten des Haager Hofes, und drückte abermals den Wunsch aus, daß baldmöglichst ein zweiter Zusammentritt der Haager Konferenz stattfinde, dessen Zweck es sein sollte, das Haager Werk auszubauen und verschiedene ihm noch innewohnende Mängel zu beseitigen. Die Konferenz beschäftigte sich noch mit der Neutralität der skandinavischen Staaten, mit dem Vorschlage der Einführung der »Pacigérance« (die gemeinsame Betätigung der Staaten für die Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Friedens) und mit der Aufnahme der Schiedsklausel in die abzuschließenden Handelsverträge, sie regte die Einberufung einer Regierungskonferenz zum Zwecke der Beratungen über einen Rüstungsstillstand an und erteilte dem interparlamentarischen Rat für seine im Jahre 1901 in Brüssel gefaßten Beschlüsse Entlastung.

XII. Weltfriedenskongreß zu Rouen und Havre.

Unmittelbar nach der Wiener interparlamentarischen Konferenz versammelten sich die Vertreter der Friedensbewegung zum XII. Weltfriedenskongreß in Rouen,

der dort vom 22.—25. September tagte und am 26.—27. September in Havre seinen Abschluß fand. Der Kongreß stand unter dem Protektorate des Präsidenten Loubet, wurde vom Präfekten des innern Seinedepartements Herrn de la Fosse, namens der Regierung begrüßt und in Havre vom Handelsminister Trouillot geschlossen. Das Präsidium führte Emile Arnaud. Die Veranstaltung stand ganz unter dem Einfluß der hohen Bedeutung, den die Friedensbewegung in Frankreich errungen, und wurde von allen Teilen der Bevölkerung, von der Regierung sowohl wie vom Bürgerstande und den Arbeitern, die sich in großen Massenversammlungen daran beteiligten, aufs beifälligste begrüßt.

In bezug auf Armenien und Mazedonien wurde der Standpunkt auf friedliche Durchsetzung der im Berliner Vertrag beschlossenen Reformen, in Hinsicht auf die Angliederung des Transvaals, deren Widerspruch mit den Grundsätzen der internationalen Justiz festgestellt, hingegen der Sieg der Schiedsgerichtsbarkeit, der in der Überweisung der Venezuelafrage an das Haager Tribunal zu erblicken war, hervorgehoben. Anknüpfend an den von der vorhergehenden interparlamentarischen Konferenz zu Wien geäußerten Wunsch auf Einberufung einer neuen Regierungskonferenz, die, einem im Haag gefaßten Beschlusse entsprechend, das Problem eines Rüstungsstillstandes neuerdings ins Auge fassen möchte, schloß sich der Kongreß dem Wunsche der Interparlamentarier an; er empfahl verschiedene Maßnahmen, die der Verwirklichung dienen sollten, und forderte den Präsidenten der französischen Republik auf, die Initiative zu einer Vereinbarung über einen Rüstungsstillstand zu ergreifen. In bezug auf die deutsch-französische Annäherung gelangte man zu dem an anderer Stelle (siehe oben S. 162) erwähnten Beschluß, erörterte alsdann den Begriff des »Rechtes der Staaten auf Notwehr«, der zu interessanten Erörterungen Anlaß gab, ohne daß, infolge des Widerstandes einiger englischer und amerikanischer Vertreter von auf religiöser Grundlage beruhenden Friedensgesellschaften, ein endgültiger Beschluß zustande kam

(siehe oben Teil I, S. 12 u. f.). Unter verschiedenen anderen Materien erörterte der Kongreß noch den vom Völkerrechtslehrer Prof. Mérignhac vorgeschlagenen Entwurf über die »Freiheit der Luft«; er empfahl ferner die Abhaltung nationaler Friedenskongresse.

XII. Interparlamentarische Konferenz zu St. Louis.

Die Weltausstellung, die 1904 in St. Louis abgehalten wurde, führte die Friedensorganisationen in jenem Jahre über den Ozean. In St. Louis selbst tagten unter dem Vorsitz des Repräsentantenhausmitgliedes Richard Bartholdt vom 12.—14. September die Interparlamentarier. Die Konferenz gab ihrem Bedauern Ausdruck, daß die Vertragsmächte der Haager Abkommen den russisch-japanischen Krieg durch ihre Vermittlung nicht zu verhindern vermochten, und stellte das Ersuchen, daß wenigstens Schritte zur baldigen Wiederherstellung des Friedens unternommen werden. Sie gab ihrer Genugtuung Ausdruck über die in der letzten Zeit erfolgten Schiedvertragsabschlüsse und äußerte verschiedene Wünsche über eine Neuordnung der interparlamentarischen Union. Als wichtigster Punkt ihrer Beratungen gilt die Resolution, in der das Verlangen nach einer zweiten Haager Konferenz zum Ausdruck gebracht wurde, worin sie gleichzeitig an den Präsidenten der Vereinigten Staaten das Ersuchen stellte, die Initiative für deren Zusammentritt zu ergreifen. Am 29. September wurde diese Resolution von einer Abordnung der Konferenz dem Präsidenten Roosevelt im Weißen Hause zu Washington überreicht, der sofort die Zusicherung gab, daß er an einem nahen Zeitpunkt die übrigen Nationen auffordern werde, sich zu einem zweiten Kongreß im Haag zu versammeln, ein Versprechen, das er auch alsbald erfüllte (siehe oben Teil I, S. 241).

XIII. Weltfriedenskongreß zu Boston.

Der XIII. Weltfriedenskongreß war nach Boston einberufen worden, das damals noch der Sitz der amerikanischen Friedensgesellschaft war. Dort tagte er vom 3.—8. Oktober unter dem Vorsitz des Präsidenten der American Peace

Society, Robert Trait Paine (1835—1908), der im Verein mit Edwin D. Mead und Benjamin F. Trueblood die Organisierung dieser großartigen Veranstaltung übernommen hatte. Staatssekretär John Hay begrüßte die Versammlung im Namen der Regierung und im Auftrage des Präsidenten Roosevelt, von dessen Bemühungen zur Veranstaltung einer zweiten Haager Konferenz er bei dieser Gelegenheit offiziell Mitteilung machte. Die Beratungen gingen unter ungeheurer Teilnahme des Publikums vor sich, das oft zu Tausenden erschienen war. Auch von Europa waren hervorragende Pazifisten in großer Zahl hinübergekommen und viele hohe Würdenträger des Staates und der Kirche nahmen an den Beratungen teil, wie an den öffentlichen Versammlungen, die allabendlich in den größten Sälen der Stadt abgehalten wurden.

In den zahlreich gefaßten Beschlüssen beglückwünschte der Kongreß die Regierungen zu den abgeschlossenen Schiedsverträgen, forderte er die Einfügung der Schiedsklausel in die Handelsverträge, richtete er an die Vertragsmächte des Haager Abkommens das Verlangen, dem russisch-japanischen Krieg Einhalt zu tun, protestierte er gegen die Greuel in Armenien und im Kongostaat und dankte er dem Präsidenten Roosevelt für seine zwecks Fortsetzung der Haager Konferenz unternommenen Schritte. Zahlreiche andere Beschlüsse befaßten sich mit Anregungen verschiedener Art über Propagandafragen.

XIII. Interparlamentarische Konferenz zu Brüssel.

Auf ihrer XIII. Tagung, die die Interparlamentarier zum dritten Mal nach Brüssel führte (28.—31. August 1905) und die im Senatspalast unter dem Vorsitz des Staatsministers Beernaert stattfand, vernahm die Konferenz die Nachricht von dem in Portsmouth geglückten Friedensschluß zwischen Japan und Rußland, der dem grauenhaften Ringen ein Ende machte. Für die durch diese Tatsache in die Nähe gerückte zweite Haager Konferenz stellte sie ihre auf das Programm bezüglichen Wünsche auf, die sich neben verschiedenen

kriegsrechtlichen Materien auch auf die Periodizität der Konferenzen und auf die Ausarbeitung eines allgemeinen Schiedsvertrages bezogen. Es kam auch zur Aufstellung neuer Statuten für die Union. Für die wichtigsten Beratungsgegenstände aber, die der Konferenz vorgelegen haben, konnte sie zu einer endgültigen Stellungnahme nicht gelangen. Der ihr von Richard Bartholdt unterbreitete Vorschlag für einen der Haager Konferenz vorzulegenden Entwurf eines allgemeinen Schiedsvertrages und eines ständigen internationalen Staatenkongresses wurde einer Kommission zur näheren Prüfung überwiesen. •

XIV. Weltfriedenskongreß in Luzern.

An den herbstlichen Ufern des Vierwaldstätter Sees versammelten sich vom 19.—23. September zum vierzehnten Mal die Pazifisten zum Weltfriedenskongreß, der von dem Bundesrat Comtesse eröffnet, von Elie Ducommun präsidiert wurde und den die Schweizer Pazifisten mit Dr. Bucher-Heller und Dr. Zimmerli an der Spitze auf das glänzendste vorbereitet hatten. Die große Bedeutung dieses Kongresses für die Annäherung von Deutschland und England wie von Deutschland und Frankreich ist bereits oben (siehe S. 165 u. 165) erwähnt worden. Es wurde in jenen Tagen in der schönen Touristenstadt am Fuße des Rigi Geschichte gemacht. Abgesehen von diesen praktischen Ergebnissen waren es auch hochinteressante grundsätzliche Beschlüsse, die der Kongreß von Luzern gefaßt hat. Aus Anlaß des russisch-japanischen Krieges stellte er die Zwecklosigkeit der Kriege fest, begrüßte er die friedliche Auseinandersetzung zwischen Schweden und Norwegen, beglückwünschte er den russischen Gelehrten Professor von Martens, der durch die auf seine Anregung hin im Haag geschaffenen Untersuchungskommissionen den Krieg zwischen Rußland und England wegen des Huller Zwischenfalles verhindert hatte, entwickelte er seine Wünsche für die nächste Haager Konferenz, sprach er sich auch für das Verbot von Kriegsanleihen aus, und beschloß er, sich mit den Arbeiterorganisationen zwecks deren An-

schluß an die allgemeine Friedensbewegung in Verbindung zu setzen.

XIV. Interparlamentarische Konferenz zu London.

Über die Bedeutung dieser Konferenz, die zwischen dem 23. und 25. Juli 1900 in der ehrwürdigen Westminsterabtei des Londoner Parlamentspalastes auf Einladung der großbritannischen Regierung unter dem Vorsitz Lord Weardales stattfand, ist schon oben (siehe S. 170) eingehend gesprochen worden. Außer der Präzisierung ihrer Stellung zum Rüstungsproblem nahm die Konferenz einen von Ernst v. Plener vorgelegten Entwurf eines allgemeinen ständigen Schiedsvertrages an, der der zweiten Haager Konferenz zur Berücksichtigung empfohlen wurde, und der in der Tat den Beratungen dieser Regierungskonferenz auch zugrunde gelegt worden ist. Die Konferenz äußerte sich auch noch über andere Erweiterungen des Friedensrechtes, auf die sie die Aufmerksamkeit der Haager Konferenz lenkte.

XV. Weltfriedenskongreß zu Mailand.

Der XV. Weltfriedenskongreß fand in Mailand statt. Vom 19.—22. September wurden die Beratungen unter E. T. Monetas Vorsitz in der von der Regierung zur Verfügung gestellten »Villa Reale« abgehalten. Das große Friedenswerk der Eröffnung des Simplon-Tunnels wurde in der lombardischen Hauptstadt durch eine Weltausstellung gefeiert, der der Friedenskongreß erst die richtige Weihe gab. Es fehlte nicht an Würdigung von offizieller Seite. Abgesandte des Ministers des Äußern und der Stadt hielten Begrüßungsreden, und sowohl der König wie der Papst ließen telegraphisch ihre Sympathien ausdrücken. Auch vom Präsidenten Roosevelt kam spontan eine Begrüßungsdepesche. Die Hauptarbeit des Kongresses bezog sich natürlich auf die II. Haager Konferenz, deren Zusammentritt infolge der in Rußland ausgebrochnen Unruhen noch immer nicht feststand.

Man forderte, daß die Konferenz ihre ganze Aufmerksamkeit auf die Gründung einer Rechtsunion der Kulturstaaten und auf die Frage der Rüstungsverminderung lege, daß die

Beratungen über das Rüstungsproblem nicht ausschließlich von Berufsmilitärs gepflogen werden, daß eine Union der Kulturstaaten zwecks wechselseitiger Garantie ihrer Unabhängigkeit errichtet werde, daß man zu einem allgemeinen obligatorischen Schiedsvertrag nach dem Muster der von Dänemark mit den Niederlanden und Italien geschlossenen gelange. Es wurden Vorschläge für eine Sanktion der Schiedsurteile gemacht, die Neutralisierung aller großen Seewege gefordert, die Bedingungen eines zeitlich begrenzten Rüstungsstillstandes klargelegt und schließlich der Wunsch ausgedrückt, daß Präsident Roosevelt seine Initiative zur Verwirklichung der Haager Konferenz wieder aufnehme, falls sich deren Zusammentritt abermals verzögern sollte. Es wurden überdies wichtige Beschlüsse für die Propaganda in den Schulen gefaßt und ein eingehender Bericht über die Annäherung des Pazifismus an die Arbeiterbewegung zur Kenntnis genommen.

Nationale Friedenskongresse.

Im Laufe der Jahre hatte sich die Notwendigkeit ergeben, die pazifistischen Tagesfragen außer auf den internationalen Kongressen auch im engeren nationalen Kreise zu erörtern. Die Franzosen gingen mit der Abhaltung nationaler Friedenskongresse voran, deren erster im Jahre 1902 in Toulouse stattfand. Es folgte dann 1904 der Kongreß zu Nimes, auf dem die deutsch-französische Annäherung beraten wurde (siehe oben S. 162). In Lille fand 1905 der III., in Lyon 1906 der IV. dieser Kongresse statt. (1908 La Rochelle, 1909 Reimes, 1911 Clermont-Ferrand.) In England fand der erste nationale Kongreß 1904 in Manchester statt. Es folgten weitere 1905 in Bristol, 1906 in Birmingham, 1907 Scarborough, 1909 Cardiff, 1910 Leicester, 1911 Edinburgh, 1912 London. In Italien begann man 1904 in Turin mit der Abhaltung nationaler Kongresse. Deutschland trat erst 1908 zu Jena (es folgten 1909 Stuttgart, 1910 Wiesbaden, 1911 Frankfurt a. M., 1912 Berlin) mit solchen Veranstaltungen hervor. In Amerika, wo seit 1895 die Lake Mohonk-Konferenzen

einen großen Einfluß auf die pazifistische Bewegung ausübten, fand 1907 zu Neuyork ein großzügiger nationaler Schieds- und Friedenskongreß statt, dem später noch Veranstaltungen dieser Art in Chicago (1909) und Baltimore (1911) folgten. Die skandinavischen Staaten hatten schon seit 1885 solche Sonderveranstaltung (siehe oben S. 132). Erwähnt sei hier noch ein Kongreß der Friedensorganisationen der Dreibundstaaten, der im Mai 1907 unter dem Vorsitz der Baronin Suttner in Wien zusammentrat, und dessen Zweck es war, die Regierungen Deutschlands, Österreich-Ungarns und Italiens zu einer im friedensrechtlichen Sinne entgegenkommenden Haltung auf der Haager Konferenz zu veranlassen.

Andere Kongresse.

Der Friedensgedanke blieb aber seit langem nicht mehr auf die Vertretung durch die Friedenskongresse und Interparlamentarischen Konferenzen beschränkt. Er beschäftigt nicht nur die beiden großen völkerrechtlichen Einrichtungen, das »Institut de Droit International« und die »International Law Association«, die sich auf ihren jährlichen Kongressen immer mehr mit friedensrechtlichen Fragen befaßten, sondern auch die an Zahl und Bedeutung stets wachsenden internationalen Versammlungen beruflicher Art. So haben allein im Jahre 1905 der internationale Bergarbeiter-Kongreß, der internationale Sozialistenkongreß, der internationale Studentenkongreß in Lüttich, der VI. internationale Kongreß für freies und fortschrittliches Christentum in Genf, der über 150000 Mitglieder zählende Kongreß der französischen Volksschullehrer zu Lille, der maurische Konvent zu Paris, u. v. a. in mehr oder weniger entschiedener Weise gegen den Krieg und für die Friedensidee Stellung genommen. Es ist dies eine Erscheinung, die sich in den letzten Jahren immer häufiger und umfangreicher eingestellt hat. Für die Entwicklung in Südamerika von hoher Bedeutung war der im November 1901 zu Madrid abgehaltene sozial-wirtschaftliche Kongreß der »spanisch-amerikanischen Union«,

auf dem 15 lateinisch-amerikanische Staaten vertreten waren, der sich einstimmig für die ständige und obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit aussprach.

Die Organisationen.

Auch die Organisationen des Pazifismus mehrten sich. Johann v. Bloch, der im Januar 1902 starb, war mit der Einrichtung eines Kriegs- und Friedensmuseums in Luzern befaßt, das seine Lehre hätte zur Anschauung bringen sollen. Das Museum wurde nach seinem Tode ausgeführt und im Sommer 1902 eröffnet. Der von Bloch hinterlassene Fonds von 50000 Rubel, der als »Bloch-Fonds« der Verwaltung des Berner Bureaus übergeben wurde, sollte bestimmungsgemäß in zehn Jahren verbraucht werden. Er erlischt daher mit dem Jahre 1912. Das Jahr 1903 brachte die Gründung des Internationalen Friedens-Instituts in Monako, das von dem eifrig für den Pazifismus eintretenden Fürsten Albert von Monako unter Mitwirkung Gaston Mochs ins Lebens gerufen wurde. Das Institut ist für eine Mitgliederzahl von höchstens 60 Personen bestimmt; es bebetrachtet die wissenschaftliche Dokumentierung des Pazifismus als seine Aufgabe. Unter der Ägide dieses Instituts erschien 1905 zum erstenmal das vom Verfasser dieser Schrift herausgegebene »Annuaire de la Vie Internationale«, das seit 1908 in den Verlag der Brüsseler Zentrale für wissenschaftlichen Internationalismus übergegangen ist. Im Jahre 1905 gründete Baron d'Estournelles de Constant in Paris die Gesellschaft »Conciliation internationale«, deren Grundsatz in der Förderung der nationalen Entwicklung durch internationale Verständigung beruht. In Neuyork wurde ein Zweig dieser Gesellschaft begründet. Im selben Jahre wurde zu Washington die »American Society of International Law« ins Leben gerufen, eine Gelehrtenvereinigung zur Förderung des Völkerrechtes im pazifistischen Sinne. Die Esperantobewegung fing zu Beginn des neuen Jahrhunderts an, in weite Kreise zu dringen und seit 1905 internationale Kongresse zu veranstalten (der erste fand 1905 in

Boulogne statt), die ihrem ganzen Wesen nach als großartige Friedenskongresse zu bezeichnen sind. Es bildete sich gar bald unter Mochs Führung eine Esperanto-Friedensgesellschaft (Mai 1905), die einige Jahre lang ein pazifistisches Fachorgan in Esperanto veröffentlichte. Von den zahlreichen Gesellschaftsgründungen zur Vertretung der Friedensidee in jener zwischen den beiden Haager Konferenzen gelegenen Periode sei noch auf die im November 1904 erfolgte Gründung eines deutschen Friedensvereines in Neuyork und die von Dr. Rivière in Paris erfolgte Gründung einer Friedensgesellschaft der Ärzte hingewiesen. Im Jahre 1901 wurde das große Erbe Nobels endgültig organisiert und das mit der Verteilung des Friedenspreises beauftragte Nobel-Komitee des norwegischen Storthing gebildet. Es hat seinen Sitz in Kristiania. Der Nobel-Friedenspreis gelangte 1901 zum erstenmal zur Verteilung. Frédéric Passy und Henri Dunant waren die ersten Preisträger. Im Jahre 1904 wurde in Kristiania das Nobelinstitut errichtet, dessen Aufgabe es ist, die Entwicklung der Friedensidee zu verfolgen und das Nobel-Komitee bei der Verteilung des Friedenspreises zu unterstützen.

Andrew Carnegie, der hervorragende Förderer der Friedensidee, der schon seit langem im Dienste der Bewegung wirkte — er war schon auf dem ersten pan-amerikanischen Kongreß einer der wichtigsten Delegierten der Vereinigten Staaten und von Anfang an ein Förderer der Arbeit Randal Cremers —, fing damals an, die Friedensbewegung durch seinen großen Reichtum zu unterstützen. Im Jahre 1902 stiftete er, angeregt von Andrew Dr. White und v. Martens, 6 Millionen Mark für die Errichtung eines Palastes für den Schiedshof im Haag, im Dezember 1906 3 Millionen Mark für den Palast des ständigen Bureaus der pan-amerikanischen Republiken und einige Zeit später eine namhafte Summe für den Bau des ständigen Schiedshofes der zentral-amerikanischen Union in Cartago.

Zusammentritt der II. Haager Konferenz.

Nach vielen Fährlichkeiten traten die Vertreter von 44 Staaten am 15. Juli 1907 im Haag zur II. Konferenz zusammen. Was sie erstrebt und schließlich erreicht haben, ist oben (Teil I, S. 240 u. f.) ausführlich geschildert. Auch diesmal versammelten sich die Pazifisten aller Länder in großer Zahl in der Friedensstadt, wo ihnen von der »Stiftung für Internationalismus« ein eigenes Klubheim zur Verfügung gestellt wurde. Dort wurde die Fühlung mit dem offiziellen Konferenzwerk durch Vorträge und gesellschaftliche Veranstaltungen gefördert. Bloch fehlte; aber Bertha von Suttner war wieder erschienen, und William T. Stead übernahm auf eigene Rechnung die Herausgabe einer in französischer Sprache geschriebenen Tageszeitung, des »Courrier de la Conférence«, der gar bald als Organ der öffentlichen Meinung der Welt und als offiziöses Organ der Konferenz großen Einfluß auf die Beratungen im »Ridderzaal« übte. Vorher hatte Stead eine Rundreise nach allen Hauptstädten Europas unternommen, um die Regierungen zu bewegen, auf der II. Haager Konferenz zu weitgehenden friedensrechtlichen Abkommen zu gelangen und sich über einen Rüstungsstillstand zu einigen. Anna B. Eckstein, die unermüdliche deutsch-amerikanische Pazifistin, überreichte dem Präsidenten Nelidow eine mit zwei Millionen Unterschriften amerikanischer Bürger und Bürgerinnen versehene Petition, in der die Hoffnung auf das Gelingen des großen Friedenswerkes beredt zum Ausdruck gebracht wurde. Der Verkehr der Pazifisten mit den Konferenzdelegierten gestaltete sich reger als im Jahre 1899. Der Besuch der Vollversammlungen war ihnen zugänglich, zu den Festen der Delegationen und zu den Empfängen der niederländischen Regierung wurden sie eingeladen. Auch sonst entwickelte sich ein reger Verkehr zwischen einzelnen von ihnen und einzelnen Diplomaten und wissenschaftlichen Delegierten, der nicht ohne günstigen Einfluß auf den Verlauf der Arbeiten blieb.

Als die Konferenz am 18. Oktober 1907 geschlossen wurde, herrschte zwar keine volle Befriedigung über ihre

Ergebnisse, aber das Bewußtsein, daß hier für die Fortentwicklung der Menschheit Großes vollbracht wurde, und daß das Haager Werk sich als lebensfähig und dauernd erwies, vermochte über die Enttäuschungen des Augenblicks hinweg neuen Mut und neue Hoffnungen für die Weiterarbeit zu erzeugen. Dreizehn Abkommen sind an jenem Tage von den Vertretern fast der gesamten Staatenwelt unterzeichnet worden. Zu einer Magna Charta des Weltverbandes, eines Weltstaatensystems wurde damit der Grund gelegt. Ein neuer Abschnitt der Friedensentwicklung, ein Abschnitt der Kulturentwicklung der Menschheit hatte begonnen.

Die letzten fünf Jahre (1908—1912).

Die politischen Verhältnisse.

Die Politik der Vergewaltigung im nahen Orient, in Korea, Persien und Marokko.

Der jüngste Zeitabschnitt, den wir hier zu übersehen versuchen wollen, trägt die gleichen Merkmale jener Zwiespältigkeit an sich, die oben als das hervorragendste Kennzeichen unserer Übergangszeit bezeichnet wurden. Diese letzten fünf Jahre nach der zweiten Haager Konferenz sind nicht arm an politischen Ereignissen, die den Fortschritten der internationalen Rechtsentwicklung Hohn sprechen; aber es fehlt glücklicherweise auch nicht an Erscheinungen, die hoffnungsfroh in die Zukunft blicken lassen. Auch an kriegerischen Ereignissen hat es in diesem Jahrfünft nicht gefehlt, und eine noch größere Menge von Vergewaltigungen und Rechtsverletzungen ist zu verzeichnen, wo es nur infolge der Schwäche der vergewaltigten Staaten zu einer kriegerischen Auseinandersetzung nicht kam. Im Herbst 1908 begann Österreich-Ungarn durch die Angliederung Bosniens und der Herzegowina, jener beiden türkischen Provinzen, auf die der Berliner Vertrag von 1878 der Donaumonarchie unter dem Titel einer Besetzung ein ohnehin unbestritten gebliebenes Besitzrecht gab, die Ruhe Europas zu erschüttern. Es folgte die Losreißung Bulgariens vom türkischen Staats-

verband. In noch brutalerer Form eignete sich 1910 Japan Korea an, und England und Rußland teilten sich im Jahre 1911 die Oberherrschaft über Persien. Frankreich, das schon seit dem Kolonialvertrag mit England vom 8. April 1904 seine Ansprüche auf Marokko geltend gemacht hatte, brachte das Scheriffenreich nach der Erledigung der Schwierigkeiten mit Deutschland 1912 unter seinen »Schutz«.

Die verhinderten Kriege infolge der Orient- und Marokkokrise.

Alle diese Fälle führten zu starken Erschütterungen der internationalen Beziehungen, und mehr als einmal schien es, als ob ein bewaffneter Zusammenprall sogar in Europa unvermeidlich wäre. Die Orientkrise, die von der Angliederung von Bosnien und der Herzegowina ihren Ausgang nahm, schien wiederholt dem Kriege zutreiben zu wollen. Zuerst unmittelbar nach der Angliederung, da sich die junge Türkei zu widersetzen Miene machte, wie es zur selben Zeit auch zu einem Kriege zwischen der Türkei und Bulgarien zu kommen drohte. Dann im Frühjahr 1909, wo Österreich-Ungarn sich anschickte, in Serbien einzurücken, das Rußland hinter sich fühlte und die erfolgte Angliederung der beiden türkischen Provinzen mit Tollkühnheit bekämpfte. Dem Eingreifen Deutschlands wie der europäischen Westmächte gelang es noch im letzten Augenblick, den Krieg zu verhindern [1]). Am bedrohlichsten wurde die Krise im Sommer 1911. Die Entsendung französischer Truppen nach Fez, die Miene machten, dauernd dort zu verbleiben, hatte nach Ansicht der deutschen Regierung den Algecirasvertrag vollständig aufgehoben, so daß ihr zur Wahrung der Reichsinteressen die Entsendung

[1]) In dem Augenblicke, wo diese Zeilen zur Presse gehen, haben die Balkanstaaten mobilisiert, Montenegro den Krieg gegen die Türkei bereits begonnen. Der blutige Zusammenprall im Südosten Europas scheint fast unvermeidlich, und die Angst besteht, daß dieser Krieg in Europa zu einem europäischen Krieg sich gestalten könne. Schon der bloße Gedanke an diese Möglichkeit hat in der zweiten Oktoberwoche 1912 das Nationalvermögen der europäischen Hauptstaaten um viele Milliarden verringert.

eines Kriegsschiffes nach Agadir unbedingt nötig erschien. Es begannen zwar sofort diplomatische Verhandlungen zwischen beiden Regierungen, die aber, namentlich als sich England offenkundig auf die Seite Frankreichs stellte, manchmal so große Schwierigkeiten boten, daß man jeden Augenblick ihren Abbruch fürchtete und zu gewissen Zeiten einen Weltkrieg zwischen diesen drei Großmächten vor Augen sah. Aber am 4. November 1911 wurden unter dem erleichterten Aufatmen der ganzen Welt die franko-deutschen Verhandlungen durch den in Berlin unterzeichneten Marokko-Vertrag zum Abschluß gebracht. Die langjährige Marokkokrise wurde dadurch endgültig erledigt. Daß sie friedlich beigelegt werden konnte, ist ein Ergebnis des durch den Pazifismus wohltuend beeinflußten Zeitgeistes. Fehlte es doch in allen drei an der Marokkofrage interessierten Mächten nicht an starken Gruppen, die mit aller Kraft einem Kriege zutreiben wollten. Aber so sehr die Lage für dieses abscheuliche Treiben günstig gewesen wäre, brachen sich alle diese Machenschaften an der im kriegsfeindlichen Sinne erstarkten öffentlichen Meinung, an der der Friedenswille der Staatsoberhäupter aller drei Reiche und ihrer verantwortlichen Ratgeber eine mächtige Stütze fand. Es wird das ruhmvollste Lorbeerblatt der Regierung Kaiser Wilhelms II. bleiben, daß er in diesen Jahren ernster Krisen dem deutschen Volke wie Europa den Frieden zu erhalten gewußt hat, aber ein Ruhmestitel auch für jene Staatsmänner, die es verschmähten, sich von den Kriegshetzern beeinflussen zu lassen.

Der durch den Pazifismus hervorgerufene Wandel der internationalen öffentlichen Meinung, ihre Erstarkung und die ebenfalls durch die pazifistische Entwicklung veränderte Psyche der Regierenden haben dahingeführt, daß eine ganze Anzahl schwerer zwischenstaatlicher Streitfälle, die früher unbedingt zu kriegerischen Maßnahmen geführt hätten, durch Ausgleich und Entgegenkommen ihre Lösung fanden (siehe oben Teil I, S. 96 u. f., die Liste der von 1904—1910 »nichtgeführten Kriege«). Die dadurch erwiesene Möglichkeit einer gewaltlosen Schlichtung auch ernster Völkergegensätze hat die

Technik der Friedensdiplomatie wieder um ein bedeutendes entwickelt. Es sind die erfreulichen Forschrittstatsachen, die den hier verzeichneten Rückfällen in die Anarchie gegenüberzustellen sind.

Der Tripoliskrieg und seine Wertung für den Pazifismus.

Dieser Fortschritt versagte allerdings im September 1911, als das Königreich Italien unerwartet seine Herrschaft auf Tripolis ausdehnte und der Türkei nach einem unannehmbaren Ultimatum den Krieg erklärte. Ein Überfall so brüsker Art seitens einer europäischen Kulturmacht, die obendrein an der Förderung des Haager Werkes regen Anteil genommen hatte, ist als das bedauerlichste Ereignis der letzten Jahre zu bezeichnen. Der Tripoliskrieg ist in der Tat ein Hohn auf das moderne Völkerrecht und auf die durch das Haager Werk verkündeten und befestigten Grundsätze. Noch ist dieser Krieg nicht abgeschlossen und in allen seinen Folgen nicht zu übersehen, doch das eine kann bereits festgestellt werden, daß der neue Friedensgeist sich selbst bei diesem Rückfall in die Anarchie deutlich erkennbar macht. Hat doch dieser Krieg wie kein anderer die öffentliche Meinung aufgerüttelt, eine Weltbewegung gegen Italien hervorgerufen, die den Rechtsbruch bedingungslos verurteilte. Dieser Krieg, bei dem sich Italien leider noch immer auf Vorbilder aus der jüngsten Vergangenheit berufen konnte, hat aber noch ein anderes pazifistisches Ergebnis gezeitigt. Es hat sich gezeigt, daß die neutralen Staaten die Macht besitzen, einen Krieg örtlich einzuschränken. Italien wurde daran gehindert, den Krieg nach jenen Teilen Europas zu tragen, wo er dem Wirtschaftsleben der Neutralen eine Störung brächte. Und unter großen Opfern fügte sich Italien diesem Zwange! So erwies sich hier, daß durch die in steter Zunahme sich befindende gegenseitige Abhängigkeit der Staaten der Krieg immer mehr zu einer Schädigung für die nicht direkt daran Beteiligten wird, und daß diese im eigenen Interesse auf dessen Einschränkung Einfluß zu nehmen gezwungen und imstande sind. Wir erlebten zum ersten Mal einen im »reservierten Raum« geführten Krieg; beschränkt

in seiner Ausdehnung durch den gemeinsamen Willen Europas. Das hier erreichte Ergebnis muß aber allmählich zu der Erkenntnis führen, daß eine Macht, die einen Krieg beschränken kann, auch imstande ist, ihn zu verhindern. Und diese Erkenntnis wird sich um so rascher Bahn brechen, als die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit und die Störung, die dadurch jeder neutrale Staat durch einen Krieg erleidet, immer klarer hervortreten wird. Die Friedenskoalition der Neutralen ist im Anzuge.

Der anglo-deutsche Gegensatz und der versuchte Ausgleich.

Hingegen scheint ein anderer schwerer Gegensatz, der seit länger als einem Jahrzehnt auf Europa lastet, auf Grund des Ausgleiches und Entgegenkommens, gefördert durch einen festen Friedenswillen auf beiden Seiten, immer mehr der gefährlichen Sphäre entzogen und einer friedlichen Lösung zugeführt zu werden. Es ist dies der anglo-deutsche Gegensatz, dessen schon oben gedacht wurde, und der trotz einer kraftvoll einsetzenden Verständigungsaktion auch in den der zweiten Haager Konferenz folgenden Jahren immer wieder noch zu gefährlichen Spannungen führte. Es hat den Anschein, als ob durch die im September 1911 erfolgte Reise des damaligen englischen Kriegsministers, Viscount Haldane, nach Berlin Verhandlungen zwischen beiden Regierungen angeknüpft wurden. Die Versetzung des fähigsten deutschen Diplomaten, des Freiherrn von Marschall, von Konstantinopel auf den Londoner Posten, die im Frühjahr 1912 erfolgte, spricht dafür, daß auch auf seiten der deutschen Regierung der ernste Wille vorhanden ist, das trostlose jahrelange Ringen durch einen vernünftigen Zustand des geregelten Nebeneinanderlebens zum Abschluß zu bringen. Trotz des vorzeitigen Todes des hervorragenden deutschen Diplomaten (September 1912) dürfte es die allernächste Zeit hoffentlich lehren, daß der ungeheure pazifistische Aufwand zur Entwaffnung der auf beiden Seiten der Nordsee aufs höchste erregten Geister nicht umsonst vertan ward. Welch großer Fortschritt liegt aber schon allein darin, daß die Völker angesichts

einer so starken Spannung überhaupt zur Erörterung schritten. Überall aber, wo man im zwischenstaatlichen Leben über einen Gegensatz zu erörtern beginnt, werden die Gefahrenelemente geschwächt, siegt die Kultur über das Zoologische.

Weitere Fortschrittstatsachen.

Die Reihe der erfreulichen Fortschrittstatsachen, die den Erscheinungen des Rückfalls in die Gewaltära gegenüberzusetzen sind, läßt sich noch um ein Bedeutendes vermehren. Um nicht ganz in ein chronologisches Verzeichnen zu verfallen, seien hier nur einige wichtigere dieser Ereignisse angeführt. Da ist in erster Linie jene Londoner Seerechtskonferenz zu nennen, von der schon oben gesprochen wurde (Siehe Teil I, S. 260), die vom 4. Dezember 1908 bis 26. Februar 1909 versammelt war und zu der »Londoner Seerechtserklärung« führte. Als eine Fortsetzung des Werkes vom Haag brachte diese Versammlung der hauptsächlichsten europäischen Seemächte wie der Regierungen der Vereinigten Staaten und Japans, wenn sie auch zunächst einer Materie des Kriegsrechtes diente, doch die Kodifizierung zwischenstaatlicher Rechtsbeziehungen, was auch im friedensrechtlichen Sinne zu begrüßen ist, und außerdem die Grundlagen für den auf der II. Haager Konferenz beschlossenen Prisengerichtshof, dessen hohe friedensrechtliche Bedeutung oben (Teil I, S. 197 und 162) des näheren gekennzeichnet ist. Am 23. April 1908 wurden in Berlin und St. Petersburg die Nord- und Ostseeabkommen unterzeichnet, in denen sich die Anrainerstaaten jener Seegebiete ihre an den betreffenden Meeren gelegenen Gebiete wechselseitig garantierten. Es ist dies eine Vertragsform, die nur von ihrer Teilwirkung, auf die sie hier beschränkt wurde, auf das gesamte Staatsgebiet der Vertragsstaaten zu übertragen werden braucht, um eine Forderung des Pazifismus zu erfüllen, durch die mit Gewißheit jener Zustand der Sicherheit erreicht werden könnte, der heute durch das Wettrüsten vergeblich zu erreichen versucht wird. Das Jahr 1910 brachte noch zwei politische Ereignisse, durch die auf friedlichem Wege das

zustande kam, was unter Vermeidung zweier blutiger Kriege auch vorher hätte erreicht werden können, wenn der Gemeinsinn schon stärker gewesen wäre als der egoistische Gewalttrieb. Es ist dies jener am 4. Juli 1910 abgeschlossene Vertrag zwischen Rußland und Japan, durch den die beiden Regierungen ihr Verhältnis in der Mandschurei ordneten, und die am 31. Mai 1910 erfolgte Bildung der südafrikanischen Union, durch die das Burenelement die Regierung über das ganze britische Südafrika in die Hände bekam. Beide Ereignisse bilden einen augenfälligen Beweis für die Überflüssigkeit des Krieges. Einen Vorfriedensvertrag bedeutet auch das am 29. November abgeschlossene amerikanisch-japanische Abkommen, worin sich die beiden Regierungen, die nach Ansicht der Kriegsutopisten gezwungen seien, sich wegen der angeblich notwendigen »Herrschaft um den Stillen Ozean« zu bekriegen, den Status quo an jenem Meere garantierten und ihre Interessenkreise absteckten. In Amerika trat im Juli 1910 die vierte pan-amerikanische Konferenz zusammen, die den im Jahre 1902 zuerst angenommenen, auf den folgenden Konferenzen von Zeit zu Zeit erneuerten Schiedsvertrag ab 1912 mit unbestimmter Dauer verlängerte und überdies zu zahlreichen Abkommen und Anregungen organisatorischer Natur führte. Das pan-amerikanische Bureau in Washington wurde erweitert; es erhielt die offizielle Bezeichnung »Panamerikanische Union«. Ebenso machte die Schiedsgerichtsbarkeit und die Staatenorganisation im Mittelamerika durch die mittelamerikanische Friedenskonferenz zu Washington (1907) und durch die seit 1909 alljährlich abgehaltenen mittelamerikanischen Konferenzen Fortschritte. Diese Vereinigungen führten zu der Errichtung eines ständigen Staatengerichtshofes zu Cartago (Costa Rica) und eines ständigen mittelamerikanischen Bureaus — ein Gegenstück zu dem pan-amerikanischen Bureau — in Guatemala[1]).

[1]) Näheres darüber siehe oben: Teil I, S. 182 und 197 wie in meiner Schrift »Pan-Amerika« S. 219 u. f.

Die Entwicklung der Schiedsgerichtsbarkeit.

Die vorbehaltlosen Schiedsverträge des Präsidenten Taft.

Zu den Fortschrittstatsachen gehört ein Hinweis auf die Entwicklung der Schiedsvertragspolitik nach der zweiten Haager Konferenz (siehe oben Teil I, S. 266 u. f.). Als wichtigstes Ereignis auf diesem Gebiet ist der Versuch des Präsidenten Taft ins Auge zu fassen, zur Abschließung vollständig vorbehaltloser Schiedsverträge zu kommen. Schon am 22. März 1910 vertrat Taft in einer Ansprache an die »New York Peace and Arbitration Society« den Standpunkt, daß auch Angelegenheiten, die die nationale Ehre wie das nationale Eigentum betreffen, der Schiedsgerichtsbarkeit unterbreitet werden können[1]. Auf der Gründungsversammlung der »American Society for Judicial Settlement of international Disputes« am 17. Dezember jenes Jahres trat er noch entschiedener dafür ein. Die Vertreter Englands und Frankreichs in Washington erklärten sich daraufhin bereit, solche vorbehaltlose Verträge mit den Vereinigten Staaten abzuschließen[2]. Im englischen Unterhause erklärte am 12. März 1911 Staatssekretär Sir Edward Grey in einer denkwürdigen Rede seine Zustimmung zu den Anschauungen Tafts und sagte: »Angenommen, daß es ginge; angenommen, daß zwei der größten Staaten der Welt imstande wären, es der ganzen Welt klar zu machen, daß sie mit einem derartigen Abkommen dartun wollen, daß sie unter keinen Umständen mehr gegeneinander Krieg führen wollen, dann möchte ich sagen, daß die Wirkung dieses Beispiels die wohltätigsten Folgen nach sich ziehen würde.« Er erklärte, das Empfinden zu haben, die öffentliche Meinung habe eine Höhe erreicht, die eine vorhergehende Generation für unmöglich gehalten hat, wie sie vielleicht zur Zeit war, als die Menschheit daran ging, die Sklaverei abzuschaffen.

---

[1]) Siehe oben: Teil I, Anmerkung zu S. 153.

[2]) Später hat auch Deutschland seine Bereitschaft zu erkennen gegeben, doch war zu jenem Zeitpunkt der Kampf um die Verträge in der Öffentlichkeit schon so heftig entbrannt, daß es ratsam erschien, erst die Stellungnahme des Senats abzuwarten.

Voll Zuversicht blickte er einem Abkommen entgegen, das die Rüstungslasten erträglich und das dem Krieg für einen großen Raum auf Erden ein Ende machen wollte. Es kam hierauf in England zu großartigen Kundgebungen für den geplanten Schiedsvertrag. Am bedeutendsten war die am 28. April 1911 vom Lordmayor Sir Vezei Strong nach der Guild Hall einberufene Versammlung, wo der Lordmayor selbst, Ministerpräsident Asquith, der Leiter der Konservativen Mr. Balfour, der Erzbischof von Canterbury und viele andere bedeutende Männer für das große Ziel eintraten, das mit dem Taftschen Vorschlag gezeigt wurde. Es wurde in diesen Reden, namentlich aber durch den Führer der Regierung, Ministerpräsident Asquith, die Bedeutung des ins Auge gefaßten Vertrages dahin ausgelegt, »daß zwischen den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich — was immer der Ernst der strittigen Frage sei, wie groß immer die darin enthaltenen Interessen seien, wie tief die dadurch erregten Gefühle erschüttert werden — fortan der Krieg als mögliche Lösung ausgeschaltet sein muß, und das Argument an Stelle der Gewalt und die juristische Methode an Stelle des Gottesurteils der Schlachten zu treten hat.« Ebenso verkündete der Ministerpräsident, daß der anglo-amerikanische Friedensakt keinen politischen Zweck birgt, »keine drohende Botschaft für den übrigen oder irgendeinen Teil der Menschheit« enthält. Dies betonte auch Präsident Taft in einer im Juni 1911 der Generalversammlung der Kirche von Schottland durch Dr. Macdonald von Toronto übermittelten Botschaft. Es heißt darin: »Es ist meine aufrichtige Hoffnung, daß der vorgeschlagene Vertrag zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten nicht nur das Wohl der englisch sprechenden Rasse bewirken wird, sondern daß er den Weg vorbereiten wird für umfassende friedliche Beziehungen aller Völker, daß er von den Nationen die unerträgliche Last der Rüstungen nehmen und in Sicht bringen wird die Tage, von denen die

Propheten erzählen, wo keine Nation gegen die andere das Schwert erheben wird.« Ähnlich wie in England wurde die Anregung Tafts auch in Frankreich begrüßt, und am 3. August 1911 kam es in Washington und Paris zum Abschluß ständiger und vorbehaltloser Schiedsverträge zwischen der Union auf der einen, England und Frankreich auf der anderen Seite.

Diese beiden Verträge sind fast gleichlautend. Nach Artikel 1 werden alle Streitfragen, die zwischen den vertragschließenden Parteien entstehen sollten, sofern ihre diplomatische Beilegung nicht möglich wäre, und die ihrer Natur nach »justiciable« sind, das heißt, die Eignung besitzen, auf Grund von Recht und Billigkeit beurteilt werden zu können, dem Haager Hof unterbreitet. Der große Fortschritt liegt zunächst darin, daß für die Schiedsfähigkeit der Streitfälle keinerlei Ausnahmen gemacht wurde, wie dies bei der Mehrzahl der bisher abgeschlossenen Schiedsabkommen der Fall war, daß vor allen Dingen die Vorbehalte für solche Fälle, die die Ehre, die »vitalen Interessen« usw. berühren, wegfielen. Die einzige Beschränkung besteht darin, daß die Streitfrage an sich zur Rechtsentscheidung geeignet sein müßte. Um nun über diesen Punkt Zweifel und Streitigkeiten hintanzuhalten, wurde im Artikel 2 die Errichtung einer »Hohen gemischten Untersuchungskommission« vorgesehen, die aus je drei Staatsangehörigen der Vertragsstaaten sich zusammensetzen soll. Diese Kommission soll zunächst auch auf den Wunsch nur einer Partei einen Streitfall untersuchen, ehe er der Schiedsgerichtsbarkeit unterbreitet wird. Sie hat das Recht, ihr Gutachten bis zur Dauer eines Jahres zu verschieben. Diese Bestimmung bezweckt offensichtlich, jeden Einfluß einer erregten öffentlichen Meinung auszuschalten, somit die Hauptgefahr für eine friedliche Beilegung zu beseitigen. Das wichtigste ist aber die in der dritten Klausel des dritten Artikels enthaltene Bestimmung, wonach »in Fällen, in denen die Parteien sich nicht darüber einigen können, ob ein Streitfall der schiedsgerichtlichen Entscheidung unter Artikel 1 dieses Vertrages überwiesen werden soll,

d. h. ob er zur Rechtsentscheidung (»justiciable«) geeignet sei, diese Frage der hohen gemischten Untersuchungskommission vorgelegt werde, und, wenn alle Glieder dieser Kommission oder alle bis auf eines darin übereinstimmen, daß der betreffende Streitfall im Bereich des Artikel 1 liegt, er in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Vertrages der Schiedsentscheidung überwiesen werde.

So wie die Verträge unterzeichnet wurden, bedeuteten sie die bedingungslose Abschaffung des Krieges zwischen den vertragschließenden Staaten. Daß solches gewollt wurde, ist ein herrliches Zeichen der Zeit. Auch dann, wenn es nicht sofort erreicht werden konnte. Die Taftschen Schiedsverträge wurden am 4. August 1911 dem Senat der Vereinigten Staaten übersandt, jener Körperschaft, die nach der Verfassung Verträge, die der Präsident schließt, erst zu genehmigen hat. Daß hier eine Klippe für die Rechtskraft jener Friedensinstrumente in Erscheinung treten konnte, wußte man aus früheren Fällen (Siehe oben Teil I, S. 159 und 175); deshalb wurde auch, um den Senat zur bedingungslosen Annahme zu veranlassen, im ganzen Lande eine außerordentliche Agitation entfaltet, an der sich Präsident Taft und Staatssekretär Knox und viele der hervorragendsten Persönlichkeiten der Union persönlich beteiligten. Anfangs März 1912 befaßte sich der Senat in mehrtätiger sehr lebhaft geführter Debatte mit diesen Verträgen, die er noch am 7. März ratifizierte, jedoch mit Hinzufügungen, die ihre große pazifistische Bedeutung zwar nicht beseitigten [1]), den Propagandawert der Abkommen, der in der bedingungslosen Bindung lag, jedoch etwas verminderten. Der Senat hat das Wort »alle« im ersten Artikel doch etwas eingeschränkt, indem er für fünf Arten von Fällen eine Ausnahme festsetzte. Danach sollen nicht unbedingt der Schiedsgerichtsbarkeit unterworfen sein: 1. Fragen über die Zulassung von Ausländern in den Vereinigten Staaten und über die Zulassung von Ausländern für die Erziehungs-

[1]) Siehe darüber des Verfassers Artikel in der »Friedens-Warte« 1912, S. 121 u. f.

institute der Einzelstaaten; 2. Fragen über die Gebietsintegrität der Einzelstaaten und der Union; 3. Fragen über die Schulden irgendeines Einzelstaates; 4. Fragen über die als Monroe-Doktrin bezeichnete herkömmliche Haltung der Vereinigten Staaten in amerikanischen Angelegenheiten; 5. Fragen rein innerpolitischer Natur. Ferner hat der Senat die obenerwähnte Klausel 3 des Artikels 3 aus verfassungsmäßigen Bedenken (Umgehung der vertragschließenden Gewalt des Senats) gestrichen. Nur eine Stimme hätte gefehlt und die Annahme jener Klausel wäre durchgesetzt worden. Sie wurde mit 42 gegen 40 Stimmen abgelehnt. Es ist zurzeit noch nicht entschieden, ob der Präsident die Verträge in dieser veränderten Form annehmen und den Regierungen von England und Frankreich zur Ratifizierung überreichen wird. Wie es auch sei; wenn der große Fortschritt auch nicht sofort erreicht wurde. Die Arbeit wird von neuem aufgenommen, und er wird eines Tages voll erreicht werden.

Der Kampf um den Rüstungsstillstand.

Die Stellungnahme Deutschlands nach der Konferenz.

Bei der Behandlung, die dem Rüstungsproblem auf der II. Konferenz zuteil wurde, konnte natürlich ein Ergebnis nicht herauskommen, das nach den vor der Konferenz gemachten Andeutungen des Reichskanzlers Fürsten Bülow die deutsche Regierung hätte veranlassen können, eine gewissenhafte Prüfung vorzunehmen und die Handlungen der deutschen Politik danach einzurichten. Es blieb beim alten. Erfreulicherweise aber nicht nur insofern, daß das Überbieten an Rüstungen weiter fortging, sondern auch in jener Weise, daß die Erörterung über das Problem, die Betonung der Verderblichkeit des herrschenden Systems und der Notwendigkeit seiner Abänderung bei jeder Gelegenheit wieder hervorgehoben wurde; ja, sogar noch häufiger und noch eindringlicher wie vor der Konferenz. Es hat den Anschein, als ob gerade die dort vorgenommene gewaltsame Erdrosselung der Erörterungen des Problems den Widerstand gegen die zunehmenden Rüstungen gestärkt habe.

Jedenfalls ist festzustellen, daß die Frage der Rüstungsbeschränkungen in den deutschen offiziellen Kreisen und bei den Politikern seit 1907 nicht mehr jene bedingslose, fast schroffe Zurückweisung erfuhr wie vordem, ja daß hier eine, wenn auch kleine Wendung zum Besseren zu verzeichnen ist. Schon in ihrem unmittelbar nach der Konferenz veröffentlichten »Weißbuch« über die Haager Arbeiten betont die Reichsregierung, daß sie »dieses schwerwiegende Problem bereits vor der Konferenz einer eingehenden Prüfung unterzogen hatte«, und daß sie nur wünschen kann, »daß die Frage bei allen beteiligten Mächten den Gegenstand einer weiteren ernsten Prüfung bilden möge«. Sie werde nicht verfehlen, so heißt es weiter, die praktischen Ergebnisse einer solchen Prüfung »in Verbindung mit den Ergebnissen ihrer eigenen Prüfung seinerzeit in sorgfältige und gewissenhafte Erwägung zu nehmen«. Über die Haltung der deutschen Delegierten auf der Konferenz, namentlich bei der Behandlung der Rüstungsfragen, von Bebel in der Reichstagssitzung vom 21. November 1907 zur Rede gestellt, konnte der Reichskanzler Fürst Bülow allerdings nur mit dem verlegenen Hinweis antworten, daß sich die deutschen Delegierten an einer Debatte über Abrüstung aus dem Grunde nicht beteiligt haben, »weil eine solche überhaupt nicht stattgefunden hat«. Aber in der Reichstagssitzung vom 10. Dezember 1908 gab Fürst Bülow in Beantwortung einer vom Abgeordneten Haussmann an ihn gerichteten Frage über die Möglichkeit einer internationalen Beschränkung der Seerüstungen die Erklärung ab, daß die Reichsregierung »eine internationale Beschränkung für eine an und für sich wünschenswerte Sache halte«, daß sie zwar Zweifel an der Durchführung der bislang gemachten Vorschläge hege, aber »gewiß nicht von vornherein, ohne zu prüfen, jede Möglichkeit von der Hand weisen wolle.«

Der Artikel des Grafen Schlieffen.

Am Neujahrstag 1909 hat Kaiser Wilhelm den bei ihm erschienenen Generalen einen in der »Deutschen Revue«

veröffentlichten Artikel des früheren Generalstabchefs Grafen Schlieffen vorgelesen und dabei erklärt, daß er mit den darin zum Ausdruck gebrachten Darlegungen vollständig übereinstimme. Der Artikel, der den Titel »Der Krieg in der Gegenwart« trägt, schildert in staunenswerter Ähnlichkeit mit den Darlegungen, wie sie zehn Jahre vorher Johann von Bloch in seinem bändereichen Werke gegeben hat, die Veränderungen, die dem Kriege und somit der gesamten internationalen Politik eine gegen früher vollständig veränderte Gestalt geben. Der Graf geht vom Frankfurter Frieden aus und weist auf den Rüstungswettbewerb hin, der von da seinen Anfang nahm, auf die ungeahnte Vollendung der Kriegstechnik, die dadurch veränderte Taktik des Krieges überhaupt und die Folgen eines solchen Krieges für Handel und Wirtschaft. Dann entwirft er ein Bild einer seit 1871 sich entwickelnden technischen und politischen Einkreisung Deutschlands. »In der Mitte stehen ungeschützt Deutschland und Österreich, ringsherum hinter Wall und Graben die übrigen Mächte.« Alles so wie Bloch es schildert. Nur in den Folgerungen weicht der General von dem Soziologen ab. Jener findet keinen anderen Ausweg als die Empfehlung des Weiterrüstens. Immerhin hat der vom Kaiser gebilligte Artikel die Lage wahrheitsgetreu geschildert und die Erkenntnis erweckt, daß es so nicht weiter gehen könne, daß mit der Fortsetzung des Wettrüstens der Zustand nicht geändert, sondern eher verschlimmert werde.

Der deutsche Reichstag für eine Rüstungsvereinbarung mit England.

Diese Erkenntnis kam schon in den Reichstagssitzungen vom 29. und 30. März 1909 deutlich zum Ausdruck. In jenen Tagen wurde die Möglichkeit einer Verständigung über den Flottenbau mit England von den Rednern der verschiedenen Parteien erörtert. Durch Äußerungen, die kurz vorher der Lord der englischen Admiralität, Mc. Kenna, und Premierminister Asquith im englischen Unterhause abgegeben hatten, wurde bekannt, daß die englische Regierung

wegen eines Arrangements im Flottenbau an Deutschland herangetreten sei, aber von der Reichsregierung zurückgewiesen wurde. Sogar der konservative Redner, der Erbprinz von und zu Hohenlohe-Langenburg, gab der Ansicht Ausdruck, daß ein Vorschlag Englands über die Abrüstung zur See, »wenn er an uns herantritt, nicht in schroffer Weise zurückzuweisen ist«; er meinte, man müsse einen solchen Vorschlag reiflich prüfen, und fügte hinzu: »Ich glaube, man muß die geschichtliche Entwicklung abwarten. Es hat sich schon manches in der Welt vollzogen, was vor zwanzig, dreißig oder fünfzig Jahren als unmöglich galt, und wer weiß, ob nicht dereinst die Tatsachen zu jenem Ergebnis führen werden, das wir jetzt durch einen Vertrag vergeblich zu erreichen bestrebt sind.« Diese Worte, die aus dem Munde eines konservativ gesinnten Mannes kamen, sind als Zeichen der Zeit und des sich vollziehenden Wandels im höchsten Maße bemerkenswert. Der Zentrumsredner Frhr. v. Hertling nannte eine Verständigung über den Flottenbau »ein Ziel, aufs innigste zu wünschen«. Der freisinnige Redner, Abgeordneter Schrader, trat für die Verständigung mit England ein und machte der Regierung den Vorwurf, daß sie die von England dargebotene Hand nicht etwas kräftiger ergriffen habe. Der nationalliberale Redner, Abgeordneter Bassermann, gab wieder seinen Zweifeln über die Erreichbarkeit einer Beschränkung der Rüstungen Ausdruck. Er betonte aber doch nicht mehr die Unmöglichkeit einer Lösung, glaubte nur, daß sie »doch nur sehr langsam heranreifen werde.« Der Vertreter der Sozialdemokratie, der einen Antrag seiner Partei auf gegenseitige Beschränkung der Seerüstungen und auf Verzicht auf das Prisenrecht eingebracht hatte, trat unter scharfer Kritik der Rüstungspolitik für ein Abkommen auf Verminderung der Rüstungen ein. Der Reichskanzler Fürst Bülow bestritt zunächst in seiner Erwiderung, daß von seiten Englands ein formeller Vorschlag gemacht worden sei;

gab aber zu, daß »unverbindliche Gespräche« geführt wurden. Er bezog sich auf seine Erklärungen zur Abrüstungssache vom 30. April 1907 und vom 10. Dezember 1908 (siehe oben S. 204) und wiederholte, daß, solange keine Formel für die Rüstungsverminderung gefunden sei und die »brauchbare Grundlage« für Verhandlungen fehle, »die Regierung daran festhält, daß Verhandlungen über die Einschränkung des Flottenbaus keine wirklichen Erfolge versprechen«. Die Regierung stand mit ihrer entschieden ablehnenden Haltung ziemlich vereinsamt da [1]). Es dürften aber selbst in ihren eigenen Reihen die Meinungen geteilt gewesen sein, denn noch am 18. März 1909 äußerte sich der preußische Kriegsminister General von Einem im Deutschen Reichstag in einem dem Rüstungsstillstand sympathischen Sinne. Er sagte: »Gewiß, wenn die Dinge so weiter laufen, daß wirklich ein besseres Verhältnis zu England und eine Entente cordiale vielleicht sogar mit Frankreich zustande kommt, kann man ja vielleicht daran denken, das Heer zu vermindern und abzurüsten.«

England:
Enttäuschung nach der II. Haager Konferenz.

Die englische Regierung hat bereits in jener denkwürdigen Vollversammlung der Haager Konferenz am 17. August 1907, in der die Rüstungsfrage zur Sprache kam, in ähnlichem Sinne, wie sie es bereits am 9. März 1899 (siehe oben S. 167) getan, öffentlich die Erklärung abgegeben, daß sie bereit wäre, »alljährlich den Mächten, die das gleiche tun würden, die Pläne zum Bau neuer Kriegsschiffe, sowie die Kosten derselben mitzuteilen«, und sie ließ hinzufügen, daß dieser Austausch von Mitteilungen den Austausch von Gesichtspunkten über die Abstriche, die man machen könnte, erleichtern würde. Daß man sich in England in bezug auf diese erneute Ankündigung der Bereitwilligkeit keinen zu großen Hoffnungen auf Erfolg hingab, beweist die Rede, die der

---

[1]) Wenn der erwähnte Antrag der sozialdemokratischen Partei auch abgelehnt wurde, so geschah dies nicht aus Mißbilligung, sondern aus lediglich innerpolitischen Beweggründen.

Premierminister Campbell-Bannermann, der sich so sehr für die Eröterung des Rüstungsproblems im Haag eingesetzt hatte, am 9. November 1907 am Lord-Mayors-Bankett hielt. Daß die Haager Friedenskonferenz »unseren Hoffnungen nicht entsprochen hat«, mußte der totkranke Minister feststellen, der wenige Monate später nicht mehr unter den Lebenden weilte († 22. April 1908). Und er fügte hinzu: »Wir hatten gehofft, daß ein großer Schritt vorwärts in der Richtung gemacht werden würde, dem wachsenden Wetteifer der Rüstungen Einhalt zu tun. Wir sind enttäuscht worden.« Diese Enttäuschung kam in einer neuen englischen Flottenvorlage zum Ausdruck, die alsbald angekündigt wurde.

Neue Anregung für ein Rüstungsabkommen mit Deutschland.

Die englischen Liberalen aber wiesen auf die verbesserten Beziehungen mit Deutschland hin und überreichten dem Premierminister eine von 136 Mitgliedern ihrer Partei unterzeichnete Denkschrift, in der sie eine Herabsetzung der Ausgaben für Heer und Flotte fordern. Wiederholt kam die englische Regierung, an deran Spitze nach Campbell-Bannermanns Tod Lord Asquith getreten war, wie das Parlament im darauffolgenden Jahre (1908) auf die Rüstungsfrage zurück. Der XVII. Weltfriedenskongreß, der vom 27. Juli bis 1. August in London tagte, wurde von der Regierung mit ganz besonderen Aufmerksamkeiten bedacht (siehe unten). Bei dem großen von der Regierung gegebenen Bankett kam Premierminister Asquith auch auf die Rüstungen zu sprechen, deren Anwachsen er beklagte, und deren Verteidigung als Mittel zur Verhinderung von Kriegen ihm nicht besonders überzeugend erschien. Der Finanzminister Loyd George, der in einer Versammlung des Kongresses das Wort ergriff, sprach in überzeugender Weise für die anglo-deutsche Verständigung und beklagte es, »daß es im zwanzigsten Jahrhundert der christlichen Zeitrechnung notwendig sein soll, in einem zivilisierten Lande eine Versammlung abzuhalten, um dagegen zu protestieren, daß die christlichen Staaten jährlich gegen 400 Millionen Pfund (acht Milliarden Mark) zu dem

Zwecke ausgeben, um die eine Nation zur Tötung der anderen vorzubereiten«. Noch während der Tagung des Kongresses hatten wieder 144 Mitglieder der liberalen Parlamentsmehrheit an den Premierminister eine Eingabe gerichtet, in der zum Ausdruck gebracht wurde, das Wohl des Landes erfordere es, Maßnahmen vorzubereiten, die verhindern könnten, »daß Englands Kraft und Gedeihen noch weiter der Aufrechterhaltung einer starken Militärmacht und der Unterhaltung der Kriegsmarine geopfert würden«. Derartige Kundgebungen von politischen und beruflichen Gruppen mehrten sich im Laufe der Jahre in England derart, daß ihre Verzeichnung der Fülle wegen hier untunlich erscheint. Wiederum wurde das Lord-Mayorsfest vom verantwortlichen Staatsmann dazu benützt, dem Wunsche Englands nach Rüstungsvereinbarungen Ausdruck zu verleihen. »Wir würden nicht widerstreben,« so sagte Lord Asquith, »eine Hand zu ergreifen, die uns in guter Absicht und in Treue entgegengestreckt würde.« Im Jahre 1909 kam es in den Parlamenten beider Länder sehr oft zu Hinweisen auf die Flottenrüstungen des andern. Es wurde dabei auf beiden Seiten festgestellt und anerkannt, daß die Rüstungen sich nicht gegeneinander kehren, sondern nur den verschiedenen eigenen Bedürfnissen eines jeden Landes dienen sollen. Dies ist ein Standpunkt, der falsch ist und den wahren Kern des Problems verhüllt, dessen gegenseitige Anerkennung nur dazu führte, den verderblichen Wettbewerb in höfliche Form zu kleiden. Am 16. März machte Lord Asquith im Unterhause die Mitteilung, daß Deutschland von englischer Seite »mehr als einmal« Vorschläge auf gegenseitige Beschränkung der Flottenausgaben gemacht wurden, ein Hinweis, der in den oben geschilderten Verhandlungen des Deutschen Reichstags vom 29. und 30. März 1908 die Grundlage der Erörterungen bildete. Gleichzeitig mit jenen Verhandlungen im Reichstag fand auch im englischen Unterhause eine Erörterung der Rüstungsfrage statt. Lord Asquith erwiderte auf des Fürsten Bülow Ausführungen, wonach England einen formalen Vor-

schlag nicht gemacht hätte, daß England auch zu solchem bereit sei, wenn es wüßte, daß dieser willkommen wäre. In derselben Sitzung versuchte nun der Staatssekretär Grey nicht nur das Wünschenswerte einer Abnahme der Flottenausgaben darzulegen, »die sofort das Gefühl erhöhter Friedenssicherheit hervorrufen würde«, sondern auch die verschiedenen Wege ins Auge zu fassen, die dazu führen würden. Diese Rede gehört wohl zu den bedeutendsten Äußerungen, die im Hinblick auf den anglo-deutschen Flottenwettbewerb getan wurden. Der Staatssekretär betonte darin die seitdem von England festgehaltene Anschauung, daß eine Verständigung mit Deutschland nur auf Grund der Überlegenheit der englischen Flotte über die deutsche durchgeführt werden könnte, da die Flotte für England dasselbe Lebensbedürfnis ist, wie für Deutschland sein Heer. Er ließ aber durchblicken, daß England seine Stellung in der Frage der Neutralisierung des Privateigentums zur See vielleicht ändern würde, wenn dies als Ausgang für eine Verminderung der Flottenrüstungen genommen werden würde, ein Hinweis, den Mc. Kenna, damals erster Lord der Admiralität, Ende April noch deutlicher zum Ausdruck brachte. Im Sommer jenes Jahres befaßte sich das englische Parlament abermals mit der Frage. Mc. Kenna machte am 26. Juli anläßlich seiner Begründung der Notwendigkeit des weiteren Ausbaues der englischen Flotte die Mitteilung, daß die Regierung seit drei Jahren nicht nur wiederholt ihren Entschluß zum Ausdruck gebracht habe, sich über den Rüstungsstillstand mit anderen Mächten zu verständigen, »sie zeigte auch durch mehr als Worte ihren Entschluß, in der Beschränkung der Rüstungen die Führung zu übernehmen, und drei Jahre tat sie ihr Äußerstes, die Welt von der Nutzlosigkeit dieses Wettlaufs in den Rüstungen zu überzeugen«. Und Premierminister Asquith, der ebenfalls die einschlägigen Bemühungen Englands der letzten drei Jahre aufzählte, benützte wieder die Gelegenheit, um Englands Bereitwilligkeit zu einer Vereinbarung zu betonen. »Auch jetzt noch«, sagte er, »steht nicht nur

einem nationalen Abkommen die Tür offen, die Regierung sei sogar eifrig bestrebt, mit den anderen Mächten zu einer Verständigung zu kommen.« Und als am 7. September der Liberale Byles auf die Möglichkeit hinwies, jetzt zu einem Abkommen mit Deutschland zu gelangen, und Allen Baker die Frage stellte, ob der Minister Deutschland Vorschläge zu machen geneigt sei, erwiderte Lord Asquith, »daß jede Andeutung, daß die deutsche Regierung ein solches Übereinkommen zu treffen wünsche, das herzlichste Entgegenkommen der britischen Regierung finden wird«. Und als Byles darauf die weitere Frage stellte, ob es nicht möglich wäre, daß britischerseits die Initiative ergriffen würde, antwortete Asquith darauf kurz: »Wir haben die Initiative ergriffen.«

Die öffentliche Meinung in Deutschland und England.

Diese hochwichtigen Auseinandersetzungen zwischen den Regierungen beider Reiche fanden in der Öffentlichkeit ein lebhaftes Echo. Wohl fehlte es hüben wie drüben an Hetzern nicht, die das Verständigungswerk zu stören suchten, und Lord Churchill hatte recht, wenn er in einem an den Vorsitzenden des Liberalen Klubs in Dundee gerichteten Schreiben »auf die verbrecherische Tätigkeit einer verhältnismäßig kleinen Anzahl von Persönlichkeiten in beiden Ländern und auf die sträfliche Leichtgläubigkeit der breiten Volksschichten« hinwies, durch die der allmählich ernst gewordene Gegensatz zwischen den beiden Völkern hervorgerufen wurde, auf dessen glückliche Überwindung er anspielte. In einem gewissen Teil der deutschen Presse mehrten sich die Verdächtigungen gegen England, je lebhafter dort der Wunsch zutage trat, zu einer Rüstungsverständigung zu gelangen. Doch fehlte es hier keineswegs an gewichtigen Stimmen, die zu einer vernünftigen Regelung des Rüstungsmaßstabes mit England rieten. Sogar das führende Blatt der Konservativen, die »Kreuzzeitung«, empfahl in ihrer Wochenrundschau zu Ostern 1909, »gegenüber den immer lauter werdenden Wünschen

Englands nach einer gewissen Verständigung über den Flottenbau nicht zurückhaltend zu sein«, und gab der Hoffnung Ausdruck, der Reichskanzler werde doch noch eines Tages und »hoffentlich recht bald die Formel finden«, die eine Verhandlungsbasis mit England biete. Sie erblickte sogar in einem Vertrag mit England den besten Schutz der überseeischen Interessen Deutschlands. Stark national gesinnte Männer, wie Maximilian Harden, Legationsrat vom Rat, Dr. von Holleben u. a., wiesen auf die Notwendigkeit einer Flottenverständigung mit England hin und Harden sogar unter Hinweis auf den langjährigen Leiter des auswärtigen Amtes, Geheimrat von Hollstein, der immer zu Verständigungen mit England geraten habe.

Die anglo-deutschen Rüstungserörterungen 1910—1911. Vor Agadir.

In den Jahren 1910 und 1911 nahm die Erörterung der großen Frage in beiden Ländern nur noch zu. Am 14. Juli 1910 beklagte Lord Asquith, in Erwiderung der Forderung des Abgeordneten Dillon, das Flottenbudget um zwei Millionen Pfund jährlich zu vermindern, die Vergeudung durch die Rüstungsausgaben, durch die das soziale Reformwerk hintangesetzt werde, und wünschte, daß es zu irgendeiner Art Abkommen zwischen den Staaten der Erde und namentlich zwischen England und »dem großen befreundeten Reiche Deutschland« kommen möge. Dabei wies der Premierminister darauf hin, daß die deutsche Regierung auf weitere Sondierungen erklärt habe, daß sie durch ein Gesetz gebunden sei, und daß eine Abänderung dieses Gesetzes nicht die Unterstützung der öffentlichen Meinung in Deutschland haben würde. Tags darauf, am 15. Juli, schleuderte der Schatzkanzler Lloyd George auf einem vom Lord-Mayor veranstalteten Bankett, an welchem die hervorragendsten Finanzleute teilnahmen, erneut einen Bannfluch gegen jene »Epidemie der Verschwendung, die die ganze Welt verheert bis zum Untergang«. Anknüpfend an die Äußerung des Lord Asquith, wonach sich die Reichs-

regierung auf die ablehnende Haltung der öffentlichen Meinung in Deutschland berufen habe, entstand ein Sturm in der gesamten deutschen Presse, die mit einer seltenen Einstimmigkeit gegen diese Behauptung zu Felde zog und dringend nach Verhandlungen mit England rief.

Am 10. Dezember 1910 äußerte sich der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg zur Frage. Er gab zu, daß England den Gedanken einer gemeinsamen Rüstungsverminderung wiederholt angeregt habe, jedoch ohne positive Anträge zu stellen, und fügte hinzu: »Auch wir begegnen uns mit England in dem Wunsche, Rivalitäten in Beziehung auf die Rüstungen zu vermeiden, haben aber in den ab und zu stattgehabten, unverbindlichen, vom gegenseitigen freundschaftlichen Geiste getragenen Pourparlers stets den Gedanken vorangestellt, daß eine offene und vertrauensvolle Aussprache und darauffolgende Verständigung über die beiderseitigen wirtschaftlichen und politischen Interessen das sicherste Mittel zur Beseitigung jeglichen Mißtrauens wegen des gegenseitigen Kräfteverhältnisses zu Wasser und zu Lande sei. Schon die Fortdauer eines zwanglosen und vertrauensvollen Gedankenaustausches über alle mit diesen Dingen zusammenhängenden Fragen ist eine Garantie für die freundliche Absicht auf beiden Seiten, und dürfte allmählich aber sicher zur Beseitigung des Mißtrauens führen, das nicht bei den Regierungen, wohl aber in der öffentlichen Meinung sich leider vielfach geltend gemacht hat.« Diese Feststellungen bedeuteten zwar kein großes Entgegenkommen, zeigten aber immerhin ein leises Abweichen von dem bisher seitens der Reichsregierung angenommenen Standpunkt an. Es wird die Möglichkeit einer Verminderung der Rüstungen zwar nicht zugegeben, wohl aber die Vorteile von »Pourparlers« darüber. In der Reichstagssitzung vom 23. Februar 1911 kam es bei Beratung der Heeresvorlage wieder zu einem lebhaften Verlangen der Abgeordneten verschiedener Parteien nach einer Verständigung über die Rüstungen. »Sie müssen endlich Maß und Ziel bekommen!« rief der Zentrumsabgeordnete Speck,

und der freisinnige Abgeordnete Dr. Wiemer protestierte lebhaft gegen die Ablehnung von Vorschlägen zur Lösung der Abrüstungsfrage und gab dem Wunsche Ausdruck, »daß die Reichsregierung sich das wohl überlegen und künftige Anregungen nicht mit einem kühlen Lächeln abweisen sollte«.

Am 12. März 1911 fand im englischen Unterhause eine Sitzung statt, in der Staatssekretär Grey die Hoffnung zum Ausdruck brachte, daß nach Mc. Kennas Ausspruch mit dem vorgelegten Flottenbudget die »Hochwassermarke« erreicht sei und, vorausgesetzt, daß die Programme der anderen Mächte ihren normalen Verlauf nehmen, Verminderungen eintreten werden. In einer denkwürdigen Rede wies er auf den Zusammenbruch der Kultur hin, der eintreten müßte, wenn es nicht gelinge, die Zunahme der Rüstungsausgaben zu beschränken und mit Deutschland zu einem Abkommen zu gelangen.

Diese Rede lag den hochwichtigen Erörterungen zugrunde, die sich am 30. März 1911 bei der Beratung des Etats des Reichskanzlers über die Verminderung der Rüstungslasten im deutschen Reichstag entspannen. Der Führer des Zentrums, Dr. Spahn, wiederholte dabei das seitens seiner Partei so oft gestellte Verlangen, Verhandlungen über eine Verminderung der Flottenrüstungen nicht abzulehnen, und sogar der konservative Redner Graf v. Kanitz schloß sich diesen Ausführungen an und sagte: »Mit den Grundsätzen, welche der Minister Grey formulierte, können wir uns wohl einverstanden erklären. Wenn er sagt: ‚Die Bürde der Rüstung ist eine größere Gefahr als der Krieg selbst; sie bedeutet ein Verbluten in Friedenszeiten‘, so wird die darin liegende Wahrheit wohl von niemand verkannt werden.« Die Sozialdemokraten brachten wieder einen Antrag ein, der den Reichskanzler, im Hinblick auf die erklärte Bereitwilligkeit in anderen Parlamenten, aufforderte, sofort Schritte zu tun, um eine internationale Verständigung über die allgemeine Er-

leichterung der Rüstungen herbeizuführen. Von der Fortschrittlichen Volkspartei wurde ein ähnlicher Antrag eingebracht. Der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg sprach sich in einer langen Rede über das Friedensproblem aus, schilderte die Schwierigkeiten eines Abrüstungsübereinkommens und erklärte die Frage für »unlösbar, solange die Menschen Menschen und die Staaten Staaten sind«; teilte aber mit, daß Deutschland der englischen Anregung über einen Nachrichtenaustausch über die gegenseitigen Schiffsbauten beigetreten sei. Nach einer sehr lebhaften und interessanten Debatte, die zwei Tage währte, wurde am 31. März die sozialdemokratische Resolution abgelehnt, hingegen die der fortschrittlichen Volkspartei angenommen. Diese Resolution lautet: »Der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler zu ersuchen, die Bereitwilligkeit zu erklären, in gemeinsame Verhandlungen mit anderen Großmächten einzutreten, sobald von einer Großmacht Vorschläge über eine gleichzeitige und gleichmäßige Begrenzung der Rüstungsausgaben gemacht werde.« Damit gab das deutsche Volk in seiner Mehrheit zu erkennen, daß es einer Erörterung über die Begrenzung der Rüstungen nicht ablehnend gegenüber steht.

Nach Agadir.

Es kamen die Tage von Agadir mit der oben geschilderten Trübung des anglo-deutschen Verhältnisses, und die Kriegshetzer bekamen eine Zeitlang wieder die Oberhand. Doch konnten sie zu ihrem Ziele nicht mehr gelangen. Auch der Prozeß, der einer anglo-deutschen Einigung zustrebte, konnte durch jene Verstimmung nicht aufgehalten werden. Als der Marokkovertrag zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossen und die Gefahr eines kriegerischen Zusammenpralls beseitigt war, erschien der englische Kriegsminister Haldane in Berlin, um das Werk der Verständigung mit erhöhtem Nachdruck fortzusetzen. Zur Stunde, wo diese Zeilen geschrieben werden, ist das Verständigungswerk noch

nicht zum Abschluß gelangt. Es ist zu hoffen, daß seine Vollendung nicht lange mehr auf sich wird warten lassen. Die Bereitschaft dazu ist bei beiden Völkern vorhanden.

In den anderen Ländern.

Es ist der Schilderung des Rüstungswettkampfes zwischen Deutschland und England ein größerer Raum gewidmet, entsprechend der hohen Wichtigkeit, die diesem weltgeschichtlichen Prozeß zukommt. Nicht geringer war aber der Ansturm gegen die Rüstungen in den anderen Ländern und in den Parlamenten, auf den hier nur hingedeutet werden kann.

Die Vereinigten Staaten.

In den Vereinigten Staaten hat Präsident Roosevelt in seiner Botschaft an den Kongreß vom 3. Dezember 1907 aus dem Scheitern der Rüstungserörterung im Haag den logischen Schluß gezogen, daß in erhöhtem Maße weitergerüstet werden müsse. Aber in der Sitzung des Repräsentantenhauses vom 11. April 1909 zeigte sich der Widerstand, der sich in den Vereinigten Staaten gegen das Wettrüsten entwickelt hat, indem mit 199 gegen 75 Stimmen von den von der Regierung geforderten vier Schlachtschiffen nur zwei bewilligt wurden. Dieser Widerstand setzte sich fort und trat in wiederholten Anträgen und großzügigen Reden im Senat und Repräsentantenhaus, wobei sich namentlich die Abgeordneten Bartholdt und Tawnay und Senator Burton hervortaten, zutage. Er verdichtete sich in der öffentlichen Meinung derart, daß im Juni 1910 durch Gesetz (die sogenannte Bennett-Bill) beschlossen wurde, eine Kommission von fünf Mitgliedern einzusetzen, »die erwägen soll über die Möglichkeit der Ausnützung vorhandener internationaler Behelfe zum Zwecke der Beschränkung der Rüstungen aller Staaten der Welt auf dem Wege internationaler Abkommen, und über die Gestaltung der kombinierten Flotten der Welt zu einer internationalen Gewalt zum Schutze des allgemeinen Friedens; und die die etwaigen anderen Mittel zur Verminderung der Regierungsausgaben für Militärzwecke und zur Verringerung der Kriegswahr-

scheinlichkeit in Betracht ziehen und darüber berichten soll«. Es wurden als Kosten für diese Kommission 10000 Dollars bewilligt und bestimmt, daß die Kommission binnen zwei Jahren ihren Schlußbericht zu erstatten habe. Es kam aber nicht zur Ernennung dieser Kommission, da Europa sie nicht wünschte. Präsident Taft hatte die europäischen Regierungen eingeladen, ähnliche Kommissionen einzusetzen, die mit der amerikanischen zusammenarbeiten sollten. Die Einladung wurde durch Zirkularnote vom 16. November 1910 an die Regierungen von Deutschland, Österreich-Ungarn, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Japan, der Niederlande, Rußland und der Türkei zugesandt. Über die eingelaufenen Antworten wurde im Sommer 1911 offiziell mitgeteilt, daß, »während einige dieser Mächte sich geneigt zeigten, bestimmte Vorschläge in Erwägung zu ziehen, die wir ihnen als Ergebnis der Untersuchungen der Kommission unterbreiten könnten, sind andere der Ansicht, daß es jetzt nicht angebracht sei, eine von der erwähnten Resolution (gemeint ist die Bennet-Bill) vorgesehenen internationalen Aktion zu unternehmen, und sind anscheinend der Meinung, daß es augenblicklich nicht gelegen wäre, das Studium dieser Frage zu erneuern.«

Österreich und Ungarn.

Es ist nicht bekannt, welche Staaten ein Studium des Rüstungsproblems in jenem Augenblicke, wo die ganze Welt unter der Riesenlast keuchte, für »ungelegen« erachteten. In den österreichischen Delegationen wurde der Minister des Äußern Graf Aehrenthal am 30. Januar 1911 von dem Delegierten Exner über die Stellungnahme der Regierung zu der Anregung des Präsidenten Taft befragt. Der Minister äußerte seine Sympathie für »alle Bestrebungen, welche auf eine Verminderung der immer steigenden, auf den Völkern Europas schwer lastenden Rüstungsauslagen gerichtet sind«, und gab die Absicht kund, sich zu vergewissern, welche Stellung die anderen europäischen Regierungen zu jener Anregung einnehmen werden. In einer Resolution wurde die

gemeinsame Regierung eingeladen, »alle geeigneten Mittel zu ergreifen, die die Erreichung dieses großen Zieles (das sich Präsident Taft gesteckt hatte) fördern könnten«. Auch während der Delegationstagung im Oktober-November 1909, wo die Regierung Österreich-Ungarns die Rechnung ihrer bosnischen Politik vorlegte, kam es zu einer heftigen Opposition gegen die Rüstungen. Am 26. Oktober hielt der tschechische Abgeordnete Mazaryk eine Rede gegen »die Wahnidee der Rüstungen«, wobei er eine sich gegen das Wettrüsten wendende Resolution der österreichischen Friedensgesellschaft vorbrachte. Ein namens der sozialistischen Partei durch den Abgeordneten Seitz eingebrachter Antrag auf Anbahnung von Verhandlungen mit der italienischen Regierung zwecks beiderseitiger Einstellung der Flottenrüstungen wurde zwar abgelehnt, doch brachte der Berichterstatter für Äußeres zum Ausdruck, daß die Regierung Österreich-Ungarns bereit sei, bei jedem entsprechenden Anlaß Verhandlungen über eine derartige Abrüstung einzugehen. In der Sitzung der österreichischen Delegationen gab der Delegierte Soukup angesichts der immer erneuten Militärforderungen seiner Überzeugung Ausdruck, daß das Abrüstungsproblem doch auf dem Marsche sei, und der Delegierte Delugan äußerte die Ansicht, »daß eine von Österreich-Ungarn, Deutschland und Italien ausgehende Anregung zur Einberufung einer internationalen Konferenz sicherlich überall tatkräftige Unterstützung finden werde«. Am 24. Februar warnte der tschechische Delegierte Dr. Kramař vor den Rüstungen, die in allen europäischen Staaten entschieden zu einer Katastrophe führen müßten. Der Minister Graf Aehrenthal gab abermals die Versicherung, »daß man jede Anregung, welche auf eine Einschränkung hinziele, seitens der österreichisch-ungarischen Regierung nicht nur sympathisch aufnimmt, sondern auch unterstützt«.

In Ungarn trat der Landesverteidigungsminister Samuel Hazai am 17. Juli für die neue große Wehrvorlage ein, wobei er es nicht unterließ, der Friedensbewegung eine höfliche Verbeugung zu machen, und zu erklären, daß er weit

davon entfernt sei, die Möglichkeit einer Lösung des Rüstungsproblems in Frage zu stellen, während der Minister-Präsident Khuen-Hedervary sich bei der Begründung der neuen Wehrvorlage (15. Februar 1912) auf die Nachbarn berief und die Rüstungen als Mittel zur Bündnisfähigkeit und als »Basis der Politik der Bündnisse« bezeichnete. Eine Begründung, die durch die Wissenschaft des Pazifismus schon längst in ihrer Haltlosigkeit dargestellt ist. Am 21. März 1911 stellte der Abgeordnete Domherr Gießwein, der Präsident der ungarischen Friedensgesellschaft, im ungarischen Parlament den Antrag, die Regierung möge dahinwirken, daß in das Programm der nächsten Haager Konferenz die gleichzeitige internationale Beschränkung der Rüstungen mit aufgenommen werde. Dieser vom Antragsteller und vom Grafen Albert Apponyi warm unterstützte Antrag fand die Billigung des Ministers und die einstimmige Annahme des Hauses.

Frankreich.

Wiederholt kam es in der französischen Kammer zu Rüstungsdebatten. Am 27. Dezember 1909 wurde das Problem dort mit besonderer Ausführlichkeit behandelt. Pressensé verlangte, daß sich die französische Regierung der Bewegung für die Abrüstung anschließe; »die Stunde sei gekommen, eine internationale Friedensorganisation zu bilden«, und Lucien Le Foyer trat für die energische Vertretung dieser Frage ein. »Es gibt keine Frage, die sich gebieterischer aufdrängt und dabei immer weniger gelöst zu werden versucht wird.« Nach dieser stillschweigenden Verständigung zugunsten der Vermehrung der Rüstungen, meinte Le Foyer mit Recht, könne wohl eine ausdrückliche internationale Verständigung zum Zweck ihrer Verminderung folgen. Am 23. Februar 1911 brachte der Sozialist Sembat in der Kammer den Antrag ein, »mit den anderen Mächten, besonders mit Deutschland und England, Verhandlungen einzuleiten, die eine gleichzeitige Beschränkung der Rüstungen zum Ziel haben«. Der Minister des Äußern Pichon erklärte zwar, den Antrag

Sembats nicht annehmen zu können, dieser wurde auch von der Kammer abgelehnt, hingegen ereignete es sich, daß ein Antrag des Abgeordneten Dumont, der die Regierung aufforderte, dahin zu wirken, daß auf die Tagesordnung der nächsten Haager Konferenz die Frage einer gleichzeitigen Einschränkung der Rüstungen gesetzt werde, dem die Regierung auch ihre Zustimmung gab, mit der erdrückenden Mehrheit von 476 gegen 56 Stimmen zur Annahme gelangte. Im Senat ließ der große Friedenstechniker Baron d'Estournelles de Constant bei jeder sich bietenden Gelegenheit seine warnende Stimme vernehmen. Eindringlichst mahnte er zur Vernunft und Mäßigung. So sprach er am 5. April 1910 gegen die Bewilligung von zwei neuen Panzern, die er als die Vorläufer eines neuen Flottenprogramms bezeichnete. Er sollte nur zu sehr Recht behalten.

Italien.

In Italien hatte am 1. Dezember 1910 der Abgeordnete Bissolati einen Antrag eingebracht und begründet, wonach die Regierung aufgefordert wurde, »sich mit der Regierung Österreich-Ungarns zu verständigen, zum Zwecke der Vereinigung einer internationalen Konferenz zur Beschränkung der Rüstungen«. Der Minister des Äußern San Giuliano gab eine ausweichende Antwort und tat dem Problem Gewalt an, indem er sich zu der Äußerung verstieg, daß bisher »jedesmal, wenn man versucht habe, sich über die Abrüstung zu verständigen, die Beziehungen zwischen den Mächten eine Abkühlung erfahren« hätten. Trotzdem soll nach einem vom französischen Senator Gervais am 26. Juli 1910 im »Matin« veröffentlichten Artikel König Victor Emanuel einen Plan entworfen haben, der darauf abgezielt haben sollte, der Vergrößerung der Kriegsflotte Halt zu gebieten. Der König soll geäußert haben, daß diejenige Persönlichkeit, der er den Plan vorgelegt habe, die durch ihre Stellung seiner Idee Kraft hätte geben können, ihn (den König) nicht verstehen wollte.

Schweden, Japan, usw.

Am 21. März 1911 wurde die schwedische Regierung über ihre Stellungnahme zu der oben erwähnten amerikanischen Anregung befragt. Der Minister des Außern Graf Taube konnte erklären, daß ihm eine Einladung seitens der amerikanischen Regierung nicht zugekommen sei. Über einen gleichzeitig von sozialdemokratischer Seite unterbreiteten Antrag auf Herstellung eines Rüstungsübereinkommens entwickelte sich in der schwedischen Kammer eine lebhafte Debatte, in der der Wunsch nach Erleichterung der Rüstungen in entschiedener Weise zum Ausdruck gebracht wurde. So ging es ohne Stillstand in den Parlamenten fast aller Länder. Sogar in Japan fand am 25. Januar 1909 eine Interpellation in der Kammer auf Herabsetzung der Rüstungen statt, auf der die Regierung ebenfalls eine sympathische Antwort hatte, und der japanische Staatsmann Graf Okuma hat sich 1910 dahin geäußert, daß die Lasten, die durch die Rüstungen zu Wasser und zu Lande den Völkern aufgelegt werden, kein Volk — auch das reiche England nicht — dauernd ertragen kann.

Die Stellungnahme der Regierungen gegenüber dem allgemeinen Ansturm.

Wir sehen aus den vorhergegangenen Schilderungen, wie sich seit den Tagen der ersten Haager Konferenz die öffentliche Meinung gegenüber den Rüstungen in rascher Steigerung gewandelt hat. Vorher wurden die Rüstungslasten beinahe mit fatalistischem Gleichmut stumm ertragen und ein Politiker, der seinen Ruf als ernster Mensch nicht in Gefahr bringen wollte, durfte es nicht wagen, seine Stimme dagegen zu erheben. Man überließ die Kritik des Rüstungswesens den Sozialdemokraten, auf deren Meinung man glaubte, kein Gewicht legen zu müssen, und den Pazifisten, die man noch weniger ernst nahm. Das Zarenmanifest, das zum ersten Mal von der anderen Seite her eine Kritik der großen Frage zu Gehör brachte, wurde mehr oder weniger offen verlacht, und die Erörterung des Rüstungsproblems auf der ersten Haager Konferenz wurde seitens der dazu eingesetzten

Militärpersonen mit einer von einzelnen Seiten an den Tag gelegten souveränen Verachtung abgetan. Aber schon auf dieser Konferenz wurden Töne vernommen, die zumindest neu waren, Anschauungen geäußert, die verblüfften, und die nicht wenig dazu beitrugen, daß das bis dahin als unberührbar angesehene Problem der öffentlichen Erörterung überantwortet wurde. Seitdem hat diese Erörterung niemals aufgehört, wenn es auch versucht wurde, sie auf der zweiten Haager Konferenz zu erdrosseln. Gar bald erhob sich die Rede zu einem Sturm. In allen Ländern bildeten die Rüstungen den am meisten in Erwägung gezogenen Gegenstand, und zwischen einzelnen Parlamenten und Staatsmännern entwickelten sich vor der ganzen Kulturwelt regelrechte Zwiegespräche von Land zu Land. Sogar in Deutschland vollzog sich der Wandel, daß der Reichstag, der vor der zweiten Konferenz jede Erörterung der Rüstungsfrage als eine Gefahr ansah und ihr bis in die liberalen Kreise hinein ablehnend gegenüberstand, schließlich fast einstimmig für eine Erörterung des Problems eintrat und sich nicht scheute, sich dadurch zur Reichsregierung in einen Gegensatz zu stellen. Abgesehen von England, dessen liberale Regierung in wahrhaft großzügiger Weise und ohne sich von ihren Mißerfolgen abschrecken zu lassen, immer wieder zugunsten einer gleichzeitigen vertragsmäßigen Beschränkung der Rüstungen offen und unumwunden eintrat, hörte man von den Regierungsvertretern in allen anderen Ländern immer nur verlegene Ausflüchte; ihre Stellungnahme beschränkte sich den immer dringender werdenden Forderungen der Parlamentsmehrheiten gegenüber auf allgemeine Sympathiebezeugungen für die große Sache bei gleichzeitiger Einbekennung ihrer Ohnmacht zur Herbeiführung einer Änderung. Es unterliegt keinem Zweifel, daß bei entschiedener Weiterführung des Ansturmes die Regierungen schließlich doch gezwungen sein werden, ihre für die Dauer unhaltbare Stellungnahme zu ändern und eines Tages wenigstens den Versuch zu einer Lösung der Rüstungsfrage zu unternehmen. Sie werden an jenem Tage zugeben

müssen, daß das Problem von einem einzelnen Staate nicht gelöst werden kann und unbedingt durch ein Zusammenwirken aller in Betracht kommenden Staaten oder einer Anzahl von ihnen ins Auge gefaßt werden muß. Dann werden alle heute so landläufigen Einwände, die, vom Standpunkte des einzelnen Staates betrachtet, einen Schein von Folgerichtigkeit besitzen, in sich zusammenfallen und so den Weg frei machen zur wahren Befreiung der Völker von ihrer eigenen Tyrannei. Diese werden alsdann entdecken, wie Sir Edward Grey in jener denkwürdigen Unterhausrede vom 12. März 1911 so richtig gesagt hat, »daß während der Zeit, in der sie sich in der Knechtschaft dieser ungeheuerlichen Ausgaben befanden, die Gefängnistür von der Innenseite verschlossen war«.

Die Friedenspropaganda.

Weltfriedenskongresse und Interparlamentarische Konferenzen.

XVI. Weltfriedenskongreß zu München.

Noch waren im Haag die mehrmonatigen Verhandlungen nicht zur vollen Höhe des Kampfes um den allgemeinen obligatorischen Schiedsvertrag gediehen, als sich die Pazifisten, der 1906 in Mailand bereits in sichere Aussicht gestellten Einladung Folge leistend, wiederum einmal — nach neunjähriger Pause — auf deutschem Boden versammelten. Zwar nicht in der Reichshauptstadt, wie man es gern gesehen hätte, aber in München, der süddeutschen Metropole, wo Quiddes Organisationstalent die Abhaltung des XVI. Weltfriedenskongresses möglich gemacht hatte, der vom bayrischen Ministerpräsidium, der Provinzialregierung und der Stadt offiziell begrüßt wurde. Vom 9. bis 14. September 1907 währte unter Quiddes Vorsitz die Arbeit, die sich naturgemäß ihrer Hauptsache nach mit den Vorgängen im Haag befaßte. In einem an das Präsidium der Konferenz gerichteten Schreiben wurden die darauf bezughabenden Beschlüsse des Weltfriedenskongresses zusammengefaßt. Daß das Werk der Kriegsreglementierung nicht das wichtigste, daß aber eine vollständige Organisation der Völkerrechte das von der Mensch-

heit ersehnte Ziel, daß ein allgemeiner Schiedsvertrag erwünscht wäre, auch wenn ihn vorläufig nur die dazu bereiten Abordnungen abschließen würden, daß der Zusammentritt einer dritten Konferenz vorgesehen werden soll u. a. m., wurde dort zum Ausdruck gebracht. Es wurde ferner eine Kommission eingesetzt, die die Frage der Rüstungsbegrenzung studieren solle und der Wunsch ausgedrückt, daß einzelne Staaten, »die am wenigsten einen Angriff auf ihre Unabhängigkeit und nationale Zusammengehörigkeit zu befürchten haben«, den anderen Nationen mit dem Beispiele der Rüstungseinschränkungen vorangehen möge. Über das Verbot von Anleihen kriegführender Staaten, gegen den Antimilitarismus, zur Marokkofrage usw. wurden Beschlüsse gefaßt. Die anderen zahlreichen Resolutionen bezogen sich auf die Propaganda, namentlich im Hinblick auf den Schulunterricht und die Jugenderziehung.

XV. Interparlamentarische Konferenz in Berlin.

Was dem Weltfriedenskongreß noch nicht möglich gewesen — eine Tagung in der deutschen Reichshauptstadt zu erreichen —, wurde 1908 der Interparlamentarischen Union zuteil. Seit dem Jahre 1905, wo Richard Eickhoff nach Hirschs Tod die Führung der deutchen Interparlamentarischen Gruppe übernahm, hatte sich in der Anteilnahme Deutschlands an dem Werke der Interparlamentarischen Union eine große Wandlung vollzogen. Schon auf der Londoner Konferenz des Jahres 1906 nahmen 30 deutsche Abgeordnete teil, was nach der früheren Teilnahme der deutschen Parlamentarier an jenen Konferenzen, wo sie oft kaum das halbe Dutzend überschritten (in St. Louis waren nur vier!), einen großen Fortschritt bedeutete. Richard Eickhoff verstand es, die deutsche Gruppe auf 157 Mitglieder zu bringen und das Interesse für die Union in Deutschland so zu entwickeln, daß die Abhaltung einer Konferenz in Berlin unter dem Protektorate der höchsten Reichsstellen möglich wurde. Zwischen dem 17. und 20. September versammelte sich diese XV. Konferenz der Interparlamentarischen Union

im großen Sitzungssaale des deutschen Reichstags unter dem Vorsitz des Prinzen Emil Schoenaich-Carolath; sie wurde vom Reichskanzler Fürsten Bülow in einer warmherzigen Eröffnungsrede aufs feierlichste begrüßt. Der Fürst-Reichskanzler anerkannte bei dieser Gelegenheit das große Verdienst der Union: »Mit der zivilisierten Welt« sagte er, »weiß Deutschland die Dienste zu würdigen, die Sie einer edlen Sache leisten«. Es hat lange gedauert bis solche Worte von dieser Stelle aus gesprochen wurden, und daß sie endlich gesprochen worden ist einer der schönsten Erfolge des Pazifismus in den letzten Jahren. Auch Kaiser Wilhelm begrüßte die versammelten Interparlamentarier durch eine Depesche, worin er die Versammlung ermahnte, daß sie »an ihrem Teile wirken möge für die Erhaltung der Mir so ganz besonders am Herzen liegenden Segnungen des Weltfriedens«. Der Kronprinz des Deutschen Reiches, der eine Abordnung der Konferenz in Vertretung seines Vaters im Potsdamer Schloß empfing, bezeichnete das Werk, an dem sie arbeitet, »wert, daß die edelsten Geister aller Nationen ihre ganze Kraft dafür einsetzen«. War schon die Abhaltung der Konferenz in Berlin, namentlich unter den erhebenden Begleitumständen, die in der warmen Teilnahme des offiziellen Deutschland zu finden sind, an sich ein großer Erfolg, trugen nicht minder dazu die Beschlüsse bei, die in Berlin gefaßt wurden. Auch diesmal war es, wie 1899, die erste Sorge der Interparlamentarier, einer neuen — dritten — Haager Konferenz vorzuarbeiten, obwohl noch kein Jahr vergangen war seit Schluß der Arbeiten der zweiten Versammlung jenes Völkerareopages. So wurde nach einem ausführlichen Referat Fred. Bajers einstimmig beschlossen, das Studium jener Fragen seitens der interparlamentarischen Gruppen zu empfehlen, die vor die III. Haager Konferenz kommen sollen, »namentlich jener von der Interparlamentarischen Konferenz zu London von 1906 behandelten, mit denen sich die II. Haager Konferenz nicht genügend befassen konnte«. Gemeint war damit das Studium

des Rüstungsproblems, das hier durch ein Gebot der Taktik umschrieben wurde. (Man wagte noch nicht, das Kind beim rechten Namen zu nennen!) Daß der allgemeine obligatorische Schiedsvertrag zu einem allgemeinen Verständigungsakte der Mächte führen möge, und daß jene 34 Staaten, die 1907 im Haag bereit gewesen waren, für einen solchen Vertrag zu stimmen, ihn zu einem Definitivvertrag umwandeln mögen, kam einstimmig zur Annahme. Ebenso Anträge auf Einführung der obligatorischen Vermittlung, auf Erklärung der Unverletzlichkeit des Privateigentums im Seekriege, auf Kodifikation des internationalen öffentlichen Rechts usw. Richard Bartholdts Antrag auf gegenseitige Garantie des Territorialbesitzes wurde dem Interparlamentarischen Rat zum Studium überwiesen. Einer der wichtigsten Beschlüsse der Berliner Tagung lag in einer grundlegenden Statutenänderung der Union, die die Verlegung des Interparlamentarischen Amtes nach Brüssel, die Anstellung eines besoldeten Internationalen Sekretärs und die Unterstützung der Union durch Beiträge der Regierungen zur Folge hatte. Auf Antrag des Abgeordneten Eickhoff im Reichstag unterstützt die Reichsregierung die Interparlamentarische Union seit 1911 mit jährlich Mark 6000. (Über die Beiträge der anderen Regierungen siehe im VII. Abschnitt.)

XVII. Weltfriedenskongreß in London.

Auch der Weltfriedenskongreß, der XVII. in der Reihe, versammelte sich in jenem Jahre unter ganz außergewöhnlichen Umständen. Vom 27. Juli bis 1. August 1908 tagte er in der Londoner Caxton-Hall unter dem Vorsitz des liberalen Oberhausmitgliedes Lord Courtney of Pennwith und Josef G. Alexanders, des bekannten Mitglieds des Berner Bureaus, und unter ganz besonderen Aufmerksamkeitsbeweisen des Königs Eduard VII., der im Buckingham Palace eine Deputation des Kongresses empfing, wie der Regierung, die den Kongreß in freigebigster Weise unterstützte und sich durch den Ministerpräsidenten Asquith, den Lord des Schatzes Lloyd George und Sir Harcourt

vertreten ließ. Die beiden erstgenannten Minister hielten bei dieser Gelegenheit politische Reden von großer Bedeutung. Der König las in der der Kongreßdeputation gewährten Audienz eine Rede, in der er unter anderem sagte: »Nichts gibt es, das mir eine größere Freude bereitet, als zu wissen, daß meine Bemühungen für die Sache des Friedens und der internationalen Brüderlichkeit nicht ohne Ergebnis geblieben sind, und daß sie von meinem Volke und den anderen Völkern gebilligt werden . . . Ich habe diesem Ziele stets meine ganze Aufmerksamkeit zugewendet. Ich freue mich zu sehen, daß Ihre internationale Organisation, in der alle Nationen der Welt vertreten sind, auf dem gleichen Wege arbeitet, und ich bete, daß Gottes Segen Sie in ihren Arbeiten unterstütze.« Neben den eigentlichen Kongreßarbeiten fanden allabendlich Versammlungen in den größten Sälen Londons statt, die oft von 5000 und mehr Personen besucht waren, während bei einer unter freiem Himmel am Trafalgar Square stattgehabten Versammlung, an der sich die Arbeiter beteiligten, die Teilnahme auf über 10000 Personen geschätzt wurde. Vom Könige an wetteiferten die Regierung, die Presse, die Kreise der besten Gesellschaft und des Mittelstandes wie der Arbeiter in ihrer Sympathie- und Beifallsbezeugung für das Kongreßwerk. Dessen Ergebnis wurde in zahlreichen Resolutionen niedergelegt. Den Hauptteil der Arbeiten nahmen die Beratungen des Rüstungsproblems ein, die zu lebhaften Erörterungen und zu einer entschiedenen allgemeinen Verurteilung des herrschenden Rüstungssystems führten. In einer darauf bezugnehmenden Resolution wurde die Regierung Großbritanniens ersucht, eine allgemeine Abrüstungskonferenz einzuberufen mit der Aufgabe, für eine Reihe von Jahren einen Stillstand der Rüstungen herbeizuführen. Mit großer Energie protestierte der Kongreß gegen die Verwertung der Luftschiffahrt zu kriegerischen Zwecken, nahm er Stellung zur Marokkokrise, zu den Haager Abmachungen, und äußerte er seine Wünsche bezüglich einer dritten Haager Konferenz. Ein Dankesvotum an König

Eduard VII. für seine dem Kongreß erwiesenen Sympathien, wie eine Resolution, die die Mitarbeit der Arbeiterkreise an der pazifistischen Propaganda erstrebt, beweist, in welch universeller Weise in London die Friedensagitation zu fördern unternommen wurde.

Brüsseler Generalversammlung des Internationalen Friedensbureaus.

Im Jahre 1909 fand keine Interparlamentarische Konferenz statt; auch der Weltfriedenskongreß, der für Stockholm bereits vorbereitet war, mußte in letzter Stunde infolge eines in der schwedischen Hauptstadt ausgebrochenen Generalstreiks abgesagt werden. Als Ersatz für den ausgefallenen Kongreß fand am 8. und 9. Oktober in Brüssel eine erweiterte Generalversammlung des Berner internationalen Friedensbureaus statt. Neben den geschäftlichen Angelegenheiten des Bureaus faßte man eine Resolution, die eine Erneuerung des Verbotes des Werfens von Wurfgeschossen aus Luftfahrzeugen forderte, das auf der Haager Konferenz 1899 bereits angenommen, 1907 wieder fallen gelassen wurde. Man äußerte den Wunsch auf Neutralerklärung des Luftraums, nach Schaffung eines pan-europäischen Bureaus nach dem Muster des pan-amerikanischen, trat gegen die Kongogreuel und für die anglo-deutsche Verständigung ein. Der Entwurf zwecks Gründung einer internationalen Union der Friedenspresse, deren Bildung am 11. Oktober zu Brüssel stattfand, wurde beifälligst begrüßt.

XVIII. Weltfriedenskongreß in Stockholm.

Das im Jahre 1909 versäumte wurde 1910 wieder gutgemacht. Unter ganz besonderem Glanze und starker Teilnahme von Pazifisten aller Länder fand in den Tagen vom 1.—5. August der XVIII. Weltfriedenskongreß in Stockholm statt, der von dem Kammermitglied Baron Carl Carlson Bonde präsidiert und vom Minister des Auswärtigen Grafen Taube in den ehrwürdigen Sälen des Riddarhuset eröffnet wurde. Der König empfing die Mitglieder des Kongresses im altehrwürdigen Stadtschloß, wobei er sich, da er er-

krankt war, von seinem Bruder, Prinzen Carl, vertreten ließ. In einer Depesche, die der König an den Kongreß richtete, sagte er: »Sie können immer auf mein lebhaftestes Interesse und auf meine wohlwollendste Mithilfe bei Ihren im Interesse der Menschheit gelegenen Arbeiten für den Weltfrieden rechnen.« Im Mittelpunkte der Verhandlungen stand auch hier das Rüstungsproblem. Es wurde festgestellt, daß für die Regierungen kein Hindernis für ein offizielles internationales Studium mehr bestehe, da in den von zahlreichen Regierungen erlassenen Kundgebungen eine Grundlage für die internationale Erörterung zu finden ist. Es wurde der Wunsch ausgedrückt, daß der durch die amerikanische Bennet-Bill (siehe darüber oben S. 216) gegebenen Anregung Folge geleistet und ähnliche Studienkommissionen in Europa errichtet werden. Es wurde den Regierungen die Herstellung eines »Systems von Gegenseitigkeitsverträgen« als Grundlage einer späteren Rüstungsverminderung empfohlen und der Wunsch wiederholt, daß die eine oder die andere Großmacht die Initiative zu einem Rüstungsstillstand ergreifen möchte. In ausführlicher Weise befaßte sich der Kongreß mit dem von Gaston Moch vertretenen Problem des »Rechtes der staatlichen Notwehr«, mit verschiedenen Forderungen für das Programm der dritten Haager Konferenz und mit einer Anregung bezüglich des Studiums der Ursachen der seit 1815 stattgehabten Kriege, das einer Kommission überwiesen wurde. Zahlreiche Resolutionen befaßten sich mit »politischen Aktualitäten«, so mit der akuten Marokkokrise und mit Propagandavorschlägen. Auch der Stockholmer Kongreß war reich an volkstümlichen Veranstaltungen, die allabendlich Tausende von Hörern zu den Versammlungen führten.

XVI. Interparlamentarische Konferenz zu Brüssel.

Die Interparlamentarier versammelten sich vom 30. August bis 1. September 1910 in Brüssel zur XVI. Konferenz, die unter dem Vorsitz des Staatsministers Beernaert stattfand. Die in Berlin vorgeschlagene Statutenänderung und

die damit verbundene Neuorganisation der Union wurden bestätigt und eine Kommission eingesetzt, die für die Gruppen ein Repräsentativsystem ausarbeiten solle. Die Konferenz empfahl ebenfalls den Regierungen, der durch die Bennett-Bill gegebenen Anregung Folge zu geben, lehnte aber den von Amerika ausgehenden Vorschlag, den von der II. Haager Konferenz beschlossenen Prisenhof mit dem dort ebenfalls beschlossenen wirklich ständigen Schiedshofe zu verbinden, ab. Im übrigen befaßte sich die Konferenz in hohem Maße mit der Empfehlung mehr kriegsrechtlicher Einrichtungen, so mit der Neutralisierung der Meerengen, Ratifizierung der Londoner Erklärung usw.

Rom im Jahre 1911.

Für das Jahr 1911 wurde die Interparlamentarische Konferenz und der Weltfriedenskongreß von der italienischen Regierung zur Abhaltung ihrer Versammlungen nach Rom geladen. Im September sollten unter großem Pomp und unter Anwesenheit der Vertreter des Königs und der Mitglieder der Regierung beide Friedensveranstaltungen eröffnet werden. Die Cholera, die im Sommer jenes Jahres in Italien auftrat, ließ es angezeigt erscheinen, zu einer Vertagung der Veranstaltungen zu schreiten, zu der die Italiener erst nach heftiger Gegenwehr ihre Zustimmung gaben. Wäre es anders gekommen, so hätten die Teilnehmer der Friedenskongresse Zeugen jener chauvinistischen Begeisterungsausbrüche sein können, die aus Anlaß des unerwarteten Beginnes des Tripoliskrieges sich ereigneten. Die Mitglieder der Friedensgesellschaften versammelten sich wieder zu einer erweiterten Generalversammlung des Friedensbureaus in Bern, die Mitglieder des interparlamentarischen Rats in Paris. Bei beiden Vereinigungen wurden Resolutionen gefaßt, die ihr Bedauern über das Vorgehen Italiens zum Ausdruck brachten, und auch das Bedauern darüber, daß die Haager Bestimmungen seitens der neutralen Mächte nicht zur Anwendung gelangten.

Genf 1912.

Die beiden im Jahre 1911 verhinderten Veranstaltungen fanden im September 1912 in Genf statt. Vom 18. bis 20. September tagte dort unter dem Vorsitz des Dr. Gobat die XVII. Interparlamentarische Konferenz, an der ungefähr 200 Parlamentarier aus 16 verschiedenen Parlamenten teilnahmen. Die Italiener, die sich durch die in Paris gefaßte, auf den Tripoliskrieg Bezug nehmende Resolution beleidigt fühlten, waren nicht erschienen. Ebenso die Ungarn nicht, die durch die politische Krise in ihrer Heimat am Erscheinen verhindert waren. Die Konferenz erneuerte nach einem denkwürdigen Bericht des Baron d'Estournelles de Constant ihre 1906 in London gefaßte Resolution zugunsten eines internationalen Studiums des Rüstungsproblems; sie sprach sich mit übergroßer Mehrheit für das Verbot des Luftkrieges aus und forderte nach einem Bericht des Professors Zorn, daß auf der nächsten Haager Konferenz ein allgemeiner obligatorischer Schiedsvertrag zum Abschlusse gelange. Wenige Tage nach Schluß der Konferenz trat (am 22. September) zu Genf der XIX. Weltfriedenskongreß zusammen, dem der Schweizer Nationalrat Quartier-La-Tente präsidierte. Es waren 600 Teilnehmer erschienen. Der Kongreß befaßte sich mit zahlreichen aktuellen Fragen der internationalen Politik, so mit dem Tripoliskrieg, der Balkankrisis und der Ägyptischen Frage, wobei er zu einer geharnischten Verurteilung der europäischen Gewaltpolitik gelangte. Der finnische Senator Michelin erstattete einen Bericht über die »Wahren Ursachen des Krieges«. In zahlreichen Resolutionen wurde Stellung genommen zu den Fragen, die die künftige Haager Konferenz zu beschäftigen haben, wobei namentlich auf die Beschränkung des Wettrüstens und auf das Verbot des Luftkrieges Gewicht gelegt wurde.

Andere Kongresse.

Auch zahlreiche andere Kongresse, darunter solche von großer Bedeutung, befaßten sich in dem hier ins Auge gefaßten Zeitraum entweder direkt oder indirekt mit den den

Pazifismus berührenden Fragen. Im Mai 1910 versammelte sich unter dem Vorsitz des Staatsministers Beernaert in Brüssel der erste Kongreß der internationalen Vereinigungen, der den Grund legte zu einer »Union der internationalen Gesellschaften« und ausging von dem von Henri Lafontaine und P. Otlet ins Leben gerufenen »Zentralamt der internationalen Einrichtungen«, einer Vermittlungsstelle des gesamten Internationalismus. In London trat unter Teilnahme vieler hundert Abgeordneter aus allen Weltteilen im Juli 1911 der erste Weltrassenkongreß zusammen, dessen Ziel es war, die Verständigung zwischen den verschiedenen Rassen anzubahnen und so die Weltorganisation im weitesten Sinne vorzubereiten. In den Vereinigten Staaten erlangten die alljährlich abgehaltenen Lake-Mohonk Konferenzen immer größere Bedeutung. Das gastliche Haus des Mr. Smiley am Mohonksee in der Nähe von Neuyork vereinigt im Mai eines jeden Jahres die hervorragendsten Bürger der Vereinigten Staaten, darunter aktive Staatsmänner, hohe Richter, hervorragende Kaufleute, Gelehrte und Geistliche zu wechselseitiger Aussprache über die Fortschritte der Friedensidee, des internationalen Rechtes und der Tagesfragen der internationalen Politik. Auch europäische und amerikanische Diplomaten wie stets eine Anzahl hervorragender Pazifisten aus Europa nehmen an diesen Versammlungen teil, deren Verhandlungen auch in Europa Beachtung geschenkt wird. Dem großen I. national-amerikanischen Kongreß, der kurz vor der II. Haager Versammlung 1907 in Neuyork abgehalten wurde, folgte 1909 in Chicago unter Robert Trait Paines Vorsitz der II., 1911 in Baltimore der III. Nationalkongreß. Dieser letztere, dem Hamilton Holt präsidierte, wurde durch den Präsidenten Taft persönlich mit einer denkwürdigen Rede eröffnet. Im Jahre 1910 fand als Ersatz des ausfallenden Nationalkongresses unter dem Vorsitz von Henry Wade Rogers der »New England Arbitration and Peace Congress« zu Hartford statt, der in New-Britain, jener Stadt wo Elihu

Burrit geboren wurde und auch begraben liegt, aus Anlaß des hundertsten Geburtstages des großen Vorkämpfers eine würdige und eindrucksvolle Feier beging. Mit großer Entschiedenheit traten die internationalen Arbeiterkongresse gegen den Krieg ein. So der internationale Bergarbeiterkongreß 1910 in Brüssel, 1911 in London und 1912 in Amsterdam. Er sprach sich in den Resolutionen für die Entwicklung des Schiedsverfahrens aus. Ebenso die Internationale Metallarbeiter Föderation die im November 1910 in Birmingham zusammentrat. Auch der internationale Textilarbeiterkongreß der 1911 in Amsterdam tagte, nahm eine die schiedliche Beilegung der internationalen Konflikte und die Herabsetzung der Rüstungslasten fordernde Resolution an. Der internationale Sozialistenkongreß in Kopenhagen (September 1910) kam nach einer langen, mitunter sehr heftigen Debatte zu einer Resolution, die die steigenden Lasten der Rüstungen verurteilt und den finanziellen Ruin beklagt, der dadurch herbeigeführt wird. Es wurde daher die Forderung ausgesprochen, daß die sozialistischen Vertreter in den Parlamenten beständig die Einführung obligatorischer Schiedsgerichte, die Beschränkung der Rüstungen, Abschaffung des Seebeuterechts, Abschaffung der geheimen Diplomatie und das Selbstbestimmungsrecht der Völker gegen kriegerischen Angriff und gewaltsame Unterdrückung fordern sollen. Es wurden ferner für die Drohung eines Kriegsausbruches wie für den Ausbruch an sich, dringliche Maßnahmen empfohlen. Auch auf die alljährlichen Kongresse der International Law Association, die sich regelmäßig mit der Schiedsgerichtsbarkeit befassen, und auf die Versammlungen des Institut du droit international sei hier hingewiesen. Das Institut hat sich auf seiner Madrider Tagung (1911) ausführlich mit der Reglementierung des Luftkrieges befaßt und sich in einer allerdings nicht sehr deutlichen Resolution praktisch gegen diesen ausgesprochen. (Der Luftkrieg soll erlaubt sein, soferne er für die friedliche Bevölkerung

oder deren Eigentum nicht größere Gefahren in sich schließt als der Land- und Seekrieg!)

Neue Gesellschaften und sonstige Institutionen.

Office centrale des Institutions internationales.

Der befruchtende Einfluß der Haager Konferenz gelangte auch in der Gründung neuer großer Vereinigungen zum Ausdruck, die sich entweder die Fortentwicklung des Völkerrechts oder die allgemeine Progaganda für internationale Verständigung, die Förderung der dem Frieden dienenden Wissenschaften usw. zur Aufgabe stellten. Das bereits oben erwähnte Office centrale des Institutions internationales (Zentralamt der internationalen Einrichtungen) wurde 1907 in Brüssel mit der Aufgabe begründet, das stets an Umfang zunehmende internationale Leben in einer wissenschaftlich geleiteten Stelle zu zentralisieren. Das Institut veranstaltet die Kongresse der internationalen Einrichtungen, es gibt eine Zeitschrift »La Vie internationale« heraus und registriert in dem 1905 von A. H. Fried begründeten »Annuaire de la vie internationale« die Fortschritte des Internationalismus. Ähnliche Zwecke verfolgt das von P. H. Eijkman und Horrix im Haag begründete »Vorbereitende Bureau der Stiftung für Internationalismus«.

Der Verband für Internationale Verständigung.

In Deutschland traten im April 1910 eine Anzahl Völkerrechtsgelehrter mit einem Aufruf in die Öffentlichkeit, zwecks Gründung eines Verbandes, der es sich solle angelegen sein lassen »ein Zeitalter der internationalen Verständigung in der Politik herbeizuführen«. Der »Verband für internationale Verständigung«, der infolge jenes Aufrufes am 11. Juni 1911 begründet wurde, hat den ausgesprochenen Zweck, in Deutschland neben den Friedensgesellschaften jene Kreise um sich zu sammeln, die dem großen Problem des Pazifismus näher getreten sind, ohne sich infolge ihrer Anschauungen, ihrer Stellung usw. mit den Alt-Pazifisten direkt indentifizieren zu wollen. Eine ganze

Reihe hervorragender Personen der Wissenschaft, des Hochhandels, der Verwaltung usw., fanden in jenem Verband ihre Organisation. Der erste Verbandstag der neuen Organisation, der vom 5. bis 8. Oktober 1912 in Heidelberg stattfand, an dem sich eine auserlesene Zahl von Vertretern der deutschen Wissenschaft und anderer Berufskreise, wie zahlreiche hervorragende ausländische Pazifisten (Baron d'Estournelles, Henri Lafontaine, Prof. Ruyssen usw.) beteiligten, bildete einen vollen Erfolg und ein erfreuliches Zeichen des Fortschrittes der Verständigungsidee in Deutschland.

Internationales Bureau der Lehrervereine.

Dem im Jahre 1905 begründeten internationalen Bureau der Lehrervereine schloß sich 1909 der große deutsche Lehrerverein mit seinen 120 000 Mitgliedern an, dem 1910 der deutsch-österreichische Lehrerbund folgte, so daß jetzt 403 000 Lehrer aus 16 Ländern ihren Mittelpunkt in jenem Bureau besitzen, das sich die Förderung der friedlichen Annäherung der Völker zur Aufgabe gemacht hat.

Weltenbund des Jugendverbandes für entschiedenes Christentum.

Eine noch umfangreichere Einrichtung mit pazifistischem Hintergrund bildet der »Weltenbund des Jugendverbandes für entschiedenes Christentum«, der 79 077 Vereine mit 3 953 850 Mitglieder umfaßt. Der Verband hat auf seinen letzten internationalen Tagungen sich wiederholt mit der Friedenspolitik befaßt und auf seiner 24. Konferenz eine Resolution gegen den Krieg angenommen. (»Als Nachfolger des Friedensfürsten unterstütze er eine jede Bemühung, die gemacht wird, den Krieg zu unterdrücken. Die ungeheuren und immer anwachsenden Steuern, welche der Krieg und seine Rüstungen der friedlichen Industrie auferlegen, und die furchtbaren Schrecken des Krieges selbst fordern, daß alle, die Gott und die Menschheit lieben, sich vereinigen zur Unterdrückung des Krieges.«) Auf diese Resolution bezog sich Präsident Taft, als er auf der 25. Konferenz des Weltverbandes, die in den Vereinigten Staaten

abgehalten wurde, einen Vortrag hielt über »Die Vermeidung des Krieges«.

Ligue internationale des pacifistes catholiques.

Ebenfalls auf religiöser Grundlage beruht die vor einigen Jahren von A. Vanderpol begründete »Ligue des Catholiques français«, die in Lyon ihren Sitz hat und sich die Aufgabe stellt, unter den Nationen einen den Vorschriften des Evangeliums entsprechenden Zustand des Rechtes und der Eintracht zu fördern. Die Ligue beginnt jetzt auch in anderen Ländern Gruppen zu gründen und hat sich neuerdings zu einer »Ligue internationale des Pacifistes catholiques« umgewandelt. Von dieser Ligue angeregt, bildete sich in Paris im Juni 1912 ein »Völkerrechtsinstitut auf christlicher Grundlage« mit dem Sitz in Löwen (Belgien).

American Society for judicial Settlement of international Disputes.

In Amerika wurde im Dezember 1909 die »American Society for judicial Settlement of international disputes« mit dem Sitz in Baltimore ins Leben gerufen, deren Wirksamkeit auf jenen Beschlüssen der II. Haager Konferenz beruht, die jenen wirklich ständigen Schiedshof schufen, dem die Aufgabe obliegt, eine ordentliche Staatengerichtsbarkeit im Völkerleben einzuführen. Das Ehrenpräsidium hat Präsident Taft übernommen. Welches Ansehen diese Gesellschaft in Amerika genießt, geht daraus hervor, daß bei ihrer ersten Jahresversammlung im Dezember 1910 der Präsident der Vereinigten Staaten, zwei frühere Staatssekretäre, die Präsidenten der drei führenden anerkannten Universitäten, aktive und inaktive Staatengouverneure, zahlreiche Diplomaten und Mitglieder des Vereinigten-Staaten-Kongresses das Wort ergriffen.

World Peace Foundation.

Der amerikanische Verleger Ed. Ginn, der sich seit 1897 für die Friedenssache interessierte und diese zeitweilig mit größeren Geldbeträgen unterstützte, stiftete 1910 ein

Kapital von einer Million Dollar zur Schaffung einer die Friedensbewegung fördernden Körperschaft, die er erst »International School of Peace« benannte, und die dann den Namen »World Peace Foundation« annahm. Diese Weltfriedenstiftung arbeitet in den Vereinigten Staaten wie auch in Europa und Ostasien für die Verbreitung der pazifistischen Weltanschauung. Sie wird von einem Direktorenkollegium geleitet, an dessen Spitze der Präsident der Leland Stanford Universität, David Starr Jordan, steht. Der Sitz ist in Boston, wo Edwin D. Mead die umfangreichen Geschäfte führt.

Association of Cosmopolitan Clubs.

Durch Ginn unterstützt, traten noch zwei andere Gesellschaften ins Leben, deren Einfluß auf die pazifistische Entwicklung von höchster Bedeutung ist. Die eine ist die von D. P. Lochner, einem Studenten der Universität Maddison Wisc., im Jahre 1907 begründete »Association of Cosmopolitan Clubs«, die eine Vereinigung aller jener seit ungefähr 1902 an amerikanischen Universitäten ins Leben gerufenen Klubs ausländischer Studenten darstellt. Diese Klubs, deren es jetzt in Amerika gegen 30 gibt, haben den ausgesprochenen Zweck, gegenseitige Kenntnis der verschiedenen Nationalitäten zu vermitteln, um auf diese Weise internationale Verständigung und gegenseitigen Anschluß der verschiedenen Nationalitäten herbeizuführen. Die Cosmopolitan-Club Bewegung wurde 1911 nach Deutschland verpflanzt, wo Professor Münsterberg von der Harvard-Universität anläßlich seiner Roosevelt-Professur in Berlin den ersten internationalen Studentenverein in Berlin begründete, dem bald solche Vereinigungen in Leipzig, München und Göttingen folgten, die im Juli 1912 in Göttingen den ersten Verbandstag der internationalen Studentenvereine in Deutschland abhielten.

American School Peace League.

Eine andere Gründung, die ebenfalls Ginn ihre Entwicklung verdankt, ist die von Frau Fanny Fern Andrews 1908

organisierte American School Peace League mit dem Sitz in Boston, deren Aufgabe schon durch ihren Namen gegeben ist. Welchen Einfluß diese über das ganze Gebiet der Vereinigten Staaten verbreitete Gesellschaft in der kurzen Zeit ihrer Wirksamkeit erreicht hat, geht daraus hervor, daß auf ihre Veranlassung hin der Chef des Erziehungsdepartements der Vereinigten Staaten im März 1912 offiziell die ihm unterstehenden Schulanstalten zur feierlichen Begehung des Friedensfeiertages am 18. Mai aufgefordert und zu diesem Zweck amtlich Material zur Verfügung gestellt hat. Frau Andrews hat auch wiederholt Europa bereist, um die Vorarbeiten für eine internationale Gestaltung dieses Schulfriedenstages zu treffen.

Die Ecksteinsche Weltpetition für die III. Haager Konferenz.

Eine dritte Einrichtung, die durch Ginn ermöglicht wurde und durch ihn gefördert wird, ist das Werk der Weltpetition für die III. Haager Konferenz, das eine Deutsch-Amerikanerin, Miß Anna B. Eckstein, ins Leben rief. Schon auf der II. Haager Konferenz überreichte Anna B. Eckstein, wie oben berichtet wurde (siehe oben S. 191), dem Präsidenten Nelidow eine mit ungefähr 2 Millionen Unterschriften amerikanischer Frauen und Männer bedeckte Petition, in der der Wunsch für ein umfangreiches Gelingen des Haager Friedenswerkes zum Ausdruck gebracht wird. Unmittelbar nach Schluß der II. Haager Konferenz setzte sich Anna B. Eckstein an die Arbeit, um für die III. Konferenz eine Weltpetition im großen Stil, für die sie gegen 100 Millionen Unterschriften aus den meisten Ländern der Erde zu erhalten hofft, vorzubereiten. Sie verlegte deshalb ihren Sitz nach Europa und begann mit der persönlichen Propaganda in Deutschland, Österreich-Ungarn, England, Frankreich, der Schweiz, den skandinavischen Ländern und in den Vereinigten Staaten. Die Grundlage der Petition bildet eine bestimmte Formel. Zahlreiche internationale und nationale Kongresse, Generalversammlungen der verschiedenen Friedensorganisationen haben die Ecksteinsche Petition gebilligt und haben ihr ihre Unterstützung zugesagt. In feierlicher Weise soll der auf diese

Weise beglaubigte Weltwille zum Frieden und die Weltforderung der zu dieser Durchführung erforderlichen Mittel der III. Friedenskonferenz unterbreitet werden.

Die Carnegiestiftung.

Am 14. Dezember 1910 wurde die gesamte Kulturwelt durch die Nachricht überrascht, daß Andrew Carnegie, der schon soviel für die Förderung der Sache des Weltfriedens getan hat, ein Kapital von 10 Millionen Dollar zu dem unumwunden ausgesprochenen Zweck, um die »Abschaffung des internationalen Krieges zu beschleunigen«, gestiftet habe. Damit wurde der Friedensbewegung der größte Dienst geleistet; fehlte es ihr doch nicht an Arbeitern und an Ideen, sondern in erster Linie an materiellen Hilfsmitteln, die Ideen und die vorhandenen Arbeitskräfte nutzbringend zu verwenden. Auf Grund dieser großartigen Schenkung, deren Stiftungsbrief ein dem Zarenmanifest würdig zur Seite zu stellendes Dokument ist, wurde die »Carnegie Endowment for international peace« in Washington begründet, die alsbald mit ihrer Tätigkeit begann. An ihrer Spitze steht ein Ausschuß von Vertrauensmännern (Trustees), dem 28 hervorragende Männer des öffentlichen Lebens der Vereinigten Staaten angehören, namentlich auch solche, die auf internationalem Gebiete bereits gewirkt haben. Der Präsident dieses Ausschusses ist der durch seine pazifistische Tätigkeit bekannte frühere Staatssekretär Elihu Root, als Sekretär wirkt der hervorragende Völkerrechtsgelehrte James Brown Scott. Zum Zwecke der wirksamen Betätigung wurden drei Gruppen begründet: Die Abteilung für Völkerrecht unter dem Vorsitz von James Brown Scott, die Abteilung für Wirtschaft und Geschichte unter Vorsitz von John Bates Clark, die Abteilung für Verkehr und Erziehung unter dem Vorsitz von Nicholas Murray Butler. Die letztgenannte Abteilung, die ihren Sitz in Neuyork hat, schuf sich eine »europäische Organisation«, die aus einem »Advisory Council« besteht, der sich aus ungefähr 40 hervorragenden Persönlichkeiten zusammensetzt, die in irgendeiner Weise für die Entwicklung der Völkerrechts-

ordnung gewirkt haben, und als deren Präsident Baron D'Estournelles de Constant eingesetzt ist; außerdem aus einer Reihe von »Korrespondenten« und einem »Europäischen Bureau« mit dem Sitz in Paris. Der Generalsekretär des Bureaus ist Jules Jean Prudhommeaux, Sekretär Jules Louis Puech. Die Abteilung für Wirtschaft und Geschichte hat ebenfalls ihren Sitz in Neuyork. Sie bildet aus 17 der hervorragendsten Wirtschaftsgelehrten und Historikern einen »ständigen Rat«, der sich im Sommer 1911 in Bern versammelte und dort ein ausführliches Studienprogramm für seine künftige Aktion entwarf. Die Abteilung für Völkerrecht hat ihren Sitz in Washington. Hier vertritt das 1873 in Gent begründete »Institut du Droit international« die Stelle eines »ständigen Rats«.

Neuere Entwicklung in Deutschland.

Die Gegenkräfte.

Es sind zwar noch mächtige Gegenkräfte am Werk; doch deren geschäftige Regsamkeit und ihr angrifflustiges Vorgehen beweisen auch nur die Entwicklung des pazifistischen Gedankens. Der »Wehrverein«, dessen Gründung im Jahre 1912 erfolgte, und der dem deutschen Flottenverein als Parallelkraft zur Stimmungmache für eine Vergrößerung des Landheeres zur Seite gestellt wurde, dient hauptsächlich der Bekämpfung des Pazifismus. Wenn auch hier und da einmal ein General »das Gequassel vom ewigen Weltfrieden« als »Mumpitz« bezeichnet (Generalmajor v. Deimling 1909), die Anhänger der Friedensidee als »politische Eunuchen« charakterisiert (derselbe 1911), ein Gelehrter sie »Einfaltspinsel« nennt und ein anderer General sie »reif fürs Irrenhaus« erklärt (General Keim 1910) oder sie auch als »Volksverderber« darstellt (derselbe 1912), wenn ein Berliner Professor die Friedensbewegung »mit Gesundbeten, Tischrücken und ähnlichen psychopathischen Erscheinungen« vergleicht (Prof. Bornhack 1912), der Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses einen Abgeordneten zur Ordnung ruft, weil dieser den Krieg als »Hohn auf Gott, auf das Christentum und auf die Mensch-

lichkeit« bezeichnet hatte (Präsident von Erffa 1912), so sind dies Zeichen der Verärgerung über die pazifistischen Fortschritte und Beweise dafür, daß es immer noch Volkskreise in Deutschland gibt, die es mit ihrem Nationalstolz vereinbar halten, sich der höchsten Entwicklung der Menschheit entgegenzustemmen. Dafür sprechen auch zahlreiche deutsche Zeitungen, die in abscheulicher Weise für Krieg, Kriegsstimmung und Kriegsmache eintreten, sprechen gewisse Bücher, wie jenes des Generals von Bernhardi (Deutschland und der nächste Krieg, 1912), die den Krieg unter allen Umständen, den Krieg sofort, den Krieg als Pflicht, als Glück- und Wertspender fordern.

Kaiser Wilhelm.

Aber diese Regungen des alten Geistes fallen wenig ins Gewicht. Die Entwicklung geht ihren Gang trotz ihrer oder vielleicht auch dank ihrer. So auch die Entwicklung der Friedensidee in Deutschland. Die Äußerungen der verantwortlichen Persönlichkeiten lauten anders als die hier angeführten Kostproben aus der Küche der Gegner. Kaiser Wilhelms ernster Wille zum Frieden ist hier schon öfter betont und gekennzeichnet worden. Auch in den letzten Jahren hat der Kaiser wiederholt Äußerungen getan, aus denen hervorgeht, daß der Friede für ihn nicht bloß Gefühlssache, sondern eine Angelegenheit ist, über die er reiflich nachgedacht hat. Zu einem französischen Militärattaché soll der Kaiser 1907 die bezeichnenden Worte gesagt haben: »L'Europe est trop petite pour etre divisée«, und der Pariser Professor Mabilleau (1902), Sir Max Wächter (1908), Baron d'Estournelles (1909), Minister Pichon (1910) berichten übereinstimmend, daß der Kaiser mit ihnen über die Idee eines Zusammenschlusses aller Kulturstaaten sprach und sich zustimmend darüber geäußert habe [1]). In seiner Straßburger Rede vom 10. August 1908 wies der Kaiser darauf hin, daß der europäische Friede »auf zu festen Grundlagen«

[1]) Siehe darüber des Verfassers Schrift »Der Kaiser und der Weltfriede«, Berlin 1910.

beruhe, »als daß sie durch Hetzereien und Verleumdungen, von Neid und Mißgunst einzelner eingegeben, so leicht umgestürzt werden könnten«. Er gab der Erkenntnis Ausdruck, daß »es der Wunsch und der Wille der Völker selbst« ist, »sich in ruhiger Weiterentwicklung die großartigen Errungenschaften fortschreitender Kultur nutzbar zu machen und in friedlichem Wettbewerb ihre Kräfte zu messen«. Denselben Gedanken drückte er 1909 in Cuxhaven aus, als er das gleichmäßige Friedensbedürfnis der Kulturwelt wieder hervorhob und darauf hinwies, wie alle Völker den Frieden brauchen, »um unter seinem Schutz den großen Kulturaufgaben ihrer wirtschaftlichen und kommerziellen Entwicklung ungestört obliegen zu können«, und 1911 in Hamburg, wo er betonte, daß die wirtschaftliche Konkurrenz zwischen den Völkern nicht dadurch ausgekämpft werden könne, daß sie gegenseitig aufeinander loshauen, sondern dadurch, daß jede Nation ihre Leistungskraft aufs höchste ansporne. Die Erkenntnis, daß es auch ohne Krieg geht, »daß die verschiedenen Staaten im Falle von auftauchenden Gegensätzen sich jetzt bemühen, zu einer Verständigung zu gelangen, die ihren Interessen jedenfalls mehr entspreche als die Führung eines gefährlichen Krieges«, finden wir in des Kaisers Ansprache an die Diplomatie am Neujahrstage 1911 zum Ausdruck gebracht, und in der Hamburger Rede vom 18. Juni 1912 sehen wir jenen Gedankengang, der den Kaiser im kritischen Sommer 1911 den Frieden halten ließ, gekennzeichnet. »Nicht leichtsinnig darf die Fahne aufgepflanzt werden, wo man nicht sicher ist, sie verteidigen zu können« ist dort zum Ausdruck gebracht. Daß aber der Kaiser nicht nur pazifistisch gesprochen, daß er auch so gehandelt hat, ist oben bereits erwähnt worden.

Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg.

Auch der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hat wiederholt seine Sympathien für den Pazifismus zum Ausdruck gebracht oder andeuten lassen. Als am 15. März 1910 im deutschen Reichstag die Resolution Eickhoff zur Erörterung stand, wonach dem Reichskanzler empfohlen werden

sollte, den Bestrebungen der Interparlamentarischen Union alljährlich eine Zuwendung aus Reichsmitteln zu gewähren, gab der damalige Unterstaatssekretär von Schoen die Zustimmung der Regierung zu jener Forderung kund, gleichzeitig versichernd, daß Herr v. Bethmann Hollweg die Sympathien teilt, »die sein Amtsvorgänger den Bestrebungen der Interparlamentarischen Union entgegengebracht hat.« Er wies bei dieser Gelegenheit auch auf den oben geschilderten sympathischen Empfang hin, der der XV. Konferenz der Interparlamentarischen Union 1908 in Berlin bereitet wurde. Bei der großen Erörterung über die Rüstungsfrage, die am 30. März 1911 im Reichstag stattfand, nahm der Reichskanzler, wie oben erwähnt, eine ablehnende Haltung ein; doch sah er sich veranlaßt, hinzuzufügen, daß er damit »nicht über den Wert der Arbeit der Freunde des Friedens und der Abrüstung urteilen« wolle und dieser eine große und wichtige Aufgabe zuweise. So meinte er, daß die Stimmungen, aus denen jetzt noch Kriege entstehen können, vom Volksempfinden getragen werden müssen, und dieses »sich z. B. leider häufig willenlos unverantwortlichen Preßtreibereien hingibt«. Hier läge die große Aufgabe der Friedensbewegung, einzugreifen. »Ein Gegengewicht gegen alle solche und ähnliche Einflüsse«, meinte der Kanzler, »ist mir erwünscht, und ich werde der erste sein, der es dankbar begrüßt, wenn es der internationalen Arbeit gelingt, solche Gegengewichte zu schaffen.« Ebenso finden wir in der Rede, die der Reichskanzler in den Apriltagen 1912 anläßlich der Erörterungen über die Wehrvorlage im Reichstag hielt, direkte Hinweise auf die pazifistische Arbeit. So in dem Satze: »Es geschieht ja viel, um die Konfliktsmöglichkeiten zu vermindern, nicht nur auf Friedenskongressen, sondern auch durch Abmachungen unter den Staaten, Schiedsgerichtsabkommen und ähnliche Verabredungen. Dadurch werden Kriegsmöglichkeiten vermindert, aber ausgeschlossen werden sie nicht. Die Beziehungen der Nationen breiten sich immer weiter über den Erdball aus. Dadurch werden unzweifelhaft

die friedlichen Berührungspunkte vermehrt . . .« Das sind Worte, die aus unserem Lehrschatz genommen sind. Sie aus dem Munde des obersten Reichsbeamten zu hören, ist ein erfreuliches Zeichen der Zeit, wenn auch die Folgerungen, die der Pazifismus aus dieser Erkenntnis zieht, andere sind, als sie die Reichsregierung heute noch zu ziehen vermag. Auch jenes denkwürdigen Satzes sei hier gedacht, den der Reichskanzler am 16. März 1910 anläßlich der Debatte über Forderungen der Gebrüder Mannesmann in Marokko im deutschen Reichstag gesprochen hat, als ihm zu große Nachgiebigkeit gegenüber dem Auslande vorgeworfen wurde . . . Er rief den Männern der starken Tonart zu: »Zu einer Politik des Vertragsbruches werde ich mich nicht hergeben!«

Die Diplomatie.

Ebenso ist in der deutschen Diplomatie eine Annäherung an die pazifistische Auffassung der Dinge zu bemerken. Staatssekretär v. Schoen hat während seiner Amtsführung den Vertrag mit Frankreich vom 9. Februar 1909 über Marokko zum Abschluß gebracht, dem immerhin die Bedeutung innewohnte, daß er die Grundlagen zur friedlichen Abwicklung der Marokkokrise von 1911 gebildet hat, und in seiner Vertretung hat Freih. von Kiderlen-Wächter am 10. November 1908 den Vertrag unterzeichnet, der den ernsten Casablancafall vor das Haager Schiedsgericht brachte. Am 26. Januar 1909 konnte Herr v. Schoen in der Budgetkommission des Reichstags offen seiner Sympathie für die Friedensbestrebungen Ausdruck geben und die Schlichtung von Streitigkeiten durch die Schiedsgerichtsbarkeit für vorteilhaft erklären. Diese Stellungnahme ist um so bedeutsamer, als Herr v. Schoen 1910 als Botschafter nach Paris ging. Der Aufschwung der Friedensidee in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien hat dem dort beglaubigten deutschen Botschafter öfter Gelegenheit gegeben, sich an pazifistischen Veranstaltungen zu beteiligen. Graf Bernstorff hat 1909 den weiten Weg nicht gescheut, um sich von Washington

zum Friedenskongreß nach Chicago zu begeben, dort eine Rede zu halten und beim Bankett in einem pazifistisch angehauchten Toaste den Handelsverkehr als Friedensvermittler zu rühmen, der die Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten mehr festige, als irgend ein Botschafter und »wenn er selbst drei Friedensreden an einem Tage hielte«, wie Graf Bernstorff an jenem Tage es getan hatte. Am 22. März desselben Jahres sprach der Botschafter auf dem Kongreß der »American Peace und Arbitration-League« in New-York. Der frühere Botschafter in London, Graf Wolff-Metternich hat während seiner Dienstzeit so oft Gelegenheit gehabt, an der deutsch-englischen Verständigungsaktion teilzunehmen, daß es gar nicht möglich wäre, alle diese Fälle hier zu verzeichnen. Am 17. März 1910 nahm der Botschafter sogar an der Jahresversammlung der englischen »Arbitration-League«, jener von Randal Cremer begründeten Friedensgesellschaft teil, wobei er eine viel bemerkte Rede hielt. Später vertrat er bei einer zur Feier des Kaisergeburtstages in London gehaltenen Rede jene pazifistischen Gesichtspunkte, die Normann Angell kurz vorher in seinem denkwürdigen Buch »Die große Täuschung« niedergelegt hat, ein Buch, das durch die Vermittlung des Grafen auch in die Hände Kaiser Wilhelms gelangt sein soll.

Wenn man diese im einzelnen vielleicht nicht sehr umwälzend erscheinenden Vorkommnisse als Gesamtbild ins Auge faßt, so wird man zugeben müssen, daß sich bei den verantwortlichen Stellen in Deutschland ein Wandel vollzogen hat, dessen hohe Bedeutung man ermessen kann, wenn man ein Jahrzehnt zurückblickt und erkennt, wie sehr die Auffassung damals anders war. Es ist ein Umschwung eingetreten, der zu den schönsten Hoffnungen berechtigt, und der es ermöglicht, solche Entgleisungen unverantwortlicher Stellen, wie sie oben geschildert wurden, nicht allzu tragisch zu nehmen; ein Umschwung überdies, den bewirkt zu haben der Pazifismus sich mit Recht rühmen darf.

Die deutsche Wissenschaft und der Pazifismus.

Die Völkerrechtswissenschaft.

Viel gewaltiger aber treten die Fortschritte zutage, die innerhalb der deutschen Wissenschaft in ihrer Stellungnahme dem Pazifismus gegenüber sich in den letzten Jahren geltend gemacht haben. Es erscheint in hohem Grade wichtig, hier zu zeigen, daß Auffassungen à la Stengel oder à la Bornhack nur vereinzelt dastehen und große Gelehrte den Pazifismus geradezu als einen Neubeleber der Wissenschaft darstellten, und seine Förderung und die Verbreitung der von ihm gegebenen Anregungen mit Freuden sich zur Aufgabe gestellt haben. Am weitgehendsten sind diese Tatsachen in der Völkerrechtswissenschaft zu verzeichnen, die jetzt unumwunden zugibt, durch den Pazifismus eine Wiedergeburt erlebt zu haben, und die heute durch die Mehrheit ihrer Vertreter die Fortbildung der pazifistischen Ideenwelt in die Hand genommen hat.

Niemeyer, Meurer, Zorn, Nippold, Schücking.

Das Verdienst, als erster deutscher Gelehrter auf die Bedeutung der Friedensbewegung hingewiesen zu haben, gebührt Professor Niemeyer in Kiel, der anläßlich einer Besprechung der ersten Auflage des »Handbuch der Friedensbewegung« schrieb: »Die Bedeutung der Friedensbewegung fordert wegen ihrer nicht ferner leugbaren positiven Erfolge, aber auch wegen ihrer weitergehenden positiven Bestrebungen die ernsteste Beachtung ... Die praktische, wie die wissenschaftliche Völkerrechtspflege sind jedenfalls nicht mehr in der Lage, die Friedensbewegung als Utopie beiseite zu schieben, müssen sie vielmehr als Faktor der Entwicklung respektieren.« (Zeitschrift für privates und öffentliches Recht«, Band XV, S. 509, 1905.) Später — am 5. März 1907 — hielt Professor Niemeyer beim Antritt des Rektorats der Universität Kiel eine Rede über »Internationales Recht und internationale Interessen«, in der er die »Realität einer internationalen Organisation« darlegte und wieder auf die

großen Verdienste der »von Jahr zu Jahr an Einsicht gewinnenden pazifistischen Gesellschaften, namentlich die Gesellschaft der Friedensfreunde und die interparlamentarischen Konferenzen« hinwies. Zum Schluß seines Vortrages führte er aus: »Diejenige Nation wird künftig in Krieg und Frieden die stärkste sein und an der Spitze der Zivilisation marschieren, welche die Zeichen der Zeit am aufmerksamsten beobachtet und im vollen Besitz nationaler Kraft, mit der entschiedenen Wahrung nationaler Interessen die Fortschritte der internationalen Entwicklung am weitsichtigsten zu verbinden versteht. — Möchte unser teures Vaterland auch hier unter anderen Nationen nicht zurück zu stehen brauchen.«

Im Jahre 1905 erschien der erste Band von Professor Chr. Meurers monumentalem Werk über die (erste) Haager Konferenz, die erste deutsche wissenschaftliche Arbeit, die sich mit dem großen Friedenswerke befaßte, ihm volle Gerechtigkeit widerfahren ließ und die pazifistische Vorarbeit in vollstem Umfange anerkannte, die er dem Buche auch zugrunde legte. Das Erscheinen dieses Werkes bezeichnete nicht nur einen Wendepunkt in der Entwicklung der Völkerrechtswissenschaft in Deutschland, sondern auch einen Wendepunkt für den deutschen Pazifismus; — er wurde von der Wissenschaft legitimiert, ward universitätsfähig.

Professor Zorn, der bekanntlich wissenschaftlicher Delegierte Deutschlands auf der ersten und zweiten Haager Konferenz war, und früher für den Pazifismus wenig Sympathie zeigte, erkannte dessen Bedeutung gar bald. Schon 1906 schrieb er (Novemberheft der »Deutschen Revue«): »Die moderne Friedensbewegung lediglich mit einem spöttischen Achselzucken abzutun, wie es vielleicht noch heute in Deutschland Mode ist, geht nicht an, ihre Ideen sind in der ganzen Welt verbreitet und bilden einen nicht unbedeutenden Faktor im heutigen Völkerleben, müssen also sorgsam beachtet werden, zumal sie an den einzelnen Stellen unzweifelhaft schon direkten Einfluß auf die praktische Politik gewonnen

haben, und ihr mittelbarer, indirekter Einfluß gar nicht in Abrede gestellt werden kann.« Später äußerte er sich noch positiver, als er auf einem am 15. November 1908 gehaltenen Vortrag sagte: »Die Friedensbewegung ist tatsächlich heute eine mächtige Flutwelle, die das Völkerleben erfaßt hat. Die pazifistische Bewegung wird nicht zum Stillstand kommen, und es hieße seine Zeit nicht verstehen, wenn die Staaten ihr nicht Rechnung tragen wollten.« Und in einer 1910 in der Festgabe für Güterbock erschienenen Abhandlung stellte Zorn fest, daß der »Internationale Friedensgedanke ganz zweifellos täglich bei den Völkern und Regierungen, in der Presse und den Parlamenten, in den leichten Erscheinungen der sogenannten öffentlichen Meinung, wie in der schweren wissenschaftlichen Arbeit des Völkerrechts unverkennbare und große Fortschritte macht«. In derselben Abhandlung schreibt Zorn, nachdem er zugibt, daß die Anschauungen über die internationale Schiedsgerichtsbarkeit »eine starke Wandlung« erfahren haben, daß er jetzt selbst »von der hohen Bedeutung einer festgesicherten internationalen Rechtsordnung der Schiedsgerichtsbarkeit« durchdrungen« sei, und »in vollem Umfange die Wichtigkeit eines ständigen Schiedshofes für die Erhaltung des Weltfriedens« anerkenne, folgendes: »Und ich scheue mich auch nicht, ehrlicher Weise zuzugestehen, daß der Erzieher in dieser Frage der Pazifismus und die mit ihm in Zusammenhang stehenden Einrichtungen, wie z. B. auch die Interparlamentarische Union war. Durch die starke Propaganda des Pazifismus in erster Linie wurde die Idee des internationalen Schiedsgerichtes zum Gemeingut der öffentlichen Meinung, wenigstens außerhalb Deutschlands.«

Im Herbst 1906 erschien Professor Ottfried Nippolds bahnbrechendes Werk »Die Fortbildung des Verfahrens in völkerrechtlichen Streitigkeiten«, das zum ersten Mal die Anregungen des Pazifismus zum Zwecke einer ganz neuen

Orientierung des Völkerrechts verarbeitete. Wir finden in diesem Buche einen völlig neuen Ton, wie er in deutschen Gelehrtenkreisen bislang noch nie angeschlagen wurde. Nippold legte mit diesem Buch den Grund zu einem »neuen Völkerrecht«, das nicht mehr wie das alte im Dienste der Politik steht, sondern von ihr völlig unabhängig ist«; ein Völkerrecht, das man auch als Weltverkehrsrecht bezeichnen kann. In der Einleitung seiner epochemachenden Arbeit, in der wir Hinweise auf fast alle pazifistischen Schriftsteller finden, steht der Satz, der wiederum dem Pazifismus eine wissenschaftliche Legitimation erteilte: »Da die Juristen, da die Völkerrechtswissenschaft versagte, haben sich andere der Sache (nämlich der Fortbildung des Völkerrechts) angenommen. Der Rechtsfortschritt hat den Friedensfreunden mehr zu verdanken, als man es heute in weiten Kreisen wahr haben will.«

In der »Zukunft« vom 17. August 1907 — die Haager Konferenz war im vollen Gange — fiel mir ein Artikel eines deutschen Gelehrten in die Augen, der den Titel »Modernes Weltbürgertum« trug. Darin ein mannhaftes Eintreten für die »Internationale Organisation«, Anregungen für einen »Staatenbund der Kulturstaaten« auf Grund der zahlreichen bestehenden »Staatenvereine« für die verschiedenen Kulturzwecke mit einem ständigen Zentralorgan und die Ankündigung eines neuen Ideals für die Deutschen, das des »modernen Weltbürgertums«. Schücking, der Verfasser jenes Aufsatzes, ging darin arg mit der modernen Rechtswissenschaft ins Gericht, der er ihre Unterlassungen gegenüber den wichtigsten Fragen des modernen Lebens vorwarf. Sowohl für das soziale Recht im modernen Staat wie im internationalen Recht hat sie versagt. »Was dort«, fügte er hinzu, »Nationalökonomen, menschenfreundliche Unternehmer, Kirchenfürsten und Praktiker der Politik an Rechtsforderungen aufgestellt haben, das haben hier die Pazifisten getan. Es ist hohe Zeit für die deutsche Wissenschaft, statt hochmütig auf solches Treiben herabzusehen, die Anregungen

zu verarbeiten, die von da aus zu uns gekommen sind.« Dieser Aufsatz in der »Zukunft« war ein Kapitel einer Monographie, die nachher unter dem Titel »Die Organisation der Welt« zuerst in der »Festgabe für Laband« (1908) herauskam, später erweitert als selbständige Schrift erschien. Schücking weist darin unter anderem auf die Wissenschaft des Auslandes hin, die nicht dieselbe reaktionäre Haltung eingenommen habe wie die deutsche, die »vielmehr die hohe Kulturbedeutung der pazifistischen Bewegung« erkannte und mit ihr Hand in Hand arbeitete. Seit diesem ersten Auftreten ist Schücking ein fruchtbarer Kämpfer der Friedenssache innerhalb der deutschen Völkerrechtswissenschaft geblieben. Erst neuerdings (1912) hat er die Veröffentlichung eines völkerrechtlichen Reihen-Unternehmens begonnen, das den Gesamttitel »Das Werk vom Haag« trägt, für das er die hervorragendsten Völkerrechtsjuristen als Mitarbeiter gewonnen hat. Der erste Band dieses Unternehmens, der den Titel trägt »Der Staatenverband der Haager Konferenzen« und Schücking selbst zum Verfasser hat, bildet fast durchwegs eine Huldigung für die pazifistische Arbeit und eine geistvolle Fortführung des pazifistischen Gedankens. Der Verfasser stellt darin erneuert fest, daß seit dem ersten hier geschilderten Erwachen der Völkerrechtswissenschaft in Deutschland »der Pazifismus in der deutschen Rechtswissenschaft seinen gesicherten Platz« hat. Schon auf der ersten Seite bekennt er sich als Pazifist und Verehrer der Baronin Suttner, ermahnt er die moderne »Völkerrechtswissenschaft dringend, mit Hilfe der Vorarbeiten des Pazifismus Klarheit darüber zu gewinnen, was denn nunmehr geschehen muß, um der Kulturwelt den Rechtsfrieden nach Möglichkeit zu sichern.«

Kohler, Huber, Oppenheim, Wehberg u. a.

Eine machtvolle Unterstützung der Friedensbewegung seitens der Wissenschaft wurde ihr durch eine Abwehr zuteil, die der hervorragende Gelehrte Josef Kohler von der

Berliner Universität in einem Artikel der »Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht« (Bd. IV, S. 210) — »Die Friedensbewegung und das Völkerrecht« betitelt — gegen Professor Stengels neuerliche Angriffe [1]) erscheinen ließ. Kohler stellt sich darin ganz auf den Boden des Pazifismus, weist mit Geschick und Schärfe die landläufigen Einwände zurück und schildert die im pazifistischen Sinne völlig veränderte Weltlage von heute. »Das ist doch schon eine ungeheure Folge der Friedensbewegung«, führt er aus, »und für diese hat man allen Grund dankbar zu sein! — Und eine andere Folge ist es, daß die ganze Diplomatie der Mächte dahin zielt, die Anlässe der Kriege möglichst hinwegzuräumen und bei den ersten Anzeichen des Sturmes beruhigend einzuwirken. . . . Sind diese Erfolge für nichts zu achten?«

Im Jahre 1910 erschien eine Schrift des Züricher Völkerrechtsgelehrten Professor Max Huber, des wissenschaftlichen Vertreters der Schweiz auf der II. Haager Konferenz, die den Titel führt »Beiträge zur Kenntnis der sozialen Grundlagen des Völkerrechts und der Gesellschaft« [2]). Darin wird die hohe soziologische Bedeutung des modernen Pazifismus für den Staat entwickelt und die Friedensbestrebungen als die große neubildende Macht einer zeitgenössischen Kultur dargestellt. Huber bezeichnet den Pazifismus als die gesellschaftliche Strömung, in der im Gegensatz zu gewissen zersetzenden Faktoren, aufbauende Kräfte zum Ausdruck kommen. »Der Pazifismus«, so führt er aus, »ist eine Teilerscheinung des Internationalismus. Er bezweckt eine Steigerung der menschlichen Kultur durch die Ausschaltung von Faktoren welche die einzelnen staatlich gesonderten Teile der Menschheit durch eben dieses Moment der Trennung in deren Entwicklung

[1]) Professor Stengel hat 1909 unter dem Titel »Weltstaat und Friedensproblem« eine Streitschrift gegen den Pazifismus erscheinen lassen.

[2]) Im »Jahrbuch des öffentlichen Rechts«, herausgegeben von Jellinek, Laband und Piloty. Bd. IV, 1910.

hemmen, sowie durch eine positive Zusammenfassung der individuellen Staatskräfte. Der Pazifismus bewegt sich insofern auf einer mittleren Linie, als er die Individualität der Staaten anerkennt, aber die Durchsetzung der Ansprüche der Staaten in mehr oder weniger weitgehendem Maße abhängig macht von der Anwendung friedlicher Mittel. Frühzeitig hat sich mit dem Begriff des Pazifismus, der an sich mit dem Wesen der modernen, auf die Selbständigkeit der Mächte gegründeten Staatengesellschaft nicht unvereinbar ist, die Idee einer grundsätzlich über die jetzige Form der internationalen Staatenbeziehungen hinausgehenden Organisierung des Kollektivinteresses, einer internationalen Föderation verbunden.« Huber charakterisiert diese Bestrebungen als »revolutionären Pazifismus« nach dem Titel der diese Tendenzen vertretenden Schrift des Verfassers dieses Buches. Im Zusammenhang damit weist Huber auf die Beeinflussung des Völkerrechts durch den Pazifismus hin, die er bei einer Besprechung des Schiedswesens und der Haager Friedenskonferenzen ausfürlich nachweist. »Die Bedeutung aller dieser neuen völkerrechtlichen Institutionen liegt weniger in dem, was sie, formell rechtlich betrachtet, sind«, führt er aus, »und was sie zurzeit an tatsächlicher Autorität gewaltsamen Auseinandersetzungen entgegenzustellen haben, als in dem Gewicht, das sie moralisch den Ideen und Strebungen verleihen, durch die sie hervorgerufen worden und die sie wenigstens zum Teil verkörpern.« Die Festigung dieser Ideen, des Pazifismus also, hat durch den Umstand, »daß seit der I. Friedenskonferenz pazifistische Prinzipien im Völkerrecht Aufnahme gefunden haben, auch weiteren bedeutenden Neuerungen auf verschiedenen Gebieten des internationalen Rechts den Boden geebnet und auch Regierungen, welche dem Pazifismus mehr oder weniger skeptisch gegenüberstanden, tiefgreifenden Neuerungen des Völkerrechts auf

anderen Gebieten geneigt gemacht.« Weiter sagt er: »Die pazifistische Bewegung war in ihren Anfängen ohne Verbindung mit den Regierungen und ohne Einfluß auf diese; in den letzten zwei Dezennien hat sie außerordentlich an Breite gewonnen. In der Interparlamentarischen Union hat sie bereits einen gewissen Einfluß erlangt; aber ihre Macht liegt in den privaten Organisationen, welche in parlamentarischen und demokratischen Staaten auf die maßgebenden Kreise wirken können. So unzutreffend es wäre, im Pazifismus eine Macht zu sehen, welche den äußeren Gang der Politik jetzt schon wesentlich beeinflussen oder gar akute Konflikte überwinden könnte, so falsch wäre es, die Bedeutung dieser Bewegung für die Weiterbildung des Völkerrechts zu unterschätzen. Daß die neuesten Institutionen des internationalen Rechts unter dem Einfluß des Pazifismus entstanden sind, kann kaum bestritten werden. Auch wenn die Regierungen großenteils diesen Neuerungen mit äußerstem Skeptizismus gegenüberstehen, haben sie den pazifistischen Strömungen doch äußerlich Rechnung getragen, weil diese eben eine gesellschaftliche Macht sind, zwar keine dominierende, aber eine immerhin fühlbare.«

L. Oppenheim, der große englische Gelehrte deutscher Herkunft, der den Whewell-Lehrstuhl für Völkerrecht an der Universität Cambridge inne hat, sagt in seiner 1911 erschienenen Schrift »Die Zukunft des Völkerrechts« (aus der Festschrift für Binding) über die Friedensbewegung: »Weite Kreise sind von dieser Bewegung ergriffen, selbst die Regierungen aller Länder können sich ihrem Einfluß nicht mehr entziehen, und auch ihre Gegner können nicht länger mit Hohn und Spott allein sie bekämpfen.«

Diesen Äußerungen deutscher Völkerrechtsgelehrter könnte noch eine Menge anderer hinzugefügt werden, von solchen, die ihre Anregungen durch den Pazifismus erhalten, dies ankennen und in diesem Sinne wirken. Es seien hier nur ge-

nannt, die Professoren L. v. Bar, Paul Laband, Emanuel v. Ullmann, Max Fleischmann, Lammasch, v. Liszt und verschiedene andere. Ganz besonders sei aber hier auf die Schriften wie auf die Tätigkeit des jungen Völkerrechtsgelehrten Dr. jur. Hans Wehberg hingewiesen, der in einer Reihe anerkannter Bücher wie in einer außerordentlich großen Zahl von Artikeln die Weiterentwicklung der Wissenschaft des Pazifismus förderte und sich unumwunden als Anhänger und Mitarbeiter des Pazifismus bekennt. »Die Friedensbewegung«, so schrieb er in einem seiner letzten Artikel (1912), »ist heute bereits in dem Stadium, wo sie sich der Realpolitik klar anpaßt. Ihre vorgeschlagenen Maßnahmen, z. B. Stärkung des Rechtsgefühls, Hinweis der Zeitgenossen auf das Werden der internationalen Organisation, auf die berechtigten Interessen der anderen Staaten, Entwicklung der Schiedsgerichtsbarkeit usw. sind alle realpolitisch.«

Lamprecht.

Aber auch in anderen Zweigen der deutschen Wissenschaft macht sich eine Wendung zugunsten des Pazifismus bemerkbar. Unter den Historikern hat besonders Lamprecht nachdrücklichst auf die Friedensbewegung hingewiesen. Im sechsten Bande von Ullsteins Weltgeschichte (»Lamprecht, Europäische Expansion«, S. 621) findet sich darüber folgende Stelle: »In Deutschland ist man zu sehr geneigt, diese Bewegung auch heute noch zu unterschätzen, obgleich sie doch fundamental ist und durch keinerlei Kritik oder gar Hohn beseitigt werden kann. Andere Mächte, insbesonders England und Frankreich, haben längst gezeigt, wie leicht sie in den Bereich wohlverstandener Interessen einzureihen ist, ohne an Kraft und Idealismus zu verlieren. Denn sie schaltet den Kampf der Nationen an sich so wenig aus, wie sie den Streit der Individuen würde missen wollen. Sie will nur einen Kampf mit minder brutalen Mitteln als denen des Krieges. Und ihre Anerkennung und Ausnutzung im Interesse einer Nation er-

fordert demgemäß freilich auch andere Mittel der Diplomatie und der geistig-politischen Haltung, als sie Kriegerstaaten eigen sind. Diese Kriegerstaaten aber, werden sie nicht sehr in Rückstand zu den höchsten und zugleich elementarsten Bewegungen gelangen, wenn sie nicht beizeiten der verwandelten Welt allgemeiner Überzeugungen inne werden?« In einer Rede, die der berühmte Historiker im Herbst 1909 bei der Hauptversammlung des Vereines zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande hielt, wies er auf das im Hintergrund schlummernde »allgemeine Kulturideal mindestens der europäischen Menschheit« hin, das in die nationale Rechnung eingestellt werden müsse. Dann fuhr er fort: »Was haben wir die Friedenskongresse verlacht! Ganz gegen unsere Interessen. Solche Dinge macht man nicht tot, daß man darüber lacht, sondern dadurch, daß man sich in vernünftiger Weise und unter Geltendmachung seiner Interessen an ihnen beteiligt.« Und in seinem Artikel »Die Nation und die Friedensbewegung«, der in der »Friedens-Warte« (1910 S. 41) erschien, verteidigte er den Pazifismus gegen die Stengelschen Angriffe und brachte ihn in Einklang mit einem wohlverstandenen Nationalismus. »Einsichtige Politiker«, so sagt Lamprecht darin, »haben die Bewegung schon längst, seit sie ein Faktor der geistigen Entwicklung Europas geworden ist, das heißt seit etwa anderthalb Menschenaltern, praktisch einschätzen gelernt.«

Harms, Goldscheid, Lynkeus-Popper, Müller-Lyer.

Von den deutschen Nationalökonomen hat erst kürzlich Professor Bernhard Harms in Kiel in seinem großangelegten Werke »Volkswirtschaft und Weltwirtschaft« (1912) auf die Vorarbeiten hingewiesen, die die »in Deutschland immer noch einigermaßen scheel angesehene Friedensbewegung« auf dem Gebiete der Erforschung des wirtschaftlichen Internationalisierungsprozesses geleistet hat. »Mag man«, so fährt der Kieler Gelehrte fort, »über diese urteilen wie immer, — eine ungewöhnlich rührige Tätigkeit darf ihr nicht

abgesprochen werden. Eine Tätigkeit nicht bloß propagandistischer Art, sondern darüber hinaus von großer wissenschaftlicher Bedeutung.« Soziologen wie Rudolf Goldscheid in seinen klassischen Schriften über Menschenökonomie, Lynkeus-Popper in seinen verschiedenen Schriften, Müller-Lyer (namentlich in seinem Buche »Der Sinn des Lebens«) haben pazifistische Arbeit weitergeführt, und selbst protestantische Theologen sind in großer Zahl für das Friedenswerk der Pazifisten eingetreten.

Die Theologen: Harnack, Rade, Nithack-Stahn, Weinel, Mahling.

Harnack bekundete (in einem Artikel der »Neuen Freien Presse vom 25. April 1909), »daß die Friedensgesellschaften (für die Ausgestaltung einer neuen politischen Ethik) eine hohe Bedeutung haben und mit ihrer vorgreifenden Arbeit gewiß nicht zu früh kommen, mögen auch alle Diplomaten sie als Ideologen belächeln.« Rade in Marburg warf in der »Christlichen Welt« (1909 No. 27) die Frage auf: »Im Zeichen der Dreadnoughts oder im Zeichen des Kreuzes?« und rief seinen Amtsbrüdern zu: »Helfen wir die Welt organisieren! Schon sind andere am Werk: Vielleicht können Sie es nicht ohne uns? Vielleicht geht es doch unter dem Zeichen des Kreuzes?« Und der mutige Pastor der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin, Nithack-Stahn, ruft in mehreren Artikeln und Broschüren das Christentum an, sich seiner Friedensmission zu erinnern. In einem Artikel »Das Evangelium und der Krieg« (»Christliche Welt« 1910 No. 29—33) sagte er: »daß Krieg und Christentum sich im Grunde ausschließe, daß der Krieg gebietet, was die Religion verbietet: das sollte niemand leugnen.« Und donnernd ruft er seiner Gemeinde zu, »Willst du den Frieden, so bekämpfe den Krieg!« In demselben Sinne wirkt Professor Weinel in Jena, der in einem Vortrage 14. Februar 1912 in der Friedensgesellschaft zu Jena über »Die Einwendungen gegen die Friedensbewegung« sagte: »Ganz ohne Zweifel ist das Menschheits-

ideal auf unserer Seite, und ich möchte es auf das entschiedenste betonen, daß wir nicht aus Zweckmäßigkeitsgründen den Krieg bekämpfen, sondern weil wir es als eine Schande an sich erachten, Krieg zu führen;« wirkt auch Konsistorialrat Dr. Mahling, Professer der Theologie in Berlin, der 1910 in einem Berliner Blatte triumphierend die Festigung des internationalen Friedenszustandes rühmte und freudig ausrief: »Eine internationale Friedensbewegung macht sich geltend!«

Ostwald, Lichtheim.

Neben den Theologen seien auch die Naturforscher nicht vergessen. Gewiß gibt es genug Anhänger des sogenannten Sozialdarwinismus in Deutschland, die das Gesetz des Daseinskampfes mißverstehen; aber Männer wie Ostwald gibt es auch, der die Friedensbewegung als den Katalysator der Kultur bezeichnete, oder wie Lichtheim, der auf der 82. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte zu Königsberg 1910 sagte: »Die Lehre, daß der Krieg kein Übel, sondern eine Notwendigkeit sei, daß er allein die wertvollen Charaktereigenschaften der Völker erhalte, daß ein dauernder Friede zur Entartung und Fäulnis führe, findet bei uns keinen Boden; eine Lehre der Naturwissenschaft ist sie nicht.«

Dies sind nur einige Äußerungen der deutschen Wissenschaft zugunsten des Pazifismus, die irgendwie an die Öffentlichkeit kamen; es sind nicht alle Äußerungen. Wer aber aus diesen wenigen den grundlegenden Wandel nicht erkennt, der sich in so wenigen Jahren in diesem der pazifistischen Sache am längsten zweifelnd abgewandten Lande geltend gemacht hat, den Umschwung der Gesinnung nicht zugeben will, nicht sieht, wie auf der einen Seite die verantwortlichen Leiter der Politik immer mehr von dem Geiste des Pazifismus durchdrungen werden, der keineswegs gleichbedeutend ist mit Feigheit und kleinlicher Angst, wie ihre Handlungen immer mehr Beweise dieser Einflüsse bilden, und auf der anderen Seite nicht merkt, wie sich der Kreis der Wissen-

schaft auch in Deutschland immer enger zusammenschließt, um den Krieg, das kriegerische Prinzip, immer mehr zu vereinsamen, der hat kein Auge für die Grundlagen unserer Zeit, kein Ohr für die Ereignisse, in deren Mitte er lebt. Wir können uns um diese Leute nicht kümmern, die so die Grundprobleme unserer Entwicklung mißverstehen. Wir werden weiterarbeiten, so wie es vor mehr als zwanzig Jahren Max Nordau uns empfohlen hat, als wir unsere Arbeit begannen. Damals schrieb er an Baronin Suttner (30. Oktober 1891): »Als Schriftsteller glaube ich an die Macht des Wortes und an dessen Beruf, überlieferte Gesinnungen umzustimmen und neue, bessere zu vertreten. Glaubte ich nicht daran, so hätte ich ja längst meine Feder zerbrochen. Schreiben und reden wir also unverdrossen gegen die Kriegsgreuel! Semper aliquid haeret, und allmählich werden wir die Regierungen und Völker wohl von Barbaren zu Menschen bekehren.« Wie hatte er recht gehabt! Hätten die Pazifisten nicht in vollem Glauben an die überzeugende Kraft des Wortes jahrzehntelang die öffentliche Meinung Deutschlands bearbeitet, unbekümmert um den Hohn, der ihnen lange genug entgegenhallte, unbekümmert um Verleumdung, Beleidigung und Verachtung, nimmer wäre dieser Wandel in der geistigen Struktur des deutschen Volkes erfolgt; nimmer so rasch. Daß er eingetreten ist, daß er durch ihre Arbeit eingetreten ist, dürfen die Pazifisten ohne Scheu sich rühmen. Sie haben zu ehrlich gekämpft, um bescheiden sein zu sollen.

Die Propaganda in ihren Einzelheiten.

Es ließe sich über die Entwicklung der Friedensaktion in Deutschland in diesem letzten Jahrfünft noch viel mehr sagen, als durch die Wiedergabe einiger Äußerungen von Staatsmännern und Gelehrten gesagt wird. Man könnte die Propaganda in ihren Einzelheiten darstellen, wie sie von Tag zu Tag von den verschiedenen Friedensgesellschaften, Verständigungsgruppen, von einzelnen Pazifisten, von der Presse, in den Kreisen des Hochhandels, der Industrie, der Studentenwelt, der Frauen und der verschiedenen politischen Parteien

betrieben wurde. Es ist nicht nur der begrenzte Raum, der hier Einhalt gebietet, sondern auch die Unmöglichkeit, bei dem Mangel an Perspektive für diese Ereignisse das Wichtigste vom Unwichtigen zu trennen, das Zukunftsreiche vom Totgeborenen zu scheiden, und dabei über die trockene chronologische Aufzählung nicht hinauszukommen. Es sei daher für die neueste, in stetem Fluß befindliche Bewegung auf die Fachpresse, die Jahrbücher, die Jahreschroniken des Pazifismus usw. verwiesen. Dasselbe gilt auch für die Einzelheiten der Propaganda in den anderen Ländern[1]), wo die Masse der Vorfälle noch mehr dazu zwingt, den Rahmen hier nicht so weit zu spannen und es bei einer Skizzierung der wichtigsten und allgemeinsten Ereignisse zu belassen.

Der III. Haager Konferenz zu.

Die neue Friedenskonferenz, die im Jahre 1915 im Haag abgehalten werden soll, wirft schon seit langem ihre Schatten voraus. Der Vorbereitungsausschuß, der, entsprechend der von der II. Konferenz gefaßten Resolution, zwei Jahre vor der Konferenz zusammentreten und mit der Prüfung und Vorbereitung des Programms betraut werden soll, müßte demnach im Jahre 1913 gebildet werden. Einige Regierungen haben bereits (Sommer 1912) Ausschüsse zur Vorbereitung der nächsten Friedenskonferenz eingesetzt. Es sind dies die Regierungen von Dänemark, Frankreich, Norwegen, den Niederlanden und von Schweden. In der völkerrechtlichen und in der pazifistischen Fachpresse werden die Probleme

[1]) Auf das Erscheinen eines Buches soll hier nur kurz nochmals hingewiesen werden, das einen Engländer zum Verfasser hat und dessen Einwirkung auf den Zeitgeist in allen Ländern von großer Tragweite sein dürfte. Es ist Normann Angells Schrift »Die große Täuschung«, die in neun verschiedenen Sprachen (1909—1910) erschien. Darin wird die Unrentabilität des Krieges im Hinblick auf den wirksamsten Zusammenhang der Völker in einer so klaren und überzeugenden Weise dargelegt, wie es die Vorgänger des Verfassers nicht vermochten. Das Buch hat ungeheures Aufsehen gemacht, in allen Parlamenten wurde davon gesprochen, viele Staatsoberhäupter, Minister und Diplomaten haben es gelesen und sich zustimmend geäußert. Es ist dasjenige pazifistische Buch, das in den letzten Jahren den meisten Erfolg hatte.

schon eingehend erörtert, die man in jenen Kreisen auf dem Programm der nächsten Haager Konferenz sehen möchte. Die interparlamentarischen Konferenzen, die Weltfriedenskongresse und die Versammlungen des »Institut de Droit international« haben schon seit Jahren ihre darauf bezughabenden Wünsche geäußert. Immer erscheinen noch neue Vorschläge und Arbeiten. Eine reiche Literatur ist entstanden, die den Diplomaten die Arbeit leicht zu machen bestimmt ist. Es wird sich zunächst darum handeln, jene Fragen zur Erörterung zu bringen, die auf der zweiten Konferenz ungelöst blieben oder nur teilweise erledigt wurden. Zu diesen gehört der allgemeine obligatorische Schiedsvertrag und der wirklich ständige Schiedshof. Wenn der Prisenhof bis 1915 noch nicht errichtet sein sollte, wird die Konferenz dessen Einsetzung beschleunigen müssen. Von großer Wichtigkeit wäre es, Gewißheit darüber zu erhalten, ob es möglich sein wird, nunmehr das Rüstungsproblem zur Erörterung zu bringen, oder ob es wieder nicht gestattet sein soll, diese brennendste Frage der Zeit anzuschneiden. Es wird die Aufgabe der Parlamente und auch die der pazifistischen Organisationen sein, die Regierungen zu veranlassen, daß sie der Absicht einiger von ihnen, das Rüstungsproblem im Haag zur Sprache zu bringen, keinen Widerstand mehr entgegensetzen, und daß alle mit ehrlichen Absichten daran gehen, zu versuchen, den schwerwiegendsten Konflikt der Gegenwart seiner Lösung zu mindest näher zu bringen.

Reiche Arbeit wird die Konferenz dort vorfinden, wo es sich darum handeln wird, bereits eingesetzte Einrichtungen weiter zu entwickeln, ihnen höhere Vollkommenheit und größere Wirksamkeit zu geben. Auf dem Gebiete der Kriegsvorbeugung ist da noch viel zu machen. Die Vermittlung und die guten Dienste, die im Konfliktsfalle oft versagen, könnten zu einer mehr automatisch wirkenden Funktion gebracht werden, die Untersuchungskommissionen sollten ständig werden. Man wird Mittel suchen müssen, um die Macht der öffentlichen Meinung als kriegshintanhaltende Kraft zur bessern

Ausnützung zu bringen, die Rechte der Neutralen so zu stärken, daß auch hier eine kriegsverhütende Kraft besser zur Wirksamkeit kommt. Man wird vielleicht daran denken müssen, den durch das Haager Werk geschaffenen »Staatenverband« deutlicher sichtbar zu machen, ihn aus dem embryonalen Zustande herauszuführen und zum Bewußtsein zu erwecken. Man wird in der Kodifikation des Völkerrechts weiter fortschreiten müssen und wird darin selbst dann einen Fortschritt erblicken, wenn es sich um kriegsrechtliche Materien handeln sollte; denn die Festlegung des Weltrechts ist an sich Friedenswerk. Auf dem kriegsrechtlichen Gebiete hofft die Kulturwelt ein Verbot des Luftkrieges zu erreichen, eine Maßnahme, die als selbstverständlich angesehen werden wird, bis der erste Luftrausch sich gelegt haben wird. Denn durch die Vervollkommnung der Luftkriegsmaschinen wird jeder Krieg unmöglich werden, nicht weil er barbarischer sein wird — das pflegt kein Hindernis für die Einführung neuer Waffen zu sein —, sondern weil die Oberkommandos nicht mehr sicher sein werden; es sei denn, daß die Schlachtenlenker künftig ihr Amt unterirdisch werden ausführen wollen. Vom pazifistischen Standpunkt ist es daher eine Frage, ob es überhaupt taktisch richtig ist, für das Verbot des Luftkrieges einzutreten. Eine wichtige Aufgabe der nächsten Haager Konferenz wird es sein, das Konferenzwerk zur künftigen automatischen Funktion zu bringen, daß die Wiedervereinigung der IV. Konferenz bereits fest und nicht zu einem zu entfernten Zeitpunkt beschlossen wird, und daß während ihrer Nichttagung irgendein Amt oder ein Ausschuß die Konferenz repräsentiert.

Man sieht, daß die nächste Zeit reiche Arbeit im Dienste des Friedenswerkes bringen wird. Von dem Programm, das der vorbereitende Ausschuß aufstellen wird, wird das Schicksal der Konferenz, wird ein Jahrzehnt der Friedensentwicklung abhängen. Die Arbeiter am Friedenswerk werden daher gut tun, ihre ganze Kraft jetzt auf diesen einen Punkt zuzuspitzen, damit die Konferenz von 1915, die ein Jahrhundert nach dem Wiener Kongreß zusammentreten wird, alle Hoff-

nungen erfülle, die der folgerichtige und demnach gemäßigt denkende Pazifismus auf sie setzt. Es wird vieles davon abhängen. Möge die rastlose Vorarbeit, die seitens der Friedensbewegung geleistet wird, in der Hand befähigter Männer zum Wohle der Menschheit verwertet werden. Möge der große Moment kein kleines Geschlecht finden. Wie es aber auch kommen mag, aus dem hier versuchten Überblick über die Geschichte der Friedensidee und der Friedensbewegung kann man ersehen, daß der Pazifismus ein kraftvoller Strom geworden ist, der mächtig durch unser Zeitalter rauscht. Seiner Macht können Hindernisse erstehen, die ihn aber immer nur reißender machen werden; zum Versiegen kann er nicht mehr gebracht werden. Mögen die Gegner, die Gewaltprediger, die Kriegsapostel sich darüber klar werden: Eine Idee, die bereits eine solche Geschichte hat, wie diese, die so eng verwachsen ist mit allem, was das Menschenleben Großes, Beglückendes und Notwendiges zeitigt, die kann man an ihren Niederschichten besudeln, aber nie in ihrer Ganzheit besiegen. Mögen sich darüber auch die Mitstreiter klar werden und den Lärm der Gegner nicht überschätzen. Der Sand knirscht unter den Füßen des Wanderers und bedeckt seine Schuhe mit Staub. Das sind nur Begleiterscheinungen jeder Vorwärtsbewegung. Und daß es sich um eine Vorwärtsbewegung handelt, um einen ununterbrochenen Aufstieg, das darzulegen, ist der Zweck dieses geschichtlichen Überblicks. Möge aus diesem Rückblick auf das Vergangene die werdende Frucht erkannt werden, möge daraus Mut und Zuversicht sprießen für die Millionen, die der Zeit des nahen Weltfriedens entgegenarbeiten.

VII.

Die Friedensbewegung und ihre Organe.

A. Institutionen, Gesellschaften, Stiftungen, Zentralstellen usw., die der Friedensidee dienen.

I. **Die Ansätze zur Weltorganisation**: Der Staatenverband der Haager Konferenzen. — Der Zweckverband für die internationale Verwaltung. — Die pan-amerikanische Union. — Der Staatenverband der mittelamerikanischen Republiken. — Die interparlamentarische Union.

II. **Nichtoffizielle Organisationen**: A. Internationale Zentralstellen, Institute, Organisationen usw.: Die Blochstiftung. — Die Stiftung Narcisse Thibault. — Der Friedenspreis der Nobelstiftung. — Das Nobelkomitee des norwegischen Storthings. — Das norwegische Nobelinstitut. — Carnegiestiftung für internationalen Frieden. — Institut de Droit international. — International Law Association. — Internationales Friedensbureau. — Internationales Friedensinstitut. — Zentralamt der internationalen Institutionen. — Conciliation Internationale. — Museum des Internationalismus. — Internationales Kriegs- und Friedensmuseum. — Internationales Sozialistisches Bureau. — Sozialistische Interparlamentarische Kommission. — Skandinavische Interparlamentarische Union. — Corda Fratres: Fédération international des Etudiants. — Ligue internationale des Pacifistes Catholiques. — Ligue internationale de Droit des peuples. — Office central des Nationalités. — Ligue internationale de la Paix et de la Liberté. — B. Die hervorragendsten Friedensorganisationen in den einzelnen Ländern: 1. Europa: Deutschland. — Österreich. — Schweiz. — Belgien. — Dänemark. — Frankreich. — Großbritannien. — Holland. — Italien. — Norwegen. — Rußland. — Schweden. — Ungarn. — 2. Amerika: Vereinigte Staaten. — Südamerika. — 3. Australien. — 4. Neuseeland. — 5. Japan.

I.

Die Ansätze zur Weltorganisation.

Es gibt bereits eine Anzahl von den Regierungen selbst geschaffener Einrichtungen, die, ausgesprochen oder unausgesprochener Weise, der Aufrechterhaltung des Friedens, der Verhinderung des Krieges oder der freundschaftlichen Regelung des normalen Nebeneinanderlebens dienen. Sie vertreten die Friedenspraxis gegenüber der mehr der Theorie und der Vorbereitung der Praxis dienenden privaten Organisationen. Oft zeigen sich derartige staatliche Einrichtungen noch als schwache Versuche. Aber bei näherer Betrachtung erkennt man die großen Zukunftswerte, die darin enthalten sind. Faßt man aber alle diese offiziellen Organisationen in ihrer Gesamtheit ins Auge, so läßt dies deutlich die Ansätze zur Weltorganisation erkennen.

Der Staatenverband der Haager Konferenzen.

Nach den Darlegungen Walter Schückings in seinem Buche »Der Staatenverband der Haager Konferenzen« handelt es sich bei den im Haag getroffenen Abkommen nicht lediglich um Vertragsabschlüsse, sondern um einen regelrechten Staatenverband, der die Keime eines Weltstaatenbundes in sich trägt.

Dieser Staatenverband wurde begründet durch die Haager Abkommen vom 29. Juli 1899 und erweitert durch die Abkommen vom 18. Oktober 1907. Er hat die Aufgabe, »in den Beziehungen zwischen den Staaten die Anrufung der Gewalt soweit wie möglich zu verhüten« (Art. I des Abk. zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle) und für die Sicherung des Friedens wie für die Führung des Krieges gemeinsame Maßnahmen zu treffen.

Der Staatenverband der Haager Konferenzen kommt zurzeit in 13 Abkommen zum Ausdruck, (siehe diese Tl. I. S. 245 u. f.), die von 44 Staaten abgeschlossen wurden.

Organe des Staatenverbandes.

I. Der ständige Schiedshof.

Verwaltungsrat.

Präsident ist der jeweilge holländische Minister des Äußern. Mitglieder sind die im Haag beglaubigten diplomatischen Vertreter der Haager Vertragsstaaten.

Mitglieder des Schiedshofes.

Der Hof besteht aus einer Liste von hervorragenden Juristen und Staatsmännern, von denen jeder Staat bis zu vier zu ernennen das Recht hat (ungef. 150 Personen). Art. 44 des Haager Abk. Für Deutschland wurden ernannt: Geh. Legationsrat Kriege, Geh. Regierungsrat v. Martitz, Geh. Justizrat Prof. Dr. v. Bar; für Österreich-Ungarn: Graf Albert Apponyi, Hofrat Prof. Lammasch, Geh. Rat Albert von Berzeviczy, Geh. Rat Ernst Freiherr von Plener. Für die Schweiz: Charles Eduard Lardy, Prof. Max Huber und Dr. Leo Weber. — Für die anderen Staaten vergleiche man die vom ständigen Bureau im Haag herausgegebene Liste. Siehe das Namensverzeichnis auch im Gothaischen Hofkalender unter »Internationale Vereinigungen und Einrichtungen«.

II. Das internationale Bureau des Schiedshofs.

Haag, Prinsengracht 71. Gen.-Sekretär: Baron Michiels van Verduynen. I. Sekretär: Dr. Jonkheer W. Roell. Der Umfang der Tätigkeit ist bestimmt durch Art. 15, 43, und 47 des Haager Abk. Im Jahre 1913 dürfte das Bureau in den im Bau befindlichen Schiedspalast übersiedeln. Die Kosten des Bureaus beliefen sich im Jahre 1911 auf 34 289,74 holländische Gulden (à 1,70 Mk.). Sie werden vom Staatenverband gemeinsam bestritten. Das Deutsche Reich trug dazu in den letzten Jahren durchschnittlich 4000 Mk. jährlich bei.

Das Bureau des Schiedshofs veröffentlicht: »Rapport du Conseil Administratif de la Cour Permanente d'Arbitrage sur les travaux de la Cour, sur le fonctionnement des services administratifs et sur les dépenses pendant l'année (1911 onzième Année).«

III. Vorbereitende Ausschüsse.

Die zweite Haager Konferenz hat den Wunsch geäußert, daß die dritte Konferenz zu einem bestimmten Zeitpunkte zusammentrete, und erklärte es für wünschenswert, daß zwei Jahre vor dem wahrscheinlichen Zusammentritt ein vorbereitender Ausschuß mit der Bearbeitung und Vorbereitung der der Konferenz vorzulegenden Fragen betraut werde. Dieser Ausschuß, der unzweifelhaft ein Organ des Staatenverbandes sein wird, ist (Sommer 1912) noch nicht ernannt. Hingegen haben einige Staaten bereits Ausschüsse eingesetzt die sich mit den Vorbereitungen zur dritten Konferenz zu befassen haben. Es hat viel Wahrscheinlichkeit, daß diese Ausschüsse, ähnlich wie die

panamerikanischen Ausschüsse in den verschiedenen amerikanischen Staaten (siehe diese unten) eine allgemeine und ständige Organisation werden dürften. Man kann die bereits bestehenden daher füglich schon als Organe des Staatenverbandes ansehen. Solche Ausschüsse sind von folgenden Staaten errichtet worden:

1. Dänemark (errichtet von der Interparlamentarischen Gruppe mit Unterstützung der Regierung): fünf Mitglieder. Frederick Bajer, Präsident; Hammerich, N. P. Jensen, Moltesen und P. Munch.

2. Frankreich: Spezialbureau im Ministerium des Auswärtigen mit der besonderen Aufgabe, sich mit den Haager Konferenzen und der Schiedsgerichtsbarkeit zu befassen. Direktor: Jarousse de Sillac.

3. Norwegen: Spezialkommission mit dem Auftrage, die Teilnahme Norwegens an der dritten internationalen Friedenskommission vorzubereiten.

4. Niederlande (ernannt von der Königin) M. de Beaufort, Präsident; Staatsminister Asser, Generalleutnant den Beer Portugael, van Eysingen, Loeff, und Admiral Roell.

5. Schweden (errichtet von der Regierung): von Hammarskjöld, Präsident; Ernst Beckman, O. A. H. Ewerlöf und I. Hellner.

(Über die Tätigkeit des Haager Hofes siehe umstehend die Tabelle auf S. 268).

Der Zweckverband für die Internationale Verwaltung.

Wenn in den Abkommen der Haager Konferenzen ein politisch-juristischer Verband der Staaten in seinem Entstehen zu erkennen ist, so kann man in einer Anzahl selbständiger Abkommen, die in vielen Fällen auch ständige internationale Einrichtungen (Bureaux, ständige Kommissionen usw.) begründeten, namentlich wenn man die Einzelhandlungen zusammenfaßt und von ihrer Gemeinsamkeitstendenz aus ins Auge nimmt, einen bereits weit entwickelten internationalen Zweckverband erkennen, in dem die Staaten sich zur gemeinsamen Regelung und Förderung gemeinsamer Interessen zusammengeschlossen haben. Noch fehlt diesem Zweckverband das Zentralorgan: die Weltzentralstelle für alle Verwaltungsangelegenheiten. Aber in den vorhandenen einzelnen internationalen Ämtern und Kommissionen sind die Vorläufer dieses Zentralorganes bereits vorhanden.

Übersicht über jene Fälle, die dem Haager Hof bis jetzt überwiesen wurden.

(Nach einer Zusammenstellung des Internationalen Bureaus des ständigen Schiedshofes.)

Nr.	Parteien	Fall	Datum des Kompromisses	Erste Sitzung	Schlußsitzung	Anzahl der Sitzungen	Datum der Entscheidung	Schiedsrichter[1])
1	Vereinigte Staaten von Amerika gegen Vereinigte Staaten von Mexiko	Kalifornische Kirchengüter.	22. Mai 1902	15. Sept. 1902	1. Okt. 1902	11	14. Okt. 1902	Matzen, Sir Edward Fry, Martens, Asser, de Savornin Lohmann.
2	Deutschland, Großbritannien und Italien gegen Venezuela (Belgien, Spanien, Vereinigte Staaten, Frankreich u. Niederlande)	Vorzugsrecht der Blockademächte.	7. Mai 1903	1. Okt. 1903	13. Nov. 1903	11	22. Febr. 1904	Muravieff, Lammasch, Martens.
3	Deutschland, Frankreich u. Großbritannien gegen Japan	Japanische Haussteuer.	23. Aug. 1903	21. Nov. 1904	15. Mai 1905	4	22. Mai 1905	Gram, Renault, Motono.
4	Frankreich gegen Großbritannien	Maskatschaluppen.	15. Okt. 1904	25. Juli 1905	2. Aug. 1905	4	8. Aug. 1905	Lammasch, Melville W. Fuller, de Savornin Lohmann.
5	Deutschland gegen Frankreich	Casablanca-Fall.	10. Nov. 1908	1. Mai 1909	17. Mai 1909	6	22. Mai 1909	de Hammarskjöld, Sir Edward Fry, Fusinato, Kriege, Renault.
6	Norwegen gegen Schweden[2])	Seegrenze.	14. März 1908	28. Aug. 1909	18. Okt. 1909	13	23. Okt. 1909	Loeff, Beichmann, de Hammarskjöld.
7	Vereinigte Staaten von Amerika gegen Großbritannien	Neufundland-Fischerei.	27. Jan. 1909	1. Juli 1910	12. Aug. 1912	41	7. Sept. 1910	Lammasch, de Savornin Lohmann, George Gray, Sir Charles Fitzpatrick, Drago.
8	Vereinigte Staaten von Amerika gegen Venezuela	Forderungen der Orinocogesellschaft.	13. Febr. 1909	28. Sept. 1910	19. Okt. 1910	—	25. Okt. 1910	Lammasch, Beernaert, de Quesada.
9	Frankreich gegen Großbritannien	Savarkar-Fall.	25. Okt. 1910	14. Febr. 1911	14. Febr. 1911	4	24. Febr. 1911	Beernaert, Renault, Lord Desart, Gram, de Savornin Lohmann.
10	Rußland gegen Türkei	Zinsen aus der Kriegsentschädigung.	22. Juli / 4. Aug. 1910	16. Febr. 1911	In Schwebe	—	—	Lardy, Baron Taube, Mandelstam, Herante Abro Bey, Reschid Bey.
11	Italien gegen Peru	Canevaro-Forderung.	25. April 1910	20. April 1912	In Schwebe	?	3. Mai 1912	Renault, Fusinato, Calderon.
12	Frankreich gegen Italien	Wegnahme der Schiffe Carthago, Manouba und Tavignano	—	—	—	—	—	de Hammarskjöld, Kriege, v. Taube, Renault, Fusinato.

[1]) Die Namen der Vorsitzenden sind gesperrt gedruckt.

[2]) Sondertribunal.

Der Zweckverband für internationale Verwaltung[1]) umfaßt folgende Abkommen:

(Die Zahl in Klammer bedeutet das Gründungsjahr. St. = Zahl der Vertragsstaaten. I. A. = Es besteht ein Internationales Amt oder eine internationale Kommission, Station usw.)

Verkehr: Weltpostunion (1874) 63 St. I. A. — Int. Union der Telegraphenverwaltungen (1865) 28 St. I. A. — Int. Verständigung über drahtlose Telegraphie (1906) 25 St. — Int. Vertr. zum Schutze der unterseeischen Kabeln (1884) 28 St. — Übereinkunft über den int. Eisenbahnfrachtenverkehr (1890) 12 St. I. A. — Int. Abk. f. technische Einheiten im Eisenbahnverkehr (1886) 16 St. — Int. Reglement der Seerouten (1889) 30 St. — Int. Verständigung über Seesignale (1864) 39 St. — Int. Verst. über die Erhaltung des Leuchtturmes am Kap Spartel (1865) 12 St. — Int. Donaukommission (1856). I. A. — Int. Abk. über die Schiffahrt am Kongo und Niger (1885) 16 St. — Int. Überwachungskommission am Pruth (18??) 3 St. — Int. Reglement der Schiffahrt auf der Schelde (1889) 26 St. — Int. Abk. über die Neutralisierung des Suezkanals (1888) 17 St. — Int. Abk. über den Personen- und Gütertransport auf Eisenbahnen (1911) 13 St.

Handel: Int. Union für Veröffentlichung der Zolltarife (1890) 44 St. I. A. — Int. Zuckerkonvention (1902) 12 St. I. A. — Lateinische Münzkonvention (1865) 8 St. — Skandinavische Münzunion (1873) 3 St. — Int. Meterkonvention (1875) 23 St. I. A. — Int. Kommission für Verwaltung der Ottomanschuld (1878) 5 St. I. A. — Int. Überwachung der Finanzverwaltung von Ägypten (1880) 5 St. I. A. — Int. Finanzkommission in Athen (1897) 6 St. I. A.

Rechtsverkehr[2]): Int. Verständigung über zivilprozessuale Maßnahmen (1896) 15 St. — Int. Verständigung über Eheschließung, Scheidung, Vormundschaft usw. (1902) 12 St. — Int. Union für den Schutz des industriellen Eigentums (1883) 19 St. I. A. — Int. Union zur Bekämpfung falscher Ursprungsangaben (1891) 7 St. — Int. Union für Schutz der Handelsmarken (1891) 9 St. — Int. Union für den Schutz des geistigen Eigentums (1886) 14 St. I. A. — Int. Verständigung über gemischte Gerichte in der Türkei (1896) 7 St. — Int. Verständigung über gemischte Gerichte in Ägypten (1875) 16 St. — Konvention zur Einführung eines einheitlichen Wechselrechts (v. 15. Juli 1912) z. Zt. 20 St.

Polizei: Int. Abk. über die Fischereipolizei in der Nordsee (1887) 6 St. — Int. Abk. über die Beschränkung des Branntweinhandels in der Nordsee (1887) 6 St. — Int. Abk. über die Beschränkung des Branntweinhandels in Afrika (1890) 19 St. — Int. Verständigung zur Bekämpfung der Cholera in Ägypten (1892) 14 St. I. A. — Int. Verständigung zur Bekämpfung der Cholera in ihren Heimatsgebieten (1894) 15 St. I. A. — Int. Verständigung zur Bekämpfung der Pest (1897) 15 St. I. A. — Int. Verständigung zur Unterdrückung des Sklavenhandels in Afrika (1890) 19 St. I. A. — Int. Verständigung zur Unterdrückung des Mädchenhandels (1902) 14 St.

Wissenschaft: Int. geodätische Gesellschaft (1864) 20 St. I. A. — Int. Gesellschaft f. Erdbebenforschung (1903) 19 St. I. A. — Int. ständiger Rat für Meeresforschung (1902) 8 St. I. A. — Int. Union zwecks Austausch offizieller Dokumente (1886) 15 St. — Int. Vereinigung zur Vereinheitlichung aktiver Medikamente (1902) 6 St. — Int. Kommission für Straf- und Gefängniswesen (1878) 15 St.

---

[1]) Siehe auch oben im ersten Teil S. 121 u. f.

[2]) Siehe auch die Abkommen des Staatenverbandes der Haager Konferenzen des pan-amerikanischen und des zentralamerikanischen Staatenverbandes.

Sozialpolitik: Int. Übereinkommen über die Nachtarbeit der Frauen (1906) 13 St. — Int. Übereinkommen über das Verbot des gelben Phosphors (1906) 13 St.

Landwirtschaft: Int. Landwirtschaftliches Institut (1905) 50 St. I. A. — Int. Vereinbarung über den Schutz nützlicher Vögel (1902) 10 St. — Int. Vereinbarung gegen die Verbreitung der Reblaus (1878) 9 St. — Int. Vereinbarung zum Schutz der afrikanischen Tierwelt (1900) 6 St. — Int. Vereinbarung zum Schutz der Robben im Behringsmeer (1883) 5 St.

Organe des internationalen Zweckverbandes.

Internationale Ämter:

Bureau des Weltpostvereins in Bern.
Int. Telegraphenbureau in Bern.
Int. Bureau für Eisenbahntransporte in Bern.
Int. Bureau für die Veröffentlichung der Zolltarife in Brüssel.
Ständiges Bureau der internationalen Zuckerkommission in Brüssel.
Int. Maß- und Gewichtsbureau in Sèvres.
Int. Bureau für das industrielle Eigentum in Bern.
Int. Bureau für literarisches Eigentum in Bern.
Int. Sanitätsamt in Paris.
Int. Bureau zur Bekämpfung des Sklavenhandels in Brüssel.
Int. Maritimes Bureau zur Bekämpfung des Sklavenhandels in Sansibar.
Int. Zentralbureau für Erdmessung in Potsdam.
Int. Zentralbureau für Erdbebenforschung zu Straßburg.
Int. Bureau für Meeresforschung in Kopenhagen.
Int. Landwirtschaftliches Institut in Rom.

Internationale Kommissionen:

Int. Donaukommission in Galatz.
Int. Staatsschuldenkommission in Konstantinopel.
Int. Finanzkommission in Alexandrien.
Int. Finanzkommission in Athen.
Oberster int. Gesundheitsrat in Konstantinopel.
Conseil sanitaire maritime et quarantenaire in Alexandrien.
Int. Sanitätsstationen im Roten Meer und im persischen Golf.
Int. Gesundheitsamt in Tanger.

Die pan-amerikanische Union.

Sämtliche selbständigen Staaten des amerikanischen Erdteiles — 21 an der Zahl — sind durch die pan-amerikanischen Konferenzen zu einem Zweckverband vereinigt, dessen Aufgabe es ist, die gemeinsamen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und wissenschaftlichen Interessen zu regeln und den zwischen-

staatlichen Verkehr zu fördern. Dieser Verband wurde durch die im Jahre 1889 in Washington abgehaltene erste pan-amerikanische Konferenz begründet. Es folgte 1901 die zweite zu Mexiko, 1906 zu Rio de Janeiro die dritte, 1910 zu Buenos-Ayres die vierte Konferenz.

Organe der pan-amerikanischen Union.

I. Das pan-amerikanische Bureau in Washington (seit 1910 trägt das Bureau die offizielle Bezeichnung »Pan-Amerikanische Union«).

Dieses Bureau wurde auf der Konferenz von 1889—1890 als »Handelsbureau der amerikanischen Republiken« begründet. Mit der Zeit hat es sich zu einem Zentralpunkt des wirtschaftlichen und sozialen Lebens der amerikanischen Staaten entwickelt. Es dient als Auskunfts- und Nachrichtenbureau über alle Angelegenheiten des Handels, des Rechts, des Verkehrs, der Sozialpolitik und der wirtschaftlichen Einrichtungen. Es regt den Austausch von Gütern, Menschen und Ideen an und bereitet die pan-amerikanischen Konferenzen vor, deren Archive es bewahrt.

Das Bureau untersteht einem Verwaltungsrat, der sich aus den in Washington beglaubigten Vertretern aller amerikanischen Republiken zusammensetzt. Den Vorsitz führt der Staatssekretär der Vereinigten Staaten. Die Leitung untersteht dem Generaldirektor John Barrett, dem ein Hilfsdirektor, Francisco I. Yanes, zur Seite steht. Seit 1910 befindet sich das Bureau in dem von Carnegie gestifteten Palast in Washington C. D. 2, Jackson place. Es wird aus Beiträgen aller amerikanischen Republiken erhalten, die 1910 ungefähr 120 000 Mk. betrugen. Das Bureau veröffentlicht ein monatlich in drei Sprachen erscheinendes »Bulletin«.

II. Die pan-amerikanischen Ausschüsse.

Auf der dritten pan-amerikanischen Konferenz wurde beschlossen, in jeder amerikanischen Republik einen ständigen Ausschuß zu errichten, der mit der Fortführung aller amerikanischen Arbeiten zu betrauen ist. Diese Ausschüsse haben das Bureau der amerikanischen Republiken bei der Fortführung des Konferenzwerkes zu unterstützen.

III. Die pan-amerikanischen Ämter.

Amerikanisches Bureau für den Schutz des geistigen Eigentums in Havannah und Rio de Janeiro.

Amerikanisches Gesundheitsamt in Washington und Montevideo.

Der Staatenverband der mittelamerikanischen Republiken.

Begründet durch Vertrag zu Washington vom 20. Dezember 1907 zwischen den fünf mittelamerikanischen Republiken: Kostarika, Honduras, Salvador, Nikaragua und Guatemala. Der Verband ist durch acht Abkommen begründet, die wichtige Materien des normalen Nebeneinanderlebens regeln, ständige Staatenkonferenzen und die Einrichtung eines mittelamerikanischen Bureaus und eines ständigen Schiedshofes vorsehen.

Organe des mittelamerikanischen Staatenverbandes.

I. Der ständige Schiedshof.

Begründet durch Abkommen von 1907. Errichtet zu Cartago (Costa Rika). Eröffnet am 25. Mai 1908. Andrew Carnegie hat für die Errichtung eines Palastes 100 000 Dollar gestiftet und diese Summe neuerlich zur Verfügung gestellt, als das Gebäude durch ein Erdbeben vernichtet wurde.

Präsident: José Astua Aguilar. Sekretär Ernest Martin. Der Schiedshof veröffentlicht seit 1911: »Anales de la Corte de Justicia Centro-americana».

II. Das Bureau des mittelamerikanischen Staatenverbandes.

Begründet durch Abkommen von 1907. Errichtet am 15. September 1908 in Guatemala.

III. Die mittelamerikanischen Konferenzen.

Eingeführt durch Vertrag von 1907 mit dem Zwecke, die Handels- und Verkehrsangelegenheiten der fünf zentralamerikanischen Staaten zu regeln. Die I. Konferenz wurde am 1. Januar 1909 zu Tegucigalpa, die zweite 1910 zu Salvador abgehalten.

Die interparlamentarische Union.

Es könnte der Einwand erhoben werden, daß die »Interparlamentarische Union« nicht unter die Friedensorganisationen der Regierungen einzureihen ist. Dies dürfte aber nur zum Teil richtig sein. Die Parlamente sind Glieder der Regierungen. Eine Vereinigung von Parlamentsmitgliedern ist daher — wenigstens teilweise — eine Regierungsvereinigung. Allerdings trifft es zu, daß die Mitglieder der interparlamentarischen Union nicht im Auftrage ihrer Parlamente, sondern als Private an den interparlamentarischen Konferenzen teilnehmen: aber gerade diese Frage soll in kürzester Zeit gelöst werden, da die Union beabsichtigt, es dahin zu bringen, daß die Teilnehmer an den Konferenzen künftig als Vertreter ihres Parlaments er-

scheinen und stimmen sollen. Hierzu kommt, daß seit 1910 die Mehrzahl der Regierungen die Union durch Beiträge offiziell unterstützt. Da der ganzen Einrichtung der Gedanke innewohnt, allmählich daraus eine Art internationales Parlament oder internationalen Rat zu entwickeln, so haben wir es hier mit einem Grenzfall zu tun, der es uns in Erwägung aller Momente wohl gestattet, die Interparlamentarische Union unter jenen Organisationen aufzuführen, die sich als »Ansätze zur Weltorganisation« kennzeichnen.

Über die Gründung und Geschichte der Union sei auf die ausführliche Darlegung im geschichtlichen Teil des »Handbuch« verwiesen.

Der Zweck der I.U. liegt nach dem I. Artikel ihrer Statuten darin, »die in nationalen Gruppen konstituierten Mitglieder aller Parlamente zu gemeinsamer Betätigung zu vereinigen, um in ihren diesbezüglichen Staaten, sei es auf dem Wege der Gesetzgebung, sei es durch internationale Verträge, den Grundsatz zur Anerkennung zu bringen, daß die Streitigkeiten zwischen den Völkern der Schiedsgerichtsbarkeit unterbreitet werden, wie auch andere Fragen des internationalen öffentlichen Rechts zu behandeln«[1]).

Sitz der I. U. ist Brüssel. Als Mitglieder einer nationalen Gruppe werden zugelassen: 1. die Mitglieder des Landesparlaments; 2. die ehemaligen Mitglieder des interparlamentarischen Rats; 3. ehemalige Parlamentarier von hervorragenden Verdiensten.

Die I. U. besitzt nach dem »Annuaire de l'Union Interparlamentaire« von 1912 3640 Mitglieder in 21 Parlamenten (davon 106 ehemalige Parlamentarier). Die Verteilung der Mitgliederzahl ist aus nachstehender Tabelle, die den Stand der nationalen Gruppen im Jahre 1912 wiedergibt, ersichtlich.

(Tabelle siehe S. 274 und 275.)

Die Organe der interparlamentarischen Union.

I. Die interparlamentarischen Konferenzen.

Die I. K. finden in der Regel alljährlich statt. Über die bis 1912 abgehaltenen 17 Konferenzen vergleiche die ausführlichen Angaben im geschichtlichen Teil.

[1]) Auf ihrer Genfer Tagung (1912) hat die Union den Umfang ihrer Betätigung auch auf andere Methoden friedlicher Verständigung und des Privatrechts ausgedehnt.

Lfd. Nr.	Nationale Gruppen	Gesamtzahl der Parlamentarier	Anzahl der Gruppenmitglieder	Gesamtsumme
1	Deutschland	Reichstag: 397 Landtage: . . .	Mitglieder des Reichstags: 67 Mitglieder der Landtage: 77 Ehemalige Parlamentarier: 13	157
2	Amerika (Vereinigte Staaten)	Senat: 92 Repräsentantenhaus: 393	Senat: 32 Repräsentantenhaus: 239 Ehemalige Parlamentarier: 1	272
3	Österreich	Herrenhaus: 272 Abgeordnetenhaus: 516	Herrenhaus: 16 Abgeordnetenhaus: 100 Ehemalige Parlamentarier: 5	121
4	Belgien	Senat: 110 Repräsentantenkammer: 166	Senat: 89 Kammer: 125 Ehemalige Parlamentarier: 5	219
5	Dänemark	Landsting: 66 Folketing: 114	Landsting: 60 Folketing: 113 Ehemalige Parlamentarier: 6	179
6	Spanien	Senat: 360 Congreß: 404	Senat: 16 Congreß: 46	62
7	Frankreich	Senat: 300 Deputiertenkammer: 584	Senat: 168 Deputiertenkammer: 343 Ehemalige Parlamentarier: 5	516
8	Großbritannien	Haus der Lords: 618 Haus der Gemeinen: 670	Haus der Lords: 19 Haus der Gemeinen: 197 Ehemalige Parlamentarier: 12	228
9	Griechenland	—	—	16
10	Ungarn	Magnatenkammer: 329 Deputiertenkammer: 453	Magnatenkammer: 39 Deputiertenkammer: 197 Ehemalige Parlamentarier: 6	242
11	Italien	Senat: 375 Deputiertenkammer: 508	Senat: 52 Deputiertenkammer: 185 Ehemalige Parlamentarier: 10	247
12	Japan	Pairskammer: 380 Repräsentantenkammer: 379	Repräsentantenkammer: 379	379
13	Norwegen	Storthing: 123	Storthing: 123 Minister, die als Deputierte gewählt sind: 4 Ehemalige Parlamentarier: 17	144
14	Niederlande	Erste Kammer: 50 Zweite Kammer: 100	Erste Kammer: 34 Zweite Kammer: 71 Ehemalige Parlamentarier: 3	108
15	Portugal	Senat: 71 Deputiertenkammer: 151	Senat: 44 Deputiertenkammer: 95 Ehemalige Parlamentarier: 11	150

Lfd. Nr.	Nationale Gruppen	Gesamtzahl der Parlamentarier	Anzahl der Gruppenmitglieder	Gesamtsumme
16	Rumänien	Senat: 120 Deputiertenkammer: 183	Senat: 5 Deputiertenkammer: 10 Ehemalige Parlamentarier: 5	20
17	Rußland	Reichsrat: 200 Duma: 442	Reichsrat: 25 Duma: 116	141
18	Serbien	Skuptschina: 160	Skuptschina: 21	21
19	Schweden	Erste Kammer: 150 Zweite Kammer: 230	Erste Kammer: 81 Zweite Kammer: 193 Ehemalige Parlamentarier: 7	281
20	Schweiz	Staatsrat: 44 Nationalrat: 187	Staatsrat: 5 Nationalrat: 64	69
21	Türkei	Senat: 53 Deputiertenkammer: 275	Senat: 14 Kammer: 55	69

II. Der interparlamentarische Rat.

Der I. R. setzt sich aus je zwei Mitgliedern einer jeden nationalen Gruppe zusammen. Gegenwärtig besteht der I. R. aus folgenden Persönlichkeiten:

Präsident: Staatsminister A. Beernaert in Brüssel (†). — Mitglieder: Deutschland: Prof. Richard Eickhoff, Dr. Hauptmann. — Vereinigte Staaten: Richard Bartholdt, Theodor Burton. — Österreich: Freiherr Ernst v. Plener, Ritter von Roszkowski. — Belgien: Staatsminister A. Beernaert (†), A. Houzeau de Lehaie. — Dänemark: Fredrik Bajer, Dr. Moltesen. — Spanien: Don Segismundo Moret, Don Eduardo Dato. — Frankreich: Baron d'Estournelles de Constant, Graf de la Batut. — Großbritannien: Lord Weardale, V. Duncan Pirie. — Griechenland: R. Mavromichalis, G. Baltazzi. — Ungarn: Graf Albert Apponyi, Edmond de Miklos. — Italien: Graf C. A. de Sonnaz, Marquis Carlo Compans. — Japan: Watanabe, Miyako. — Norwegen: H. Horst, F. Michelet. — Niederlande: M. Tydemann, Van der Does de Villebois. — Portugal: Magelhaes Lima, Graf de Penha Garcia. — Rumänien: C. G. Dissesco, Alexander Constantinesco. — Rußland: Jean Efremoff, Maxime Kowalewsky. — Serbien: L. Stoyanowitsch, Dr. V. Marinkowitsch. — Schweden: Ernest Beckman, Eduard Wavrinsky. — Schweiz: Dr. Albert Gobat, Scherrer-Füllemann. — Türkei: Suleiman Bustani

Effendi, Achmed Nessimi Bey. — Ehrenmitglieder: Fréd. Passy (†), E. N. Rahusen, Baron Descamps-David, John Lund, Armand Fallières, Prinz Schoenaich-Carolath, Emile Labiche.

III. Das interparlamentarische Bureau.

Die Aufgaben des Bureaus sind bestimmt durch Artikel 17 der Statuten. Es wird geleitet durch einen Exekutiv-Ausschuß des interparlamentarischen Rats, dem der Präsident des Rates und vier Mitglieder angehören, und durch den General-Sekretär, Ch. L. Lange in Brüssel-Uccle, 251 Avenue de Longchamps.

Das Budget der Union umfaßte für 1911 an Ausgaben: Frcs. 83 358.24, und ist für 1912 mit Frcs. 65 000.— veranschlagt.

Die Subvention der Staaten belief sich 1911 auf Frcs. 60 581.80, und zwar überwiesen:

Die Regierungen von:

	Francs
Deutschland	6 195.—
Amerika (Vereinigte Staaten)	12 942.30
Österreich	3 108.91
Belgien	2 000.—
Dänemark	1 017.42
Spanien	4 000.—
Frankreich	7 000.—
Großbritannien	7 575.—
Griechenland	500.—
Ungarn	3 150.—
Italien	3 000.—
Norwegen	1 045.69
Portugal	2 000.—
Rumänien	2 000.—
Serbien	1 000.—
Schweden	1 047.48
Türkei	3 000.—

(Der Beitrag Portugals gilt für zwei Jahre. Die russische Gruppe hat mitgeteilt, daß die Regierung im Jahre 1913 Frcs. 6660.— auf ihr Budget stellen wird.)

Das Bureau veröffentlicht: »Documents Interparlementaires« und das »Annuaire de l'Union Interparlementaire«.

II.

Nichtoffizielle Organisationen.

A. Internationale Zentralstellen, Institute, Organisationen usw.

Die Blochstiftung.

Johann von Bloch stiftete durch Testament, das im Jahre 1902 zur Ausführung kam, 50 000 Rubel für die Propaganda seiner Ideen. Er traf die Bestimmung, daß das Geld in zehn Jahren aufgebraucht sein müsse. Das ständige Komitee des internationalen Friedensbureaus ist unter der Kontrolle der Berner Staatsbehörde mit der Verwaltung des Fonds betraut worden. Ein Teil des Fonds, der für Propaganda durch Broschüren und Vorträge Verwendung fand, ist zum Neubau des Luzerner Kriegs- und Friedensmuseums verwendet worden.

Die Stiftung Thibault.

Der am 19. Februar 1902 zu Paris verstorbene Maler Narcisse Thibault hinterließ sein gesamtes Vermögen dem englischen Pazifisten Hodgson Pratt unter der Bedingung, daß dieser das Geld für die Friedenssache und zwar ausschließlich auf dem Kontinent verwende. Nach langwierigen Anfechtungsprozessen seitens der Erben, die zum Teil obsiegten, zum andern Teil sich zu einem Vergleiche herbeiließen, kamen Frcs. 194 200 zur Verfügung, die einen ungefähren Jahresbetrag von Frcs. 8000 abwerfen. Nach dem Tode Pratts übernahm nach dessen Testament Jacques Dumas in Versailles die Verwaltung der Stiftung, die er im Verein mit einem von ihm berufenen Komitee durchführt. Diesem Komitee gehören an: d'Estournelles de Constant, Henri La Fontaine, Felix Moscheles, J. F. Green, André Weiß, Charles Gide, J. Lagorgette und Charles Richet.

Der Friedenspreis der Nobelstiftung.

Begründet durch das am 27. November 1895 abgefaßte Testament Alfred Bernhard Nobels (geb. 21. X. 1833, gest. 10. XII. 1895), des bekannten Dynamiterfinders. Darin heißt es: «Über den ganzen Rest meines realisierbaren Vermögens, das ich bei meinem Tode hinterlasse, wird folgendermaßen verfügt: Das durch meine Testamentexekutoren in sicheren Werten angelegte Kapital wird einen Fonds bilden, dessen Zinsen jährlich als Belohnung an jene verteilt werden, die im verflossenen Jahre der Menschheit die größten Dienste

geleistet haben werden. Die Summe wird in fünf gleiche Teile zerlegt, von denen ein Teil jenem zufällt, der auf dem Gebiete der Physik die bedeutendste Entdeckung oder Erfindung gemacht haben wird, ein anderer Teil jenem, der in der Chemie die bedeutendsten Entdeckungen gemacht oder die beste Vervollkommnung erreicht haben wird, der dritte Teil dem Urheber der bedeutendsten Entdeckung auf dem Gebiete der Medizin oder Physiologie, der vierte Teil demjenigen, der das im idealistischen Sinne bemerkenswerteste Werk hervorgebracht haben wird, und schließlich der fünfte Teil demjenigen, der das Meiste oder das Beste für das Werk der Völkerverbrüderung, für die Beseitigung oder Verminderung der stehenden Heere sowie für die Bildung und Verbreitung von Friedenskongressen getan haben wird.«

Die Stiftung trat am 1. Januar 1901 in Kraft. Die erste Preisverteilung fand am 10. Dezember 1901 statt.

Die Träger des Friedenspreises.

1901. Fréd. Passy und Henri Dunant.
1902. Elie Ducommun und A. Gobat.
1903. Randal Cremer.
1904. Institut de Droit International.
1905. Baronin Bertha von Suttner.
1906. Theodor Roosevelt.
1907. E. T. Moneta und L. Renault.
1908. Fred. Bajer und K. P. Arnoldson.
1909. d'Estournelles de Constant und A. Beernaert.
1910. Internationales Friedensbureau.
1911. T. M. C. Asser und Alfred H. Fried.

Das Nobelkomitee des norwegischen Storthing.

Laut den Bestimmungen des Testaments soll die Zuerteilung des Friedenspreises »durch eine aus fünf Mitgliedern bestehende, vom norwegischen Storthing erwählte Kommission« erfolgen.

Sitz dieser Kommission ist Christiania, Drammensvei 19.

Mitglieder: Präsident: I. Loevland, früherer Präsident des Ministerrats, ehem. Minister des Auswärtigen; Vizepräsident: John Lund, ehem. Präsident des Lagthings; C. Berner, Präsident des Storthings; H. Horst, früherer Präsident des Lagthings, F. Hagerup, früherer Präsident des Ministerrats, gegenwärtig Gesandter in Kopenhagen, Brüssel und im Haag.

Sekretär: Dr. Ragnvald Moe.

Ergänzungsmitglieder: I. C. Knudsen, ehem. Deputierter; Dr. N. Gjelsvik, Prof. an der Universität Christiania; I. C. Brandt, ehem. Deputierter.

Vorschlagberechtigt sind: 1. Die Mitglieder und ehemaligen Mitglieder des Nobelkomitees des norwegischen Parlaments und die dem norwegischen Nobelinstitut beigegebenen Räte. 2. Die Mitglieder der gesetzgebenden Versammlungen und der Regierungen der verschiedenen Staaten, ebenso die Mitglieder der interparlamentarischen Union. 3. Die Mitglieder des ständigen Schiedshofes im Haag. 4. Die Mitglieder der Kommission des Internationalen Friedensbureaus in Bern. 5. Die Mitglieder und Associés des Institut de droit international. 6. Die Professoren der Rechts- und politischen Wissenschaft, der Geschichte und der Philosophie an den Universitäten. 7. Jene Personen, die den Friedens-Nobelpreis bereits erhalten haben.

Das norwegische Nobelinstitut.

Errichtet auf Grund des Art. 11 der Statuten der Nobelstiftung am 1. Januar 1904. Sitz: Christiania, Drammensvei 19. Es steht unter der Leitung des Nobelkomitees und hat die Aufgabe, »sich über die internationalen Beziehungen auf dem laufenden zu halten, namentlich über die Bemühungen für deren friedliche Beilegung, um dem Nobelkomitee für die Preisverteilung vorher seinen Rat geben zu können«. Das Institut hat aber auch die Aufgabe, direkt für die Annäherung der Völker, für die Entwicklung der friedlichen Beziehungen zu arbeiten. Seit 1912 erscheinen als »Publication de l'Institut Nobel Norvegien« wissenschaftliche Werke, die hervorragende Völkerrechtsgelehrte zu Verfassern haben. Das Institut unterhält eine große Bibliothek für alle die Friedensfrage berührenden Materien.

Als wissenschaftliche Beiräte fungieren:

Für internationales Recht: Dr. N. Gjelsvik, Professor an der Universität Christiania, Mikael H. Lie, Dozent an der Universität Christiania.

Für politische Geschichte: Dr. Halvdan Koht, Professor an der Universität Christiania.

Für politische Ökonomie: Ebbe Hertzberg, ehem. Professor d. polit. Ökonomie, jetzt Direktor des Nationalarchivs. K. V. Hammer, Archivar im Ministerium des Äußern.

Für die Geschichte der Friedensbewegung: Chr. L. Lange, Generalsekretär der Interparl. Union.

Carnegiestiftung für internationalen Frieden. (Carnegie Endowment or international peace.)

Begründet am 14. Dezember 1910, an welchem Tage Andrew Carnegie eine Stiftung von 10 Millionen Dollar in fünfprozentigen Pfandbriefen, die einen Wert von 11½ Millionen Dollar darstellen, in die Hände seiner Kuratoren niederlegte, mit der Bestimmung, daß die Zinsen jenes Betrages — wie es im Stiftungsbrief heißt — verwendet werden sollen, »um die Abschaffung des internationalen Krieges — dieses häßlichsten Fleckens unserer Zivilisation — zu beschleunigen«.

Sitz: Washington, D. C. 2 Jackson place.

An der Spitze steht ein Kuratorium von 28 »Trustees« mit Senator Elihu Root als Präsidenten, Joseph H. Choate als Vizepräsidenten und James Brown Scott als Sekretär.

Der Exekutivausschuß besteht aus Elihu Root, Vorsitzender, James Brown Scott, Sekretär, und den Herren Nicholas Murray Butler, Austen G. Fox, Andrew J. Montague, Henry H. Pritchett und Charlemagne Tower.

Die Stiftung veröffentlicht ein »Jahrbuch«.

Zur zweckmäßigen Durchführung der Arbeiten sind drei Abteilungen errichtet worden:

I. Abteilung: für Propaganda und Erziehung.

Sitz: New-York City, 407 West 117th Street.

Direktor: Nicholas Murray Butler.

Direktor-Assistent: Henry J. Haskell.

Korrespondenten in London, Berlin, Wien und Tokio.

Europäische Organisation der I. Abteilung.

Advisory Council: Das A. C. besteht aus ungefähr fünfzig hervorragenden Persönlichkeiten Europas und Ostasiens, die in der Friedensbewegung — diese im weitesten Sinne verstanden — eine Rolle spielen. Präsident des A. C.: Baron D'Estournelles de Constant.

Europäisches Bureau: Sitz Paris, 24 rue Pierre Curie.

Generalsekretär: Jules Jean Prudhommeaux, Sekretär: Jules Louis Puech. Dem Bureau sind 17 Korrespondenten angeschlossen.

Propaganda-Agentien der I. Abteilung: American Peace Society, Washington. — American Association for int. Conciliation, New-York. — Le Bureau int. de la Paix, Berne. — l'Office central des Associations internationales.

II. Abteilung: für Wirtschaftslehre und Geschichte.

Sitz: New-York City, 407 West 117th Street.

Direktor: John Bates Clark.

Es besteht ein aus 17 hervorragenden Nationalökonomen und Historikern gebildetes internationales Studienkomitee.

III. Abteilung: für Völkerrecht.

Sitz: Washington D. C. 2, Jackson place.

Direktor: James Brown Scott.

Ständiger Rat der Abteilung für Völkerrecht ist das »Institut de droit international«, das auf seiner Tagung zu Christiania (1912) ein engeres internationales Komitee eingesetzt hat, das berufen ist, die Verbindung des Instituts mit der III. Abteilung der Carnegiestiftung aufrechtzuerhalten.

Institut de droit international.

Sitz: Gent, 11 rue Savaen.

Gegründet zu Gent auf Anregung des Amerikaners Lieber und des Schweizers Monnier durch Gustav Rolin-Jacquemins unter Mitwirkung hervorragender Völkerrechtsjuristen (siehe oben Teil II, S. 82 u. f.). Aufgabe des Instituts ist die Fortbildung des Völkerrechts, Anstrebung einer Vorbereitung seiner Kodifizierung. Es hat an der Aufrechterhaltung des Friedens und an der Beobachtung der Kriegsgesetze mitzuarbeiten, die Schwierigkeiten, die sich bei der Anwendung des internationalen Rechts ergeben, zu prüfen und durch Veröffentlichungen und andere Mittel zu dem Triumphe der Gerechtigkeit und der Humanität beizutragen.

Das Institut besteht aus höchstens 60 Mitgliedern und 60 »Associés«. Es hält alljährlich Kongresse ab und veröffentlicht eine »Revue« und ein »Annuaire«. Der erste Kongreß fand 1873 in Gent statt, der 26. 1911 in Madrid, der 27. 1912 in Christiania.

Für den Zeitraum zwischen zwei Kongressen wird das Institut durch ein alljährlich neugewähltes ständiges Komitee vertreten. Der ständige Generalsekretär ist Alberic Rolin mit dem Sitz in Gent.

International Law Association.

Sitz: London E. C. 1, Mitre Court Buildings, Temple.

Begründet zu Brüssel 1873 unter der Bezeichnung »Gesellschaft für die Reform und Kodifikation des Völkerrechts«. Die I. L. A. betreibt ebenfalls die Pflege des internationalen Rechts. Vom Institut de droit international unterscheidet sie sich vornehmlich dadurch, daß sie Praktiker in ihren Reihen hat, wie Schiffsreeder, Advokaten, Kaufleute usw. Dementsprechend

widmet sie der Ausbildung der internationalen Rechtspraxis ihr besonderes Augenmerk. Auf allen ihren Kongressen, deren sie seit 1873 bereits 28 abgehalten hat (der letzte 1912 in Paris), räumte sie der Schiedsgerichtsbarkeit einen besonderen Platz ein. Jährliche Veröffentlichung des Konferenzberichts.

Die Leitung ist einem Rat von 60 Mitgliedern anvertraut und einem Bureau, als dessen Präsident Walter G. F. Phillimore fungiert.

Internationales Friedensbureau.

Sitz: Bern, Kanonenweg 12.

Das I.F.B. ist auf Anregung und Betreiben von Fredrik Bajer durch einen Beschluß des III. Weltfriedenskongresses (Rom 1891) begründet und 1892 in Bern errichtet worden. Es hat die Aufgabe, Beziehungen der Einrichtungen, Gesellschaften und Personen, die am Friedenswerk arbeiten, untereinander zu erleichtern, mit Auskünften zu dienen, die Friedenskongresse vorzubereiten, ihre Beschlüsse auszuführen, ein Archiv und eine Bibliothek zu unterhalten. Bis zum Schluß des Jahres 1911 veröffentlichte das Bureau die «Correspondance bi-mensuelle«. Das Jahresbudget war bis 1910 gering. Es überstieg selten Frcs. 9000.— und setzte sich aus den Beiträgen der Friedensgesellschaften zusammen, wie aus den Subventionen, die die Regierungen der Schweiz (seit 1894 Frcs. 1000.—), Norwegen (seit 1897 Frcs. 700.—), Schweden (seit 1902 Frcs. 1035.—) alljährlich gewähren. Die Regierung von Dänemark hat eine einmalige Subvention von Frcs. 2758.62 gegeben. Im Jahre 1910 erhielt das Bureau den Nobelpreis und bezieht seit 1912 eine namhafte jährliche Subvention der Carnegiestiftung. Dadurch hat sich die Wirksamkeit dieser Zentralstelle des Pazifismus bedeutend gehoben. Nach dem 1906 erfolgten Tode Elie Ducommuns, des ersten Sekretärs, dessen unausgesetzter Arbeit das Bureau seine Stellung zu verdanken hat, übernahm Dr. A. Gobat das Sekretariat, zuerst provisorisch, dann endgültig und nunmehr als Direktor des Instituts. Das Bureau veröffentlicht jetzt ein einmal monatlich in deutscher, französischer und englischer Sprache erscheinendes Organ »Die Friedensbewegung«. Die Leitung der Geschäfte ruht in den Händen einer 35gliedrigen internationalen Kommission.

Direktor: Dr. A. Gobat.

Gen.-Sekretär: Henri Golay.

Ständiger Ausschuß: Dr. G. Bovet, Dr. Carrière, Robert Comtesse.

Die internationale Kommission:

Präsident: Henri Lafontaine, Senator, Brüssel, Square Vergote 9.

Vizepräsident: Emile Arnaud, Luzarche (Seine et Oise), Frankreich.

Ehrenpräsidenten: Fredrik Bajer, Kopenhagen, Korsgade 56, Baronin Bertha von Suttner, Wien I, Zedlitzgasse 7.

Kommissionsmitglieder: I. G. Alexander, 3, Mayfield Road, Tunbridge Wells, Kent. — Fannie Fern Andrews, Sekretärin der American School Peace League, 405 Marlborough Street, Boston, Mass. U.S.A. — Dr. Baart de la Faille, Koninginnegracht 86, Haag, Holland. — Baron Carl Carlsson Bonde, Schloß Ericsberg bei Katarineholm, Schweden. — Dr. G. Bovet, Bern, Speichergasse 12. — Dr. F. Bucher-Heller, Luzern, Adligenschwylerstraße 20. — Dr. Carrière, Adjunkt des Bundes-Sanitätsamt, Bern. — Robert Comtesse, ehem. Bundespräsident, Bern. — Frau Angela Oliveira Cesar de Costa, Buenos-Aires, rue Sta-Fé 1105, Südamerika. — Dr. W. Evans Darby, Sekretär der »Peace Society« 47, New Broad Street, London E. C. — Professor Dutton, Columbia Universität, New-York. — A. H. Fried, Schriftsteller, Wien IX/2, Widerhofergasse 5. — Dr. Giretti, Bricherasio bei Torre Pellice, Italien. — Dr. A. Gobat, Bern, Schweiz. — J. F. Green, Sekretär der »International Arbitration and Peace Association«, 40 Outer Temple, Strand, London. — Dr. H. Horst, Christiania, Oscargate 60. — Dr. A. Heilberg, Breslau, Nikolaistadtgraben 26. — Direktor Francois Kemeny, Budapest VI. Bulyovsky-utcza 26. — Lucien Le Foyer, ehem. Deputierter, Paris, 43 Faubourg Saint Honoré. — Dr. Magalhaes Lima, Direktor der »Vanguarda«, Lissabon, Portugal. — Edwin D. Mead, Boston, Mass., 39, Newbury street, U. S. A. — Gaston Moch, Neuilly s. Seine bei Paris, 26 rue de Chartres. — Felix Moscheles, London S.W. 80, Elm Park road. — Baron Ed. de Neufville, Frankfurt a. M., Lindenstraße 32. — Dr. Nilsson, Örebro, Schweden. — Professor Quidde, München, Gedeonstraße 4. — Dr. Adolf Richter, Pforzheim, Baden. — Dr. Charles Richet, Professor, Paris, 15 rue de l'Université. — Professor Theodore Ruyssen, Bordeaux, 8 rue de Lyon. — Sémenoff, St. Petersburg, Manéjny 16. — Dr. Benj. Trueblood, Sekretär der »American Peace Society«, Washington C. D., Colorado Building, U. S. A. — Frau Anna Zipernowsky, Budapest, Oszloputcza 9—11.

Internationales Friedensinstitut.

Sitz: Paris (bis 1912 in Monako).

Begründet 1903 auf Anregung Gaston Mochs durch den Fürsten Albert I. von Monako. Das Institut hat die Aufgabe, dokumentierte Arbeiten über das internationale Recht, die friedliche Lösung internationaler Streitigkeiten, die Kriegs- und Rüstungsstatistik, die Entwicklung der internationalen Einrichtungen und Organe, die pazifistische Propaganda und den pazifistischen Unterricht sowie die Geschichte und Bibliographie dieser Fragen betreffend zu veröffentlichen. Es besitzt ein Museum und eine Bibliothek. Die Mitgliederzahl ist auf höchstens 60 beschränkt. Das »Institut« veröffentlichte früher »Comptes Rendues«.

Ehrenpräsident: Gaston Moch. Präsident: vakat. Die Geschäftsführung liegt vorläufig in den Händen Gaston Mochs.

Zentralamt der internationalen Institutionen. (Office central des institutions internationales.)

Sitz: Brüssel, 3 bis rue de la Régence.

Begründet durch Henri Lafontaine und Paul Otlet im Jahre 1907 mit der Aufgabe, allen internationalen Organisationen eine Zentralstätte zu geben, um durch geeignete Veröffentlichungen, durch Abhaltung von Kongressen, Errichtung eines Museums des Internationalismus usw. das Werk der internationalen Organisation zu fördern. Das Amt veröffentlicht seit 1908 das 1905 von A. H. Fried begründete »Annuaire de la Vie Internationale«, seit 1912 eine »Revue de la vie Internationale«; es veranstaltete 1910 einen »Congrès mondial des Associations internationales« und errichtete in Brüssel ein ständiges »Musée international«.

Direktoren: Henri Lafontaine und Paul Otlet.

Conciliation Internationale.

Sitz: Paris, 78 bis, Avenue Henri Martin.

Begründet 1905 durch Baron d'Estournelles de Constant mit der Aufgabe, das nationale Gedeihen durch gute internationale Beziehungen zu entwickeln, um diese auf dauerhafter Grundlage zu errichten. Die Hauptmittel zur Erreichung dieses Zweckes bilden die Erziehung der öffentlichen Meinung, Entwicklung der Schiedsgerichtsbarkeit, Berichtigung tendenziöser Nachrichten, Austausch von Besuchen zwischen Parlamentariern, Kaufleuten, Studenten, gelehrten Gesellschaften usw., Gründung von Reisestipendien usw. Die »C. I.«, deren Motto »Pro patria per orbis concordiam« lautet, veröffentlicht eine Broschürenreihe,

die in großem Maßstab kostenlos verbreitet wird. Sie steht in Beziehungen mit dem amerikanischen Zweige der C. I. (siehe diese) und seit 1912 auch mit dem deutschen »Verband für internationale Verständigung«. Ehrenpräsident ist Minister Léon Bourgeois in Paris. Ein aus hervorragenden Persönlichkeiten aller Länder zusammengesetztes Komitee bildet den »Ehrenrat der Direktion«.

Präsident: Baron d'Estournelles de Constant, Gen.-Sekretär: Henri Fromageot, Versailles-Chesnay, 6 Avenue de l'Église.

Internationale Korrespondenzstellen: Berlin, 40 Ahorn-Allee, Westend. New-York, Sub-Station 84. — Brüssel, Office central des institutions internationales, 3 bis Rue de la Régence. — Tokyo, Dr. Miyaoka, 1 Kagacho Kyobashiku. — Wien, Alfred H. Fried, IX. Widerhofergasse 5. — Rom, Christiania, Buenos Aires, London, Rio de Janeiro, Petersburg, Konstantinopel in Vorbereitung.

Museum des Internationalismus. (Musée Internationale.)

Sitz: Brüssel, Palais de Cinquanténaire.

Begründet durch den im Jahre 1910 in Brüssel abgehaltenen »Congrès Mondial des Associations Internationales«. Es ist die Aufgabe dieses Museums, den bereits erreichten Umfang der internationalen Organisation zu veranschaulichen und die großen Ergebnisse, die sich aus der internationalen Zusammenarbeit entwickeln, vom wissenschaftlichen und sozialen Gesichtspunkt aus übersichtlich darzustellen. Das Museum illustriert und erläutert die Veröffentlichungen des »Office central des Institutions internationales«, namentlich das »Annuaire de la Vie Internationale«.

Das Museum wird durch das Office c. d. I. I. verwaltet.

Internationales Kriegs- und Friedensmuseum.

Sitz: Luzern.

Begründet von Johann von Bloch in der Absicht, die Mittel des modernen Krieges und ihre Wirkung anschaulich darzustellen, um die Notwendigkeit der friedlichen Streitschlichtung internationaler Konflikte darzulegen. Das Museum wurde im Juni 1902 eröffnet; es umfaßt in elf Abteilungen die gesamte Kriegstechnik und die Heeresorganisation, wie die volkswirtschaftliche, die völkerrechtliche und pazifistische Entwicklung der Gegenwart. Umfang gegen 5000 Nummern. Eine Bibliothek und ein Lesesaal sind vorhanden.

Das Museum ist Eigentum einer Aktiengesellschaft.
Präsident: Dr. Zimmerli in Luzern.
Direktor: G. Lutz in Luzern.

Internationales sozialistisches Bureau.

Sitz: Brüssel, Maison de Peuple, Rue Joseph Stevens 17.

Beschlossen 1896. Errichtet im Jahre 1901. Hauptaufgabe: die Organisation der internationalen Sozialistenkongresse. Das I. S. B. ist jedoch auch die Zentrale für gemeinsame Friedenskundgebungen der sozialistischen Partei. In Zeiten der Kriegsgefahr nimmt es Stellung zur politischen Lage und hat die Aufgabe, mit allen erlaubten Mitteln einen kriegerischen Zusammenstoß zu verhüten. Das Bureau setzt sich aus ungefähr 50 Delegierten der sozialistischen Parteien in Deutschland, Argentinien, Australien, Österreich, Belgien, Böhmen, Bulgarien, Chile, Dänemark, den Vereinigten Staaten, Spanien, Frankreich, Finnland, Großbritannien, Ungarn, Italien, Japan, Luxemburg, Norwegen, Niederlande, Polen, Rumänien, Rußland, Schweiz, Serbien, Schweden, Türkei (Armenien) zusammen. Die belgische Delegation funktioniert als Exekutivausschuß. Das Bureau veröffentlicht ein dreisprachiges »Bulletin Periodique«.

Gen.-Sekretär: Camille Huysmanns in Brüssel.

Sozialistische interparlamentarische Kommission.

Sitz: Brüssel, Maison de Peuple, Rue Joseph Stevens 17.

Beschlossen 1896, mit dem Internationalen sozialistischen Bureau vereinigt 1906. Die Kommission setzt sich aus je einem parlamentarischen Delegierten für jede Nation zusammen. Ihre Aufgabe ist die Vereinheitlichung der parlamentarischen sozialistischen Arbeit und »die Erleichterung einer gemeinsamen Aktion über die großen politischen und wirtschaftlichen internationalen Fragen«. Ungefähr 14 Nationen sind vertreten. Die Kommision trat seit 1906 fast alljährlich zusammen.

Gen.-Sekretär: Camille Huysmanns in Brüssel.

Skandinavische interparlamentarische Union.

Begründet 1907 auf Anregung der dänischen interparlamentarischen Gruppe. Die Union umfaßt die interparlamentarischen Gruppen Dänemarks, Norwegens und Schwedens. Ihre Aufgabe ist es, diejenigen Fragen internationaler Natur, die die drei skandinavischen Staaten besonders interessieren, gemeinsam zu erörtern und so die Verständigung zwischen diesen Ländern zu fördern. Die Union veranstaltete bis jetzt vier Delegiertenversammlungen: 1907 in Kopenhagen, 1910 in Stockholm, 1911 in Christiania, 1912 in Kopenhagen.

»Corda Fratres«, Fédération internationale des Etudiants. (Internationaler Studentenbund.)

Siß: Madison, Wisc., V. St. A.

Begründet 1898 zu Turin; neu organisiert am 4. Sept. 1905 in Lüttich. Der Hauptzweck der Vereinigung liegt in der Förderung des Solidaritäts- und Brüderlichkeitsgedankens unter den Studenten aller Länder. Die C. F. veröffentlicht ein Journal: »The Cosmopolitan Student«.

Präsident: Dr. George W. Nasmyth, 110 Highland Place, Ithaca N. Y., V. St. Am.

Gen.-Sekretär: Louis P. Lochner, 612 S. Brearley St., Madison, Wisc. V. S. A.

Vertreter für Deutschland: Dr. R. W. Drechsler, Berlin, Universitätsstraße 8 II.

Ligue internationale des Pacifistes catholiques.

Siß: Lyon.

Begründet 1911.

Gen.-Sekretär: Ingenieur Vanderpool, Lyon, 40 Rue Franklin.

Die Liga hat die Aufgabe, die Mitwirkung der Katholiken auf der ganzen Welt an der Arbeit der Pazifisten zu sichern. Es bestehen bereits Gruppen: in Frankreich, England, Belgien und in der Schweiz. Die »Ligue« veröffentlicht ein »Bulletin«.

Ligue internationale de droit des peuples.

Siß: Paris VIIe. 1 Place Saint Francois-Xavier.

Sekretär: M. Austen Mead.

Die Liga hat die Aufgabe, die internationale öffentliche Meinung zu organisieren, um dem Widerstand der in ihren Rechten verleßten Nationalitäten eine Stüße zu verleihen.

Office central des Nationalités.

Siß: Paris, 3 Rue Taitbout.

Sekretär: Jean Pélissier und Dr. J. Gabrys.

Aufgabe des Office ist eine Sammlung aller Dokumente, die für die Kenntnis der Seele und der Vergangenheit einer jeden Nation von Bedeutung sind, gegenseitiges Sich-kennen-Lernen, Eintreten für die internationale Föderation usw. Das »Office« veröffentlicht: »Les Annales des Nationalites«.

Ligue internationale de la Paix et de la Liberté.

Siß: Bern, Speichergasse 12.

Begründet 1867 von Lemonnier, Garibaldi usw.

Präsident: Emile Arnaud, Luzarches (Seine et Oise) Frankreich.

Sekretär: Dr. G. Bovet, Bern. Die Liga veröffentlicht ein Journal: »Les États Unis d'Europe«.

B. Die hervorragendsten Friedensorganisationen in den einzelnen Ländern.

1. Europa.

Deutschland.

Deutsche Friedensgesellschaft.

Sitz: Stuttgart, Neckarstrasse 69a.

Begründet am 9. November 1892 in Berlin. Seit 1900 ist die Zentrale in Stuttgart. Die Gesellschaft veröffentlicht eine Monatsschrift: »Der Völkerfriede«. Seit 1908 hält sie alljährlich einen nationalen Friedenskongreß ab.

Präsident: Dr. Adolf Richter, Pforzheim.

Vizepräsident: Stadtpfarrer O. Umfrid, Stuttgart.

Sekretär: Dr. Arthur Westphal, Stuttgart.

Gruppen: Auernhofen, Bez.-Amt Uffenheim i. Bayern: Lehrer Schmidt. Altensteig in Württ.: Lehrer Kächele. Backnang i. Württ.: Lehrer C. Bayer. Baisingen b. Horb i. Württ.: Kaufmann Moses Kahn. Balingen i. Württ.: Präzeptor Seiler. Berlin: Geheimrat Dr. W. Förster. Biedenkopf i. Hessen-Nassau: Buchhändler M. Stephani. Bönnigheim i. Württ.: Oberlehrer Koppenhöfer. Braunschweig: unbesetzt. Bietigheim i. Württ.: Lehrer Mayer. Breslau: Justizrat Heilberg. Calw i. Württ.: Postsekretär Kauffmann. Cassel-Niederzwehren: Architekt Fritz Stück. Colmar i. Els.: Prokurist L. Cahn i. Fa. Kiener & Cie. Cöln a. Rh.: Willi Schulz. Creglingen i. Württ.: Bankkassierer Pflüger. Cronberg i. Taunus: Rektor Schilgen. Danzig: Stadtrat Goeritz i. Rathaus. Dresden: Komm.-Rat Arnhold. Düsseldorf: Fritz Decker. Ebingen i. Württ.: Lehrer Heindtel. Eisenach i. Thür.: Karl Pöttschacher. Eßlingen a. N.: W. Langguth. Frankfurt a. M.: Justizrat Dr. Dietz. Frankfurter Friedensverein, Gr. Gallusstr. 10. Frankenthal i. d. Pfalz: Carl Voegeli. Freiburg i. B.: Adinda Flemmich. Freudenstadt i. Württ.: Professor Kübel. Geislingen a. Steige i. Württ.: Präzeptor Ruetz. Gera, R. j. L.: Fz. Schilling. Glogau i. Schl.: unbesetzt. Görlitz i. Schl.: Justizrat Dr. Höniger. Gotha: R. Monhaupt. Gmünd (Schwäb.): Gemeinderat und Kaufmann Fr. Seeger. Hall (Schwäb.): Apotheker Dr. Blezinger. Hannover: Lehrer Heinemann in Leinhausen bei Hannover. Hamburg: H. Harder. Hechingen i. Hohenzollern: Uhrmacher Stengel. Heidelberg: Kaufmann Aug. Heyder. Heil-

bronn a. N.: Landtagsabgeordneter Betz. Heidenheim a. Brenz: Dr. med. Bundschu. Jena: Pfarrer Böhme i. Kunitz bei Jena. Karlsruhe: Rechtsanwalt Ellenbogen. Königsberg i. Pr.: Rechtsanwalt Dr. Caspary. Kornwestheim i. Württ.: Kirchenrat und Landwirt G. Blank. Laichingen i. Württ.: Geschäftsführer D. Frank. Laupheim i. Württ.: Alb. Höchstetter. Leipzig: Schriftsteller Achilles. Löwenberg i. Schl.: Handelsgärtner E. Pohl. Lübeck: Schriftsteller Martin Maack. Mainz: Komm.-Rat Moritz Meyer. Mannheim: Rechtsanwalt Alexander von Harder. Metzingen i. Württ.: Fabrikant Henning. München: Professor Dr. Quidde. Nagold i. Württ.: Hauptlehrer Haug. Naumburg a. S.: unbesetzt. Neustadt-Haardt: Kaufmann F. Daab. Neuwied a. Rh.: Musiklehrer H. Dippel. Nürnberg: Bankier Hermann Müller. Nürtingen: unbesetzt. Osnabrück: Pfarrer Dr. Pfannkuche. Pforzheim: Dr. Adolf Richter. Reinsbronn i. Württ.: Hauptlehrer Köhnlein. Reutlingen: Lehrer Gänßlen. Rottweil a. N.: Fabrikant Jos. Platz. Schorndorf i. Württ.: Graveur L. Halm. Schweinfurt: Rechtsanwalt Dr. N. Heßlein. Schwenningen a. N.: Hauptlehrer Würthner. Stendal: Kaufmann H. Cramm. Stettin: Rechtsanwalt Dr. Nadelmann. Stuttgart: Oberlehrer Grammer. Straßburg i. E.: Frau Geheimrat Kromayer. Strümpfelbach i. Remsthal (Württ.): Schultheiß Kümmel. Tailfingen i. Württ.: Fabrikant Rud. Blickle. Tübingen; Landgerichtsrat Lust. Ulm a. D.: Ober-Postsekretär Maaß. Vaihingen a. Enz. (Württ.): Redakteur Carle. Waiblingen i. Württ.: unbesetzt. Waldmannshofen; O.-A. Mergentheim: Lehrer Labadie. Weikersheim i. Württ.: Fabrikant Th. Wünsch. Weinsberg i. Württ.: Werkmeister Manz. Wiesbaden: Justizrat Kullmann. Winnenden i. Württ.: Stadtpfarrer Planck. Zoppot b. Danzig: Oberingenieur Bruno Prehn.

Frankfurter Friedensverein.

Sitz: Frankfurt a. M., Große Gallusstraße 10.
Begründet 1886 von Franz Wirth.
Präsident: Justizrat Dr. Dietz.
Vizepräsident: Baron Eduard de Neufville.

Wiesbadener Friedensgesellschaft.

Sitz: Wiesbaden, Rheinstraße 22.
Begründet 1892.

Verband für internationale Verständigung.

Sitz: Frankfurt a. M., Kaiserstraße 16.
Begründet am 11. Juni 1911 mit der Aufgabe, »das Ver-

ständnis für die Bedeutung gegenseitig fördernder Beziehungen zwischen den Völkern auf allen Lebensgebieten, namentlich für die Fragen und Probleme des Völkerrechts, zu vertreten, um dadurch einer stetigen, von vermeidbaren Zwischenfällen freien Politik zwischen den Staaten, wie sie im Interesse der allgemeinen Kultur liegt, den Boden zu ebnen«.

Vorsitzender: Geh. Rat Prof. Dr. Emanuel Ritter von Ullmann, München.

Stellvertr. Vorsitzende: Prof. Dr. Otfried Nippold in Oberursel am Taunus und Prof. Walter Schücking, Marburg i. H.

Deutsch-englisches Verständigungskomitee.

Sitz: Berlin W. 9, Schellingstraße 4.

Begründet 1905 zu Luzern gleichzeitig mit dem Anglo-German Friendship-Comitee mit der Aufgabe, die Mißverständnisse zum Verschwinden zu bringen, die die guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu stören drohen.

Präsident: Geh. Rat Dr. v. Holleben, ehem. Botschafter, Berlin.

Vizepräsident: Baron de Neufville, Frankfurt a. M., Lindenstraße 32.

Kirchliches Komitee zur Pflege freundschaftlicher Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland.

Sitz: Berlin. Begründet 1908.

Präsident: D. Dr. Spiecker in München.

Gen.-Sekretär: Pastor Dr. Siegmund Schultze, Berlin NO. 18, Friedensstraße 66.

Deutsch-französischer Wirtschaftsverein.

Sitz: Berlin W. 9, Köthenerstraße 28/29.

Begründet 1908 zu Frankfurt a. M. mit der Aufgabe, zur Verbesserung der Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Deutschland beizutragen und — unter Ausschluß aller politischen Berührungspunkte — die wirtschaftlichen Fragen zu studieren, die beide Staaten gemeinsam interessieren. Parallel-Organisation zum »Comité commercial franco-allemand«, Paris.

Präsident: Stadtrat Heinrich Flinsch, Frankfurt a. M.

Gen.-Sekretär: Dr. Borgius, Berlin.

Deutsch-französisches Annäherungskomitee.

Sitz: Berlin W., Französische Straße.

Präsident: Freiherr von Manteuffel, Präsident des preußischen Herrenhauses.

Gen.-Sekretär: Konsul Karl René, Stettin.

Internationale Studentenvereine.

Nach dem Muster der amerikanischen »Cosmopolitan Clubs« zuerst 1911 in Berlin von Professor Münsterberg von der Harvard-Universität in Cambridge U. S. A. ins Leben gerufen. Es bestehen zurzeit I. St. in Berlin, Leipzig, Göttingen und München. Die Vereine gehören dem Verband der »Corda Fratres« (siehe diesen oben S. 287) an.

Adresse für Berlin: Dr. R. W. Drechsler, Berlin, Universitätsstraße 8.

Adresse für Leipzig: Edgar Herzog, Leipzig, Brandvorwerkstraße 38.

Adresse für München: T. P. Pillay, München, Landwehrstraße 12.

Adresse für Göttingen: Heinrich Fitschen, Göttingen, Paulinerstraße 13.

Die I. St. schlossen sich auf ihrem ersten Verbandstag 1912 zu einem »Verband der deutschen internationalen Studentenvereine« zusammen. Sie veröffentlichen seit 1912 ein »Jahrbuch«.

Österreich.

Österreichische Friedensgesellschaft.

Sitz: Wien I, Spiegelgasse 4.

Begründet 1891 durch Baronin Bertha von Suttner.

Präsidentin: Baronin Bertha von Suttner, Wien I, Zedlitzgasse 7.

Sekretär: Gustav Schuster, Wien.

Ortsgruppen: Marienbad (1902), Vors.: Ch. Petzoldt; Linz a. D. (1906), Vors.: C. Franck, Sekretär: Konsul Klemens Kautzsch, Linz, Goethestraße.

Wiener akademischer Friedensverein.

Sitz: Wien I, Spiegelgasse 4.

Begründet 1892.

Präsident: Ingenieur Max Ried.

I. Schriftführer: Stud. jur. Egon Meider.

Ehrenmitglieder: Hofrat Prof. Lammasch, Baronin Bertha von Suttner, Alfred H. Fried.

Austro-italienisches Freundschaftskomitee.

Sitz: Wien I, Spiegelgasse 4. Begründet 1908.

Präsidenten: Reg.-Rat Calligaris, Baronin Bertha von Suttner.

Deutsch-tschechisches Komitee.'

Sitz: Wien I, Biberstraße 22. Begründet 1911.

Das Komitee veröffentlicht zwanglos erscheinende »Publikationen des d.-tsch. K.«

Friedensgesellschaft »Mir«, Vyzovice (Mähren).

Sitz: Vyzovice. Begründet 1908.

Präsident: Dr. Frant. Barvić, Advokat.

Pazifistische Sektion der Comeniusgesellschaft. (Mirova sekce Jednoty komenského spolku pro reforme skolostoi).

Sitz: Prag.

Friedensgesellschaft »Mir«, Bystrice Hostyn (Mähren).

Sitz: Bystrice. Begründet 1908.

Präsident: Anton Polásek, Richter.

Polnische Friedensgesellschaft in Krakau. (Polskie stowarzyszenic przyjaciol pokoju.)

Sitz: Krakau, Siennastraße 10.

Präsident: Mgr. Lubecki, Kämmerer S. H. des Papstes.

Schweiz.

Schweizer Friedensgesellschaft.

Sitz: Luzern.

Begründet 1889 als Zweig der »Ligue internationale de la Paix et de la Liberté«. Die Gesellschaft veröffentlicht zwei Monatsschriften: »Der Friede« (Bern) und »La Paix« (Genf). Sie hat eine große Anzahl Ortsgruppen, deren Leitung dem Zentralvorstand untersteht.

Präsident: Dr. Bucher-Heller, Luzern, Adligenschwylerstraße 20.

Vizepräsident: Staatsrat Quartier-la-Tente, Neuchâtel.

Sekretär: R. Geering-Christ, Basel-Bottmingermühle.

Belgien.

Societé belge de l'Arbitrage et de la Paix.

Sitz: Brüssel. Begründet 1889.

General-Sekretär: Senator Henri Lafontaine, Brüssel, Square Vergote 9.

Section Belge de l'Alliance Universelle des Femmes pour la Paix par l'Education.

Sitz: Antwerpen.

Präsidentin: Mlle. M. Rosseels, Vieux-Dieu-les-Anvers, 27 Avenue de la gare.

Dänemark.

Dänische Friedensvereinigung. (Dansk Fredsforening).

Sitz: Kopenhagen, Forchhammersvej 10.

Begründet 1882. Die Vereinigung umfaßt 37 Ortsgruppen und veröffentlicht die Monatsschrift »Fredstidende«.

Präsident: Niels Petersen, Kopenhagen, Forchhammersvej 10.

Frankreich.

Ständige Delegation der französischen Friedensgesellschaften. (Délégation permanente des Societés françaises de la Paix.)

Sitz: Paris, 43 Faubourg St. Honoré.

Begründet 1896, neu organisiert 1902 auf dem 1. national-französischen Friedenskongreß zu Toulouse mit der Aufgabe, sämtlichen französischen Friedensgesellschaften als Organ zu dienen, namentlich die nationalen Kongresse vorzubereiten usw.

Präsident; Prof. Charles Richet, Paris, 15 rue de l'université.

Vizepräsident: Emile Arnaud.

Gen.-Sekretär: Lucien Le Foyer, ehemaliger Deputierter.

Société française pour l'Arbitrage entre nations.

Sitz: Paris, 24 rue pierre Curie.

Begründet 1867 von Fréd. Passy. Umfaßt 7 Ortsgruppen.

Präsident: Prof. Charles Richet, Paris.

Sekretär: I. L. Puech, Paris.

Association »La Paix par le Droit«.

Sitz: Paris, 24 rue Pierre Curie.

Begründet 1887. Die Gesellschaft veröffentlicht die Monatsschrift »La Paix par le Droit«. Sie umfaßt 20 Ortsgruppen.

Präsident: Prof. Theodore Ruyssen, Bordeaux, 8 rue de Lyon.

Vizepräsident: Jacques Dumas, Staatsanwalt-Substitut, Versailles.

Sekretär: Jules Prudhommeaux, 11 Avenue de Paris, Versailles.

Groupe parlementaire française de l'Arbitrage international.

Sitz: Paris, 27 bis Avenue Henri Martin.

Diese im Jahre 1903 von Baron d'Estournelles begründete Gruppe bestand bis Juli 1910 neben der französischen Gruppe der Interparlamentarischen Union. Zu jenem Zeitpunkt haben

sich beide Gruppen vereinigt. Die Gruppe umfaßt 516 Mitglieder der Deputiertenkammer und des Senats. Sie bezieht von der französischen Regierung seit 1910 einen Zuschuß von Frcs. 7000 jährlich.

Präsident: Baron d'Estournelles de Constant.
Ständiger Sekretär: Henri Fromageot.

Association »La Paix et le Désarmement par les Femmes.«

Sitz: Paris, 16 rue Cassini. Begründet 1898.
Präsidentin: Mme. Camille Flammarion.

Alliance Universelle des Femmes pour la Paix par l'Éducation.

Sitz: Paris, 74 rue Demours.
Begründet 1896 von der Prinzessin Wiszniewska. Zahlreiche Gruppen in verschiedenen Ländern.
Präsidentin: Mme. Marya Chéliga.

Société de l'Éducation pacifique.

Sitz: Croisilles. Pas de Calais. Begründet 1901. Zahlreiche Gruppen.
Präsidentin: Mme. Madeleine Carlier.

École de la Paix.

Sitz: Paris, 28 Bd. St. Marcel. Begründet 1905.
Direktor: Horace Thivet.

Association internationale médicale pour aider à la suppression de la guerre.

Sitz: Paris, 25 rue des Mathurins.
Begründet 1904. Die Gesellschaft umfaßt mehr als 6000 Ärzte aller Nationalitäten.
Präsident: Dr. Rivière.

Comité commercial franco-allemand.

Sitz: Paris, 30 rue Vignon.
Begründet 1908 in Paris als französische Parallel-Organisation zum »Deutsch-französischen Wirtschaftsverein«. Verfolgt dieselben Aufgaben wie dieser.
Präsident: Pierre Baudin, ehem. Minister.
Gen.-Sekretär: Lucien Coquet, Advokat.

Komitee für die geistige Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland. (»Pour mieux se connaître«.)

Sitz: Paris, 48 rue de Rome.
Begründet 1912. Noch in Organisation.
Präsident des Organisations-Komitees: Jean Grand-Carteret.

Société de Paix et d'Arbitrage internationale du Familistère de Guise.

Sitz: Guise (Aisne).

Begründet 1886 von I. B. Godin, dem Begründer des Familistère de Guise.

Präsident: Sarrazin-Duhem.

Sekretär: Blairont, Guise (Aisne).

Les Amis de la Paix du Puy-de-Dome.

Sitz: Clermont-Ferrand (Puy-de-Dome), 28 rue de l'Hotel de Dieu. Begründet 1884.

Präsident: Antoine Pardoux, Clermont-Ferrand.

Sekretär: Alfred Costilhes.

Ligue des catholiques français pour la Paix.

Sitz: Lyon, 40 rue Franklin.

Begründet 1907 als »société Gratry pour le maintien de la Paix entre les nations«; jetzt »Section francaise de la Ligue internationale des pacifistes Catholiques«. Die »Ligue« gibt ein »Bulletin« heraus.

Gen.-Sekretär: Ingenieur A. Vanderpol, Lyon.

Société Chrétienne des Amis de la Paix.

Sitz: Havre, 19 place de l'Hotel de Ville. Begründet 1889.

Gen.-Sekretär: H. Huchet, Havre.

Die Gesellschaft veröffentlicht eine Zeitschrift »L'Universel«.

Großbritannien.

National Peace Council. (Nationalrat der englischen Friedensgesellschaften.)

Sitz: London, 167, St. Stephens house, Westminster, S.W.

Begründet 1905 auf dem zweiten englischen National-Friedenskongreß mit der Aufgabe einen engeren Zusammenhang der Friedensgesellschaften und ähnlichen Organisationen herbeizuführen. Der N. P. C. organisiert die jährlichen National-Kongresse und führt deren Beschlüsse aus; er veröffentlicht ein »Jahrbuch« und ein »Monatliches Rundschreiben«.

Präsident: (wird alljährlich gewechselt zuletzt 1912: The Dean of Durham).

Ständiger Sekretär: Carl Heath.

Peace Society.

Sitz: London, 47 New Broad Street E. C.

Die erste Friedensgesellschaft in Europa. 1816 begründet. (Siehe im geschichtlichen Teil). Sie umfaßt zahlreiche Gruppen in England und in Australien. Ihr Organ ist »The

Herald of Peace«. Außerdem verbreitet die Gesellschaft alljährlich Broschüren in mehr als einer halben Million Exemplaren. Ihre Hauptaufgabe erblickt die P. S. darin, die Anschauung zu verbreiten, daß der Krieg unvereinbar ist mit den Lehren des Christentums.

Präsident: Rt. Hon. Joseph A. Pease, P. C., M. P.

Ständiger Sekretär: Evans Darby, B. D., S. T. D., L. L. D.

International Arbitration League.

Sitz: London: 183 St. Stephens house, Victoria Embankment S. W.

Begründet 1870 von Randal Cremer mit der Aufgabe, internationale Schiedsabkommen auf parlamentarischem Wege zu erreichen und zu diesem Zwecke die organisierte Arbeiterschaft Englands und der anderen Länder zu vereinigen. Die Liga veröffentlicht eine Monatsschrift »The Arbitrator«. Sie wird von einem Direktorium von 36 Mitgliedern geleitet.

Präsident: Right Hon. Thomas Burt, M. P.

Chairman: Howard Evans.

Ständiger Sekretär: F. Maddison, M. P.

International Arbitration and Peace Association.

Sitz: London, 40/41, Outer Temple, Strand. W. C.

Begründet 1880 von Hodgson Pratt mit der Aufgabe, die öffentliche Meinung gegen den Krieg zugunsten der Schiedsgerichtsbarkeit zu beeinflussen, Verständigung anzubahnen, irrige Behauptungen in der Presse zu berichtigen, Friedensvereine in anderen Ländern zu errichten, Kongresse und Konferenzen abzuhalten. Bei der Organisierung des Berner Bureaus und der Weltfriedenskongresse spielte die I. A. P. A. eine führende Rolle. Sie veröffentlicht die Monatsschrift »The Concord« und unterhält zahlreiche Zweigvereine.

Präsident: Felix Moscheles.

Chairman: C. G. Maurice.

Sekretär: J. Frederik Green.

Church of England Peace League.

Sitz: London, 167 St. Stephens House, Westminster S.W.

Präsident: Rt. Rev. The Lord Bishop of Lincoln.

Chairman: Rev. Canon Horsley.

Sekretäre: Miss H. Huntsmann und Miss F. L. Huntsmann.

Irish Peace Society.

Begründet 1883. Unterhält Ortsgruppen in Irland.

Sitz: Dublin, 50, Lower Sackville Street.

Sekretär: Charles M. Coghlan, Dublin.

Liverpool Peace Society.

Sitz: Liverpool, 12, Elm Hall Drive, Monley Hill. Begründet 1840.

Präsident: Alderman Thomas Snape (†), Liverpool.

Sekretär: W. Lawton, Liverpool.

Peace Committee of the Society of Friends.

Sitz: London, 110 Bishopsgate E. C.

Dieses Komitee wird von dem Repräsentative-Komitee der Society of Friends ernannt. Es umfaßt ungefähr 20 Mitglieder.

Sekretär: Wm. Hy, F. Alexander.

Rationalist Peace Society.

Sitz: London. E. C. Cursitor Street.

Präsident: J. M. Robertson. M. P.

Chairman: Mrs. H. Bradlaugh Bonner.

Sekretär: Eduard G. Smith.

School Peace League of Great Britain and Ireland.

Sitz: London 167, Stephens House, Westminster, S. W.

Präsident: Rt. Rev. The Lord Bishop of Hereford.

Chairman: C. E. Maurice.

Sekretär: Victor Leuliette.

Wisbech Local Peace Association.

Sitz: Wisbech, Cambs. Begründet 1879 von Miss P. H. Peckover. Bekämpft den Krieg vom christlichen Gesichtspunkte aus. Die W. L. P. A. hat über 8000 Mitglieder in England und anderen Ländern. Sie veröffentlicht eine Monatsschrift: »Peace and Goodwill«.

Präsidentin und Sekretärin. Miss P. H. Peckover, Wisbech, Cambs.

Anglo-German Friendship Society.

Sitz: London, 16a, John Street, Adelphi W. C.

Begründet 1905 in Luzern, als Parallel-Organisation zum Deutsch-englischen Verständigungs-Komitee (siehe oben).

Ehrenpräsident: The Duke of Argyll K. G.

Präsident: Rt. Hon. Lord Avebury, P. C., D. C. L.

Chairman: Rt. Hon. Sir Frank Lascelles, P. C. G. C. B.

Sekretär: Cyrill Rhodes.

Associated Councils of Churches in the British and German Empire for fostering friendly relations between the two peoples.

Sitz: London, 41 Parliamentstreet S. W. Begründet 1908 als Parallel-Organisation des »Kirchlichen Komitees« in Deutschland.

Präsident: His Grace the Archbishop of Canterbury.

Chairman: I. Allen Baker, M. P.

Sekretär: W. H. Dickinson, M. P.

Cambridge University War and Peace Society.

Sitz: Cambridge. England.

Präsident: Harold Wright.

Sekretär: A. Alexander.

Cobden Club.

Sitz: London, Caxton House, Tothill Street, Westminster S. W.

Begründet 1866 zu Progagierung der Freihandelslehre; getreu den Grundsätzen Cobdens bildet die Friedensidee einen Hauptpunkt des Programms des C. C.

Sekretär: G. M. Baskett, London Broadway Court, Westminster S. W.

International Union of Ethical Societies.

Sitz: London, 63, South Hill Park, N. W.

Gen.-Sekretär: Gustav Spiller.

Holland.

Allgemeene Nederlandsche Bond: Vrede door Recht.

Sitz: Haag, Riouwstraat 190.

Begründet 1871 als »Allgemeine niederländische Friedensliga«.

Der Bund unterhält eine Anzahl von Ortsgruppen und veröffentlicht eine Monatsschrift »Vrede door Recht«.

Präsident: Dr. de Pinto.

Sekretär: Dr. Ihr. E. Wittert van Hoogland.

Italien.

Società internazionale per la Pace »Unione Lombarda«.

Sitz: Mailand, 21, Portici Settentrionali. Begründet 1887. Veröffentlicht eine Halbmonatsschrift »La Vita internazionale« und einen Almanach »Pro Pace«.

Präsident: E. T. Moneta.

Sekretär: Doro Rosetti, Mailand.

Società Operaia pro Arbitrato internazionale obligatorio e Disarmo.

Sitz: Mailand, Casa del Popolo.

Präsidentin: Signorina Teresita Passini della Pisana. (Alma Dolens.)

Comitato di Torre Pellice.

Sitz: Torre Pellice. Begründet 1896.

Präsident: Mario Falchi, Torre Pellice.

Sekretär: E. Eynard, Torre Pellice.

Società della Pace e l'Arbitrato internazionale di Turino.

Sitz: Turin, 35, Via dei Mille. Begründet 1894.

Präsident: Prof. Achille Loria, Turin.

Sekretärin: Frl. Luise Mussa, Turin.

Società della Pace ed Arbitrato di Perugia.

Sitz: Perugia. Begründet 1894.

Präsident: Prof. L. Tiberi, Perugia.

Sekretär: Vignarrei.

Unione del Mezzogiorno d' Italia.

Sitz: Neapel.

Präsident: Prof. Domenico Maggiore, Neapel.

Sekretär: Prof. Leone Avio, Neapel.

Comitato delle Signore per la Pace e l'Arbitrato internazionale di Palermo.

Sitz: Palermo, Via Benedetto Civiletti 8. Begründet 1891.

Präsidentin: Sig.a Elvira Cimino, Palermo.

Norwegen.

Norwegische Friedensgesellschaft. (Norges Fredsforening.)

Sitz: Flekkefjord. Begründet 1895. Zahlreiche Ortsgruppen.

Präsident: Bernhard Hanssen, Deputierter.

Rußland.

Russische Friedensgesellschaft.

Sitz: Moskau. Begründet 1909.

Präsident: Fürst Paul Dolgorukoff. Moskau, Znamensky Pereulok No. 5.

Vizepräsident: Graf Leonid von Kamarowsky, Moskau, Kaloschingasse, Haus von Grigorieff.

Sekretär: P. Barskoff, Moskau, Granatry-Straße, Haus Armjansky.

Petersburger Abteilung.

Präsident: Prof. M. Kowalewsky, St. Petersburg, Mochowaja No. 32.

Sekretär: E. Semenoff, St. Petersburg, Manéjny No. 16.

Polnische Friedensgesellschaft.

Sitz: Warschau. Begründet 1906.

Präsident: Dr. Jos. Polak, Warschau 82, Nowogradska.

Helsingfors Friedensgesellschaft.

Sitz: Helsingfors.

Präsident: Senator Mechelin.

Sekretär: Prof. R. Erich, Universität, Helsingfors.

Finnländischer Friedensverein.

Sitz: Tammerfors.

Präsident: Kyösti Huhtala, Volksschullehrer.

Sekretärin: Frl. Emma Jarvinen.

Korrespondent f. d. Ausland: Johann A. Makinen in Ostola.

Schweden.

Sveriges Fredsforeningars Samarbetskomite. (Ständiger Ausschuß der Friedensvereine.)

Sitz: Stockholm, Drottninggatan 92.

Sekretäre: Arved Grundel und Frau Fanny Petterson, geb. Falkman, Stockholm, Schelegatan 6.

Schwedische Friedens- und Schiedsgerichtsvereinigung. (Svenska Freds- och Skiljedomsföreningen.)

Sitz: Stockholm, Regeringsgatan 74. Begründet 1883.

Zahlreiche Ortsgruppen, veröffentlicht die Monatsschrift »Freds-Fanan«.

Ehrenpräsident: Eduard Wavrinsky, Stockholm.

Sekretär: Knut Sandstedt, Stockholm.

Schwedischer Friedensbund.

Sitz: Lund. Begründet 1906.

Sekretärin: Anna Wicksell.

Friedensgesellschaft der Frauen Schwedens. (Sveriges Kvinnliga Fredsförenning.)

Sitz: Stockholm, Malmskilnadsgatan 60. Begründet 1899.

Präsidentin: Emilie Bromée.

Sekretärin: Fanny Petterson.

Schwedische Gruppe der »Internationalis Concordia«.

Sitz: Stockholm, Drotningsgatan 102. Begründet 1903.
Präsidentin: Fanny Petterson.
Sekretärin: Frl. Esther Dahlén.

Malmö-Friedensgesellschaft.

Sitz: Malmö.
Präsident: Pastor Frick-Meijer.
Sekretär: I. Wohlstein, Rabbiner.

Goeteborg-Friedensgesellschaft.

Sitz: Goeteborg.
Sekretär: Dr. Alkman.

Ungarn.

Ungarische Friedensgesellschaft. (A magyar Szt. kor. Országainak Békeegyesülete.)

Sitz: Budapest VIII. Szent kiraly-utcza 28 a.
Begründet 1895.
Präsident: Domherr Dr. A. Gießwein, Mitglied des Reichstags.
Vizepräsident: Prof. Karl Zipernowsky.
General-Sekretär: Harsany, Budapest 11 ker. zarda-utcza 50 sz.

Die ungarische Friedensgesellschaft veröffentlicht seit 1912 eine Monatsschrift »Nemzetközi élet« (Das internationale Leben).

Friedenssektion des Nationalrates der ungarischen Frauen.

Sitz: Budapest.
Präsidentin: Frau Professor Anna Zipernowsky, Budapest, Oszlop-utcza 9—11.

2. Amerika.

Vereinigte Staaten.

National Council for Arbitration and Peace.

Angeregt von Prof. Samuel T. Dutton auf der Lake Mohonk Konferenz von 1909. Beschlossen auf der Lake Mohonk Konferenz von 1911, wo nachstehende Personen zu Mitgliedern gewählt wurden: Nicholas Murray Butler, William I. Bryan, Theodore E. Burton, Dr. Samuel T. Dutton, Hamilton Holt, D. George W. Kirchwey, Theodore Marburg, Edwin D. Mead, Elihu Root, Dr. James Brown Scott, Daniel Smiley, Dr. Benjamin F. Trueblood, E. D. Warfield, Miss. Jane Addams und Mrs. Fannie

Fern Andrews. Diesen Personen wurde Vollmacht erteilt, die führenden Friedensgesellschaften des Landes einzuladen, weitere Mitglieder für das National Council zu ernennen und die Statuten abzufassen. Die endgültige Konstituierung ist (Sommer 1912) noch nicht erfolgt.

Die Richtlinien für die Wirksamkeit des National Council sind festgelegt in einer von der 17. Lake-Mohonk-Konferenz angenommenen Resolution (siehe diese in dem Bericht der 17. L. M. K. vom Mai 1911, S. 13).

The American Peace Society.

Sitz: Washington D. C., Colorado Building.

Begründet 1828 durch Zusammenziehung der ältesten Friedensgesellschaften, die seit 1815 in Amerika entstanden. Bis vor kurzem in Boston. Veröffentlicht die Monatsschrift »Advocate of Peace« und unterhält eine große Zahl von Departements und Zweigvereinen im ganzen Lande.

Präsident: Senator Theodor E. Burton, Washington.
Gen.-Sekretär: Dr. Benjamin Trueblood.

Central-West Departement: Chicago, 30 North La Salle Street. Direktor: Charles E. Beals. — New-England Departement: Boston, 31 Beacon Street. Direktor: James L. Tryon. — New-York Departement: New-York, Columbia University. Direktor: Prof. Samuel T. Dutton. — Pacific Coast Department: Los Angeles, Cal., O. T. Johnson Building. Direktor: Robert C. Root.

American Society for judical Settlement of International Disputes. (Amerikanische Gesellschaft für richterliche Beilegung internationaler Streitfälle.)

Sitz: Baltimore. 14. W. Mt. Vernon Pl.

Begründet 1909 mit dem Zwecke, die Einrichtung eines ständigen Tribunals zu fördern, »das für die Kulturwelt das bedeuten soll, was die gewöhnlichen Gerichtshöfe für das Individuum bedeuten«; namentlich die Verwirklichung des von der II. Haager Konferenz grundsätzlich genehmigten wirklich ständigen Staatengerichtshofes zu erstreben.

Ehrenpäsident: William Howard Taft.
Präsident: James Brown Scott, Washington D. C.
Sekretär: Theodor Marburg, Baltimore Md.

American Society of International Law. (Amerikanische Gesellschaft für Völkerrecht.)

Sitz: Washington D. C. Box 226.

Begründet im Jahre 1906 »um das Studium des Völkerrechts

zu befestigen und die Errichtung internationaler Beziehungen auf der Grundlage von Gesetz und Recht zu fördern«. Die Gesellschaft veröffentlicht als Vierteljahrsschrift »The American Journal of International Law«; Chef-Herausgeber James Brown Scott, und alljährlich die »Proceedings« der Jahresversammlung.

Ehrenpräsident: William Howard Taft.
Präsident: Elihu Root.

American Association for International Conciliation.

Sitz: New York City, 501 W. 116th Street.

Begründet 1907 als amerikanischer Zweig der »Conciliation Internationale« in Paris (siehe diese oben). Veröffentlichung und kostenlose Verbreitung von Broschüren, die der Völkerverständigung dienen, in einer Auflage von ungefähr 70000 Exemplaren.

Präsident: Nicholas Murray Butler.
Gen.-Sekretär: Fredrick P. Keppel, New York.

World Peace Foundation.

Sitz: Boston, 29a Beacon Street.

Begründet 1909 durch eine Stiftung Edwin Ginns (siehe oben S. 236) mit der Aufgabe, der Völkerverständigung im weitesten Umfange zu dienen. Mittel: Vortragsreisen, Publikationen, Presseberichte, Errichtung von Sonderorganisationen usw. Die W. P. F. wird von einem Advisory Council geleitet, dem ungefähr 70 der hervorragendsten Persönlichkeiten der Union angehören, als deren Leiter David Starr Jordan, der Präsident der Leland Stanford Universität, fungiert.

Gen.-Sekretär: Edwin D. Mead, Boston.

American School Peace League.

Sitz: Boston, 405 Marlborough Street.

Begründet 1908 mit der Aufgabe, die Interessen der internationalen Gerechtigkeit und Verständigung durch die Schulen und die Lehrerschaft zu fördern. Die Sch. P. L. veranstaltet alljährlich einen öffentlichen Wettbewerb für Schüler aller Länder über die Friedensidee behandelnde Themata; sie fördert die allgemeine Feier des Friedenstages in den Schulen.

Ehrenpräsident: William Howard Taft.
Präsident: James H. Van Sickle, Sup. of Schools, Springfield, Mass.
Gen.-Sekretärin: Mrs. Fannie Fern Andrews, Boston.

Universal Peace Union.

Sitz: Philadelphia, 1305 Arch. Street. Begründet 1866.

Die Union umfaßt mehrere Zweigvereine; sie veröffentlicht eine Monatsschrift: »The Peace Maker«.

Präsident: Alfred H. Love.

Sekretärin: Mrs. Arabella Carter, Philadelphia.

New York Peace Society.

Sitz: New York, 507 Fifth Avenue. Begründet 1906.

Präsident: Andrew Carnegie.

Sekretär: Samuel T. Dutton.

Wirkl. Sekretär: William H. Short.

Lake Mohonk Conference on International Arbitration.

Sitz: Mohonk Lake, N. Y.

Begründet 1895 durch Albert K. Smiley. Gab die erste Veranlassung zur Abhaltung jährlicher Friedenskonferenzen in den Vereinigten Staaten. Es besteht ein ständiges Bureau, das die Lake Mohonk-Konferenzen vorbereitet, den jährlichen Bericht verfaßt und versendet.

Ständiger Sekretär: H. C. Philipps, Lake Mohonk, N. Y.

Association of Cosmopolitan Clubs.

Sitz: Madison, Wis. 612 S. Brearly Street.

Begründet 1903 mit dem Zwecke, durch Bildung von internationalen Studentenklubs an den Universitäten die internationale Verständigung zu fördern. Die A. C. C. veröffentlicht eine Monatsschrift »The Cosmopolitan Student«. In neuester Zeit hat sich die A. C. C. mit der »Corda Fratres« (siehe diese oben S. 287) vereinigt und versucht, alle auf gleicher Grundlage errichteten Studentenverbindungen zu einem internationalen Verbande zu vereinigen.

Gen.-Sekretär: Louis P. Lochner. Madison, Wis.

Intercollegiate Peace Association.

Sitz: Cerro Gordo, Ill.

Begründet 1905 mit der Aufgabe, in den höheren Lehranstalten des Westens die Friedenssache durch Diskussionen zu fördern.

Gen.-Sekretär: Geo. Fulk, Cerro Gordo, Ill.

Peace Association of Friends in America.

Sitz: Richmond, Ind.

Begründet 1867 mit der Aufgabe, den Friedensgedanken in den Heimstätten, in Schulen usw., durch Vorträge und Predigten,

Bücherveröffentlichungen und Zeitschriften zu fördern. Die P. A. F. beruht auf religiöser Grundlage. Die »Friends« haben von allem Anfang an die Friedensbewegung in Amerika auf das nachdrücklichste gefördert. Die P. A. F. veröffentlicht eine Monatsschrift »The Messenger of Peace«.

Präsident: James B. Muthank, Webster, Ind.
Sekretärin: H. Lavinia Baily, Richmond, Ind.

Friedensgesellschaft der Stadt New York. (Deutscher Zweigverein.)

Sitz: New York, Columbia Universität, Box 15 W. Begründet 1906.
Präsident: Dr. Ernst Richard.
Sekretär: Otto Spengler, New York, 352, 3. Avenue.

World Federation League.

Sitz: New York, 25 Broad Str.
Präsident: Oscar T. Crosby.
Vizepräsident: Hamilton Holt.
Sekretär: F. Milton Willis.

Peace Society of Southern California.

Sitz: Los Angeles, Cal. O. T. Johnson Bldg.

Redlands Peace Society.

Sitz: Redlands, Cal.
Präsident: W. C. Allen.

Peace Society of Northern California.

Sitz: Berkeley, Cal.
Präsident: A. W. Naylor.

Utah Peace Society.

Sitz: Salt Lake City, Utah.
Sekretär: J. M. Sjohdal.

Connecticut Peace Society.

Sitz: Hartford, Conn.
Präsident: A. D. Call.

Cleveland Peace Society.

Sitz: Cleveland, O.
Präsident: Dr. Charles F. Thwing.

Buffalo Peace Society.

Sitz: Bufallo, N. Y.
Sekretär: Frank F. Williams.

Chicago Peace Society.
Sitz: 30 North La Salle Str., Chicago, Ill.

Maryland Peace Society.
Sitz: Baltimore, Md.
Präsident: Theodore Marburg.

Georgia State Peace Society.
Sitz: Atlanta, Ga.
Sekretär: Dr. George Brown.

City of Washington Peace Society.
Sitz: Washington.
Präsident: Mr. Hayes, Agricultural Dpt.

Kansas State Peace Society.
Sitz: Wichita, Kan.
Präsident: W. P. Trueblood.

Arbitration and Peace Society of Cincinnati.
Sitz: Cincinnati.
Präsident: Dean Wm. P. Rogers.

Wilmington Peace Society.
Sitz: Wilmington, Del.
Asst. Sekretär: H. M. Watts.

American Peace and Arbitration League.
Sitz: New York, 31 Nassau Street.
Sekretär: Andrew B. Humphrey.

Penns. Arbitration and Peace Society.
Sitz: Swarthmore, Pa.
Sekretär: Prof. William I. Hull.

American Branch, Interparliamentary Union.
Sitz: Washington, D. C.
Präsident: Hon. Richard Bartholdt.

Philadelphia Friends Peace Association.
Sitz: Philadelphia, 20 South 12th Street.

Virginia Arbitration and Peace League.
Sitz: Richmond, Va.
Präsident: Ex.-Gov. Montague.

Peace Dept. of the National W.C.T.U.
Sitz: Winthrop Centre, Me.
Sekretär: Mrs. H. J. Bailey.

Committee on Peace and Arbitration of the International Council of women.
Sitz: Boston, 39 Newbury Street.
Chairman: Mrs. Lucia Ames Mead.

Great Lakes International Arbitration Society.
Sitz: Detroit, Mich.
Sekretär: Harry E. Hunt.

Valparaiso Peace Society.
Sitz: Valparaiso, Ind., V. St. Am. (!), University.

Minnesota Peace Society.
Sitz: Minneapolis, Minn.
Präsident: Dr. Cyrus W. Northrop.

Oregon Peace Society.
Sitz: Portland, Ore.
Sekretär: William H. Galvani.

Kanada.

Canadian Peace and Arbitration Society.
Sitz: Toronto, Ontario. 88 College Street.
Präsident: Sir Wm. Mulock.
Sekretär: Dr. C. S. Eby.

Südamerika.

Argentinien.

Zentral-Friedens-Komitee von Buenos Ayres.
Sitz: Buenos Ayres, 2261 Rivadaria.
Präsident: Dr. Pedro Arata.

La Associacion Sud-Americana de Paz Universal.
Sitz: Buenos Ayres, 1105 Vita Santa Fè. Begründet 1908.
Präsident: Signora Angela de Oliveira de Costa.

Bolivien.

Zentral-Friedens-Komitee von Bolivien.
Sitz: La Paz.

Brasilien.

Zentral-Friedens-Komitee von Rio de Janeiro.
Sitz: Rio de Janeiro.
Sekretär: Dr. Quintino Bocaguya.

Chile.

Amerikanische Friedensgesellschaft.
Sitz: Santiago de Chile, 214 Correo Casilla.
Begründet 1899.
Sekretär: Manuel Zuniga Medina, Santiago de Chile.

Zentral-Friedens-Komitee von Santiago de Chile.
Siß: Santiago de Chile, 856 Moneda.
Sekretär: Dr. Manuel Martinez.

Uruguay.

Zentral-Friedens-Komitee von Montevideo.
Siß: Montevideo, 102 Calle Sarandi.
Präsident: Dr. Ildefondo Garcia Lagos.

3. Australien.

Zweiggesellschaften der Peace Society in London.

Melbourne, 60 Queen Street. Sekretär: E. E. Dillon-Adelaide, Brinswood, Hectorville S. E. Sekretär: E. H. Fryer. — Sydney, 45 Cavendish Street, Stanmore, New South Wales. Sekretärin: Miß Wearne. — Hobart, 51 Federal Street. Sekretärin: Mrs. J. F. Mather.

4. Neuseeland.

National Peace and anti-militarist Council.
Siß: Christchurch N. Z. 102 Hereford Street.
Sekretär: L. P. Christie.

Zweige der Londoner International and Arbritration Society in Auckland und Gore.

5. Japan.

Japanische Friedensgesellschaft.
Siß: Tokio. Jamashiro-Cho, Kyobashi.
Präsident: Graf S. Okuma, Waseda, Tokio.
Vizepräsidenten: S. Ebara, Baron I. Sakatani, früherer Finanzminister, gegenwärtig Bürgermeister von Tokio.

Osaka-Ortsgruppe der japanischen Friedensgesellschaft.
Siß: Osaka, Handelskammer.
Präsident: S. Uemura, Bürgermeister von Osaka.
Sekretär: N. Kato.

Kobe-Ortsgruppe der japanischen Friedensgesellschaft.
Siß: Kobe, Jitsuggo-Kyokai (Gesellschaft der Kaufleute).
Präsident: F. Kajima, Bürgermeister von Kobe.
Sekretäre: Hon. S. Ito und Rev. M. Watabe.

Miyagi-Gruppe der japanischen Friedensgesellschaft.
Siß: Sendai, Stadt-Halle.
Präsident: Gouverneur S. Terada.
Sekretär: S. Kouda.

Oriental Peace Society of Kyoto.

Sitz: Kyoto Universität.

Präsidenten: D. T. Suehiro, Dr. S. L. Gulick, Rev. T. Makier.

Internationales Friedensforum.

Sitz: Tokio, Kyobashi No. 8, Hochikan-Cho.

Präsident: Baron Y. Schibusawa.

Sekretär: Henry Satch.

American Peace Society of Japan.

Sitz: Tokio, 30 Koun-Cho, Mita. Die Gesellschaft veröffentlicht zwanglos erscheinende »Bulletins« in englischer und die Zeitschrift »Heiwa« in japanischer Sprache.

Präsident: E. W. Frazar, Tokio.

Sekretär: Gilbert Bowles.

B. »Wer ist's?« des Pazifismus.

(»Who is Who?« of the Peace Movement. — »Qui êtes vous?« du Pacifisme.)

Abbot. — Aichelburg-Labia. — Albert Fürst von Monaco. — Alexander. — Allegret. — Alvarez. — Andrews. — Apponyi. — Arakélian. — Arnaud. — Arnhold. — Arnoldson. — Askevold. — Asser. — Avebury. — Aupperle. — Baart de la Faille. — Backer. — Baily. — Bajer, Fredrick. — Bajer, Mathilde. — Baldwin. — v. Bar. — Barclay. — Barolin. — Barrett. — Bartholdt. — Beals. — Beaufort. — Beauquier. — Beer Portugael. — Beckman. — Berendsohn, Walther. — Berendsohn, Robert Louis. — Bergmann. — Beringer. — Berwick. — Beg. — Blech. — Bloh. — Böhme. — Bollack. — Bonde. — Bovet. — Bourgeois. — Bradlaugh-Bonner. — Bridgman. — Broda. — Broomé. — Brown. — Brooks. — Bucher-Heller. — Burt. — Burton. — Butler. — Byles. — Call. — Carlier. — Carnegie. — Carter. — Casewitz. — Choate. — Clarck, Gavin Brown. — Clark, John Bates. — Clifford. — Clunet. — Collins. — Cooke. — Courtney of Penwith. — Coutant. — Darby. — Davidson. — Decker. — Dennis. — Descamps. — Dietz. — Dolgorukoff. — Drago. — Durras. — Dumas. — Duplessix. — Dutton. — Eckstein. — Efremoff. — Eickhoff. — Eijkman. — Eliot. — d'Estournelles. — Evans. — Eyschen. — Farrer. — Feldhaus. — Flammarion. — Fleischmann. — Flemmich. — Forchhammer. — Förster. — Foster. — Fox. — Fried. — Frick-Meyer. — Fry. — Fulk. — Fusinato. — Gaedke. — Geering. — Gerlach. — Gießwein. — Ginn. — Giretti. — Gobat. — Godart. — Gothein. — Graewe. — Green. — Gullers. — Gwis-Adami. — Hagerup. — v. Hammarskjöld. — Harder. — Hardy. — Hartmann. — Harvey. — Hauptmann. — Hazell. — Heath. — Heilberg. — Hereford. — Hill. — Hirst. — Holt. — Horrix. — Horst. — van Houten. — Houzeau de Lehaïe. — Huber. — Huhtala. — Hull. — Jefferson. — Jordan. — Kamarowsky. — Katscher. — Kemény. — Kemp. — Keppel. — Key. — King, W. L. — King, Alfred John. — Kirchwey. — Knox. — Kobatsch. — Kohler, Josef. — Kohler, Martin. — Koht. — Kolben. — Kowalewsky. — Kraeuterkraft. — Kriege. — Kroner. — Kübeck. — Labiche. — La Batut. — La Fontaine. — Lagorgette. — Lammasch. — Lane. — Lange. — Lansing. — Lapradelle. — Laveleye. — Le Foyer. — Lima. — Lochner. — Lockwood. — Loria. — Love. — Lund. — Lynch. — Macdonald. — Macdonell. — Maddison. — Maki. — Makinen. — Marburg. — Maurice. — Mead, Edwin D. — Mead, Lucia Ames. — Meili. — Melin. — Meurer. — Merey von Kapos-Mere. — Merignhac. — Merillon. — Miyaoka. — Moch. — Moneta. — Monnier. — Montluc. — Moore. — Moret. — Moscheles. — Mowry. —

Müller. — Myers. — Nasmyth. — Nattan-Larrier. — de Neufville. — Neumann. — Nilsson. — Nippold. — Nithack-Stahn. — Nys. — Oppenheim. — Ostwald. — Otlet. — Paiva. — Passini. — Paszkowski. — Peckover. — Pepper. — Perris. — Petersen. — Petterson. — Philipps. — Playne. — Plener. — Polak. — Politis. — Ponsonby. — Porter. — Pötting. — Prestini. — Prudhommeaux. — Puech. — Pugsley. — Puttkammer. — Quartier-la-Tente. — Quesada. — Quidde. — Rade. — Rahusen. — Ralston. — Rapin. — Reinsch. — Renault. — Revon. — Richard. — Richet. — Richter. — Riddell. — Rivière. — Robertson. — Rogers. — Rohleder. — Roosevelt. — Root. — Roat. — Rosseels. — Roszkowski. — Rowe. — Ruyssen. — Saupique. — Savornin-Lohman. — Schmidt. — Schoenaich-Carolath. — Schücking. — Schwonder. — Scott. — Selenka. — Semenoff. — Sève. — Séverine. — Sewall. — Short. — Smiley. — Snow. — Stein. — Strauß. — Suttner. — Sveistrup. — Swain. — Taft. — Thiaudière. — Thivet. — Thomann. — Thompson. — Toussaint. — Trueblood. — Tryon. — Turner. — Tydeman. — Umfrid. — Vanderpol. — Waechter. — Wagner. — Walterskirchen, — Wawrinsky. — Weardale. — Wehberg. — Weiß, André. — Weiß, Charles. — Wetekamp. — White. — Wicksell. — Witz-Oberlin. — Wooley. — Yarnall. — Zipernowsky, Karl. — Zipernowsky, Anna. — Zorn.

Vorbemerkung.

In den nachfolgenden Seiten ist eine Zusammenstellung solcher Personen gegeben, die in irgendeiner Weise für die Ausbreitung der Friedensidee, der Entwicklung der internationalen Verständigung oder des Völkerrechtes wirken. Der Begriff des Pazifismus ist dabei im weitesten Sinne genommen. Er beschränkt sich keineswegs, wie vielfach irrigerweise angenommen wird, auf die Organisation und Betätigung der Friedensgesellschaften. Er ist hier vielmehr in seiner einzig richtigen Bedeutung aufgefaßt: als der Sammelname aller jener Bestrebungen, die auf eine Ausschaltung des Krieges hinausgehen, deren Methoden dabei ungleich, deren Ziele verschieden weitgehend sind. Es sind hier Personen verzeichnet, die in der Richtung ihrer Betätigung eine gewisse Einheitlichkeit bewahren, wenn auch bei ihrem Ausgangspunkt, ihrer Auffassung über das Ziel und seine Erreichbarkeit grundlegende Unterschiede vorhanden sind. Man wird hier die Namen von Zeitgenossen finden, die aus sittlichen und religiösen Gründen, und solche, die aus juristischen und staatsmännischen Gesichtspunkten für den Frieden wirken, Andere wieder, die auf eine völlige Beseitigung der Kriege hoffen, und jene, die nur eine möglichst verminderte Anwendung dieses politischen Mittels für erreichbar halten können. Man wird Geistliche, Lehrer, Kaufleute, Journalisten, Schriftsteller, Rechtsgelehrte, Parlamentarier, Diplomaten, Staatsmänner, ja sogar Staatsoberhäupter finden und neben den bescheidenen Sekretären von Friedensorganisationen tief in die politischen Ereignisse eingreifende Personen, die Geschichte machen; Friedensfreunde und Friedenserhalter, Richter in internationalen Streitigkeiten, Mitglieder der Regierungen und hervorragende Gelehrte an den Hochschulen. Weit auseinander gehende Betätigungen also, bei denen jedoch trotz aller Unterschiede die Richtung gemeinsam ist. Die Richtung, die nach einer kultivierten Wandlung der Völkerbeziehungen strebt.

Diese Zusammenstellung soll teils ein Bild über den Umfang der pazifistischen Betätigung geben, teils als Nachschlagebehelf

für die betreffenden Daten dienen. Diese sollen, neben Geburtsdaten, Geburtsort und Adresse nach Möglichkeit ein Bild der pazifistischen Betätigung bieten, die Hauptmomente dieser Betätigung, ihre Art und Methode kurz andeuten. Die mit der pazifistischen Betätigung nicht in direktem Zusammenhange stehenden Daten sind fortgelassen worden.

Hierzu sei nun Folgendes zu bemerken: Dieses Personenverzeichnis kann nicht vollständig sein. Es war dem Verfasser nicht möglich, alle Personen, die infolge ihrer Betätigung hineingehörten, anzuführen, da ihm die Materialbeschaffung in dem gewünschten Umfange nicht möglich war. Es ist ein unvollständiges Verzeichnis, das mit der späteren Auflage immer vollständiger, aber nie vollständig werden wird. (Von der I. zur II. Auflage vermehrte sich die Zahl der Aufgenommenen von 85 auf 312). Das Fehlen einer Persönlichkeit in diesem »Wer ist's?« soll keine Kritik sein; ebensowenig wie die Aufnahme als eine Auszeichnung angesehen werden darf. Der Umfang ist lediglich bestimmt durch die technischen Grenzen. Ebenso ist die ausführliche oder skizzenhafte Behandlung der einzelnen Persönlichkeiten kein Wertmesser. Auch diese Verschiedenheit hängt mit der Materialbeschaffung zusammen. Über manchen, über den viel mehr zu sagen gewesen wäre, lagen die Daten in der gewünschten Ausführlichkeit nicht vor. Überhaupt muß daran erinnert werden, daß die großen Leistungen, die oft in der unwägbaren Kleinarbeit einzelner Personen liegen, jene, oft ein ganzes Menschenleben ausfüllenden kleinen Taten, sich in ihrer Kleinheit und Vielheit gar nicht registrieren lassen. Sie sind oft wichtiger und in ihren Wirkungen nachhaltiger als manche Arbeit, die in ihrem ganzen Umfange und mit genauen Daten durch Erzählung der Begleitumstände angeführt werden kann.

Wenn man diese Fingerzeige beherzigt, wird das pazifistische »Wer ist's?« in vielen Fällen gute Dienste leisten. Der Verfasser bittet jedoch, ihn auf die notwendig vorhandenen Lücken im weitesten Umfange aufmerksam zu machen, damit diese später immer mehr ausgefüllt werden können.

Abbott, Lyman, Jurist und Redakteur. *[1]) 18. XII. 1835, Roxbury, Mass. ✱ Neuyork. Seit 1856 Mitglied des Neuyorker Barreaus; übt die Advokatur nicht mehr aus. Von 1888—1899 Prediger an der Plymouth-Kirche in Brooklyn. Seit 1893 Herausgeber des »Outlook«. Mitglied des Advisory Councils der »American Society for judicial Settlement of International Disputes.« In seiner Zeitschrift tritt er entschieden für die Friedensbewegung ein, besonders für die Errichtung eines ständigen und wirklichen Staatengerichtshofes im Haag. Auch als Redner vielfach für die Friedenssache eingetreten.

Aichelburg-Labia, Franz Freiherr v., k. k. Statthalterei-Rat und Landtagsabg. v. Kärnten. * 8. IV. 1856, Klagenfurt. ✱ Linz a. D., Landstraße 47. K. u. k. Kämmerer, Obmannstellvertreter der Ortsgruppe Linz der österreichischen Friedensgesellschaft. Auf Antrag v. A.'s hat der Kärntner Landtag beschlossen, den 18. Mai in allen Volks- und Bürgerschulen des Landes durch eine Friedensfeier zu begehen. A. hat an dem Friedenskongreß in Stockholm teilgenommen.

Albert, Honorius Karl, Fürst von Monaco, regierender Fürst von Monaco. * 3. XI. 1848. ✱ Monaco und Schloß Marchais (Departement Aisne), Frankreich. Widmete sich anfangs der Kriegsmarine und nahm Dienst in der spanischen Flotte. Später wandte er sich ganz den Naturwissenschaften zu. Seit 1902 entwickelt er, durch Charles Richet und Gaston Moch dazu angeregt, reges Interesse für die Friedensbewegung. Im April 1902 berief er den Friedenskongreß nach Monaco, übernahm das Protektorat und wohnte fast sämtlichen Sitzungen bei. In seiner großen Rede beim Schlußbankett bekannte er sich als überzeugten Anhänger des Pazifismus. Im Frühjahr 1903 rief er das Internationale Friedensinstitut ins Leben. Auch über den Friedenskongreß 1903 zu Rouen übernahm er im Verein mit dem Präsidenten Loubet das Protektorat, wohnte den Verhandlungen bei und beteiligte sich an den Debatten. In seinem Buche »La Carrière d'un Navigateur« entwickelte er ein Stück Selbstbiographie, wobei seine pazifistische Gesinnung wiederholt zum Ausdruck kommt. Am deutlichsten ist dies der Fall bei der der deutschen Übersetzung jenes Buches vorangesetzten Widmung an Kaiser Wilhelm II., worin er diesen als Souverän anspricht, »der die Arbeit und die Wissenschaft beschützt, und so die Verwirklichung des edelsten Sehnens des

[1]) * = Geburtsdaten. ✱ = Adresse.

Menschengewissens, die Vereinigung aller Kulturkräfte zur Herbeiführung der Herrschaft eines unverletzbaren Friedens, vorbereitet«. Fürst Albert unterhält rege Beziehungen mit vielen führenden Pazifisten und versäumt es nicht, bei jeder sich bietenden Gelegenheit für den Pazifismus einzutreten.

Alexander, Joseph G., L. L. B. (Bachelor of Laws) der Londoner Universität. Früherer Advokat. * 1848 Bath, England. ✱ 3 Mayfield Road, Tunbridge Wells, England. Vormaliger Ehrensekretär der »International Law Association«, Mitglied des Friedenskomitees der »Society of Friends«, des »British National Peace Council«, seit 1906 des Berner Bureaus. Seit 1912 Korrespondent der Carnegie-Stiftung. Wohnte den Friedenskongressen von Paris (1889), London (1890), Budapest, Hamburg, Turin, Paris (1900), Rouen-Havre, Boston, Luzern, Mailand, München, Stockholm, Genf bei und war Chairman des Londoner Friedenskongresses (1908). Wirkte dabei in der Regel an den Arbeiten der Kommission für internationales Recht mit. Zahlreiche Vorträge. Mitglied der internationalen Opiumkonferenz (1911).

Allegret, Paul, Avocat à la Cour d'Appel. * 17. VI. 1867. ✱ 2 bis, Rue St. Paul, Limoges, Frankreich. Ehem. Pastor der reformierten Kirche in Havre, Offizier der Akademie. Mitglied der ständigen Delegation der französischen Friedensgesellschaften, Gen.-Sekretär der »Société Limoisine de la Paix par le Droit«. Begründer der Friedenszeitschrift »Universel«. Nahm an zahlreichen internationalen und nationalen Friedenskongressen teil.

Verf. »La Paix et Arbitrage«, »Les Pacifistes Chrétiens«, »La Guerre et les Chrétiens« usw.

Alvarez, Alejandro, Rechtsgelehrter. Geburtsdaten unermittelt. ✱ Care of Ambassade de Chile, Paris. Wissenschaftlicher Beirat im chilenischen Ministerium des Äußern. Professor an der Universität Chile. Mitglied des Haager Hofes. War Sekretär der chilenischen Delegation auf der II. und technischer Delegierter auf der III. und IV. pan-amerikanischen Konferenz. Mitglied der Delegation auf dem II. und IV. pan-amerikanischen wissenschaftlichen Kongreß. Er ist Mitglied jener Kommission von Rechtsgelehrten, die auf der III. pan-amerikanischen Konferenz in Rio de Janeiro (1906) mit der Kodifikation des internationalen Rechtes betraut wurde. Als Beirat des Auswärtigen Amtes arbeitete er eine Denkschrift über die chilenisch-peruanische Streitfrage aus. Mitarbeiter der hervorragendsten völkerrechtlichen Revuen.

Verf. »Le droit internationale Américain« 1910. — »La Codification du droit international; ses tendances, ses bases« 1912. — »Rasgos generales de la Historia diplomática de Chile (1810 bis 1910). Primera Epoca. La Emancipacion« 1911. Herausgeber der offiziellen Berichte der chilenischen Regierung über die IV. pan-amerikanische Konferenz (in span. Sprache) 1910. —

Andrews, Fannie Fern, geb. Philipps. * 25. IX. 1867, Magaretville, Nova Scotia (Ver. St. A.). ✱ 405 Marlborough Str. Boston, Mass. Sekretärin der amerikanischen »School Peace League«, Mitglied des Direktions-Komitees der »American Peace Society«, Mitglied des Berner Bureaus. Komiteemitglied der Hundert für die Jahrhundertfeier des anglo-amerikanischen Friedens. Begann ihre pazifistische Tätigkeit während des Bostoner Friedenskongresses und gründete 1907 die amerikanische »School Peace League«. Bereiste Europa im Interesse dieser League, nahm an dem Friedenskongreß in Stockholm und Genf teil.

Verf. »Exercise for Eighteenth of May« und zahlreiche Artikel in pädagogischen Zeitschriften.

Angell, Norman, siehe **Lane,** Ralph Norman Angell.

Apponyi, Albert Graf, Politiker. * 20. V. 1846, ✱ Schloß Eberhard bei Preßburg (Ungarn). Seit 1872 — mit 1½ Jahren Unterbrechung — Mitglied des ungarischen Reichstages und von 1902—1904 dessen Präsident. Später Kultusminister. Geheimer Rat. Mitglied des Haager Schiedshofes. Mitglied des europäischen Rates der Carnegiestiftung. Mitglied des interparlamentarischen Rates und Vorsitzender der ungarischen interparlamentarischen Gruppe. Besuchte die interparlamentarischen Konferenzen von Brüssel (1895), Budapest, Kristiania, Paris, Wien, St. Louis, Brüssel, London, Berlin usw., nahm regen Anteil an deren Arbeiten, wirkte in hervorragendem Maße durch seine Rednergabe, die in den führenden europäischen Sprachen gleichmäßig glänzend ist. A. regte 1899 die Gründung einer internationalen Presse-Union für Frieden und Schiedsgericht an und vertrat diesen Gedanken, der leider noch nicht zur Ausführung gelangte, auf der Pariser interparlamentarischen Konferenz von 1900.

Arakélian, Hambartzoum, Journalist. * IV. 1855. Choucha (Transkaukasien) ✱ Tiflis, Rue Serguiewsky No. 5. Stadtrat von Tiflis. Kurator der Mädchenschule »Ossanoff« in Tiflis. Redakteur des armenischen Journals »Mschak« und der literar-pazifistischen Revue »Aror«. Seit 1898 in der Friedensbewegung tätig. Gründete eine armenisch-persische Friedens- und Schiedsgerichtsgesellschaft und (1911) eine Filiale der Moskauer russischen

Friedensgesellschaft in Tiflis, veröffentlichte pazifistische Artikel und Broschüren in armenischer Sprache; nahm an den Weltfriedenskongressen von Paris, Glasgow und Stockholm teil.

Verf. »La question arménienne au point de vue de la Paix universelle«, Genève 1901 und andere Broschüren.

Arnaud, Emile, Notar. * 1864 Vizille (Isère). ✱ Luzarches (Seine et Oise), Frankreich. Präsident der »Ligue int. de la Paix et de la liberté«, Vizepräsident der Kommission des Berner Bureaus, Mitglied der ständigen Delegation der französischen Friedensgesellschaften und des internationalen Friedensinstituts. Trat 1887 in das um diese Zeit in Grénoble errichtete Kommitee der »Ligue de la Paix et de la Liberté«, 1889 in das Zentralkomitee dieser Liga und wurde 1891 als Nachfolger Charles Lemonniers deren Präsident. Er nahm seit 1889 an allen Friedenskongressen teil, war Vizepräsident des Organisationskomitees des Pariser Kongresses von 1900 und Präsident des Kongresses von Rouen (1903). In Rom wurde er mit der Ausarbeitung der Grundprinzipien des internationalen Rechtes betraut und beteiligte sich auf den folgenden Kongressen hauptsächlich als Präsident und Generalberichterstatter der Kommission für internationales Recht. Auf diesem Gebiete hat Arnaud mustergültige Arbeiten veröffentlicht, so »L'Organisation de la Paix«, eine Schrift, die für die Mitarbeiter der Haager Konferenz bestimmt war, um sie darüber aufzuklären, wie sich die Pazifisten das zu lösende Problem vorstellen. A. ist Mitarbeiter am »Siècle« und an der »Indépendance Belge«, Direktor des pazifistischen Journals »Les États-Unis d'Europe«. Viele Hunderte von Vorträgen, nicht nur in Frankreich, sondern auch in den meisten Ländern Europas. A. ist der Schöpfer des Wortes »Pazifismus« als Bezeichnung für die Friedensbewegung.

Verf. »Les Traités d'Arbitrage permanent entre peuples«. — »L'Organisation de la Paix«. — »Le pacifisme et ses détracteurs«. — »Un Traité d'Arbitrage permanent entre la France et l'Angleterre« usw. usw.

Arnhold, Georg, Bankier. * 1. III. 1859. Dessau. ✱ Dresden, Waisenhausstraße 20, Konsul und kgl. Kommerzienrat, Vorsitzender der Ortsgruppe Dresden der Deutschen Friedensgesellschaft. Entfaltet eine emsige Tätigkeit für den Pazifismus innerhalb seines Berufskreises wie in jenen einflußreichen Kreisen, mit denen er infolge seines Berufes in Verbindung tritt. Nahm an zahlreichen internationalen und nationalen Kongressen teil.

Förderte die Sache durch großzügige finanzielle Unterstützungen. Eifriger Propagandist der Esperantobewegung.

Arnoldson, Klas Pontus, Schriftsteller. * 27. X. 1844 zu Gothenburg. ✱ Stockholm, Lidingö. Laureat des Nobelpreises. 1882—1887 Mitglied des schwedischen Reichstages, wo er 1883 die Fragen der Neutralität Schwedens und Norwegens und der gesicherten Unabhängigkeit der kleineren Staaten in Anregung brachte, dadurch eine ständige Volksbewegung zugunsten dieser Forderungen ins Leben rufend; gründete 1883 den schwedischen Friedens- und Schiedsgerichtsverein, dessen Leiter er wurde; konferierte (zwecks Anbahnung gemeinsamer Arbeit) 1886 mit den führenden Pazifisten in England. Seit 1888 brachte er in Schweden und Norwegen eine Petitionsbewegung zugunsten von Schiedsgerichtsabschlüssen in Gang und unterhielt sie dauernd. In den von ihm herausgegebenen periodischen Schriften »Der Wahrheitssucher« 1877 bis 1881, und »Das Buch des Volkes« 1882—1884, sowie in den von ihm redigierten Zeitungen, »Nordisches Tagblatt« 1870 bis 1871, »Stockholmer Morgenblatt« 1877—1878, die »Zeit« 1883 bis 1885, »Stockholm« 1885, »Der Friedensfreund« 1885—1888, »Das nordschwedische Tagblatt« 1892—1894, sowie in zahlreichen anderen Zeitungen und Zeitschriften, wie auch als Redner und Vorleser, vertrat er die Friedensidee. Außer zahlreichen historischen, politischen, religiösen und sozialen Schriften, in denen er die Friedensidee vertrat, verfaßte er u. a. folgende der Friedenssache gewidmete Bücher:

»Der Norden als Freistaat« 1872. — »Nach dem Sturm« 1879. — »Der Apostel des Unitarismus« 1882. — »Die Neutralitätsfrage« 1883. — »Die Friedensarbeit und ihre Gegner« 1883 (2. Auflage). »Ein Apostel« 1890 (Norwegische Ausgabe 1890). — »Ist Weltfriede möglich?« 1890. — »Gesetz, nicht Krieg« 1890. — »Kain, der Held des Tages« 1891 (4. Aufl.). »Die Stimme des Gottes« 1891. — »Maritime Neutralisation« 1891 (2. Aufl.). — »Pax mundi« (in englischer Sprache) 1892. — »Friede mit Norwegen, die Union mag tragen oder bersten« 1895. — »Pax mundi« (deutsche Ausgabe) 1895. — »Die Einheit des Nordens« 1899. — »Die Hoffnung der Jahrhunderte« 1901. — »In Schützenzeit« 1902. — »Das Gebet des Papstes« 1902 (in Schwedisch, Norwegisch, Englisch, Italienisch und Esperanto). — »Maria Magdalena«, I. II. 1903. — »Die letzten Tage der Union« 1905. — »Auf der Wacht des Militarismus« 1906. — »Vorwärts zum Recht« 1907. — »Der Befreier« 1908. —

»Weltabstimmung 1909. — »Der Sucher« 1910. — »Die Hirtin« 1911. —

Askevold, Ingolf, Oberlehrer. * 10. III. 1875 in Bergen in Norwegen. ✱ Cassel, Wilhelmshöher Allee 161. Früher Vorsitzender, jetzt stellvertretender Vorsitzender der Ortsgruppe Cassel der deutschen Friedensgesellschaft. Seit 1904 zahlreiche pazifistische Artikel in der Presse und Vorträge.

Asser, Tobias Michael Carel, Mitglied des Staatsrats der Niederlande, ehemaliger Professor der Rechtswissenschaft an der Universität Amsterdam. * 28. IV. 1838 Amsterdam. ✱ Haag (Niederlande) Bankaplein 3. Staatsminister, Präsident der kgl. Kommission für das internationale Privatrecht, Präsident der Kommission für die diplomatischen Prüfungen, Mitglied der kgl. Akademie der Wissenschaften in Amsterdam, Brüssel, Bukarest, Bologna, Korrespondent des Institut de France, Ehrendoktor der Universitäten von Edinburg, Cambridge, Bologna. Laureat des Nobelpreises. Mitglied des Haager Schiedshofes, ehem. Präsident und Mitglied des »Institut de Droit int.«, Ehrenmitglied der »American Association of Intern. Law«. Asser war der Urheber und Präsident der in den Jahren 1893, 1894, 1900 und 1904 im Haag abgehaltenen Privatrechtskonferenzen, die zu wichtigen diplomatischen Verträgen führten; Delegierter der niederländischen Regierung auf beiden Haager Friedenskonferenzen und Präsident der Haager Konferenzen für die Vereinheitlichung des Wechselrechts. Mit Rolin-Jacquemin und Westlake begründete er 1869 die »Revue de Droit international et de Législation comparée« und war 1873 Mitbegründer des »Institut de droit int.«

Verf. Ein Kompendium des internationalen Privatrechts, das in die meisten europäischen Sprachen übersetzt wurde.

Avebury, Right Hon. Lord, (früher: Sir John Lubbock). Bankier und berühmter Naturforscher. * 30. IV. 1834. London. ✱ High Elms, Orpington, Kent und 48, Grosvenor Street, London. Geheimer Rat, Dr. des Zivilrechts, Mitglied der Royal Society. Mitglied des europäischen Rats der Carnegiestiftung. War lange Jahre Mitglied des Unterhauses, wo er mit Randal Cremer gemeinsam für die Schiedsgerichtsbarkeit eintrat. In den letzten Jahren beteiligte er sich in reger Weise an der anglodeutschen Verständigungsbewegung. Er ist Präsident der anglogerman Friendship-Association.

Aupperle, Johann Matthäus, Mittelschullehrer. * 18. II. 1862. Hößlingswart bei Schorndorf (Württ.). ✱ Heilbronn

a. N., Friedensstraße 52. Vorstandsmitglied und Schriftführer der Ortsgruppe Heilbronn der deutschen Friedensgesellschaft. Zeitungsartikel und Vorträge. Auf den Friedenskongressen von Mailand, Stuttgart, Wiesbaden und Berlin.

Baart de la Faille, Samuel, theol. Dr., Prediger a. D. der niederländischen reformierten Kirche. * 20. V. 1842 zu Leuwarden (Friesland). ✱ Haag, Koninginnegracht 86. Mitglied der »Maatschappy der Nederlandsche Letterkunde te Leiden«, der Kommission des Berner Bureaus und Ehrenmitglied der »Alliance universelle des femmes pour la paix par l'éducation«, Paris. Errichtete kurz nach der am 26. Januar 1871 erfolgten Gründung des »Algemeenen Nederlandschen Vredebond« in seinem damaligen Wohnort Knype bei Heerenveen (Friesland) einen Zweigverein, der bis 1890 bestehen blieb. Im Jahre 1890 nach dem Haag übersiedelnd, wurde B. Mitglied des Komitees und blieb es bis zur Auflösung des Bundes im Jahre 1901. Seit 1903 wirkt er als Vorstandsmitglied des »Allgemeenen Nederlandschen Bonds: Vrede door Recht«. Er nahm an den Friedenskongressen in Budapest, Hamburg, Paris, Rouen, Havre, München, Brüssel und Stockholm teil, hielt zahlreiche Vorträge über die Friedensbewegung in verschiedenen Städten Hollands und schrieb für das Jahrbuch des Nederlandschen Vredebonds 1896: Mr. D. van Eck Voorzitter van het Algemeene Nederlandsche Vredebond. 3. Juli 1872 = 13. Mart. 1895. — 1897: Het VII. Algemeene Vredecongres te Budapest. — 1898: Het VIII. Algemeene Vredecongres te Hamburg. — 1900: De Vredes-Conferentie. — 1901: Het IX. Algemeenen Vredecongres te Paris. —

Backer, Josef Allen, Parlamentarier. * 1852, Trenton, Ontario. ✱ Donnington, Donnington Road, Harlesden, England. Präsident des »Associated Councils of Britisch and German Churches«. Hervorragender Förderer der anglo-deutschen Verständigung. War Präsident des Organisationskomitees für die Englandreise von Vertretern der deutschen christlichen Kirchen im Mai-Juni 1908. Mitglied des Unterhauses.

Baily, Lavinia, Lehrerin. * 1837 Flushing, Ohio. U. St. A. ✱ 33,16th Street, Richmond, Indiana, U. St. A. Seit 1900 Sekretärin der »Peace-Association of Friends in America«. Seit Mai 1904 Herausgeberin des Organs »Messenger of Peace«. Zahlreiche Vorträge. Delegierte am XIII. Weltfriedenskongreß in Boston (1904).

Verf. »Grotius, a study.« — »The Worlds Court« usw. —

Bajer, Fredrik, Politiker. * 21. IV. 1837. Vesteregade, (Seeland, Dänemark). ✱ Kopenhagen N. Korsgade 56. Laureat des Nobelpreises. Ehrenpräsident des Berner Bureaus, Mitglied des internationalen Friedensinstituts in Monaco, Mitglied des interparlamentarischen Rats, Ehrensekretär und Gründer der skandinavischen interparlamentarischen Union, Mitglied des europäischen Rats der Carnegiestiftung. Von 1856 bis 1865 Offizier, machte den Krieg von 1864 mit und nahm an den Gefechten von Schleswig, Veile und Horsens teil. Von 1872—1895 Mitglied des Folkething für Horsens. Von 1896 bis 1902 im Archiv des dänischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten mit der Anfertigung der Dossiers über aktuelle politische Fragen internationaler Natur beschäftigt. Schon im Jahre 1867 stand B. mit Frédéric Passy in Verbindung. Damals bemühte er sich schon, eine dänische Friedensgesellschaft ins Leben zu rufen. Erst am 28. November 1882 gelang ihm dies. Im Jahre 1884 nahm er bereits an dem Kongreß der Ligue int. de la Paix et de la Liberté in Bern teil. Seit 1889 ist er ein regelmäßiger Besucher und Mitarbeiter an den damals ins Leben getretenen Weltfriedenskongressen geworden. Er war es, der bereits auf dem Weltfriedenskongreß zu Paris (1889) und London (1890) die Schaffung eines ständigen internationalen Friedensbureaus vorschlug. Auf dem Kongreß zu Rom (1891) gelangte dieser Vorschlag zur Annahme. Das Bureau wurde in Bern 1892 errichtet und B. zum Präsidenten ernannt. Er behielt diese Würde bis 1907. In jenem Jahre gab er seine Demission, worauf er einstimmig zum Ehrenpräsidenten gewählt wurde. B. begründete außerdem die dänische interparlamentarische Gruppe und — wie oben erwähnt — die skandinavische interparlamentarische Union. Während seiner Tätigkeit im Parlament hat er vielfach die Friedensidee vor das Forum des Reichstages gebracht und wiederholt Anträge gestellt, wonach die Regierung zum Abschluß von Schiedsverträgen aufgefordert wurde. B. nahm an den Friedenskongressen der Ligue international de la Paix et de la Liberté 1884 zu Bern, 1886 zu Genf, 1888 zu Neuchâtel teil, seit 1889 an allen Weltfriedenskongressen mit Ausnahme der Kongresse von Glasgow, Rouen, Boston, München und London (1908) und an allen interparlamentarischen Konferenzen, mit Ausnahme der zu Paris (1900) und St. Louis. Er nahm an den skandinavischen National-Friedenskongressen zu Gothenburg, (1885), Kopenhagen (1890), Stockholm (1895), Skien (1901), Kopenhagen (1904) und Stock-

holm (1910), sowie an der Friedensvereinigung von Seljord in Norwegen im Jahre 1891 teil. Er war Mitglied der offiziellen Abordnung der dänischen interparlamentarischen Gruppe bei der skandinavischen Parlamentsentrevue in Paris (November 1904).

B. ist Verfasser zahlreicher pazifistischer Abhandlungen in dänischer, schwedischer, französischer und deutscher Sprache. In zahlreichen Zeitschriften, Revuen und Zeitungen finden sich Artikel aus seiner Feder. Er ist Herausgeber einer in der Regel zweimal monatlich erscheinenden Zeitungskorrespondenz.

Verf. Om modersmålets opdyrkning (1865). — Kornøen og Kuløen eller det nationale Arbejde (1888). (Übersetzt ins Engliche und Deutsche). — Den evige Fred. Oversaettelse af Kant »Zum ewigen Frieden« (1889). — Dansk Fredsforenings Historie (1894). Om årsager til krig og voldgift i Europa siden år 1800 (1897). — Ideen til Nordens, saerligt Danmarks, vedvarende Nevtralitet (1900). — Det skandinaviske Nevtralitetssystem eller Historiens Moral af Nordens Nevtralitet under Krimkrigen (1901). — Origines du Bureau international de la Paix (Bern 1904). — Lommebog for den danske interparlamentariske Gruppe. 2den forøgede Udgave (1909). — Det nordiske interparlamentariske Delegeretmødes Forhistorie (1908) — u. a.

Bajer, Mathilde, geb. Schlüter. Gattin des Vorstehenden. * 4. I. 1840. ✶ Kopenhagen, N., Korsgade 56. Präsidentin der »Peace and Arbitration-Sektion des int. Council of Women« für Dänemark. Gründete 1871 mit ihrem Gatten den ersten dänischen Frauenbund, in dem sie die Friedenssache eifrig vertrat. Sie besuchte die meisten Friedenskongresse und nahm als Rednerin und Mitarbeiterin an Zeitungen an der pazifistischen Propaganda teil.

Baldwin, Simeon E., Rechtsgelehrter. * 1840 New Haven, Connecticut. U. St. A. ✶ New-Haven. Gouverneur von Connecticut, früher Chief Justice von Connecticut, Professor des amerikanischen öffentlichen und privaten Rechts an der Yale-Universität, Präsident der »American Association of International Law«, Mitglied des Advisory Council der »American Society for judicial Settlement of international disputes«. Zahlreiche Artikel in Fachzeitschriften und zahlreiche Vorträge über Völkerrecht.

Verf. »Modern political institutions» 1898. — »Permanent Courts of International Arbitration«. —

Bar, C. Ludwig v., Geh. Justizrat Dr. jur. Universitätsprofessor. * 24. VII. 36. Hannover. ✱ Göttingen, Herzberger Chaussee 25. Mitglied des Haager Schiedshofes, ehem. Präsident des »Institut de Droit int.«, Mitglied des Institut int. de la Paix, früher Mitglied der Interparlamentarischen Union und des Interparlamentarischen Rats. Beschäftigt sich seit langer Zeit mit dem internationalen Recht, mit der Tendenz, dadurch dem Frieden zu dienen. War in dieser Weise vielfach im »Institut de Droit int.« und eine Zeitlang auch im deutschen Reichstag tätig. Veröffentlichte in dieser Richtung zahlreiche Artikel in gelehrten Zeitschriften, wie in Zeitungen und Revuen.

Verf. »Theorie und Praxis des int. Privatrechts«. 2 Bde. 1889. — »Lehrbuch des int. Privat- und Strafrechts« 1892. — »Das Fremdenrecht und seine volkswirtschaftliche Bedeutung« 1893. — »Der Burenkrieg, die Russifizierung Finnlands, die Haager Friedenskonferenz und die Errichtung einer internationalen Akademie zur Ausgleichung von Streitigkeiten der Staaten« 1900. —

Barclay, Thomas, Sir, L.L.B. (Bachelor of Laws), Dr. Phil., Advokat. * 1853 zu Dunfermline (Schottland). ✱ London, 13 Old Square Lincolns Inn. Mitglied des »Institut de droit international«, Vizepräsident der »International Law-Association«, Mitglied des Appellationsgerichtshofes der Kongo-Kolonien zu Brüssel, Vizepräsident der »franko-schottischen Gesellschaft«, ehemaliger Präsident der Britischen Handelskammer in Paris (1899 bis 1900) usw. usw. Ursprünglich journalistisch tätig, begann B. 1875 in Artikeln für die »Times« für die Ausbildung des Völkerrechts zu wirken und ließ sich 1883 als Anwalt für internationales Recht in Paris nieder. Seine Beiträge für die »Revue de droit international« trugen ihm die Berufung in das Institut de droit international ein. Im Jahre 1894 regte er die Gründung der franko-schottischen Gesellschaft an. Als wirtschaftlicher Mitarbeiter der »Times« brachte er den franko-englischen Handelsbeziehungen besonderes Interesse entgegen, so daß er 1881 zum Direktor und Ehrensekretär der britischen Handelskammer in Paris ernannt wurde, um später zum Vizepräsidenten und nachher zum Präsidenten dieses Instituts vorzurücken. In dieser Stellung hatte er Gelegenheit, für die regen Beziehungen der beiden Kulturvölker einzutreten. Es gelang ihm im Winter 1899, die beiderseitige feindliche Stimmung, die anläßlich der Faschodaaffäre und der französischen Burensympathie Platz griff, durch verschiedene wirksame Aufrufe in Zeitungen und Revuen einzudämmen, so daß er schon im Frühjahr 1900 die Gesell-

schaft der Handelskammern der vereinigten Königreiche veranlassen konnte, ihre Herbstsitzung während der Weltausstellung in Paris abzuhalten. Der Erfolg war so großartig, daß B. sechs Monate später, am 27. März 1901, in einer unter Fréd. Passys Vorsitz abgehaltenen Versammlung der Pariser »Société pour l'Arbitrage entre nations« den Vorschlag machen konnte, die innigen Beziehungen der Handelskreise beider Länder durch einen ständigen Schiedsvertrag zu besiegeln. Der Vorschlag wurde in der Presse und in den Handelskreisen beider Länder enthusiastisch aufgenommen. B. vertrat ihn in mehr als zweihundert Versammlungen, so daß im Mai 1903 das Parlamentsmitglied Ernest Beckett den Premierminister im Unterhause auf diese Bewegung aufmerksam machen und am 14. Oktober desselben Jahres der ständige Schiedsvertrag zwischen beiden Ländern unterzeichnet werden konnte. Nach Abschluß dieses Vertrages begab sich B. nach New-York und setzte sich mit den einflußreichsten Persönlichkeiten der Union wegen Herstellung eines englisch-amerikanischen Schiedsvertrages in Verbindung. In den verschiedensten Körperschaften und Klubs der Union hielt er zugunsten eines solchen Vertrages zahlreiche Vorträge. Im November 1905 war B. in Berlin und begann im Sinne einer deutsch-englischen Verständigung zu wirken. 1908 arbeitete er in Konstantinopel und in Wien als freundlicher Vermittler für die friedliche Regelung der bosnisch-herzegowinischen Frage. Bei den Wahlen vom Februar 1910 wurde B. mit großer Mehrheit liberales Mitglied des Parlaments in einem Wahlkreise (Blackburn), der seit 30 Jahren den Konservativen gehörte. Bei den folgenden Wahlen legte er sein Mandat nieder, um gegen die Tarifreform in den konservativen Kreisen in Süd-England zu kämpfen.

B. verfaßte zahlreiche rechtswissenschaftliche Werke und nicht minder zahlreiche Artikel in den hervorragendsten englichen und amerikanischen Revuen. Die auf das Völkerrecht bezughabenden Artikel in der »Encyclopädia of the Laws of England« und der »Encyclopädia Britannica« rühren von ihm her. Sein Buch »Problems of International Practice and Diplomacy« hatte einen anerkannten Einfluß bei den Beratungen der letzten Konferenz (1907) im Haag. Im Jahre 1912 veröffentlichte B. »The turco-italian War and its Problems«.

Barolin, Johannes C., Kaufmann. * 30. IX. 1857. Laibach. ✶ Wien, VII/1 Apollogasse 8. Vorstandsmitglied der österreichischen Friedensgesellschaft, Präsident für Österreich des

Bureau int. de Documentation éducative, fruchtbarer Schriftsteller, namentlich für die Verbreitung des Pazifismus durch die Erziehung. Nahm teil an den Kongressen von Mailand, München, London und Stockholm.

Verf. »Die Teilung der Erde« 1904 (gewidmet der interparlamentarischen Konferenz in Wien). — »Kampforganisation gegen Friedensstörungen« 1906. — »La lutte organisée contre les ennemis de la paix« 1906; une pensée mentionnée au XVième Congres international des amis de la paix. — »Proposals for Electional and Parlamentary Reform« 1908; dedicated to XVII Universal Peace Congres, London.« — »Der Schulstaat«, Vorschläge zur Völkerversöhnung und Herbeiführung eines dauernden Friedens durch die Schule 1909. — »Der Gesang im Dienste der Friedensidee« 1910. — »Le chant au service de l'idée de la paix« 1910. — »Song in service of the Principle of Peace« Suggestion to the XVIIIth international Peace Congres in Stockholm 1910. —

Barrett, John, Generaldirektor der Pan-amerikanischen Union. * Grafton, State of Vermont. U. St. A. ✱ Washington D. C. »Pan-American Union«. — Delegierter der Vereinigten Staaten zur II. pan-amerikanischen Konferenz. In seiner früheren Tätigkeit als Diplomat wirkte B. in pazifistischem Sinne. Als Gesandter der Vereinigten Staaten in Siam brachte er den sogenannten »Cheek-Fall« zur schiedlichen Beilegung. Während seines Dienstes im lateinischen Amerika und als Direktor der pan-amerikanischen Union war er stets als Anwalt des Friedens tätig. Er ist Herausgeber des monatlich erscheinenden Bulletins der Pan-Amerikanischen Union.

Verf. »The pan-american Union« 1910. — Zahlreiche Artikel in Revuen und Zeitschriften.

Bartholdt, Richard, hervorragender Parlamentarier. * 2. XI. 1855, Schleiz (Deutschland). ✱ St. Louis U. St. A. und Washington D. C. Präsident des St. Louiser Schulrats und seit 1892 Mitglied des amerikanischen Kongresses. Präsident der amerikanischen Gruppe der Interparlamentarischen Union, Mitglied des Interparlamentarischen Rats für die Vereinigten Staaten. Präsident der Interparlamentarischen Konferenz von St. Louis (1904), Vizepräsident der Association for international Conciliation und Mitglied der Exekutive der amerikanischen Friedensgesellschaften.

Trat 1899 als Vertreter des amerikanischen Kongresses auf der interparlamentarischen Konferenz zu Kristiania zum ersten

Mal in der Friedensbewegung hervor. Auf der interparlamentarischen Konferenz zu Wien (1903) lud B. zur Abhaltung der nächsten Konferenz auf amerikanischem Boden ein. Diese wurde 1904 unter B.s Vorsitz in St. Louis abgehalten. Hier gab er den Anstoß zu jener Resolution, durch die Präsident Roosevelt aufgefordert wurde, Schritte zum Zusammentritt der II. Haager Konferenz zu unternehmen, und die unter seiner Führung dem Präsidenten von einer Abordnung der Konferenz überreicht wurde. B. organisierte die nordamerikanische Gruppe der Interparlamentarischen Union im amerikanischen Kongreß und fungiert seither als deren Präsident. Den Konferenzen der Union in Kristiania, Wien, Brüssel (1905), St. Louis, London, Berlin, Brüssel (1910), Genf, den nationalen Friedenskongressen in New-York (1907), Chicago (1909), in Baltimore (1911) wie verschiedenen Lake Mohonk-Konferenzen wohnte er bei. Bekannt sind seine Anregungen zwecks Organisation eines Weltparlaments und eines allgemeinen Schiedsvertrages (Brüssel 1905). Wiederholt im Parlament in großen Reden für die Friedenssache eingetreten. Nahm Einfluß auf die sogenannte Bennet-Bill (siehe diese) und auf die Subventionierung der Interparlamentarischen Union durch den Kongreß.

Verf. Entwurf eines Muster-Schiedsvertrags.

Beals, Charles Edward, Field Secretary der »American Peace Society« und Sekretär der »Chicago Peace Society«. * 15. VII. 1869. Stoughton, Mass. ✱ 307, Davis Street, Evanston, Ill. U. St. A. Office: 153, La Salle Street, Chicago, Ill. U. St. A. Seit 1904 in der Friedensbewegung tätig. Nahm an den Kongressen zu Boston, New-York, Philadelphia, London, Hartford, an den Lake-Mohonk Konferenzen von 1908, 1909, 1910, 1911 und 1912 teil; organisierte den zweiten nationalen Friedenskongreß zu Chicago, dessen Bericht er auch redigierte.

Beaufort, W. H. de, ehem. Minister des Auswärtigen der Niederlande; Mitglied der zweiten Kammer der Generalstaaten. * 19. III. 1845 Leusden, Provinz Utrecht. ✱ Haag, 11 Oranjestraat. Ehrenpräsident der ersten, Vizepräsident der zweiten Haager Friedenskonferenz, Mitglied des europäischen Rats der Carnegiestiftung.

Beauquier, Charles, Licencié en droit, archiviste paléographe (École de Chartres), Politiker. * 19. XII. 1833 zu Besançon. ✱ Paris VII, 1, rue Cler. Seit 1880 Mitglied der Deputiertenkammer, Vizepräsident der »Société pour l'Arbitrage entre nations«, Mitglied der interparlamentarischen Union seit

deren Gründung und Vizepräsident der (d'Estournelles'schen) parlamentarischen Friedensgruppe der französischen Kammer, Präsident der »Ligue franco-italienne« und der »Union latine«. Ursprünglich Journalist und als solcher selbst Herausgeber politischer Tageblätter, tritt B. seit vierzig Jahren für die Friedensidee ein. Er ist Mitarbeiter an der Revue »La Paix par le droit« usw.; nahm an den meisten interparlamentarischen Konferenzen und an den nationalen französischen Friedenskongressen teil. Außer zahlreichen politischen und schöngeistigen Schriften veröffentlichte er in der »Bibliothèque Pacifiste« einen Band »France et Italie« betitelt.

Beer Portugael, Jonkheer I. C. C. den, Gen.-Ltnt., ehem. holländischer Kriegsminister. * 1. II. 1832. Leiden. ✶ Haag, Bankastr. 50. Niederländischer Bevollmächtigter auf der I. und II. Haager Konferenz und auf der Genfer Konferenz von 1906. Mitglied des »Institut de droit international«, der »Conciliation internationale«, der Gesellschaft »Vrede door Recht«. B. P. war einer der ersten, der im »Institut de droit int.« die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit zur Besprechung brachte. Trat auf der ersten Haager Konferenz in hervorragender Weise für die Beschränkung der Rüstungen ein (7. Juni 1899). Bei jeder Gelegenheit trat er gegen den Krieg auf, den er als Rest der Barbarei bezeichnete, und plaidierte er für die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit. Fruchtbarer Schriftsteller des Völkerrechts. Zahlreiche Artikel in Völkerrechts-Revuen und pazifistischen Zeitschriften.

Verf. »La Neutralité sur l'Escaut« 1911. — »Le droit des Gens en marche vers la Paix et la guerre de Tripolis« 1912. —

Beckman, Ernst, Mitglied des schwedischen Reichstags. Langjähriges Mitglied der zweiten Kammer, jetzt des Senats. * 10. V. 1850. Upsala. ✶ Djursholm, Schweden. Mitglied des Interparlamentarischen Rats, (bis 1912) des Exekutivkomitees und des Reorganisationskomitees der Interparlamentarischen Union, Sekretär der schwedischen Reichstagsgruppe der Interparlamentarischen Union, Mitglied des schwedischen vorbereitenden Ausschusses für die III. Haager Konferenz, Korrespondent des europäischen Bureaus der Carnegiestiftung. Besuchte seit 1899 regelmäßig die Konferenzen der Interparlamentarischen Union, Vizepräsident des XVIII. Weltfriedenskongresses zu Stockholm. Trat als Redner auf den Konferenzen und im Parlament hervor.

Verf. »Den interparlamentariske Unionen« 1902. »Rapport du Groupe Suédois (sur un traité modèle pour les conventions

d'Arbitrage obligatoire usw.) dans l'annexe du compte rendu da la XIIe conférence interparlementaire 1904. —

Berendsohn, Walter A., Student. * 10. IX. 1884. Hamburg. ✱ Kiel, Karlstraße 42 III. Vertritt den Pazifismus in Studentenkreisen seit 1906, arrangierte die Studienreise deutscher Studenten nach England (Sommer 1910), Sekretär des Amtes für Studienreisen ins Ausland.

Berendsohn, Robert Louis, Kaufmann. * 24. IV. 1883. Hamburg. ✱ Dockenhuden bei Blankenese, Bahnhofstrasse 27. Vorstandsmitglied der Ortsgruppe Hamburg der Deutschen Friedensgesellschaft, Sekretär der »Gesellschaft für Völkerverständigung« (Hamburg). Seit 1905 in der Friedensbewegung tätig, meist als Wanderredner. Besuchte die Friedenskongresse in München und London.

Verf. »Krieg oder Frieden? Deutsches Volk, entscheide!«

Bergmann, Johann, Gymnasialprofessor und Lektor an der Stockholmer Universität. * Tydje, Dalsland, Schweden. ✱ Stockholm, Högbergsgatan 12. Seit 1890 in der Friedensbewegung. Vorträge. Generalsekretär des XVIII. Weltfriedenskongresses in Stockholm und Generalsekretär des Organisationskomitees jenes Kongresses.

Verf. Bericht über den Stockholmer Friedenskongreß.

Beringer, Ulrich, Pfarrer. * 28. II. 1865. Ellikon a. Th. Kanton Zürich. ✱ Elgg Kt. Zürich. Seit 1896 Präsident des Friedensvereines in Elgg. Vorträge. Vertretung der Idee in der Predigt und beim Schulunterricht.

Verf. »Allgemeiner Völkerfriede« 1898.

Berwick, Edward, Gartenkünstler. * 25. I. 1843. London. ✱ 343 Ocean View Avenue, Pacific Grove, Cal. U. St. A. Seit vielen Jahren Organisator und Sekretär des »Pacific Coast Branch of the Intern. Arbitration and Peace Association«. Seit 25 Jahren Vorträge über Schiedsgerichtsbarkeit und Föderation. Zahlreiche Presseartikel.

Verf. »The great want of all civilised nations«.

Betz, Carl, Landtagsabgeordneter und Gemeinderat. * 3. X. 1852. Heilbronn. ✱ Heilbronn. Vorsitzender der Ortsgruppe Heilbronn der Deutschen Friedensgesellschaft. Seit 1895 in der Bewegung. Trat im württembergischen Landtag für den Abschluß von Schiedsverträgen ein. Hielt zahlreiche Vorträge.

Blech, Charles Auguste, Dr., Advokat. * 19. II. 1843. Saint-Marie-aux-mines (Markirch), Elsaß. ✱ Paris IV. Quai des

Celestins No. 40. Seit 1867 Mitglied der »Ligue internationale de la paix et de la Liberté«; seit 1871 des Pariser Komitees jener Liga. Nahm an den Friedenskongressen der Liga von 1867, 1868, 1869, 1872 und 1879 teil; ferner an den Weltfriedenskongressen von Paris 1889 und 1900 und Luzern 1905. Mitarbeiter an dem Journal »Les États-Unis d'Europe« seit 1871.

Bloh, Friedrich, Rektor. * 23. X. 1854. Wardenburg (Oldenburg). ✱ Hamburg 20, Violastraße 9. Mitglied der Hamburger Oberschulbehörde, seit 1899 Vorsitzender der Ortsgruppe Hamburg-Altona der Deutschen Friedensgesellschaft. Zahlreiche Vorträge und Zeitungsartikel.

Böhme, Ernst, Pastor. * 5. III. 1862. Jena. ✱ Kunitz b. Jena. Vorsitzender der Jenaer Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft, seit 1894 Mitarbeiter an der Friedensbewegung. Bereitete den ersten deutschen (National-)Friedenskongreß (Jena 1908) vor. Vorträge, Zeitungsartikel.

Verf. »Krieg und Christentum« 1906.

Bollack, Leon, Publizist. * 1859. Paris. ✱ 147 Avenue Malakoff, Paris XVI. Zahlreiche Revueartikel. Veröffentlichte 6 Jahre hindurch in »La Revue« die Chronik »Vers l'Entente universelle« jetzt in den »Dokumenten des Fortschritts« unter dem Titel »Vers la Fédération mondiale«.

Verf. »La paix ou la guerre« 1887. Verschiedene kleinere Schriften über Elsaß-Lothringen und die franko-englische Föderation.

Bonde, Carl Carlson Baron, Mitglied der II. Kammer des schwedischen Reichstags, erster Kammerherr des Königs, Präsident des Generalrats der Provinz Sudermanie. * 11. VI. 1850. Stockholm. ✱ Schloß Ericsberg (Schweden). Präsident der schwedischen Gruppe der Interparlamentarischen Union, Präsident der skandinavischen Interparlamentarischen Union, Mitglied des Berner Bureaus, Mitglied des europäischen Rats der Carnegie-Stiftung. B. war Präsident des XVIII. Weltfriedenskongresses in Stockholm.

Boon, Theres, geb. Clemens. * Lund (Schweden). ✱ Haag, 130 Koningin Emmakade. Mitglied des Vorstandes der Gesellschaft »Vrede door Recht«, Sekretärin der schwedisch-niederländischen Vereinigung im Haag. Veranlaßte 1907 die Zusammenstellung und Herausgabe eines Huldigungswerkes für König Oskar II. von Schweden dafür, daß er bei der Lostrennung Norwegens den Krieg vermieden habe.

Bovet, Dr. jur. George, Journalist. * 27. XI. 1874. Neuchatel. ✱ Bern, Speichergasse 12. Mitglied des Berner Bureaus und

dessen ständiger Kommission. General-Sekretär der »Ligue int. de la Paix et de la Liberté«. Seit 1900 Redakteur des Journals »États-Unis d'Europe«. Teilnehmer an zahlreichen Friedenskongressen.

Bourgeois, Léon Victor Auguste, Minister der öffentlichen Arbeiten. * 29. V. 1851. Paris. ✱ 3 Rue Palatine, Paris VIe. Mitglied des Haager Schiedshofes, Ehrenmitglied des »Institut de Droit international«, Ehrenpräsident der französischen parlamentarischen Gruppe für Schiedsgerichtsbarkeit, Mitglied der Interparlamentarischen Union, Ehrenpräsident der »Conciliation internationale«, Mitglied des europäischen Rats der Carnegiestiftung. War auf der ersten und zweiten Haager Konferenz erster Delegierter Frankreichs, und auf beiden Konferenzen Präsident der Schiedsgerichtskommission. War Präsident der interministeriellen Kommission, die mit dem Studium des Programms der Londoner Seerechtskonferenz betraut war. Präsidierte dem II. nationalen Friedenskongreß in Reims (1909). B. hatte bei beiden Haager Konferenzen die Führung der fortschrittlichen Richtung inne. Seine Reden für die Schiedsgerichtsbarkeit und zugunsten des Rüstungsstillstandes sind klassische Produkte modernen pazifistischen Geistes. Wiederholt trat er im Parlamente als Abgeordneter und Senator, ebenso auch während seiner Ministerschaft im friedensfördernden Sinne auf. Berühmt ist seine Rede in der Deputiertenkammer vom 20. Januar 1902 über den »Transvaalkrieg und der Friede«, über den »Rechtszustand zwischen den Nationen« anläßlich des Jubiläums von Louis Renault am 10. März 1907, ferner seine Rede beim Empfang der südamerikanischen Delegierten der II. Friedenskonferenz durch die französische Schiedsgerichtsgruppe im Senat am 14. November 1907, über die II. Haager Konferenz auf der freien Hochschule der politischen Wissenschaften am 5. Juni 1908, seine Eröffnungsrede der Pariser Session des »Institut de Droit international« (Okt. 1910), seine Briefe an die französische parlamentarische Schiedsgerichtsgruppe anläßlich des Empfanges der Delegierten der skandinavischen Parlamente vom 28. November 1904, an den Minister des Äußern im Namen der Senatskommission für die Haager Konventionen (1910) und an den Rassenkongreß 1911.

Verf. »Pour la Société des Nations« 1910.

Bradlaugh-Bonner, Hypatia (Mrs.), Publizistin. * 31. III. 1858, London, als Tochter Charles Bradlaughs. ✱ 23 Streathbourne Road, Upper Tooting, London S. W., Vorsitzende der

»Rationalist Peace Society«, Vorstandsmitglied der »International Arbitration and Peace Association«. Seit frühester Jugend, unter dem Einfluß ihres Vaters stehend, für die Friedenssache und auch andere Reformbewegungen eintretend; bei einer Versammlung im Hydepark 1878, die gegen die Intervention Englands im russisch-türkischen Krieg gerichtet war, schwer verwundet. Ihre Zeitschrift »Reformer« mußte 1904 ihr Erscheinen einstellen, da sie infolge ihrer standhaften Opposition gegen den Burenkrieg alle Abonnenten verlor. Zahlreiche Vorträge und Artikel.

Verf. »Women — a challenge«. 1909. — »Women and Peace« 1910.

Bridgman, Raymond Laudon, Publizist. * Amherst Mass. 26. IX. 1848. ✱ 90, Hancock St., Auburndale, Mass. U. St. A. Früherer Direktor der »American Peace Society«. B. ist Verfasser der an die gesetzgebende Körperschaft von Massachusetts 1901 gerichteten Petition und der von dieser Körperschaft 1902 angenommenen und dem Kongreß der Vereinigten Staaten übermittelten Resolution um Einführung einer Weltgesetzgebung. Urheber einer Petition an die gesetzgebende Körperschaft von Massachusetts gegen gewaltsame Landannexionen.

Verf. »World Organization« 1905. — »The first Book of World Law« 1911.

Broda, Dr. R., Herausgeber der »Dokumente des Fortschritts«. * 31. VIII. 1880. Weikersdorf in Niederösterreich. ✱ 59 Rue Claude Bernard, Paris. Generalsekretär des Instituts für internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen. Vorträge. Zeitungsartikel. Int. Organisation.

Broomé, Emilia, geb. Lothigius, Vorsteherin des Instituts für soziale Reformen in Stockholm. * 31. I. 1866. Jönköping. ✱ Stockholm, Mallmakillnadsgatan 60. Vorsitzende des schwedischen Frauenfriedensvereines und des Zentralkomitees der schwedischen Friedensvereine, Kassenführerin des Organisationskomitees des XVIII. Weltfriedenskongresses in Stockholm und Vorsteherin des Kongreßbureaus. B. gründete 1898 den schwedischen Frauen-Friedensverein, dessen Vorsitzende sie ist. Sie trat in zahlreichen Vorträgen und durch energische Organisationsarbeit für die Verbreitung der Friedensidee in Schweden ein, wo sie gleichzeitig für die Frauenfrage und für die soziale Erziehung wirkt.

Verf. (in schwedischer Sprache): Aufruf an die schwedischen Frauen. — Die Friedenssache und die Frau. — Das Kind und

die Friedenssache. — Unterredungen in bezug auf den Einfluß des Kasernenlebens auf die Jugend. — Vom Krieg zum Schiedsgericht. Ihre Schriften sind teilweise ins Dänische und Holländische übersetzt worden.

Brown, Rev. Charles Reynolds, Priester. * 1. X. 1862. Bethany, West Virginia U. St. A. ✱ Hotel Canterbury, Boston, Mass. U. St. A. Mitglied der »American Peace Society«, Direktor der »World Peace Foundation«. Hervorragend tätig in der amerikanisch-japanischen Verständigungsaktion.

Verf. »The Outlook for Universal and permanent Peace« 1898. — »Blessed are the Peace Makers« 1904. — The Prince of Peace« 1908. — »The Progress of International Arbitration« 1906. —

Brooks, Samuel Palmer, Präsident der Baylor Universität. * 4. XII. 1863, Milledgeville, Georgia, U. St. A. ✱ Waco, Texas U. St. A. Präsident der »Texas State Peace Society« und der »Texas State School Peace League«. Besuchte die letzten Lake-Mohonk-Konferenzen und den II. nationalen Friedenskongreß in Chicago (1909), gründete die »Texas state Peace Society« und hielt an Universitäten, Kollegien und in öffentlichen Versammlungen Vorträge über die Friedensidee. Zeitungsartikel.

Bucher-Heller, Dr. Franz, Advokat. * 12. V. 1868. Luzern. ✱ Luzern, Adligenschwylerstraße 20. Zentralpräsident des schweizerischen Friedensvereins, Mitglied des Berner Bureaus, Gründer und seit 1900 Präsident der Sektion Luzern des schweizerischen Friedensvereines, Sekretär des Verwaltungsrates des Kriegs- und Friedensmuseums in Luzern, Präsident des Organisationskomitees des XIV. Weltfriedenskongresses in Luzern. Als Redner, Organisator und Journalist in hervorragender Weise für die Friedenssache tätig.

Burt, Right. Hon. Thomas, Sekretär der Bergarbeiter-Vereinigung. Mitglied des Parlaments. * 12. XI. 1837. Murton Row, Northumberland, England. ✱ 20 Burdon Terrace, Newcastle on Tyne; Geheimer Rat (Privy Councillor), Präsident der »International Arbitration League«, Mitglied des europäischen Rats der Carnegiestiftung. Hervorragender Vertreter der Friedens- und Schiedsidee. Urheber der Friedensresolutionen auf den internationalen Bergarbeiterkongressen in Paris, Berlin usw.

Burton, Theodore Elyah, Senator der Vereinigten Staaten für Ohio. * 30. VII. 1851. Jefferson. ✱ 116th Street, Cleveland, Ohio. Mitglied des Interparlamentarischen Rats, Vizepräsident der Vereinigten Staatengruppe der Interparlamenta-

rischen Union. Vertrat in hervorragender Weise die Schiedsidee im Repräsentantenhaus und im Senat; namentlich während der Campagne um die Taftschen Schiedsverträge (1912).

Verf. »Naval Armaments. A selection from Speeches delivered on Congress on the Naval Appropriation Bills of 1906, 1908, 1909 and 1910.

Butler, Nicholas Murray, Präsident der Columbia-Universität. * 2. IV. 1862. ✱ Columbia University, New York und 119 E. 30th Str. New York. Trustee der Carnegiestiftung, Direktor der Abteilung für Propaganda und Erziehung der Carnegiestiftung, Vorsitzender der »American Association for International Conciliation«, Vorsitzender der Lake-Mohonk-Konferenzen von 1909, 1910, 1911 und 1912. Seine Eröffnungsreden auf jenen Konferenzen haben auch in Europa großes Aufsehen gemacht.

Verf. »Opening Adresses of the Lake Mohonk Conferences«. 1909—1912. — »Der deutsch-englische Gegensatz und die Pflicht Amerikas« (Lake-Mohonk-Eröffnungsrede von 1909), deutsch übersetzt von A. H. Fried, in »Amerika gegen die Rüstungen«. Berlin 1909. — »The international Mind; an argument for the judicial settlement of international disputes«. 1912.

Byles, Sir Willam Pollard, Parlamentsmitglied. * 13. II. 1859 zu Bradford, Yorkshire. ✱ 8 Chalcot Gardens, Hampstead, N. W. London. Mitglied der interparlamentarischen Union. Von 1892—1895 Mitglied des englischen Parlaments, gegenwärtig Vertreter für North Salford. Bis 1898 Eigentümer der Tageszeitung »The Bradford Observer«. Im Parlament trat er für die Gewerkschaften, die Cooperativ- und Freunde-Gesellschaften ein, wie für die Friedensbewegung, der er im öffentlichen Leben, namentlich in der Presse, seine ganzen Kräfte widmete. Jm Jahre 1893 richtete er im Unterhause an Gladstone die Aufforderung, die englische Regierung solle eine Bewegung zugunsten einer gleichmäßigen Abrüstung in Europa in Angriff nehmen. Seitdem stellte er wiederholte Anfragen an die Regierung betreffend die Verständigung mit Deutschland, die Vermeidung der Rüstungen usw.

Call, Arthur D., Pädagoge. Schulinspektor. * Fabius. N. Y. ✱ 126, Collins Street, Hartford, Conn. Präsident der »Connecticut Peace-Society«, Vizepräsident und Direktor der »American Peace Society«. War Vorsitzender des Exekutivkomitees des Neu-England Friedens- und Schiedsgerichtskongesses (1910).

Carlier, Marie Madeleine, geb. Harris, Schriftstellerin. * 1866 Calais. ✱ Croisilles (Pas de Calais) Frankreich. Präsidentin der »Société pour éducation pacifique«. Angeregt durch den von William T. Stead im Jahre 1899 geplanten Friedenskreuzzug begann sich Mlle. C. mit der Friedenspropaganda zu beschäftigen. Im Mai desselben Jahres begründete sie in ihrem Heimats-Departement eine Gruppe der »Ligue des Femmes pour le désarmement«, und im Juli 1901, in Verein mit Mlle. Bodin, die »Société de l'Éducation pacifique«, unter dem Ehrenpräsidium Fréd. Passys. Diese Gesellschaft veranlaßte in Unterrichtskreisen eine große Bewegung zugunsten der Friedensidee.

Verf. (avec Odette Laguerre) »Pour la Paix« 1906.

Carnegie, Andrew, Großindustrieller und Philantrop. * 25. XI. 1837. Dunfermline, Fifeshire, Schottland. ✱ Im Sommer: Skibo Castle, Dornoch, Sutherland England. Im Winter: 2, East 91th St. New-York. Von armer Herkunft zu einem der reichsten Männer der Welt emporgeschwungen. Zog sich 1899 von den Geschäften zurück und widmete sich mit seinem ungeheuren Vermögen menschenfreundlichen Werken. Seit langem in der Friedensbewegung interessiert. Auf der ersten panamerikanischen Konferenz (1889—1890) war er bereits ein Delegierter der Vereinigten Staaten und nahm dabei hervorragenden Anteil an dem pan-amerikanischen Schiedsvertrag. Mit Randal Cremer arbeitete er unausgesetzt an dem Zustandekommen eines unbeschränkten und ständigen anglo-amerikanischen Schiedsvertrags. Er selbst hielt Vorträge über die Schiedsgerichtsbarkeit bei den verschiedensten Gelegenheiten. Der New Yorker Friedenskongreß von 1907 war von ihm arrangiert und präsidiert. Aus seinen Mitteln bestritt er in großem Umfange zahlreiche pazifistische Unternehmungen von Gesellschaften und Einzelpersonen. Für den Friedenspalast im Haag stiftete er sieben Millionen Mark, drei Millionen Mark für die Erbauung des Palastes der amerikanischen Republiken. Auch errichtete er für den mittelamerikanischen Staatengerichtshof in Cartago (Costa Rica) ein geeignetes Heim. Am 14. Dezember 1910 überraschte er die Welt mit einer großen Friedensstiftung von 40 Millionen Mark zur Förderung des Friedens und Abschaffung des Krieges. Seine großen pazifistischen Verdienste wurden anerkannt durch die Verleihung der Ehrendoktorate seitens verschiedener Universitäten. Die IV. panamerikanische Konferenz erklärte ihn durch einstimmigen Beschluß zum Wohltäter der Menschheit und ließ eine Medaille prägen, die ihm am 5. V. 1911 feierlich überreicht wurde.

Verf. »A League of Peace: a Rectoral Address delivered to the Students in the University of St. Andrews 17th Octobre 1905«. Deutsche Übersetzung unter dem Titel »Für das internationale Schiedsgericht« Hamburg 1906. — »Armements and their Results« 1909. — »Speech at the annual meeting of the Peace Society in the Guidhall, London 24. May 1910«. — »The wrong Path« 1909; deutsch, von A. H. Fried in der Schrift »Amerika gegen die Rüstungen« Berlin 1909. — »Four alleged objections to international Peace and Answers thereto« 1907.

Carter, Arabella, Schulleiterin und Journalistin. * 12. VII. 1867. Byberry, Pennsylvanien U. St. A. ✱ 1701 Green Street, Philadelphia, Penn., Sekretärin der »Universal Peace Union« in Philadelphia, Direktorin des »Peace-maker«. War Sekretärin des Organisationskomitees für den Weltfriedenkongreß zu Boston. Zahlreiche Reden und Zeitungsbeiträge.

Casewitz, Henry, Ingenieur und Verleger. * 16. IX. 1869. ✱ 12, Ave. Victor Hugo, Paris. Mitglied der ständigen Delegation der französischen Friedensgesellschaften, des Zentralkomitees der »Ligue internationale de la Paix et de la Liberté«. Hat als Schatzmeister der Fédération des Universités populaires den Anschluß von 153 Volksuniversitäten und zahlreichen anderen Körperschaften an das Berner Bureau veranlaßt.

Choate, Josef Hodges, Rechtsgelehrter und Diplomat. * 24. I. 1832. Salem, Mass. ✱ 60 Wall Street, New York City. Von 1899—1905 Botschafter in London. Auf der II. Haager Konferenz Präsident der amerikanischen Delegation und hervorragender Verfechter des allgemeinen obligatorischen Schiedsvertrages, der Errichtung eines wirklich ständigen Schiedshofes, der Rüstungsbeschränkung und der Periodizität der Haager Konferenzen. Ihm ist es zu danken, daß die Haager Konferenzen zu einer ständigen Einrichtung wurden. Choate ist Vizepräsident des Trustee-Boards der Carnegiestiftung. Er hat häufig über internationale Friedensfragen gesprochen. Seine auf der Haager Konferenz gehaltenen Reden sind von John Brown Scott mit denen der anderen amerikanischen Delegierten herausgegeben worden (Boston 1910).

Clarck, Dr. Gavin Brown. * 1846. ✱ Fryerne, Caterham, Surrey. Von 1885—1900 Mitglied des Unterhauses, Mitbegründer der anglo-deutschen Verständigungsbewegung auf dem Friedenskongreß zu Luzern. Teilnehmer an den meisten interparlamentarischen Konferenzen und Weltfriedenskongressen, sowie an allen nationalen englischen Friedenskongressen. Tritt entschieden für

die anglo-deutsche Verständigung und eine vernünftige vertragsmäßige Verminderung der Rüstungen ein.

Clark, John Bates, Nationalökonom und Historiker, Professor an der Columbia-Universität. * 26. I. 1847, Providence Rhode Island. ✱ 407 West 117th Street, New York City. Direktor der Abteilung für Nationalökonomie und Geschichte der Carnegiestiftung. Seine tiefe Auffassung des Wesens und der Stellung der Nationalökonomie im Leben der Nationen ließ C. ein großes Interesse an der Friedensbewegung nehmen. In mannigfachen Reden, hauptsächlich auf den Lake-Mohonk-Konferenzen und in Broschüren suchte er die wirtschaftliche Wirkung des Krieges auf das Gedeihen der Völker nachzuweisen. C. präsidierte der von den zweiten Division der Carnegiestiftung einberufenen Berner Konferenz der Nationalökonomen und Historiker im Sommer 1911.

Verf. »An economic View of War and Arbitration« 1910. — Zahlreiche hervorragende nationalökonomische Werke.

Clifford, John, Baptisten-Priester. * 16. X, 1836. ✱ 25, Sunderland Terrace, Bayswater, London W., Präsident der Baptisten-Union Großbritanniens und Ireland. Vizepräsident der »Peace Society«. Predigt alljährlich über den Frieden. Teilnahme am Londoner Weltfriedenskongreß 1908.

Verf. »Does Christianity forbid war?«.

Clunet, Eduard, Advokat. * 1847. Grenoble (Isère). ✱ 11, rue Keppler, Paris. Präsident (1910/12) des »Institut de droit int.« Präsident der »International Law Association«, hervorragender Jurist auf dem Gebiete des internationalen Privatrechts. Gründete und redigierte das »Journal du droit int.« (1874—1910.)

Collins, Sir William, Arzt, Professor der Londoner Universität. * 1859 London. ✱ 1, Albert Terrace, Regents Park N. W. London. Von 1906—1910 Mitglied des Parlaments. Präsidierte dem V. englischen National-Friedenskongreß in Cardiff (1909). Mitglied des nationalen (engl.) Friedensrats.

Cooke, Miß Mary L., Lehrerin. * 1841 Gastead near Corsham, Willt. England. ✱ 90, St. Ann's Hill, Wandsworth London S. W. Sekretärin der »Peace Union«, Mitglied des Nationalrats der englischen Friedensgesellschaften, Mitglied des Friedenskomitees der »Society of Friends«. Seit 1883 in der Bewegung tätig; zuerst in Ireland dann in London. Herausgeberin der Zeitschrift »War and Brotherhood« von 1896—1910. War mit J. F. Green zusammen Sekretärin der vier ersten eng-

lischen National-Friedenskongresse. Zahlreiche Vorträge. Teilnahme an sechs Weltfriedenskongressen.

Verf. »War and armed Peace«. 1905. — »Bad Housekeeping«. 1907. — »Arbitration, the Hope of the twentieth Century« usw.

Courtney of Penwith, Right. Hon. Lord, Politiker. Mitglied des Oberhauses. * 6. VII. 1832, Penzance. ✱ 15, Cheyne Walk, London S. W. Früherer Deputy-Speaker des Unterhauses; Geheimer Rat (Privy Councillor), Präsident des ersten britischen National-Friedenskongresses (Manchester 1904), Präsident des XVII. Weltfriedenskongresses zu London, Mitglied des europäischen Rats der Carnegiestiftung, Mitglied des nationalen (engl.) Friedensrats. Während des südafrikanischen Krieges Präsident des Verständigungskomitees. War im Parlament und in der Presse einer der unversöhnlichsten Gegner des Burenkrieges.

Coutant, E. P. (Pseudonym Stéfane-Pol), Friedensrichter. * Le Blanc (Indre) Frankreich. ✱ 39 rue de Vignes, Paris. XVI. Mitglied des Komitees der Gesellschaft »La Paix par le droit«. Gründer der »Bibliothèque pacifiste int.« Zahlreiche Artikel und Schriften.

Darby, William Evans, Dr.; L. L. D. (Doctor of Laws), D. D. (Doctor of Sacred Theology) B. D. (Bachelor of Divinity) F. S. A. (Mitglied der Gesellschaft der Künste). * 15. VII. 1844 zu Laugharne in Carmarthenshire (Wales). Sekretär der »Peace Society«, Herausgabe des »Herald of Peace« und der »Olive Leaf«, Mitglied der Kommission des Berner Friedensbureaus, Vizepräsident der »International Law Association«, Ehrensekretär der »Arbitration Alliance« und der »Natives Races Association«, Mitglied des nationalen Friedensrats der englischen Friedensgesellschaften.

Schon frühzeitig aktiv für die Friedensbewegung tätig, ist D. nach dem im Jahre 1888 erfolgten Tode Henry Richards zum Sekretär der »Peace Society« ernannt worden. Es gelang ihm in diesen Jahren, durch seine rührige und energische Tätigkeit die »Peace Society« zu einer Bedeutung emporzubringen, die sie in früheren Jahren niemals erreicht hatte. Er organisierte die Verbreitung von Literatur, die Herausgabe von Zeitschriften, vertrat in Wort und Schrift und durch persönliches Eingreifen die Aufgabe der Gesellschaft, die durch ihn in die erste Linie gerückt wurde. In Ausübung seiner Friedensagitation bereiste er den ganzen Kontinent, die Vereinigten Staaten und Kanada. D. wohnte seit 1889 allen Friedenskongressen, mit Ausnahme des-

jenigen zu Monako, bei. Zweimal arrangierte er Petitionsbewegungen zugunsten eines Schiedsvertrags-Abschlusses mit den Vereinigten Staaten; einmal im Jahre 1892, wobei 70250 Unterschriften gesammelt und dem Unterhause überreicht wurden, das anderemal im Jahre 1897, als das National-Memorial mit 61276 Unterschriften dem Premierminister unterbreitet wurde. Auch die Kirchenpetition, die die bevollmächtigten Unterschriften der offiziellen Vertreter von 119 Kirchengemeinden trug, deren Mitglieder 88 Millionen umfassen, war D.s Werk. Der Einrichtung des Friedenssonntags widmete D. großes Augenmerk. Unter seiner Leitung nahm diese Einrichtung von Jahr zu Jahr an Bedeutung zu. Die Zahl der Geistlichen der Vereinigten Königreiche, die diesen Tag der Friedensfeier widmet, vermehrt sich stets. Eines seiner zahlreichen Bücher, die »International Tribunals«, diente während der I. Haager Konferenz, ebenso während der II. pan-amerikanischen Konferenz zu Mexiko für den Gebrauch der Mitglieder.

Verf. »International Tribunals«. 4. Aufl. 1904. — »Proved Practicability of int. Arbitration«. — »More recent Progress of intern. Arbitration«. — »Continuing Progress of int. Arbitration«. — »Progress of int. Arbitration«. — »The present Position of int. Arbitration«. — »Int. Arbitration and int. Law«. — »Permanent Arbitration in int. Law«. — »Numerous Papers on International Law for the Conferences of the I. L. A«. — »Int. Arbitration in the XX. Century«. — »Law and Love; or the question of Sanctions«. — »Present Position of int. Arbitration«. — »Historical Outline of the modern Peace Movement«. — »Sermon notes on Peace Topics«. — »The Tsars Rescript«. — »The case against Conscription«. — »Rocks Ahead«. — »Breakers Ahead«. — »Armed Peace«. — »Declaration of War«. — »Popular Responsability in declaring war«. — »A political Blunder«. — »The origin of Peace Societies«. — »Military Drill in Schools«. — »The Christ-Method of Peace-Making«. — »Beneath the Bow Bells« usw.

Davidson, Ivar August, Schriftsteller. * 10. VI. 1874. ✱ Sundsvall, Schweden, Tradgårdsgatan 5. Seit 1896 als Redner und Schriftsteller tätig. Besuchte die Weltfriedenskongresse zu Rouen, Luzern, Mailand, München, London und Stockholm.

Verf. »Die Entwicklungsgeschichte der modernen Friedensbewegung von der Utopie zur praktischen Politik« (in schwedischer Sprache) 1905.

Decker, Fritz, Kaufmann. * 22. XI. 1882. Cöln a. Rh. ✱ Düsseldorf, Münsterstraße 83. Vorsitzender der Ortsgruppe Köln der Deutschen Friedensgesellschaft, die er (1905) begründete. Schriftstellerisch tätig. Zentralstelle der Ecksteinschen Friedenspetition für Deutschland. Besuchte die Friedenskongresse von Luzern, Mailand, München.

Verf. »Gedankenheer aus Bertha von Suttners Werken« 1906.

Dennis, William Cullen, Rechtsgelehrter. * 22. XII. 1878. Richmond, Ind. U. S. A. ✱ State Departement, Washington D. C. Agent der Vereinigten Staaten im Venezuelastreit vor dem Haager Hof (1909), und im Chamizal Schiedsfall mit Mexiko (1910). Sekretär der Lake-Mohonk Konferenzen 1901|2.

Descamps, Baron Eduard. * 27. VIII. 1847. Belveil, Hainaut, Belgien. ✱ Löwen und Schloß de Grimonster bei Ferrières (Belgien). Staatsminister, Senator, Professor für internationales Recht an der Universität Löwen. Mitglied des internationalen Schiedsgerichtshofes im Haag, Mitglied und ehemaliger Präsident der königlichen Akademie von Belgien, Mitglied des »Institut de France«, des internationalen Kolonialinstitutes, Ehrenmitglied des interparlamentarischen Rats, Generalsekretär und ehemaliger Präsident des »Institut de droit international«. Ehrendoktor der Universitäten von Oxford und Edinburg. D. steht seit 1884 im politischen Leben und zeichnete sich durch hervorragende Arbeiten auf dem Gebiete des Völkerrechts aus. Er präsidierte der interparlamentarischen Konferenz zu Brüssel (1895) und nahm an den Konferenzen zu Budapest, Paris, London und Brüssel (1905) teil. Er redigierte im Auftrage der interparlamentarischen Konferenz zu Haag die dem Entwurf für die Errichtung eines ständigen Schiedsgerichtshofes beigegebene »Denkschrift an die Mächte«. War belgischer Delegierter auf der I. Haager Konferenz und nahm hervorragenden Anteil an den Arbeiten der III. (Schiedsgerichts-)Kommission, deren Berichterstatter er war. Bei den Prozessen am Haager Schiedshof war er bei dem Streit der Vereinigten Staaten mit Mexiko juristischer Beirat des amerikanischen Vertreters, und in dem Streit Japans mit den europäischen Staaten wurde er zum Sachwalter Japans bestellt.

Verf. I. Arbeiten über die Brüderlichkeit der Völker und der Rassen, insbesondere für die Abschaffung der Sklaverei: »Les grandes initiatives dans la lutte Contre l'ésclavage« 1888. — »La Traite africaine« 1889. — »L'Avenir de la civilisation en Afrique« 1891. — »Premier code répressif de la Traite sur

Terre« 1891. — Begründung der Revue »Le mouvement anti-ésclavage international«. —

II. Arbeiten für die Entwicklung der Weltvereinigungen und der internationalen Ämter: »Les offices internationaux et leur avenir« 1849. — »L'Union international pour la publication des Traités«; mémoire à l'Institut de France 1895. — Recueil international des Traités« (jährlich ein Band von 1000 Seiten, Mitarbeiter M. Louis Renault.)

III. Arbeiten über die internationale Schiedsgerichtsbarkeit: »Mémoire aux Puissances, Brüssel« 1896. — (Deutsche Übersetzung München 1896). — »Le premier Arbitrage de la Cour de la Haye: Les fondations californiennes«. Plaidoyer de M. D. comme conseil des Etats Unis 1902. — »Le fonctionnement du Premier Tribunal d'Arbitrage constitué au sein de la Cour permanent de la Haye«; mémoire à l'Institut de France, 1903. —

IV. Arbeiten für die Entwicklung des Rechts der Neutralen und die Umwandlung der Neutralität in Pacigérat: »Le droit de la Paix et de la guerre; Essai sur l'évolution de la Neutralité et sur la constitution du pacigérat« 1898. — »Discours et rapport sur le pacigérat« (Conférence interparl. de Paris) 1900. —

V. Arbeiten über die Friedensorganisation neuer Länder: »L'afrique nouvelle« essai sur le gouvernement civilisateur dans les pays neufs« 1903. — »La main d'œuvre dans les colonies projet du réglement int. adopté par l'institut colonial int. dans sa session à Bruxelles« 1899. —

VI. Arbeiten über die Friedensorganisation zivilisierter Staaten: »Rapport à la Conférence de la Haye sur le réglement pacifique; des differences internationaux 1900. — La Neutralité de Belgique; étude sur la Constitution des États pacifiques à titre permanent« usw. usw.

Dietz, Alexander, Dr. jur., Justizrat, Rechtsanwalt. * 30. III. 1864. Frankfurt a. M. ✶ Große Gallusstraße 18, Frankfurt a. M. Präsident des Frankfurter Friedensvereines, Ehrenmitglied der »Conciliation internationale«. Besuchte verschiedene Friedenskongresse.

Verf. »Franz Wirth und der Frankfurter Friedensverein 1886«.

Dolgorukoff, Fürst Paul, Politiker. * 1866, Zarskoie Selo, Rußland. ✶ Volchonka, Moskau. Ehemaliger Dumaabgeordneter, ehemaliger Adelsmarschall, bis 1907 Kämmerer. Organisierte die Moskauer Friedensgesellschaft und ist seitdem ihr Präsident. Teilnehmer am Friedenskongreß zu Stockholm. Artikel und Vorträge.

Drago, Luis Maria, Staatsmann und Rechtsgelehrter. * 1859, Buenos Ayres. ✱ 761 Avenida de Mayo, Buenos Ayres. Ehemaliger Minister des Äußern, Professor des Rechts an der Universität Buenos Ayres, Mitglied des Haager Schiedshofes, Lebenslängliches Mitglied der »American Society of International Law«, Delegierter Chiles auf der II. Haager Konferenz, wo er die nach ihm benannte Lehre (Drago-Doctrin) auf Verbot der Gewaltanwendung bei Einhebung von Vertragsschulden erfolgreich vertrat. Drago war Mitglied des Haager Tribunals in dem anglo-amerikanischen Streit über die Neufundlandfischerei. Hervorragender Völkerrechtsjurist und Mitarbeiter der bekannten Völkerrechts-Revuen.

Verf. »L'emploi de la Force pour recouvrer les dettes de l'Etat« 1907.

Dumas, Jacques Louis Eugène, Staatsanwalt. * 13. XI. 1868. Paris. ✱ 5 bis, rue de Beauvau, Versailles. Doktor der Rechte, Officier de l'Instruction public. Korrespondent des europäischen Bureaus der Carnegiestiftung. Seit früher Jugend Anhänger der Bewegung, mit 18 Jahren Mitbegründer der »Association de la Paix par le Droit«, lange Zeit deren Präsident, gleichzeitig Sekretär der »Société française d'Arbitrage entre nations« und einer der Hauptmitarbeiter der Revue »La Paix par le Droit«. Seit 1889 redigiert er den »Almanach de la Paix«. Von Hodgson Pratt wurde er testamentarisch mit der Verwaltung des »Prix Thibault« betraut, die er mit Hilfe eines ihm zur Seite stehenden Komitees durchführt. Seit 1890 nahm D. an fast allen Weltfriedenskongressen teil, auf denen er sich namentlich den Fragen des internationalen Rechtes widmete. Zahlreiche Artikel in wissenschaftlichen und pazifistischen Fachrevuen.

Verf. »Les Sanctions de l'Arbitrage international« 1905. — »La Colonisation« 1904. — »Le droit de passage en temps de guerre«.

Duplessix, Emile Edgard, Notar. * 1. II. 1850. Rennes. ✱ 3, rue Gambetta, Rennes. Mitglied des Komitees der Ligue int. de la Paix et de la Liberté. Nahm regen Anteil an verschiedenen Weltfriedens- und nationalen Kongressen. Leistete hervorragende Arbeiten auf dem Gebiete der Kodifikation des int. Rechtes.

Verf. »Vers la Paix« 1903. — »La loi des Nations, projêt de Code de droit international public« 1906. — »L'Organisation internationale« 1909. —

Duras, Victor Hugo, Jurist. * 6. V. 1880. Wilber, Nebr. U. St. A. ✱ 149, Broadway, New-York-City. Mitredakteur des »Peace-Maker« in Philadelphia.

Verf. »Universal Peace by intern. Governement«. — »History of Peace Movement«. —

Dutton, Samuel Train, Pädagoge. * 16. X. 1849. Hillsboro, New Hampshire U. St. A. ✱ 411, West 114th Street. New-York-City. Schulinspektor in drei amerikanischen Städten, Professor an der Columbia-Universität, Mitglied des Berner Bureaus, Mitglied der Lake-Mohonk-Konferenzen, Sekretär der »Peace Society of the City of New York«, Trustee der »World Peace Foundation«. Organisierte die »Peace Society of the City of New York«, war Vorsitzender des Exekutivkomitees des New Yorker National-Friedenskongresses (1907), war während der II. Konferenz im Haag anwesend, besuchte den Münchener Weltfriedenskongreß. Vorträge in Kirchen, Klubs, Erziehungsanstalten, Studentenvereinigungen, Reden auf der Lake-Mohonk-Konferenz, zahlreiche Artikel.

Verf. »The better Organisation of the Peace Movement« 1907. — »The Peace Movement in its simplest terms« 1910. — »Educational efforts for int. Peace« 1907. —

Eckstein, Anna B., Schulvorsteherin. * Coburg. ✱ Boston, Mass. U. St. A. 29a, Beaconstreet und Coburg, Langegasse 7. Mitglied des Direktoriums der »American Peace Society«, Mitglied des Friedensausschusses des deutsch-amerikanischen Nationalbundes. Seit der Mitte der neunziger Jahre in der Friedensbewegung tätig. Delegierte der »American Peace Society« auf den Weltfriedenskongressen in Boston, Luzern, Mailand, München, London, Stockholm. Überreichte dem Präsidenten der II. Haager Konferenz eine mit zwei Millionen Unterschriften (meist englisch-amerikanische, darunter aber auch 58000 deutsche) bedeckte Petition, in der der Wunsch auf vollen Ausbau des Schiedsverfahrens zum Ausdruck gebracht wurde. Nach Schluß der II. Friedenskonferenz machte sich Anna B. Eckstein daran, eine Weltpetition für die III. Konferenz vorzubereiten, die sie auf 100 Millionen Unterschriften bringen will. Sie bereiste zu diesem Zwecke Deutschland, England, Frankreich, Österreich-Ungarn, die skandinavischen Länder, Belgien, die Niederlande, überall Vorträge haltend und die Weltpetition organisierend. Sie ist auch in zahlreichen Zeitungs- und Revueartikeln für die Friedenssache eingetreten.

Verf. »An Appeal to Education« 1901. — »Die Frauen und die Friedensbewegung« 1910. —

Efremoff, Johann, Politiker. * 19. I. 1866, Charkoff, Rußland; ✱ St. Petersburg, 3, Tavritscheskaja. Dumaabgeordneter (1906, 1907—1912). Mitglied des Interparlamentarischen Rats, Vorsitzender der russischen Gruppe der Interparlamentarischen Union, Ehrenmitglied der Conciliation Internationale, Mitglied des europäischen Rats der Carnegiestiftung. Begründete 1909 die russische Gruppe der Interparlamentarischen Union, Teilnehmer und Organisator der anglo-russischen und franko-russischen Parlamentsbesuche in den Jahren 1909, 1910 und 1912. Besuchte die Interparlamentarischen Konferenzen zu London (1908) und Brüssel (1910).

Verf. in russischer Sprache eine Sammlung der Resolutionen der Interparlamentarischen Konferenzen mit einer Einleitung über die Geschichte der Friedensbewegung und im besondern der Interparlamentarischen Union.

Eickhoff, Richard, Gymnasialprofessor und Parlamentarier. * 20. X. 1854. Moers (Rheinprovinz). ✱ Remscheid, Rheinprovinz. Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, langjähriges Mitglied des Reichstages, Mitglied des Interparlamentarischen Rats, des Exekutivkomitees der Interparlamentarischen Union, und Vorsitzender der deutschen interparlamentarischen Gruppe seit 1905. Wirkte schon seit 1899 in der Interparlamentarischen Union. Nach Max Hirschs Tod reorganisierte er die deutsche Gruppe und erweckte in den deutschen Parlamenten das Interesse für das Werk der Union, das bis dahin recht spärlich war. Ihm gelang es, die Abhaltung einer interparlamentarischen Konferenz in Berlin zu ermöglichen. Er bereitete diese Konferenz vor und eröffnete sie (1908). Durch seine Einwirkung bewilligte die Reichsregierung der interparlamentarischen Union eine reiche Subvention. E. nahm an den interparlamentarischen Konferenzen von Paris (1900), Brüssel (1905 und 1910), Wien (1903), London (1906) und Genf (1912) teil. Zahlreiche Reden im Reichstag und bei sonstigen Gelegenheiten für die Schiedsgerichtsbarkeit.

Verf. »Die internationale Schiedsgerichtsbewegung« Berlin 1910. — »L'Allemagne et l'Arbitrage« Paris 1909. — Redigierte den Bericht der Berliner Interparlamentarischen Konferenz 1908 —.

Eijkman, Pieter Hendrick, Arzt. * Zaandam 9. VII. 1862. ✱ Scheveningen, Badhuisweg 84. Direktor des vorbereitenden Bureaus der Stiftung für Internationalismus. Erstrebt

im Verein mit Paul Horrix (siehe diesen) die Errichtung eines internationalen Weltzentrums im Haag. Während der II. Haager Konferenz errichtete E. mit Horrix den Cercle international, wo die Pazifisten und auch viele Delegierte der Friedenskonferenz verkehrten, zahlreiche Vorträge und Versammlungen gehalten wurden und William T. Stead sein Tageblatt »Courrier de la Conférence« herausgab. Im selben Jahre wurde auch der Versuch unternommen, eine Revue für Internationalismus in vier Sprachen herauszugeben.

Verf. »Over Internationalisme« 1908. — »L'internationalisme médical« 1910. — »L'Internationalisme scientifique« 1911. —

Eliot, Charles W., Schulmann. * 20. III. 1834. Boston, Mass. ✱ 17, Quincy Street, Cambridge, Mass. U. St. A. Vierzig Jahre lang (von 1869—1909) Präsident der Harvard-Universität. Hervorragender Pädagoge, Chemiker und Mathematiker, Reformator des amerikanischen Schulwesens, Ehrendoktor zahlreicher amerikanischer Universitäten und Ehrenmitglied wissenschaftlicher Körperschaften. Seit langem für die Friedenssache interessiert, wurde er 1911 zum Trustee der Carnegiestiftung gewählt. Häufig als Redner für die Friedensidee aufgetreten, so in Ottawa (1907), am New Yorker Friedenskongreß (1907), auf den Lake-Mohonk-Konferenzen (1907 und 1910). Vor der »American Society for the judicial Settlement of international disputes« hielt er am 17. Dezember 1910 eine vielbemerkte Rede über »The defects of Arbitration«. In allen seinen Reden bekennt er seinen Glauben an die Neutralisierung als eines Mittels zur Friedensbewahrung; er verwirft die Idee, daß Rüstungen den Frieden vorbereiten und tritt für gleichmäßige und allmähliche Entwaffnung ein. Er ist für die schiedliche Beilegung der Völkerstreitigkeiten, hält jedoch die Schiedsgerichtsbarkeit nur für ein Übergangsstadium zu einem ständigen Staatengerichtshof. Auch für die Schaffung einer internationalen Polizeimacht tritt er ein. Im Jahre 1912 trat E. im Auftrage der Carnegiestiftung eine Reise nach Indien, China und Japan an, um mit den dortigen leitenden Kreisen im Sinne einer internationalen Verständigung Fühlung zu nehmen.

d'Estournelles de Constant de Rebecque, Baron Paul Henri Benjamin Balluet, Politiker und Diplomat. * 22. XI. 1852 zu La Flèche (Departement Sarthe), Frankreich. ✱ Paris, 78 bis, avenue Henri Martin. Senator, bevollmächtigter Minister, Laureat des Nobelpreises, Mitglied des Haager Schiedshofes, Präsident der »Groupe parlamentaire de

l'Arbitrage international«, Präsident der »Conciliation internationale«, Mitglied des Interparlamentarischen Rats, Präsident des europäischen Rats der Carnegiestiftung. d'E. war ursprünglich Diplomat und in verschiedenen wichtigen Missionen tätig. Kurz vor der Ernennung zum Gesandten stehend, verzichtete er auf die diplomatische Laufbahn und wandte sich der Politik zu, indem er im April 1895 als Vertreter seiner engeren Heimat in die Deputiertenkammer eintrat, um mit größerer Unabhängigkeit für die wirtschaftliche Entwicklung und für die internationale Verständigung zu wirken. Im Jahre 1899 wurde er zum Vertreter Frankreichs auf der Haager Konferenz ernannt und nahm, wie aus anderen Teilen dieses Buches hervorgeht, an den Arbeiten der III. (Schiedsgerichts-) Kommission hervorragenden Anteil. Nach Abschluß der Konferenz zum Mitglied des internationalen Schiedshofes ernannt, widmete er seine ganze Kraft dem Ausbau des Haager Werkes. Er bereiste Frankreich und die anderen Länder Europas sowie auch die Vereinigten Staaten, um das Werk der Konferenz in Vorträgen und Unterredungen mit hervorragenden politischen Persönlichkeiten zu fördern. Seiner Einwirkung gelang es, daß Präsident Roosevelt dem Haager Schiedshof einen ersten Streitfall unterbreitete, und daß die dort geschaffene Maschinerie in Bewegung kam. Hierauf begründete er im Schoße des französischen Parlaments am 26. März 1903 die »Groupe parlamentaire de l'Arbitrage«, der heute 516 Mitglieder der Kammer und des Senats angehören, und die zu der Unterzeichnung der zahlreichen im Jahre 1903—4 abgeschlossenen Schiedsverträge und diplomatischen Konventionen in entscheidender Weise beitrug. An der Spitze dieser Gruppe veranlaßte d'E. auch die wechselseitigen Visiten der französischen und englischen Parlamentarier, wie in der Folge den Besuch der skandinavischen, türkischen und russischen Parlamente. Im Juni 1904 und auch später noch weilte d'E. in Kiel, wobei er vom deutschen Kaiser öfter emppfangen wurde. In der Deputiertenkammer wie im Senat trat d'E. in großen Reden wie in Interpellationen der Regierung wiederholt entschieden für den Haager Schiedshof und für ein internationales Rüstungsabkommen wie für die internationale Friedenspolitik ein. Am 13. November 1904 wurde er zum Senator gewählt. Auf der II. Haager Konferenz spielte d'E. abermals eine wichtige Rolle in der Schiedskommission. Im Festsaale des preußischen Herrenhauses hielt er im April 1909 eine denkwürdige Rede über die franko-deutsche Verständigung. Eine

ähnliche Rede hielt er im Oktober 1912 auf dem ersten Verbandstag des »Verbandes für internationale Verständigung« in Heidelberg. d'E. schrieb zahlreiche Artikel für hervorragende französische Revuen, wie »Revue des deux mondes«, »Revue de Paris«, »La Revue«, und für hervorragende französische wie ausländische Zeitungen (Temps, Débats, Neue Freie Presse, Wiener »Zeit« usw.). Großes Aufsehen machten seine 1899 im »Temps« erschienenen Berichte über die Haager Konferenz. Im Jahre 1905 gründete d'E. die »Conciliation Internationale«, die sich die Vertretung der Vaterlandsliebe durch Förderung der internationalen Verständigung zur Aufgabe stellte. Im Herbst 1909 empfing er an der Spitze der parlamentarischen Gruppe das russische und das türkische Parlament in Paris. Es folgten unter seiner Führung die Gegenbesuche der französischen parlamentarischen Gruppen in den skandinavischen Ländern (1909) und in Rußland (1910). Wiederholt reiste Baron d'Estournelles nach den Vereinigten Staaten, um dort an Friedenskongressen teilzunehmen (New York 1907, Lake Mohonk 1912) oder in langen Vortragsrundfahrten (1911) das ausgedehnte Gebiet der Union und Kanadas zu durcheilen. Auf den Interparlamentarischen Konferenzen zu London (1906) und Genf hielt er große Reden über die Notwendigkeit eines allgemeinen Rüstungsstillstandes. Als Präsident des europäischen Rates der Carnegiestiftung übt d'E. einen großen Einfluß auf die Entwicklung der Friedensaktion in Europa aus.

Verf. »Rede des Baron d'Estournelles de Constant über eine franko-englische Entente zur Beschränkung der maritimen Rüstungen, gehalten in der Sitzung des französischen Senats vom 11. April 1905«. Autorisierte Übersetzung Berlin 1905. — »La Limitation des Armements; Rapport discuté et approuvé par la Conférence de Londres (1906)«, Paris 1906. Deutsche Übersetzung von A. H. Fried, Berlin 1906. — »Le Rapprochement Franco-Allemand Condition de la paix du monde« (Berliner Rede), Paris 1909. Deutsche Übersetzung mit Vorwort von Prof. Zorn, 1910. — »Limitation des charges Navales et Militaires; Rapport rédigé au nom de la Commission chargée de discuter la question devant la Conférence de l'Union à Rome. 1911«. Brüssel 1912. Deutsche Übersetzung Brüssel 1912.

Evans, Howard, Journalist. * 25. VI. 1839. ✱ 4, Winterwell-Road, Brixton, London. Vorsitzender der »International Arbitration League« und Herausgeber des »Arbitrator«. Mitarbeiter Randal Cremers seit 1870 und dessen Nachfolger in

der Leitung der »Arbitration League« und in der Herausgabe des »Arbitrator«. Half bei der Abfassung des ersten Manifestes Cremers zwecks Errichtung eines ständigen Schiedshofes und bei der Organisierung der ersten Zusammenkünfte der Interparlamentarischen Union in Paris und London.

Verf. Cremers Biographie 1909.

Eyschen, Paul, Staatsmann. * 1843. ✱ Luxemburg. Präsident der Regierung des Großherzogtums Luxemburg. Vertreter des Großherzogtums auf beiden Haager Konferenzen, Mitglied des europäischen Rats der Carnegiestiftung.

Farrer, James A., Advokat. * 24. VII. 1849. ✱ Ingleborough, Lancaster. Mitglied des Exekutivkomitees der »Peace and Arbitration Society« in London.

Verf. »Military manœvres and Customs« 1879. — »The new Leviathan« 1900. — »The Passing of war« 1907. — »The Military Cant of Conscription« 1908. — »Invasion and Conscription« 1909.

Feldhaus, Richard, * 17. VIII. 1856 zu Neuß (Rhein-Preußen). ✱ Bottmingermühle bei Basel, Villa »Friedens-Warte«. Vorstandsmitglied der deutschen und der Baseler Friedensgesellschaft. Ursprünglich Schauspieler, widmete sich F., angeregt durch den Roman »Die Waffen nieder«, der Friedensbewegung, für die er 1892 zu wirken begann. Als Wanderredner der deutschen Friedensgesellschaft gründete er die Ortsgruppen Königsberg, Görlitz, Löwenberg, Danzig, Gera, Kassel usw. Im Jahre 1901 unternahm er als Dolmetscher von Burenoffizieren eine vierwöchige Vortragstournee durch Deutschland. Seit März 1902 hielt er zahlreiche Vorträge über die Theorien v. Blochs in Deutschland, Österreich-Ungarn und der Schweiz, im Jahre 1903 sogar in zahlreichen der Friedensbewegung bisher unzugänglichen Kreisen, wie in Kriegervereinen, der Gesellschaft vom Roten Kreuz usw. 1904 wirkte er auf der Schweizer Lehrerkonferenz zu Basel als Referent über die Friedensbewegung. F. nahm seit dem Hamburger Kongreß 1897 an den meisten Friedenskongressen teil und benützte seine Anwesenheit am Bostoner Friedenskongreß zu einer Tournee in den Vereinigten Staaten. Er ist der Verfasser verschiedener Artikel in »Der Friede«, im »Völkerfriede« usw. und von Flugblättern wie: »Die Ärzte und der Friede«. Bereiste 1907 Schweden und Dänemark, in den größeren Städten Vorträge haltend. Im Winter 1911 hielt er seinen 500. Vortrag.

Flammarion, Camille, Sylvie, geb. Petiaux-Hugo. * 1842 zu Valenciennes (Departement Nord) Frankreich. ✱ Paris, rue Cassini 16. Präsidentin der Gesellschaft »La paix et le Désarmement par les femmes«. Die Gattin des berühmten Astronomen. Ursprünglich an den wissenschaftlichen Arbeiten ihres Gatten beteiligt, trat Frau F. im Jahre 1896 durch eine in großer Auflage und in verschiedenen Sprachen verbreitete Broschüre »Brief an den General X« in die Friedenspropaganda ein, wo sie sich namentlich als wirksame Rednerin und talentierte Schriftstellerin hervortat. Sie begründete 1899 die Gesellschaft »La Paix et le Désarmement par les Femmes«, die auf breiter, volkstümlicher Grundlage errichtet wurde. Frau F. nahm an verschiedenen Friedenskongressen teil.

Fleischmann, Max Dr., Universitätsprofessor. * 5. X. 1872. Halle. ✱ Königsberg i. Pr. Fortschrittlicher Völkerrechtsjurist.

Verf. »Völkerrechtsquellen« 1905. — »Zwangsvollstreckung gegen fremde Staaten« 1910. — Mitherausgeber der »Abhandlungen aus dem Staats- und Verwaltungsrecht mit Einschluß des Völkerrechts« (bis 1911 25 Hefte). — Mitarbeiter an dem Reihenwerk »Das Werk vom Haag«.

Flemmich, Adinda, * 16. XII. 1867, Antwerpen. ✱ Freiburg i. B., Goethestraße 20. Seit 1898 (Zarenmanifest) in der Bewegung tätig. Gründete 1905 die Ortsgruppe Freiburg i. B. der deutschen Friedensgesellschaft, deren Vorsitzende sie ist. — Vorträge und Pressepropaganda. Besuchte verschiedene nationale und internationale Friedenskongresse.

Verf. »Über Erziehung zur Friedensidee mit Bezugnahme auf die Petition zugunsten eines allgemeinen Schiedsgerichts« 1909.

Forchhammer, Olaf, Ingenieur. * 27. I. 1881 Herlußholm bei Nåstved. ✱ Kopenhagen, Forchhammersvej 24. Vorsitzender der Kopenhagener Gruppe der dänischen Friedensvereinigung.

Verf. »Jeg naegter!« 1909. — »Neutralitet eller Forsvar?« 1910.

Förster, Wilhelm, Geh. Regierungsrat, Prof. Dr., Universitätsprofessor, Astronom. * 16. XII. 1832 Grünberg i. Schl. ✱ Berlin-Charlottenburg, Westend, Kaiserdamm 84. Vorsitzender des int. Maß- und Gewichtskomitees, Mitglied des europäischen Rats der Carnegiestiftung, Vorsitzender der Berliner Ortsgruppe der deutschen Friedensgesellschaft, Ehrenpräsident der »Conciliation internationale«. Seit 1892 in der internationalen ethischen Bewegung tätig, Mitbegründer dieser Bewegung in

Deutschland. Seit langer Zeit für die Friedensbewegung wirkend durch Vorträge, Zeitungsartikel und Organisationsarbeiten.

Foster, John Watson, Rechtsgelehrter und Diplomat. * 2. III. 1836. Indiana U. St. A. ✶ 1323 18th St., Washington D. C. Ehemaliger Botschafter der Vereinigten Staaten in Mexiko, Rußland und Spanien; ehemaliger Staatssekretär der Vereinigten Staaten (1892—1893). Agent der Vereinigten Staaten in dem Beringsee-Fischereistreit (1893), Rat der chinesischen Regierung bei den Friedensverhandlungen mit Japan (1895), Mitglied der anglo-amerikanischen Hohen gemischten Kommission zur Beilegung der Kanadaschwierigkeiten (1898), Agent der Vereinigten Staaten bei dem Londoner Tribunal zur Beilegung der Alaska-Grenzstreitigkeiten (1903), Delegierter Chinas auf der II. Haager Konferenz. Trustee der Carnegiestiftung. F. entwickelte eine rege Tätigkeit für das Zustandekommen eines englisch-amerikanischen Schiedsvertrages; er präsidierte der Konferenz, die am 12. Januar 1904 in Washington zusammentrat und sich die Wiederherstellung des 1897 gescheiterten Vertrages zur Aufgabe machte. (Siehe im geschichtlichen Teil.) Er beteiligte sich an den Arbeiten der großen Friedenskongresse zu New York (1907), Chicago (1909), New-England (1911), der Lake-Mohonk-Konferenzen der letzten Jahre, ebenso an den Jahresversammlungen der »American Society for judicial Settlement of international Disputes«. Zahlreiche Revueartikel.

Verf. »Arbitration and the Hague Court« 1904. — »Diplomatic Memoirs.« 2 vols. 1909. —

Fox, Francis William, * 1841 Kingsbridge, South Devon, England. ✶ The Reform Club, Pall Mall, London S. W. Komiteemitglied der »Peace Society«, des »Peace Committee of the Society of Friends«, Mitbegründer und Sekretär des anglo-german Friendship-Committee. Besuchte die Friedenskongresse von London, Antwerpen, Rouen, Luzern, Mailand, Glasgow. Er nahm regen Anteil an den politischen Vorgängen der letzten Jahrzehnte durch private Beeinflussung der in Betracht kommenden höheren Instanzen im Sinne des Friedens und der Verständigung. Im Jahre 1894 begann er eine Campagne zwecks Herbeiführung einer Rüstungsverminderung, die sowohl auf russische Diplomaten wie auch auf Salisbury nicht ohne Einfluß blieb und diesen zu seiner berühmten Lord-Mayors-Rede am 10. November 1897 (siehe darüber oben im geschichtlichen Teil) veranlaßte, die wieder indirekt zum Zarenmanifest von 1898 geführt haben soll. Fox war ein eifriger Förderer des von Stead zur Propa-

gierung der im Zarenmanifest ausgedrückten Idee unternommenen Friedenskreuzzuges, ein Mitwirkender zur Beilegung des Burenkrieges und ein Vorarbeiter der anglo-deutschen Verständigungsbewegung.

Verf. »Some historical incidents in connexion with the establishments of the International Tribunal of Arbitration at the Hague«. — »A brief narrative of some recent historical Incidents in connexion with the promotion of Peace«. —

Fried, Alfred Hermann, Schriftsteller. * 11. XI. 1864. Wien. ✱ 5, Widerhofergasse, Wien IX/2. Laureat des Nobelpreises. Mitglied des Berner Bureaus, Mitglied des Internationalen Friedensinstituts, Sonderkorrespondent der I. Abteilung der Carnegiestiftung, Sekretär für Mitteleuropa der »Conciliation internationale«, Gen.-Sekretär der »Union int. de la Presse pour la Paix«, Herausgeber der »Friedens-Warte« und der »Politisch-pazifistischen Korrespondenz«. Begründete 1891 in Berlin die Revue »Die Waffen nieder«, 1899 die Zeitschrift »Die Friedens-Warte«. 1896—1899 Redakteur der »Monatlichen Friedenskorrespondenz«. Begründete 1892 die »Deutsche Friedensgesellschaft« in Berlin, 1895 das jetzt in Brüssel erscheinende »Annuaire de la vie internationale«, regte 1910 die Gründung des »Verbandes für internationale Verständigung« an. Besuchte seit 1894 die meisten Weltfriedenskongresse und interparlamentarischen Konferenzen. War während beider Haager Konferenzen als Journalist in Haag tätig. Zahlreiche Zeitungsberichte, Zeitungs- und Revueartikel, Vorträge in Mitteleuropa, Bücher, Broschüren und Übersetzungen. (Schriftenverzeichnis vor dem Titelblatt des I. Bandes dieses Handbuches.)

Frick-Meyer, Anders Ludwig, Pastor. * 4. III. 1850. Genarp, (Schweden). ✱ Villa Barghem, Malmö. Mitglied des Zentralvorstandes des schwedischen Friedens- und Schiedsgerichtsvereines, Vizepräsident des schwedischen Nationalrates der Friedensgesellschaften, Ehrenpräsident der Friedensgesellschaft von Malmö. Seit 1900 in der Bewegung tätig, hat F.-M. mehrere Friedensgesellschaften in Schweden begründet. Vorträge, verschiedene Schriften, Jugendunterricht. Teilnehmer der Kongresse von Luzern, Mailand, München, London, Stockholm.

Fry, The Right Hon. Edward, Rechtsgelehrter und Diplomat. Geheimer Rat (Privy Councillor). * 4. XI. 1827. Bristol. ✱ Failand House, Failand bei Bristol. Ehem. Lord Justice of Appeal. Erster Delegierter Englands auf der II. Haager Konferenz. Mitglied des Haager Schiedshofs. Rechtsbeistand bei der Huller Unter-

suchungskommission (1904—5). Mitglied des Haager Schiedstribunals in dem Streit zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko (1902) und zwischen Frankreich und Deutschland (1909).

Fulk, George, Landwirt. * 9. XI. 1878. Broadway, Virginia U. St. A. * Cerro Gordo Ill. U. St. A. ✶ Sekretär der »Intercollegiate Peace-Association«. Mitglied des Nationalrats der »American School Peace League«. Aus Anlaß der II. Haager Konferenz hielt F. Massenversammlungen an 22 Universitäten und schickte dem Präsidenten der Konferenz ein von 23 000 Studenten und 1668 Professoren unterzeichnetes Memorandum. Besuchte die holländischen, belgischen, französischen, Schweizer, italienischen und österreichischen Universitäten im Auftrage der »Corda Fratres«. Teilnehmer an den Friedenskongressen in München und London (1908). Vorträge in ganz Amerika an 72 Kollegien und Universitäten.

Fusinato, Guido, Parlamentarier und Diplomat. Staatsrat, ehem. Minister. * 15. II. 1860. Castelfranco (Venetien). ✶ Rom, Deputiertenkammer. Mitglied des Haager Hofes, der interparlamentarischen Union, des »Institut de droit international«. Delegierter Italiens auf der II. Haager Konferenz, auf der Londoner Seerechtskonferenz, Mitglied des Schiedstribunals in der Casablanca-Affaire zwischen Frankreich und Deutschland, in der Canevaro-Angelegenheit zwischen Italien und Peru, in der Carthage- und Manabou-Affäre zwischen Italien und Frankreich. War Unterhändler bei den Schiedsverträgen Italiens mit Dänemark, Peru, Argentinien und Mexiko und bei den Friedensverhandlungen in Ouchy mit der Türkei.

Gaedke, Richard, Schriftsteller, früherer Oberst und Regimentskommandeur. * 19. X. 1852 Spandau. ✶ Berlin-Steglitz, Filandstraße 5. Tritt für internationale Verständigung und vertragsmäßige Rüstungsverminderung ein. Zahlreiche Artikel im »Berliner Tageblatt«, in der »Friedens-Warte« usw.

Geering, Johann Rudolf, Buchhändler. * 3. IX. 1871 Basel. ✶ Bieningen bei Basel »Im Wiesengrund«. Infanterieoberleutnant. Präsident der Sektion Basel des Schweizer Friedensvereins, Mitglied des Zentralkomitees des Schweizer Friedensvereins. Redakteur der Zeitschrift »Der Friede«, des offiziellen Vereinsorgans der Schweizer Friedensgesellschaft. 1895 Mitbegründer der Sektion Basel; Generalsekretär des Luzerner Friedenskongresses (1905).

Gerlach, Helmuth v., Schriftsteller. * 2. II. 1866 Mönchmotschölnitz i. Schles. ✱ Berlin, Genthinerstraße 3. Freier Schriftsteller; von 1903—1906 Mitglied des deutschen Reichstags. Tritt in Wort und Schrift für eine Minderung der Rüstungen durch gegenseitige vertragsmäßige Bindung der Kulturvölker ein.

Gießwein, Dr. Alexander. Domherr, päpstlicher Prälat. * 4. II. 1856. Tota (Totis). ✱ Budapest VIII, Szentkiralyi-utcza 28. Reichstagsabgeordneter. Präsident des Friedensvereins der Länder der ungarischen Krone, Mitglied der interparlamentarischen Union. Teilnehmer an den interparlamentarischen Konferenzen Brüssel, London, Berlin, an den Weltfriedenskongressen zu Stockholm und Genf. Sein Antrag im ungarischen Parlament (21. März 1911), daß die Rüstungsfrage auf das Programm der nächsten Haager Konferenz gestellt werde, wurde einstimmig angenommen.

Ginn, Edwin, Verleger. * 14. II. 1838. Orland, Maine U. St. A. ✱ Winchester, Mass., Bureau: 29 Beacon Street, Boston Mass. Begründete die »World Peace Foundation« (in der ersten Zeit »International School of Peace« genannt) und stattete sie mit einer jährlichen Subvention von M. 200 000 aus, die durch ein Legat nach G.'s Tode noch erhöht wird. Ginn nimmt seit jeher regen Anteil an der Friedensbewegung, verlegte in großem Umfange völkerrechtliche und pazifistische Schriften. Teilnehmer an dem Weltfriedenskongreß zu Luzern, an der Generalversammlung zu Bern (1911) und an den amerikanischen Friedens- und Lake-Mohonk-Konferenzen.

Giretti, Edoardo, Dr. der Rechte, Seidenindustrieller und Publizist. * 10. VIII. 1864 zu Torre Pellice (Italien). ✱ Bricherasio (Italien, Piemont). Mitglied des europäischen Rates der Carnegiestiftung. Mitglied des Berner Bureaus. Ehrenmitglied des Londoner »Cobden-Club«. G. gründete 1896 die »Società per la pace« in Torre Pellice, veröffentlichte Artikel in italienischen Tageszeitungen, wie in wirtschaftlichen Revuen Frankreichs und Italiens; namentlich über den Freihandel, den er als Hauptbedingung für die Verwirklichung des pazifistischen Ideals ansieht. Er ist ständiger Mitarbeiter des »Giornale degli Economisti« und betonte stets die Notwendigkeit einer gemeinsamen Aktion der italienischen Demokratie gegen den Militarismus und das Schutzzollsytem. G. nahm an verschiedenen Friedenskongressen teil und war am Nationalkongreß der italienischen Friedensgesellschaften zu Turin (1904) einer der Vizepräsidenten und der Berichterstatter über die »Beteiligung der Arbeiterorgani-

sationen an der Friedensbewegung«. Während des Tripoliskrieges blieb er seiner pazifistischen Überzeugung treu und verfocht diese inmitten der chauvinistischen Erregung seines Vaterlandes.

Gobat, Dr. Ch. Albert, Staatsmann. * 21. V. 1843. Tramelan. ✱ Bern. Staatsrat und Regierungsrat, langjähriger Chef des Unterrichtswesens im Kanton Bern, Laureat des Nobelpreises, Direktor des internationalen Friedensbureaus in Bern, Mitglied des interparlamentarischen Rats. Gobat steht seit 1890 in der Friedensbewegung. War von 1891—1910 Sekretär des interparlamentarischen Amtes und redigierte von 1893—1897 die Zeitschrift »La Conférence Interparlementaire«. Übernahm nach Ducommuns Tod (1906) zuerst die provisorische, dann die endgültige Leitung des Berner Bureaus. Er präsidierte 1892 der IV. interparlamentarischen Konferenz in Bern und 1912 der XIII. Konferenz in Genf. Nahm an allen interparlamentarischen Konferenzen und an den meisten Weltfriedenskongressen teil. In St. Louis (1904) war er Sprecher der Deputation, die dem Präsidenten Roosevelt im Weißen Hause jene Resolution überreichte, worin er aufgefordert wurde, die Initiative zur Einberufung einer zweiten Haager Konferenz zu übernehmen.

Verf. »Le Cauchemar de l'Europe« 1911.

Godart, Justin, Politiker. * 26. XI. 1871. ✱ Lyon, 46, Quai St. Vincent. Deputierter des Rhône-Departements. Ehrenmitglied der »Association de la Paix par le Droit«. Hält pazifistische Vorträge, veröffentlicht zahlreiche Zeitungsartikel, Teilnehmer an den Friedenskongressen zu Hamburg, Paris (1900), Mailand.

Gothein, Georg, Bergrat a. D. * 15. VIII. 1857. ✱ Breslau 18. Mitglied des deutschen Reichstags und des schlesischen Provinziallandtags. Trat im Reichstag und in der Presse für internationale Verständigung und Kontingentierung der Rüstungen ein.

Graewe, Ottomar, Oberstleutnant a. D. * 14. II. 1851. Frankfurt a. O. ✱ Neisse. Vorstandsmitglied der Deutschen Friedensgesellschaft. Trat in Vorträgen und Revueartikeln als Gegner des Krieges auf, den er aus eigener Anschauung kennt. Teilnehmer an den deutschen Friedenskongressen zu Wiesbaden und Stuttgart.

Green, Joseph Frederick, * 5. VII, 1855. London. ✱ 40, Outer Temple, Strand, London W.C. Sekretär der »International Peace and Arbitration Association« seit 1886, Herausgeber des »Concord«, Mitglied des Berner Bureaus, Sekretär der Gesellschaft »Friends of Russian Freedom« und Mitherausgeber der

Zeitschrift »Free Russia«. War einer der Sekretäre des Londoner Friedenskongresses von 1890, des Kongresses zu Glasgow (1901) und des Londoner Kongresses von 1908. Teilnehmer an allen Weltfriedenskongressen seit 1896. War einer der Urheber der britischen Nationalfriedenskongresse und des Nationalrats der englischen Friedensgesellschaften. Viele Hunderte von Vorträgen.

Gullers, Emil, Advokat. * 5. II. 1869. Risinge, Oestergötland. ✱ Stockholm. Vorstandsmitglied der schwedischen Friedens- und Schiedsgerichtsvereinigung 1898—1911; Sekretär von 1899—1905.

Verf. »Fred met Norge« 1905. — »Pangermanischer Pazifismus« 1910. —

Gwis-Adami, Rosalia, Publizistin. * 30. VII. 1880. Edolo (Provinz Brescia), Italien. ✱ 38, Via S. Vincenzo, Mailand. Präsidentin der »Société des jeunes filles italiennes pour la Paix«, Ausschußmitglied der »Unione Lombarda«, Mitarbeiterin der Revue »La Vita internazionale« und vieler Tageszeitungen. Hervorragende Rednerin. Gründete 1907 die Friedensgesellschaft in Bergamo. Teilnehmerin an den Friedenskongressen zu Mailand, Stockholm und Genf.

Verf. »L'Evolution du Courage«. —

Hagerup, Francis, Rechtsgelehrter und Diplomat. * 22. I. 1863, Kristiania. ✱ Kopenhagen, Stockholmsgade 43. Norwegischer Gesandter für Dänemark, Belgien und die Niederlande, Professor des Rechts an der Universität Kristiania 1885. Außerordentliches Mitglied des obersten Gerichtshofes Norwegens. Von 1893—1897 und von 1903—1905 Justizminister. Von 1895 bis 1898 und von 1903—1905 Ministerpräsident. Storthingmitglied 1900—1906, Präsident des Storthing 1906. Seit 1906 Gesandter in Kopenhagen, Haag und Brüssel. Mitglied des Haager Schiedshofes, der Interparlamentarischen Union, des Institut de droit international, Mitglied des Nobelkomitees des norwegischen Storthings. Trat als Mitglied der Regierung und des Storthings für die friedliche Lösung des norwegisch-schwedischen Konflikts ein und trat aus der Regierung aus, als die öffentliche Meinung die Möglichkeit eines kriegerischen Zusammenstoßes vermuten ließ. Nach der Auflösung der Union trat H. mit Entschiedenheit für den Karlstädter Ausgleich ein. Ratgeber des Königs Oskar II. bei der Entscheidung des Samoakonflikts, erster Delegierter Norwegens auf der II. Haager Konferenz und auf der Brüsseler Seerechtskonferenz von 1909 und 1910 und bei der Spitzbergenkonferenz in Kristiania (1910). Zahlreiche

Zeitungsartikel über völkerrechtliche Fragen, über die Friedensbewegung und die Schiedsgerichtsbarkeit. Seine Grundauffassung der modernen Friedensbewegung hat er in einem 1908 gehaltenen Vortrag: »Die Friedenskonferenzen und die moderne Friedensbewegung« (veröffentlicht in der dänischen Zeitschrift »Tilskueren«) niedergelegt.

Verf. »La Neutralité permanente« (1905). — »Les Iles Samoa. Sentence arbitral du Roi de Norvège et de Suède du 14. X. 1902« (1906). Norwegische Übersetzung von »Holtzendorffs Völkerrecht« (1884). —

Hammarskjöld, Knut Hjalmar Leonard, * 4. II. 1862. Tuna (Provinz Calmar), Schweden. ✱ Upsala, Schloß. Gouverneur der Provinz Upsala (früher Professor in Upsala, Abteilungschef im Justizministerium, Präsident des Göta-Oberlandesgerichts, Kultus- und Unterrichtsminister, Gesandter in Kopenhagen), Mitglied des Haager Schiedshofes, des »Institut de droit international«, einer der schwedischen Unterhändler von Karlstadt (1905), Delegierter auf der II. Haager Friedenskonferenz. Beteiligt an den Schiedsverhandlungen (als Obmann) in der Casablanca-Sache (1909), (als Schiedsrichter) im Seegrenzstreit zwischen Schweden und Norwegen (1909) und in der noch schwebenden Lappenwanderungsfrage zwischen Schweden und Norwegen. Schwedischer Unterhändler in der Spitzbergenfrage in Kristiania (1910), Stellvertreter des Präsidenten der Verwaltung der Nobelstiftung. Völkerrechtliche Aufsätze in Revuen.

Harder, Heinrich, Volksschullehrer. * 10. XII. 1876. ✱ Hamburg, Eppendorfer Landstraße 4. Schriftführer der Ortsgruppe Hamburg-Altona. Seit 1897 in der Bewegung. Forderte in der Hamburgischen Zeitschrift »Pädagogische Reform« Abschaffung der Feier des Sedantages in den Schulen. Von den »Hamburger Nachrichten« darob angegriffen, strengte H. eine Beleidigungsklage an. Freispruch des Blattes. Urlaubsverweigerung seitens des Hamburger Senats anläßlich der beabsichtigten Teilnahme am Mailänder Weltfriedenskongreß.

Hardy, James Keir, Parlamentarier. * 15. VIII. 1856. Lanarkshire. ✱ Lochnorris, Cumnock, Ayershire. Bis zum 24. Jahre Grubenarbeiter. Seit 1892 im Parlament. Gründer der Independent Labour Party. Hervorragender Vertreter der Friedens- und Schiedsgerichtsidee.

Hartmann, Wilhelm, Eisenbahnbeamter. * 10. IV. 1863. Münsingen (Württemberg). ✱ Stuttgart, Wächterstraße 3 A. Vorstandsmitglied der Deutschen Friedensgesellschaft. Seit 1894

Schriftführer der Ortsgruppe Stuttgart, seit 1900 (bis 1911) Schriftführer der Deutschen Friedensgesellschaft und des Landesvereins Württemberg. Teilnehmer an verschiedenen Weltfriedenskongressen und nationalen Friedenskongressen.

Harvey, Alexander Gordon Cummins, * 1858. ✱ Lilleborough bei Rochdale. Mitglied des Parlaments. Präsident des nationalen Friedensrats der englischen Friedensgesellschaften (1910).

Hauptmann, Felix, Universitätsprofessor. * 8. II. 1856, Bonn. ✱ Freiburg (Schweiz), Bonn und Berlin-Großlichterfelde W. Mitglied des Interparlamentarischen Rats, zweiter Vorsitzender der Deutschen interparlamentarischen Gruppe. Teilnehmer an zahlreichen interparlamentarischen Konferenzen.

Hazell, Walter, Drucker und Verleger. * 1. I. 1843, London. ✱ 52, Long Acre, London und Walton Grange, Aylesbury (England). Mitglied des Parlaments. Ehemaliges Mitglied des Interparlamentarischen Rats. Im Ausschuß der »Peace Society« über 30 Jahre. Regte die Schaffung des Friedenssonntages an. Zahlreiche Vorträge.

Heath, Carl, * 1. XII. 1869. Epsom, Surrey (England). ✱ 167, St. Stephens House, Westminster, London. Sekretär des nationalen Friedensrats, Organisator der Nationalfriedenskongresse, Sekretär der englischen »School Peace League«, die er organisierte. Vorträge, Zeitungsartikel. Herausgeber der »Monthly Bulletins« des Friedensrats.

Verf. »Peace Year Book« 1911 und 1912. — »Human Teaching and International Peace«. —

Heilberg, Adolf, Justizrat, Rechtsanwalt. * 14. I. 1858. Breslau. ✱ Breslau, Nicolaistadtgraben 26. Ehrendoktor der Universität Breslau, Mitglied des Berner Bureaus, Vorsitzender der Ortsgruppe Breslau der Deutschen Friedensgesellschaft, Vorstandsmitglied der Deutschen Friedensgesellschaft. Seit Februar 1894, wo er die Ortsgruppe Breslau ins Leben rief, für die Bewegung tätig. Zahlreiche Reden in politischen Berufs- und Bildungsvereinen, Artikel in Revuen und Zeitungen. Teilnehmer an zahlreichen Friedenskongressen.

Verf. »Die Erziehung zum Völkerfrieden«, 1898.

Hereford, Right, Rev. Lord Bishop of (John Percival). * 1834. ✱ The Palace, Hereford (England). Mitglied des Nationalrats der englischen Friedensgesellschaften, Präsident des II. national-englischen Friedenskongresses zu Bristol (1905), Präsident der englischen »School Peace League«.

Hill, David Jayne, L. L. D. Gelehrter und Diplomat. * 10. VI. 1850. Plainfield, New Jersey. ✱ Care of Dept. of State, Washington D.C. Früherer Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin, Gesandter in der Schweiz und in Holland. Präsident der Rochester-Universität, erster Assistent des Staatssekretärs (1898—1903). War mit der Vorbereitung der Instruktionen der Delegierten der Vereinigten Staaten zur I. Haager Konferenz beauftragt, Mitglied des Verwaltungsrates des Haager Hofes (1905—1908), amerikanischer Delegierter auf der II. Haager Konferenz. Seine Schrift »International Justice« diente der amerikanischen Delegation auf der I. Haager Konferenz als Grundlage für den von ihr vorgeschlagenen Plan eines ständigen Schiedshofes. Bis 1910 europäischer Herausgeber des »American Journal of International Law«.

Verf. »International Justice, with a plan for its permanent organization«. 1896. — »The Conception and Realization of Neutrality«. 1902. — »The Work and Influence of Hugo Grotius«. 1902. — »The Contemporary Development of Diplomacy«. 1904. — »A History of Diplomacy in the international Development of Europe«: »The struggle for universal Empire«, Vol. I. 1905. — »The Establishment of Territorial Sovereignty«, Vol. II. 1906. — »The Results of the Second Hague Conference«. 1907. — »World Organization and the modern State«. 1911. Deutsche Übersetzung 1911.

Hirst, Francis W., Herausgeber des »Economist«. * 1873. ✱ 3, Arundelstreet, Strand, London. Sonderkorrespondent der I. Abteilung der Carnegiestiftung, Mitglied und Vorsitzender der wirtschaftlich-historischen Untersuchungskommission der II. Abteilung der Carnegiestiftung.

Verf. (anonym) »The Arbiter in Council«. 1906. —

Holt, Hamilton. Herausgeber des »Independent«. * 18. VIII. 1872, Brooklyn, New York. ✱ 130, Fulton Street, New York City. Früher Präsident der »World Federation League«, einer der Gründer der »New York Peace Society« und Mitglied ihres Exekutivausschusses, Präsident des Preßkomitees und Mitglied des Exekutivkomitees des ersten nationalen Friedenskongresses in New York (1907), offizieller Delegierter des Staates New York zum zweiten nationalen Friedenskongreß in Chicago (1909), Präsident des dritten nationalen Friedenskongresses in Baltimore (1911), Mitglied des amerikanischen Zweiges der »International Conciliation«, Direktor der Ginnschen »World Peace Foundation«, einer der Gründer und Mitglied des Ausschusses der »Japan

Society« in New York usw. War während der II. Haager Konferenz in Haag, nahm teil an zahlreichen Lake-Mohonk-Konferenzen und bereiste 1911 Japan, um in verschiedenen Städten des Landes pazifistische Vorträge zu halten. Vortragsreise an 52 amerikanischen Universitäten über das Thema: »Die Föderation der Welt«. Zahlreiche Zeitungsartikel.

Verf. »The United State Peace Commission« 1910. — »The Dawn of the World Peace«. 1911. —

Horrix, Paul, Direktor des vorbereitenden Bureaus der Stiftung des Internationalismus. * 4. XI. 1859. Haag. ✱ Haag, Van Lennepweg 13. Erstrebt vereint mit Eijckman (siehe diesen) die Errichtung eines internationalen Weltzentrums in Haag.

Horst, Dr. Hans, Politiker und Pädagoge. * 7. XI. 1848 zu Hammerfest (Norwegen). ✱ Christiania, Oscargate 60. Von 1889—1903 Mitglied des Storthings, davon von 1892 bis 1900 Präsident des Odelthings, von 1900—1903 Präsident des Lagthings, Mitglied des Haager Schiedshofes, des europäischen Rats der Carnegie-Stiftung, des Nobelkomittees des norwegischen Storthings, des interparlamentarischen Rats, des Berner Bureaus, Präsident der norwegischen Gruppe der interparlamentarischen Union; er wurde auch nach seinem Ausscheiden aus dem Storthing (1903) wieder zu deren Präsidenten gewählt. Seit 1890 ist H. öffentlich für die Friedensbewegung tätig. In jenem Jahre brachte er im Storthing den ersten Antrag auf Abschließung internationaler Schiedsverträge ein, nahm darauf im selben Jahre als gewählter Delegierter der norwegischen Gruppe der interparlamentarischen Union an der Londoner interparlamentarischen Konferenz teil. Seitdem war er auf fast allen interparlamentarischen Konferenzen anwesend, fungierte im Jahre 1889 auf der Konferenz zu Kristiania als einer der beiden Präsidenten und 1903 als Vizepräsident der Wiener Konferenz. Im Jahre 1897 war er Mitglied eines vom Storthing eingesetzten Sonderkomitees, dessen Vorschlag betreffs Abschlusses von Schiedsverträgen nachher im Plenum einstimmig zur Annahme gelangte. Im Jahre 1902 war er Vorsitzender und Berichterstatter des vom Storthing erwählten Neutralitätskomitees, dessen Vorschlag, betreffend die permanente Neutralität Norwegens vom Plenum ebenfalls einstimmig angenommen wurde. Auf der interparlamentarischen Konferenz zu Wien referierte H. über die skandinavische Neutralitätsbewegung. Im Winter 1903 — Sommer 1904 studierte er im Auftrage des Nobelkomitees die Friedensbewegung in Frankreich.

Neben verschiedenen Zeitungsartikeln Verfasser von »Der Bericht an den Storthing über die Neutralitätsfrage« 1902 (in norwegischer Sprache). »Rapport sur l'activité du groupe norvégien 1901—1902.« (Separat und im »Compte rendu« der Wiener Konferenz erschienen.) »Bericht über die Wiener Konferenz an die Regierung und an den Storthing« (in norwegischer Sprache in den Verhandlungsberichten des Storthings erschienen).

Houten, Samuel van, Dr. der Rechte. * 17. II. 1837 zu Groningen. ✱ Haag. Von 1869—1894 Mitglied der zweiten Kammer der Generalstaaten, von 1894—1897 Minister des Innern, 1904—1907 Mitglied der ersten Kammer der Generalstaaten. Gründete mit einigen andern Mitgliedern der Generalstaaten, die der Londoner interparlamentarischen Konferenz von 1890 beigewohnt hatten, die holländische Gruppe der Interparlamentarischen Union. Nahm an verschiedenen interparlamentarischen Konferenzen teil und eröffnete als Minister die interparlamentarische Konferenz im Haag (1894) durch eine Rede. Verfasser verschiedener Schriften politischen und wirtschaftlichen Inhalts.

Houzeau de Lehaie, Politiker. (Geburtsdatum unermittelt.) Mons-Eremitage, Belgien. Mitglied des interparlamentarischen Rats, Schatzmeister der interparlamentarischen Union, Mitglied des europäischen Rats der Carnegie-Stiftung. Von 1882 ab in der Repräsentantenkammer, seit 1897 im Senat. Mitbegründer der belgischen Gruppe der interparlamentarischen Union. War seit 1894 beinahe auf allen interparlamentarischen Konferenzen und auch auf den meisten Friedenskongressen anwesend. Auf der VI. Konferenz zu Brüssel war er mit der Berichterstattung über den Entwurf eines internationalen Schiedshofes betraut.

Huber, Max, Professor der Rechte an der Universität Zürich. * 28. XII. 1874. Zürich. ✱ Wyden bei Ossingen, Kanton Zürich (Schweiz). Wissenschaftlicher Delegierter der Schweiz auf der II. Friedenskonferenz im Haag. Mitglied des Haager Hofes.

Verf. »Staatensuccession« 1898. — »Rechtsverhältnisse an Grenzflüssen« 1906. — »Fortbildung des Völkerrechts durch die II. Haager Konferenz« 1908. — »Das Neutralitätsrecht in seiner neuesten Gestaltung« 1908. — »Gleichheit der Staaten« 1909. — »Die soziologischen Grundlagen des Völkerrechts und die Staatengesellschaft« 1910. —

Huhtala, Kyösti, Volksschullehrer. * 3. IV. 1871. Lapua. ✱ Tampere, Finnland. Präsident des finnländischen Friedensvereins, Redaktionssekretär des Friedensjournals »Wainamoinen«

bis 1905. Vorträge, Artikel und zahlreiche Schriften in finnischer Sprache.

Hull, William I., Professor der Geschichte am Swarthmore-College. * 19. XI. 1868. Baltimore, Md. U. St. A. ✱ Swarthmore, Pa. U. St. A. Direktor und Sekretär der Pa.-Arbitration and Peace Society; Sekretär der Vereinigten Staatenkommision zur Beschränkung der Rüstungen. (Durch das Berner Bureau ernannt.) War während der II. Haager Konferenz als Zeitungskorrespondent im Haag.

Verf. »The two Hague Conferences and their contribution to international Law« 1908. — »The New Peace Movement« 1909. — »The United States and the Hague Conferences« 1910. —

Jefferson, Charles Edward, Priester. * 29. VIII. 1860. Cambridge, Ohio. ✱ 121 W. 85th St. New York City. Vorsitzender des Exekutiv-Komitees der »New York Peace Society«. Teilnehmer an den amerikanischen Friedenskongressen.

Verf. »The Delusion of Militarism«. — »Militarism and the Christian Church«. — »Missions and International Peace«.

Jordan, David Starr, Naturforscher. * 15. VI. 1851. Gainerville, Wyoming County, N. Y. ✱ Leland-Stanford-Universität, Palo Alto, Cal. Präsident der Leland-Stanford-Universität, Direktor der »World Peace Foundation«. Hielt Universitäts-Vorlesungen über die Friedensbewegung. Bereiste 1911 Japan, im ganzen Lande im Interesse der amerikanisch-japanischen Verständigung Vorträge haltend. In seinen Schriften bekämpft er den Krieg vom biologischen Standpunkt und führt den Nachweis, daß die Rasse durch die Kriegführung wie durch die Kriegvorbereitung verschlechtert wird.

Verf. »Imperial Democracy« 1900. — »The Blood of the nation«. — »The Human Harvest« 1907. — »War and Manhood« 1910, auch deutsch, Berlin 1912. — »The unseen Empire« 1912.

Kamarowsky, Graf Leonid, Rechtsgelehrter. * 15. III. 1846. Kasan. ✱ Moskau, Kaloschingasse, Haus Griegorieff. Professor des Völkerrechts an der Universität Moskau, Mitglied des Haager Schiedshofes, des »Institut de droit international« und der Petersburger Akademie der Wissenschaften, Vizepräsident der Moskauer Friedensgesellschaft. Hielt zahlreiche Vorträge über die hauptsächlichsten Geschehnisse des zeitgenössischen internationalen Lebens. Eine Reihe von Jahren hindurch durchzog er die russischen Städte, um dort öffentliche Vorträge zu halten über folgende Themen: Entwicklung und Organisation des Friedens in der modernen Gesellschaft; das Problem der Abrüstung; die

Humanisierung des Krieges und sein Ersatz durch das Rechtsverfahren; die Fortschritte der Schiedsgerichtsbarkeit usw. — Sein Buch »Das internationale Tribunal« bezeichnet einen wichtigen Abschnitt in der gesamten Völkerrechtsliteratur.

Verf. »Le principe de non-intervention« 1874. — »Le Tribunal international« (russ.) 1881. (Franz. 1887.) — »De la Litterature contemporaine de droit international« 1892. — Les Progrès de l'Idée de la Paix« 1898. — »Le Droit international au XIX. siècle« 1901. — »La Conférence de la Paix à la Haye en 1899« 1902. — L'Organisation international de l'Europe« 1902. — »Le Problème de l'Organisation internationale« 1905.

Katscher, Leopold, Schriftsteller. * 30. VIII. 1853. Csakova (Ungarn). ✱ Letchworth Garden City, England. Vorstandsmitglied der österreichischen und der ungarischen Friedensgesellschaft. Gründete 1895 die ungarische Friedensgesellschaft. Mitarbeiter an der Organisation des Budapester Weltfriedenskongresses. Im Jahre 1896 Sekretär der österreichischen Friedensgesellschaft, 1895—1896 Redakteur von »Die Waffen nieder!« Mitarbeiter am »Courrier de la Conférence«, den Stead 1907 im Haag herausgab. Vorträge, Presseartikel.

Verf. »Frieden! Frieden! Frieden! 1890.« — (Herausgeber): Friedensstimmen; eine Anthologie« 1894. — (Herausgeber): »Krieg und Friede« 1895. — »War and Peace« 1895. — »Bertha von Suttner, die ‚Schwärmerin für Güte'« 1903. — »Der Weltpostverein« 1899.

Kemény, Franz, kgl. Realschuldirektor. * 17. VII. 1860. Groß-Becskerek (Ungarn). ✱ Budapest, VI. Bulyovsky-utcza. 26. Mitglied des Berner Bureaus, Korrespondent des europäischen Bureaus der Carnegie-Stiftung, Vorstandsmitglied des ungarischen Friedensvereins, dessen erster Sekretär und General-Sekretär des 1896 in Budapest abgehaltenen Weltfriedenskongresses. Teilnehmer an den meisten Weltfriedenskongressen seit 1897, wobei er in erster Reihe für die pädagogische und erziehliche Propaganda der Friedensidee eintrat. Zahlreiche Vorträge und literarische Arbeiten in Fachvereinen und Tageszeitungen. Leiter der Rubrik für pazifistische Erziehung in der pädagogischen Fachzeitschrift »Minerva«.

Verf. »Die pädagogische Bedeutung der Friedensbewegung und der Friedenstag« 1906. — »Zwei neue Strömungen in der modernen Kulturbewegung« 1909. — »Internationale Regelung des Mittelschulunterrichtes« 1909. — »l'Enseignement international

et ses conséquences juridique« 1907. — »Das internationale Unterrichtswesen und die internationale Berechtigung« 1908. — »A bèkesproblèma megoldàsànak erjik módja« (E. Lösung des Friedensproblems) 1900. — »Entwurf einer internationalen Gesamt-Akademie« 1900-1. — »Projêt et plan d'une académie universelle Internationale« 1900. — »Vilàgakademia« (ungar. Ausgabe der vorstehenden Schrift) 1902. — »Institut international pédagogique« Bulletin int. et officiel de l'Enseignement 1905. — »A Világbéke« (Ungarischer Leitfaden der Friedensbewegung) 1911.

Kemp, Gerhard Peter B., Prediger. 13. XI. 1862. ✱ Gelling (Dänemark) Taarbor b. Klampenborg, Dänemark. Vorträge und Zeitungsartikel über die Themen »Die Neutralitätsfrage« und »Die Kirche und die Friedensaktion«. Mitglied des Hauptvorstandes des dänischen Friedensvereines.

Keppel, Fredrick Paul. * 2. VII. 1875. New York. ✱ Columbia College, New York City. — Sekretär der »American Association for international Conciliation«. Herausgeber der Broschürenreihe: »International Conciliation«.

Key, Ellen, Schriftstellerin. * 11. XII. 1849. Gut Sundsholm. Småland, Schweden. ✱ Alvastra-Strand, Schweden. Trat seit 1880 in verschiedenen Broschüren und Essays für die Friedensbewegung ein.

King, Hon. W. L. Mackenzie, Politiker. * 17. XII. 1874. Berlin. Canada. ✱ Ottawa, Canada. Arbeitsminister, Parlamentsmitglied, Geheimer Rat (Privy Councillor for Canada). Interessiert für die internationale Friedensbewegung im engsten Zusammenhang mit seinen erfolgreichen Arbeiten für die Herstellung des sozialen und industriellen Friedens. War der erste, der öffentlich die Anregung gab, den 100jährigen Frieden der englisch-sprechenden Welt im Jahre 1914 würdig zu feiern. Teilnehmer an verschiedenen Lake-Mohonk-Konferenzen.

King, Alfred John, Kaufmann. * 14. II. 1859. Manchester. ✱ Elleray, Windermere, England. Schatzmeister des Nationalrates der englischen Friedensgesellschaften. Mitglied der Interparlamentarischen Union. Ehrenpräsident der Peace and Arbitration Society in Manchester. — Mitglied des anglo-deutschen Freundschaftskomitees — Teilnehmer an den interparlamentarischen Konferenzen London (1906), Berlin, Brüssel (1909) und an den Weltfriedenskongressen zu Rouen, Luzern, London, nationalen Friedenskongressen zu Cardiff und Leicester. Opponierte während des Burenkrieges. Parlamentsmitglied 1906—1910. Seine erste Rede im Parlament galt dem Haager Werk.

Kirchwey, George Washington, Rechtsgelehrter. * 3. VII. 1855. Detroit, Michigan, U. St. A. ✱ 908 St. Nicholas Ave. New York City. Professor des Rechts an der Columbia-Universität. Mitglied des Rates der »American Society for judicial Settlement of international Disputes«, des Exekutiv-Komitees der »American Society of Int. Law«; Mitherausgeber des »American Journal of International Law«. Mitglied zahlreicher Friedensorganisationen, regelmäßiger Besucher der Lake-Mohonk-Konferenzen. Widmet den größten Teil seiner Zeit der Friedenssache. Brachte dazu einen in hohem Maße juristisch trainierten Verstand mit. In der Schaffung internationaler Einrichtungen erblickt er die Verwirklichung der Hoffnung der Pazifisten. K. ist weniger ein Anhänger der Schiedsgerichtsbarkeit als der richterlichen Beilegung internationaler Streitfälle mittels eines aus Berufsrichtern zusammengesetzten ständigen Tribunals. Auch für die vertragsmäßige Beschränkung der Rüstungen tritt er ein.

Knox, The Hon. Philander C., Rechtsgelehrter und Staatsmann. Staatssekretär der Vereinigten Staaten. * 6. V. 1853. Brownsville, Pennsylvania, U. St. A. ✱ Washington D. C. Präsident des Verwaltungsrats der pan-amerikanischen Union. Vizepräsident der »American Society of international Law«, Mitglied des Rats der »American Society for judicial Settlement of international Disputes«. In hervorragendem Maße für den Fortschritt des Friedens praktisch tätig. Schlug die Neutralisierung der mandschurischen Bahn vor, um die Hauptreibungen im fernen Osten zu beseitigen, führte zur Vermeidung von Konflikten ein internationales Abkommen über Liberia herbei; suchte mit Erfolg die Einwände gegen das Haager Prisenhof-Abkommen zurückzuweisen, so daß dieses von den Vereinigten Staaten ratifiziert werden kann. Er lud im Oktober 1909 die Teilnehmer an der II. Haager Konferenz ein, den im Haag grundsätzlich angenommenen wirklich ständigen Schiedshof auf diplomatischem Wege in Kraft zu setzen. Im Frühjahr 1912 bereiste er die mittelamerikanischen Republiken und die am karaibischen Meere gelegenen südamerikanischen Staaten, um ein besseres Verständnis zwischen diesen und den Vereinigten Staaten herbeizuführen.

Kobatsch, Dr. Rudolf. * 12. VII. 1868. Bruck a. d. Leitha (Nieder-Österreich). ✱ Wien XIII, Tirolergasse 1. Sekretär des niederösterreichischen Gewerbevereins. Professor an der k. u. k. Konsularakademie. Ehem. Vizepräsident der österreichischen Friedensgesellschaft. Zahlreiche Vorträge und Zeitungsartikel,

Teilnahme am Weltfriedenskongreß in Stockholm, nationalen Friedenskongreß in Stuttgart. Tritt aktiv für eine austro-italienische Verständigung ein.

Verf. »Internationale Wirtschaftspolitik« 1908. — »Die wirtschaftliche Bilanz der Rüstungen« 1911.

Kohler, Josef, Geheimer Justizrat, Rechtsgelehrter. Professor an der Berliner Universität. * 9. III. 1849. Offenburg. ✱ Berlin W., Kurfürstendamm 216. Herausgeber der »Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht«. Fortschrittliche völkerrechtliche Arbeiten in großem Umfange. Kohler ist Mitglied der deutschen Friedensgesellschaft und trat in Artikeln und öffentlichen Reden für die Bedeutung des Pazifismus ein, bekämpft auch öffentlich die gegnerischen Ansichten Professor Stengels.

Verf. »Friedensbewegung und Völkerrecht« 1910.

Kohler, Martin, Schulmann. Württembergischer Bezirksschulinspektor. Schura, Oberamt Tuttlingen, Württemberg. ✱ Eßlingen a. N., Obere Bentaustraße 38. Von 1900 bis 1912 Redakteur des »Völkerfrieden«. Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses der Deutschen Friedensgesellschaft und Vorsitzender der Ortsgruppe Eßlingen. Seit 1896 in der Bewegung. Vorträge und Zeitungsartikel. Besuchte alle deutschen nationalen Friedenskongresse und die Weltfriedenskongresse in Mailand und München. Er organisierte 1898 den Landesverband der württembergischen Friedensgesellschaften.

Koht, Halvdan, Professor der Geschichte an der Universität Christiania. * 7. VII. 1873. Tromsö (Norwegen), Karistua, Lysaker (Norwegen). Mitglied des Vorstandes der Norwegischen Friedensgesellschaft seit ihrer Stiftung 1895 bis 1902 und wieder seit 1910. Konsulent des norwegischen Nobelinstituts für politische Geschichte. Seit 1894 rege pazifistische Tätigkeit in der Presse und in Versammlungen. War 1902 historischer Ratgeber des Neutralitätskomitees des norwegischen Storthings. Organisierte den 4. skandinavischen Friedenskongreß zu Skien (1901). Teilnehmer an den Weltfriedenskongressen zu London (1908) und Stockholm, an den amerikanischen Friedenskongressen zu Chicago (1909), Lake-Mohonk-Konferenz (1909) usw. Von Mai 1901 bis Juni 1902 Herausgeber der »Freds-Tidende«, Organ der norwegischen Friedensgesellschaft.

Verf. »Union og Freden« 1894. — »Fredsmödet i Haag« 1900. — »Histoire du Mouvement de la Paix en Norvègue« 1900. — »Norske kirkesamfunds stilling til vornepligten« 1901. — »Sange for det 4de nordiske fredsmöde« 1901. — »L'Œuvre de l'État

Norvégien pour l'arbitrage et la neutralité« 1905. — »Fredstanken i Noregs-sogo« 1905. »Die Stellung Norwegens und Schwedens im deutsch-dänischen Konflikt« 1908.

Kolben, Dr. Max, Advokat. * 4. VI. 1855. Prag. ✱ Wien XIII/6, St. Veitgasse 68 (zurzeit Bern). Seit 1891 in der Friedensbewegung tätig. Mitbegründer und später Vizepräsident des literarisch-künstlerischen Friedensvereins« in Wien. Veröffentlichte Artikel in pazifistischen Revuen und in Tageszeitungen. Seit 1891 den meisten Friedenskongressen beigewohnt und in den Kommissionen für internationales Recht gearbeitet. Zahlreiche Initiativanträge in der österreichischen Friedensgesellschaft, auf den Friedenskongressen und im Berner Bureau. Vorträge.

Verf. »Wahrheit und Klarheit über die Haager Friedenskonferenz« 1900. — »Die Außerstreitstellung der Mandschurei« 1904. — »Soziale Frage und Friedensproblem« 1910. — »Der aussichtsreichste Schritt zur Beschränkung der Seerüstungs-Ausgaben« 1911.

Kowalewsky, Maxim, Staatsmann. Geburtsdatum unermittelt. ✱ St. Petersburg, 32 Mochowaja. Mitglied des Reichsrats. Universitätsprofessor. Präsident der Petersburger Abteilung der russischen Friedensgesellschaft. Mitglied des interparlamentarischen Rats, Vizepräsident der russischen interparlamentarischen Gruppe, Korrespondent des europäischen Bureaus der Carnegiestiftung.

Kräuterkraft, Isaak, Philologe. * 4. I. 1867. Warschau. ✱ Turin (Italien), Via Saluzzo 15. Professor der deutschen Sprache und Literatur am »Collegio nazionale« und »Circolo filologico«. Turin. Vorstandsmitglied der »Società per l'arbitrato internazionale e per la pace« und des »Comitato per la propaganda pacifista« in Turin. Seit 1905 in der Friedensbewegung. Vorträge. Propaganda in den Schulen. Als Delegierter auf den Weltfriedenskongressen von Mailand, London, Stockholm und Genf, auf der Generalversammlung des Berner Bureaus in Brüssel und auf den nationalen italienischen Friedenskongressen zu Rom und Como.

Kroner, Dr. Theodor, Theologe. * 12. V. 1845. ✱ Stuttgart, Hospitalstraße 36. Kirchenrat. Stadtrabbiner. Mitglied der k. Kreisoberkirchenbehörde. Mitglied des Ausschusses der Stuttgarter Friedensgesellschaft, des Württembergischen Landesvereins, der deutschen Friedensgesellschaft. Zahlreiche Vorträge.

Verf. »Die orientalische Frage« 1908. — »Wie fördern wir die Idee der Schiedsgerichte der Völker?« 1910.

Kriege, Johannes, Dr. jur. Wirklicher Geheimer Legationsrat und Justiziar im Berliner Auswärtigen Amt. * 22. VII. 1859. Lüdingshausen in Westfalen. ✱ Berlin W., Nürnbergerstraße 66. Mitglied des Haager Schiedshofes; als solches Schiedsrichter im Casablancafall. Deutscher Bevollmächtigter auf den internationalen Privatrechtskonferenzen im Haag (1900 und 1904), auf der II. Haager Friedenskonferenz und auf der Londoner Seerechtskonferenz. Einer der Hauptmitarbeiter an der Verfassung des Prisenhofes.

Kübeck, Max, Freiherr v., k. k. Legationsrat a. D., Mitglied des österreichischen Herrenhauses. * 15. I. 1835. Wien. ✱ Wien IV/1, Wienstraße 27. Hat bereits im Jahre 1873, angeregt durch Henry Richard in London und im Verein mit seinem damaligen Kollegen im österreichischen Herrenhause, Prof. Dr. Leopold Neumann, und mit dem Abgeordneten Freiherrn Robert v. Walterskirchen die Schiedsidee propagiert und eine Vereinigung der Parlamentarier aller Länder angestrebt. Zu Beginn der 90er Jahre unterstützte K. die Baronin Suttner bei der Vorbereitung einer österreichischen interparlamentarischen Gruppe.

Labiche, Emile Charles Didier, Dr. der Rechte. * 25. XI. 1827 zu Béville le Comte (Eure et Loir). ✱ Paris 28, rue du Luxembourg und Béville le Comte (Eure et Loir). Seit 1864 Generalrat des Départements Eure et Loir, seit 1871 dessen Präsident. L. gehörte schon unter dem Kaiserreich zur republikanischen Opposition, war unter der Regierung der Nationalverteidigung Präfekt und nachher Generalsekretär des Ministers des Innern. Seit Januar 1876 ist er Mitglied des Senats. Ehemaliges Mitglied des interparlamentarischen Rats. Von 1891 bis 1910 Präsident der französischen interparlamentarischen Gruppe, seitdem Ehrenpräsident; nahm an den meisten interparlamentarischen Konferenzen teil. Von 1910—1912 Mitglied des »Exekutivkomitees« der Interparlamentarischen Union.

La Batut, Graf de, Parlamentarier. * 9. V. 1854, Bergerac-Dordogne. ✱ Paris, 59 Ave. Victor Hugo. Senator, Präsident des Generalrates der Dordogne, Mitglied des interparlamentarischen Rats. Vizepräsident der französischen interparlamentarischen Gruppe. Nahm bereits 1890 an der Londoner interparlamentarischen Konferenz teil; seitdem fast an allen Konferenzen der interparlamentarischen Union.

La Fontaine, Henry. * 22. IV. 1854 zu Brüssel. ✱ Brüssel, 9 Square Vergote. Advokat am Appellationsgerichtshof, Professor des internationalen Rechts an der Brüsseler Freien Universität,

Senator von Belgien, Stadtrat, Direktor des internationalen bibliographischen Amtes, Sekretär des Zentralamtes der internationalen Institutionen; seit 1891 Mitglied und seit 1908 Präsident des Berner Friedensbureaus; Mitglied der interparlamentarischen Union; Mitglied des europäischen Rats der I. Abtlg. der Carnegiestiftung, Mitglied der Studienkommission der II. Abtlg. der Carnegiestiftung. Seit 1889 Sekretär der Société belge de l'Arbitrage et de la Paix. Wirkt seit 1889 öffentlich für die Friedensbewegung, angeregt durch Hodgson Pratt, der nach Belgien gekommen war, um eine Gruppe der »Féderation internationale de l'Arbitrage et de la Paix« zu gründen. Redigierte 1892—1894 die von der Société belge de l'Arbitrage et de la Paix herausgegebenen »Annales de la Paix«. Nahm seit 1889 an fast allen Friedenskongressen als Delegierter teil, seit 1895, in welchem Jahre er als neuerwählter belgischer Senator Mitglied der interparlamentarischen Union wurde, an allen interparlamentarischen Konferenzen. Wurde zum Mitglied der von der interparlamentarischen Union eingesetzten Kommission zum Studium der Frage über die Errichtung eines internationalen Parlaments eingesetzt und erstattete in London (1906) und Brüssel (1910) darüber Bericht. Auf den Friedenskongressen beteiligte sich L. hauptsächlich an den Arbeiten für die internationale Gesetzgebung, über die er auf den Kongressen zu Bern, Antwerpen, Budapest, Rouen, München, Stockholm Bericht erstattete. Wiederholt trat L. im belgischen Senat zugunsten der Abrüstung und der Schiedsgerichtsidee auf und hielt in den verschiedensten Teilen Belgiens wie im Auslande zahlreiche Vorträge. Im Jahre 1894 organisierte er den IV. Weltfriedenskongreß zu Antwerpen, im Jahre 1898 eine Sympathiekundgebung für die im Zarenmanifest ausgedrückten Ideen, die in Form einer mit 2000000 Unterschriften bedeckten Petition vom Präsidenten der I. Haager Konferenz offiziell in Empfang genommen wurde. Im Jahre 1910 veranstaltete er im Verein mit P. Otlet den ersten Weltkongreß der internationalen Vereinigungen zu Brüssel. Er errichtete mit Otlet das »Zentralamt der internationalen Institutionen« und das »Musée internationale«, in Brüssel. Übernahm 1908 mit Otlet und Fried die Redaktion des »Annuaire de la vie internationale« und leitet seit 1912 die Redaktion der Revue »La vie internationale«. Auch für die Beteiligung der Arbeitervereinigungen an der Friedensbewegung trat L. aktiv ein (Antwerpen, Budapest, Boston, Mailand).

Verf. »Essai de Bibliographie de la Paix« Brüssel 1891. —

»Manuel des Lois de la Paix; Code de l'Arbitrage international. Brüssel 1894. — »Pasicrisie internationale, Histoire documentaire des Arbitrages internationaux«. Bern 1902. Quart 670 S. — »Histoire sommaire et chronologique des Arbitrages internationaux (1794—1900)«. Brüssel 1902. — »Bibliographie de la Paix et de l'Arbitrage international«. I. Band: Mouvement pacifique. Monaco 1904. —

Lagorgette, Jean, Advokat. * 24. VI. 1881. Chatillon sur Seine. ✱ 1, rue Président Carnot, Chatillon s. Seine, Frankreich. Veröffentlichte eine Reihe soziologisch wichtiger Schriften zur Friedensfrage.

Verf. »Contre la guerre et le militarisme« 1900. — »Le rôle de la guerre« 1906. — »Le Fondement du droit et de la morale« 1907. — Übersetzte A. H. Frieds »Grundlagen des revolutionären Pazifismus« (Les Bases du Pacifisme« 1909).

Lammasch, Dr. Heinrich, k. k. Hofrat, Rechtsgelehrter und Universitätsprofessor. * 21. V. 1853, Seitenstetten, Niederösterreich. ✱ Wien XIII, Maxingstraße 12. Mitglied des österreichischen Herrenhauses. Mitglied des Haager Schiedshofes, des »Institut de droit int.«, der interparlamentarischen Union, des europäischen Rates der Carnegiestiftung, Ehrenmitglied der »American Society of international Law«. War wissenschaftlicher Delegierter Österreich-Ungarns auf beiden Haager Konferenzen. Hervorragendes Mitglied der Schiedsgerichtskommission. Völkerrechtsgelehrter von Weltruf. Fungierte am Haager Hof als Mitglied des Schiedsgerichts im Venezuelastreitfall und als Obmann im Maskatfalle, im Neufundlandstreit und in der Orinokofrage. Zahlreiche wichtige Arbeiten über das int. Friedensrecht und die Schiedsgerichtsbarkeit in wissenschaftlichen Zeitschriften. Ist Mitarbeiter des Reihenwerkes »Das Werk vom Haag«.

Verf. »Die Fortbildung des Völkerrechts durch die (erste) Haager Konferenz« 1900. — »Internationale Schiedsgerichtsbarkeit« im Staatslexikon der Görresgesellschaft 1911. — »Die Lehre von der Schiedsgerichtsbarkeit in ihrem ganzen Umfange«. (Erscheint 1913.)

Lane, Ralph Norman Angell, Publizist. * 1874. Holbeach, England. ✱ Kings Bench Walk, Temple, London, E. C. Korrespondent des europäischen Bureaus der Carnegiestiftung. Veröffentlichte unter dem Pseudonym »Norman Angell« im Jahre 1910 zuerst unter dem Titel »Europes optical Illusion« ein Buch, das bald das größte Aufsehen hervorrief und, nunmehr in siebzehn Sprachen übersetzt, in der ganzen Welt verbreitet ist. An packen-

den Beispielen weist Lane darin die Ergebnislosigkeit der Kriege vom wirtschaftlichen Standpunkt nach. Es ist eines derjenigen Bücher, die am meisten dazu beigetragen haben, die zeitgenössische Psyche im Sinne der internationalen Organisation umzuwandeln. In fast allen Parlamenten der Welt ist auf dieses Buch bereits hingewiesen worden. Weiter hat L. seine Ideen auch in Tageszeitungen, Revuen und in Vorträgen vertreten.

Verf. »Die große Täuschung; eine Studie über das Verhältnis zwischen Militärmacht und Wohlstand der Völker« (deutsche Ausgabe des oben erwähnten Buches) 1910.

Lange, Dr. Christian Lous, * 17. IX. 1869. Stavanger (Norwegen). ✱ Uccle-Bruxelles, 251, Avenue de Longchamps. Generalsekretär der interparlamentarischen Union seit 1909. Wissenschaftlicher Beirat des norwegischen Nobelinstituts für Geschichte der Friedensbewegung, Korrespondent des europäischen Bureaus der Carnegiestiftung. War Sekretär des Nobelkomitees des norwegischen Storthing und Leiter des norwegischen Nobelinstituts (1900—1909), Sekretär des Organisationskomitees der IX. interparlamentarischen Konferenz in Christiania und Delegierter Norwegens auf der II. Haager Friedenskonferenz; daselbst Mitglied der Schiedskommission. Bereiste in seiner Eigenschaft als Generalsekretär der Interparlamentarischen Union Deutschland, Rußland, Italien, Spanien, Ungarn, die Balkanländer, die Vereinigten Staaten und Kanada.

Verf. »L'Union interparlementaire, son Œuvre, son organisation actuelle« (in französischer, englischer, deutscher und spanischer Sprache) 1910. — »Résolution des conférences et décisions principales du Conseil« 1911. — Herausgeber des »Annuaire de l'Union interparlementaire« 1911 und 1912.

Lansing, Robert, * 17. X. 1864. Watertown, Neu York. ✱ Watertown, N. Y., U. St. A. Mitglied des Exekutivkommitees der »American Society of int. Law«, Mitherausgeber und Mitbegründer des »American Journal of International Law«. Große Praxis in der Schiedsgerichtsbarkeit. Er war einer der Beiräte für die Vereinigten Staaten im Behringssee-Schiedsgericht (1892—1893), Sachwalter der Vereinigten Staaten vor der Behringssee-Kommission (1896—1897), Anwalt der Vereinigten Staaten vor dem Alaska-Grenz-Tribunal (1903) und Sachwalter im Neufundland-Fischereischiedsgericht im Haag (1909). Hervorragender Mitarbeiter des »American Journal of International Law« und anderer Zeitschriften. Vorträge vor gelehrten Gesellschaften. Tritt für vorbehaltlose, allgemeine Schiedsgerichte und für richter-

liche Erledigung nationaler Streitfälle ein. Er ist demgemäß auch für die Kodifizierung des Völkerrechts, wofür er selbst jahrelang gearbeitet hat.

Lapradelle, Albert de, Rechtsgelehrter. Professor an der Rechtsfakultät der Pariser Universität. * 20. III. 1871. Tulle (Corrèze) ✱ Paris, 2, rue Lecourbe. Associé des »Institut de Droit international«. Direktor der »Revue de droit int. privé et pénal«. Gründer und Direktor des »Recueil des Arbitrages internationaux«.

Verf. »La première Conférence de la Paix« 1900. — »La deuxiéme Conférence de la Paix«. —

Laveleye, Baronin von, geb. Warner Wheeler. * 1859 St. Leonards on See (England). ✱ Jette, Belgien. Vizepräsidentin der Londoner »Peace Society«. Ehrenpräsidentin der belgischen Gruppe der »Alliance pour la Paix par l'Éducation«. Schwiegertochter Emil Laveleyes, an dessen Arbeiten sie sich beteiligte. Besuchte verschiedene Weltfriedenskongresse.

Le Foyer, Lucien, Advokat, Politiker. Gewählt zum Abgeordneten von Paris am 23. Mai 1909. ✱ 29. VI. 1872 zu Paris. ✱ Paris, 43, rue du Faubourg Saint-Honoré. Advokat am Appellationsgerichtshof, Licencié-ès-lettres (Philosoph). Vizepräsident der Gesellschaft »La Paix par le Droit«, Sekretär des Organisationskomitees der »Union internationale«, 1903 Sekretär, 1904 Vizepräsident des Exekutivkomitees der republikanisch-radikalen und radikal-sozialistischen Partei. Berichterstatter über die Fragen der auswärtigen Politik auf den Parteikongressen von Lille (1906), Nancy (1907), Dijon (1908), Nantes (1909), ehemaliger Sekretär der französischen parlamentarischen Gruppe für internationale Schiedsgerichtsbarkeit, Mitglied der französischen Gruppe der Interparlamentarischen Union, Generalsekretär der ständigen Delegation der französischen Friedensgesellschaften, Mitglied des Berner Bureaus, Direktor der Revue »La Paix par le Droit« und der »Correspondance de la Paix«. Widmet sich seit 1896 der Friedenspropaganda, war Sekretär des Pariser Friedenskongresses (1900), nahm tätigen Anteil an den Kongressen zu Monako und Rouen und nicht minder an den nationalen Friedenskongressen zu Toulouse und Nîmes, wo er als Berichterstatter über zahlreiche Fragen hauptsächlich diplomatischer und juristischer Natur fungierte. Er war Vizepräsident der nationalen Kongresse von Lille und Reims. Als hervorragender Redner stellte Le F. seine Rednergabe bei jeder Gelegenheit in den Dienst der Bewegung. Er hielt über 300 Ver-

sammlungen in mehr als 100 Städten und bereiste dabei ganz Frankreich. Bei der Zentenarfeier Victor Hugos (1902), am Freimaurerkongreß zu Brüssel 1904 trat er in beifällig aufgenommenen Reden für die Friedensidee ein. Im November 1902 hielt er vor 280 Schülern der Militärschule zu St. Maixent einen »Patriotismus und Zivismus« betitelten pazifistischen Vortrag. Er ist Mitarbeiter zahlreicher Zeitungen und Revuen, darunter der »Revue bleu«, der »Revue internationale de la Sociologie», der »Revue Politique et Parlementaire«, von »Les droits de l'Homme«, »L'Action«, «L'Instituteur républicain«, usw.

Verf. »La Patrie Pacifique«. 1898. — »Lettre a MM. les Membres de la Conférence de la Paix à la Haye: Le Droit des Peuples«. 1899. — »La Guerre et la Paix par des chiffres«. 1901. — »Patriotisme et civisme«. 1901. — »La Mission morale de la France«. — »Solution juridique des Questions de Macédoine et d'Arménie«. 1904. —

Lima, S. Magalhaes, Journalist. Bevollmächtigter Gesandter, Senator. * 30. V. 1850. Rio de Janeiro. ✱ Lissabon, 92, rua de Mundo. Direktor der Zeitung »Vanguarda« (Die Avantgarde), Präsident der »Ligue portugaise de la Paix« und Vizepräsident der Generalkommission für Frieden und Schiedsgericht innerhalb der Geographischen Gesellschaft, Mitglied der Kommission des Berner Bureaus und des internationalen Bureaus der Presseassoziation. In seiner Eigenschaft als Journalist und begabter Redner trat L. in Portugal für die Verbreitung der Friedensidee ein. Den ersten Ansatz zur Friedensbewegung in diesem Lande gab die von ihm veranstaltete Übersetzung von Charles Lemonniers »États-Unis de l'Europe«. L. nahm an verschiedenen Friedenskongressen teil.

Verf. »La Paix et l'Arbitrage«. — »La guerre et la Paix«. — »L'Oeuvre international«. — »La féderation ibérique«. — »Le livre de la paix« (portugiesisch). —

Lochner, Louis P., Journalist. * 22. II. 1887. Springfield, Ill. U. St. A. ✱ 612, S. Brearly St. Madison Wisc. U. St. A. Generalsekretär der »Association of Cosmopolitan Clubs«, Herausgeber des »Cosmopolitan Student« und Mitglied des internationalen Komitees der »Féderation internationale des Étudiants: Corda Fratres«. Mitglied der »American Peace Society« und Korrespondent der Lake-Mohonk-Konferenzen. Seit 1907 in der Friedensbewegung tätig, wo er zum erstenmal zum Präsidenten der »Association of Cosmopolitan Clubs« gewählt wurde. Teilnehmer am Chicagoer nationalen Friedenskongreß

(1909), an der Lake-Mohonk-Konferenz von 1910, als amerikanischer Delegierter am II. internationalen Kongreß der »Corda Fratres« in Haag (1909).

Verf. »The 1909 Cosmopolitan Annual«. 1909.

Lockwood, Belva A., Advokatin. 24. X. 1830 zu Royalton N. Y., U. St. A. ✱ 619, F. Street N. W. Washington D. C. Sekretärin des amerikanischen Zweiges des Berner Bureaus. Teilnehmerin an den Weltfriedenskongressen von 1889, 1890, 1892, 1896, 1906 und 1908. Rednerin und Schriftstellerin. Regsame Organisatorin.

Loria, Achille, Professor der politischen Ökonomie an der Universität Turin. * 2. III. 1856, Mantua. ✱ Turin, Corso Vittorio Emanuele 95. Präsident der Friedens- und Schiedsgerichtsgesellschaft in Turin.

Love, Alfred H., * 7. IX. 1830 zu Philadelphia. ✱ Philadelphia, Pa. 219, Chestnutstreet. Begründete mit einigen anderen im Jahre 1866 die »Universal Peace Union« und ist seit dieser Zeit deren Präsident. Seit 34 Jahren ist er Herausgeber des »Peacemaker«. L. ist als Redner und Schriftsteller für die Friedens- und Schiedsgerichtssache in hervorragendem Maße tätig, auch hat er viel für die Schaffung von Industrie-Schiedsgerichten gewirkt.

Lund, John, Politiker. * 9. X. 1842 zu Bergen in Norwegen. ✱ Bergen, Norwegen. Ehrenmitglied des interparlamentarischen Rates und Vizepräsident der Nobelkommission des norwegischen Storthings. War 15 Jahre lang Vertreter seiner Vaterstadt im Storthing, davon 7 Jahre als Präsident des Lagthing und einige Jahre lang als Präsident der Eisenbahnkommission. Hat seit 1890 an allen interparlamentarischen Konferenzen (mit Ausnahme der von 1897 und 1912) teilgenommen und war auf diesen Konferenzen bis 1900, während er Mitglied des Storthing war und außerdem 1904 in St. Louis, Wortführer der norwegischen Delegation. L. war das erste Mitglied der interparlamentarischen Union, das über die Verhandlungen der interparlamentarischen Konferenzen (von 1890 bis einschließlich 1900) seinem Parlament offiziellen Bericht erstattete. Er war Organisator der interparlamentarischen Konferenz von 1899 zu Christiania und deren Präsident. Seiner Initiative ist es zu danken, daß das Storthing als erste offizielle Körperschaft das Berner interparlamentarische Amt durch einen jährlichen Geldbeitrag unterstützte. Zur interparlamentarischen Konferenz in St. Louis wurde L. als einer der Vertreter der interparlamentarischen Gruppe des Storthing gewählt und erhielt

gleichzeitig vom Nobelinstitut in Christiania den Auftrag zum Studium der amerikanischen Friedensbewegung. Schrieb eine Reihe politischer Artikel in norwegischen und ausländischen Zeitungen.

Verf. »Geschichte Norwegens«; erschien deutsch, englisch, französisch. — »L'Union interparlementaire pour l'Arbitrage et la Paix, 1889—1899«. Illustrierte Festschrift zur Konferenz von Christiania. Christiania 1899. —

Lynch, Frederick, Priester, Schriftsteller. * 21. VII. 1867 Peace Dale. R. F., U. St. A. ✶ 13, East 124 th Street, New York. Pastor an der Pilgrim-Kirche, Mitherausgeber der Zeitschrift »Christian Work«. Direktor der »New York Peace Society«. War amerikanischer Sekretär des Londoner Rassenkongreß, neun Jahre lang Mitglied der Lake-Mohonk-Konferenzen und Delegierter auf verschiedenen Weltfriedenskongressen.

Verf. »The Task of the twentieth Century« (eine Geschichte der Friedensbewegung der ersten zehn Jahre des Jahrhunderts). 1911. —

Macdonald, J. Ramsay, Parlamentarier und Journalist. * 1866, Lossiemouth, Elgin, England. ✶ London, 3, Lincoln's Inn Fields W. C. Von 1901—1911 Sekretär der Labor Party, jetzt deren Leiter, Mitglied des Unterhauses, der interparlamentarischen Union und des europäischen Rats der I. Abteilung der Carnegiestiftung. Hervorragender Vertreter der Friedens- und Schiedsbewegung im Parlament. Vorträge in England. Förderer der anglo-deutschen Verständigung.

Macdonell, Sir John, Parlamentarier, Jurist. * 1846, Breclin, Schottland. ✶ 31, Kensington Park Gardens, London W., Master of the Supreme Court. Professor für vergleichendes Recht an der Universität London. Associé des »Institut de droit international« und Mitglied des »Internationalen Friedensinstitutes«. Vizepräsident der »Peace Society«. Zahlreiche Schriften über internationales Recht und Friedenssicherung. Vorträge.

Maddison, F., Schriftsetzer. * 1856, Boston, England. ✶ 12, Acris St., Wandworth, London S. W. Mitglied der Stadtverwaltung von Hull, Mitglied des Parlaments von 1897 bis 1900 und von 1906—1909. Sekretär der »International Arbitration League« seit 1908 als Nachfolger Randal Cremers. Mitsekretär der britischen Gruppe der interparlamentarischen Union. 1908.

Maki, Aaku, Buchhändler. * 1. IV. 1865, Tampere, Finnland. ✶ Tampere, Finnland. Früherer Präsident der finnländischen Friedensgesellschaft. Herausgeber des Friedensjournals

»Wainamoinen«. Artikel in verschiedenen Zeitungen. Verleger pazifistischer Literatur.

Mäkinen, Juho Aatto, Schriftsteller. * 13. V. 1872. Ähtäri, Finnland. ✱ Ostola, Finnland. Korrespondent für die Auslandkorrespondenz der finnischen Friedensgesellschaft. Mitarbeiter der pazifistischen Fachzeitschrift »Wainamoinen«. Verfasser zahlreicher Revueartikeln über pazifistische Fragen. Übersetzte Schriften von Tolstoi, Bertha v. Suttner, Arnoldson, A. H. Fried und andere.

Verf. »Türteita rauhanliikeesta«. 1905.

Marburg, Theodore, Publizist. * 10. VII. 1862, Baltimore U. St. A. ✱ Baltimore, 14 Mt. Vernon Place. Präsident der »Maryland Peace Society«, Sekretär der »American Society for judicial Settlement of international Disputes«. Zahlreiche Schriften zur Friedensbewegung und über die Frage eines internationalen Staatengerichtshofes.

Maurice, Charles Edmond, Schriftsteller. * 1843. Chaplains House, Guys Hospital, Southwark, London. ✱ Eirene Cottage, Gainsborough Gardens, Hampstead, London. Präsident der »Hampstead Peace Society«, Vizevorsitzender der »International Peace and Arbitration Association«, Mitglied des Nationalrats der englischen Friedensgesellschaften, Vorsitzender der englischen »School Peace League«, Teilnehmer an den Friedenskongressen in London 1890 und 1908. Vorträge und Artikel. Zahlreiche Beiträge im »Concord«.

Mead, Edwin D., * 29. IX. 1849. Chesterfield, New Hampshire. ✱ 29 A, Beacon Street, Boston, Mass. U. St. A., Sekretär der Leitung der »World Peace Foundation«, Mitglied des Berner Bureaus und des internationalen Friedensinstitutes, Vizepräsident der »American Peace Society«, Herausgeber der »International Peace Library«. M. war Vorsitzender des Exekutivkomitees des XIII. Weltfriedenkongresses in Boston (1904), er inaugurierte die nationalen Friedenskongresse in den Vereinigten Staaten. Teilnehmer an den Weltfriedenskongressen zu Glasgow, Rouen, Luzern, München, London (1908). Mead ist einer der unermüdlichsten Organisatoren der Friedensbewegung in Amerika. Mitarbeiter zahlreicher Tageszeitungen und Revuen; ebenso Redner für die Bewegung.

Verf. »Organized the World!« 1906. — Herausgeber: »The Great Design of Henry IV.« (1909) und »Mohonk Adresses by E. E. Hale and David I. Brewer« (1910). — Verschiedene Flugblätter.

Mead, Lucia Ames, Gattin des Vorigen. Schriftstellerin. * 5. V. 1856 Boscawen, N. H., U. St. A. ✱ 39, Newbury St., Boston, Mass. Direktorin der »American Peace Society«, Vorsitzende des Friedens- und Schiedsgerichtsdepartements der »National Women Suffrage Association« und des »National American Council of Women«. Sie hält jährlich gegen 90 Vorträge und Vorlesungen in Kollegien, Universitäten und Versammlungen. Verfasserin zahlreicher pazifistischer Broschüren und Flugblätter. Delegierte auf sechs Weltfriedenskongressen.

Verf. »Great Thought for little Thinkers«. 1890. — »Primer of the Peace Movement«. 1904. — »Patriotismus and the New Internationalismus«. 1907. —

Meili, Friedrich, Rechtsgelehrter, Professor des internationalen Privatrechts an der Universität Zürich. * 21. IV. 1848. ✱ Zürich I, Sonnenkai 1. Mitglied des »Institut de droit international«. Hervorragender Bahnbrecher der internationalen Rechtswissenschaft.

Melin, Mlle. Jeanne Philomène, * 17. IX. 1877. Briqueterie de Carignan (Ardennen), Frankreich. ✱ Briqueterie de Carignan (Ardennen), Frankreich. Mitglied der ständigen Delegation der französischen Friedensgesellschaften. Vizepräsidentin der Ardennengruppe der Gesellschaft »La Paix par le droit«. Seit 1901 für die Friedensbewegung arbeitend. Artikel in der Lokalpresse. Gründerin der Friedensgruppe der Ardennen. Teilnehmerin an allen Weltfriedenskongressen und nationalen Friedenskongressen der letzten Jahre.

Merey von Kapos-Mére, Kajetan, Diplomat. * 16. I. 1861. Wien. ✱ Rom, Palazzo Chigi. Österreichisch-ungarischer Botschafter am Quirinal, k. u. k. Geheimer Rat, Delegierter Österreich-Ungarns auf der ersten, Chef der österreichisch-ungarischen Delegation auf der zweiten Haager Konferenz. Beteiligte sich im fortschrittlichen Sinne an den Arbeiten zur Herstellung eines allgemeinen obligatorischen Schiedsvertrages.

Merignhac, Alexandre Jacques Antoine, Rechtsgelehrter, Professor des internationalen öffentlichen Rechts an der Universität Toulouse. * 21. I. 1857, Toulouse. ✱ Toulouse, 10, rue Velane. Associé des »Institut de droit international«, Präsident der »Société Toulousaine de la Paix«, Mitglied und Mitbegründer der ständigen Delegation der französischen Friedensgesellschaften. Präsidierte dem ersten national-französischen Friedenskongreß zu Toulouse. Hervorragender Verfechter der Schieds- und Friedensidee, in deren Sinne er auch in seiner Universitätslaufbahn wirkt.

Verf. »Traité théorique et pratique de l'Arbitrage international« 1896. — »La Conférence de la Paix de 1899« 1900. — »Les lois et coutumes de la guerre sur terre« 1903. — »Traité théorique et pratique de droit privé international«. 3 vols. 1905. —

Merillon, Pierre François Daniel, Generaladvokat am Kassationshof. * 29. VI. 1852. Bordeaux. ✱ Paris, 7 rue de l'Alboni. Ehemaliger Deputierter, Komiteemitglied der »Société d'Arbitrage entre nations«. Hielt am 18. Oktober 1897 bei Wiederzusammentritt des Appellgerichtshofes eine vielbemerkte Rede über die juristische Beilegung internationaler Konflikte. Seitdem wiederholt als pazifistischer Redner aufgetreten.

Meurer, Dr. Christian, Rechtsgelehrter, Professor an der Würzburger Universität. * 20. I. 1856. Camberg, Bezirk Wiesbaden. ✱ Würzburg, Lessingstr. 1. Associé des »Institut de droit international«. Teilnehmer am Friedenskongreß zu München.

Verf. Würzburger Rektoratsrede: »Übersicht über die Arbeiten der Haager Friedenskonferenz, insbesondere der Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle«. 1903. — »Die Haager Friedenskonferenz«. Zwei Bände. 1905 und 1907. — »Die Genfer Konvention und ihre Reform«. 1906. — »Die neue Genfer Konvention«. 1907. — »Luftschiffahrtsrecht«. 1909. —

Miyaoka, Tsunejiro, Rechts- und Patentanwalt. * XI. 1865. Osaka, Japan. ✱ 6 und 7 Takiyamacho Kyobashi, Tokio. Früher in diplomatischen Diensten in Berlin und Washington. Vertrat Japan vor dem Schiedstribunal im Haag in dem Streit um die Haussteuer (1904—1905) und auf der internationalen Opiumkonferenz. Generalsekretär der »Conciliation internationale« für Ostasien, Sonderkorrespondent der I. Abteilung der Carnegiestiftung. Beteiligt sich rege an der Friedensbewegung in Japan. Korrespondent der »Friedens-Warte«.

Moch, Gaston, Artilleriehauptmann a. D. * 6. III. 1859 zu Saint-Cyr-l'École. ✱ Neuilly sur Seine, 26 Rue de Chartres. Ehrenpräsident und provisorischer Leiter des internationalen Friedensinstituts (früher Monaco, jetzt in Paris), Mitglied der Kommission des Berner Bureaus, der ständigen Delegation der französischen Friedensgesellschaften, des Zentralkomitees der »Ligue internationale de la Paix et de la Liberté«, Ehrenmitglied der »Association de la Paix par le droit«, der dänischen und ungarischen Friedensgesellschaften, der »Rationalist Peace Society« (London), der Friedensgesellschaft zu Torre Pellice, Ehrenpräsident der Esperantistengruppen zu Paris und Monaco.

Verließ im Jahre 1894 als Artilleriehauptmann, nachdem er sich bereits durch seine militärischen Schriften einen Namen gemacht hatte, den Dienst, um sich ganz der Friedensbewegung zu widmen. Seit dieser Zeit nahm er tätigen Anteil an allen Friedenskongressen (Vorschläge betreffend das Recht der legitimen Verteidigung und der Defensivbündnisverträge 1897, 1903, 1910; die internationale Hilfssprache 1897, 1905, 1906, 1907; Revision des Kongreßreglements 1898). Moch war Organisator und Vizepräsident des IX. Weltfriedenskongresses zu Paris (1900) sowie Organisator und Präsident des XI. zu Monaco (1902). Er gründete, nachdem er im Jahre 1895 versucht hatte, die verschiedenen französischen Friedensgesellschaften zu föderieren, im Jahre 1896 das Bureau Français de la Paix, das sich mittlerweile zur ständigen Delegation der französischen Friedensgesellschaften entwickelte. Im Jahre 1900 organisierte er die vom Berner Bureau vorbereitete Ausstellung der Friedensgesellschaften auf der Pariser Weltausstellung. Seit Anfang 1902 Geheimrat des Fürsten von Monaco, leistete er als solcher der Friedensbewegung verschiedene Dienste (XI. Weltfriedenskongreß zu Monaco, 1902; Gründung des internationalen Friedensinstituts, 1903; Vertretung des Fürsten bei der interparlamentarischen Konferenz 1903 sowie bei verschiedenen internationalen Kongressen). Er gründete die Esperantistische Friedensgesellschaft (1905), deren Organe »Espero Pacifista« und Büchersammlung »Libraro Pacifista« er leitete. M. hielt zahlreiche Vorträge, hauptsächlich an den Volksuniversitäten von Paris und der Provinz, und einen zwölf Lektionen umfassenden Kurs über »Die Entwicklung zum Frieden« an der École des Hautes Etudes sociales, die er mitbegründen half. Seine auf die Friedenspolitik und Friedenspropaganda bezüglichen Artikel sind äußerst zahlreich und in vielen Tageszeitungen und Revuen enthalten, unter anderem in der Brüsseler »Indépendance Belge«. Dieses Weltblatt wurde der Friedenssache durch ein Direktionskomitee zugeführt, das M. von 1895—1899 leitete, und dem außerdem noch Emile Arnaud und Charles Richet angehörten.

Verf. »L'Alsace-Lorraine devant l'Europe« 1893. — »Alsace Lorraine« 1894. — »Autour de la Conférence interparlementaire« 1895. — »Une royale idée« 1896. — »De la clause arbitrale considérée comme fondement des traités d'alliance pacifique« 1897. — »Comment se fera le désarmement?« 1897. — »L'Ère sans violence« 1899. — »Ce que coûte la Paix armée et comment en finir« 1900. — »L'Armée d'une démocratie« 1900.

(Deutsche Übersetzung, Stuttgart 1900.) — »La Réforme militaire, vive la milice!« 1901. — »Désarmons les Alpes« 1905. — »Histoire sommaire de l'Arbitrage permanent« 1905; 2. Aufl. 1910. — »Pri Malarmo«. 1906. — Seit 1897 außerdem noch eine Anzahl kleinere, die Friedensfrage und die internationale Sprachenfrage berührende Broschüren.

Moneta, Ernesto Teodore, Publizist. * 20. IX. 1833 zu Mailand. ✱ Mailand, 34 Via Principe Umberto. Präsident der »Societa internazionale per la pace: Unione Lombarda«. Laureat des Nobelpreises. Von 1892—1912 Mitglied der Kommission des Berner Bureaus, Mitglied des internationalen Friedensinstituts (Monaco), Mitglied des europäischen Rats der Carnegiestiftung. M. hat in früher Jugend mit seiner ganzen Familie an dem Mailänder Aufstand im Jahre 1848 teilgenommen, war im Jahre 1859 Freiwilliger bei den von Garibaldi kommandierten Alpenjägern, 1860 Generalstabsoffizier in der Armee Garibaldis und machte als solcher den Feldzug in Süditalien mit; von 1861—1867 Offizier in der italienischen Armee. Von Mai 1867 bis Oktober 1896 war er Chefredakteur der großen Mailänder Tageszeitung »Secolo«. Im Jahre 1897 gründete er die der Friedensidee und dem Internationalismus gewidmete Revue »La Vita internazionale«, deren Direktor er seit der Gründung ist. Im Jahre 1889 rief er noch den Friedensalmanach »Giu il armi« ins Leben, der jährlich erscheint (jetzt unter dem Titel »Pro Pace«) und sich eines stets wachsenden Erfolges erfreut. Im Jahre 1878 gründete er die »Unione Lombarda«, bis 1911 die erfolgreichste und tätigste italienische Friedensgesellschaft, der er seit 1891 präsidiert. Er ist der Gründer der italienischen Friedensgesellschaften zu Assi, Barzano, Borgolesia, Gallarate, Missaglia, Perugia und Voghera; er organisierte die Konferenz der italienischen Friedensgesellschaften in Rom von 1891 und war deren Berichterstatter über die Abrüstungsfrage. Als Delegierter der »Unione Lombarda« war M. auf allen Friedenskongressen, mit Ausnahme der in Chicago, Paris (1900), Glasgow Stockholm und Genf abgehaltenen, und beteiligte sich im reichsten Maße an deren Arbeiten. Im Jahre 1894 veranstaltete M. auf der Mailänder Ausstellung eine Propagandaausstellung im Sinne der Friedensidee, und im Jahre 1896 gelang es ihm, nach der Schlacht von Adua eine mit 120 000 Unterschriften bedeckte Petition gegen die Fortsetzung des Krieges, die von einer großen Revanchepartei gefordert wurde, dem Parlament zu unterbreiten und diese Forderung durchzusetzen. Unzählig sind die Vorträge,

die M. seit dem Jahre 1889 in Italien über die europäische Union und die Umwandlung der stehenden Heere in Defensivheere gehalten hat. M. bereitete den Mailänder Friedenskongreß von 1906 vor und präsidierte diesem. Auf der Ausstellung in Mailand von 1906 organisierte er abermals eine große Friedensausstellung in eigenem Pavillon. Während der Tripoliskrise von 1911—1912 hat M., der schwer erkrankt war, anscheinend Einflüsterungen Folge gebend, die pazifistischen Grundsätze nicht vertreten.

Verf. »Le Guerre, le Insurrezioni e la Pace nel secolo XIX«. Bis jetzt vier Bände erschienen. 1908—1910. — »L'Idéal de la Paix et la Patrie. 1912. — Zahlreiche Broschüren und Artikel in den verschiedensten Zeitungen und Revuen.

Monnier, Henri, Arzt. 1872. * La Chaux de Fonds. ✱ 6, Place neuve, La Chaux de Fonds. Präsident der Friedensgesellschaft in Chaux de Fonds und Mitglied des Zentralkomitees der Schweizer Friedensgesellschaft. Korrespondent des europäischen Bureaus der Carnegie-Stiftung. Mitherausgeber des pazifistischen Organs der romanischen Schweiz: »La Paix«.

Montluc, Léon Pierre Adrien, Advokat. * 9. III. 1847. Chatillon. ✱ 16 Bd. Victor Hugo, Neuilly s. Seine. Mitglied des »Institut de Droit International«, Präsident des Zentralkomitees der »Ligue de la Paix et de la Liberté«, Mitglied des Rates der »International Law Association«. War Präsident des national-französischen Friedenskongresses in Lille. Fruchtbarer völkerrechtlicher Schriftsteller, namentlich in völkerrechtlichen und pazifistischen Revuen.

Moore, John Bassett, Rechtsgelehrter. * 3. XII. 1860. Smyrna, State of Delaware. ✱ 267 West, 73^d St., New York City. Professor für internationales Recht und Diplomatie an der Columbia-Universität. War bei den spanisch-amerikanischen Friedensverhandlungen in Paris (Okt. 1898), Sekretär und Beirat der amerikanischen Bevollmächtigten, Agent der Vereinigten Staaten vor dem Schiedstribunal in dem Streit dieser mit San Domingo (1904), Delegierter der Vereinigten Staaten auf der IV. pan-amerikanischen Konferenz in Buenos-Ayres (1910), Mitglied des »Institut de Droit international«, Mitglied des Exekutiv-Councils der »American Society of International Law«, Vize« präsident der »New York Peace Society«.

Verf. »History and digests of international Arbitration« 6 vols 1898. — »Digests of international Law« 8 vols. 1906.

Moret, Don Segismundo, Politiker. ✶ Madrid. Ehemaliger Ministerpräsident, Deputierter, Mitglied des Haager Hofes und des interparlamentarischen Rats wie des europäischen Rats der Carnegiestiftung.

Moscheles, Felix Stone. Maler und Schriftsteller. 8. II. 1833 zu London. ✶ London, »The Grelix« 80, Elm Park Road. S. W. Vorsitzender der »International Arbitration and Peace Association« (London), Mitglied des Berner Bureau, Vizepräsident der »Universal Peace Union« (Philadelphia), Ehrenpräsident der »Société algérienne de la Paix«, Mitglied des Komitees der »Peace Society« (London). M. besuchte in Leipzig die Thomasschule, wandte sich schon in seinem 14. Jahre gegen die Auswüchse des Über-Patriotismus und verfocht die Verbrüderungsidee. Im Jahre 1878 schrieb er eine Broschüre »Patriotism as an incentive to warfare« (Patriotismus als Anreizung zum Krieg), kam dadurch in nähere Beziehung zu Henry Richard und wurde Mitglied des Ausschusses der »Peace Society«, deren Vorsitzender Richard damals war. Als dann Hodgson Pratt im Jahre 1880 die »International Arbitration and Peace Association« gründete, trat M. auch in das Komitee dieser Gesellschaft, deren Vorsitzender er, nach dem im Jahre 1897 erfolgten Ausscheiden Pratts, wurde. Sein Hauptbestreben ist, die Beziehungen der verschiedenen Friedensgesellschaften zu stärken. Aus diesem Beweggrunde heraus veranlaßte er, daß von 1896—1910 der 22. Februar alljährlich als gemeinsamer Friedenstag von allen Friedensgesellschaften der Welt begangen wird. Es gelangte jedesmal an diesem Tage eine von M. in Vorschlag gebrachte Resolution zur Annahme. Von 1910 ab wurde der Friedenstag auf den 18. Mai verlegt. M. ist Mitredakteur des »Concord«, des monatlichen Organs seiner Gesellschaft und schreibt auch häufig in anderen Zeitschriften und Zeitungen über den Frieden und damit zusammenhängende Fragen, hält Vorträge und benützt jede Gelegenheit zur Propaganda, sowie zur Bildung neuer Gesellschaften, wie in Algier und Granada. Auch als Maler diente er der Bewegung. Er hat in einer Serie von Gemälden den Krieg im allgemeinen, besonders aber die bulgarischen und armenischen Greuel, wie die Schrecken im Transvaalkriege in das schärfste Licht gestellt. M. war regelmäßiger Besucher fast aller bisherigen Friedenskongresse und nimmt regen Anteil an deren Arbeiten. Seit 1903 ist er auch Präsident des in jenem Jahre gegründeten ersten Londoner Esperanto-Klub.

Verf. »Boy Scouts«. — »Patriotism challenged« — usw.

Mowry, William Augustus, Pädagoge und Schriftsteller. * 13. VIII. 1829. Uxbridge. Mass. ✱ Hyde Park. Mass. Oak Bank 17 Riverside Square. Präsident des »American Institut of Education«. Seit 25 Jahren Mitglied des Direktoriums der »American Peace Society«. Eifriger Agitator für die Friedensidee in den Schulen. Zeitungartikel, Vorträge.

Verf. »The Teaching of History in the Public Schools with reference to war and peace« 1906.

Müller, Arthur, Beamter und Schriftsteller. * 3. XII. 1873. Wien. ✱ Wien XVIII. Gersthoferstraße 126. Vorstandsmitglied der österreichischen Friedensgesellschaft. Als Organisator, Vortragender und Schriftsteller tätig.

Verf. »Die Friedensidee und ihre Entwicklung« 1900. — »Pazifistisches Jugendbuch; ein Ratgeber für Eltern und Erzieher« 1910. — »Der Herr Schulinspektor; ein pazifistisches Lehrerstück« 1911. — »Das persönliche Wirken und Werben; Ratschläge für die Propaganda« 1912. — »Paracelsus der Träumer«, Drama, 1912.

Myers, Denis P., Rechtsgelehrter. * 20. VI. 1884. Newton, Jowa, U. St. A. ✱ Cambridge. Mass. 94 Oxford Str., Bibliotkekar und Beirat für Völkerrecht bei der »World Peace Foundation« in Boston. Mitglied der »American Society of International Law« und der »American Society for Judicial Settlement of International Disputes.« M. erblickt in der Entwicklung des Internationalismus die Grundlage der Friedenspropaganda. Er arbeitet einen Entwurf für ein internationales Weltbureau aus, das alle bestehenden internationalen Ämter zusammenfassen soll. Mitarbeiter zahlreicher Tageszeitungen wie der völkerrechtlichen Revuen, namentlich des »American Journal of International Law«.

Verf. »The legal Basis of the Rules of Blockade in the Declaration of London« 1910. — »Law and the Air. 1911«.

Nasmyth, Dr. George William. * 9. III. 1882. Cleveland, Ohio, U. S. A. ✱ 110 Highland Peace, Ithaca, N. Y. Naturhistoriker. Präsident des internationalen Zentralkomitees der »Corda Fratres«, internationaler Studentenverein. Wirkt seit 1906, wo er in den »Cornell Cosmopolitan Club« eintrat, für die Vertretung der Friedensgedanken in den Kreisen der Studentenschaft. Seine Aktion erstreckt sich über die Vereinigten Staaten, England, Deutschland, Österreich-Ungarn, die Niederlande usw. N. war 1909 Präsident der »Association of Cosmopolitan Clubs«, 1910—11 Vorsitzender des Internationalen Studentenvereins in Berlin und 1912 Vorsitzender des Internationalen Studentenvereins in Göttingen. Er nahm Teil an der Lake-Mohonk-Konferenz

von 1908, an den englischen National-Friedens-Kongressen von 1911 und 1912 und an dem III. Internationalen Studenten-Kongreß der »Corda Fratres« zu Rom im Jahre 1911. Er war Vorsitzender der ersten Tagung des Verbandes der internationalen Studentenvereine Deutschlands in Göttingen.

Mitherausgeber des »Cosmopolitan annual 1908« und Verfasser zahlreicher Artikel über die internationale Studentenbewegung in verschiedenen Zeitschriften.

Nattan-Larrier, Pierre Eugen Georges, Advokat. * 11. I. 1872. Paris. ✱ 69 Rue de Rome, Paris, Mitglied des Direktionskomitees von »Paix par le Droit«, Sekretär der ständigen Delegation der französischen Friedensgesellschaften. Hielt seit 1898 zahlreiche Vorträge an den Volksuniversitäten und anderen Vereinigungen. Revueartikel. Redakteur von »La Paix par le Droit«.

Verf. »Les menaces de la guerre future« 1904. — »Les assurances sur la vie et le risque de guerre« 1909.

Neufville, Eduard de, 29. I. 1857, Frankfurt a. M. ✱ Frankfurt a. M., Lindenstraße 32. Mitglied des Berner Bureaus, Vizepräsident des Frankfurter Friedensvereines, Vizepräsident des deutsch-englischen Verständigungskomitees. Seit 1905 hervorragend in der deutsch-englischen Verständigungsbewegung tätig; er bildete das deutsch-englische Komitee in Deutschland. Begründete 1909 das kirchliche Komitee zur deutsch-englischen Verständigung. Seit 1902 auf den meisten internationalen und den nationalen deutschen Friedenskongressen tätig; außerdem Teilnehmer der meisten anglo-deutschen Verständigungsreisen. Arrangierte 1908 den Besuch deutscher Kirchenmänner nach England. Ist gegenwärtig damit befaßt, einen Weltbund der Kirchen für den Frieden ins Leben zu rufen.

Newmann, Thomas Prichard, Buchdrucker und Verleger. * 1846 nächst London. ✱ Hazelhurst, Haslemere, Surrey, England. Mitglied des nationalen Friedensrates und des englisch-deutschen Verständigungskomitees wie des Friedensausschusses der Society of Friends. Er gründete diesen Friedensausschuß, der später den Grund zum nationalen Friedensrat legte, dessen erster Vorsitzender N. war. Er war Vorsitzender des Exekutiv-Ausschusses für den Londoner Friedenskongreß von 1908. Im Jahre 1905 beteiligte er sich auf dem Weltfriedenskongreß Luzern an der Schaffung jener anglo-deutschen Zusammenkunft, aus dem die anglo-deutsche Verständigungsbewegung hervorging. Das damals begründete englische Komitee

wählte N. zum Vorsitzenden. Er besuchte die meisten Weltfriedenskongresse und alle englisch-nationalen Friedenskongresse.

Nilsson, Dr. Nils August, Arzt. * 13. II. 1860. Maglehem im Lau. Schweden. ✱ Oerebro. Schweden. Mitglied des Berner Bureaus, Vorsitzender des Friedensvereins zu Oerebro. Von 1900–1905 Präsident der schwedischen Friedens- und Schiedsgerichtsgesellschaft und von 1905–1910 Präsident des von ihm begründeten schwedischen Friedensbundes und Herausgeber (von 1905—1909) der Svensk Fredstidning. Agitierte durch Vorträge in Schweden, Norwegen und Dänemark, organisierte den II. schwedischen nationalen Friedenskongreß (1902) zu Oerebro und präsidierte ihm; ebenso dem dritten zu Östersund (1903). Nahm teil an den Weltfriedenskongressen zu Monako, Mailand, München, London, Stockholm und Genf, wie an den nordischen Friedenskongressen zu Skien (1901) und Kopenhagen (1904). Gründete in Schweden verschiedene Ortsgruppen. Zahlreiche Initiativanträge auf den Kongressen.

Verf. (in schwedischer Sprache) »Die Idealschrift der Menschheit«. — »Die größten Wahrheiten des Menschen«. — »Die Lösung der Abrüstungsfrage«. 2. Aufl. — In franz. Sprache: »Vers la Fédération universelle« 1909. —

Nippold, Dr. jur., Otfried, Professor an der Universität Bern. * 21. V. 1864. ✱ Ober-Ursel am Taunus (Deutschland), Liebfrauenstraße 22. Stellvertretender Vorsitzender des »Verbandes für Internationale Verständigung«. War früher Richter im Großherzogtum Sachsen-Weimar und Lehrer des internationalen Rechts und Handelsrechts in Tokio (Japan), dann im diplomatischen Dienst des Auswärtigen Amtes in Berlin tätig, zuletzt in London. Habilitierte sich später an der Berner Hochschule. Gab 1907 die Anregung zur Begründung einer internationalen Hochschule für Völkerrecht im Haag, die vom Präsidenten der II. Haager Konferenz Nelidow aufgegriffen wurde. Gab die Anregung zur Begründung einer internationalen Vereinigung der Völkerrechtsgelehrten und wirkte mit an der Begründung des Verbandes für int. Verständigung.

Verf. »Der Völkerrechtliche Vertrag, seine Stellung im Rechtssystem und seine Bedeutung für das internationale Recht« 1904. — »Die Fortbildung des Verfahrens in völkerrechtlichen Streitigkeiten« 1908. — »Die zweite Haager Friedenskonferenz« 1908—1911.

Nithack-Stahn, W., Pfarrer an der Kaiser Wilhelm Gedächtniskirche in Berlin. * 23. X. 1866. Berlin. ✱ Berlin W., Ans-

bacherstraße 18. Bekannt auch als Romanschriftsteller und Dramatiker. Als Vertreter des Friedensgedankens zuerst auf der Kanzel tätig gewesen, dann bei religiösen Diskussionsabenden und als Verfasser wirksamer Flugschriften und Zeitschriftenartikel.

Verf. »Christentum und Völkerfriede«. — »Anteil des deutschen Volkes an der Friedensbewegung.« — »Das Evangelium und der Friede.« — »Völkerfriede? Ein Streitgespräch.«

Nys, Ernest, Professor an der freien Universität in Brüssel. ✱ 30 Rue St. Jean, Brüssel. Mitglied des Haager Schiedshofes und des »Institut de Droit international«. Ehrenmitglied der »American Society of intern. Law«. Hervorragender Völkerrechtsjurist.

Verf. »Le Droit international«. 3 vols. Nouvelle Edition 1912; zahlreiche völkerrechtliche Monographien.

Oppenheim, L. F. L., Professor des Völkerrechts an der Universität Cambridge. * 30. III. 1858. ✱ Whewell House, Cambridge, England. Associé des »Institut de Droit international«. Mitherausgeber der »Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht«. Oppenheim ist Inhaber des »Whewell-Lehrstuhles«, dessen Begründer es dem jeweiligen Inhaber zur Pflicht gemacht hat, es als seine Aufgabe zu betrachten, solche Mittel und Wege zu suchen, die es ermöglichen, die Gefahren des Krieges zu vermindern und ihn schließlich ganz zu beseitigen.

Verf. »International Law« 2 vols. 1905—1906. 2. Ed. 1912. — »International Incidents for Discussion in Conversation Classes« 1909. — »Die Zukunft des Völkerrechts«, Leipzig 1911.

Ostwald, Wilhelm, Emer. Professor. »Praktischer Idealist.« * 2. IX. 1853. Riga. ✱ Großbothen bei Leipzig. Geh. Hofrat, Inhaber zahlreicher Ehrendiplome, Ehrenmitgliedschaft wissenschaftlicher Gesellschaften. Laureat des Nobelpreises für Chemie 1910. Mitglied des europäischen Rats der Carnegiestiftung. Kam durch die von ihm begründete energetische Weltanschauung zum Pazifismus. Betrachtet diesen als Sonderfall seiner allgemeinen Bestrebungen um Energieökonomie (Energetischer Imperativ: Erstrebe das beste Güteverhältnis bei den von dir transformierten Energien). Vorträge und Artikel in Revuen und Tageszeitungen.

Otlet, Paul, Advokat. * 24. VIII. 1868. Brüssel. ✱ 28, rue de la Paille, Brüssel. Generalsekretär des »Institut int. de Bibliographie« und Generalsekretär des »Office central des institutions internationales«. Organisierte mit La Fontaine den ersten Weltkongreß der internationalen Vereinigungen und das

internationale Museum. Direktor des »Annuaire de la vie internationale«, der Revue »La vie internationale« etc.

Verf. »L'Organisation internationale et les associations internationales«. — »La loi d'Ampliation et l'Internationalisme« 1908. — »Le Congrès Mondial des Associations internationales« 1910.

Paiva, J o ã o, Dr., Politiker. * 26. I. 1849, Lamego, Portugal. ✱ 61, rua Alexandre Herculano, L i s s a b o n. Mitglied des europäischen Rats der Carnegiestiftung, Präsident der Pazifistengruppe der geographischen Gesellschaft in Lissabon und der portugiesischen Friedensliga in Oporto. Vizepräsident der portugiesischen Friedensliga in Lissabon, Sekretär der portugiesischen interparlamentarischen Gruppe. Früheres Mitglied des interparlamentarischen Rats. Teilnehmer an den interparlamentarischen Konferenzen zu Bern, Budapest, Haag, Paris (1900), Wien, Brüssel, London, St. Louis und Genf. War viele Jahre Deputierter. Er übte in Portugal stets eine energische Propaganda für den internationalen Frieden und die Schiedsgerichtsbarkeit aus, war einer der Gründer der portugiesischen Friedensliga, in der er zahlreiche interessante Vorträge hielt. Der geographischen Gesellschaft unterbreitete er 1893 eine umfangreiche Denkschrift über die Schiedsgerichtsbarkeit in betreff der Kolonialfragen, schrieb zahlreiche Artikel in verschiedenen Zeitungen seines Landes und veröffentlichte die Berichte über alle Konferenzen der Interparlamentarischen Union.

Pasini, T e r e s i n a della Pisano nobile Bonfatti (Alma Dolens). Publizistin. * 18. II. 1876. Perugia. ✱ 21 Portici Settentrionali, M a i l a n d. Präsidentin der Società operaio per Arbitrato internazionale obligatorio e disarmo in Mailand. Trat zum erstenmal auf dem national-italienischen Friedenskongreß zu San Marino (1908) mit einem Referat über »Die Frau als Erzieherin und der Pazifismus« hervor. Unternahm hierauf eine Rundreise durch ganz Italien und schuf eine große Anzahl von Frauenausschüssen für den Frieden in den verschiedensten italienischen Städten. Hierauf widmete sich Frau P. der Friedenspropaganda unter den Arbeitern und ging als Vertreterin von 30000 italienischen Arbeitern der Mailänder Arbeiterkammer zum Stockholmer Weltfriedenskongreß. Nach Mailand zurückgekehrt, gelang es ihr dort, die erste Arbeiterfriedensgesellschaft ins Leben zu rufen, deren Präsidentin sie ist. Nach der Kriegserklärung Italiens an die Türkei gehörte sie zu den wenigen italienischen Pazifisten, die die Fahne des Friedens hochzuhalten wagten. Sie veranstaltete sogar am Friedentage 1912

(22. Februar) eine öffentliche Demonstration gegen den Krieg. Viele Vorträge im ganzen Lande. Zahlreiche Zeitungsartikel.

Paszkowski, Wilhelm, Professor an der Berliner Universität. * 6. II. 1867. Gumbinnen. ✱ Berlin NW., Bauhofstraße 7. Leiter der »Akademischen Auskunftsstelle« und des »Böttinger Studienhauses« an der Berliner Universität. Das letztgenannte Institut hat den Zweck, Ausländer mit der deutschen Kultur und ihren Hauptbestrebungen bekannt zu machen, dient also im hohen Grade der internationalen Verständigung. P. ist im preußischen Unterrichtsministerium mit den Angelegenheiten des Professoren- und Studentenaustausches betraut. Sonderkorrespondent der I. Abteilung der Carnegiestiftung.

Peckover, (Miß) Priscilla Hannah. * 27. X. 1833 zu Wisbech (England). ✱ Wisbech, Wistaria House. Präsidentin der Wisbech Local Peace Association seit deren Gründung im Jahre 1879; Vizepräsidentin der Londoner Peace Society, der Mailänder Unione Lombarda und der Universal Peace Society in Philadelphia, U. St. A., und Ehrenmitglied der dänischen Friedensgesellschaft für Friede und Neutralisation, der Friedensgesellschaften von Norwegen, Schweden, Ungarn, Polen, Palermo usw. Miß P. ist seit der Mitte der siebziger Jahre eine der eifrigsten Agitatorinnen für die Friedensidee. 1879 gründete sie die Wisbecher Filiale der Peace Society und im Jahre 1882 die Zeitschrift »Peace and Goodwill«, die sie seither redigiert. Sie nahm regen Anteil an der Gründung der französischen Friedensgesellschaft »Jeunes Amis de la Paix«, jetzt »Société de la Paix par le Droit«, und an den ersten Veranstaltungen des »Almanach de la Paix« jener Gesellschaft. Der Herausgabe und Verbreitung von Friedensliteratur gab sie sich mit besonderem Eifer hin und verschaffte Büchern und Flugschriften nicht nur in England, sondern auch am Kontinent, in Indien und in den englischen Kolonien weiteste Verbreitung. In verschiedenen Teilen Englands trat sie auch als Rednerin für das Friedenswerk auf. Die Friedenskongresse von Paris (1889 und 1900), von London, Bern, Antwerpen, Budapest, Hamburg, Glasgow, München, London, den Pariser Frauen-Friedenskongreß von 1900 besuchte sie als Delegierte. Sie wirkte als Gönnerin und Helferin bei so mancher der Friedensbewegung dienenden Institution oder Unternehmung, war von größter Hilfsbereitschaft, als es sich darum handelte, das Berner Bureau ins Leben zu rufen, und ließ keinen Appell von Friedensfreunden und -Gesellschaften, aus welchem Lande er auch kommen mochte, unerwidert.

Verf. Sie verfaßte selbst einige Flugschriften über die Friedensidee, wobei sie sich bemühte, die Friedenslehren des Christentums zu betonen, und übersetzte Arnoldsons »Pax Mundi« aus dem Schwedischen, Carlsens »Das ist der Krieg« und Bajers »Wie dänisch Schleswig verloren ging« aus dem Dänischen ins Englische. Sie verfaßte die Texte für durch Lichtbilder illustrierte Vorträge, die dann weite Verbreitung fanden.

Pepper, Charles Melville, Ingenieur und Publizist. * 11. XI. 1859. Ohio, U. S. A. ✱ Washington, Department of State. War Delegierter der Vereinigten Staaten auf der II. pan-amerikanischen Konferenz. Ist Mitglied der pan-amerikanischen Eisenbahnkommission und sehr aktiv in der pan-amerikanischen Bewegung. Teilnehmer an den Lake-Mohonk-Konferenzen.

Verf. »Pan-american Railway and Arbitration«. — »Meaning of Pan-american Conferences«. — »Conciliation through Commerce and Industry in South-America«. —

Perris, Georges Herbert, Politiker. * 29. I. 1866. ✱ London. 5 Henrietta Street W. C. Sekretär des »Cobden-Clubs, ehemaliger Direktor des »Concord« (1898—1906), Ausland-Redakteur von »The Tribune« und »Daily News« (1906—1910), Mitglied des internationalen Friedensinstituts, einer der Gründer und erster Sekretär des »Anglo-German Friendship Commitee« (1905) und des »Anglo-Russian Friendship Commitee« (1906), Mitglied des englischen nationalen Friedensrats. Seit 25 Jahren Journalist und politischer Agitator, trat er infolge der Gründung eines Komitees zur Bekämpfung der stets anwachsenden Rüstungen im März 1896 in die Friedensbewegung, wo er als Redner und talentierter Schriftsteller unausgesetzt tätig ist. Er besuchte die Friedenskongresse von Turin, Paris (1900), Glasgow, Monaco, Rouen, Boston, Mailand, London, Stockholm, wohnte der Eröffnung des Kriegs- und Friedensmuseums in Luzern und verschiedenen anderen internationalen Friedensveranstaltungen bei. Im Jahre 1902 besuchte er die Vereinigten Staaten zur Abhaltung von Friedensvorträgen in New-York, Boston, Chicago, Philadelphia etc. etc.

Verf. »The Eastern Crisis and British Policy« 1897. — »The Life and Teaching of Leo Tolstoy« 1901. — »The Protectionist Peril« 1903. — »Empire, Trade, and Armaments« 1896. — »A short History of the Hague Conference« 1889. — »Blood and gold in South Africa« 1902. — »Jean de Bloch and the Lucerne Museum« 1902. — »Russia in Revolution« 1905. — »For an

Arrest of Armaments« 1906. — »Hands across the Sea« 1910. — »A short History of war and Peace« 1911. — »Germany and the german Emperor« 1912.

Petersen, Niels, Obergerichtsanwalt und Redakteur. * 13. VII. 1858. Lumbsans auf Seeland (Dänemark). ✱ Kopenhagen, Forchhammersvej 10. Präsident des dänischen Friedensvereins und Redakteur des »Fredsbladet«. Teilnehmer an den Weltfriedenskongressen in Paris (1900), in Stockholm, an den skandinavischen Friedenskongressen Stockholm (1895), Skien (1901), Oestersund (1903), Kopenhagen (1904), Stockholm (1910) und Christiania (1912). —

Verf. »Gladstone som Fredsven« 1892. — »Militarismen og Historie undervissingen« 1893. — »Den moderne Kolonialpolitik« 1900. —

Petterson, Fanny, geb. Falkman, Lehrerin. * 18. IV. 1856. Narva. ✱ Stockholm, Schelegatan 15. Ehrenmitglied und Delegierte der »Internationalis Concordia« in Paris, Vizepräsidentin der »Alliance Universelle des Femmes pour la Paix« 1900; Delegierte der »Education pacifique« 1902; skandinavisches Mitglied der Commission de l'Enseignement International 1895. Seit 1898 in der Friedensbewegung tätig. Seit 1905 Schriftführerin des schwedischen Friedensbundes. Bildete 1907 das Gesamtarbeitskomitee der schwedischen Friedensgesellschaften. Tätiges Mitglied des Organisationskomitees für den Stockholmer Friedenskongreß, für den sie 1908 Europa bereiste, um die führenden Pazifisten zur Teilnahme einzuladen. Sie nahm 1900 am Pariser Weltfriedenskongreß, 1909 an der Brüsseler Generalversammlung des Berner Bureau und 1912 am Genfer Weltfriedenskongreß teil. Hielt zahlreiche Vorträge und veröffentlichte Aufsätze in der Tagespresse.

Philipps, Harry Clinton. * 30. VIII. 1880, Randolph, Vt., U. S. A. ✱ Mohonk Lake, N. Y. (U. S. A.). Seit September 1902 Exekutiv-Sekretär der Lake-Monhonk Konferenzen. Mitglied des Exekutivkomitees des ersten und zweiten nationalen Friedenskongresses in New York und Chicago. Mitglied der amerikanischen Gesellschaft für Völkerrecht. Arrangiert die Jahresversammlungen der Lake-Mohonk-Konferenzen und gibt deren Berichte heraus.

Playne, Caroline Elisabeth, Nailsworth, Glostershire, England. ✱ auf Reisen; per Adresse des National Peace Council, London, 167 St. Stephens House, Westminster S.W. Mitglied des Nationalrats der englischen Friedensgesellschaften, Vize-

präsidentin der Bristol-Friedensgesellschaft. Begann die Friedenspropaganda während des Burenkrieges als Sekretärin des Hampstead-Zweiges des South-Africain Conciliation Commitees (1901). War Mitsekretärin des Gastfreundschaftskomitees für den Weltfriedenskongreß zu London (1908) und Mitbegründerin der »Church of England Peace League«.

Verf. »The Terror of the Macclergotts« 1908. — »The Evolution of International Peace« 1909. —

Plener, Ernst Freiherr von, Staatsmann. * 18. X. 1841, Eger. ✱ Wien IV, Wohllebengasse 4. Präsident des gemeinsamen obersten Rechnungshofes. Minister a. D., Mitglied des Herrenhauses, Geheimer Rat, Mitglied des Haager Schiedshofes, Mitglied des interparlamentarischen Rats und Präsident der österreichischen interparlamentarischen Gruppe. Präsidierte 1903 der Wiener interparlamentarischen Konferenz und nahm seither an fast allen interparlamentarischen Konferenzen und den Sitzungen des interparlamentarischen Rats teil. Auf der Londoner interparlamentarischen Konferenz (1906) wurde ein von P. ausgearbeiteter Musterentwurf zu einem allgemeinen obligatorischen Schiedsvertrag angenommen, der auf der II. Haager Konferenz den Beratungen zugrunde gelegt wurde.

Polak, Dr. J., Arzt. * 11. XII. 1857, Równe, Wolhynien. ✱ Warschau, 82 Nowogrodzka. Wirklicher Staatsrat. Sanitätsrat der Warschauer Stadtverwaltung, Präsident der polnischen Friedensgesellschaft. Seit 1904 für die Friedensbewegung tätig. Gründete 1906 die polnische Friedensgesellschaft. Durch zahlreiche Konferenzen die Friedensidee in Polen volkstümlich gemacht. Mitbegründer der polnischen Friedensgesellschaft in Krakau. Zahlreiche Artikel in der polnischen Presse. Vizepräsident des Londoner Friedenskongresses 1908. Außerdem Teilnehmer an den Friedenskongressen zu Mailand, Stockholm und Genf.

Verf. (in polnischer Sprache) »Wissenschaft und Friede«. — »La politique de l'avenir prochain« (auch polnisch). — (in polnischer Sprache) »Patriotismus und Verständigung der Völker« usw.

Politis, Nicolas Socrate, Völkerrechtsgelehrter. * 8. II. 1872 auf Korfu (Griechenland). ✱ 11, rue Stanislas, Paris. Professor der Rechtsfakultät an der Universität Paris, Associé des Institut de droit international. Vorträge an Volksuniversitäten, Militärschulen, Offiziercercles. Mitarbeiter der bekannten Völkerrechtsrevuen.

Verf. (Mitherausgeber) der »Recueil des Arbitrages internationaux« t. I. (1905), t. II. unter der Presse. — »Le droit de la Paix d'après les conférences de la Haye« 1912. —

Ponsonby, Arthur, A. W. H., Parlamentarier. * 16. II. 1871, Windsor. ✱ Schulbre de Priory. Haslemere und House of Commons, London. Von 1894—1902 im diplomatischen Dienst. Liberales Mitgled des Unterhauses, Mitglied des Vorstandes der englischen parlamentarischen Gruppe. Hat viele Vorträge gehalten und zahlreiche Artikel geschrieben. Parlamentsinterpellationen über die Rüstungsverminderung.

Porter, Horace, Militär und Diplomat. * 15. IV. 1837, Huntington, Pennsylvanien. ✱ 277, Madison Avenue, New York. Machte den Bürgerkrieg mit, in dem er vom Sekondeleutnant zum Brigadegeneral avancierte; erhielt eine Auszeichnung für besondere Tapferkeit. War von 1864 bis zu Ende des Krieges Adjutant des Generals Grant. Später in Zivilberufen organisatorisch tätig. Von 1897—1905 amerikanischer Botschafter in Paris. Delegierter der Vereinigten Staaten auf der II. Haager Konferenz, wo er vor allen Dingen die Durchführung der sogenannten Dragolehre (Beschränkung der Gewaltanwendung bei Einhebung von vertragsmäßigen Schulden) durch Abänderung in die sogenannte Porterlehre durchsetzte. In den letzten Jahren hat er bei wichtigen Anlässen wiederholt über den Wert der II. Haager Konferenz gesprochen.

Poetting und Persing, Hedwig Gräfin von, Stiftsdame. * 23. III. 1853. ✱ Wien III, Salesianergasse 7 und Prag, Neustädter Damenstift. Vorstandsmitglied der österreichischen Friedensgesellschaft. Mitarbeiterin und intimste Freundin der Baronin Suttner.

Verf. »Marthas Tagebuch«. Eine Bearbeitung des Romans »Die Waffen nieder« für die Jugend. — »Um ein Buch«. Novelle mit pazifistischer Tendenz. — Übersetzungen.

Prestini, Vittore, Bibliothekar. * 1840, Varese, Lombardei. ✱ Rom, »Association de la Presse«, Palazzo Wedekind. Durch Rugghero, Bonghi und Hodgson Pratt anläßlich der Gründung der »Società per l'arbitrato internazionale e per la pace« zur Friedensbewegung gekommen. Seit 1891 Teilnehmer an den meisten Weltfriedenskongressen und an den national-italienischen Kongressen, wie einiger interparlamentarischen Konferenzen als Assistent des Marquis Pandolfi. Zahlreiche Artikel in der italienischen Presse. Mitarbeiter der »Vita internazionale« und des »Concord«. Begründete mit Gubernatis 1908 die »Società per

l'Unione internazionale e per la pace«, deren Generalsekretär er ist.

Prudhommeaux, Jules Jean, Universitätsprofessor. * 2. XI. 1869, Chevennes (Departement de l'Aisne). ✱ Versailles, 11, avenue de Paris. Generalsekretär des europäischen Bureaus der Carnegiestiftung und der Gesellschaft »La Paix par le droit« (letzteres Amt seit 1889), Mitglied der ständigen Delegation der französischen Friedensgesellschaften. Begründete im April 1887 mit fünf seiner Gymnasialkollegen die Gesellschaft »La Paix par le droit«, die heute — nach 25 Jahren — über 5000 Mitglieder zählt. Seit 1892 betätigt sich P. an der Redaktion des Journal »La Paix par le droit« (4500 Abonnenten), das heute als das hervorragendste pazifistische Organ gilt. Seit 1910 ist er mit Lucien Le Foyer Direktor dieser Revue. Hauptmitarbeiter am »Almanach de la Paix« (seit 1889). Als Sekretär und Delegierter der Gesellschaft »Paix par le droit« nahm P. an den meisten Weltfriedenskongressen seit 1889 teil. Er ist Sekretär der von ihm angeregten »Ständigen Kommission zum Studium der wirtschaftlichen Ursachen der Kriege«, die auf verschiedenen internationalen Kongressen funktionierte. War Organisator und Generalsekretär des französischen Nationalkongresses zu Nîmes (1904) und Generalsekretär des nationalen Friedenskongresses von La Rochelle (1907). Mit seiner und Frau Prudhommeaux' Hilfe wurde die Serie der Projektionsbilder für volkstümliche Vorträge ins Leben gerufen. Zahlreiche Vorträge in ganz Frankreich. Über 200 Artikel und Chroniken. Bei der Gründung des europäischen Bureaus der I. Abteilung der Carnegiestiftung wurde P. zum Generalsekretär jenes Instituts ernannt, dem er jetzt seine Hauptkräfte widmet.

Verf. »Les causes économiques des guerres«. — »Coopération et Pacification«. —

Puech, Jules L., Doktor der Rechte. * 20. VI. 1879, Labastide-Rouairoux (Tarne). ✱ 24, rue Pierre Curie, Paris. Sekretär des europäischen Bureaus der Carnegiestiftung, Generalsekretär der »Société française pour l'Arbitrage entre Nations«, Mitglied des Redaktionskomitees und Redaktionssekretär der Revue »La Paix par le Droit«, Mitarbeiter an zahlreichen pazifistischen Organen. Weltfriedenskongresse zu Stockholm und Genf. Nationalfranzösische Kongresse.

Verf. »Le Proudhonisme dans l'Association internationale des travailleurs«. 1907. —

Pugsley, Chester de Witt, Student des Rechtsinstitutes der Harvard-Universität. * 29. III. 1887, Peekskill, New York. ✱ Peekskill, N. Y. Mitglied und Sprecher auf verschiedenen Lake-Mohonk-Konferenzen und auf dem nationalen Friedenskongreß zu New York (1907). Stiftete einen jährlichen Preis von 100 Dollar für das beste Essay über internationale Schiedsgerichtsbarkeit, das ein Student eines amerikanischen Kollegs oder einer Universität verfaßt hat.

Puttkammer, Baron Karl, Kammerherr, Landrat und Rittmeister a. D. * 20. IV. 1847, Berlin. ✱ Berlin W., Magdeburger Straße 35. Vorstandsmitglied der Ortsgruppe Berlin der deutschen Friedensgesellschaft. Sprecher auf verschiedenen deutschen Friedenskongressen und in öffentlichen Versammlungen der Friedensgesellschaften.

Quartier la Tente, Ed., ehemaliger Pastor, Staatsrat, Direktor des öffentlichen Unterrichts. * 17. XII. 1855, New York. ✱ 26, Beaux-Arts, Neuchâtel. Vizepräsident des Zentralkomitees der Schweizer Friedensgesellschaft, Präsident der Friedensgesellschaft des Distrikts von Neuchâtel, Mitarbeiter der Zeitschrift »La Paix«. War der Präsident des XIX. Weltfriedenskongresses in Genf (1912). Vorträge im französischen Sprachgebiet der Schweiz.

Verf. »L'École et le Pacifisme«. —

Quesada y Arostegui, Gonzalo de, Diplomat. * 1868, Cuba. ✱ Berlin, Cubanische Gesandtschaft. Gesandter der Republik Cuba in Berlin, früher in Washington. Mitglied des Haager Schiedshofes, Vertreter Cubas auf der II. Haager Konferenz und auf den beiden letzten pan-amerikanischen Konferenzen, Mitglied des Haager Schiedstribunals im Orinoco-Streit zwischen Venezuela und den Vereinigten Staaten.

Verf. »Arbitration in Latine-America« 1907.

Quidde, Ludwig, Privatgelehrter (Historiker). * 23. III. 1858, Bremen. ✱ München, Gedeonstraße 4/1. Mitglied des Kollegiums der Gemeindebevollmächtigten und bayrischer Landtagsabgeordneter, Korrespondent des europäischen Bureaus der I. Abteilung der Carnegiestiftung, Mitglied der Interparlamentarischen Union, Mitglied des Berner Bureaus, Mitglied des Deutsch-englischen Verständigungskomitees, Vorstandsmitglied der Deutschen Friedensgesellschaft, erster Vorsitzender der Münchener Friedensvereinigung. Seit 1892 in der Friedensbewegung tätig, veranlaßte 1894 nach einem Vortrag Eugen Schliefs die Gründung einer Münchener Friedensgesellschaft, die später erneuert wurde. 1898 beteiligte er sich an der von München auf Anregung der Frau Selenka

ausgehenden Aktion zugunsten des Zarenmanifestes und übernahm unter dem Vorsitz von Professor Lipps die Geschäftsleitung des für diesen Zweck gegründeten Komitees. Ferner beteiligte er sich an leitender Stelle an der Bewegung zur Beendigung des Burenkrieges. Hielt seit 1904 zahlreiche Vorträge über den Pazifismus in den verschiedensten Teilen Deutschlands, wurde 1901 Mitglied des Berner Internationalen Bureaus und beteiligte sich an den Friedenskongressen zu Glasgow 1901, Boston 1902, Rouen 1903, Luzern 1905, wo er bei Behandlung der deutsch-französischen Verständigungsfrage die Vertretung der Deutschen übernahm und mit Passy gemeinsam die vereinbarte Resolution begründete, zugleich auch bei Gründung des deutsch-englischen Verständigungskomitees mitwirkte. Das Zustandebringen dieser Resolution, wo Quidde es verstand, die Empfindungen der Deutschen wie der Franzosen gleich taktvoll zu berücksichtigen, war eine der glänzendsten Leistungen. Die große Versöhnungsszene, wo Passy Quidde die Hand reichte, bleibt fest in der Erinnerung aller Teilnehmer; noch wenige Tage vor seinem Tode gedachte der sterbende Passy dieses Ereignisses und nannte jenen Händedruck den ersten aufrichtigen, den Deutsche und Franzosen seit 1870 ausgetauscht haben. Q. beteiligte sich im Mai 1907 an der außerordentlichen Delegiertenkonferenz der Friedensgesellschaften in den Dreibundstaaten zu Wien, organisierte den 16. internationalen Friedenskongreß zu München und präsidierte dessen Verhandlungen, nahm weiter teil an den Friedenskongressen zu London, Stockholm und Genf. Seit dem Luzerner Kongreß pflegt er auf den internationalen Kongressen für die deutschen Teilnehmer die Übersetzungen ins Deutsche zu besorgen. Beteiligte sich, und zwar jedesmal mit einem Referat, an den deutschen Friedenskongressen zu Jena, Stuttgart, Wiesbaden und Berlin, und ebenso, seit er dem bayrischen Landtag angehört, an den interparlamentarischen Konferenzen (Berlin 1908, Brüssel 1910, Genf 1912). Veröffentlichte Artikel über die Fragen der Bewegung, insbesondere die Abrüstungsfrage, und Berichte von Kongressen, besonders in der »Frankfurter Zeitung« und in den »Münchener Neuesten Nachrichten«.

Verf. »Zur Organisation der Interparlamentarischen Union« 1911.

Rade, Paul Martin, Professor der Theologie. * 4. IV. 1857, Rennersdorf bei Herrenhut. ✱ Marburg in Hessen. Herausgeber der »Christlichen Welt«. Mitglied des »Kirchlichen Komitees zur Pflege freundschaftlicher Beziehungen zwischen

Großbritannien und Deutschland«. R. vertritt in der »Christlichen Welt« alle internationalen Fragen im Sinne der Gerechtigkeit, der Versöhnung und des Friedens. Innerhalb des Pazifismus trat er auf dem national-deutschen Friedenskongreß zu Jena (1908) mit seinem Vortrag »Machtstaat, Rechtsstaat, Kulturstaat« zum erstenmal hervor. Aufsehen erregte neuerdings sein Eintreten für eine billige Regelung der Verhältnisse in Nordschleswig, das zur Gründung der »Grenzmarken-Korrespondenz« führte. Auf R.s bedeutenden Aufsatz: »Im Zeichen des Dreadnoughts oder im Zeichen des Kreuzes« ist an anderer Stelle dieses Buches hingewiesen.

Rahusen, Dr. E. N., Senator. 16. XI. 1830 zu Amsterdam. ✱ Amsterdam. Advokat am Appellationsgerichtshof, Ehrenmitglied des interparlamentarischen Rates, Mitglied des europäischen Rats der ersten Abteilung der Carnegiestiftung. Seit 1891 Mitglied der ersten Kammer der Generalstaaten, wo er häufig Gelegenheit nahm in internationalen Fragen zugunsten der Schiedsgerichtsbarkeit hervorzutreten. Er war einer der ersten, die für das Werk der interparlamentarischen Union in Holland eintraten, und nahm regen Anteil an den Arbeiten der Union, deren Konferenzen er regelmäßig besuchte. Der Konferenz im Haag von 1894 präsidierte er. Im Jahre 1899 war er Delegierter der holländischen Regierung auf der Haager Konferenz.

Ralston, Jackson Harvey, Rechtsgelehrter. * 6. II. 1857. Sacramento, Cal. U. St. A., Washington D. C. Mitglied des Direktionskomitees der »American Society of International Law«. War Agent der Vereinigten Staaten in dem kalifornischen Kirchengüter-Streit vor dem Haager Hof (1901), Obmann der italienisch-peruanischen gemischten Kommission in Carracas 1903.

Verf. »Agents Report Pious Found Case«. — »Report of Venezuelan Arbitrations of 1903«. — »Int. Arbitration Law and Procedures«. — Report »French-Venezuelan Commission of 1902«. —

Rapin, Eugène, Pastor. 10. III. 1843. Vevey (Schweiz), Lausanne (Schweiz), Chateau de Beaulieu. Präsident der Section vaudoise der Schweizer Friedensgesellschaft seit 1902. Gründer des Journals »La Paix« im Jahre 1905 und dessen Redakteur bis 1908.

Reinsch, Paul S., Professor des internationalen Rechts an der Universität Madison. Wis., U. St. A. * Milwaukee, Wis. ✱ Madison, Wis. Vertreter der Vereinigten Staaten auf der III. und IV. pan-amerikanischen Konferenz. Inhaber der Roosevelt-

professur in Berlin und Leipzig im Jahre 1911/1912. Mitglied des pan-amerikanischen Komitees der Vereinigten Staaten. Delegierter auf dem ersten pan-amerikanischen Wissenschaftskongreß zu Santiago in Chile 1908. Mitglied des Komitees für internationale Kodifikation der »American Society of international Law«. Viele Artikel in wissenschaftlichen Revuen über internationale Angelegenheiten. Vorträge auf Friedenskongressen und in Friedensgesellschaften.

Verf. »Die internationale Konferenz und das Bureau der amerikanischen Republiken« 1909. — »The fourth pan-american Conference« 1911. — »The fourth International Conference of American Republics« 1910. — »The International Union and their Administration« 1911. — »The Responsibility of States according to the Jurisprudence of Arbitration Tribunals« 1911.

Renault, Louis, Rechtsgelehrter. * 21. V. 1843. Autun (Saône et Loire). ✱ Paris, 5, rue de Lille. Professor an der Rechtsfakultät in Paris, Rechtsbeirat des Ministeriums des Auswärtigen. Laureat des Nobelpreises. Mitglied des Haager Schiedshofes, Mitglied des »Institut de Droit international«, dessen Präsident im Jahre 1894; Ehrenmitglied der »American Society of international Law«. War einer der Vertreter Frankreichs auf beiden Haager Konferenzen, wo er über verschiedene kriegsrechtliche Materien der Berichterstatter war. Auf der zweiten Konferenz war er auch Berichterstatter über den Prisenhof und Präsident und Berichterstatter des mit der Redaktion des Schlußaktes betrauten Komitees, wodurch er großen Einfluß auf die Redaktion des Abkommens ausübte. Der Präsident Nelidow nannte ihn den »Hauptförderer (la cheville ouvrière) der Konferenz«.

Verf. »L'Œuvre de la Haye 1899 et 1907« 1908. — Gibt mit Descamps heraus: »Recueil international des Traités du vingtième siecle«.

Revon, Michel, Professor. * 24. III. 1867 zu Genf. ✱ Le Moutier d'Orgerus (Dept. Seine et Oise). Doktor der Rechte und der schönen Künste, Professor an der Universität Paris, ehemaliger gesetzkundiger Rat der japanischen Regierung, Professor der Rechtsfakultät zu Tokio und Doyen der franko-japanischen Rechtsschule, wo er 1892—1899 Völkerrecht und internationales Recht dozierte. Laureaut der französischen Akademie und der Akademie des sciences morales et politiques, Mitglied des internationalen Friedensinstituts, des Zentralkomitees der »Ligue internationale de la Paix et de la

Liberté«, Ehrenmitglied der »Société francaise de l'Arbitrage entre Nations«, der »Association la Paix par le Droit«, der »Association pour la Neutralisation du Danemark«. R. beschäftigt sich seit fast 30 Jahren mit der Friedensbewegung, er begründete im Jahre 1887 in Grénoble eine Sektion der »Ligue internationale pour la Paix et de la Liberté«, arbeitete am Journal »Les Etats-Unis d'Europe« mit und nahm an verschiedenen Kongressen jener Liga teil. Im Jahre 1892 veröffentlichte er sein Werk L'Arbitrage international«, das vom Institut de France mit dem Preis Bordin gekrönt wurde, ihm eine Beglückwünschung seitens des Friedenskongresses und der interparlamentarischen Konferenz zu Bern eintrug, und das namentlich in der juristischen Welt einen für die Entwicklung der Friedensidee wichtigen theoretischen Einfluß übte. In Japan hielt er den ersten Kursus über die internationale Schiedsgerichtsbarkeit ab, der überhaupt an einer Universität gehalten wurde; während des chinesisch-japanischen Krieges hielt er in Tokio einen öffentlichen Kursus gegen das Recht des Krieges und bemühte sich bei verschiedenen internationalen Konflikten, so in der Hawai-Affäre der friedlichen Lösung zum Durchbruche zu verhelfen. Auf dem Friedenskongreß zu Chicago war er Berichterstatter über die internationale Schiedsgerichtsbarkeit. Im Jahre 1896 reiste er nach Washington, um für die Abschließung eines franko-amerikanischen ständigen Schiedsvertrages zu wirken. Seit seiner Rückkehr nach Frankreich im Jahre 1900 lehrt er an der Sorbonne im Sinne des Friedensgedankens.

Verf. »Le droit de la guerre sous la République romaine« 1891. — »L'Arbitrage international, son passé, son présent, son avenir« 1892. — »Philosophie de la Guerre« 1896. (In deutscher, russischer, japanischer und englischer Übersetzung erschienen.)

Richard, Ernst, Universitätsdozent. * 2. VII. 1859. Bonn a. Rh. ✱ Columbia Universität, New York. Gründer und Direktor der »deutsch-amerikanischen Friedensgesellschaft«, Mitbegründer und Direktor der »New York Peace Society«, Teilnehmer an den Lake-Mohonk-Konferenzen. Ist schriftstellerisch als Redner und Organisator für die Friedensbewegung tätig, namentlich durch seine Einwirkung auf das deutsche Element in den Vereinigten Staaten, das er während der Campagne für die Taftschen Schiedsverträge mit gutem Erfolge für diese zu gewinnen suchte. Teilnehmer an dem nationalen amerikanischen Friedenskongreß zu New York (1907).

Verf. »The Evolution of Pacifism«. (In Vorbereitung.)

Richet, Charles, Physiologe. * 26. VIII. 1850 zu Paris. ✱ Paris, 15 rue de l'Université. Professor an der Pariser medizinischen Fakultät, Mitglied der Academie de médecine, Präsident der »Société française de l'Arbitrage entre nations«, und des ständigen Rates der französischen Friedensgesellschaften, Präsident des Direktionskomitees der Revue »La Paix par le Droit«, Mitglied des europäischen Rats der ersten Abteilung der Carnegiestiftung, Mitglied des Berner Bureaus und des internationalen Friedensinstituts. Interessiert sich seit 1872 für die Friedensidee, angeregt durch seinen Großvater Ch. Renouard, Generalprokurator des Kassationshofes, der dieser Idee sein ganzes Leben gewidmet hat. Seit 1889 ist er durch Intervention Hodgson Pratts aktiv für die Bewegung als Redner wie auch schriftstellerisch tätig. Hielt in verschiedenen Städten Frankreichs Vorträge, ist Mitarbeiter der »Indépendance Belge« und war Mitglied des Direktoriums dieses Blattes. Er organisierte mit William T. Stead die Union internationale und mit Prudhommeaux den Dienst der Projektionsbilder für die Friedenspropaganda. R. nahm an den meisten Weltfriedenskongressen wie an den national-französischen Kongressen teil und präsidierte dem Friedenskongreß von Paris (1900).

Verf. »La Guerre et la Paix«. 8. Ed. (übersetzt ins Italienische, Spanische, Russische und Polnische). — »Fables et récits pacifiques« 1904. — »La Douleur des Autres« (Ein Friedensroman) 1904 (auch deutsch erschienen). — »La Passé de la guerre et l'avenir de la Paix« (auch deutsch; übersetzt von Baronin Bertha v. Suttner) 1907.

Richter, Dr. Adolf, Chemiker und Industrieller. * 1. II. 1839. Wiesbaden. ✱ Pforzheim (Großherzogtum Baden), Zerennerstraße 21. 26 Jahre Mitglied der Gemeindeverwaltung von Pforzheim, davon 12 Jahre Stadtrat. Präsident der deutschen Friedensgesellschaft, Mitglied des Berner Bureaus. Seit 1879 Mitglied der Ligue internationale de la Paix et de la Liberté und seit 1896 im Komitee dieser Gesellschaft. Ehrenmitglied der dänischen und der ungarischen Friedensgesellschaft. Nahm seit 1891 — mit Ausnahme der Kongresse in Monaco, Luzern und München — an allen Weltfriedenskongressen und an den national-deutschen Friedenskongressen wie an den Sitzungen des Berner Bureaus teil. Arbeitete seit der Gründung der deutschen Friedensgesellschaft namentlich in Baden und Württemberg an deren Ausbreitung, hielt in Deutschland und im Ausland zahlreiche Vorträge. Im Jahre 1892 erließ er am Berner Friedens-

kongreß gemeinsam mit Franz Wirth einen Aufruf zur Gründung einer deutschen Friedensorganisation. Seit dem Übergang der Zentralleitung der deutschen Friedensgesellschaft im Jahre 1900 nach Stuttgart ist er deren Präsident. Er beteiligte sich an der Organisierung des Hamburger Friedenskongresses, dem er auch präsidierte.

Verf. »Die wichtigsten Einwände gegen die Friedensbewegung«. — »Mémoire sur le rapprochement franco-allemand«.

Riddell, the Hon., William Renwick, Richter. * 6. IV. 1852. Province of Ontario, Canada. ✱ Osgoode Hall. Toronto, Canada. Richter an der Kings Bench Division, High Court of Justice, Ontario. Senator der Universität von Toronto. Mitglied der »American Society for the judicial Settlement of International Disputes«. Hervorragender Vertreter der Idee eines ordentlichen Staatengerichtshofes. Zahlreiche Vorträge in gelehrten Gesellschaften Canadas und der Vereinigten Staaten.

Rivière, Dr. Joseph Alexandre, Arzt. * 20. II. 1860. Ile Maurice (Ancienne Ile de France). ✱ 15, Bd. de la Madelaine Paris. Präsident und Gründer der »Association médicale Internationale contre la guerre«. Mitglied des Verwaltungsrates der »Société pour l'Arbitrage entre nations«. Ständige Betätigung durch Wort und Schrift für die internationale Verständigung und die Beseitigung des Krieges.

Verf. »Actes et manifestations divers de l'Association médical internationale contre la guerre« 1910.

Robertson, John Mackinnon, Journalist und Schriftsteller. * 15. XI. 1856. Brodick, Isle of Arran. ✱ Viewhurst, Westerham. Kent, England. Mitglied des Unterhauses. Präsident der »Rationalist Peace Society« London. Mitglied der interparlamentarischen Union. Wirkt seit 1878 als Journalist, Politiker und Parlamentarier für das Friedenswerk. Auch auf den interparlamentarischen Konferenzen, namentlich Berlin 1908, hervorgetreten. War ein hartnäckiger Bekämpfer des Burenkrieges.

Verf. »Patriotism and Empire« 1899 (deutsche Übersetzung 1910). »Wreching the Empire« 1901. — »The Truth about the war« 1901. — »The Blood Tax« 1896.

Rogers, William Perry, Rechtsgelehrter. * 3. III. 1857. Indiana bei Nashville. ✱ Cincinnati. Ohio. Dekan und Professor des Rechts auf der Indiana-Universität, Dekan der Cincinnati-Law School. Präsident der Cincinnati Arbitration and Peace Society, Präsident der Inter-Collegiate Peace Association.

Teilnehmer an den Lake-Mohonk-Konferenzen und an dem II. Nationalfriedenskongreß zu Chicago (1909).

Rohleder, Theodor, Pfarrer. * 4. VII. 1864. Plachingen bei Stuttgart. ✱ Haßfelden bei Schwäbisch Hall. Schriftstellerisch durch Bücher und Artikel wie durch Vorträge in Versammlungen tätig. Teilnehmer an den Weltfriedenskongressen zu München und London (1908). Stellte in München Thesen auf über »Die Kirchen und der Völkerfriede«, referierte in London (1908) über das Thema »Das Reich Gottes und der Völkerfriede«. Erhielt 1909 vom Berner Friedensbureau einen I. Preis für ein Friedenshandbuch für Lehrer.

Verf. »Die Kirchen und der Völkerfriede« 1907. — »Die Wiederkunft Christi und der Völkerfriede« 1906. — »Fingerzeige für Kulturarbeiter« 1908. — »Die europäische Nachbarschaft« 1908.

Roosevelt, Theodore, Staatsmann. * 27. X. 1858. New York. ✱ New York. 26. Präsident der Vereinigten Staaten von 1904—1908. Jetzt Redakteur am »Outlook«, Wochenschrift in New York. Laureat des Nobelpreises. R. hat für die Entwicklung der Friedenssache viel getan, ohne ausgesprochen Pazifist zu sein. Er gab dem Haager Hof den ersten Fall zur Erledigung und setzte ihn dadurch in Betrieb, was von um so größerer Bedeutung war, als es den Anschein hatte, daß die Mächte den Hof an Beschäftigungslosigkeit zugrunde gehen lassen wollten. Er weigerte sich auch, um das Ansehen des Haager Hofes zu stärken, die ihm angebotene Entscheidung in dem Streitfalle Venezuelas mit einer großen Anzahl europäischer Mächte zu fällen, und wies die Staaten nach dem Haager Hofe, dem er dadurch den zweiten Streitfall vermittelte. Auf Ersuchen der Interparlamentarischen Union im Jahre 1904 ergriff er die Initiative zu einer II. Haager Konferenz. Unter seiner Präsidentschaft wurden zahlreiche Schiedsverträge mit europäischen und amerikanischen Staaten abgeschlossen. Roosevelt begrüßte den amerikanisch-nationalen Friedenskongreß von 1907 durch ein Handschreiben und telegraphisch den Weltfriedenskongreß von Mailand. Er hielt zahlreiche Reden für eine bessere Verständigung der Völker und trat in seinen Jahresbotschaften an den Kongreß wiederholt im pazifistischen Sinne hervor. Die Bewegung für die Errichtung eines ordentlichen Staatengerichtshofes, zwecks richterlicher Erledigung internationaler Streitigkeiten, fand in ihm stets einen warmen Förderer. In seiner Nobelpreisrede von 1910 regte er die Gründung einer aus den führenden Nationen zu-

sammengesetzten Friedensliga mit einer Exekutivflotte an. Durch seine Vermittlung wurde der russisch-japanische Krieg beigelegt. Nichtsdestoweniger trat R. jederzeit für starke Rüstungen ein, für die Organisation der Gewalt als Übergang zur Zeit der Rechtsherrschaft.

Root, Elihu, Staatsmann. * 15. II. 1845. Clinton N. Y. ✱ 1155 16th Str. Washington D. C. Senator der Vereinigten Staaten für New York, früherer Staatssekretär der Vereinigten Staaten vom 1. Juli 1905 bis 27. Januar 1909. Kriegssekretär (1899—1904). Mitglied des Haager Schiedshofes. Präsident der Carnegiestiftung. Präsident der »American Society of International Law«. Root ist ein hervorragender Vorkämpfer für eine internationale Rechtsordnung. Als Staatssekretär hat er nicht weniger als 23 Schiedsverträge mit verschiedenen Staaten abgeschlossen. Er war ein Mitglied des Alaska-Grenz-Tribunals, das 1903 in London tagte und den Grenzstreit zwischen den Vereinigten Staaten und Canada beilegte, dann führender Anwalt der Vereinigten Staaten vor dem Haager Tribunal für die Beilegung des Streites mit Canada über die Neufundlandfischerei, wofür er noch als Staatssekretär den allgemeinen Vertrag und das Sonderabkommen zum Abschluß gebracht hatte. Er ist ein überzeugter Anhänger der richterlichen Beilegung für internationale Streitigkeiten, und als Staatssekretär instruierte er 1907 die amerikanische Delegation zur II. Haager Konferenz dahin, dort ein wirklich ständiges, aus Richtern zusammengesetztes Tribunal in Vorschlag zu bringen. »Sie sollten sich bemühen,« so sagte er in der Instruktion, »auf der zweiten Haager Konferenz eine Entwicklung des Haager Tribunals zu einem ständigen Tribunal zustande zu bringen, das aus Richtern zusammengesetzt ist, die nichts anderes sind als richterliche Beamte, entsprechend honoriert werden sollen, um ihre ganze Zeit der Untersuchung und Entscheidung internationaler Streitfälle nach juristischen Methoden und unter juristischer Verantwortlichkeit zu widmen. Diese Richter sollten unter den verschiedenen Ländern so ausgewählt werden, daß die verschiedenen Rechtssysteme und Verfahren wie die hauptsächlichsten Sprachen entsprechend vertreten seien. Der Hof sollte solches Ansehen genießen, daß die besten und fähigsten Juristen ihre Ernennung annehmen würden und die ganze Welt absolutes Vertrauen zu seinen Urteilen haben werde«. Dieser Instruktion entsprechend, machten die amerikanischen Delegierten einen Vorschlag für einen derartigen ständigen Hof, für den durch Unterstützung der deutschen,

britischen und französischen Delegationen ein Vertragsentwurf mit 45 Artikeln zustande kam. Es fehlt, wie bekannt, nur die auf diplomatischem Wege vorzunehmende Ernennung der Richter. Auch an der wissenschaftlichen Entwicklung des Völkerrechts ist Root auf das höchste interessiert, und ist er demzufolge Präsident der »American Society of International Law« seit deren Gründung im Jahre 1906. Seine Präsidialansprachen, besonders jene über »Die Sanktion des Völkerrechts« und »Die Beziehungen zwischen internationalen Schiedstribunalen und der Rechtsprechung nationaler Gerichtshöfe« haben großen Eindruck gemacht und sind in Broschürenform in umfangreicher Weise verbreitet worden. Der III. pan-amerikanischen Konferenz, die 1906 in Rio de Janeiro stattfand, wohnte R. während seiner Amtszeit als Staatssekretär der Vereinigten Staaten persönlich bei. Er war Ehrenpräsident jener Konferenz. Denkwürdig ist seine Ansprache auf die ihm zuteil gewordene Begrüßung durch den Präsidenten der Konferenz, Nabuco. Es war ein Friedensbekenntnis von höchster Kraft und Bedeutung, das die pazifistische Grundlage der pan-amerikanischen Bewegung dartat und die Vorurteile über die Rolle der Vereinigten Staaten widerlegte. Ebenso war die Rundreise, die Root nach Schluß seiner Mission auf der Konferenz nach allen südamerikanischen Staaten machte, ein großes Werk der internationalen Verständigung. In letzter Zeit ist er namentlich bei der Vertretung der Taftschen Schiedsverträge im Senat besonders hervorgetreten. Root ist das Haupt der Friedensidee in den Vereinigten Staaten und vielleicht die prominenteste pazifistische Persönlichkeit der Welt.

Verf. »The Sanction of International Law« 1908. — Deutsche und französische Übersetzung 1908. — »Argument of the Hon. Elihu Root on behalf the United States before the North Atlantic Coast Fisheries Arbitration Tribunal at the Hague 1910«. Ed. by James Brown Scott 1912.

Root, Robert Cromwell, Schulmann. * 11. VI. 1858. Springford, Oxford County, Ontario, Dominion of Canada. ✱ 506 Bixel St. Los Angeles U. S. A.; Pacific Coast-Sekretär der »American Peace Society«.

Verf. »Does the United States need a large Army or a large Navy«?

Rosseels, Marie. * 24. VIII. 1846, Antwerpen. ✱ 27 Ave. de la gare, Vieux-Dieux, Belgien. Präsidentin und Gründerin der belgischen Sektion der »Alliance Universelle des Femmes

pour la Paix«. Führte in den belgischen Schulen die Feier des Friedenstages ein. Gründete Ortsgruppen in Tirlemont und eine Jugendgruppe. Hauptagitation in den Schulen und Lehrerkreisen. Verbreitung von Schriften, Übersetzungen pazifistischer Literatur des Auslandes.

Roszkowski, Dr. Gustav Ritter von, Universitätsprofessor. Parlamentarier. * 7. IV. 1847. Syrniki bei Lublin, Kgr. Polen. ✱ Lemberg, Dlugoszgasse No. 20. K. k. Hofrat, Professor an der Universität Lemberg, Mitglied des Reichsrats, des »Institut de Droit international« und des interparlamentarischen Rats. Obmann-Stellvertreter der interparlamentarischen Gruppe des österreichischen Reichsrats. Teilnehmer an zahlreichen interparlamentarischen Konferenzen und Weltfriedenskongressen. Zahlreiche Artikel in Revuen.

Verf. »Über die Haager Friedenskonferenzen« 1905. — »Über den XIV. Weltfriedenskongreß« (in polnischer Sprache) 1906.

Rowe, Leo Stanton, Professor der politischen Wissenschaften an der Universität von Pennsylvania. * 17. IX. 1871. Mc. Gregor, Jowa. ✱ 340, Mckean, University Dormitories, Philadelphia Pa., Mitglied der »American Society of Internationat Law«, Direktor der »Pennsylvania Arbitration and Peace Society«, Mitglied des pan-amerikanischen Komitees der Vereinigten Staaten. War Delegierter der Vereinigten Staaten auf der III. pan-amerikanischen Konferenz zu Rio de Janeiro und auf dem ersten pan-amerikanischen wissenschaftlichen Kongreß in Santiago, Chile. Hervorragender Vertreter des Panamerikanismus. Teilnehmer an den Lake-Mohonk-Konferenzen.

Verf. »The United States and Porto Rico« 1904. — »Our Trade Relations with South America« 1907. — »Danger of National Isolation« 1907. — »The Era of good Feeling in South America« 1907. — »The Awakening of Bolivia« 1907. — »Some Fundamental Misconceptions concerning South America« 1908. — »The Possibilities of Intellectual Co-Operation between North and South America« 1908. — »Report of the Delegation of the United States of the Pan-American Scientific Congress, held in Santiago 1908—1909« 1909. — »Our interest in a United America« 1909. — »The pan-american Scientific Congress« 1909. »Some Neglected Aspects of the present international Situation in South America« 1910. —

Ruyssen, Théodore, Professor. * 11. VIII. 1868 zu Chinon (Dépt. Indre-et-Loire). ✱ Bordeaux, 8 rue de Lyon, Professor an der Universität von Bordeaux, agrégé de philos, Dr. ès-lettres,

Korrespondent des europäischen Bureaus der I. Abteilung der Carnegiestiftung. Mitglied des internationalen Friedensinstituts und des Berner Friedensbureaus. Seit 1895 Sekretär, und seit 1897 Präsident der Association de la Paix par le Droit. Mitarbeiter und Mitglied des Redaktionskomitees der Revue »La Paix par le Droit«; nahm an den Friedenskongressen zu Hamburg, Turin, Glasgow, Rouen, München, London, Stockholm und Genf teil. Er trat auf den internationalen Kongressen hauptsächlich für die Fragen der auswärtigen Politik und für die Abhaltung nationaler Friedenskongresse ein, die den internationalen Kongressen vorangehen sollten, und für die Teilnahme der Lehrer an der Friedensbewegung. Auch an den nationalen französischen Friedenskongressen beteiligte sich R., wobei er dem II. und V. dieser Kongresse präsidierte. Er hat viele Vorträge über Pazifismus und nächstliegende Fragen, besonders in Süd- und Westfrankreich und in der Schweiz gehalten.

Verf. »Kant« 1904. — »La Philosophie de la Paix« 1904. — »La guerre et le droit« 1906. — »Le recul du darwinisme social« 1906. — »La guerre est-elle fatale«? 1907. — Les Conflits sociaux« 1907. — »M. Faguet et le pacifisme« 1908. — »Pacifisme et patriotisme«. —

Saupique, Felix, ehemaliger Spinnereiarbeiter * 6. III. 1842. Bazancourt (Marne). ✱ 129, Rue de Cernay, Reims. Gründer (1906) und Sekretär der Gruppe Reims der Gesellschaft »La Paix par le Droit«, Mitglied der ständigen Delegation der französischen Friedensgesellschaften. Vorträge. Mitveranstalter des nationalen Friedenskongresses zu Reims (1909). —

Savornin Lohman, Alexander Frederik, Parlamentarier, * 29. V. 1837. Groningen. ✱ Haag, Trempshost 334. Jonkheer. Staatsminister. Mitglied des Haager Schiedshofes und der interparlamentarischen Union. Fungierte als Mitglied des Haager Tribunals in dem Maskatstreit zwischen Frankreich und Großbritannien und im Neufundlandstreit zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien.

Schmidt, Adolf, Geophysiker und Mathematiker. * 23. VII. 1860. Breslau. ✱ Potsdam, Telegraphenberg. Geheimer Regierungsrat. Ordentlicher Professor an der Universität Berlin und Abteilungsvorstand am preußischen meteorologischen Institut. Begründete 1894 die Gothaer Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft, deren Vorsitzender bis 1902; jetzt Ehrenmitglied. Teilnehmer an den Weltfriedenskongressen zu Luzern und München. Esperantobewegung. Aufsätze und Vorträge. Setzte

es 1902, als die Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft in Gotha tagte, durch, daß diese von der Regierung und Stadtbehörde offiziell begrüßt wurde.

Schönaich-Carolath, Heinrich Prinz zu. * 24. IV. 1852. Amtitz. ✱ Amtitz, Niederlausitz. Standes- und Majoratsherr, erbliches Mitglied des preußischen Herrenhauses, Mitglied des Reichstags, Ehrenmitglied des interparlamentarischen Rats, Präsident der XV. Interparlamentarischen Konferenz zu Berlin (1908). Befürwortete am 15. III. 1910 in längerer Rede einen Antrag auf Unterstützung der Interparlamentarischen Union aus Reichsmitteln, der dahin führte, daß das Reich der Union jetzt jährlich eine Subvention von M. 5000 gewährt.

Schücking, Walter, Rechtsgelehrter. * 6. I. 1875. Münster. ✱ Marburg a. Lahn, ordent. öffentl. Professor des Rechts an der Universität Marburg. Associé des »Institut de droit international«. Stellvertretender Vorsitzender des Verbandes für »Internationale Verständigung«. Seit 1899, dem Jahre seines Eintrittes in die akademische Laufbahn, bestrebt, das Völkerrecht mit dem Geiste des Pazifismus zu erfüllen. In diesem Sinne sind seine jährlichen Vorlesungen des Völkerrechts gehalten. Seit einigen Jahren mit dem größten Erfolge bei der studierenden Jugend aller Fakultäten öffentliche Vorträge gehalten über »Die Bedeutung der Haager Konferenzen« und die Idee der »Internationalen Organisation«. Läßt in seinem staatswissenschaftlichen Seminar wissenschaftliche Arbeiten zur Geschichte des Pazifismus anfertigen. Als Redner auf öffentlichen Kongressen (deutscher nationaler Friedenskongreß zu Stuttgart, Heidelberger Verbandstag) und in der Tagespresse für den Pazifismus eingetreten. An der Organisierung des »Verbandes für internationale Verständigung« gewirkt. Im Jahre 1912 begann Sch. die Herausgabe des Reihenwerkes »Das Werk vom Haag«, dem die hervorragendsten Völkerrechtsgelehrten Deutschlands ihre Mitarbeit zusagten.

Verf. »Das Küstenmeer im internationalen Recht« 1897. — »Das Nationalitätenproblem« 1908. — »Die Organisation der Welt« 1909. — »Der Staatenverband der Haager Konferenzen« 1912.

Schwonder, Oskar (Carl Ludwig Siemering), Journalist. * 21. II. 1878, Uderwangen, Kreis Pr. Eylau. ✱ Königsberg i. Pr., Rhesastraße 6 a. Redakteur der »Hartungschen Zeitung«. Lebte von 1909—1912 in Breslau. Seit 1897 schriftstellerisch und organisatorisch für die Friedensbewegung tätig. Leitartikel und sonstige Beiträge in der »Friedens-Warte«, »Der Friede«, »Ethische Kultur«, »Es werde Licht« und in der Tagespresse.

Verf. »Von der ersten deutschen Friedensgesellschaft zu Königsberg 1850/51« 1909. — Bearbeiter der Schrift »Ich bin im Volk ein schlichter Lehrer«, 4. Aufl. 1910. —

Scott, James Brown, Rechtsgelehrter. * 3. VI. 1866. ✱ Washington, D. C. 2, Jackson Place. Trustee und Sekretär der Carnegiestiftung. Direktor der dritten Abteilung (für Völkerrecht) der Carnegiestiftung, Mitglied des »Institut de Droit international«, Präsident der »American Society for judicial Settlement of international Disputes«, Begründer und protokollierender Sekretär der »American Society of international Law«, Chefherausgeber des »American Journal of International Law« seit 1906 und Herausgeber der von dem Washingtoner Carnegieinstitut veranstalteten Ausgabe der Klassiker des Völkerrechts. Scott entwickelt an verschiedenen amerikanischen Universitäten eine hervorragende Lehrtätigkeit auf völkerrechtlichem Gebiete und war von 1906—1911 Solicitor des Staatendepartements. Diese Stelle verließ er, als er das Sekretariat der Carnegiestiftung übernahm. Er war Delegierter der Vereinigten Staaten auf der zweiten Haager Konferenz, Beirat der Vereinigten Staaten im Neufundland - Fischerei - Streit vor dem Haager Hof. Scott, der eine umfangreiche Tätigkeit als Völkerrechtsgelehrter entfaltet, teils in wissenschaftlichen Revuen, teils durch Veröffentlichung von Werken, als Redner auf Friedenskongressen (Lake Mohonk, New-Britain Kongress usw.) und in wissenschaftlichen Körperschaften, ist ein überzeugter Anwalt für die richterliche Beilegung internationaler Streitigkeiten im Gegensatz zu der kompromißartigen Beilegung durch schiedsgerichtliche und diplomatische Methoden. Er unterbreitete im Verein mit Mr. Choate auf der zweiten Haager Konferenz den amerikanischen Entwurf für die Errichtung eines Staatengerichtshofes und förderte dessen endgültiges Zustandekommen durch öffentliche Vorträge in den Vereinigten Staaten. Während des spanisch-amerikanischen Krieges diente er in der Armee der Vereinigten Staaten als Mitkämpfer.

Verf. »The Hague Peace Conferences of 1899 and 1907« 1909. — (Herausgeber) »A Collection of Cases on International Law« 1902. — »American Addresses at the Second Hague Conference 1907« 1910. — Mr. Roots Arguments before the Hague Tribunal in the North Atlantic Coast Fisheries Arbitration, with an Introduction« 1911. — »The Texts of the Peace Conferences at the Hague 1899 and 1907«. —

Selenka, Margarete Leonore, geb. Heinemann. * 7. X. 1860 zu Hamburg. ✱ München, Leopoldstraße 9. Seit 1898

der Friedensbewegung zugewandt. Auf der Hamburger Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine im selben Jahre erwirkte sie eine offizielle Kundgebung zugunsten der Friedensbewegung. Hierauf veranstaltete sie für den 15. Mai 1899, kurz vor der Eröffnung der Haager Konferenz, eine Weltdemonstration der Frauen für den Frieden und für das Gelingen des Haager Werkes im besonderen. Es fanden in 18 Ländern dreier Weltteile 565 Versammlungen statt, in denen die Vertreterinnen von mehr als drei Millionen Frauen friedensfreundlich demonstrierten. Die Resolutionen und Zustimmungen dieser Versammlungen wurden von Frau S. dem Präsidenten der ersten Haager Konferenz überreicht und von diesem offiziell entgegengenommen. Zu Beginn des Winters 1898/99 organisierte sie in München ein Komitee zu Kundgebungen für die Friedenskonferenz, das zahlreiche Versammlungen abhielt und in zahlreichen deutschen Städten Nachahmung fand. Im selben Jahre noch veranlaßte sie die Veröffentlichung eines Auszuges aus Blochs Werk »Der Krieg«, das damals erst im russischen Original vorlag und der weiteren Öffentlichkeit noch unzugänglich war. Zu Beginn des Burenkrieges gründete sie ein Komitee, das sich die schiedsgerichtliche Beilegung dieses Krieges zur Aufgabe machte. Frau S. war während der ersten Haager Konferenz im Haag anwesend und Teilnehmerin an verschiedenen Friedenskongressen.

Verf. »Die internationale Kundgebung der Frauen zur Friedenskonferenz vom 15. Mai 1899« München 1900. —

Semenoff, E., Publizist. * 1861. ✱ St. Petersburg. Maneshny 16. Mitglied des Berner Bureaus, Korrespondent des europäischen Bureaus der Carnegiestiftung, korrespondierendes Mitglied des Zentralkomitees der »Ligue de la Paix et de la Liberté« und Generalsekretär der Petersburger Friedensgesellschaft. Seit 1889 in der Friedensbewegung tätig. Organisierte mit dem Fürsten Dolgorukoff die erste Friedensgesellschaft in St. Petersburg. Zahlreiche pazifistische Artikel in der russischen Presse.

Sève, A., Publizist und Schulmann. * 11. IV. 1860. Lagnieu. (Ain.) ✱ Villa Pax, Bourg, (Ain) Frankreich. Korrespondierendes Mitglied der »Ligue international de la Paix et de la Liberté«. Seit 1891 in der Friedensbewegung tätig, hauptsächlich durch Artikel in seinem pädagogischen Fachblatt »Le maître pratique« wie in der Tagespresse des Departements Ain. Verfasser hervorragender pazifistischer Handbücher für den Schulgebrauch. Wiederholt durch Preise ausgezeichnet, so den ersten Preis

eines Wettbewerbes der »Société française d'Arbitrage entre nations« für die Geschichte Frankreichs bei Hintanstellung der kriegerischen Ereignisse. Medaillle und ersten Preis bei zwei Preisausschreibungen des »Concours Thibault« usw.

Verf. »La guerre et la Paix« (Entretien d'un instituteur avec ses plus grands éléves)«. — »Cours d'enseignement pacifiste« 1910. — »Grundzüge des Unterrichts in der Lehre vom Völkerfrieden«, Deutsch von Dr. Ad. Richter 1912.

Séverine (Mme. Guébhard geb. Remy), Journalistin. * 27. IV. 1855. Paris. ✱ Les trois Marches, Pierrefonds (Oise). Mitglied der ständigen Delegation der französischen Friedensgesellschaften. Seit 28 Jahren pazifistische Propaganda durch Wort und Schrift. Teilnehmerin an den Friedenskongressen von Monako, Rouen, Genf, Nimes und Reims. Hervorragende und hinreißende Volksrednerin. Mitarbeiterin der größten Pariser Tageszeitungen. (»Gil Blas«, »Gaulois«, »L'Éclair«, »Echo de Paris«, »Cri du Peuple«, »Journal«, »Figaro«, »Matin«, »L' Intransigeant« und l'Œuvre«.)

Verf. »Pages rouges«. — »Pages mystiques«. — »Notes d'une frondeuse«. — »En Marche«. — »A St. Helène«. —

Sewall, May Eliza Montague Brackett Wright, Lehrerin, Sckriftstellerin. * 27. V. 1844. Greenfield bei Milwaukee Wis. ✱ Meadowyld Cottage, Eliot, York Country, Maine. U. S. A. und Indianopolis, Ind., U. S. A. Ehrenpräsidentin des »National Council of Women of the United States« und des »International Council of Women«, Vizepräsidentin der »Universal Peace Union«, der »American Peace Society« und Mitglied des Rats der »World Peace Foundation«. »Convener« des Friedens- und Schiedsgerichtskomitees im »International Council of Women«. Beteiligte sich schon 1876 an einem in Philadelphia abgehaltenen Friedenskongreß. Führte die große Organisation des National Council of Women zur Friedensbewegung, organisierte aus Anlaß der ersten Haager Konferenz die Sympathiekundgebung der amerikanischen Frauen und brachte die Feier des 18. Mai in Amerika in Fluß. Teilnehmerin an verschiedenen Friedenskongressen in den Vereinigten Staaten, Verfasserin zahlreicher pazifistischer Artikel in den letzten 30 Jahren.

Verf. »Annual reports of the Peace Demonstration held under the auspices of the National Council of Women of the United States on May 18th«. Von 1899 bis einschließlich 1905. —

Short, William H., Geistlicher. * 4. XII. 1868, Jowa U. S. A. ✱ 507, Fifth Avenue, New-York-City. Exekutivsekretär der

»New York Peace Society«, Sekretär des Nationalkomitees zur Feier des hundertjährigen Friedens zwischen den englisch sprechenden Völkern. Teilnehmer des Weltfriedenskongresses zu Stockholm und verschiedener nationalamerikanischer Friedenskongresse.

Siemering, Carl Ludwig, siehe: **Schwonder,** Oskar.

Smiley, Albert Keith, * 17. III. 1828, Vassalboro, Maine. ✱ Mohonk Lake, New York, U. S. A. Begründer und Gastgeber der Lake-Mohonk-Konferenzen, Vizepräsident der »American Peace Society«, Mitglied der »American Society of international Law«, Mitglied der »New York Peace Society«, Vizepräsident des ersten und zweiten nationalen amerikanischen Friedenskongresses zu New York und Chicago und Vizepräsident des XIII. Weltfriedenskongresses zu Boston. Im Jahre 1895 berief er die erste Zusammenkunft der Lake-Mohonk-Konferenz ein, die seither alljährlich zusammentrat. Die Mitglieder der Konferenz sind während deren Dauer stets die Gäste Smileys. Er unterhält ein ständiges Bureau und Sekretariat, dem das Arrangement der Jahresversammlungen und die Abfassung des Berichtes obliegt.

Snow, Alpheus Henry, Rechtsgelehrter. * 8. XI. 1859, Claremont, New Hampshire, U. S. A. ✱ Washington D. C. Mitglied des Exekutivrats der »American Society of International Law«, Mitglied der »American Peace Society«, Mitglied der »American Society for the judicial Settlement of International Disputes«. In Schriften und Vorträgen für völkerrechtliche Theorien, namentlich für die Bildung eines ständigen Staatengerichtshofes eingetreten. So in einem am 16. Dezember 1910 gehaltenen Vortrag über »Die Entwicklung der Doktrin der amerikanischen Gerichtssprechung über Staaten«, der auf einer von der »American Society for judicial Settlement of international Disputes« veranstalteten Konferenz gehalten wurde. Schrieb auch über die Beziehungen der Staaten zu ihren Kolonien.

Verf. »The administration of Dependencies« 1902. — »Considerations in the interest of the People of the Philippine Islands« 1906. — »Colony or Free State« 1906. — »Neutralization versus Imperialisme« 1908. —

Stein, Ludwig, Philosoph, Publizist. * 12. XI. 1860, Erdö-Benye in Ungarn. ✱ Berlin W, Lützowufer 5a. Ordentlicher Universitätsprofessor a. D., Mitglied der ungarischen Akademie der Wissenschaften. Bis 1910 Mitglied des ständigen Komitees des Berner Bureaus. Seit 1911 Herausgeber von »Nord und

Süd«, in der er in hervorragendem Maße der internationalen Verständigung dient.

Verf. »Das Ideal des ewigen Friedens und die soziale Frage« 1896, französ. 1908. — »Die Philosophie des Friedens« 1899. —

Strauss, Oskar Salomon, Diplomat und Staatsmann. * 23. XII. 1850 in Deutschland. ✱ 42, Warren Street, New York. Früherer amerikanischer Botschafter in Konstantinopel und Staatssekretär für Handel und Arbeit. Mitglied des Haager Schiedshofes, Trustee der Carnegiestiftung. Früherer Vizepräsident der »International Law Association«. Tiefes Interesse für alle völkerrechtlichen Fragen und die Anwendung des Völkerrechts für den internationalen Verkehr. Er war einer der Gründer des »American Society of International Law«, ist einer der Vizepräsidenten dieser Gesellschaft, war Vorsitzender des Exekutivkomitees und einer der Herausgeber des »American Journal of International Law«. Strauß war stets ein eifriger Verfechter der Schiedsgerichtsbewegung, setzte sich nachdrücklichst für den anglo-amerikanischen Schiedsvertrag 1897, für den von 1904 und für die Taftschen Schiedsverträge 1912 ein. Trat auch dafür ein, daß Anleihen zum Zwecke der Kriegführung wie Kontrebande behandelt werden sollten. Er ist Verfasser einer Anzahl staatsrechtlicher Schriften.

Streit, Georg, Rechtsgelehrter und Diplomat. * 1868, Patras, Griechenland. ✱ Wien I, Kaiser-Wilhelm-Ring. Griechischer Gesandter in Wien, Professor des internationalen Rechts an der Universität Athen, Mitglied des Haager Schiedshofes, Associé des »Institut de droit international«. Wissenschaftlicher Delegierter Griechenlands auf der II. Haager Konferenz. Mitarbeiter der bedeutenden Völkerrechtsrevuen.

Verf. Generalbericht über die II. Haager Konferenz an die griechische Regierung (in griechischer Sprache).

Suttner, Baronin Bertha v., geb. Gräfin Kinsky, Schriftstellerin. * 9. VI. 1843, Prag. ✱ Wien I, Zedlitzgasse 7. Laureatin des Nobelpreises. Mitglied des europäischen Rates der I. Abteilung der Carnegiestiftung, Ehrenpräsidentin des Berner Bureaus, Präsidentin der österreichischen Friedensgesellschaft, Mitglied des internationalen Friedensinstitutes, Ehrenpräsidentin zahlreicher Friedensgesellschaften Europas und Amerikas. Trat im Jahre 1890 durch die Veröffentlichung ihres Romans »Die Waffen nieder!« in die Friedensbewegung ein. Gründete 1891 die österreichische Gesellschaft der Friedens-

freunde und war an der Gründung der österreichischen interparlamentarischen Gruppe persönlich mit tätig; sie regte die Gründung der deutschen Friedensgesellschaft an und beteiligte sich (1895) an der Gründung der ungarischen. Ihrem Auftreten ist zum großen Teil der Aufschwung der Friedensbewegung in Mitteleuropa in den letzten 20 Jahren zu danken. Sie war es auch, die Alfred Nobel zu seinem Legat für die Friedensbewegung angeregt hat. Auch soll die Lektüre ihres Romans den Zaren bei seinem Manifest beeinflußt haben. In Österreich, Ungarn, Deutschland, Frankreich, in der Schweiz, in Belgien, in Holland, Rumänien, den skandinavischen Ländern und in den Vereinigten Staaten hielt sie zahlreiche Vorträge. Sie ist Mitarbeiterin der größten Tageszeitungen der Welt und der hervorragendsten Revuen, in denen sie die aktuellen politischen Fragen im pazifistischen Sinne behandelt, auch steht sie in steter Fühlung mit politischen und diplomatischen Kreisen. Graf Murawieff besuchte sie nach Erlaß des Zarenmanifestes und konferierte mit ihr darüber. Beim Kaiser von Österreich, beim König von Belgien, bei den Präsidenten Roosevelt, Taft und Loubet hatte sie Audienzen, wobei sie mit Nachdruck den pazifistischen Standpunkt vertrat. Ihr Name deckt sich in den deutsch sprechenden Ländern mit der Friedensbewegung überhaupt, und ihr Ruf: »Die Waffen nieder!« ist das geflügelte Leitwort der Bewegung geworden. Fréd. Passy nannte sie mit Recht: »Notre Général en Chef«. Seit 1891 nahm sie an fast allen europäischen Friedenskongressen und an dem zu Boston in Amerika abgehaltenen teil, ebenso an den meisten Versammlungen der Interparlamentarischen Union, denen sie als Ehrengast zugezogen wurde. Sie wohnte 1902 der Eröffnung des Luzerner Kriegs- und Friedensmuseums, 1903 der Eröffnung des internationalen Friedensinstituts in Monaco bei. Im Jahre 1907 präsidierte sie der Konferenz der Friedensgesellschaften der mitteleuropäischen Länder. Während beider Haager Konferenzen war sie in der Konferenzstadt anwesend, wohnte als einzige Frau der denkwürdigen Eröffnungssitzung der ersten Friedenskonferenz bei und wurde zu allen offiziellen Empfängen, die anläßlich der Konferenzen stattfanden, zugezogen. In ihrem Salon im Haag versammelten sich beide Male die Friedensfreunde aller Länder, wie zahlreiche Delegierte der Regierungen, die dort verschiedentlich Anregung und Orientierung für das von ihnen betriebene Werk empfingen. Von 1892—1900 gab sie die Revue »Die Waffen nieder!« heraus. Seit 1899 ist sie

ständige Mitarbeiterin der »Friedens-Warte«, in der sie fortgesetzt »Die Randglossen zur Zeitgeschichte« veröffentlicht. Im Jahre 1912 begab sie sich zu einer großen (neun Monate währenden) Agitationsreise nach den Vereinigten Staaten.

Verf. »Die Waffen nieder!«, Roman, 1890. In vielen 100 000 Exemplaren verbreitet. Übersetzungen in französischer, italienischer, polnischer, dänischer, schwedischer, englischer, russischer, holländischer, griechischer, tschechischer, romanischer und hebräischer Sprache. — »Die Haager Friedenskonferenz« 1900 (übers. holl.). — »Das Maschinenzeitalter« 1896. — »Krieg und Frieden«. Ein Vortrag. 1900. — »Schach der Qual!« 1901. — »Der Kaiser von Europa« 1899. — »Marthas Kinder« (Fortsetzung von »Die Waffen nieder!«) 1902. — »Briefe an einen Toten« 1904. — »Der Krieg und seine Bekämpfung.« Ein Vortrag. 1904. — »Memoiren« 1909, englische Ausgabe 1910. — »Rüstung und Überrüstung« 1910. — »Der Menschheit Hochgedanken« 1911. — »Die Barbarisierung der Luft« 1912. —

Sveistrup, Paul, Amtsrichter. * 2. VI. 1848. Rind Pfarrhof, Jylland. ✱ Helsinge, Sjöllund, Dänemark. Mitglied der Interparlamentarischen Union. Von 1888—1894 Vorstandsmitglied, 1892 Präsident des dänischen Friedensvereins. War von 1903—1909 Mitglied des Folkething. In zahlreichen großen Versammlungen für die Friedensidee eingetreten, darunter auch 1892 auf dem Himmelberg in Jütland gemeinsam mit Björnson, wobei 20 000 Menschen anwesend waren. Als Abgeordneter fiel ihm die Berichterstattung über den bekannten vorbehaltlosen Schiedsvertrag zwischen Dänemark und Portugal zu. Seinem Antrage entsprechend wurde die Unterstützung Dänemarks für das Berner Friedensbureau in das Budget aufgenommen.

Verf. Fredsvennernes Katekismus 1890—1893.

Swain, Joseph. * 16. VI. 1857. Pendleton Indiana. U. S. A., ✱ Swarthmore, Pa. U. S. A., Präsident des Swarthmore-College. Trustee der »World Peace Foundation«. Teilnehmer an den Lake-Mohonk-Konferenzen und an der Nationalkonferenz zu Washington. Vorträge auf Kongressen.

Taft, William Howard, 27. Präsident der Vereinigten Staaten. * 15. IX. 1857. Cincinnati. ✱ Washington D. C. Von 1896—1900 Dekan und Professor der Rechtsabteilung der Universität Cincinnati. Dann Gouverneur der Philippinen-Inseln und Staatssekretär des Krieges. Seit 4. März 1909 Präsident der Vereinigten Staaten als Roosevelts Nachfolger. Ehrenpräsident der »American Society of International Law«. Er gab öffentlich

die Erklärung ab, daß er nicht einsehe, warum Fragen der Ehre nicht ebenso einem Schiedsgericht unterworfen werden könnten als alle andern Fragen. In der berühmten Konferenz der »American Society of International Law« vom 15.—17. Dezember 1910 hielt Taft eine Rede, in der er für die Entwickung eines ordentlichen Staatengerichtshofes eintrat und sich bereit erklärte, vorbehaltlose Schiedsverträge abzuschließen. Als Folge dieser Erklärung kam es im August 1911 zur Unterzeichnung solcher Verträge seitens der Vereinigten Staaten mit England und Frankreich, die 1912 nach lebhaften Debatten im Senat etwas verwässert angenommen wurden. Präsident Taft zeigte sich stets als Anhänger eines ernstgemeinten Friedenszustandes und der internationalen Verständigung. Seine Teilnahme an verschiedenen Veranstaltungen der Friedensgesellschaften und seine dabei gehaltenen Reden geben Zeugnis von seiner durchaus pazifistischen Gesinnung. Den nationalen Friedenskongreß zu Chicago begrüßte er durch ein sympathisches Handschreiben.

Thiaudière, Delphin Antoine Edmond, Schriftsteller. * 17. III. 1837. Gencay (Vienne) Frankreich. ✱ 7 Rue Lehot, Asnière, Seine. Ehemaliger Sekretär der »Société française pour l'Arbitrage entre Nations« und Mitbegründer der »Société d'alliance latine«. Bereits 1872 in der Friedensbewegung tätig als Mitglied des Verwaltungsrates der »Société française des amis de la Paix«. Am Pariser Friedenskongreß von 1878 entwickelte er die Idee zu einer Parlamentariervereinigung für den Frieden, wie sie 10 Jahre später von Passy und Cremer zur Ausführung gebracht wurde. Th. hat als Schriftsteller und Journalist eine umfangreiche pazifistische Tätigkeit entfaltet. Er war zur Zeit als Lemonnier die »Etats Unis d'Europe« redigierte, deren eifrigster Mitarbeiter, schrieb von 1890—1895 in der Tageszeitung »La Paix« wöchentliche Chroniken über die Friedensbewegung in beiden Welten, ferner im »Almanach de la Paix« und in der auf seine Anregung begründeten Monatsschrift »L'arbitrage entre Nations«; in den ersten Jahren ihres Bestandes auch in der Revue »La Paix par le Droit«.

Verf. »Un Colloque de Rois sur l'Union européen« 1896. — »La dernière Bataille« 1876. — »La Proie du Néant«. — »La complainte de l'être«. — »La Décevance du Vrai«. — »La Soif du juste«. — »L'obsession du Divin«. — »La Fierté du Renoncement«. — La Haine du Vice. — »La réponse du Sphinx«. — »La conquête de l'Infini«. — »La source du bien« (Aphorismensammlungen 1886—1910).

Thivet, Horace, Schriftsteller. * 27. IV. 1879, Paris. ✱ Bd. St. Marcel 28, Paris, Gründer und Leiter der »École de la Paix«, Generalsekretär und Begründer der »Ständigen Pazifistendelegation für den nationalen Unterricht«. Umfangreiche journalistische und Vortragstätigkeit in ganz Frankreich, Teilnehmer an den Weltfriedenskongressen und national-französischen Friedenskongressen der letzten Jahre. Herausgeber des »Courrier de l'École de la Paix; organ international du pacifisme integral«.

Verf. »Appel pour la Paix« 1905. — »Compte rendu officiel du 6ième congrès int. des Sociétés françaises de la Paix« 1909. — »La Leçon du Pluviose« 1910. —

Thomann, Eduard, Pfarrer. * 7. II. 1857. Zürich. ✱ Zürich I. Pfrundhaus. Präsident des Züricher Friedensvereins, Mitglied des Zentralkomitees des Schweizer Friedensvereins. Seit zwanzig Jahren durch Vorträge und Zeitungsartikel für die Friedensbewegung tätig.

Thompson, Miß Frances. * 1840. Liverpool. ✱ Rowan Tree, Rose Mount, Birkenhead, Präsidentin der »Liverpool and Birkenhead Women's Peace and Arbitration Society« seit ihrer Gründung (1886). Mitglied des National-Friedensrats. Entfaltete eine intensive Propaganda in der Schule, hielt zahlreiche Vorträge und Versammlungen.

Toussaint, Julie Mlle. * 22. V. 1839. ✱ Catselnandary (Ande) Frankreich. ✱ Paris, 7 rue de Bruxelles. Ritterin der Ehrenlegion. Mitglied des Zentralkomitees der »Ligue internationale de la Paix et de la Liberté«, Mitglied des ständigen Rates der franz. Friedensgesellschaften. Seit 1867 in der Bewegung tätig.

Trueblood, Dr. Benjamin F. * 25. XI. 1847 zu Salem, Ind., U. S. A. ✱ Washington, D. C. Colorado Building. Generalsekretär der American Peace Society, Mitglied des Berner Bureaus, Mitglied des International Law Association und der American Society of International Law, Mitglied des Round Table Club, des Twentieth Century Club und des Economic-Club zu Boston. Herausgeber des »Advocate of Peace«. Widmete sich seit 1891 ganz der Friedensbewegung. Wirkt als Redner, Schriftsteller und Organisator, namentlich als Mittelpunkt der American Peace Society, bekanntlich der ältesten Friedensgesellschaft der Welt. T. war Vorsitzender des Organisationskomitees des Chicagoer Friedenskongresses und Sekretär des Organisationskomitees des XIII. Weltfriedenskongresses zu Boston. Er ist der Urheber des Vorschlags eines regulär wiederkehrenden internationalen Regierungskongresses, den die gesetzgebenden

Körperschaften von Massachusetts billigten und dem Kongreß der Vereinigten Staaten zur Beschlußfassung überwiesen. Er nahm seit 1890 an den meisten Friedenskongressen teil und war während der I. Haager Konferenz im Haag anwesend.

Verf. »The Federation of the World« 1898. — Eine englische Übersetzung von Kants »Zum Ewigen Frieden«. — Verschiedene Broschüren über die Friedensbewegung und verwandte Gegenstände.

Tryon, James Lilby, Theologe, Jurist, Journalist. * 21. XI. 1864. ✱ 61, Morton Street, Waltham und 34 Beacon-St., Boston, Mass. U. S. A. Assistent-Sekretär der »American Peace Society«, Dozent für internationale Schiedsgerichtsbarkeit an der »Episcopal Theological School«, Cambridge, Mass. (1908 bis 1910). Mitarbeiter des »Advocate of Peace«. Teilnehmer an den Weltfriedenskongressen zu München, London (1908) und Genf; der nationalen Friedenskongresse in New York, Chicago und Hartford.

Verf. »The Interparlamentary Union and its Work« 1907. — »The Churches and the Peace Movement« 1908. — »The Freedom of Commerce in Time of War« 1908. — »The purposed High Court of Nations« 1910. — »A World Treaty of Arbitration« 1911. — Herausgeber: »The Report of the Proceedings of the New-England Arbitration and Peace Congress« 1910. —

Turner, Sir Alfred, General. * 3. III. 1842. London. ✱ Carlyle House, Chelsea, London. Artillerieoffizier. Mitglied des »Anglo-german friendship comittee«, der »International Arbitration League«, der »Alliance Franco-Britannique« usw. Als Vortragender für Schiedsgerichtsbarkeit und internationale Verständigung wie für den Rüstungsstillstand eingetreten, ebenso in Artikeln, die in englischen und deutschen Revuen erschienen sind. Hervorragender Vertreter der anglo-deutschen Verständigungsidee. Verfasser zahlreicher Flugschriften.

Tydeman, Meinard, Parlamentarier. * 6. III. 1854, Tiel, (Holland). ✱ Breda, (Holland). Mitglied des interparlamentarischen Rats und des Exekutivkomitees der interparlamentarischen Union, Sekretär der holländischen interparlamentarischen Gruppe. Seit 1892 Mitglied der interparlamentarischen Union und Teilnehmer an fast allen seitdem abgehaltenen interparlamentarischen Konferenzen.

Umfrid, Otto, Stadtpfarrer. * 2. V. 1857. Nürtingen. ✱ 26, Birkenwaldstraße, Stuttgart. Geistlicher an der Erlöser-

kirche wie am Stuttgarter Bürgerhospital und Armenhaus. II. Vorsitzender der deutschen Friedensgesellschaft. Arbeitet seit 1894 für die Friedensbewegung. Hielt zahlreiche Vorträge in verschiedenen Orten des Reiches; verfaßte Aufsätze für den »Völkerfriede«, die »Friedenswarte«, den »Türmer«, den Stuttgarter »Beobachter« und andere Zeitschriften und Tageszeitungen. Ist Redakteur des »Grüß Gott« (136000 Abonnenten), das er im friedensfreundlichen Sinne leitet, seit 1912 Herausgeber des »Völkerfriede«, Teilnehmer an den Weltfriedenskongressen zu Rouen, München, London und Stockholm und an den deutschen nationalen Friedenskongressen in Jena und Wiesbaden. Versuchte im Verein mit Professor Rade und Lic. Weber mit gutem Erfolge die evangelischen Geistlichen Deutschlands für die Friedensbewegung zu organisieren. Verfaßte verschiedene Flugblätter, eines gegen die Treibereien des Flottenvereins, eines gegen »die Bestie im Menschen«, eines über das Thema »Was wollen die Friedensfreunde?« Schrieb Aufrufe an das deutsche Volk, sowie an einzelne Berufsstände: Geistliche, Lehrer, Juristen, Mediziner, Studenten, Ökonomen, Fabriksarbeiter und Gastwirte. Zur Zeit des Venezuela-Konfliktes und des Casablanca-Zwischenfalles verfaßte er Eingaben an den Reichskanzler mit dem Ersuchen um friedliche Beilegung der Konflikte.

Verf. »Friede auf Erden« 1898. 2. Aufl. — »Recht, Gewalt und Zukunftskrieg« 1900. — »Der Krieg auf der Anklagebank« 1899. — »Der Zukunftskrieg nach den Theorien von Blochs« 1902. — »Der Friedensbote« 1899—1908. — »Bismarcks Gedanken und Erinnerungen im Lichte der Friedensidee« 1902. — »Die Formel der Abrüstung« 1903. — »Anti-Treitschke« 1904. — »Anti-Stengel« 1909. — »Völkerevangelium, Vaterlandsliebe und Menschheitsliebe« 1910.

Vanderpol, Alfred, Ingenieur. * 7. IV. 1852, Tourcoing (Frankreich). ✱ 40, rue Franklin, Lyon. Präsident und Gründer der »Ligue catholique de la Paix«. Gründete 1907, infolge des seitens des Papstes Pius X. an den Mailänder Kongreß gerichteten Sckreibens, die »Société Gratry pour le maintien de la Paix entre les nations«, die 1909 zur »Ligue des catholiques français pour la Paix« umgewandelt wurde. Nachdem im Jahre 1907 in Spanien, 1908 in der Schweiz, 1910 in Belgien und England Gruppen dieser Liga durch ihn gebildet wurden, vereinigte er diese 1911 zur »Ligue internationale des Catholiques pour la Paix.« Vanderpol ist Herausgeber des vierteljährlich erscheinenden »Bulletin de la Ligue des Catholiques pour la Paix«, regelmäßiger

Besucher der Weltfriedenskongresse und der nationalen französischen Friedenskongresse der letzten Jahre.

Verf. »Le droit de guerre d'après les Théologiens et les Canonistes du moyen-âge«. — »La doctrine scholastique de la guerre«. — »La guerre devant le christianisme«. —

Wächter, Sir Max, Großkaufmann. * 29. VII. 1837. Stettin. ✱ The Terrace House, Richmond, Surrey, England. Befaßte sich mit einem Plan zur Föderation Europas auf wirtschaftlicher Grundlage; namentlich durch eine Zollunion. Er hat diesen Plan fast allen Staatsoberhäuptern Europas persönlich vorgetragen und hat darüber ein »Memorandum« veröffentlicht, das er als Flugblatt herausgab.

Wagner, Alfred, Pfarrer * Cleebronn. 7. IV. 1875. ✱ Neuhengstett (Württemberg). Seit 1894 als Redner und Agitator in der Friedensbewegung tätig.

Walterskirchen, Robert Baron, Landwirt. * 1839 Preßburg. ✱ Krumpendorf, Kärnten. In den sechziger und Anfang der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts Landtagsabgeordneter von Steiermark und von 1873—1886 österreichischer Reichsratsabgeordneter. Hat bereits im August 1870 auf die Notwendigkeit einer internationalen Verbindung der Parlamentarier zum Zwecke der Friedenserhaltung hingewiesen. Kann daher als der nachweisbar erste Anreger der interparlamentarischen Union gelten. Beteiligte sich anfangs der siebziger Jahre mit Macoartu, Fischhof, Kübeck usw. in Wien an dem Versuch zur Einberufung einer Parlamentarierkonferenz zwecks Verminderung der Rüstungen und Einführung einer allgemeinen Schiedsgerichtsbarkeit.

Verf. »Zur Abrüstungsfrage« 1880.

Wavrinsky, Edvard, Internationaler Chef des Guttemplerordens (700 000 Mitglieder in allen Weltteilen). * 12. IV. 1848 zu Linköping. ✱ Experimentalfältet, Stockholm. Mitglied des interparlamentarischen Rates und des internationalen Friedensinstitutes. Ursprünglich Artillerieoffizier, ist er seit 1883 Mitglied der damals eben begründeten schwedischen Friedensgesellschaft, wurde später deren Sekretär, Vizevorsitzender, erster Vorsitzender und ist nunmehr deren Ehrenmitglied. Im Jahre 1885 organisierte er den ersten nordischen Friedenskongreß zu Gothenburg. Seit 1891 Mitglied des schwedischen Reichstages, ergriff er 1892 die Initiative zur Gründung der schwedischen Gruppe der interparlamentarischen Union, deren Sekretär er bis 1904 blieb. Er war 1893 mit Gustav Björklund

Preisrichter über den internationalen Wettbewerb für die beste Beantwortung der Frage: »Wie kann eine kräftige internationale Strömung gegen den heutigen Militarismus auf passendste Weise hervorgerufen werden?« Einlauf: 112 Antworten in verschiedenen Sprachen. Im Jahre 1895 war er Vorsitzender des nordischen Friedenskongresses zu Stockholm und organisierte über das ganze Land eine Oppositionsbewegung gegen kriegerische Äußerungen der Norweger; er überreichte 1896 als Führer einer Deputation der schwedischen Friedensgesellschaft dem König von Schweden eine mit mehr als 247 000 schwedischen Unterschriften bedeckten Adresse, in der die Regierung und der Reichstag zum Kampf für den Frieden aufgefordert wurden. Auf seine Initiative zahlt die schwedische Regierung dem Berner Bureau eine jährliche Subvention von 1000 Francs und werden den schwedischen Delegierten zu den interparlamentarischen Konferenzen seit 1902 die Reisekosten gewährt. Die interparlamentarischen Konferenzen besuchte W. regelmäßig und nahm auch an verschiedenen Friedenskongressen teil. Durch zahlreiche Vorträge und Aufsätze wirkt er unablässig in den weitesten Kreisen für die Friedensidee. Er veröffentlichte von 1880—1882 die »Tidning för Ungdom« (Jugendzeitung), von 1894—1897 »Ned med Vapnen« (Die Waffen nieder), ferner Berichte über die interparlamentarischen Konferenzen zu Haag, Brüssel (1895), Budapest und Wien.

Weardale, Rt. Hon. Lord. (Bis 1904 Baron Philipp Stanhope). Politiker. * 1847, London. ✱ London, 3 Carlton Gardens S.W., Sohn des bekannten Geschichtschreibers Grafen Stanhope; einer Seitenlinie der Grafen von Chesterfield entstammend. Sein Urgroßvater, der dritte Graf Stanhope war der Schwager des berühmten Ministers William Pitt und Schwiegersohn des Grafen Chatam. W. ist Mitglied des interparlamentarischen Rats, des Exekutivkomitees der Interparlamentarischen Union und Obmann der englischen interparlamentarischen Gruppe, Mitglied des europäischen Rats der ersten Abteilung der Carnegiestiftung. War Präsident der XIV. interparlamentarischen Konferenz zu London (1906) und des VI. englischen nationalen Friedenskongresses zu Leicester (1910), Mitglied des Nationalrats der englischen Friedensgesellschaften und Vizepräsident der »International Arbitration League«. Steht seit langem im politischen Leben Englands; von 1885—1900 war er Mitglied des Hauses der Gemeinen, wo er seinen Sitz infolge seiner Opposition gegen Chamberlain und gegen den Transvaalkrieg verlor. Später

wieder gewählt. Seit der Gründung der Interparlamentarischen Union nahm er an deren Arbeiten teil und war bei fast sämtlichen interparlamentarischen Konferenzen anwesend. Er war Berichterstatter über den Entwurf eines ständigen Schiedstribunals auf der interparlamentarischen Konferenz in Brüssel 1895, der nachher den Arbeiten der III. Kommission der I. Haager Konferenz zur Grundlage diente. In der anglo-deutschen Verständigungsbewegung hervorragend tätig.

Wehberg, Hans, Dr. jur., Gerichtsreferendar, Rechtsgelehrter. * 12. XII. 1885, Düsseldorf. ✱ Düsseldorf 102, Jülicherstraße 86. Seit 1909 in der Friedensbewegung tätig. Umfangreiche schriftstellerische Betätigung über völkerrechtliche Fragen in der Tagespresse, wissenschaftlichen Revuen, der pazifistischen Fachpresse und in den Fachorganen der verschiedensten Berufe, die er für die internationale Rechtsbewegung und die internationale Verständigung zu gewinnen sucht. Suchte mit Erfolg die deutsche Burschenschaft für die Friedensidee zu interessieren. Tritt in Deutschland aufklärend für die Bedeutung des Haager Werkes ein und propagiert die Idee eines wirklich ständigen Staatengerichtshofes. W. vereinigt mit einer grundlegenden juristischen Bildung eine seltene Tatkraft in der Vertretung des modernen fortschrittlichen Völkerrechts und des fortschrittlichen Pazifismus. Seine zahlreichen wissenschaftlichen und populären Arbeiten finden in den Fachkreisen die gebührende Anerkennung.

Verf. »Das Beuterecht im Land- und Seekriege« 1909, englische Übersetzung 1911. — »Mannesmann-Ansprüche« 1910. — »Die Abkommen der Haager Friedenskonferenzen, der Londoner Seekriegskonferenzen nebst Genfer Konvention« in der Guttentagschen Textausgabe 1910. — »Kommentar zu dem Haager Abkommen betreffend die friedliche Erledigung internationaler Streitigkeiten vom Oktober 1907« 1911. — »Ein internationaler Gerichtshof für Privatklagen« 1911. — »Die internationale Friedensbewegung« 1911. — »Internationale Schiedsgerichtsbarkeit« 1911. — »Das Völkerrecht« 1912. — »Das Problem eines internationalen Staatengerichtshofes« 1912. —

Weiss, André, Rechtsgelehrter. * 30. IX. 1858, Mülhausen i. Els. ✱ Paris, 10, Rue Copernic. Professor an der Rechtsfakultät der Universität Paris. Mitglied des »Institut de droit international«, Mitglied der ständigen Delegation der französischen Friedensgesellschaften, Vizepräsident der »Société francaise d'Arbitrage entre nations«. Hervorragender Völkerrechtsjurist. Zahlreiche Revueartikel.

Weiss, Charles Theodor Hermann, Ingenieur. * 20. X. 1864, Huddersfield, England. ✱ Rickmannsworth (bei London), Kronengarten, Nightingale Road. Seit 1886 in der Friedensbewegung tätig. Von 1897—1901 und wieder seit 1906 Mitglied des Ausschusses der »Arbitration and Peace Society«. Seit 1908 im Ausschusse des »anglo-german Friendship Commitee«. Schriftführer des Empfangskomitees des XVII. Weltfriedenskongresses zu London, befaßte sich 1909—1910 mit der Organisation des »anglo-german Student-Committee« für die Studienreisen deutscher Studenten nach England. Hält Vorträge über »Englands Pflicht im Dienste des Weltfriedens«, »Die Föderation der Welt«, »Ein deutsch-englisches Einvernehmen«, »Gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in England«, »Freihandel und Frieden« usw.

Wetekamp, Prof. Wilhelm, Realgymnasialdirektor. * 4. IX. 1859, Lippstadt (Westfalen). ✱ Schöneberg-Berlin, Hohenstaufenstraße 49. Mitglied der Interparlamentarischen Union. Bis 1905 im Vorstand der deutschen Friedensgesellschaft. Mitbegründer der Ortsgruppe Breslau der Deutschen Friedensgesellschaft.

White, Andrew Dickson, Historiker und Diplomat. * 7. XI. 1832, Homer, N. Y. ✱ Cornell-Universität, Ithaca N. Y. Früher Präsident der Cornell-Universität, Gesandter bzw. Botschafter der Vereinigten Staaten in Rußland und Deutschland. Trustee der Carnegiestiftung, Mitglied der San-Domingo- und Venezuela-Kommission zur Schlichtung der zwischen jenen Ländern und den Vereinigten Staaten entbrannten Streitigkeiten. War der erste Delegierte der Vereinigten Staaten auf der I. Haager Konferenz. Übte dort namentlich in der Schiedsgerichtskommission einen großen moralischen Einfluß auf das Zustandekommen des ständigen Schiedshofes wie überhaupt zugunsten einer Förderung der friedensrechtlichen Fragen aus. Legte während der Konferenz zur Ehrung des Hugo Grotius auf dessen Grab in Delft in Gegenwart der Konferenzmitglieder namens der amerikanischen Delegierten einen Silberkranz nieder. Gab eine hervorragende Darstellung der Vorgänge auf der Haager Konferenz in seinen Lebenserinnerungen (deutsch: »Aus meinem Diplomatenleben« 1906).

Wicksell, Anna geb. Bugge, Rechtsanwalt. * 17. XI. 1862, Norwegen. ✱ Lund, Schweden. Sekretärin des schwedischen Friedensbundes. Begann 1888 zuerst in Dänemark, dann in Norwegen durch Vorträge und Zeitungsartikel für die Friedens-

bewegung einzutreten. Übersiedelte 1890 nach Schweden, wo sie ihre Propaganda fortsetzte. Von 1907—1911 Sekretärin der Friedensvereine in Lund, des schwedischen Friedensbundes seit 1911. Teilnehmerin an den Kongressen zu Neuchâtel (1888), Paris (1889), London (1890), Stockholm (1910), Genf (1912).

Verf. »Fredsrörelsen« (Die Friedensbewegung) 1892. — »Fredsrörelsen på 90-talet« (Die Friedensbewegung der 90er Jahre) 1901. — »Avrustningssträvandet och Sverigs Fredspåga« (Das Abrüstungsstreben und die Friedensfrage Schwedens) 1911.

Witz-Oberlin, Charles Alphonse, Dr. theol. * 8. XI. 1845, Diedendorf (Elsaß). ✱ Wien I, Dorotheergasse. K. K. Oberkirchenrat, Professor an der k. k. evangelischen theologischen Fakultät, Pfarrer der evangelisch-reformierten Kirchengemeinde, Vorstandsmitglied der österreichischen Friedensgesellschaft. Stammt aus dem Elsaß. Veröffentlichte 1871 eine Broschüre »La vrai Ligue d'Alsace«, um die Versöhnung der Deutschen und Franzosen anzubahnen. Seit 1874 in Wien.

Verf. »Si vis pacem para mentem« 1901. — »Christentum, Kirche und Friede« 1907. —

Woolley, Mary Emma, Präsidentin des Mount Holyoke College. * 13. VII. 1863, South Norwalk, Connecticut. ✱ Mount Holyoke College. South Hadley, Mass. U. S. A. Vizepräsidentin der »American Peace Society« und Mitglied des Advisory-Commitees der »American School Peace League«, Teilnehmerin am nationalen Friedenskongreß zu New York. Vertritt den Friedensgedanken in den Schulen der Union.

Yarnall, Stanley Rhoods, Schulmann. * 29. VIII. 1871, Philadelphia. ✱ Garmantown, Philadelphia. Direktor der Friends-School, Garmantown, Philadelphia, Vorsitzender des Exekutivkomitees der »Pennsylvania-Arbitration-Society«, Vizepräsident der »Peace Association of Friends« in Philadelphia. Nahm führenden Anteil an der Organisierung der Schieds- und Friedenskonferenz zu Philadelphia im Jahre 1908, die zur Gründung der »Pennsylvanian Arbitration and Peace Society« führte.

Zipernowsky, Karl, Professor an der technischen Hochschule zu Budapest. * Wien 1853. ✱ Budapest II, Oszlop utcza 9. Vizepräsident des ungarischen Friedensvereins. Seit 1895 in der Friedensbewegung tätig. Hält Vorträge über verschiedene mit der Friedensbewegung zusammenhängende Themata. Seit 1897 an zahlreichen Weltfriedenskongressen teilgenommen.

Zipernowsky, Anna, geb. Klein, Gattin des vorigen. * 23. X. 1863, Arad. ✱ Budapest II, Oszlop-utcza 9. Mitglied des Berner Bureaus, Vorstandsmitglied des ungarischen Friedensvereins, Präsidentin und Gründerin der Friedenssektion des Bundes ungarischer Frauenvereine. Seit 1895 eifrige Verfechterin der Friedensidee, namentlich im Rahmen des Friedensvereins und der Friedenssektion. Besuchte zahlreiche Friedenskongresse und die Versammlungen des Berner Bureaus. Vorträge. Zeitungsartikel.

Verf. in ungarische Sprache: »Die Rolle der Frau in der Friedensbewegung« 1908. — »Über die Friedensbewegung« 1909.

Zorn, Philipp, Rechtsgelehrter. * 13. I. 1850, Bayreuth. ✱ Bonn a. Rh., Humboldtstraße 24. Geheimer Justizrat, Kronsyndikus und Mitglied des preußischen Herrenhauses, Professor der Rechtswissenschaft an der Universität Bonn, 1910—1911 Rektor. Mitglied des europäischen Rats der I. Abteilung der Carnegiestiftung, Mitglied der Interparlamentarischen Union, Ausschußmitglied des »Verbandes für internationale Verständigung«. War deutscher Delegierter auf beiden Haager Konferenzen. Auf der I. Haager Konferenz in der Schiedsgerichtskommission in hervorragender Weise tätig. Wirkte mit an der Beseitigung des deutschen Widerstandes gegen den ständigen Schiedshof. Seitdem trat Z. der Schiedsgerichtsbarkeit immer näher, und seit der II. Haager Konferenz ist er deren begeisterter Anhänger. Der Abrüstungsfrage steht er jedoch noch schroff gegenüber. Er war Delegierter auf der Genfer Konferenz im Jahre 1906, hielt 1908 in Düsseldorf und 1910 bei Antritt seines Rektorats Reden zugunsten der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit, verfaßte große Revueartikel über die Haager Friedenskonferenz, für die er in Deutschland Interesse zu erregen suchte. Hielt als einer der ersten an deutschen Universitäten Vorlesungen über die Haager Friedenskonferenzen und machte bei der deutschen Regierung seinen Einfluß zugunsten der Errichtung von Völkerrechtslehrstühlen an deutschen Hochschulen geltend.

Verf. »Das neue Reich« 1902. (Enthält einige Revue-Artikel über das Haager Werk.) — »Die Fortschritte des Seekriegsrechts durch die II. Haager Friedenskonferenz« 1908. — »Das völkerrechtliche Werk der beiden Haager Friedenskonferenzen« 1909. — »Zur neuesten Entwicklung des Völkerrechts« 1910. — »Das deutsche Reich und die internationale Schiedsgerichtsbarkeit« 1911. —

C. Führer durch die pazifistische Literatur.

I. Periodica: a) Pazifistische Fachpresse: Deutsch. — Französisch. — Englisch. — Italienisch. — Holländisch. — Dänisch. — Polnisch. — Schwedisch. — Ungarisch. — Japanisch. b) Jahrbücher und Almanache. — c) Wissenschaftliche Revuen für Völkerrecht und Internationale Organisation. — d) Eingegangene Zeitschriften. — e) Broschüren-Reihen.

II. Bücher und Broschüren: a) Bibliographie. — b) Zur Einführung in die Friedensbewegung. — c) Das Haager Werk (Texte. — Kommentare). — d) Die Schiedsgerichtsbarkeit. — e) Verschiedene völkerrechtliche Fragen. — f) Rüstungen und Wirtschaft (Blochs Lehre). — g) Internationale Organisation, Internationalismus usw. — h) Soziologie, Biologie, Philosophie. — i) Zur Geschichte der Friedensbewegung. — k) Organisation und Kongresse. — l) Erziehung, Christentum. — m) Deutschland und Frankreich. — n) Kriegsschilderungen. — o) Verschiedenes. — p) Gegen die Friedensbewegung.

I. Periodica.

a) Pazifistische Fachpresse.

Deutsch:

»Die Friedens-Warte.« Für zwischenstaatliche Organisation. Herausgegeben von Alfred H. Fried, Wien IX/2, Widerhofergasse 5. Erscheint monatlich. Begr. 1899. Berlin W. 57, Bülowstraße 66, Paß & Garleb G. m. b. H., M. 6.— (Ausland M. 6.60) jährlich.

»Völker-Friede.« Organ der Deutschen Friedensgesellschaft. Herausgegeben von O. Umfrid, Stuttgart, Birkenwall 24. Erscheint monatlich. Begr. 1900. Eßlingen a. N., Wilh. Langguth, M. 1.— (Für Mitglieder der D.-Fr.-Ges. M. —.50) jährlich.

»Der Friede.« Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung. Offizielles Vereinsorgan des Schweizerischen Friedensvereins. Redaktion: R. Geering-Christ, »Im Wiesengrund«, Bottmingermühle bei Basel. Erscheint monatlich. Begr. 1894. Bern, Hallersche Buchdruckerei, A.-G. Frcs. 2.— jährlich f. d. Schweiz; f. d. Weltpostverein Frcs. 3.60 jährlich.

»Die Friedens-Bewegung.« Halbmonatliches Korrespondenzblatt des Internationalen Friedensbureaus in Bern. Herausgeber: Internationales Friedensbureau in Bern, Kanonenweg 12. Chefredakteur: Henry Golay in Bern. Begr. 1912. Administration: Buchdruckerei Büchler & Co., Bern, Frcs. 10.— jährlich. (Für Abonnenten von Friedenszeitungen, Frcs. 5.—).

»Korrespondenzblatt des Verbandes für internationale Verständigung.« Herausgeber Prof. Dr. Robert Piloty, Würzburg und Dr. Hanns Dorn, München-Grünwald. Erscheint zwanglos, einseitig bedruckt. Begr. 1912, Würzburg, Hofstraße 10. Kostenlos.

»Politisch-Pazifistische Korrespondenz.« Herausgeber Alfred H. Fried. Erscheint zwanglos, einseitig bedruckt. Begr. 1907, Wien IX/2, Widerhofergasse 5. Kostenlos.

Französisch:

»La Paix par le Droit.« Revue de la Paix. Präsident des Redaktionskomitees: Professor Charles Richet, Paris,

15, Rue de l'Université. Direktoren des Redaktionskomitees: J. Prudhommeaux und Lucien Le Foyer. Redaktionssekretär: J. L. Puech. Redaktionsmitteilungen und Sendungen an die Adresse des Präsidenten. Erscheint halbmonatlich. Begr. 1891. Administrations: Auguste Laune, 10, Rue Monjardin, Nimes (Gard), Frankreich, Frcs. 3.— jährlich.

»Les États-Unis d'Europe.« Journal de la Ligue internationale de la Paix et de la Liberté. Direktor: Emile Arnaud, Luzarche (Seine et Oise), Frankreich. Redakteur: G. Bovet, Bern, Luisenstraße 43. Ebenda Erscheinungs- und Versandstelle. Erscheint monatlich. Begr. 1868, Frcs. 2.— jährlich für die Schweiz; Frcs. 4.— Weltpostverein.

»Le Mouvement Pacifiste.« Correspondance Bimensuelle du Bureau interational de la Paix. Direktion: Bureau international de la Paix, Bern, Kanonenweg 12. Redacteur en chef: Henry Golay in Bern. Begründet 1912. Administration: Imprimerie Buchler & Co., Berne, Frcs. 10.— jährlich. (Für Abonnenten von Friedenszeitungen, Frcs. 5.—).

»Bulletin de la Ligue des Catholiques français pour la Paix.« Herausgeber: Vanderpol, Ingenieur, 40, Rue Franklin in Lyon. Begr. 1910. Erscheint vierteljährlich. Kostenlos an die Mitglieder der Ligue.

»Documents Interparlementaires«. Veröffentlichungen des Bureau Interparlementaire in Brüssel. Begr. 1910. Erscheint zwanglos. Misch & Thron, Brüssel, Rue Royal 124 und Leipzig, Hospitalstraße 13. Jedes Heft Frcs. 1.—.

L'Universel.« Organe du mouvement pacifique chrétien. Directeur: M. Huchet, Havre, 19. Place de l'Hôtel de Ville. Begr. 1898. Frcs. 1.— jährlich. Weltpostverein Frcs. 2.—.

»La Paix.« Organ der romanischen Sektionen der Schweizer Friedensgesellschaft. Begründet 1908. Redaktion: Alfred Testuz, Délices-Genf. Erscheint alle zwei Monate. Administration: Fusterie Case 15 194, Genf. Frcs. 2.— jährlich. Kostenlos für die Mitglieder.

Englisch:

»The Arbitrator«. Organ of the Arbitration League. Herausgeber: F. Maddison, London, 183 St. Stephenshouse, Victoria Embankment SW. Begr. 1870 von Randal Cremer. Erscheint monatlich. Kostenlos für die Mitglieder der League. Sonst M. 1.— jährlich.

»Concord«. The Journal of the International Arbitration and peace Association. Herausgeber: Felix Moscheles und

I. F. Green. Begr. 1884. Bureau: 40 & 41 Outer Temple Strand, London WC. Erscheint monatlich. Sh. 1, 6 p. jährlich.

»The Herald of Peace and International Arbitration«. Mit der Jugendbeilage »The Olive Leaf«. The Organ of the Peace Society. Herausgeber: W. Evans Darby, London. Begr. 1819. Bureau: New Broad Street, Finsbury EC. London. Erscheint monatlich. Sh. 1, 6 p. jährlich.

»Monthly Circular« of the National Peace Council. Herausgeber: Carl Heath. Begr. 1911. Bureau: 167, St. Stephens House, Westminster, London SW. Kostenlos.

»The Peace Movement«. The fortnightly Organ of the international Peace Bureau in Berne. Herausgeber: Internationales Friedensbureau in Bern, Kanonenweg 12. Chefredakteur: Henry Golay in Bern. Begr. 1912. Administration: Buchler & Co. Bern, Frcs. 10.— jährlich. (Für Abonnenten von Friedenszeitungen Frcs. 5.— jährlich.)

»Peace and Goodwill«. A Sequel of the Olive Leaf. A Quarterly Periodical and Organ of Local Peace Associations. Herausgeber: Miß P. H. Peckover, Wistaria House, Wisbech, England. Begr. 1882. Bureau: Peace Society, London, EC., New Broad Str. 47. Jährlich Sh. 1.—.

»Advocate of Peace«. Organ der »American Peace Society«. Herausgeber: Dr. Benj. Trueblood. Begr. 1846. Erscheint monatlich. Bureau: 313—314 Colorado Building, Wahington DC. Jährlich: 1 Dollar.

»Peace.« Veröffentlicht vom »International Peace-Forum«, 185—187 Madison Avenue, New York. Herausgeber: John Wesley Hill, W. A. Hunsberger, Maj. Gev. K. Shaw. Begr. 1912. Administration: H. R. Butler, 18—20 West Thirty-Fourth Street, New York. Erscheint monatlich. 1 Dollar jährlich.

»The Messenger of Peace«. Organ der »Peace Association of Friends in America«. Herausgeber: Lavinia Baily, Richmond, Ind., U. St. A., 33, 16th Street. Erscheint monatlich. Begr. 1900. Kostenlos an die Mitglieder.

»The Cosmopolitan Student.« Organ der »Corda Fratres, Association of Cosmopolitan Clubs«. Herausgeber: Louis P. Lochner, 612 S. Brearly St. Madison, Wis., U. St. A. Erscheint monatlich mit Ausnahme der Ferienmonate, 75 Cents jährlich.

»The Peacemaker«. Organ der »Universal Peace Union« in Philadelphia. Herausgeber: Alfred H. Love, Philadelphia,

219 Chestnutstreet. Begr. 1883. Erscheint monatlich. 1 Dollar jährlich.

»Bulletin of the American Peace Society of Japan«. Herausgeber: Gilbert Bowles, Tokio, 30 Koua-cho, Mita. Erscheint zwanglos, kostenlos.

Italienisch:

»La Vita Internazionale« Rassegna Quindicinale. Direktor: E. T. Moneta. Begr. 1898. Erscheint halbmonatlich. Bureau: 21, Portici Settentrionali, Mailand. Jährlich für Italien Lire 7.50. Für den Weltpostverein Lire 12.50.

»La Luce del pensiero«, Neapel. Herausgeber: Domenico Maggiore. Bureau: Neapel, Via Pontenuova a Foria 21. Jährlich für Italien Lire 5.—. Für den Weltpostverein Lire 7.—.

Holländisch:

»Organ von den Allgemeenen Nederländischen Bund: Vrede door Recht«. Herausgeber: Jonkvr. J. Backer, Mej. E. J. Belinfante und Jhr. Mr. Dr. B. de Jong van Beek en Donk. Begr. 1900. Erscheint monatlich. Bureau: Prinsessegracht 6, s'Gravenhage. Jährlich Fl. 1.—.

Dänisch:

»Freds-Bladet.« Organ der dänischen Friedensvereinigung. Herausgeber: Niels Petersen, Kopenhagen, Forchhammersvej 10. Begr. 1892. Administration: »Dansk Fredsvoreninga«. Kopenhagen, Elmegade 21. Erscheint monatlich. Kostenlos für die Mitglieder. Sonst 50 Oere.

Polnisch:

»Ludzkość«. Organ der polnischen Friedensgesellschaft. Herausgeber: Dr. Wł. Światopełk-Zawadzki. Bureau: Warschau, ulica Marszalkowska 76. Begr. 1912. Erscheint monatlich. Jährlich 1 Rubel 30 Kop.

Schwedisch:

»Fredsfanan«. Organ der schwedischen Friedens- und Schiedsgerichtsvereinigung. Herausgeber: Emil Larsson, Torsgatan 22, Stockholm. Bureau: Regeringsgatan 74, Stockholm. Begr. 1898. Erscheint monatlich. Jährlich Kr. 2.50.

Ungarisch:

»Nemzetközi élet«. Organ der ungarischen Friedensgesellschaft. Herausgeber: Harsànyi, Budapest II., ker Zarda utcza 50 szam. Begr. 1912. Monatlich. Jährlich Kr. 2.—.

Japanisch:

»Heiwa«. Organ der japanischen Friedensgesellschaft. (Mit einer Beilage in englischer Sprache.) Herausgeber: Gilbert Bowles, Tokio. Begr. 1911. Erscheint monatlich. Bureau: No. 784, Osaki-Machi, Tokio, Japan. Jährlich 40 Sen. Ausland 64 Sen.

b) Jahrbücher und Almanache.

»Annuaire du mouvement pacifiste«. Publié par le Bureau International de la Paix à Bern, Kanonenweg 12.

Enthählt das Verzeichnis sämtlicher Friedensorganisationen mit ausführlichen Personenangaben und Adressen. Kostenlos.

»The Peace Year Book«. Herausgegeben vom Nationalrat der englischen Friedensgesellschaften (»The National Peace Council«) 167 St. Stephens House, Westminster SW. London. Seit 1911. Sh. 1.—

Darstellung der die Friedensbewegung berührenden politischen Verhältnisse des abgelaufenen Jahres, der Friedenspropaganda, Kongresse, Konferenzen usw. Daten der Friedensgesellschaften und der Pazifisten.

»Annuaire de l'Union Interparlementaire«. Publié par Chr. L. Lange, Generalsekretär der Union. Brüssel. Misch & Thron. Rue Royale 126. Seit 1911. gr.-8°. Lnwdbd. Frcs. 5.—

Enthält außer dem ins einzelne gehenden Bericht über die Tätigkeit, Kassengebarung, Umfang der Union und ihrer einzelnen Gruppen auch eine wertvolle Darstellung des internationalen Lebens im abgelaufenen Jahre, die Texte der abgeschlossenen Schiedsverträge, die Darstellung der erledigten und noch schwebenden Schiedsfälle, Daten über die abgehaltenen internationalen Regierungskonferenzen, Friedenskongresse usw. usw.

»Annuaire de la Vie Internationale«. Fondé par A. H. Fried et publié par les Soins de l'Institut International de Bibliographie et de l'Institut International de la Paix. Lex.-8°. Brüssel, Rue de la Regeme 3 bis. Letzter Bd. 1908—1909. Verlag des Office central des Institutions Internationales. Comité de Rédaction: Alfred H. Fried, Henri Lafontaine, Paul Otlet. 181 und 1370 S. Frcs. 20.—.

Erscheint seit 1905 (zuerst in Monaco in kleinerem Umfange). Enthält alle internationalen Organisationen, ihre Geschichte, ihren Umfang und ihr Wirken.

»Year Book of the Carnegie Endowment for International Peace«. Gr.-8°. Seit 1911 Washington DC. 2 Jackson Place.

Darstellung der Organisation und des Umfanges der Betätigung der Carnegiestiftung.

»Les Prix Nobel«. Jährliche Veröffentlichung der mit der Verleihung der Nobelpreise beauftragten Körperschaften. Seit 1901. Redaktion durch Prof. C. G. Santesson vom kgl. Carolinischen Institut in Stockholm. Verlag der Nobelstiftung in Stockholm.

Alljährlich ein Band mit den Biographien, Porträts und Festreden der Nobel-Laureaten sowie einer Beschreibung der Verteilungsfeierlichkeiten, der Nobelmedaillen und Diplome.

»Nobelstiftelsens Kalender«. Alljährliches Verzeichnis der Gebarung und der Personalien der gesamten Nobelstiftung in schwedischer Sprache. Verlag der Nobelstiftung in Stockholm. Kostenlos.

»Rapport du Conseil Administratif de la Cour Permanente d'Arbitrage sur les travaux de la Cour sur le fonctionnement des Services administratifs et sur les dépenses pendant l'Année«. Seit 1901 Folio. Haag. Bureau International de la Cour Permanent d'Arbitrage.

»Almanach de la Paix«. Publié par l'Association de »La Paix par le Droit«. Seit 1878. Kl.-8°. Illustriert. 25 Cts. Paris, 8 et 10, Rue Garancière, Plon-Nourrit & Co.

»Pro Pace«. Almanacco illustrato. Edito a cura della Societa Internazionale per la Pace. Seit 1890. Kl.-8°. Illustriert. Mailand, 21 portici settentrionali. 50 Cts.

»Der Weg zum Weltfrieden«. Pazifistische Chronik. Zusammengestellt von Alfred H. Fried. Seit 1909 jährlich. 8°. Berlin 1909, 1910 und 1911. Verlag der Friedens-Warte. 16, 20, 32 S. Jedes Heft 50 Pf.

Erscheint alljährlich im Dezember und enthält eine Zusammenstellung aller auf die Friedensbewegung bezughabender Ereignisse des abgelaufenen Jahres.

c) Wissenschaftliche Revuen für Völkerrecht und Internationale Organisation.

»Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht«. Unter dauernder Mitarbeit hervorragender Gelehrter herausgegeben von Prof. Dr. Josef Kohler in Berlin, Prof. Dr. L. Oppenheim in Cambridge und Privatdozent Dr. D. Felix Holldack in Leipzig. Seit 1907. Jährlich ca. 6 Hefte. I. U. Kerns Verlag, Breslau II, Teichstraße 8. Mk. 20.— pro Jahrgang.

»Revue Générale de Droit International Public«. Publiée par Paul Fauchille, Paris. Seit 1894. Jährlich 6 Hefte. A. Pedone. 13, Rue Soufflot. Paris. Frcs. 20.— pro Jahrgang (Weltpostverein Frcs. 21,50).

»Revue de Droit International et de Législation Comparée«. Fondé par MM. Rolin Jacquemyns, Asser et Westlake et publiée sous la Direction d'un comité des savants par Edouard Rolin. 35, place de l'Industrie, Bruxelles. Seit 1869. Administration gérant: M. Paul Hymans, Bruxelles, 9, Rue d'Egmont. Jährlich 6 Hefte. Frcs. 16.— pro Jahrgang. Weltpostverein Frcs. 18. —.

»The American Journal of International Law«. A Quarterly. Published for the American Society of International Law. Herausgeber James Brown Scott, 2, Jackson Place. Washington D. C. Seit 1907. Jeder Vierteljahrsband enthält ein Supplement mit völkerrechtlichen Dokumenten. Verlag: Baker Voorhis & Company, New York U. S. A. 45 and 47, John Street. Für Mitglieder der »American Society of International Law« kostenlos. Für Nichtmitglieder in Amerika 5 Dollar, Weltpostverein 6 Dollar. Von 1913 ab soll auch eine spanische Ausgabe dieser Zeitschrift erscheinen.

»Anales de la Corte de Justicia Centro americana«. Direktor: Ernesto Martin, Secretario de la Corte. Seit 1911. San Jose, Costa Rica, America Central. Erscheinungsweise? Preis? (Das erste Heft des ersten Bandes erschien im August 1911.)

»La Vie Internationale«. Revue Mensuelle des Idées, des faits et des Organismes internationaux. Publié par »L'Office central des Associations Internationales«. Brüssel, 3 bis, Rue de la Regence. Seit 1912. Erscheint monatlich. Jährlich 25 Frcs.

»Bulletin of the Pan-American Union«. Direktor: John Barrett. Seit 1909. Monatlich. Verlag der Panamerikanischen Union. Washington DC. seventeenth and B Streets. Jährlich 2 Dollar.

d) Eingegangene Zeitschriften.

»Die Waffen nieder!« Monatsschrift zur Förderung der Friedensidee. Herausgegeben von Bertha v. Suttner. Erschien von 1892—1899. Berlin und Dresden.

Enthielt reichhaltiges Material aus der ersten Zeit der Friedensbewegung in Deutschland und überdies interessante Beiträge zur Geschichte und Entwicklung der Friedensidee.

»Monatliche Friedenskorrespondenz«. Herausgegeben von der Deutschen Friedensgesellschaft. Erschien von 1894—1899. Davon von 1896—1899 regelmäßig monatlich in Berlin unter der Redaktion von A. H. Fried. Vorher unregelmäßig in Frankfurt a. M.

»Mitteilungen der österreichischen Gesellschaft der Friedensfreunde«.

Erschien erst unregelmäßig, dann monatlich ab November 1900 bis Ende 1903. Verlag der österreichischen Friedensgesellschaft.

»La Conférence interparlementaire«. Revue mensuelle publiée par le Bureau interparlementaire pour l'arbitrage international. Nr. 1—46. Erschien vom 1. Juli 1891 bis 1. Dezember 1897. Redigiert von Dr. Albert Gobat.

Gibt reiches Material für die Geschichte der Interparlamentarischen Union und die Konferenzen bis 1897.

»Correspondance bi-mensuelle«. Herausgegeben vom »Bureau international de la Paix«. Erschien vom 25. Oktober 1895 bis 25. Dezember 1911. Sie ging aus der »Correspondance autographiée« hervor und ging in die dreisprachig erscheinende Zeitschrift »Die Friedensbewegung« über.

Enthält fast alle Daten der politischen Geschichte und der Entwicklung des Pazifismus aller Länder in dem wichtigen Zeitraum von 1895—1911.

»Revue de la Paix«. Organ der Société français de l'Arbitrage entre Nations. Erschien von 1897 bis Dezember 1909; dann vereinigt mit »La Paix par le Droit«.

»Courrier de la Conférence de la Paix«. Redigé par William T. Stead. Haag 1900. Verlag von Maas & van Suchtelen. Erschien während der Dauer der II. Haager Konferenz vom 15. Juni bis 20. Oktober 1907.

Enthält reichhaltiges Material zur Geschichte der II. Friedenskonferenz im Haag.

»La Justice Internationale«. Herausgegeben von Gustav Hubbard. Erschien vom 25. Mai 1903 bis März 1905.

Enthält reiches Dokumentenmaterial über vorbehaltlose Verträge, Schiedsverhandlungen usw. sowie interessante Artikel zur Fortbildung des Völkerrechts.

»Espero Pacifista«. Monata organo de »Pacifisto«. (Internacia societo esperantista per la paco.) Herausgegeben von Gaston Moch. Erschien von 1905—1908.

Reichhaltiges und zuverlässiges Material zur Friedensbewegung, Völkerrechtsentwicklung und politischen Geschichte dieser vier Jahre. In Esperanto.

»Comptes Rendus de l'Institut International de la Paix«. Organ des Internationalen Friedensinstituts in Monaco. Erschien von 1903—1906. Nr. 1—11 mit verschiedenen »Annexes«.

e) Broschüren-Reihen.

»Internationale Organisation«. Broschürenreihe des Verlages der »Friedens-Warte«. Berlin W, Bülowstraße 66.

Veröffentlichungen der »Conciliation Internationale« in Paris. Von 1908—1910 44 Hefte veröffentlicht, die kostenlos verschickt wurden. Verleger: Librairie Ch. Delagrave, 15, Rue Soufflot, Paris.

Veröffentlichungen der »International Conciliation« in New York, Substation 84/107 West 117th Street. Seit April 1907. Bis Juni 1912 55 Hefte. Monatlich erscheint eine Broschüre, die an ca. 70000 Personen in Amerika und Europa kostenlos versandt wird.

»World Peace Foundation. Pamphlet Series«. Herausgegeben von der World Peace Foundation in Boston Mass. 29 A, Beacon Street. Seit April 1911. Jährlich 3—5 Broschüren. Kostenloser Versand.

»Publications of the American Society for Judicial Settlement of International Disputes«. Seit August 1910. Ungefähr 3 Hefte in 16⁰ Jährlich. Kostenlos.

»Maryland Quarterly.« Vierteljahrsveröffentlichungen der »Maryland Peace Society«. Seit 1910. (Bis August 1912 waren 11 Hefte erschienen.) 1925, Park Avenue, Baltimore, U. St. A.

»Pamphlets of the National Peace Council«. London. Seit 1908. Bis Sommer 1912 waren erschienen von der »Political-Serie« 6 Hefte, »Economic-Serie« 1 Heft, »Educational-Serie« 6 Hefte, »Social-Reform-Serie 1 Heft.

II. Bücher und Broschüren.

Vorbemerkung.

Die nachfolgenden Büchertitel bilden keine umfassende Bibliographie. Sie sollen lediglich dazu dienen, demjenigen, der weitere Orientierung wünscht, einige Literaturangaben zu bieten. Es ist dabei in erster Linie auf die deutsche Literatur

Rücksicht genommen worden; auf die wichtigeren fremdsprachlichen Erscheinungen wurde jedoch hingewiesen. Die kurzen Bemerkungen werden zur näheren Kennzeichnung manchmal gute Dienste leisten können.

a) Bibliographie.

Bibliographie du Mouvement de la Paix. Littérature Pacifiste dans la Bibliothèque de l'Institut Nobel Norvégien. Kl.-4°. Kristiania 1912. (München und Leipzig, Duncker & Humblot.) 228 S. (einseitig bedruckt).

Ausführlichste und bis 1. April 1912 fortgeführte Bibliographie des Pazifismus. Der vorliegende Band bildet den ersten Teil des auf vier Bände angelegten Gesamtkatalogs der Bibliothek des Nobelinstituts. (II. Völkerrecht. III. Geschichte. IV. Soziale Wissenschaft.)

La Fontaine, Henri, Bibliographie de la Paix et de l'Arbitrage International. I. Mouvement pacifique. Gr.-8°. Monaco 1904. Verlag des »Institut international de la Paix«. 280 S.

Dieser erste Teil des groß angelegten Werkes, dessen Fortsetzung schon sehr lange auf sich warten läßt, umfaßt 2222 Titel.

Bibliographie über die Haager Konferenzen. Siehe: Wehberg, Kommentar S. VII—X.

Bibliographie über die Schiedsgerichtsbarkeit. Siehe: Lammaschs Aufsatz: »Internationale Schiedsgerichtsbarkeit« in Görres' Staatslexikon. II. Bd. 3. Aufl., und in Wehberg, Problem eines internationalen Staatengerichtshofes. S. IX—XX.

Bibliographie über die Interparlamentarische Union. Siehe in Lange: »Resolutions des Conférences usw.«, S. 121—134, und in den »Annuaires de l'Union Interparlementaire«.

Catalogue d'Ouvrage sur la Paix et la guerre classés dans la Bibliothèque du Bureau international à Bern. Mars 1901. 4°. Bern 1901. Berner Bureau. 22 S.

Heute wohl schon veraltet. Immerhin guter Hinweis auf die Literatur bis zum Jahrhundertbeginn.

Huntsman, M. H., Peace Bibliography. 8°. London 1912. (Enthalten im Peace-Yearbook 1912; auch als Separatdruck.) Verlag: The National Peace Council, London.

Zahlreiche Angaben vorwiegend englischer pazifistischer Literatur.

Droit International, Publié et Privé, Arbitrage, Mouvement de la Paix, Traités, Conventions, Conférences, congrès.

Katalog Nr. 384 der Sortiments- und Antiquariatshandlung. Martinus Nijhoff im Haag. 8°. Haag 1912. 60 S.

Reichhaltiges bibliographisches Repertorium der einschlägigen Literatur mit Preisen.

b) Zur Einführung in die Friedensbewegung.

Fried, Alfred H., Die Friedensbewegung, was sie will und was sie erreicht hat. 2. Aufl. 8°. Gautzsch bei Leipzig 1907. 5.—8. Tausend. Felix Dietrich. 16 S. (30 Pfg.).

Ganz kurzgefaßte Einführung in die Friedensbewegung.

Fried, Alfred H., Die moderne Friedensbewegung. (»Aus Natur und Geisteswelt«, 157. Bändchen.) 8°. Leipzig 1907. Teubner. VI und 120 S.

Allgemeine Darstellung des Friedensproblems zur Einführung in die Friedensbewegung. Mit einer Chronologie der pazifistisch wichtigen Ereignisse von 1905 bis Ende 1906. Billige Propagandaschrift (M. 1.—.).

Fried, Alfred H., Die Grundlagen des revolutionären Pazifismus. 8°. Tübingen 1908. I. C. B. Mohr. 68 S. Dasselbe in französischer Übersetzung von Jean Lagorgette. 8°. Paris 1909. A. Pedone. 76 S.

Versuch einer wissenschaftlichen Begründung des Pazifismus, gleichzeitig als Einleitung in die Lehre der modernen Friedenswissenschaft. (M. 1.—). Neue Auflage Anfang 1913.

Fried, Alfred H., Unter der weißen Fahne! Aus der Mappe eines Friedensjournalisten. Gesammelte Artikel und Aufsätze. 8°. Berlin 1901. 241 S. (Vergriffen.)

Aufsätze über politische Begebenheiten vom Standpunkt der pazifistischen Weltanschauung aus gesehen.

Fried, Alfred H., Der kranke Krieg. Gr.-8°. Leipzig, Alfred Kröner 1909. 176 S.

Gesammelte Aufsätze zur Erläuterung pazifistischer Probleme, meist anknüpfend an politische Begebenheiten. Billige Propagandaschrift (M. 1.—).

Müller, Arthur, Das persönliche Wirken und Werben. Ratschläge für die persönliche Propaganda. Entgegnung auf Einwände. 8°. Wien 1912. 104 S.

Praktisches Handbüchlein für die Propaganda der Friedensidee in weiteren Kreisen.

Nithack-Stahn, Walter, Völkerfriede? Ein Streitgespräch. 8°. Stuttgart (1911), Verlag der Deutschen Friedensgesellschaft. 56 S.

Novicow, J., Die Föderation Europas. Übers. von Alfred H. Fried. 8°. 1901. J. Edelheim. 738 S.

Bekanntes Werk Novicows über die Notwendigkeit einer Staatenorganisation mit ausführlicher Erwägung der einer Föderation günstigen Faktoren, der Hindernisse und der Art, wie die Föderation zustandekommen wird. Mit zahlreichen geistreichen Aperçus. (Vergriffen.)

Richet, Prof. Dr. Charles, Die Vergangenheit des Krieges und die Zukunft des Friedens. Aut. Übersetzung von Bertha von Suttner. Kl.-8°. Volksausgabe. Dresden und Leipzig. Verlag von Heinrich Minden. 1912. 212 S.

Leicht fassliche und überzeugende Einführung in die Friedensbewegung (Mk. 1.—).

Schlief, Dr. Eugen, Der Friede in Europa. Eine völkerrechtlich-politische Studie. Gr.-8°. 1892. XVI u. 511 S.

Erste politische Begründung der Friedensidee. Von hohem Werte. Nicht gemeinverständlich geschrieben.

(Schlief) Hohe Politik. Kritische Randbemerkungen zum internationalen Leben der Gegenwart von B. O. T. Schafter. (Pseudonym.) 2. Aufl. unter Berücksichtigung der Haager Konvention von 1899. 8°. Berlin 1902. 173 S.

Auszug aus Schliefs größerem Werk »Der Friede in Europa« und dessen Ergänzung im Hinblick auf das Haager Werk. Interessante Darstellung der Schliefschen Lehre. Der Kürzung halber dem großen Buch vorzuziehen. (Auch leichtverständlicher.)

Suttner, Bertha v., Der Krieg und seine Bekämpfung. 8°. Berlin 1904. Verlag Continent. 32 S.

Suttner, Bertha v., Stimmen und Gestalten. 8°. Leipzig (1908). B. Elischer. 202 S.

Aufsätze über allgemeine Probleme des Pazifismus, teils anknüpfend an politische Begebenheiten. Ferner persönliche Erinnerungen an Wereschtschagin, v. Bloch, v. Egidy, Alfred Nobel, an die Reisen der Baronin nach Skandinavien und Amerika.

Suttner, Bertha v., Die Etappe des Jahres 1895. (Randglossen zur Zeitgeschichte.) 8°. Berlin. Gutenberg-Verlag 1896. 132 S. (Vergriffen.)

Suttner, Bertha v., Randglossen zur Zeitgeschichte. Das Jahr 1905. 8°. Kattowitz 1906. Siwinna. 62 S.

Suttner, Bertha v., Randglossen zur Zeitgeschichte. Das Jahr 1906. 8°. Kattowitz 1907. Siwinna. 88 S.

Die Ereignisse der Jahre 1895, 1905, 1906 vom Gesichtspunkte der pazifistischen Weltanschauung glossiert.

Umfrid, Otto, Völkerevangelium. 12°. Stuttgart. Verlag der Deutschen Friedensgesellschaft. 43 S.

Einführungsschrift von großer Übersichtlichkeit mit Hervorkehrung der Hauptpunkte.

Umfrid, Otto, Friede auf Erden! Betrachtungen über den Völkerfrieden. 8°. Esslingen 1897. W. Langguth. 149 S.

Aufsätze über allgemeine Probleme des Pazifismus, teils anknüpfend an politische Begebenheiten.

Umfrid, Otto, Anti-Treitschke. 8°. Esslingen. Wilh. Langguth. 75 S.

Darlegung einer modernen Politik der intern. Verständigung an der Hand der diametral entgegengesetzten Anschauungen Treitschkes. Gute Einführung in die pazifistische Politik.

Wehberg, Dr. Hans, Die internationale Friedensbewegung. (Staatsbürger-Bibliothek, Heft 22.) 8°. München-Gladbach 1911. Volksvereinsverlag. 47 S.

Billige (40 Pf.) und sehr praktische Einführung in die Friedensbewegung.

(Hirst, Fr.), The Arbiter in Council. Gr.-8°. London 1906. Macmillian & Co. 567 S.

Umfangreiche Darstellung des Gesamtproblems der Friedensbewegung in Gesprächsform. Über die Ursachen und Folgen der Kriege, über moderne Kriegführung, ewigen Frieden und Weltfrieden, Schiedsgerichtsbarkeit und über die Beziehungen zwischen Krieg und Wirtschaft und Krieg und Zivilisation. Mit umfangreichen geschichtlichen Ausblicken.

c) Das Haager Werk.

Texte:

Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Nr. 99: Wehberg, Dr. jur. Hans, Die Abkommen der Haager Friedenskonferenzen, der Londoner Seekriegskonferenz nebst Genfer Konvention. Textausgabe mit Einleitung, Anmerkungen, Personen- und Sachregister. Mit einem Vorwort von Professor Dr. Zorn, Bonn. 16°. Berlin 1910. I. Guttentag. XII u. 270 S.

Ausgezeichneter Text, gute Einleitung und wertvolle Anmerkungen.

Drucksache des Reichstag Nr. 527. Weißbuch über die Ergebnisse der im Jahre 1907 im Haag abgehaltenen zweiten Internationalen Friedenskonferenz. 4°. Berlin 1907. 204 S.

Enthält die amtliche »Denkschrift« über die II. Friedenskonferenz und den amtlichen französischen Text der Abkommen nebst der amtlichen Übersetzung.

Conférence internationale de la Paix, La Haye, 18. Mai—29. Juillet. Folio. La Haye 1899. 4 Teile. 825 S. Martinus Nijhoff.

Offizieller Bericht über die erste Haager Konferenz. Amtlich herausgegeben vom holländischen Ministerium des Äußern.

Deuxième conférence internationale de la Paix, La Haye, 15. Juin—18. October 1907. Actes et Documents. 3 vols. Folio. Haag. Martinus Nijhoff.

Offizieller Bericht über die II. Haager Konferenz, herausgegeben vom holländischen Ministerium des Äußern.

Kommentare:

Fried, Alfred H., Die Haager Konferenz, ihre Bedeutung und ihr Ergebnis. Mit einem Vorwort von Baron d'Estournelles de Constant. Gr.-8°. Berlin 1900. Hugo Bermüller. 80 S.

Erste deutsche Erläuterung des friedensrechtlichen Werkes der Haager Konferenz von 1899.

Fried, Alfred H., Die zweite Haager Konferenz, ihre Arbeiten, ihre Ergebnisse und ihre Bedeutung. 8°. Leipzig (1907). B. Elischer. VI u. 218 S.

Übersichtliche Darstellung des friedensrechtlichen Konferenzwerkes von 1907 und dessen Erläuterung.

Herr, Dr. jur. Gustav, Die Untersuchungskommissionen der Haager Friedenskonferenzen, ihr Vorläufer, ihre Organisation und ihre Bedeutung für die friedliche Erledigung internationaler Streitigkeiten. (Arbeiten aus dem juristisch-staatswissenschaftlichen Seminar der kgl. Universität Marburg. Heft 15.) 8°. Marburg a. d. L. 1911. Adolf Ebel. X u. 78 S.

Huber, Max, Die Fortbildung des Völkerrechts auf dem Gebiete des Prozeß- und Landkriegsrechts durch die II. internationale Friedenskonferenz im Haag 1907. (Sep.-Abdruck a. d. Jahrbuch des öffentlichen Rechts. Bd. II. 1908.) Lex.-8°. Tübingen 1908. I. C. B. Mohr. S. 470—611.

Liszt, Franz v., Das Wesen des völkerrechtlichen Staatenverbandes und der internationale Prisenhof. (Sonderabdruck aus der Festgabe für Otto Gierke.) 8°. Breslau 1910. 24 S.

Moderne Auffassung des Völkerrechts. Überstaatliches Recht. Staatenverband.

Meurer, Christian. Die I. Haager Friedenskonferenz. 2 Bände. I. Das Friedensrecht der Haager Konferenz. VIII u. 391 S. 1905. II. Das Kriegsrecht der Haager Konferenz. XIII u. 689 S. 1907. Gr.-8°. München, J. Schweitzer Verlag.

Die eingehendste Darstellung der Verhandlungen der I. Friedenskonferenz nach dem amtlichen Material.

Nippold, Otfried, Die zweite Haager Friedenskonferenz. I. Teil. Das Prozeßrecht. Im Anhang: Die Haager Schlußakte mit den sämtlichen Konventionen. 231 u. LXXXXII S. 1908. II. Teil. Das Kriegsrecht unter Mitberücksichtigung der Londoner Seerechtskonferenz. 267 u. XVII S. 1911. Gr.-8°. Leipzig, Duncker & Humblot.

Die ausführlichste Darstellung der Arbeiten der II. Haager Friedenskonferenz in deutscher Sprache.

Schücking, Prof. Walther, Der Staatenverband der Haager Konferenzen. Gr.-8°. München 1912. Duncker & Humblot. »Das Werk vom Haag«. I. Bd.

Eine bedeutsame Fortentwicklung des Völkerrechts im pazifistischen Sinne. Weist nach, daß durch die Haager Abkommen ein Staatenverband bereits vorhanden ist, den es gilt auszubauen. Unumwundene Anerkennung der pazifistischen Vorarbeiten.

Suttner, Bertha v., Die Haager Friedenskonferenz. Tagebuchblätter. 8°. Dresden 1900. Pierson. 311 u. LIX S.

Quellenwerk für die Vorgänge außerhalb der Beratungssäle auf der I. Friedenskonferenz.

Tettenborn, Frau Alwine Dr. jur. Das Haager Schiedsgericht. Eine völkerrechtliche Studie. 8°. Bonn 1911. X u. 87 S.

Reiche Literaturangaben. Übersichtliche Darstellung.

Wehberg, Dr. Hans, Kommentar zu dem Haager »Abkommen, betreffend die friedliche Erledigung internationaler Streitigkeiten« vom 18. Oktober 1907. 8°. Tübingen 1911. I. C. B. Mohr. XI u. 185 S.

Einziger Kommentar des Haager Friedensrechtes. Praktischer Hinweis auf die Praxis, die Entstehung und die kritische Auslegung der einzelnen Bestimmungen. Reiche Literaturangaben.

White, Andrew D., Aus meinem Diplomatenleben. Übersetzt von H. Mordaunt. Lex.-8°. Leipzig 1906. R. Voigtländer. XI u. 457 S.

Das letzte Drittel der Schrift behandelt die Vorgänge in und um der I. Friedenskonferenz im Haag, auf der der Verf. erster Vertreter der Vereinigten Staaten war. Interessante Einzelheiten zur Geschichte des Konferenzwerkes.

Zorn, Philipp. Das völkerrechtliche Werk der beiden Haager Friedenskonferenzen (Sonderabdruck aus der »Zeitschrift für Politik«). 8°. Berlin 1909. Carl Heyman.

Interessante Darstellung eines Mitarbeiters am Haager Werk.

Barclay, Sir Thomas, Problems of international Practice and Diplomacy. Whit special Reference to the Hague Conferences and Conventions and other General International Agreements. 4°. London 1907. XIX u. 383 S. Französische Übersetzung des zweiten Teils. 77 S. Sweet and Maxwell (französischer Text apart. Pedone in Paris).

Descamps, Le Chevalier, Conférence internationale de la Paix. Rapport à la Conférence sur la Convention pour le règlement pacifique des conflits internationaux. (Bons Offices et Médiation, Commissions internationales d'Enquete, Arbitrages.) 101 Pages in Quarto.

Holls, Frederick W., The Peace Conference at the Hague and its Bearings on international Law and Policy. Gr.-8°. New York 1900. The Macmillian Company.

Wichtiges Quellenwerk zur Geschichte der I. Haager Konferenz von einem Mitarbeiter.

Hull, William J., The two Hague Conferences and their Contribution to the international Law. 8°. Boston. Ginn & Co. 1908. XIV u. 516 S.

Handliche und übersichtliche Darstellung der Arbeiten und der Ergebnisse beider Haager Konferenzen.

Scott, James Brown, The Hague Peace Conferences of 1899 und 1907. A Serie of Lectures delivered before the John Hopkins University in the year 1908. 2 vols. I. the Conferences. 887 S. II. Documents. 548 S.

Klassisches Werk über die beiden ersten Haager Konferenzen.

Stead, William T., La Chronique de la Conférence de la Haye 1899. Accompagnée du Text des Conventions. Gr.-8°. La Haye. O. J. J. Hoekstra & Co. Mit 86 Porträts. XI, 320 u. 62 S.

Die Vorgeschichte, Verhandlungen, hervorragendsten Reden und die Abkommen der ersten Friedenskonferenz.

Stead, William T., Le Parlement de l'Humanité (La Conférence de la Paix à la Haye). 1907. Les Délégués, Biographies et Photographies. 8°. Amsterdam 1907. Maas & van Suchtelen. 243 S.

Reichhaltiges biographisches Material über die Teilnehmer an der II. Friedenskonferenz.

d) Die Schiedsgerichtsbarkeit.

Carnegie, Andrew, Für das internationale Schiedsgericht. Rektoratsrede an die Studierenden der schottischen Universität St. Andrews. Deutsch von Dr. Moritz Fürst. Mit einer Vorrede von Senator d'Estournelles de Constant. 8⁰. Hamburg. 1906. Leipzig. Voss. 76 S.

Reiches Material über die Geschichte der Friedensbewegung mit Vorschlägen zur Gründung einer Friedensunion der Staaten.

Descamps, Ritter v., Die Organisation des internationalen Schiedsgerichts. Eine Denkschrift an die Mächte. Übersetzt von A. H. Fried. 8⁰. München. 1897. Aug. Schupp. XI u. 108 S.

Descamps klassische Schrift über das Wesen der Schiedsgerichtsbarkeit, das den Mächten mit dem von der Brüsseler Interparlamentarischen Konferenz (1905) angenommenen Entwurf über einen ständigen Schiedshof als Kommentar überreicht wurde.

Fried, Alfred H., Die moderne Schiedsgerichtsbewegung. 8⁰. Berlin 1905. Verlag Continent. 48 S.

Kurzgefaßte Erläuterung des Schiedsproblems.

Lammasch, Heinrich, Internationale Schiedsgerichtsbarkeit. Sonderabdruck aus dem »Staatslexikon«. 3. Aufl. II. Bd. Freiburg i. B. Herder. Gr.-8⁰. 13 S.

Beste kondensierte Darstellung des Wesens, Umfanges und der Entwicklung der Schiedsgerichtsbarkeit. Reiche Literaturangaben.

Lammasch, Heinrich, Die Lehre von der Schiedsgerichtsbarkeit in ihrem ganzen Umfange. Erscheint 1913 bei W. Kohlhammer in Stuttgart.

Nippold, Otfried, Die Fortbildung des Verfahrens in völkerrechtlichen Streitigkeiten. Ein völkerrechtliches Problem der Gegenwart speziell im Hinblick auf die Haager Friedenskonferenzen. Gr.-8⁰. Leipzig. Duncker & Humblot. 1907. VI u. 665 S.

Diese Schrift hat den Anstoß für die Modernisierung des Völkerrechts in Deutschland gegeben. Begründet auf den Vorarbeiten der Pazifisten.

Wehberg, Dr. Hans, Internationale Schiedsgerichtsbarkeit. (Burschenschaftliche Bücherei Bd. IV Heft 3.) 8⁰. Berlin 1911. Carl Heymann. 52 S.

Billige (60 Pf.) und praktische Einführung in das Wesen der Schiedsgerichtsbarkeit.

Wehberg, Dr. Hans, Das Problem eines internationalen Staatengerichtshofes. Gr.-8°. München und Leipzig. 1912. Duncker & Humblot. XX und 246 S. »Das Werk vom Haag«. II. Bd.

Einzige deutsche Darstellung und Vertretung des Problems einer wirklich ständigen Staatengerichtsbarkeit.

Wehberg, Dr. Hans, Ein internationaler Gerichtshof für Privatklagen. Handelspolitische Flugschrift. Gr.-8°. Berlin 1911. 35 S.

Übersichtliche Behandlung der wichtigen Frage.

Zorn, Philipp, Das Deutsche Reich und die internationale Schiedsgerichtsbarkeit. Festrede, gehalten bei Übernahme des Rektorates der Universität Bonn am 18. Oktober 1910 und durch Anmerkungen erweitert. Gr.-8°. Berlin 1911. Walter Rothschild. 47 S.

In sehr fortschrittlichem Sinne für die Ausdehnung der Schiedsgerichtsbarkeit.

Arnaud, Emile, Les Traités d'Arbitrage permanent entre peuples. 1895. Berner Bureau.

Darby, W. Evans, International Arbitrations. International Tribunals. A Collection of the various Schemes which have been propounded; and of Instances in the nineteenth Century. Mit einem Anhang: Instances of International Settlements involving the Application of the Principle of International Arbitration. 4. Ed. 8°. London 1904. J. M. Dent & Co. XII u. 927 S.

Enthält alle Schieds-, Föderations- und Organisationspläne von den Amphyktionen bis zur II. pan-amerikanischen Konferenz sowie im Anhang viele Hunderte von Schiedsfällen im weitesten Sinne. Unentbehrliches Handbuch für das Studium der Schiedsgerichtsbarkeit und der Staatenorganisation.

Dumas, Jacques, Les Sanctions de l'Arbitrage international. Avec une préface de M. d'Estournelles de Constant. Gr.-8°. Paris 1905. A. Pedone. XV u. 412 S.

Erschöpfende historische Darstellung und kritische Behandlung dieses wichtigen Problems der Schiedsgerichtsbarkeit. Gleichzeitig wichtig als Material zur Geschichte des Schiedswesens.

Fried, Alfred H., Le Rôle de l'Arbitrage et l'Organisation Internationale. (Extrait de la »Révue générale de Droit int. public«.) Gr.-8°. Paris 1911. A. Pedone. 18 S.

Das Schiedsgericht ist nicht der Ersatz des Krieges, nur eine Form der friedlichen Beilegung; nicht die friedliche Beilegung an sich.

Lafontaine, H., Pasicrisie internationale. Histoire documentaire des Arbitrages internationaux. 1794—1900. 4°. Bern 1902.

Ausführliche Darstellung von 177 Schiedsgerichtsfällen des 19. Jahrhunderts.

Lafontaine, H., Histoire sommaire et chronologique des Arbitrages internationaux (1794—1900.) 8°. Bruxelles 1902. (Extrait de la »Revue de Droit intern. et de Legislation comparée«.) (1902). IV u. 84 S.

Ein handlicher Auszug aus des Verfassers großem Werk »Pasicrisie«. Kurze Darstellung von 177 Schiedsfällen.

Merignhac, A., Le Traité d'Arbitrage Permanent au XXe Siècle. 8°. 1904. (Extrait de la »Revue politique parlementaire«, année 1904.) 62 S.

Eine ausgezeichnete übersichtliche Darstellung der Entwicklung der Schiedsgerichtsbarkeit im XX. Jahrhundert.

Moch, Gaston, Histoire sommaire de l'Arbitrage permanent. 2. Ed. Obl.-8°. Monaco 1910. Institut Int. de la paix. 215 S. und 7 graph. Tafeln.

Überaus sachliche, übersichtliche und ausführliche Darstellung der Entwicklung der Schiedsgerichtsbarkeit vom Altertum bis zu Ende des Jahres 1909.

Moore, John Bassett, History and Digest of the International Arbitrations to which the United States has been a Party. 6 vols. 8°. Washington 1898.

Von der Regierung der Vereinigten Staaten herausgegebenes Quellenwerk über die große Zahl der Schiedsfälle, in der die Vereinigten Staaten Partei waren.

Quesada, Gonzalo de, Arbitration in Latin Amerika. Gr.-8°. Rotterdam 1907. M. Wyt & Zonen. XII u. 136 S.

Schildert die Entwicklung der Schiedsgerichtsbarkeit in Südamerika; namentlich in bezug auf die drei ersten pan-amerikanischen Konferenzen.

Revon, Michel, L'Arbitrage international. Son passé, son présent, son avenir. Ouvrage couronné par l'Institut. Gr.-8°. Paris 1892. Arthur Rousseau. XXIV u. 541 S.

Klassisches Werk über die Schiedsgerichtsbarkeit, doch in geschichtlicher Hinsicht, infolge der großen Entwicklung der Schiedsgerichtsbarkeit nach 1892, völlig veraltet.

e) Verschiedene völkerrechtliche Fragen.

Grotius, Hugo, Recht des Krieges und des Friedens. Aus dem lat. Urtext übersetzt mit erläut. Anmerkungen und einer Lebensbeschreibung des Verf. versehen v. J. H. Kirchman. 2 Bde. 8°. Berlin 1869. (Philosophische Bibliothek). I., XII., u. 503 S., II., VI. u. 472 S.

Meurer, Prof., Christian, Die Genfer Konvention und ihre Reform. Gr.-8°. München 1906. J. Schweitzer. 67 S.

Meurer, Christian, Luftschiffahrtsrecht. Gr.-8°. München 1909. J. Schweitzer. 41 S.

Müller, Rud., Entstehungsgeschichte des Roten Kreuzes und der Genfer Konvention. Im Anschluß an »Eine Erinnerung an Solferino« von Henry Dunant. 8°. Stuttgart 1897. Greiner & Pfeifer. 454 S.

Root, Elihu, Die Sanktion des Internationalen Rechts. Präsidialansprache an die »American Society of Int. Law« (1908). Deutsche Übersetzung. 16°. Berlin 1908. Leonhard Simion Nf. 14 S.

Klassische Begründung des Wesens des Internationalen Rechts, das der gewöhnlichen Sanktion nicht bedarf.

Röthlisberger, Prof. Ernst, Die neue Genfer Konvention vom 6. Juli 1906. 8°. Bern 1908. 91 S.

Alvarez, Alexandre, Le Droit international américain. Son Fondement — sa Nature d'après l'Histoire diplomatique des États du Nouveau Monde et leur vie politique et Économique. Gr.-8°. Paris 1909. A. Pedone. 386 S.

Wichtiges Quellenwerk für den Pan-Amerikanismus und die Entwicklung des Völkerrechts auf der westlichen Hemisphäre.

Stael-Holstein, Baron, L. de, La Réglementation de la guerre des Airs. Gr.-8°. La Haye 1911. Martinus Nijhoff. 79 S.

Übersichtliche Darstellung der früheren und gegenwärtigen Reglementierung und Ausblick auf die Zukunft. Im Anhang Material über die Kongresse und Vorschläge zur Luftkriegsreglementierung.

f) Rüstungen und Wirtschaft.

Ahr, W., Kriegswesen und Volkswirtschaft der Großmächte während der letzten 30 Jahre. 2. Aufl. 8°. Berlin 1910. Mit mehreren bildlichen Darstellungen im Text und 21 farbigen Tafeln als Anlage. 44 S.

Gutes und reiches Zahlenmaterial über die Steigerung der Rüstungen.

Angell, Normann, Die große Täuschung. Eine Studie über das Verhältnis zwischen Militärmacht und Wohlstand der Völker. Aus dem Englischen 8⁰. Leipzig 1911. Th. Weicher. 297 S. Volksausgabe unter dem Titel »Die falsche Rechnung« 8⁰. Berlin 1913. Vita, Deutsches Verlagshaus. 265 S. (1,25 Mk. gebunden.)

Scharfsinnigste Darlegung des Widersinns des Krieges im Rahmen der modernen Wirtschaft. Der Krieg gibt keinen Gewinn mehr. Sehr verbreitet in allen Ländern. Große Beachtung gefunden. Eines der wichtigsten Instrumente der pazifistischen Propaganda.

Blochs Lehre:

Bloch, Johann v., Der Krieg. Übersetzung des russischen Werkes des Autors: Der zukünftige Krieg in seiner technischen, volkswirtschaftlichen und politischen Bedeutung. 6 Bde. Lex.-8⁰. Berlin 1899. I. Beschreibung des Kriegsmechanismus. XXXII u. 669 S. II. Der Landkrieg. IX u. 751 S. III. Der Seekrieg. VII u. 448 S. IV. Die ökonomischen Erschütterungen und materiellen Verluste des Zukunftskrieges. VIII u. 578 S. V. Die Bestrebungen zur Beseitigung des Krieges. Die politischen Konfliktsursachen und die Folgen der Verluste. VIII u. 603 S. VI. Der Mechanismus des Krieges und seine Wirkungen. Die Frage vom internationalen Schiedsgericht. XII u. 360 S.

Über den Inhalt und die Bedeutung des Blochschen Werkes vgl. Teil I, S. 79 u. f., u. Teil II, S. 134 u. f. des vorliegenden Buches. Dieses Monumentalwerk leidet an zu großer Ausführlichkeit, wodurch die Bewältigung des Stoffes erschwert wird. Man findet im VI. Band eine allgemeine Übersicht über die Lehre Blochs. Außerdem siehe die unten angegebenen Auszüge und den Hinweis auf das Register.

Bloch, Johann v., Die wahrscheinlichen wirtschaftlichen Folgen eines Krieges zwischen Großmächten. 8⁰. Berlin 1901. John Edelheim. 105 S.

Auszug aus Blochs großem Werke; vom Verfasser selbst.

Der Krieg der Zukunft, Auszug aus Johann v. Blochs russischem Werke, mit Erlaubnis des Verfassers herausgegeben. Berlin 1899.

Der Zukunftskrieg. Nach den Theorien des Staatsrates Johann von Bloch. 3. Aufl. 8⁰. Stuttgart 1909. Verlag der deutschen Friedensgesellschaft. 54 S.

Sehr nützliche, volkstümliche Darstellung der Lehre Johann v. Blochs. (10 Pfge.)

Fried, Alfred H., Sachregister zu Johann v. Blochs: »Der Krieg«. 8 S., in Kl.-4⁰. Verlag des Berner internationalen Friedensbureaus.

Ermöglicht die leichte Auffindung der einzelnen Materien in dem sehr umfangreichen und wenig übersichtlichen Werk Blochs.

Der Burenkrieg und die Prophezeiungen Johann v. Blochs von einem Zeugen. Lex.-8⁰. Bern 1903. Verlag des Berner Bureaus.

Die Blochschen Voraussetzungen, wie sie sich im Burenkrieg erfüllt haben.

---

d'Estournelles de Constant, Die Beschränkung der Rüstungen. Bericht über die Beschränkung des Militärbudgets, erstattet auf der XIV. Interparlamentarischen Konferenz zu London. (23.—25. Juli 1906.) 8⁰. Berlin 1906. Verlag der Fiedens-Warte. 53 S.

d'Estournelles de Constant, Einschränkung der Ausgaben für Rüstungen zu Lande und zur See. Bericht vorgelegt im Namen der Kommisson, die mit der Diskussion der Frage von der XVII. interparlamentarischen Konferenz beauftragt wurde. Gr.-8⁰. Brüssel 1912. Misch & Thron. 46 S.

Fried, Alfred H., Weder Sedan noch Jena. Gr.-8⁰. Berlin 1905. Verlag Continent. 76 S.

Betrachtungen über das Rüstungsproblem im Hinblick auf die Veränderung der internationalen Struktur.

Fried, Alfred H., Das Abrüstungsproblem. 8⁰. Berlin 1905. Verlag Continent. 48 S.

Darstellung des Rüstungsproblems unter Berücksichtigung der Umwandlung der modernen Politik. Über »Innere Abrüstung« und gegen die mechanische Auffassung der Rüstungsfrage. Zwölf Leitsätze.

Kobatsch, Rud., Die volks- und staatswirtschaftliche Bilanz der Rüstungen. 8⁰. Wien 1911. Mit 29 Tabellen.

Reiches Zahlenmaterial über die Rüstungsausgaben und die damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Erscheinungen.

Moch, Gaston, Die Armee der Demokratie. Deutsche Übersetzung von Alfred H. Fried. 8⁰. Stuttgart 1910. Dietz. VI u. 468 S.

Versuch einer Übertragung des Milizsystems für die Bedürfnisse einer Großmacht.

Pfeiffer, Ludwig, Kriegsgeist. Ein Beitrag zur Geschichte der Menschheitsprüfungen. In vier Teilen. I. Kriegskulturwirtschaft. 159 S. II. Interessengebiete. 183 S. III. Sicherheitsgefährdung. 203 S. IV. Kriegswandlungen. 252 S. 8°. Dresden 1909—1910. Pierson.

Pfeiffer, Ludwig, Die Wahrheit über die Kriegsgefahren. Feststellung der Interessen einzelner Klassen für den Krieg. 8°. Leipzig 1912. Bruno Volger. 64 S.

Auszug aus des Verfassers größerem Werk.

Rüstungskartelle. Über den Einfluß der Erzeuger von Kriegsmaterial und des im Rüstungsgewerbe angelegten Kapitals. 8°. Freiburg i. B. 16 S. Verlag der Ortsgruppe Freiburg i. B. der deutschen Friedensgesellschaft.

Suttner, Bertha v., Rüstung und Überrüstung. 8°. Berlin W 1909. Hesperus-Verlag. 71 S.

Suttner, Bertha v., Die Barbarisierung der Luft. (»Internationale Organisation«, Heft 6.) 8°. Berlin 1912. Verlag der Friedens-Warte. 32 S.

Gegen die Luftkriegführung.

Umfrid, O., Die Formel der Abrüstung mit besonderer Berücksichtigung des englischen Abrüstungsvorschlages. 8°. Stuttgart. O. J. Verlag der Deutschen Friedensgesellschaft. 16 S.

Wichtiger Berechnungsmodus für eine allgemeine und gleichmäßige Verminderung der Rüstungen.

Umfrid, O., Rüstungsstillstand. 8°. Éßlingen a. N. 1911. W. Langguth. 19 S.

Burden of Armements, the, A Plea for Retrenchement. By the Cobden-Club. 8°. London 1905. Fisher Unwin. 228 S.

Reiches Zahlenmaterial über die Rüstungslasten und Geschichte des Wettrüstens.

Carnegie, Andrew, Armements and their Results. 8°. London 1909. Peace Society. 7 S.

Widerlegung der drei Haupteinwände gegen die Rüstungsverminderung und Vorschlag zur Lösung des Problems.

Perris, G. H., Pour la Limitation des Armements. Note pour la deuxième Conférence de la Haye. 8°. London 1906. Verlag der Peace and Arbitration Society. 29 S.

Serrigny, Bernard, Les Concéquences économiques et sociales de la prochaine Guerre d'après les enseignments des Campagnes des 1870—1871 et de 1904—1905. Préface de Frédéric Passy. Gr.-8°. Paris 1909. Giard & E. Brière. 478 S.

Wichtige Berechnung der Kosten des Zukunftskrieges und seines Einflusses auf Handel und Industrie. Finanzpolitisch, sozial, militärisch.

g) Internationale Organisation, Internationalismus usw.

Fried, Alfred H., Das internationale Leben der Gegenwart. (»Aus Natur- und Geisteswelt«. 226. Bändchen.) 8°. Leipzig 1908. VI und 111 S.

Einzige Zusammenstellung der internationalen Organisationsvorgänge in deutscher Sprache. Allgemein gehaltene Einführung in die Wissenschaft des Internationalismus. (Mk. 1,—.)

Fried, Alfred H., Internationalismus und Patriotismus. 8°. Gautzsch bei Leipzig. 1908. Felix Dietrich. 12 S.

Darlegung, daß der Internationalismus nicht gegen die Vaterlandsliebe gerichtet ist, sondern ein veredelter Patriotismus ist.

Fried, Alfred H., Pan-Amerika. Entwicklung, Umfang und Bedeutung der pan-amerikanischen Bewegung (1810—1910). Gr.-8°. Berlin 1910. Maritima. XX u. 300 S.

Einzige ausführliche Darstellung der pan-amerikanischen Bewegung in deutscher Sprache. Reiche Literaturangaben.

Fried, Alfred H., Kurzgefaßte Darstellung der pan-amerikanischen Bewegung. Vortrag. (»Internationale Organisation«, Heft 4.) 8°. Berlin 1912. Verlag der »Friedens-Warte«. 36 S.

Kurzgefaßte Übersicht über die pan-amerikanische Bewegung. (30 Pf.)

Harms, Bernhard, Volkswirtschaft und Weltwirtschaft. Versuch einer Begründung einer Weltwirtschaftslehre. (Problem der Weltwirtschaft. Schriften des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel. VI. Bd.) 8°. Jena 1912. Gustav Fischer. XV und 495 S., mit zwei lithographischen Tafeln.

Wichtiger Beitrag zum Weltproblem unter Zugrundelegung pazifistischen Materials.

Hill, David J., Völkerorganisation und der moderne Staat. Einzig autorisierte Übersetzung von Günther Thomas. 8°. Berlin 1911. Fleischel & Co. 252 S.

Acht Vorlesungen, die der frühere amerikanische Botschafter in Berlin im März 1911 an der Columbia-Universität gehalten hat. Ausgezeichnetes Plaidoyer für die internationale Organisation.

Le Fur, Louis, und Paul Posener, Bundesstaat und Staatenbund in geschichtlicher Entwicklung. 8°. Breslau 1912. I. U. Kerns Verlag. XV u. 384 S.

Eine systematische Darstellung aller bestehenden Staatenverbindungen.

Niemeyer, Th., Internationales Recht und nationales Interesse. Rede beim Antritt des Rektorates der kgl. Christian-Albrechts-Universität am 5. März 1907. 8°. Kiel. Lipsius & Tischer. 18 S.

Bedeutende Veröffentlichung eines deutschen Gelehrten für die Erkennung der internationalen Organisation und die richtige Wertung des Internationalismus.

Oppenheim, L., Die Zukunft des Völkerrechts. Sonderdruck aus der Festschrift für Karl Binding. Gr.-8°. Leipzig 1911. Wilhelm Engelmann. 65 S.

Im pazifistischen Geiste geschriebene Bahnweisung für die Entwicklung des Völkerrechts. (Organisierung der internationalen Staatengemeinschaft usw.)

Ostwald, Geheimrat Prof. Dr. Wilh., Die Organisation der Welt. Vortrag. 8°. Basel 1910. Verlag des Weltsprachevereins »Ido«. 20 S.

Schücking, Walter, Die Organisation der Welt. Gr.-8°. Leipzig 1909. Alfred Kröner. 84 S.

Ausgezeichnete Geschichte der Weltstaatsidee im Altertum und Mittelalter, ihres Verfalls und die Darstellung der notwendig sich entwickelnden internationalen Organisation unseres Zeitalters. Reiche Literaturangaben. Billiger Preis (Mk. 1.—).

Congrès Mondial des Associations Internationales. 2 vols. I. Document Préliminares, Rapportes. IX. u. 830 S. — II. Procès verbaux des Séances. VII u. S. 831—1246. Gr.-8°. Brüssel 1911—1912. Office central des Institutions Internationales.

Duplessix, E., La Loi des Nations. Projet d'Institutions d'une Autorité international législative, administrative et judiciaire. Projet et code de Droit international public. Ouvrage couronné par le Bureau International de la Paix. 8°. Paris 1906. Larose & L. Tenin. 235 S.

Interessanter Versuch zur Herstellung eines Internationalen Kodex und des Programms einer Konferenz, die eine Staatenunion vorzubereiten hätte.

Duplessix, E., l'Organisation Internationale. 8°. Paris 1909. L. Larose & L. Tenin. 151 S.

Versuch eines Verfahrens zur Organisierung der Staaten.

Eijkman, P. H., L'Internationalisme Scientifique (Sciences pures et lettres). Avec un avant-propos de Professor Paul S. Reinsch. Gr.-8°. La Haye 1911. Veröffentlichung des »Bureau préliminaire de la Fondation pour l'Internationalisme«. Zirka 320 einseitig bedruckte Seiten.

Verzeichnis der internationalen Organisationen auf wissenschaftlichem Gebiet.

L'Office central des Institutions internationales. Son Organisation, son services, ses travaux. 8°. 1911. Office central des Institutions internationales. Publication Nr. 15. 71 S. Mit zwei Illustrationstafeln.

Darlegung des Zweckes, Umfanges und der bisherigen Leistungen dieses Instituts.

Otlet, Paul, La Loi d'Ampliation et l'Internationalisme. 8°. Brüssel 1908. Polleanis & Ceuterick. 34 S.

Wichtiger Beitrag zur Wissenschaft des Internationalismus.

Poinsard, Léon, Les Unions et Ententes internationals. 2. Ed. 8°. Bern 1901. E. Baumgart. 33 S.

Nicht mehr vollständig, aber wichtige Angaben enthaltend.

Reinsch, Paul S., Public international Unions. Their Work and Organisation. Study in international administrativ Law. Gr.-8°. Boston 1911. Ginn & Company. VIII u. 189 S.

L'Union des Associations Internationales. Gr.-8°. Brüssel 1912. Office Central des Associations Internationales. 162 S.

Enthält eine Darstellung des Umfanges, Zweckes, der Organisation usw. der »Union des Associations Internationales«.

Siehe auch oben S. 429: »Annuaire de la Vie internationale«.

h) Soziologie, Biologie, Philosophie.

Goldscheid, Rud., Höherentwicklung und Menschenökonomie. Grundlegung der Sozialbiologie. I. Bd. Gr.-8°. Leipzig 1912. Dr. Werner Klinkhardt. XX u. 650 S.

Grundlegendes Werk der von Goldscheid inaugurierten neuen Wissenschaft der Menschenökonomie.

Goldscheid, Rud., Friedensbewegung und Menschenökonomie (»Internationale Organisation«, Heft 2—3). 8°. Berlin 1912. Verlag der Friedens-Warte. 64 S.

Volkstümlich gehaltene Darlegung der neuen pazifistischen Hilfswissenschaft der Menschenökonomie. Auszug aus des Verfassers großem Werk. (60 Pf.)

Huber, Prof. Dr. Max, Die soziologische Grundlage des Völkerrechts. Separatabdruck aus dem Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie. 8°. Berlin 1910. Walter Rotschild. 15 S.

Hochwichtige Abhandlung zur Rechtfertigung des modernen Pazifismus als »positiv aufbauende Bestrebungen« zur Stärkung der Existenz der einzelnen Staaten.

Huber, Prof. Max, Beiträge zur Kenntnis der soziologischen Grundlagen des Völkerrechts und der Staatengesellschaft. (Separatabdruck aus dem Jahrbuch des öffentlichen Rechts, Bd. IV.) Gr.-8°. Tübingen 1910. J. C. B. Mohr.

Wissenschaftliche Begründung des Internationalismus und Pazifismus.

James, William, The moral Equivalent of War. (International Conciliation. 1910. Nr. 24.) 8°. New York 1910. 20 S.

Der berühmte Philosoph tritt hier für eine Ableitung des physischen Betätigungsdranges ein.

Jordan, David Starr, Krieg und Mannheit. Berechtigte Übersetzung. (»Internationale Organisation«, Heft 5.) 8°. Berlin 1912. 38 S.

Bekämpfung des Krieges vom biologischen Gesichtspunkt. Verkehrte Auslese. Niedergang der Rasse durch Krieg und Rüstungen. (30 Pf.)

Kant, Imanuel, Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf. Text der Ausgabe von 1795. Herausgegeben von Karl Kehrbach. 16°. Leipzig. O. J. Philipp Reclam. (Universalbibliothek Nr. 1501.) XXXII u. 56 S.

Kropotkin, Peter, Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt. Autor. deutsche Ausgabe besorgt von Gustav Landauer. 8°. Leipzig 1908. Theodor Thomas. XIII 294 S.

Hochbedeutendes Werk. Waffe gegen den sozialen Darwinismus. Nachweis, daß in der Natur die gegenseitige Hilfe eine größere Rolle spielt als der Kampf ums Dasein.

Lynkeus (Josef Popper), Das Individuum und die Bewertung der menschlichen Existenzen. Gr.-8°. Dresden 1910. Carl Reimer. 223 S.

Für Menschenökonomie. Klarste Schrift gegen die Vergeudung und Vernichtung des menschlichen Lebens im Kriege.

Müller-Lyer, D. F., Der Sinn des Lebens. (Die Entwicklungsstufen der Menschheit. Bd. I.) Gr.-8°. München. J. F. Lehmann. IV u. 290 S.

Hervorragendes Werk des bekannten Soziologen. Wichtig über »Kulturzoologie«, Nationalismus, Internationalismus usw.

Novicow, J., Der Krieg und seine angeblichen Wohltaten. Übersetzung von Alfred H. Fried. 8°. München 1896. A. Schupp. 138 S.

Darlegung der Zwecklosigkeit des modernen Krieges in wirtschaftlicher Hinsicht und seine Schäden vom sozialen und biologischen Gesichtspunkt.

Novicow, J., Die Gerechtigkeit und die Entfaltung des Lebens. Übersetzung von Alfred H. Fried. Gr.-8°. Berlin 1907. 396 S.

Soziologische Untersuchung über die vitale Funktion des Rechtes. Gegen »Banditismus« und »sozialen Darwinismus«. Namentlich in letzterer Beziehung mit großartiger Verve geschrieben.

Novicow, J., Das Problem des Elends. Übersetzung von Alfred H. Fried. 8°. O. J. Reclam. 373 S.

Kampfschrift gegen den sozialen Darwinismus. Darstellung des Systems des innerstaatlichen und internationalen »Banditismus« als Quelle des Elends.

Revon, Michel, Die Philosophie des Krieges. Einleitung zu des Verfassers Werk »l'Arbitrage international«. Übersetzt von Alfred H. Fried. 8°. München 1896. A. Schupp. VIII u. 86 S.

Geistreiche Darlegung des Friedensproblems nach Hegels dialektischer Methode.

Stein, Prof. L., Die Philosophie des Friedens. 8°. Berlin 1899.

Jordan, David Starr, The Human Harvest. A Study of the Decay of Races through the Survival of the Unfit. 8°. Boston 1907. American Unitarian Association. 122 S.

Eine ausgezeichnete Bekämpfung des Krieges vom biologischen Gesichtspunkt. Nachweis, daß der Krieg zur Degenerierung der Völker führt.

Lagorgette, Jean, Le Rôle de la Guerre. Étude de Sociologie générale. Préface de M. Anatole Leroy-Beaulieu. Lex.-8°. Paris 1906. V. Giard & E. Brière. XI u. 700 S.

Erschöpfende soziologische Untersuchung über den Krieg in allen Erscheinungsformen. Mit umfangreichen Quellen- und Literaturangaben.

Novicow, J., La Critique du Darwinisme Social. Gr.-8°. Paris 1910. 407 S.

Umfangreiche Zurückweisung der auf die Soziologie übertragenen biologischen Irrlehren der sogenannten sozialen Darwinisten.

Novicow, J., La Moral et l'Intérêt dans les Rapports individuels et internationaux. Gr.-8°. Paris 1912. F. Alcan. 241 S.

Soziologischer Nachweis des hohen Interesses der Völker wie der einzelnen an der strikten Innehaltung der internationalen Moral.

i) Zur Geschichte der Friedensbewegung.

Arnoldson, K. P., Pax Mundi. Eine historische Darstellung der Bestrebungen für Gesetz und Recht zwischen den Völkern. Autorisierte Übersetzung aus dem Dänischen. Stuttgart 1896.

Bajer, Fredrik, Les Origines du Bureau international de la paix. 8°. Bern 1911. Verlag des Berner Bureaus. 27 S.

Interessanter Beitrag zur Geschichte der Friedensbewegung.

Fischer-Lette, Marie, Die Entstehung und Entwicklung der Friedensgesellschaften nebst einer Liste der (zu jener Zeit) bekannten Vereine. Frankfurt a. M. 1891.

Veraltet. Nur geschichtlich von Interesse.

Fried, Alfred H., Bertha von Suttner. (Persönlichkeiten. Heft 14.) 8°. Charlottenburg o. J. Virgilverlag 28 S.

Kurze Charakteristik der bedeutenden Vorkämpferin.

Hennig, Dr., Richard, Alfred Nobel, der Erfinder des Dynamits und Gründer der Nobelstiftung. Eine biographische Skizze. Lex.-8°. Stuttgart (1912). Franckche Verlagsbuchhandlung. Mit 12 Abbildungen. 51 S.

Hetzel, H., Die Humanisierung des Krieges und ihrer kulturgeschichtlichen Entwicklung. Eine Studie: Die Humanisierung des Krieges in den letzten hundert Jahren. Von der französischen Revolution bis zur Gegenwart (1789—1889). Die Tatsachen und die Literatur. 4°. Frankfurt a. d. Oder. O. J. Trowitzsch & Sohn. 288 S.

Der Titel ist irreführend. Das Buch enthält ein reiches Material zur Geschichte der Friedensbewegung und jener geschichtlichen Ereignisse, die für die Friedensidee von Wichtigkeit waren, nebst einer Sammlung zeitgenössischer Äußerungen darüber. Den I. Teil seines mühevollen Werkes (bis zur franz. Revolution) hatte der Verfasser, nach mir gemachten mündlichen Mitteilungen, die Absicht, in der Handschrift der Kgl. Bibliothek in Berlin zu vermachen.

Jähns, Max, Über Krieg, Frieden und Kultur. Eine Umschau. 2. Aufl. 8°. Berlin 1893. Allgemeiner Verein für deutsche Literatur.

Eine Schrift gegen die Friedensidee; doch mit guten und interessanten Daten über die Friedensbestrebungen in früheren Jahrhunderten bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts.

Katscher, Leopold, Bertha von Suttner, die »Schwärmerin« fürs Gute. Mit Porträts, Illustrationen und einer Auswahl Gedankenperlen. 8°. Dresden 1903. 132 S.

Kurze biographische Skizze der hervorragenden Vorkämpferin.

Meyer, Dr. Emil Heinrich, Die saats- und völkerrechtlichen Ideen von Peter Dubois. (Arbeiten aus dem juristisch staatswissenschaftlichen Seminar der Kgl. Universität Marburg. Heft 7.) 8°. Marburg a. d. L. 1908. Adolf Ebel. 119 S.

Penzig, Dr. Rudolf, Moritz von Egidy. Lebendige Gedanken eines Toten. 8°. Berlin-Schlachtensee 1909. Volkserzieherverlag. 30 S.

Schwitzky, Dr., Ernst, Der Europäische Fürstenbund Georgs von Podebrad. Ein Beitrag zur Geschichte der Friedensidee. (Arbeiten aus dem juristisch-staatswissenschaftlichen Seminar der kgl. Universität Marburg Nr. 6.) 8°. Marburg a. d. L. 1907. Adolf Ebel. 60 S.

Siemering, Carl Ludwig, Von der ersten deutschen Friedensgesellschaft zu Königsberg i. Pr. 1850—1851. Nach neueren Forschungen anläßlich der Hundertjahrfeier Julius Rupps mitgeteilt. 8°. Frankfurt a. M. 1909. Gebr. Kröner. 44 S.

Suttner, Bertha v., Memoiren. Gr.-8°. Stuttgart 1909. Deutsche Verlagsanstalt. Mit 3 Bildnissen der Verfasserin. 533 S.

Reiches Quellenmaterial für die Geschichte der Friedensbewegung von 1891—1902.

Suttner, Bertha v., Aus der Werkstatt des Pazifismus. 8°. Wien 1912. Heller & Co. 55 S.

Erinnerungen aus der neuzeitlichen Entwicklung der Friedensbewegung. Über die Haager Konferenz, Alfred Nobel, Reisen der Baronin nach Skandinavien und Amerika.

Dodge, David Low, War inconsistent with the Religion of Jesus Christ. With an Introduction by Edwin D. Mead. Boston 1905. XXIV u. 168 S.

Neuausgabe der im Jahre 1812 erschienenen Schrift des Mitbegründers der modernen Friedensbewegung. Auch friedensgeschichtlich — namentlich die Einleitung — interessant.

Ducommun, Elie, Précis historique du mouvement en Faveur de la Paix. 8°. Bern 1899. Berner Bureau. 31 S.

Evans, Howard, Sir Randal Cremer. His Life and Work. 8°. London 1909. Fisher-Unwin. 356 S.

Wichtiges Material für die Geschichte der Friedensbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Frank, Louis, Les Belges et la Paix. Gr.-8°. Bruxelles. 1905. Henri Lamarttine. 178 S.

Ausführliche Darstellung der belgischen Verdienste um den Internationalismus und Pazifismus. Interessante Schilderungen des Brüsseler Friedenskongresses von 1848 und seiner Folgen für die pazifistische und völkerrechtliche Entwicklung in Belgien.

Henry IV., The Great Design of, from the Memoirs of the Duke of Sully etc. With Introduction by Edwin D. Mead. 8°. Boston 1909. XXI u. 91 S.

Friedensgeschichtlich interessante Darstellung und auszügliche Wiedergabe des Planes Heinrichs IV. von Frankreich.

Moneta, E. T., Le Guerre, le Insurrezioni e la Pace nel Secolo decimonono. Bis jetzt 4 Bde. 8°. Mailand 1903—1910.

Mit sehr eingehenden Schilderungen der Friedenskongresse in der Mitte des 19. Jahrhunderts.

Passy, Frédéric, Pour la Paix. Notes et Documents. 8°. Paris 1909. 329 S.

Wichtige Beiträge zur Geschichte der Friedensbewegung von 1867—1908. Im Anhang einige friedensgeschichtlich interessante Dokumente.

Passy, Fréd., Historique du Mouvement de la Paix. 8°. Paris 1904. V. Giard et E. Brière. 64 S.

Kurzer Beitrag zur Entwicklung der Friedensbewegung in den letzten Jahrzehnten.

Peckover, P. H., Story of the Formation of the International. Peace Bureau. 8°. Wisbech o. J. Verlag der »Wisbech Local Peace Association«. 8 S.

Potonié-Pierre, Edmond, Historique du mouvement de la Paix. 8°. Berne 1899. (Int. Friedensbureau). 117 S.

Interessanter Hinweis auf die Geschichte der Friedensbewegung um die Mitte des vorigen Jahrhunderts. Friedenskongresse zu Brüssel (1848), Paris (1849) und Frankfurt a. M. (1850) bis zur Gründung der »Ligue de la Paix et de la Liberté«.

Raeder, A., L'Arbitrage international chez les Hellènes. (Publication de l'Institut Nobel Norvégien.) 4°. Kristiania 1912. Duncker & Humblot in München. 322 S.

Eine dokumentierte Darstellung der ausgedehnten Schiedspraxis im alten Griechenland. Aufzählung von 81 Schiedsfällen bzw. Schiedsverträgen.

Sundblad, Carl, Svenska fredsrörelsens Historia. Åren 1883—1903. På uppdrag af Svenska Freds- och Skiljedomsföreningens Centralstyrelse utarbeted. 8⁰. Stockholm (1903). Verlag der Gesellschaft. XV u. 340 S.

Zwanzig Jahre schwedischer Friedensbewegung mit vielen Belägen und Porträts.

k) Organisationen und Kongresse.

Bulletin des Congrès Universels de la Paix. Von 1889—1911 u. f. Zu beziehen durch das Internationale Friedensbureau in Bern. Einige Bände sind vergriffen.

Procès-Verbaux der Generalversammlungen des Int. Friedensbureaus 1898 zu Turin, 1909 zu Brüssel, 1911 zu Bern. Zu beziehen durch das Int. Friedensbureau in Bern.

Résolutions textuelles des Congrès Universels de la Paix tenus de 1843—1911 et des quatre assemblées générales substituées aux Congrès de 1898, 1899, 1900 et 1911. 8⁰. Berne 1912. Verlag des Berner Bureaus. 170 S.

Union Interparlementaire. Résolutions des Conférences et Décisions principales du Conseil. 2. éd. Précédée d'une Introduction et suivie d'une Bibliographie par Chr. L. Lange. Gr.-8⁰. Brüssel. Misch & Thron. 141 S.

Interparlamentarische Konferenzen. Comptes rendus des Conférences interparlementaires 1896—1908. Zu beziehen durch das Bureau interparlementaire in Brüssel. (1899 Kristiania ist vergriffen.)

Quidde, Prof. Ludwig, Zur Organisation der Interparlamentarischen Union. Fragen der Mitgliedschaft und des Stimmrechts. 8⁰. Berlin 1911. Verlag der Friedenswarte. 64 S.

L'Union Interparlementaire, son Œuvre, son Organisation actuel. Gr.-8⁰. Bruxelles (1910). Bureau Interparlementaire. 20 S. Dasselbe auch deutsch.

Kurzer Überblick über Wesen, Organisation, Aufgaben und Erfolge der I. U.

Der deutsche Friedenskongreß zu Jena. 1908. Bericht über den Kongreß. Abdruck der Hauptvorträge. 8⁰. Stuttgart. Verlag der Deutschen Friedensgesellschaft. 57 S.

Der deutsche Friedenskongreß in Stuttgart. 1909. Bericht über den Kongreß. Abdruck der Hauptvorträge. 8⁰. Stuttgart. Verlag der Deutschen Friedensgesellschaft. 54 S.

Congrès nationaux des Sociétés françaises de la Paix. 1902—1909. Verlag der ständigen Delegation der französischen Friedensgesellschaften in Paris.

Englische National-Friedenskongresse. Resolutionen. Bericht. Verlag des Ständigen Friedensrats in London.

Reports of the Conferences of the International Law Association. Seit ca. 1883. Veröffentlicht von der Association of International Law in London.

Proceedings of the National Arbitration and Peace Congress. New York. April 14th to 17th 1907. Edited by the Secretary. Kl.-4⁰. 478 S. Verlag. 22 West 44th Street, New York. 1907.

Proceedings of the second national Peace Congress. Chicago May 2 to 5, 1909. Ed. by Charles E. Beals. Verlag American Peace Society. Washington DC. 524 S.

Report of the Proceedings of the New England Arbitration and Peace Congress Hartford and New Britain, Connecticut. May 8 to 11. 1910. 8⁰. Boston 1910. 165 S. American Peace Society.

Reports of the annual Meetings of the Lake Mohonk Conferences. Seit 1895. Verlag der Lake-Mohonk-Arbitration Conferenz. Mohonk Lake, N.Y.

Proceedings of the American Society of International Law. Annal Meeting. I.—V. 1908—1911. Verlag von Baaker, Voorhis & Co., New York.

Proceedings of International Conference. Under the Auspices of American Society for Judicial Settlement of International Disputes. December 15—17. Kl.-4⁰. Verlag der American Society for Judicial Settlement of International Disputes. 380 S.

In Rei Memorian. Manifestations officielles du pacifisme contre la guerre déclarée par l'Italie à la Turquie en septembre 1911. (Publication du Bureau international de la Paix à Bern.) 8⁰. Berlin 1912. 128 S.

Interessante Dokumente des Kriegsprotestes.

l) Erziehung und Christentum.

Barolin, Johannes C., Der Schulstaat. Vorschläge zur Völkerversöhnung und Herbeiführung eines dauernden Friedens durch die Schule. 8⁰. Wien 1909. 286 S.

Erziehe zum Frieden! Eine ernste Mahnung an Eltern und Lehrer. I. Drei Reden. Von Lehrer H. Brück. — II. Schul-

rede zum Sedantage. Von Rektor E. Triebel. (Schriften des Frankfurter Friedensvereins. Heft 2.) 8°. Frankfurt a. M. 1905. 64 S.

Friedrichs, Elsbeth, Der Weltfriedenssonntag. Zweites Tausend. Gautzsch bei Leipzig. 1909. Felix Dietrich. 13 S.

Friedrichs, Elsbeth, und Friedrich, Dr. M., Der Völkerfriede und die Religion. 8°. Gautzsch bei Leipzig. 1910. Felix Dietrich. 18 S.

»Ich bin im Volk ein schlichter Lehrer.« Mahnruf zur Friedensarbeit, gerichtet an alle Jugendbildner. Von C. Schulmann aus Niederösterreich. Neu bearbeitet von C. L. Siemering. 8°. Wien 1911. Verlag der österreichischen Friedensgesellschaft. Kostenlos.

Müller, Arthur, Pazifistisches Jugendbuch. Ein Ratgeber für Eltern und Erzieher. Mit einem Vorwort von Bertha von Suttner. »Mention honorable« des Berner Bureaus. 8°. Wien und Leipzig 1910. 84 S. Verlag der österreichischen Friedensgesellschaft.

Praktische Anleitung zum anregenden Gespräch mit Kindern, um sie zum Nachdenken über das Kriegsproblem zu veranlassen.

Tolstoi, Leo, Patriotismus und Christentum. Deutsch von Adele Berger. Berlin 1894. Steinitz. 118 S.

Vanderpol, A., Le Droit de Guerre d'après les Théologiens et les Cannonistes du Moyen-Age. 8°. Paris, o. J. A. Tralin. XXIV u. 208 S.

Vanderpool, A., La Guerre devant le Christianisme. Ouvrage suivi d'une traduction du »De jure Belli« de François de Victoria. 8°. Paris 1912. A. Tralin. 280 S.

Geschichtliche Darstellung der Stellungnahme des Urchristentums zum Kriege. Auch vom religiös-ethischen Gesichtspunkt wichtig.

m) Deutschland und Frankreich.

d'Estournelles de Constant, Deutschland und Frankreich. Die deutsch-französische Annäherung. Mit einem Vorwort von Prof. Zorn. 8°. Berlin 1910. G. Stilke. 74 S. — Dasselbe in der Übersetzung des Prof. Wilhelm Förster. 8°. 22 S. Berlin o. J. (Verlag Leonhard Simion Nachf.)

Die Rede wurde im preußischen Herrenhaus am 28. April 1909 gehalten.

Fried, Alfred H., Elsaß-Lothringen und der Krieg. Ein Friedenswort. 8°. Leipzig 1895. Dickmann. Mit gegenüberstehendem französischen Text. 165 S.

Versuch einer Lösung der E.-L.schen »Frage« durch Befürwortung der Nichtlösung. Über diese Frage hinweg zur Verständigung.

Fried, Alfred H., Deutschland und Frankreich. Ein Wort über die Notwendigkeit und Möglichkeit einer deutsch-französischen Verständigung. 8⁰. Berlin o. J. 79 S.

Stehelin, F., Der Kernpunkt der elsaß-lothringischen Frage. Kritische Betrachtungen. 8⁰. Straßburg. Treuttel & Würtz. 45 S.

Commission pour le Rapprochement franco-allemand. Projets de Resolutions et Documents. 8⁰. 72 S. Verlag des Berner Bureaus.

Sammlung einer Anzahl im Laufe der Jahre gemachter Vorschläge zur deutsch-französischen Verständigung. Materialien zur »Elsaß-lothringischen Frage« nebst einer Bibliographie.

Déclaration de la Délégation Permanente des Sociétés francaises de la Paix sur l'attitude du Parti Pacifique dans la Question d'Alsace-Lorraine. Deuxième Congrès National de la Paix. Nimes. 7.—10. Avril 1904. 16⁰. Paris 1904. V. Giard et E. Brière. 22 S.

Gobat, Albert, Le Cauchmar de l'Europe. Pour l'Alsace-Lorraine. Pour le Desarmement. Pour la Paix. 8⁰. Straßburg 1910. Treuttel & Würtz. 89 S.

n) Kriegsschilderungen.

Baumgarten, Olga v., Wie Port Arthur fiel. Tagebuch einer barmherzigen Schwester des Roten Kreuzes. 8⁰. Straßburg. J. Singer. 1906.

Schildert den ungeschminkten Krieg. »Der Krieg, wie er ist.«

Kretschmann, Hans von, weiland General der Infanterie. Kriegsbrief aus den Jahren 1870—1871. Herausgegeben von Lily Braun, geb. von Kretschmann. 8⁰. Berlin 1903. III u. 315 S.

Briefe eines preußischen Generals aus den Feldzügen von 1866 und 1870/71 an seine Gattin, die, als sie geschrieben wurden, nicht für die Veröffentlichung bestimmt waren. Daher objektive Darstellung des Krieges, wie er wirklich ist, und Kritik seiner Erscheinungen. Wichtiges antikriegerisches Dokument.

Lamszus, Wilhelm, Das Menschenschlachthaus. Bilder vom kommenden Krieg. 8⁰. Hamburg 1912. Alfred Janssen.

Die drastischste und empörendste Schilderung des modernen Maschinenkrieges. Ausrottung der Menschen »wie Insekten«.

Larsen, Karl, Ein modernes Volk im Kriege. Im Auszuge aus dänischen Briefen und Tagebüchern der Jahre 1863 bis 1864. Deutsche Ausgabe besorgt von Prof. Dr. R. v. Fischer-Benson. 8°. Kiel 1907. 346 S.

Material für die dem Krieg abholde Auffassung des Volkes.

Larsen, Prof. Karl, Krieg und Menschen. Psychologische Bilder aus einem modernen Kriege. Zur vierzigjährigen Gedenkfeier des Krieges von 1864 herausgegeben von Prof. R. v. Fischer-Benson. Kiel. 8°. Kiel 1905. 60 S.

Auszug aus des Verf. größerem Buche.

Rückert, Carl Chr., Mit dem Tornister. Ungeschminkte Feldzugserinnerungen eines Infanteristen aus dem Jahre 1870. 2. Aufl. Volksausgabe. 8°. Frankfurt a. M. 1912. Neuer Frankfurter Verlag. 178 S.

Rückert, der den Deutsch-Französischen Krieg als Einjähriger mitgemacht hat und schwer verwundet wurde, schildert den Krieg, »wie er ist« (ungeschminkt).

Ryan, Dr., Unter dem roten Halbmond. Erlebnisse eines Arztes bei der türkischen Armee im Feldzug 1877—1878. 8°. Stuttgart 1901. R. Lutz. 377 S.

»Der Krieg, wie er ist.« Schilderung entsetzlicher Greuel.

o) Verschiedenes.

Berndt, Otto, Die Zahl im Kriege. Statistische Daten aus der neuen Kriegsgeschichte in graphischer Darstellung. 8°. Wien 1897. Freytag-Berndt. XII u. 174 S.

Zum größten Teil veraltet. Doch für die Zahl der Kriegsjahre im vorigen Jahrhundert, die Opfer der einzelnen Schlachten und andere Daten noch brauchbar.

Björklund, Graf, Friede und Abrüstung. Kritische Darstellung der aus allen zivilisierten Ländern eingegangenen Antworten auf die schwedische Preisfrage: »Wie kann eine kräftige internationale Strömung gegen den herrschenden Militarismus auf passendste Weise hervorgerufen werden?« 8°. Berlin 1895. Dümmler. 94 S.

Fried, Alfred H., Der Kaiser und der Weltfriede. 8°. Berlin 1910. Maritima. 194 S. Engl. Übersetzung 1912.

Kaiser Wilhelms Äußerungen zum Friedensproblem. Stellungnahme seiner Umgebung und Ansichten hervorragender Zeitgenossen über des Kaisers Friedenswille.

Haldane, the right Hon. Viscount, Deutschland und Großbritannien. Eine Studie über nationale Eigentümlichkeiten. Fest-

rede, gehalten am 3. August 1911 zur Eröffnung der Sommerferienkurse an der Universität Oxford. Übersetzung von Dr. Rud. Eisler. (»Internationale Organisation« Heft 1.) 8°. Berlin 1911. Verlag der Friedens-Warte. 31 S.

Klassisches Dokument für die anglo-deutsche Verständigung. (30 Pf.)

Katscher, Leopold, Friedensstimmen. Eine Anthologie. Eingeleitet von Konrad Ferd. Meyer und Bertha von Suttner. 8°. Leipzig o. J. 399 S.

Novicow, J., Der ewige Krieg. Antwort auf die Schrift »Der ewige Friede« des Professors Karl v. Stengel. Übersetzung von Alfred H. Fried. 8°. Berlin 1900. Vita. 31 S.

Reuter, Richard, Was will das Volk? Weder Militarismus noch Krieg! 8°. Leipzig 1895. Pfau. 47 S.

Robertson, John M., Patriotismus — Militarismus — Imperialismus. Aus dem Englischen von Karl Hanselman. 8°. Dresden 1910. E. Pierson. 184 S.

Gegen den Imperialismus.

Schücking, Prof. Dr. jur. Walter, Das Nationalitätenproblem. Eine politische Studie über die Polenfrage und die Zukunft Österreich-Ungarns. Gr.-8°. Dresden 1908. Zahn & Jaensch. 79 S.

Tendenz: »Weniger Bismarck, mehr Schiller!«

Umfrid, O., Vaterlandsliebe und Menschheitsliebe. 8°. Eßlingen o. J. W. Langguth. 31 S.

Umfrid, Otto, Bismarcks Gedanken und Erinnerungen im Lichte der Friedensidee und anderes zur Kritik nationalsozialer Afterpolitik. 8°. Eßlingen 1905. W. Langguth. 42 S.

Umfrid, O., Anti-Stengel. 16°. Eßlingen 1909. W. Langguth. 22 S.

Glänzende Widerlegung der Stengelschen Ansichten über die Friedensbewegung. 10 Pf.

Westermark, Prof. Dr., Der Krieg. Soziologische Studie. 8°. Gautsch bei Leipzig. 1909. 17 S.

p) Gegen die Friedensbewegung.

Kattenbusch, Ferdinand, Das sittliche Recht des Krieges. 8°. Gießen 1906. Alfred Töplemann. 43 S.

Eine Verteidigung des Krieges vom theologischen Gesichtspunkt aus.

Lasson, Adolf, Das Kulturideal und der Krieg. 2. Aufl. (Deutsche Bücherei Bd. 57.) 8°. Berlin o. J. (Erschien zuerst 1868.) Neelmeyer. 133 S.

Verteidigung des Krieges.

Stengel, Karl von, Weltstaat und Friedensproblem. 8°. Berlin 1909. Reichl & Co. XII u. 145 S.

Streitschrift gegen die Friedensbewegung.

Steinmetz, Dr. S. Rudolf, Die Philosophie des Krieges. 8°. Leipzig 1907. I. A. Barth. XVI u. 352 S.

Versuch, den Krieg soziologisch zu rechtfertigen.

Sachregister.

Die liegenden Zahlen beziehen sich auf die Seiten des II. Teiles, die gewöhnlichen Zahlen auf die Seiten des I. Teiles.

Personenregister.

Die liegenden Zahlen beziehen sich auf die Seiten des II. Teiles, die gewöhnlichen Zahlen auf die Seiten des I. Teiles.





